

**Protokoll**

# **25. Bundes- parteitag**

**Düsseldorf 7.3.—9.3.1977**



**Herausgeber:** Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

**Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

**25. Bundesparteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Düsseldorf, 7.–9. März 1977**

# I n h a l t

	<u>Seite</u>
1. Eröffnung	7
2. Wahl des Tagungspräsidiums	13
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung	13
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	13
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission	13
6. Wahl der Stimmzählkommission	14
7. Grußworte	
- Oberbürgermeister Klaus Bungert	15
- Heinrich Köppler	17
- Dr. Roelob Krusinga, Vizepräsident der EUCD	18
- Dr. Poul Schlüter, Vorsitzender der Konservativen Volkspartei, Dänemark	20
- Dr. Werner Dollinger, stellvertretender Vor- sitzender der CSU	41
- Dario Antoniozzi, Vizepräsident der EVP	46
- Ludek Pachmann	154
8. Bericht des Bundesvorsitzenden, Dr. Helmut Kohl	21
9. Bericht des Generalsekretärs, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	47
- Aussprache zu den Berichten -	73
10. Bericht des Bundesschatzmeisters, Minister Walther Leisler Kiep	69
11. Bericht der Rechnungsprüfer	107
12. Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975	108
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission	108
14. Wahl des Bundesvorstandes	
14.1 Wahl des Parteivorsitzenden	109
14.2 Wahl des Generalsekretärs	113
14.3 Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden	125
14.4 Wahl des Bundesschatzmeisters	135
14.5 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundes- vorstandes	137
15. Änderung des Statuts	
15.1 Erweiterung des Präsidiums	110
15.2 Änderung des Statuts in § 28, Zusammen- setzung des Bundesparteitages	121
16. Wahl der Rechnungsprüfer	149
17. Sonstige Anträge	
Aussprache während der Stimmenauszählungen	128

18. "Unsere Verantwortung für Deutschland"	
18.1 "Die Rolle der DDR im sozialistischen Lager" Referent: Prof. Dr. Curt Gasteyger, Professor für internationale Politik, Institute Universitaire Etudes Internatio- nales, Genf	160
18.2 "Christ sein in der DDR" Referent: Dr. Theodor Schober, Präsident des Diakonischen Werkes, Stuttgart	169
- Aussprache zu den Referaten -	180
18.3 "Die Nation im geteilten Deutschland" Referent: Prof. Dr. Karl Dietrich Erdmann, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität Kiel	204
18.4 Podiumsdiskussion	215
Leitung: Dr. Richard von Weizsäcker	
Teilnehmer: Prof. Dr. Karl Dietrich Erdmann, Kiel	
Dr. Jens Hacker, Mitarbeiter des Instituts für Ostrecht und Lehrbeauftragter an der Universität Köln	
Prof. Dr. Andreas Hillgruber, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität Köln	
Prof. Dr. Henri Ménudier, Professor an der Universität Saarbrücken und am Institut für Politik der Sorbonne, Kommentator im Saarländischen und Bayerischen Rundfunk	
Dr. Wolfgang Wagner, Chefredakteur "Hannoversche Allgemeine Zeitung"	
Matthias Walden, Journalist, Berlin	
18.5 Entschließungsantrag des Bundesvorstandes	268
19. Antrag des Bundesvorstandes zum Arbeitsplan 1977	271
20. Sonstige Anträge - Aussprache	300
21. Schlußrede des Parteivorsitzenden	329
Namenverzeichnis	337
Anhang: Beschlußprotokoll	339

Erster Verhandlungstag  
Montag, 7. März 1977  
1. Plenarsitzung  
Beginn: 10.30 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Ich eröffne den 25. Bundesparteitag der CDU Deutschlands und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich.

Dies ist der erste Parteitag nach der wichtigen Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976. Diese Tagung findet in einer politisch ungewöhnlich schwierigen und kritischen Zeit statt. Am 3. Oktober haben über 18 Millionen unserer Mitbürger der CDU/CSU ihr Vertrauen geschenkt. Dieses Vertrauen müssen wir in all den Tagen, Monaten und Jahren dieser Legislaturperiode rechtfertigen. Es ist ganz selbstverständlich, daß viele unserer Mitbürger jetzt während des Parteitages der Christlich Demokratischen Union hierher nach Düsseldorf schauen. Sie haben ihre Hoffnung und ihr Vertrauen in uns gesetzt. Wir müssen und wir wollen dieses Vertrauen rechtfertigen.

(Beifall)

Wir alle haben gemeinsam mit unseren Mitgliedern, Freunden und Anhängern in dieser großartigen Wahlkampagne des Jahres 1976 gekämpft. Wir haben gekämpft wie selten zuvor in unserer Parteigeschichte. Wir haben ein großartiges Ergebnis erzielt, und es gilt jetzt gemeinsam auf dieser Grundlage weiterzubauen.

Dieser Parteitag mit seinen Beratungen und Beschlüssen ist eine wichtige Grundlage für den notwendigen Aufbruch der Union in Deutschland im Jahre 1977 und in die Zeit, die vor uns liegt. In diesem Sinne rufe ich uns alle zu sachlicher, aber leidenschaftlicher Beratung der Gegenstände auf, die uns auf diesem Parteitag zu behandeln aufgegeben sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir, unserer Gesinnung und Tradition entsprechend, unserer heimgegangenen Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Stellvertretend für viele nenne ich: Paul Lücke, 1976 gestorben, Bundesminister, Mitglied des Bundesvorstands der Union durch viele Jahrzehnte. Sein sozialpolitisches Engagement, seine großartigen Leistungen als Bundesminister sind ebenso unvergessen wie sein Dienst an und in unserer Partei.

Ich erinnere an Johann Klein aus Saarbrücken, gestorben 1976, der - aus der Gewerkschaftsbewegung kommend - als Abgeordneter des Saarländischen Landtages und als Mitglied des Deutschen Bundestages sowie als Mitglied der Landesregierung an der Saar unserem Lande wichtige Impulse im Bereich der Sozialpolitik gegeben hat.

Ich nenne August Wegmann aus Oldenburg, geboren 1888, gestorben 1976, der nach seiner Verfolgung durch die Nazis als oldenburgischer Innenminister und später als Innen- und Finanzminister von Niedersachsen gerade auch in unserer niedersächsischen Union mitge-

holfen hat, diese unsere bundesstaatliche Demokratie mit Leben zu erfüllen.

Ich erinnere an Dr. Eberhard Noltenius, geboren 1908, gestorben 1976, der sich als langjähriger Vorsitzender der CDU Bremens und als Senator und Bürgermeister seiner Heimatstadt unvergeßliche Verdienste erwarb.

Ich nenne Dr. Hermann Pünder, geboren 1888, gestorben 1976, der als einer der Männer des 20. Juli unter den Nazis gelitten hat, nach dem Krieg die CDU in Westfalen mitbegründete und als Oberdirektor des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und nach Gründung der Bundesrepublik als Bundestagsabgeordneter die Grundlagen für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau mitgeschaffen hat.

Ich erinnere an Lambert Schill aus Lörrach, geboren 1888, gestorben 1976, der wegen seiner Überzeugung in der Nazidiktatur verfolgt wurde und der beim Aufbau nach dem Kriege seiner badischen Heimat als Abgeordneter und als Landwirtschaftsminister diente.

Ich nenne Frau Dr. Else Brökelschen aus Goslar, geboren 1890, gestorben 1976, die bereits dem Preußischen Landtag angehörte, später über drei Legislaturperioden hinweg Mitglied des Deutschen Bundestages war und mit Energie und Leidenschaft für den Ausbau unseres Sozialsystems und vor allem unseres Bildungswesens focht.

Ich erinnere an Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, geboren 1916, gestorben 1977, der als Unternehmer und als langjähriger Abgeordneter des Deutschen Bundestages seine Arbeit in den Dienst einer freiheitlichen Politik stellte und wesentlich mitgeholfen hat, unsere Demokratie zu festigen.

Ich nenne Josef Schlick, geboren 1895, gestorben 1977, der 1945 die CDU in Rhein Hessen und Rheinland-Pfalz mitbegründete, Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung und der ersten drei Landtage von Rheinland-Pfalz war und der sich dann als langjähriger Bundestagsabgeordneter der CDU in den schweren Jahren des Wiederaufbaus erfolgreich bewährte.

Wir wollen diesen unseren Freunden, die ich nennen durfte, und denjenigen, die mit in unser Gebet eingeschlossen sein sollen, ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe die große Freude, auf diesem Parteitag wieder viele ausländische Freunde begrüßen zu können. Ich begrüße sehr herzlich unsere ausländischen Schwesterparteien in Europa, die unseren Parteitag mit Aufmerksamkeit verfolgen und die eine große Zahl ihrer führenden Repräsentanten nach Düsseldorf entsandt haben, um ihre herzliche Verbundenheit mit der CDU Deutschlands zu unterstreichen.

Ich will zwei unserer ausländischen Gäste stellvertretend begrüßen. Aber bevor ich dies tue, will ich einen besonders herzlichen Gruß nach Brüssel schicken an den Präsidenten der Europäischen Volkspartei, unseren Freund, Ministerpräsident Leo Tindemans,

(Beifall)

der wegen einer Regierungskrise in letzter Minute vom Besuch unseres Parteitages abgehalten wurde.

Für alle christdemokratischen Parteien in Europa begrüße ich unseren Freund Dr. Kruisinga, Vizepräsident der EUCD und Vorsitzender unserer niederländischen Schwesterpartei.

(Beifall)

Für die konservativen Parteien Europas begrüße ich sehr herzlich als Vorsitzenden der Konservativen Volkspartei Dänemarks unseren Freund Freund Dr. Poul Schlüter.

(Beifall)

Dr. Kruisinga und Dr. Schlüter werden gleich anschließend ein kurzes Grußwort an uns richten. Ich darf Ihnen sehr herzlich dafür danken.

Einen ganz besonders herzlichen Gruß will ich von diesem Parteitag in Düsseldorf an unsere österreichischen Freunde nach Linz an der Donau richten, denn dort tritt heute und morgen der Parteitag der Österreichischen Volkspartei zusammen, dem wir ein besonders herzliches Wort der Verbundenheit schicken wollen.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit begrüße ich in unserer Mitte die zahlreichen Repräsentanten des Diplomatischen Corps, Ihre Exzellenzen, die Botschafter, Gesandten und Mitglieder der Missionen und der konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, die auch heute wieder in ungewöhnlich großer Zahl als Gäste zu unserem Parteitag kamen.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, die uns so herzlich aufgenommen hat, Herrn Klaus Bungert.

(Beifall)

Ich darf mich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, sehr herzlich dafür bedanken, daß Sie und Ihre Mitbürger uns in dieser Stadt so gastlich aufnahmen und diesen Parteitag so tatkräftig unterstützt haben.

Ein sehr, sehr herzlicher Gruß geht an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Herrn Präses Karl Immer,

(Beifall)

und an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Prälaten Heinz Georg Binder.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüßen darf ich für die Katholische Kirche den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herrn Weihbischof Wilhelm Wöste.

(Beifall)

Mein sehr herzlicher Gruß gilt dem Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann.

(Beifall)

Ein herzliches Wort des Grußes und ein herzliches Wort des Dankes möchte ich Herrn Stadtdechanten Bernhard Henrichs und Herrn Stadt-superintendenten Dr. Dietrich für ihren Dienst im ökumenischen Gottesdienst sagen, den die meisten von uns gerade eben besucht haben.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Josef Stingl.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, daß eine so große Zahl von Vertretern des sozialen, des wirtschaftlichen, des kulturellen und des wissenschaftlichen Lebens zu uns gekommen ist. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich und begrüße Sie in unserer Mitte.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund begrüße ich das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Herrn Martin Heiß.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden der Deutschen Angestellten gewerkschaft, Herrn Hermann Brandt.

(Beifall)

Ich richte einen herzlichen Willkommensgruß an den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause.

(Beifall)

Ich begrüße für den Christlichen Gewerkschaftsbund seinen Vorsitzenden, unseren Freund Günter Volmer.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, Herrn Rudolf Sperner.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten, Herrn Herbert Stadelmaier.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Herrn Erich Frister.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Herrn Helmut Schirrmacher.

(Beifall)

Ein besonders herzliches Wort des Grußes richte ich an den Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Herrn Alfons Müller.

(Beifall)

Für den Deutschen Lehrerverband darf ich seinen Präsidenten, Herrn Clemens Christians, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Dr. Hans Kern.

(Beifall)

Sehr herzlich heiße ich den Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie, zugleich Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Hanns Martin Schleyer, willkommen.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker.

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands, Constantin Freiherr von Heereman.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände: für den Deutschen Städtetag, Herrn Dr. Weinberger,

(Beifall)

für den Deutschen Landkreistag, Herrn Leidinger,

(Beifall)

für den Deutschen Städte- und Gemeindebund, Herrn Dr. Berkenhoff.

(Beifall)

Ich heiße herzlich willkommen den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Herrn Helmut Geiger.

(Beifall)

Ich begrüße den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn Paul Broicher.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Willi Weyer.

(Beifall)

Ein ganz besonders herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unserem Freund Dr. Herbert Czaja.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Herrn Joachim Dorenburg.

(Beifall)

Wie immer auf unserem Parteitag begrüßen wir mit besonderer Herzlichkeit die Repräsentanten der Bundeswehr. Ich begrüße Herrn Generalmajor Klaus Eschenbach in Vertretung des Generalinspektors der Bundeswehr.

(Beifall)

Für den Deutschen Bundeswehr-Verband begrüße ich seinen Vorsitzenden, Herrn Heinz Volland.

(Beifall)

Ich heiße besonders herzlich die Vertreter von Rundfunk, Presse und Fernsehen willkommen. Ich begrüße die anwesenden Herren Intendanten von ARD und ZDF. Ich habe nur eine knappe Bitte: die Bitte um eine faire Berichterstattung über diesen Parteitag.

(Beifall)

Ich begrüße mit ganz besonderer Herzlichkeit den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, unseren Freund Werner Dollinger.

(Bravo-Rufe und anhaltender Beifall)

Lieber Werner Dollinger, dieser Beifall sagt mehr aus, als der Vorsitzende der Union in diesem Augenblick sagen kann. Tun wir gemeinsam all das, was notwendig ist, um uns immer so freundlich begrüßen zu können.

(Beifall)

Ich begrüße mit ganz besonderer Herzlichkeit den Ehrenvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unseren Freund Ludwig Erhard.

(Bravo-Rufe und langanhaltender, lebhafter Beifall)

Lieber Freund Erhard, dieser Beifall gibt wieder, was Millionen unserer Mitbürger und gerade der Freunde der Union in diesen Wochen dachten, als wir Ihren 80. Geburtstag, wie ich hoffe, in einer würdigen Weise begingen. Ich will das in dem Satz zusammenfassen: Wir hoffen, daß Ludwig Erhard noch viele Parteitage unserer Union in seiner bemerkenswerten Klarheit und Gesundheit besuchen kann und mit seiner herausragenden Ausdruckskraft der Gefühle und Überzeugungen uns mit Rat und Tat zur Seite steht.

(Beifall)

Ich darf mit Ihrem Einverständnis von hier aus an zwei Freunde aus dem Präsidium, die heute wegen ihrer Erkrankung nicht kommen können, herzliche Genesungswünsche richten: an unseren Ehrenvorsitzenden

Kurt Georg Kiesinger und unseren Freund Hans Katzger. Ich bin überzeugt, Sie stimmen mir zu, ihnen beiden ein Telegramm mit unseren besten Wünschen zuzusenden.

(Beifall)

Ich möchte sehr herzlich meinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden, unseren Freund Rainer Barzel, begrüßen.

(Beifall)

Stellvertretend für jene, die beinahe 30 Jahre Verantwortung in der Union tragen und die heute aus der Distanz, aber auch der Ruhe und Überlegenheit des Ruhestands unser Tun betrachten, darf ich Frau Aenne Brauksiepe, Herrn Karl Weber und Herrn Ludger Westrick begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe einen Gast bei der Begrüßung übersehen und bitte, mir das nachzusehen. Ich darf den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Berkhan, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße Sie alle, die Delegierten, die aus den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden hierher zum 25. Parteitag gekommen sind. Wir wollen uns jetzt gemeinsam in dem Geist und eingedenk des Erbes, die uns verpflichten, an die Arbeit machen.

Ich rufe nunmehr Punkt 2 der Tagesordnung auf: Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag des Bundesvorstandes liegt Ihnen vor. Wünscht jemand zu diesem Tagungsordnungspunkt das Wort? Gibt es irgendeinen Vorschlag dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstandes zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich darf das Tagungspräsidium bitten, seinen Platz einzunehmen.

Um die Zeit zu nutzen, rufe ich Punkt 3 der Tagesordnung auf: Beschlußfassung über die Tagesordnung

Gibt es zur Tagesordnung Anträge? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Tagesordnung in der vorliegenden Form seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf: Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Der Vorschlag des Bundesvorstands liegt Ihnen vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf: Wahl der Mandatsprüfungskommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wünscht hierzu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf: Wahl der Stimmzählkommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wünscht hierzu jemand das Wort? Will jemand einen Vorschlag machen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Herr Tagungspräsident, ich darf Sie bitten, die Geschäfte zu übernehmen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Tagungspräsidiums danken Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns in der Wahl zum Ausdruck gebracht haben. Wir wollen es mit Ihrer Hilfe rechtfertigen, indem wir die Verhandlungen dieses Parteitags zügig und fair zu leiten versuchen. Ich darf Sie alle um Ihre Mitarbeit an einem zügigen Ablauf unserer Beratungen bitten.

Wir haben eben die Tagesordnung beschlossen. Ich möchte dazu noch einige geschäftsleitende Bemerkungen machen. Was den zeitlichen Ablauf des heutigen Tages angeht, schlägt Ihnen das Tagungspräsidium vor, die Aussprache zu den Berichten des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs heute nachmittag stattfinden zu lassen und getrennt davon die Aussprache über den Bericht des Bundesschatzmeisters zu führen.

Wir wollen dann heute nachmittag im weiteren Verlauf der Plenarsitzung mit der Wahl des Bundesvorstandes beginnen. Wir schlagen Ihnen vor, daß die Wahlen des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs zuerst durchgeführt werden und daß wir danach über die satzungsändernden Anträge beraten und beschließen, die mit der Wahl im Zusammenhang stehen, also insbesondere über die Anträge bezüglich des Wahlverfahrens und der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Schließlich wollen wir nach Erledigung dieser Anträge die weiteren Wahlen zum Bundesvorstand durchführen.

Ferner bitten wir Sie, damit einverstanden zu sein, daß, falls die Zeit es heute abend erlauben sollte, während der Stimmauszählung für die Wahlen zum Bundesvorstand mindestens die Anträge 15.3 bis 15.6 - und eventuell auch der eine oder der andere Antrag aus dem Tagesordnungspunkt 19 "Sonstige Anträge" - noch behandelt werden. Ich hoffe, daß wir dann heute nachmittag und heute abend flexibel und ökonomisch mit unserer Zeit umgehen können.

Meine Damen und Herren, im Rahmen dieser Zeitplanung beabsichtigt das Präsidium, für die allgemeine Aussprache und für die Aussprache zu den einzelnen Anträgen ein Höchstmaß an Diskussionsraum zu eröffnen, von dem Sie bitte Gebrauch machen sollen.

Darf ich nun noch im Hinblick auf die notwendige Vorbereitung der Stimmzettel und auf die anstehenden Satzungsänderungsanträge folgendes vorschlagen, was zunächst die Fristen zur Nominierung von Kandidaten für die Wahl des Bundesvorstandes anlangt. Wir schlagen Ihnen vor, die Nominierungsfrist für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden unmittelbar nach der Entscheidung über den Antrag 15.1 - das ist der Antrag betreffend die Zahl der stellvertretenden Vorsit-

zenden - ablaufen zu lassen. Gleichzeitig soll - so unser Vorschlag - Nominierungsschluß für die Wahl des Bundesschatzmeisters sein. Und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes - wir werden das dann noch einmal unter Angabe der genauen Uhrzeit bekanntgeben - soll die Frist eine halbe Stunde nach Entscheidung über Antrag 15.1 ablaufen.

Eine Aufstellung aller bis zum 2. März bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangenen Kandidatenvorschläge ist bei den Tagungsunterlagen, die Sie bekommen haben. Für diese Kandidaten sowie für etwaige bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden unterliegende Kandidaten erübrigt sich eine weitere Nominierung. Nur neue Kandidaten müssen innerhalb der Fristen, die ich Ihnen vorgeschlagen habe, nominiert werden.

Gleichzeitig darf ich auf § 12, Abs. 4, unserer Geschäftsordnung hinweisen, wonach Kandidatenvorschläge für die Wahl des Bundesvorstandes schriftlich hier beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen.

Nun darf ich Ihnen noch vorschlagen, folgende Fristen für die Einreichung von Anträgen nach § 6 unserer Geschäftsordnung zu beschließen. Zunächst für Anträge zum Tagesordnungspunkt 17: Einreichungsschluß Dienstag, also morgen um 13 Uhr; für Anträge zum Tagesordnungspunkt 18: Einreichungsschluß morgen 18 Uhr; für Anträge zum Tagesordnungspunkt 19 dieselbe Frist.

Wenn Sie mit diesen Fristen für die Nominierung von zusätzlichen Kandidaten und für die Einreichung von Anträgen, die ich Ihnen vorgeschlagen habe, einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Es ist ohne Gegenstimme so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 7:

#### Grußworte

Ich darf mit großer Freude zu einem Grußwort dem Oberbürgermeister der gastgebenden Landeshauptstadt Düsseldorf, Herrn Bungert, das Wort erteilen.

(Beifall)

Klaus Bungert, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf: Exzellenzen! Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie mir Gelegenheit geben, Ihnen zum Auftakt des 25. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands die Grüße der Landeshauptstadt zu überbringen. Sie alle heiße ich im Namen unserer Stadt herzlich willkommen.

Daß Sie Düsseldorf als Tagungsort dieses Parteitages gewählt haben, hat sicher mehrere Gründe. Zum einen waren es wohl rein praktische Überlegungen. Als Kongreßstadt von internationalem Rang bietet Düsseldorf ganz einfach die erforderlichen Tagungsstätten für eine Veranstaltung dieser Größenordnung. Und wie wir Düsseldorfer mit unserem sprichwörtlichem Hang zur Bescheidenheit gern feststellen, liegt es vielleicht auch am Flair dieser Stadt, daß sie sich als Treffpunkt für Gäste aus nah und fern auszeichnet.

Zum anderen verbindet sich mit dem Namen unserer Stadt die Erinnerung an zwei frühere Parteitage der Union in den Jahren 1965 und 1971.

Beide Treffen waren zweifellos wichtige Stationen in der Entwicklung Ihrer Partei. Der Parteitag 1965 fand unter dem Vorsitz von Altbundeskanzler Dr. Adenauer statt. Hier in unserer Stadt erinnert man sich noch mit Schmunzeln einer Begebenheit mit Dr. Adenauer. Als er, als Bundeskanzler von einer Auslandsreise zurückkehrend, auf dem Düsseldorfer Flughafen landen mußte, weil der Kölner Flughafen zu war, eilte der sofort verständigte Düsseldorfer Oberbürgermeister zum Flughafen, um den hohen und seltenen Gast in Düsseldorf zu begrüßen. Herr Adenauer soll sehr indigniert gewesen sein, daß er als Urkölnler in Düsseldorf landen mußte. Noch heute rätselt man in dieser Stadt, was ihm unangenehm war: die Landung in Düsseldorf oder die Begrüßung durch einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister.

(Beifall)

Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, daß es möglich war, 1965 einen CDU-Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

Die Geschichte der Union ist aber nicht nur durch die erwähnten Parteitage eng mit unserer Stadt verknüpft. Bedeutende Christdemokraten haben sowohl in der Düsseldorfer Kommunalpolitik als auch in der großen Politik eine hervorragende Rolle gespielt. Ich erinnere an den ersten gewählten Oberbürgermeister unserer Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg, Karl Arnold, den späteren Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Seine historische Leistung in der deutschen Politik ist auch für mich als Sozialdemokrat unbestritten. Bedeutende Politiker aus Ihren Reihen waren zweifellos auch die Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr und Josef Gockeln, der langjährige Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Ihre Namen sind in dieser Stadt ebenso unvergessen wie in Ihren Reihen, meine Damen und Herren.

Düsseldorf war aber auch Ausgangspunkt von besonderen Aktivitäten im Bereich der katholischen Sozialbewegung. Auf der Generalversammlung der Katholischen Vereine Deutschlands, die erstmals 1969 in Düsseldorf stattfand, wurden soziale Fragen mehrfach behandelt. Hier wurde der Christlich-Soziale Verein gegründet, der die Bestrebungen der Zentrumsparterie kräftig unterstützte. Namen wie Johann Wilhelm Frielingsdorf und Karl Sonnenschein standen für das Programm.

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Stadt sicherlich auch deshalb als Tagungsort gewählt, weil Sie erwarten können, mit Ihrem Parteitag an einem Brennpunkt des öffentlichen Lebens in eine breite Öffentlichkeit hineinwirken zu können. Ich zögere nicht festzustellen, daß sich Düsseldorf freut, gastgebende Stadt dieses Jubiläumsparteitags der CDU sein zu dürfen. Wir sehen darin nicht nur eine Anerkennung des Tagungsorts; wir sehen in der Wahl unserer Stadt als Tagungsort vielmehr diese Stadt auch als ein Zentrum wichtiger politischer Entscheidungen bestätigt.

Ich hoffe sehr, daß Sie hier bei uns alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwicklung Ihrer Tagung vorfinden werden. In diesem

Sinne wünsche ich dem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf ein gutes Gelingen. Ich hoffe und wünsche zugleich, daß Sie sich in unserer Stadt auch nach den arbeitsreichen Stunden recht wohlfühlen werden. Recht herzlichen Dank!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken dem Herrn Oberbürgermeister für sein Grußwort und freuen uns, daß er zu uns gekommen ist. Wir können bestätigen, daß wir gern in dieser Stadt sind. Schon der gestrige Abend hat uns einen kleinen Vorgeschmack von den Möglichkeiten gegeben, Herr Oberbürgermeister, die uns Ihre Stadt bietet. Ich habe den Eindruck, daß dieser Parteitag in den nächsten zwei Tagen weiteres auszukosten gedenkt. Herzlichen Dank für Ihr Grußwort!

Das Wort hat jetzt Herr Köppler für den Landesverband Rheinland-Westfalen.

(Lebhafter Beifall)

Eine Vorwegnahme der Gebietsreform. Da haben wir Ahnung.

(Heiterkeit)

Heinrich Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Ich möchte Sie hier namens des gastgebenden Landesverbands Rheinland, aber auch im Namen der westfälischen Freunde - das darf ich sicher auch tun - herzlich in der Landeshauptstadt Düsseldorf willkommen heißen.

(Beifall)

Wir freuen uns darüber und sind stolz darauf, daß dieser 25. Bundesparteitag bereits der 7. Bundesparteitag in der Geschichte der Union ist, der hier im Rheinland und nach 1965 und 1971 zum drittenmal hier in Düsseldorf stattfindet.

Die Parteitage in Düsseldorf, meine Freunde, haben immer programmatische Marksteine für die Union in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt. Das fand schon statt, ehe es eine Bundespartei gab, als hier 1949 die Düsseldorfer Leitsätze entstanden, die die Grundlage für unseren gemeinsamen ersten Bundestagswahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland waren. Hier haben wir 1965 in dieser Halle die Düsseldorfer Erklärung verabschiedet, wiederum Grundlage für einen großartigen Bundestagswahlkampf, den wir damals unter der Führung von Professor Ludwig Erhard geführt und gewonnen haben. Hier - ebenfalls in dieser Halle - haben wir 1971 die Neufassung unseres Berliner Programms, unseres heutigen Parteiprogramms beraten und beschlossen.

Wir tagen hier in der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens, des größten Bundeslandes mit annähernd einem Drittel der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, eines Landes, das geprägt ist von seiner Wirtschaft, von Industrie und Technik, eines Landes, meine Freunde, an dem zehn Jahre Regierung gegen die Union, gegen die stärkste Kraft in diesem Lande, nicht ohne Spuren geblieben sind - leider! Die Zahl der weit über 300 000 Arbeitslosen in diesem Land Nordrhein-Westfalen, die schwierige Lage in vielen Wirtschaftsbereichen, vor allen Dingen in der Steinkohle und in der Stahlindustrie, machen heute die Menschen in diesem Land besorgt. Die Schu-

len und das Bildungswesen tragen vielleicht noch am deutlichsten die Spuren dieser zehn Jahre Linksregierung hier in Nordrhein-Westfalen. Wir stehen gerade in diesen Tagen vor einem erneuten Versuch, in der Richtung einer sozialistischen Einheitsschule unser Schulwesen im Lande umzugestalten.

Meine Freunde, die Union in diesem Lande ist seit vielen Jahren wieder die stärkste politische Kraft. Wir werden nichts unversucht lassen - auch aus der Zuversicht heraus, die uns dieser Parteitag in Düsseldorf erneut geben wird - , die Ablösung dieser Landesregierung, die im höchsten Maße ablösungsbedürftig und ablösungsreif ist, zu betreiben.

(Beifall)

Dazu brauchen wir die Übereinstimmung der Politik hier im Lande Nordrhein-Westfalen mit einer erfolgreichen Politik in Bonn. Wie für kein anderes Bundesland, hängen die politischen Schicksale in Bund und in diesem Bundesland eng miteinander zusammen. Wir sind aufeinander angewiesen. Wir erwarten und erhoffen uns von diesem 25. Bundesparteitag hier in Düsseldorf auch den Auftrieb und die Signalwirkung für den Sieg der Union in diesem Lande, um den wir alle - weit über 250 000 Parteimitglieder in Westfalen-Lippe und im Rheinland - seit Jahren mit wachsendem Erfolg kämpfen. Den endgültigen Erfolg haben wir vor uns, und wir werden ihn erreichen.

(Beifall)

Meine Freunde, herzlich willkommen hier im Rheinland! Ein Willkommensgruß noch einmal der rheinischen CDU an Sie alle. Auch ich darf mich den Worten von Herrn Oberbürgermeister Bungert anschließen und hoffen, daß Sie sich hier in unserer Landeshauptstadt wohlfühlen werden. Ich wünsche unseren Beratungen einen guten Verlauf.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Lieber Heinrich Köppler, herzlichen Dank für dieses Grußwort für den Landesverband Rheinland und zugleich für Westfalen. Wir freuen uns, daß Sie uns für morgen abend eingeladen haben. Ich sage schon jetzt unseren Dank dafür, daß wir nach der vierten Plenarsitzung hier bei Ihnen zu Gast sein dürfen. In Erinnerung an vorhergehende Parteitage wollen wir das wieder zu einem richtigen Familienfest der Union werden lassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben ausländische Gäste unter uns. Es spricht jetzt zu uns Herr Dr. Krusinga für die Christlich Demokratische Partei Europas. Ich begrüße Sie herzlich und bitte Sie, das Wort zu nehmen, Herr Dr. Krusinga.

Dr. Krusinga, EUCD: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gerne überbringe ich die Grüße der Union Europäischer Christdemokraten und der Christlich Demokratischen Unionsparteien meines eigenen Landes. Wir haben in Holland drei CDU-Unionsparteien, und Sie haben zwei. Wir hatten 80 Jahre drei Fraktionen und haben jetzt eine. Sie haben zwei Parteien und - auch jetzt - eine Fraktion.

(Beifall)

Sie sehen so, wie die Holländer und die Deutschen einander gleich sind.

Ich glaube, heute überbringt zum erstenmal nach dem Kriege ein Holländer die Grüße der Christlich Demokratischen Parteien Europas. Ich tue das gern. Wir haben als Völker viel zusammen gelitten. Deshalb will ich heute nicht an der ehrenvollen Geschichte Ihrer Partei und ihrer Gründer vorbeigehen.

Adenauer, in der Nazizeit viel verfolgt, hat nach dem Kriege Deutschland aus den Ruinen herausgeführt. Nach dem Kriege waren es der Christliche Demokrat de Gasperi, der Christliche Demokrat Schumann und der Christliche Demokrat Adenauer, die den Grundstein für ein neues Europa gelegt haben. Damit haben die CDU und Adenauer einen essentiellen Beitrag für ein neues Deutschland geliefert, und was Adenauer für Deutschland getan hat, das hat er für Europa getan.

(Beifall)

Dafür sind alle CD-Parteien ihm und Ihrer Partei viel Dank schuldig. Auf diesem 25. Parteitag sprechen Sie über unsere Verantwortung für Deutschland. Das ist auch eine Frage der Menschenrechte.

(Beifall)

Es gibt in Amsterdam keine Mauer wie in Berlin, die einen kommunistischen Norden von einem nicht-kommunistischen Süden trennt. Es gibt auch keine Mauer in Paris, London, Brüssel oder Rom. Aber wenn ein Teil Europas leidet, so leiden diese Städte alle, so leidet das ganze Europa.

(Beifall)

Die Mauer in Berlin ist nicht nur ein deutsches Problem, sondern sie ist ein europäisches Problem

(Beifall)

und damit eine Sache, die alle europäischen christlich demokratischen Parteien angeht.

Die europäischen christlichen Demokraten haben, getreu ihren anti-totalitären Ursprüngen, immer die Regime angeprangert, die die Freiheit unterdrückten und die Menschenrechte verletzten, unabhängig von der Ideologie dieser Regime. Wenn wir christlichen Demokraten über Menschenrechte sprechen, meinen wir natürlich auch politische Freiheit. Aber damit ist nicht alles gesagt. Unter Menschenrechten verstehen wir auch Freiheit des Gottesdienstes, religiöse Freiheit, und auch davon ist unter diesen Regimen nichts zu spüren.

(Beifall)

Darunter verstehen wir auch Freiheit für die Eltern, Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder zu haben;

(Beifall)

wir lehnen Staatsunterricht ab. Es sind die CD-Parteien gewesen, die dafür in der Geschichte gekämpft haben, und wir müssen dafür weiterhin kämpfen. Wir verstehen unter Menschenrechten ferner die Freiheit für die christlichen Organisationen, und auch dafür muß jetzt noch gekämpft werden.

Die christlichen Demokraten Europas sind von ihren Ursprüngen her verpflichtet, energisch zu protestieren gegen die Unterdrückung und

die Verletzung der Menschenrechte, denen die Bevölkerung der kommunistisch regierten Länder noch heute und wieder neu ausgesetzt ist. Die Weltöffentlichkeit muß darüber zutiefst schockiert sein. Zu diesen Situationen können, wollen und dürfen die europäischen christlichen Demokraten nicht schweigen.

(Beifall)

Anderthalb Jahre nach der Konferenz von Helsinki und wenige Monate vor der Wiederaufnahme der Arbeiten in Belgrad hat sich die Situation der Menschenrechte nicht gebessert. Eher das Gegenteil ist der Fall. Dazu paßt ein sehr scharfer Protest. Die europäischen christlichen Demokraten müssen daher einen leidenschaftlichen Appell an alle demokratischen Kräfte Europas richten, damit diese Sache nicht länger verschwiegen wird,

(Beifall)

sondern das volle Licht der Öffentlichkeit darauf fällt. Eine gemeinsame Aktion zugunsten der Menschenrechte ist jetzt mehr denn je notwendig. Dafür müssen wir als christliche Demokraten uns alle einsetzen, jeder von uns und wir alle zusammen.

Kennedy hat gesagt: "Ich bin ein Berliner." Das sind wir in dem Sinne alle.

(Beifall)

Aber dabei haben die europäischen christlichen Demokraten einen speziellen Auftrag, eine spezielle Pflicht Europa gegenüber. Wir alle - die spanischen christlichen Demokraten, die italienischen christlichen Demokraten, die belgischen christlichen Demokraten, die deutschen christlichen Demokraten und die holländischen christlichen Demokraten - haben einen gemeinsamen Auftrag. Wir sind alle Europäer, wir lassen uns Europa nicht wegnehmen.

(Lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Haben Sie herzlichen Dank, Herr Dr. Kruisinga, für Ihre Ausführungen! Sie spüren am Beifall, daß der Parteitag Sie verstanden hat.

Jetzt spricht zu uns der Vorsitzende der Konservativen Volkspartei in Dänemark, Herr Dr. Poul Schlüter.

Dr. Poul Schlüter (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als wir im Herbst den Parteitag unserer Konservativen Volkspartei in Dänemark abhielten, freute es uns, eine Rede von Herrn Kai-Uwe von Hassel zu hören. Die Nachricht von dem großen Erfolg Ihrer Partei bei den letzten Bundestagswahlen, die er uns überbrachte, und das Engagement, mit dem er sprach, gaben uns in einer Zeit, die sonst nicht die hellste in der Geschichte unserer Partei war, Hoffnungen. Heute ist es für mich eine tiefempfundene Freude, Ihnen eine solche Siegesnachricht zurückgeben zu können

(Beifall)

und Ihnen berichten zu können, daß die dänischen Konservativen nicht nur die Niederlage der letzten Wahlen zum Stillstand gebracht haben, sondern daß wir unsere Stimmzahl um 50 % erhöht haben.

(Beifall)

Ein altes dänisches Sprichwort sagt: In der Not muß man auf seine Freunde zählen können. Darf ich Ihnen für den Rückhalt und das Vertrauen, das Sie unserer Partei ständig, auch in der Zeit des Rückganges, gezeigt haben, danken.

Die Zeit des Rückganges ist aber vorüber. Eine konservative, christlich demokratische Welle geht durch Europa. Wir haben es bei den Wahlen in Norwegen, in Schweden, in der Bundesrepublik Deutschland, bei den Teilwahlen in England und jetzt in Dänemark gesehen. Diese Welle ist in einem von der Krise betroffenen Europa entstanden, einer Krise, die im Grunde wirtschaftlich ist, die aber sehr leicht auch eine Krise für unsere ganze Zivilisation werden kann. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die einzelnen Länder aufhören mit den ständigen verzweifelten Versuchen, die Probleme separat zu lösen, daß die Europäische Gemeinschaft damit aufhört, sich in technischen Detailfragen zu begraben, und daß sie statt dessen ihre Verantwortung unserer Zivilisation gegenüber einsieht und damit anfängt, die Probleme gemeinschaftlich zu lösen.

(Beifall)

Mitten in der Krise sehen mehr und mehr Bürger ein, daß es notwendig ist, für das Erreichte in unserer Wirtschaft, für die Werte der Kultur und Tradition zu kämpfen, nicht nur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, sondern über das ganze Europa hinweg, ja, weit in die Länder hinein, wo Diktaturen geglaubt hatten, mit eiserner Hand die Stimme der Freiheit für immer zum Schweigen gebracht zu haben. Diese Millionen von Menschen können wir nicht im Stich lassen.

(Beifall)

Sie geben uns eine Verantwortung auch zum Kampf für die Freiheit des einzelnen. In diesem Kampf sind wir alle Mitglieder derselben Partei.

Der große alte Staatsmann Ihrer Partei, Herr Konrad Adenauer, hat gesagt: "Die Sorge um die Gefährdung dieser Grundlagen, die Sorge um die Gefährdung der Freiheit und der Gleichberechtigung müssen uns heute zusammenführen gegen diejenigen Kräfte, die das freie Selbstbestimmungsrecht des einzelnen und der Völker verkennen."

(Beifall)

Wilfried Hasselmann (Tagungspräsidium): Herr Dr. Schlüter, haben Sie herzlichen Dank für Ihr Grußwort.

Wir schließen mit den beiden Grußworten unserer ausländischen Freunde diesen Tagesordnungspunkt ab.

Ich rufe nunmehr Punkt 8 der Tagesordnung auf. Es spricht zu uns der Vorsitzende der Union in Deutschland, unser Freund Dr. Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Düsseldorfer Parteitag ist nicht irgendein Parteitag. Dieser Parteitag findet statt nach einem der größten Wahlsiege unserer Partei, und diesen Erfolg haben wir gemeinsam hart erarbeitet.

(Beifall)

Wir alle wollen nicht zulassen, daß dieser Erfolg zerredet wird, und wir wollen nicht zulassen, daß wir ihn gar selbst zerreden.

(Beifall)

Noch nie gab es in diesen Jahren eine so kämpferische Union. Noch nie gab es in diesen Jahren solchen Mut zum ganz persönlichen Bekenntnis unserer Freunde auf den Straßen und Plätzen unseres Landes. Deshalb sollten wir jetzt und zuerst an dieser Stelle unseren vielen Millionen Wählern für ihre Treue, für ihre Überzeugungskraft und für ihre kämpferische Hingabe zu unseren Idealen danken.

(Beifall)

Über 18 Millionen Wähler haben uns ihr Vertrauen geschenkt, und sie werden uns kritisch danach befragen, ob wir uns dieses Vertrauens würdig erweisen. Unsere Mitglieder und Freunde kämpften mit aller Kraft, und so will ich auch ganz persönlich als ihr Kanzlerkandidat all jenen danken, die mir dabei geholfen haben, mit ihnen gemeinsam dieses Wahlziel, diesen Wahlsieg zu erreichen. Ein einzelner kann gar nichts, weder der Bundesvorsitzende noch irgendeiner von uns. Nur in der Gemeinschaft unserer Idee sind wir fähig, unser Ziel zu erreichen.

(Beifall)

Ich will all unseren hauptamtlichen Freunden sehr herzlich danken, die unverdrossen und unter mancherlei Schwierigkeiten draußen vor Ort ihre Pflicht getan haben und zu diesem Wahlsieg beitrugen. Ich will auch allen Freunden im Adenauer-Haus danken, die unter den schwierigen Bedingungen der sich wandelnden Ansprüche auch der Partei diesen Wahlkampf vorbereitet und durchgestanden haben.

Ein besonderes Wort des Dankes geht gerade in dieser Stunde an unseren Freund Kurt Biedenkopf, der hier einen Hauptteil der Arbeit geleistet hat.

(Beifall)

Er hat in den vier Jahren seiner Amtszeit immer wieder versucht, die Partei auf ihre Grundsätze zu befragen, das, was wesentlich ist, vom Alltag zu scheiden. Dafür danken wir und dafür danke ich ihm mit einem ganz besonders herzlichen Wort. Denn, meine Damen und Herren, wenn ein Mann seine berufliche Existenz in der Wirtschaft drangibt und diesen Job, wenn ich einmal so sagen darf, dieses Amt des Generalsekretärs übernimmt, setzt er damit auch Signale, die für uns alle ganz selbstverständlich werden sollten.

(Beifall)

Ich danke sehr herzlich unserem Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke, der mit allen Freunden im Adenauer-Haus zum guten Gelingen dieses Wahlkampfes beitrug.

(Beifall)

Ich danke sehr herzlich dem Mann, der ohne viel Aufhebens an erster Stelle mit darum besorgt war, daß wir das alles finanzieren konnten: unserem Schatzmeister Walther Leisler Kiep.

(Beifall)

Über eine Parteikasse zu reden, ist eine Sache. Eine Parteikasse in Ordnung zu halten, ist eine ganz andere Sache. Wir haben alle Grund, Walther Leisler Kiep für seinen Dienst an der Partei zu danken.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist zugleich der Bericht der Bundestagsfraktion. Ich will jetzt auf diesem ersten Parteitag nach der Bundestagswahl auch unserem langjährigen Fraktionsvorsitzenden, unserem Freund Karl Carstens, für seinen Einsatz und für seine Hingabe herzlich danken.

(Beifall)

Lieber Karl Carstens, Sie haben in einer schwierigen Zeit vor über dreieinhalb Jahren damals dieses Amt übernommen. Sie haben es mit Bravour geführt und Sie haben uns allen mit Ihrer Pflichttreue ein großartiges Beispiel gegeben. Für uns alle ist es eine große Freude, heute den Präsidenten des Deutschen Bundestages Karl Carstens amtierend zu sehen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, unser Erfolg verpflichtet uns alle und mich - Sie werden dies verstehen - in einer ganz besonderen Weise. Ich werde ohne Wenn und Aber, aber auch ohne jedes Kraftmeiertum Partei und Fraktion führen. Politische Führung heißt für mich immer überzeugen, Diskussionen ermöglichen, notwendige Entscheidungen herbeiführen. Politische Führung heißt, Aufgaben stellen und auch den Mut besitzen, ein klares Wort, wenn es sein muß, unter Freunden zu sprechen. Wir alle sind zuerst unserer Idee, unserer politischen Gemeinschaft verpflichtet. Ich werde es mit Ihrer Hilfe deshalb nicht zulassen, daß möglicherweise einzelne die eigene Karriere über das Interesse unserer Sache stellen.

Dieser Parteitag findet in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen von Staat und Gesellschaft statt, in einer Zeit, in der wir den Zerfall der Regierungspolitik erleben, in einer Atmosphäre, die bestimmt ist von zunehmenden Zweifeln der Bürger an der Politik, an den Politikern und an den Parteien. Meine Freunde, das Stichwort von der Staatsverdrossenheit macht die Runde.

Damit ist für uns alle ein wichtiges Ziel dieses Parteitages fixiert: Es muß ein Parteitag der Konzentration auf unsere künftigen Aufgaben sein, auf unsere Pflichten für unser Vaterland.

(Beifall )

Düsseldorf 1977 ist für uns der Auftakt für eine neue große politische Offensive: getragen von dem entschlossenen Willen, die stärkste politische Kraft unseres Landes zu bleiben und sobald wie möglich die Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.

(Beifall)

Die Fundamente unseres Erfolges sind solide: Unsere Partei befindet sich in einer guten Ausgangsposition. Ihre Attraktivität zeigt sich in den Zahlen: In den letzten vier Jahren sind über 300 000 neue

Mitglieder zu uns gekommen. Ein Viertel derer, die seit 1975 neu zu uns kamen, sind Frauen.

(Beifall)

40% der neuen Mitglieder sind jünger als 35 Jahre.

(Erneuter Beifall)

40 % sind Arbeiter und Angestellte.

(Wiederholter Beifall)

Mit einem Wort: Die Union ist endgültig eine Mitgliederpartei geworden.

Wir verfügen über die notwendige schlagkräftige und leistungsfähige Organisation. Meine Freunde, es gibt nichts, was uns daran hindern könnte, auf diese Union und auf diese unsere gemeinsame Leistung auch stolz zu sein.

Viel zuviele - fürchte ich - auch in den eigenen Reihen haben vergessen, welch großen Sprung nach vorne wir in diesen letzten Jahren getan haben. Noch 1972 - fünf Jahre ist das jetzt her - prophezeite man uns, daß die CDU nach ihrer Anlage strukturell eine Minderheitenpartei sein müsse, daß sie sich auf jene Schichten stützen würde, die in der Gesellschaft langsam aussterben und an Bedeutung verlieren. Wir haben gemeinsam diese Prognosen unserer Gegner entscheidend widerlegt. Die CDU ist die Mehrheitspartei, und sie wird es bleiben, wenn wir selbst nur wollen.

(Beifall)

Der 3. Oktober hat bewiesen: wir haben die Chance zur Mehrheit. Den Erfolg brachte ein Wahlkampf, den wir grundsätzlich, den wir offensiv geführt haben. W i r haben die Themen bestimmt, und w i r haben die Regierung und Koalitionsfraktionen zur Reaktion gezwungen. Dies muß so bleiben, wenn wir die Zukunft bestimmen wollen. Nicht wir sind abhängig von dieser Regierung. Immer mehr zeigt sich: diese Regierung ist von der Union im Bundestag und Bundesrat abhängig.

(Beifall)

Dies alles bestimmt unsere Verantwortung, aber auch unser Selbstbewußtsein. Wir haben die Sozialdemokraten im Wahlkampf in die Klemme gebracht; wir haben gar nicht vor, sie da herauszulassen. Wir wollen - um es sportlich zu sagen - die Kondition der Partei halten und stärken. Deswegen dürfen wir die Parteiarbeit nicht vernachlässigen; im Gegenteil! Unsere Partei und ihre Organisation hat ihre eigene Bedeutung. Sie darf und sie wird nicht mehr zum Wahlverein werden. Sie darf auch nicht zum Anhängsel der Bundestagsfraktion verkümmern.

(Beifall)

In der Zeit, die vor uns liegt, müssen wir in voller Konzentration die Auseinandersetzung mit der Regierung und mit den sie tragenden Koalitionsparteien führen. Die Bundesregierung versucht, dieser Auseinandersetzung auszuweichen. Ihr fortdauernder Ruf nach der

Alternative der Opposition ist nichts anderes als das Eingeständnis ihrer eigenen Ratlosigkeit. Die Regierung braucht mehr und mehr die Opposition als Rettungsring und als Ersatzmotor. Sie suggeriert der Öffentlichkeit, sie selber habe eine Antwort. In Wirklichkeit entläßt sie sich dauernd selbst aus der Beweislast für ihre eigene Position.

Der Bürger hat ein Recht zu wissen, was die Opposition will. Aber wir werden nicht eine müde Regierung aus ihrer Pflicht entlassen, ihre eigene Politik zu definieren.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben bereits im Wahlkampf versucht, mit einer Papierflut der Regierungspropaganda - unter tätiger Mithilfe der FDP - ihr Scheitern zuzudecken. Sie haben bedenkenlos Millionen an Steuermittel verschleudert. Jetzt müssen der Bundeskanzler und seine Regierung sich vom Bundesverfassungsgericht bescheinigen lassen, daß sie die Chancengleichheit der Parteien verletzt und daß sie sich schwerer Verstöße gegen das Grundgesetz schuldig gemacht haben.

Für uns in der Union, meine Freunde, stellt sich die Frage: Alternative - wozu? Etwa zur Regierungserklärung, die doch keinerlei Konzept verrät, sondern bestenfalls Material für künftige Historikergenerationen bietet, um das Austrocknen von Phantasie und Verstand in sozialistischer Bürokratie zu belegen?

(Beifall)

Oder etwa Alternative zum Programm des Sozialismus? Ich frage: zu welchem Sozialismus, zu dem des Jochen Steffen, der Jusos, zu dem von Klaus Schütz und Georg Leber, zu dem Willy Brandts, Herbert Wehners, Egon Bahrs und der Sozialistischen Internationalen? Von Eppler zu Schmidt führt keine Brücke, jeder spricht eine andere Sprache. Sie sitzen auf verschiedenen Ufern, rufen sich von Zeit zu Zeit Belehrungen und Ermahnungen zu und lassen den Strom der Probleme mehr und mehr anschwellen. Wenn Helmut Schmidt heute - dies haben wir doch erlebt - eine Entscheidung bekannt gibt, dann fragen wir uns nach den Erlebnissen mit der Rentenproblematik doch mit der deutschen Öffentlichkeit, ob das die endgültige, die revidierte oder die endgültig revidierte Entscheidung ist.

(Beifall)

Hier kann man doch nur den Schluß ziehen: Die Sozialdemokraten haben abgewirtschaftet - im Bund, aber auch - und das müssen wir draußen deutlich machen - in den von ihnen regierten Ländern. Der SPD/FDP-Senat von Berlin stolpert von einem Skandal in den anderen, und das in einem Augenblick, in dem die Stadt - der freie Teil Berlins - mehr denn je die Autorität der Regierung und kraftvolle Politik für die Stadt und die Freiheit der Stadt braucht.

(Lebhafter Beifall)

Der Hamburger Senat erschöpft sich in dem Wettstreit zwischen SPD und FDP, wer weiter links steht. Hier in Düsseldorf, in Nordrhein-Westfalen, ist die Inkarnation von Führungslosigkeit Teil der amtierenden Politik geworden. Heinz Kühn überläßt immer häufiger den linken Ideologen das Spielfeld - wie jetzt in der Schulpolitik deutlich - und geht auf Reisen.

Über Hessen, meine Freunde, redet man am besten gar nicht mehr. Man stottert dort die Folgen der Helaba-Affäre ab und hält das für Ersatz von Politik.

(Beifall)

Das Scheitern der Sozialdemokraten ist nicht nur Ausdruck sprichwörtlicher Unfähigkeit, sondern auch Ergebnis eines politischen Stils und des Fehlens eines Konzeptes. Die Strategie des demokratischen Sozialismus besteht erstens in der Verunsicherung des Bürgers. Sie wechselt sprunghaft Positionen; sie will gezielt verwirren - in der Erwartung, daß dann die Entscheidungen leichterfallen. Zwei klassische Beispiele haben wir in diesen Tagen erleben müssen: den Rentenskandal und die Entwicklung in der Deutschlandpolitik.

Wer sich noch an die Thesen des Kanzlers zur Rentenpolitik aus dem Wahlkampf erinnert und sie mit jener wechselhaften Tragödie nach dem Wahltag vergleicht, der kann dies - im Blick auf Millionen alter Mitbürger - nicht mehr bloß als ein mißlungenes Possenspiel abtun. Wenn der Kanzler uns im Wahlkampf wider besseres Wissen die Würde christlicher Gebote vorhält, dann muß er wissen, daß mit dem Rentenskandal gerade seine persönliche Glaubwürdigkeit im Kern getroffen ist.

(Beifall)

Was ist das für ein Mann, der uns vorhält: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider Deinen Nächsten!, und aus Angst um den Machtverlust im gleichen Atemzug genau dieses falsche Zeugnis leistet?

(Beifall)

Auch in der Deutschlandpolitik werden bisher zwischen den Parteien unbestrittene Grundsätze von einem Regierungsvertreter in Ost-Berlin zur öffentlichen Diskussion gestellt. Der eine Koalitionspartner nennt das einen Skandal. Der Kanzler schweigt dazu. Wehner distanziert sich von der Form und nicht vom Inhalt. Bei Brandt und Bahr ist klar, wem ihre wirklichen Sympathien gelten. So höhlen die Sozialdemokraten systematisch Grundpositionen gemeinsamer deutscher Politik aus. Es ist kein Wunder - ich sage das mit aller Deutlichkeit -, daß jetzt selbst die DDR-Führung Herrn Gaus zu loben beginnt.

Die zweite Strategie des demokratischen Sozialismus besteht darin, gegen die eigene Politik von gestern lautstark zu Felde zu ziehen, um das Wegräumen der eigenen Reformtrümmer von gestern als politische Großtat von heute zu feiern. Da wettet man mit biederer Miene gegen die Reformeuphorie, gegen überzogene Erwartungen in der Deutschlandpolitik, gegen eine wachsende Bürokratisierung.

Meine Freunde, diejenigen, die heute so sprechen, sind die gleichen Leute, die bis gestern gerade diese Politik emphatisch betrieben haben

(Beifall)

und die jede Kritik daran als Friedensstörung, als Angstmache, als Schwarzmalerei denunziert haben. Ich frage mich immer wieder: Welches Bild von der Erinnerungsfähigkeit der Bürger der Bundesrepublik müssen Helmut Schmidt und seine Regierung haben?

Gegen diese Entwicklung müssen wir, die Union, unsere eigene Strategie setzen. Gegen diese Strategie der SPD, die zwangsläufig Vertrauen zerstören und unser Land in die Krise treiben muß, setzen wir unsere Politik. Wir wollen diesen unseren Weg nicht als taktische Grat-

wanderung, sondern auf der Basis unserer Grundsätze einschlagen. Meine Freunde, nicht bloß die Ablösung der gegenwärtigen Regierung, sondern die Einleitung einer neuen Phase solider deutscher Politik muß das Ziel der Union sein.

(Beifall)

Wie muß dieser Weg aussehen? Es muß ein Weg der Politik der Glaubwürdigkeit sein, nicht der Weg kurzatmiger Popularität, nicht der Weg des Verbeugens vor mächtigen Funktionären oder Organisationen mit modischen Sympathiebewegungen. Wer Mehrheit will, muß überzeugen und darf nicht das jeweils aktuelle Ergebnis demoskopischer Befragungen anbieten.

(Beifall)

Von Konrad Adenauer stammt das kluge Wort, daß Zuverlässigkeit, Geradheit und Stetigkeit die besten Fundamente politischen Erfolges sind. Daran hat sich in unserem Lande nichts geändert.

(Beifall)

Aus dieser prinzipiellen Situation, die auch unsere Glaubwürdigkeit begründen muß, definieren wir ebenfalls unser Verhältnis zu Sozialdemokraten und Freien Demokraten.

Wir, die Union, werden mit der FDP kompromißlos die Auseinandersetzung um die wirklich liberalen Positionen in der deutschen Politik führen. Anlaß gibt es genug dazu. Die Freien Demokraten sind mitverantwortlich dafür, daß an vielen deutschen Hochschulen - in Berlin, in Frankfurt, in Marburg - in ganzen Fachbereichen an die Stelle von Freiheit in Lehre und Forschung die Möglichkeit kommunistischer Indoktrination getreten ist. Ohne Freie Demokraten gäbe es dort sozialistische Schulpolitik überhaupt nicht.

(Beifall)

Vielfalt, Pluralität der Lehrmeinungen - dies ist doch die Grundlage wirklich liberaler und demokratischer Politik. Wir werden die Freien Demokraten in dieser Hinsicht offensiv an ihren Taten messen. Die Freien Demokraten werden überall auf unsere entschiedene Gegnerschaft treffen, wo sie das Trittbrett für sozialistische Züge zimmern. Überall dort aber, wo sie sich wirklich liberale Positionen zu eigen machen, bieten wir - auch das gehört in unser Konzept - der FDP faire Partnerschaft an.

Meine Freunde, aus der gleichen Position der Glaubwürdigkeit erteilen wir auch allen Hoffnungen auf eine Große Koalition, die hie und da gehegt werden, eine entschiedene Absage.

(Beifall)

Die Union wird nicht das Sauerstoffzelt für den in Atemnot geratenen Sozialismus in der Bundesrepublik sein.

(Beifall)

Wir setzen auf die Geschlossenheit und Kontinuität des Unionsgedankens. Wir sagen auch hier auf diesem Parteitag ganz offen: Wir haben unser Kreuther Problem gehabt. Daran ist nichts zu beschönigen und nichts zu verharmlosen. Dem Streit ist aber die Einigung gefolgt, auch wenn dieser unnötige Streit viele Wochen unsere Kraft gelähmt und viele

unserer Anhänger bitter enttäuscht hat. Auch das gehört in diesen Bericht hinein.

(Beifall)

Im Zuge dieser Auseinandersetzung ist auch alles das ausgesprochen worden, was sich in langen Jahren der Gemeinsamkeit zwischen den Schwesterparteien der CDU und CSU an Mißverständnissen angesammelt hatte. Ich glaube, wir können jetzt mit gutem Gewissen und mit gutem Grund feststellen: Wir haben ein neues, ein tragfähiges Fundament für CDU und CSU geschaffen. Daran wollen wir weiterbauen.

(Beifall)

Ich kann auch in Zukunft nur mit aller Entschiedenheit mit Ihnen gemeinsam - und dies werde ich tun - für die Einheit der Union kämpfen. Ich will all jene warnen, die diese Einheit womöglich leichtfertig zur Diskussion stellen.

Die wenigen Wochen der neu gewonnenen gemeinsamen Fraktion im Bundestag zeigen, daß sich diese Gemeinsamkeit bewährt hat. Mit Franz Josef Strauß und Fritz Zimmermann haben wir mit allen Freunden der CSU diese gemeinsame Basis diskutiert und besprochen. Ich freue mich, daß mein Stellvertreter im Vorsitz der Bundestagsfraktion, Fritz Zimmermann, morgen unser Gast sein wird.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben uns in allen wichtigen Sachfragen auch in diesen letzten Wochen in besonders kameradschaftlicher Weise mit den CDU/CSU-geführten Ländern selbstverständlich geeinigt - ohne irgendeinen faulen Kompromiß. Wenn ich sage: "mit den CDU/CSU-geführten Bundesländern", gilt das selbstverständlich auch für unsere Freunde in Saarbrücken und Hannover, die Teil dieser Gemeinschaft der Union sind.

(Beifall)

Das Ziel bleiben 51 % der Wählerstimmen. Koalitionsstrategie oder Mehrheitsstrategie: diese Scheinalternative sollten wir uns von niemandem aufschwätzen lassen. Durch eine mehrheitsfähige Politik, die überzeugt, weil sie in sich überzeugend ist, machen wir es den anderen unmöglich, gegen die Union eine Koalition der Verlierer zu bilden. Wir müssen deshalb auf allen Ebenen unsere Anstrengungen verstärken, in den Städten, in den Gemeinden, in den Landtagswahlen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen; denn, meine Freunde, wir verdanken unsere großartigen Wahlergebnisse nicht zuletzt der Tatsache, daß es uns endlich wieder gelungen ist, Rathaus für Rathaus zurückzugewinnen und in fast allen Ländern stärkste Partei zu werden. Das ist die Voraussetzung.

(Beifall)

Konfrontation oder Zusammenarbeit: auch das ist eine der Scheinalternativen, die uns da aufgeschwätzt werden sollen. Natürlich weichen wir harter Auseinandersetzung nicht aus, wo SPD und FDP in der Koalition Positionen vertreten, die für uns nicht akzeptabel sind, vor allem aber wollen wir diese Regierung und die sie tragenden Parteien mit unseren eigenen, mit unseren besseren Lösungen konfrontieren. Unsere Mitbürger, meine Freunde, sind nicht konfliktscheu, wo sie spüren, daß ihre Sorgen verstanden werden, sie lehnen

nur eine totale Konfrontation ab, hinter der sich nichts anderes als der Berufsstreit von Politikern verbirgt. Sie wollen keinen permanenten Wahlkampf, sie wollen nicht, daß wir Argumente, Positionen und auch Politik immer dann verteufeln, wenn sie vom politischen Gegner kommen. Die anderen reden vom mündigen Bürger, wir wollen den mündigen Bürger der Bundesrepublik mit unserer Politik respektieren.

(Beifall)

Wir werden unsere politische Offensive auf drei Ebenen führen: Wir werden weiterhin die grundsätzliche Auseinandersetzung mit SPD und FDP fortsetzen. Die SPD hat jetzt einen Orientierungsrahmen, aber offenkundig keine Orientierung. Wir werden unser Grundsatzprogramm im Jahre 1977 intensiv in allen Bereichen der Partei diskutieren und auf dem nächsten Parteitag 1978 verabschieden. Das Arbeitsprogramm der Partei werden wir nach Vorlage durch den Generalsekretär am Mittwoch hier auf dem Parteitag diskutieren und festlegen.

Die Bundestagsfraktion hat in den wenigen Wochen ihrer Arbeitsmöglichkeit ihre ersten Arbeitsergebnisse vorgelegt. Die Große Anfrage zur Deutschlandpolitik zwingt die Regierung zu einer nüchternen Bestandsaufnahme. In der Rentenpolitik - ich komme gleich noch darauf zu sprechen - werden wir im Laufe der nächsten Woche die entscheidenden abschließenden Beratungen haben.

Wir haben ein klares Nein zum vorliegenden Steuerpaket der Regierung gesagt. Wir rufen allen unseren Bürgern im Lande zu: Die Grenze der Belastbarkeit des Bürgers ist erreicht. Wir haben das vor der Wahl gesagt, dies gilt auch nach der Wahl, und nach dieser Überzeugung wird gehandelt.

(Beifall)

Durch unsere Große Anfrage zur Energiepolitik werden wir die Bundesregierung zwingen, dieses Thema in sachlicher Weise vor der deutschen Öffentlichkeit zu behandeln. Während im sozialen, im wirtschaftlichen und im internationalen Bereich die Grundlagen unserer herkömmlichen Ordnung erschüttert werden, lebt die Bundesregierung von der Hand in den Mund. Die Bürger spüren die Folgen dieser Politik. Zusätzliche Leistung lohnt nicht mehr, persönliche Initiative wird bestraft. Immer mehr unserer Mitbürger fürchten um ihre Arbeitsplätze. Das Netz der sozialen Sicherheit wird brüchig. Die Zukunft des einzelnen wird immer weniger kalkulierbar.

Meine Freunde, für jeden, der Familie und Kinder hat, verschärfen sich diese Probleme. Der Lebensstandard sinkt, die Kinder werden immer neuen Belastungen unterworfen, und es ist offenkundig, daß ihre Bildungs- und Berufschancen sinken. In dieser Situation erleben wir eine Regierung, die die Sorgen der Bürger offensichtlich gar nicht wahrnimmt, die zunehmend handlungsunfähig ist, die die wahren Sachverhalte verschleiert, die vor allem dem Bürger immer tiefer in die Tasche greift, indem sie selbst immer weniger leistet. Auch das gehört zur Wirklichkeit der Bundesrepublik.

(Beifall)

Es muß uns nachdenklich stimmen, daß immer mehr unserer Mitbürger den Staat als Last und weniger als ihre Hilfe empfinden. Der Bundespräsident hat das kürzlich in einer Bilanz treffend formuliert. Er sagte: "Die seelische Temperatur in unserem Lande sinkt... Die

Freiheit einer Gesellschaft, in der der einzelne immer mehr isoliert und damit seiner sozialen Wirkungsmöglichkeiten beraubt wird, ist in Gefahr. Wir müssen dieser Gefahr begegnen, wenn wir der Verfassung entgegen wollen." Wir können dieses Urteil unseres Staatsoberhauptes ohne jedes Wenn und Aber nur unterschreiben.

(Beifall)

Dies ist die präzise Momentaufnahme unserer Gesellschaft. Sozialismus, der Neid und Mißtrauen zu seinem gefährlichsten Waffenarsenal zählt, muß eine Gesellschaft in die Verdrossenheit, in Resignation und Defaitismus treiben. Der einzelne fühlt sich überfordert, weil er sich gegängelt sieht. Weil immer mehr Sachverhalte des sozialen Lebens geregelt werden, wächst der Druck zur Anpassung, wächst der Druck, jedes Risiko, jede eigene Entscheidung, die Zivilcourage erfordert, zu vermeiden. So weit hat sich dieses Land von jener Offenheit, Risikobereitschaft, von jenem selbstverständlichen, offenen Wagemut und jener Lebensfreude entfernt, die zu Zeiten Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers diese Bundesrepublik prägen.

Nicht mehr der freie selbstverantwortliche Bürger ist das Maß aller Dinge, sondern die Forderung wohlfeiler Ideologie, Ansprüche mächtiger Gruppen und das Interesse umfassender Bürokratien. Keine von diesen Gruppen ist gefeit vor dem Gewande elitärer Arroganz. Unsere Mitbürger spüren das. Sie verlieren Vertrauen zu einer Politik, die an der Oberfläche materieller Fragen abgeleitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, meine Freunde, daß viele unserer Mitbürger Angst haben, Angst vor der Zukunft, daß sie verunsichert sind, unsicher, ob wir der Folgen, die wir ausgelöst haben, noch Herr werden. Wir beginnen zu zweifeln, ob die herkömmliche Art, Politik zu betreiben, neuen Herausforderungen noch angemessen ist. Wenn die Sorgen und Ängste der Menschen - und das muß sich jede demokratische Partei ins Stammbuch schreiben - den Parteien entgleiten, suchen sie den Halt anderswo. Staatsverdrossenheit ist aber nicht der Boden, auf dem Freiheit und Sicherheit wachsen, schafft nicht die Atmosphäre, in der wir die Probleme der Welt von heute und morgen meistern können.

(Beifall)

Die Umbrüche in den tieferen Schichten der menschlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit stellen die eigentliche Herausforderung für uns dar: unserem Volk, unserem Staat ein neues Vertrauen zu sich selbst und zu seinen Parteien zu geben. Das war doch die Leistung nicht zuletzt der Christlich Demokratischen Union beim Wiederaufbau.

Heute warten immer mehr Mitbürger mehr denn je darauf, daß wir diese Leistung gemeinsam mit ihnen neu erbringen. Es geht um die geistige Sicherung unserer freiheitlichen Ordnung. Darin sehen wir den entscheidenden Auftrag zum Ausgang dieses Jahrhunderts.

(Beifall)

Die Probleme des Tages - wer will es bestreiten - wiegen schwer. Sie liegen vor uns, sie beanspruchen unsere ganze Aufmerksamkeit. Aber sie verstellen uns auch leicht den Blick in die Zukunft. Vor 30 Jahren haben wir ja nicht nur Trümmer beseitigt, sondern gemeinsam eine neue Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut. Damals wie heute wuchsen bzw. wuchsen uns die Kräfte, der Mut

und die Opferbereitschaft aus den Idealen zu, denen wir verpflichtet sind. Sie haben sich in diesen 30 Jahren in nichts geändert.

Die Union trägt die Hoffnungen vieler Menschen, die Hoffnungen darauf, daß es gelingt, auch in einer modernen Welt Freiheit weder in Systemzwängen ersticken noch in den Händen von Bürokraten verkümmern zu lassen. Für uns, die CDU, ist das Maß des Fortschritts auch immer das Maß der Freiheit. Den Fortschritt der Gesellschaft in Freiheit zu sichern - das ist unser christliches und unser freiheitlich-liberales Erbe; die Freiheit der Menschen zu schützen und zu wahren - das ist unser konservativer Auftrag; ihre gesellschaftlichen Bedingungen zu sichern - das ist unsere christlich-soziale Pflicht.

Am Beginn der westlichen Demokratie stand die skeptische Frage von Alexis de Tocqueville, ob denn am Ende die demokratische Freiheit von der demokratischen Gleichheit nicht erdrückt werde. Das ist die erste Vorahnung davon, daß eines Tages Freiheit oder Sozialismus die Schicksalsfrage einer Epoche sein wird.

(Beifall)

Unsere Aufgabe ist es, meine Freunde, in den letzten 25 Jahren dieses Jahrhunderts, die ja die Schwelle zum dritten Jahrtausend sind, durch Wort und Tat zu beweisen, daß eine gerechte, menschliche Gesellschaft nur als eine freie und nicht als eine gleiche Gesellschaft denkbar und möglich ist. Unsere Aufgabe ist es, unmißverständlich zu sagen, wofür wir als Union stehen, welche Aufgaben wir anpacken wollen und wie unsere Prioritäten aussehen.

Deswegen ein klares Wort zu diesen Prioritäten. Eine unserer Prioritäten - ich füge hinzu: im Bereich der Innenpolitik - ist auf die Zukunftschancen unserer jungen Generation in Bildung und Beruf gerichtet.

(Beifall)

Meine Freunde, mit steigender Sorge beobachten wir als Eltern, als Verwandte, als Freunde junger Leute, wie die Zukunftschancen der jungen Generation schwinden. Immer mehr junge Leute sehen sich um den Erfolg ihrer Ausbildung betrogen, stehen vor verschlossenen Türen. Resignation bei der jungen Generation ist der bitterste Vorwurf an die politisch Verantwortlichen, die Solidarität gegenüber einer ganzen heranwachsenden Generation verletzt zu haben. Wenn der Satz richtig ist, daß die Jugend die Zukunft eines Volkes ist, dann hat diese Bundesregierung in sieben Jahren mit der Zukunft Deutschlands Raubbau getrieben.

(Beifall)

Wir in der Union wissen: Die Familien- und Bildungspolitik entscheidet über die Zukunft unseres Vaterlandes. Hier geht es zunächst und vor allem um die Grundlagen des sozialen Friedens, um die Solidarität der Generationen, um den Bestand freiheitlicher Demokratie schlechthin. Deswegen werden wir erzwingen, daß die Familienpolitik ein neues, ein besseres Gesicht bekommt.

(Beifall)

Die Lebensbedingungen der Familie müssen so verbessert werden, daß es sich Familien ideell und materiell leisten können, Kinder zu haben, auch wieder mehr als zwei Kinder.

(Beifall)

Wir wissen aus Untersuchungen und Umfragen, daß sich viele Familien mehr Kinder wünschen, als sie haben. Wenn sie dennoch keine oder wenige Kinder haben, so geschieht das oft genug im Grunde gegen ihren Willen.

Uns geht es jetzt nicht darum - das sage ich warnend -, Familienpolitik mit Bevölkerungspolitik gleichzusetzen. Familienpolitik, wie wir sie verstehen, ist viel, viel mehr. Familienpolitik muß den Menschen, die die Erziehung von Kindern als sinnvolle Lebensaufgabe sehen, die Möglichkeit dazu erleichtern. Das ist die erste Prämisse unserer Familienpolitik.

(Beifall)

Wir müssen wieder begreifen, daß die Familie der Ort ist, an dem das Kind zuerst Persönlichkeit gewinnt, zur Gemeinschaft angeleitet wird, Wertbewußtsein erlernt. Was in der Familie nicht geleistet wird, können eben staatliche, kommunale, Einrichtungen - wenn überhaupt - nur schwer und häufig nur unzureichend bewirken.

Wir werden weiter dafür arbeiten, daß die Frau im Laufe ihres Lebens ihre Wahlfreiheit sichern kann, sowohl in der Bildung als auch im Beruf, aber auch durch die Stärkung und die soziale Absicherung ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter.

(Beifall)

Deswegen treten wir für die eigene soziale Sicherung der Frau, für Partnerrente und Erziehungsgeld ein.

Wir brauchen eine Neubesinnung auf die vorrangigen Sozialaufgaben. Vor uns liegen Probleme neuer Art. Wir können einfach nicht länger darauf hoffen, daß sie sich allein mit wirtschaftlichem Wachstum gleichsam von selbst lösen. Wir alle müssen umdenken, auch im sozialen Bereich. Ich sage das auf einem Parteitag zu einer Zeit, in der wir sehr genau wissen, daß wir zunächst die öffentlichen Kassen in Ordnung bringen müssen. Aber, meine Damen und Herren, jetzt sparen, solide wirtschaften, vernünftig wirtschaften schließt doch nicht aus, den Trend der Entwicklung unserer Gesellschaft richtig vorzusehen und, wenn die Dinge wieder in Ordnung gekommen sind, dann auch finanziell neue, richtige Daten setzen zu können.

(Beifall)

Dieser Finanzvorbehalt gilt ebenso wie die Tatsache, daß der Sozialetat in Höhe von etwa 300 Milliarden DM nicht weiter ausgeweitet werden kann. Aber wir können und müssen vorhandene Mittel rationeller, sparsamer und sozial gerechter einsetzen.

Sozialpolitik im Zeichen knapper Kassen bedeutet notwendigerweise auch, die Sozialleistungen des Staates zu durchforsten und vielleicht auch jene Leistungen auszusondern, die früher einmal gerechtfertigt waren, die aber heute weder soziale Not lindern noch der sozialen Gerechtigkeit dienen. Ich weiß, das ist im Einzelfall sehr unpopulär. Aber es ist dennoch sachlich geboten, und ich bin zutiefst

davon überzeugt, daß eine steigende Zahl unserer Mitbürger sehr genau spürt, ob eine Politik bloß etwas verspricht, und eben immer mehr unserer Mitbürger begriffen haben, daß bloße Versprechungen am Ende niemandem nützen.

Die Bürger der Bundesrepublik sind zu Opfern bereit, wenn sie vernünftig begründet werden von einer Regierung, die Vertrauen verdient, und wenn nicht nur einige Gruppen, sondern alle gleichmäßig und ausgewogen von Opfern betroffen werden.

(Beifall)

Es ist nicht altmodisch, sondern hochmodern und auch zweckmäßig, die Erziehungsfunktion der Familie gegenüber der Schule neu zu stärken. Die Konflikte, die sich neuerdings und in zunehmendem Maße zwischen sozialistischen Erziehungspolitikern und Eltern in fast allen Bereichen der Bundesrepublik entzündet haben, sind neue Katurkämpfe, denen wir unsere ganze Aufmerksamkeit widmen müssen.

(Beifall)

Ich erinnere nur - unser Freund Heinrich Köppler sprach davon - an die Diskussion über die "Kooperative Schule" hier in Nordrhein-Westfalen. Hier wird erneut versucht - und zwar gegen den entschlossenen Protest von Eltern, Jugendlichen und Lehrern -, mit einem falschen Etikett eine Zwangsbeglückung einzuführen.

(Beifall)

Unsere Schulen brauchen nicht ständig neue Experimente; sie brauchen die notwendige Ruhe für ihren erzieherischen Auftrag. Das müssen wir gewährleisten!

(Erneuter Beifall)

Wir erleben auch jetzt wieder, daß die Bildungspolitik der Koalition einseitig auf das Leitbild des Abiturs programmiert ist. Neuerdings kommt ein neues "Recht" zur Sprache, das "Recht auf Überqualifikation". In Wirklichkeit lassen Sozialdemokraten und Freie Demokraten im Alltag der beruflichen Bildung kaum mehr eine Chance. Als ob die Zahl der Abiturienten das realistische Kriterium für den Wert eines Bildungssystems wäre!

Die Bildungspolitik der Koalition ist auf die "Verselbständigung des Bildungswesens", auf die - wie es so schrecklich heißt - "Entkoppelung" von Bildungssystem und Beschäftigungssystem angelegt. Damit ist die Sozialdemokratie dabei, das letzte wirklich stabile Element in unserem Bildungssystem auch noch zu ruinieren.

Vorrangig müssen wir jetzt Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Größenordnung von mehr als einer Million für die geburtenstarken Jahrgänge der 70er und der 80er Jahre schaffen. Das ist eine gewaltige Herausforderung an uns alle. Aber bereits in den 90er Jahren werden wir eine erhebliche Lücke an qualifiziertem Nachwuchs haben, vor allem im Bereich der mittleren Qualifikationen, angefangen beim Facharbeiter bis hin zu den Ingenieurberufen.

Angesichts dieser unstreitigen Tatsachen nimmt es sich geradezu abenteuerlich aus, daß die Bildungspolitik der Koalition heute viel von denen "ausmustert", die wir morgen, die wir für die Zukunft unseres Landes dringend brauchen.

(Beifall)

Deswegen müssen wir alle zusammen diese Aufgabe schnell und unbürokratisch lösen. So will ich hier und heute von diesem Parteitag alle unsere Freunde draußen und auch uns alle hier im Saal aufrufen zu einer Ausbildungs-offensive '77. Wir wollen uns an alle wenden - vor allem an alle unsere Freunde -, die in der beruflichen Bildung Verantwortung tragen: Stellen Sie, wenn irgend möglich, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung!

(Beifall)

Wir haben im Bereich der Wirtschaft und des Handwerks in den letzten Monaten großartige Beispiele für eine staatspolitische Gesinnung erlebt. Dennoch lassen Sie mich hier an alle, die noch nicht den entscheidenden Schritt getan haben, appellieren: Helfen wir gemeinsam der jungen Generation, dann helfen wir unserer eigenen Zukunft!

(Beifall)

Wir werden diesen Aufruf auch noch in diesem Sommer in eine parlamentarische Initiative umsetzen. Für uns in der Union hat auch in Zukunft die berufliche Bildung weiterhin Priorität. Was sich auf den letzten Parteitagen sowie in einer Fülle von parlamentarischen Initiativen und Gesetzesvorschlägen im Bundestag, im Bundesrat und in den Landtagen herausgestellt hat, wollen wir jetzt realisieren.

Aber, meine Freunde, auch das gehört in den Bericht eines Parteivorsitzenden: die selbstkritische Frage an uns. Müssen wir uns nicht auch selbst fragen, ob wir nicht häufig genug sozialistische Rahmenrichtlinien bekämpft und dabei doch manchesmal Entwicklungen mitgemacht haben, die nur fortschrittlich verbrämt waren?

(Beifall)

Es ist jetzt die Stunde, den Mut aufzubringen, Fehlentwicklungen nicht nur als solche zu erkennen, sondern auch selbstkritisch und im eigenen Lager kompromißlos zu korrigieren.

Ich finde, es steht uns gut an, unter diesem Gesichtspunkt manchen Parteitagsbeschuß und manchen Beschuß kulturpolitischer Kongresse der Union einmal selbstkritisch zu betrachten.

(Beifall)

Wir werden uns in diesem Jahr auf einem eigenen Fachkongreß auch die Freiheit nehmen, zu sagen, was von dem, was in der Vergangenheit beschlossen wurde, heute haltbar ist und was nicht. Es ist keine Schande, wenn man bereit ist, dazuzulernen!

(Lebhafter Beifall)

Unsere Schulen müssen zuallererst wieder Stätten der Bildung und der Erziehung sein und nicht Trainingslager zum Züchten gesellschaftlicher Konflikte.

(Erneuter Beifall)

Die Schule ist kein Amt für gesellschaftliche Manipulationen; sie ist kein beliebig verfügbares Instrument der Gesellschaftspolitik. Sonst verliert diese Schule ihre Humanität. Wir wollen, daß in

unseren Schulen der Tradition unserer Kultur gedient wird und daß nicht jeder Mode hinterhergelaufen wird.

(Beifall)

Die Mittel des Staates sind bekanntlich begrenzt, und neben den Ansprüchen und Notwendigkeiten der Bildungspolitik stehen die Ansprüche und Leistungen für andere Gruppen. Deshalb muß die Bildungspolitik auch ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft der Generationen leisten.

Und damit ein Wort zum Thema "Renten- und Krankenversicherungspolitik": Am vordringlichsten ist die Lösung der Probleme in der Rentenfinanzierung. Die Vorgänge in der Renten- und Krankenversicherungspolitik, die wir jetzt seitens der Bundesregierung erlebt haben, bleiben skandalös. Die Pläne der Bundesregierung zur Sanierung der Rentenversicherung dürfen so nicht Gesetz werden.

(Beifall)

Mit dem Versuch, die Bruttolohnbezogenheit der Rente auszuhöhlen, werden tragende Stützpfeiler aus unserem Rentensystem herausgebrochen, wird der Manipulation Tür und Tor geöffnet und wird das Vertrauen von Millionen von Rentnern und Beitragszahlern, die auf den gültigen, funktionierenden Generationenvertrag gebaut haben, in unverantwortlicher Weise aufs Spiel gesetzt.

Wir werden eine Aushöhlung des vor allem von uns geschaffenen und bewährten Rentensystems nicht zulassen. Allen Zweiflern sei gesagt: Die Union wird auch in dieser schweren Stunde der Rentenversicherung die Kraft zu einer klaren Perspektive auf festen ordnungspolitischen Fundamenten aufbringen. Wir lassen uns nicht zu bloßen Buchhaltern und Gefangenen eines von der Bundesregierung vorgelegten und keineswegs rundum abgesicherten Zahlenrahmens machen.

Wir lassen uns von folgenden Grundsätzen leiten. Erstens: Die bruttolohnbezogene Rente darf nicht angetastet werden. Zweitens: Die notwendigen Opfer müssen ausgewogen verteilt werden. Die individuelle Leistungsfähigkeit des Betroffenen ist zu berücksichtigen. Eine Politik, die alles über einen Leisten schlägt, ist nicht die Politik der Union, die vor allem auch dem einzelnen in unserem Lande verpflichtet ist.

(Beifall)

Drittens: Die Maßnahmen zur Sanierung der Rentenversicherung müssen die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 geforderte Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht erleichtern und dürfen sie nicht erschweren oder unmöglich machen.

Diese Grundsätze sind in unserem Konzept enthalten, das wir in der Bundestagsfraktion jetzt erstmals gemeinsam mit unseren Ländern diskutiert haben und worüber wir abschließend am 15. März, also in der nächsten Woche, beraten werden.

In der Gesundheitspolitik steht für uns fest: Die soziale Wirksamkeit und die Freiheitlichkeit unseres bewährten Gesundheitswesens dürfen nicht durch eine mangelnde ökonomische Effizienz ausgehöhlt werden. Ziel muß bleiben, daß medizinisch-technischer Fortschritt auch in Zukunft für alle kranken Bürger finanzierbar und erreichbar ist.

(Beifall)

Aber gerade zu diesem Satz gehört auch, daß wir sagen: Wer sich heute nicht gegen die Kostenflut stemmt, bereitet den Boden für jene falschen Propheten, die die Verstaatlichung des Gesundheitswesens wollen.

(Beifall)

Die Weiche, die die Bundesregierung jetzt mit ihren Vorschlägen stellt, weist in die falsche Richtung. Es wird erneut ohne Not staatlich reglementiert; die Bundesregierung entläßt sich selbst aus der Verantwortung; bewährte ordnungspolitische Grundsätze werden verraten; das Problem der Krankenversicherung der Rentner bleibt im Endeffekt ungelöst.

Unsere Position ist: Wir müssen besonderes Gewicht auf die ordnungspolitischen richtigen Ansätze legen. Das heißt, die Selbstverwaltung und alle am Gesundheitswesen Beteiligten müssen durch eine konzentrierte Aktion in Pflicht genommen werden, ohne daß die Gesamtverantwortung des Staates eingeschränkt wird. Erst wenn die Möglichkeiten einer freiwilligen und einer freiheitlichen Lösung nicht zum Ziele führen, erst dann darf zum Mittel einer staatlichen Reglementierung durch gesetzliche Vorschriften gegriffen werden. Die Erfahrungen der 30 Jahre Bundesrepublik sprechen auch in diesem Felde der Politik für eine freiwillige und vor allem freiheitliche Lösung der anstehenden Konflikte.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe in diesem Bericht bewußt die Fragen der geistigen und sozialen Kultur unserer Gesellschaft in den Vordergrund gestellt. Ich sehe darin auch eine entscheidende Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik. Wirtschaftspolitik - dies ist eine der Lehren Ludwig Erhards - ist keine technokratische Angelegenheit. Wenn wir mit den Problemen, die uns aufgegeben sind, fertig werden wollen, müssen wir von dem sozialen Charakter unserer Sozialen Marktwirtschaft ausgehen, von den sozialen und von den geistigen Energien, die wir stets von neuem einbringen müssen.

Soziale Marktwirtschaft, meine Freunde, ist nicht als bloße Summe von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zu konzipieren. Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU für die ganze Bundesrepublik eine ordnungspolitische Entscheidung getroffen, welche die wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Bindung und Verpflichtung verbindet. Die Entscheidung für diese Wirtschaftsordnung war nicht nur die Entscheidung über einen überlebten Kapitalismus, sondern für eine neue Wirtschaftsordnung die ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Sicherheit sichert.

Viele haben vergessen - auch im eigenen Lager, und deswegen muß daran erinnert werden -: Die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft erfolgte nicht allein und nicht zuerst aus ökonomischen, sondern vorrangig aus ethisch-moralischen Gründen.

(Beifall)

Wir sehen in der Sozialen Marktwirtschaft nicht eine ökonomische Zweckmäßighkeitsordnung, sondern eine freiheitliche, eine gerechte Gesellschaftsordnung, eine notwendige Entsprechung zu unserem demokratischen Grundgesetz.

(Beifall)

Und diese grundsätzlichen Unterschiede, meine lieben Freunde, im ordnungspolitischen Denken zwischen der Union und der SPD sind beileibe nicht aufgegeben. Das Godesberger Programm der SPD hält am

Ziel des demokratischen Sozialismus fest, und der Orientierungsrahmen '85 präzisiert die Schritte zu diesem Ziel. Deshalb ist es gar kein Wunder, daß neben verbalen Bekenntnissen zur Marktwirtschaft nach wie vor die Verkündigung einer Zukunftsgesellschaft des demokratischen Sozialismus steht. Notwendig bleibt die Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Deshalb brauchen wir ein umfassendes, ein wirklichkeitsnahes Programm des Tages und keine neue Wirtschaftsordnung. Wenn die Regierung in den zentralen Strukturfragen versagt hat, dann ist der Ausweg nicht die Überwindung unserer Wirtschaftsordnung, sondern dann gilt es, diese Aufgaben anzupacken. Dazu gehören:

1. Die Energieversorgung der Bundesrepublik muß sichergestellt werden, weil es ohne Energie weder wirtschaftliche noch soziale Sicherheit gibt. Aber es gibt eben zur Stunde kein effizientes Energieprogramm dieser Regierung. Wir haben in diesem Augenblick drei Aufgaben:

- Wir müssen den einheimischen Energiequellen, vor allem der Kohle, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken;
- wir müssen unsere Vorratshaltung entsprechend einstellen, so daß wir einen Puffer gewinnen gegen abrupte Lieferungsboykotte;
- wir müssen dafür sorgen, daß wir unsere Energieimporte so unabhängig wie möglich halten. Gerade deshalb brauchen wir neben dem Öl auch die Kernenergie in der Bundesrepublik. In absehbarer Zeit gibt es hierzu keine realistische Alternative.

(Beifall)

Unsere Vorstellungen zu diesem Thema im Detail werden wir in den nächsten Wochen im Zusammenhang mit einer Großen Anfrage im Parlament und auf einem eigenen Fachkongreß in Hannover im Laufe dieses Jahres auch im Rahmen eines öffentlichen Hearings vortragen.

Die langfristige Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik ist aber für uns kein bloßes parteipolitisches Thema. Gerade im Hinblick auf die langfristigen nationalen Auswirkungen sollten Entscheidungen in diesem Bereich nicht mit knappsten Mehrheiten gefällt werden. Wir bieten unsere Hand zu einer vernünftigen Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik an. Aber dann muß auch sichergestellt werden, daß sich die anderen, vor allem die Sozialdemokraten und Teile der FDP, bereitfinden, auch unpopuläre Maßnahmen draußen vor Ort mitzutragen.

(Beifall)

Wenn wir die wirtschaftliche Lage verbessern wollen, müssen wir vor allem begreifen, daß unsere Wirtschaft eine bessere Chance zur Kapitalbildung braucht. Es ist eben nicht so, wie Willy Brandt einmal in schöner Einfalt sagte, die Wirtschaft sei eine Kuh, die man melkt. Dies alles ist wenig dazu angetan, ein positives Investitionsklima zu schaffen. Wir brauchen überdurchschnittlich steigende Investitionen bei Verbesserung auch der Ertragsaussichten. Erst dann können wir wieder stetes Wachstum erreichen, ohne das Stabilitätsziel aufgeben zu müssen.

Aber, meine Freunde, wenn wir die Kapitalbildung unserer Unternehmen stärken, dann müssen wir auch die Vermögensbildung der Arbeitnehmer mit einbeziehen. Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, den wir brauchen, muß den Arbeitnehmern die Teilnahme am Zugewinn des realen Zuwachses unserer Wirtschaft ermöglichen. Ohne breit angelegte Vermögensbildung - dies wissen wir seit Gründung dieser Bundesrepublik - läßt sich eine dauerhafte, stabile Soziale Marktwirtschaft eben nicht ermöglichen.

(Beifall)

Wir sind die Partei, die sich zum Eigentum bekennt, die Eigentum ausbauen und nicht abbauen will. Die Regierung hat bis jetzt nichts getan, um die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und die Kapitalbildung der Unternehmen wesentlich zu verbessern.

Zu dem Bild Sozialer Marktwirtschaft gehört auch eine bewußt gestaltete Wettbewerbsordnung. Diese Wettbewerbsordnung ist die notwendige Ergänzung zu einer Politik wirtschaftlicher Stabilität und wirtschaftlichen Wachstums. Gewinn, meine Freunde, wird erst durch den Wettbewerb auch legitimiert. Die Wettbewerbsordnung in der Bundesrepublik bedarf dringend einer Weiterentwicklung. Das massenweise Ausschalten vieler Klein- und Mittelbetriebe hat den Wettbewerb verringert und aus unserem gesellschaftspolitischen Verständnis zu gänzlich unerwünschten Zusammenschlüssen geführt.

Ausgangspunkt unserer mittelstandspolitischen Initiativen bleibt das strukturpolitische Aktionsprogramm, das wir zu Beginn der letzten Legislaturperiode im Bundestag eingebracht haben. Wir werden jetzt bald neue Gesetzentwürfe dazu vorlegen.

Mittelstand: das sind heute nicht mehr nur die selbständigen Unternehmer, vom kleinen Handwerker bis zum Großunternehmer. In unserem Volke gibt es breite Schichten, die sich als Mittelstand empfinden und die sich nach ihrem Leistungswillen auch so empfinden dürfen: die Facharbeiter, die Bauern, die Beamten, die leitenden Angestellten, die Berufssoldaten, die Wissenschaftler, die Techniker und die Künstler gehören dazu. Sie sind es doch letztlich, die zugleich für die Leistungsfähigkeit und für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft wie auch für die Fortentwicklung und Stabilisierung unserer Gesellschaft sorgen.

(Zustimmung)

Der wichtigste Rohstoff, den die Bundesrepublik besitzt, sind die Phantasie und der Leistungswille unserer Bürger. Daher brauchen wir den Mittelstand, die alte und die neue Mittelschicht für eine Politik aus einem Guß, eine Mittelschicht, die sich nicht immer wieder neu belastet und entmutigt sieht, sondern die wir ermutigen, unser Land auch in ihrem Sinne weiterzugestalten, so wie wir das nach dem Krieg gemeinsam begonnen haben.

(Beifall)

Marktwirtschaft als Wettbewerbswirtschaft lebt von den Leistungen, und Leistung wird eben nur erbracht, wenn Leistungsanreize geboten werden. Sicherlich werden Leistungen auch aus anderen als bloß materiellen Anreizen erbracht, aber - ob wir wollen oder nicht - für die Mehrheit der Menschen ist der materielle Anreiz notwendig. Durch die inflationäre Entwicklung spüren heute viele Facharbeiter und mittlere Angestellte, was Steuerprogression heißt. Auch die eigenständige Daseinsvorsorge der Selbständigen wird durch die bestehende Form der Steuerpolitik erschwert. Die Ausweitung der Staats-tätigkeit ist eine der wesentlichen Ursachen für die steigende Steuer- und Abgabenbelastung. Heute müssen wir uns fragen - und viele unsere Bürger tun das ebenso -, ob nicht dieser Staat vieles zu schlecht und zu teuer tut, ob nicht weniger Staat, aber dafür ein besserer Staat mehr für den einzelnen Bürger bedeuten kann.

(Beifall)

In allen diesen Bereichen, denen wir Priorität zumessen - Familien- und Bildungspolitik, Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspoli-

tik -, geht es nicht nur um aktuelle Detailfragen, sondern um den grundsätzlichen Konsens über den künftigen Kurs deutscher Politik. "Freiheit statt Sozialismus" bleibt unser Thema, weil dies eben das Thema des letzten Drittels dieses Jahrhunderts ist. Wir, die Union, werden dabei deutlich machen, daß es uns nicht um eine nur plakative Auseinandersetzung im Wahlkampf ging. Diese Auseinandersetzung ist eine Herausforderung, die in die konkrete Alltagspolitik eingreift, von der jeder Bürger ganz persönlich betroffen ist.

Kaum ein Beispiel belegt dies deutlicher als die Entwicklung im internationalen Bereich, jetzt, wo es um die Details der Ausgestaltung Europas geht und sich der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung abzeichnet. Nur konkrete Fortschritte in der Europäischen Gemeinschaft werden dem Sozialismus und dem Kommunismus den gefährlichen Nährboden entziehen. Eurokommunismus und Volksfrontgefahr werden überhaupt nicht durch bloße Beschwörung überwunden, sondern durch eine effektive, solidarische Regional- und Sozialpolitik in allen europäischen Ländern.

(Beifall)

Wir sind in der Europapolitik zu Opfern und Vorleistungen bereit, weil wir wissen, daß die Mitsorge für unsere Partner Vorsorge für unsere eigene Zukunft ist. Der SPD wird die bewegende Kraft des Europagedankens zwischen den Fingern zerrinnen, weil sie diese Idee in die Idee des Klassenkampfes einzwängen will. Die sozialistische Internationale muß - das ist eines unserer wichtigen Ziele - eine Randerscheinung europäischer Politik werden. Das ist für unsere konkrete Arbeit wichtig.

(Beifall)

Unsere Perspektive für die nächsten Aufgaben ist formuliert: der Tindemans-Bericht. Dieser Bericht darf nicht in die Aktenordner der europäischen Archive abgeheftet werden, so wie das führende Sozialdemokraten offensichtlich beabsichtigen.

Wir müssen unseren Mitbürgern verdeutlichen, daß ihre ureigenste Sache in Europa auf dem Spiele steht. Wir haben in der nächsten Zeit eine Chance: die Direktwahl zum Europäischen Parlament bietet die großartige Chance, Europa für jeden einzelnen Bürger der Bundesrepublik wieder greifbar werden zu lassen. Wir werden nicht zulassen, daß diese Chance der Bürgernähe in der Europapolitik durch ein anonymes Wahlrecht unterlaufen wird.

(Beifall)

Ich bitte Sie alle und ich appelliere an Sie, unseren Freund Kai-Uwe von Hassel, der diese Aufgaben für uns vor allem wahrnimmt, in seinem Bemühen tatkräftig zu unterstützen.

(Beifall)

Nur ein Europa des sozialen Ausgleichs und der wirtschaftlichen Stabilität wird seiner weltpolitischen Verantwortung gerecht.

Gerade um die Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auf eine stabile Grundlage zu stellen, drängen wir auf Eile in Europa. Alles, was Europa heute zur Entwicklung einer freien Welt beiträgt, bleibt der Welt von morgen an Krisenmanagement erspart.

Wir sind zu außerordentlichem Einsatz bereit, aber wir werden uns auch ganz entschlossen jedem Generalangriff auf eine freie Weltwirtschaft entgegenstellen. Auch im Weltmaßstab bieten Dirigismus und Bürokratie keinerlei Alternative zum freien und sozial gesicherten Markt.

(Beifall)

Wenn wir, die Union in der Bundesrepublik gemeinsam mit unseren Freunden in Europa, diese Kraft zu der der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteten Alternative nicht aufbringen, wird es möglicherweise schon in wenigen Jahren keine Chance zu einer freien Weltwirtschaftsordnung mehr geben.

Deshalb werden wir noch stärker als bisher auch die Staaten der Dritten Welt auffordern müssen, in ihrem ureigensten Interesse die Sowjetunion zur Aufgabe ihrer expansiven Politik zu bewegen. Wenn die Sowjetunion den Entwicklungsländern schon nicht hilft, sollte sie ihnen immerhin durch Abrüstung größere Hilfeleistungen der westlichen Staaten ermöglichen, die jetzt eben durch Rüstungsbelastungen erschwert werden.

(Zustimmung)

Wenn wir uns alle der Dringlichkeit der Entwicklungspolitik bewußt sind und die Geschlossenheit des Westens bewahren, können wir zuversichtlich sein, die Probleme der Dritten Welt ebenso zu lösen, wie wir die Einigung des freien Europa auf den Weg gebracht haben.

Liebe Freunde, konzentrieren wir uns auf diese Aufgaben! Sie bestimmen unsere Arbeit in den nächsten Jahre. Wir lassen uns die Themen nicht durch die Koalition und die Regierung vorschreiben, sondern wir bestimmen die Thematik der deutschen Politik aus unseren Ideen, aus unseren Vorstellungen der Politik, aus unseren Prinzipien der Politik. Das muß unsere Alternative sein.

(Beifall)

Mit diesen Vorstellungen werden wir auch den Erwartungen, die unsere Mitbürger in uns setzen, gerecht. Wir wollen die Position der Freiheit auf Vertrauen gründen, denn Freiheit und Vertrauen bedingen einander. Nur in einem wirklich freien Land ist Vertrauen möglich, nur durch Vertrauen können wir Freiheit verwirklichen.

Mit dieser Politik stehen wir nicht allein. Für diese Politik finden wir Hilfe und Sympathie bei vielen Freunden. In den Bürgerrechtsbewegungen jenseits des Eisernen Vorhangs, in der westlichen Welt gibt es Hilfe und Unterstützung. Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat es gerade vor wenigen Tagen bei seiner Amtseinführung so formuliert: "Weil wir frei sind, können wir niemals gleichgültig sein gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo."

(Beifall)

Lassen Sie uns Brücke sein für alle, die die Position der Freiheit zu ihrer eigenen Sache machen.

Ich setze auf unsere Solidarität zur entschlossenen Tat, zu einem offensiven Weg, einem neuen Weg, zu einer Offensive für die deutsche Politik. Bitte, helfen wir gemeinsam! Helfen Sie mir auf diesem Weg!

(Langanhaltender, lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Herr Helmut Kohl, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede, für diesen Bericht. Aber es war mehr als ein Bericht: es war eine Richtungsweisung für unsere gemeinsame Aufgabe, unsere gemeinsame Arbeit in der Zukunft. Sie haben in diesem Bericht anderen für den Einsatz im zurückliegenden Bundestagswahlkampf gedankt. Ich möchte mich zum Sprecher des Parteitages machen und Ihnen, lieber Helmut Kohl, für den beispielhaften Einsatz in diesem Wahlkampf danken, den Sie gezeigt haben.

(Beifall)

Erlauben Sie mir noch, einen Dank für den selbstlosen Einsatz um die Einheit der Union in Partei und Parlament anzufügen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle, Ihnen, liebe Frau Kohl, einen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag zu sagen, den Sie heute hier mit uns begehnen.

(Beifall)

Mit Ihnen möchte ich allen Delegierten, die heute Geburtstagskinder sind - ich weiß es im Augenblick nur von einer Delegierten, des Rheinlandes, von Frau Resi Bettray - , herzlich gratulieren.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit ist erheblich fortgeschritten. Das Parteitagspräsidium möchte Ihnen vorschlagen, die anderen Berichte, den des Generalsekretärs und den des Schatzmeisters, heute nachmittag zu hören. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt und damit zum Abschluß unserer Vormittagssitzung den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, unserem Freund Dollinger, das Wort zu einem Grußwort geben.

(Beifall)

Dr. Werner Dollinger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Parteivorsitzender Helmut Kohl! Ich füge hinzu, wie ich es immer getan habe: Liebe Parteifreunde!

(Beifall)

Ich überbringe Ihnen heute die Grüße der Christlich Sozialen Union und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Über seine Abwesenheit wird da und dort gerätselt. Eines ist sicher: auch er hält sich unter Schwarzen auf.

(Heiterkeit)

Ich freue mich persönlich, daß ich heute hier als Mitglied der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU zu Ihnen sprechen kann.

(Beifall)

Wir alle haben bewegte Monate und Wochen hinter uns. Wir haben einen eindrucksvollen Wahlkampf geführt. Das Ziel, die absolute Mehrheit, haben wir leider nicht erreicht. Wir, die CDU/CSU, haben es uns anschließend schwergemacht. Es wäre unredlich, dies zu verschweigen. Bei dem knappen Wahlergebnis sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß man über Ursachen und mögliche Folgen für die Zukunft nachdenkt. Nur hätte dies alles nicht so lautstark geschehen müssen.

(Beifall)

Unsere in rund einem Vierteljahrhundert bewährte und erfolgreiche Gemeinsamkeit hat uns schließlich doch die Kraft gegeben, diese internen Schwierigkeiten zu überwinden und den gemeinsamen Weg für die Zukunft zu finden.

Das ganze Hin und Her, so glaube ich, hat auch ein Gutes gehabt. Auch bei unterschiedlicher Bewertung der richtigen Strategie hat die Bestandsaufnahme doch in aller Deutlichkeit gezeigt, wie eng CDU und CSU in der Sache und in der Zielsetzung übereinstimmen. Es kommt darauf an, auch den gemeinsamen Weg zu diesem Ziel zu finden.

(Beifall)

Es gilt, einige Lehren und Konsequenzen zu ziehen. Wir haben allzu lange die Öffentlichkeit mit unseren eigenen Problemen beschäftigt.

(Beifall)

Deshalb Schluß mit dem Austragen unserer Probleme auf dem Markt und Schluß mit den widersprüchlichen Äußerungen in der Öffentlichkeit!

(Beifall)

Es kann jeder zu politischen Vorgängen seine persönliche Meinung sagen. Er darf sich damit jedoch nicht gleich zum Sprecher der Partei oder der Fraktion machen. Neue Ideen oder vielleicht sogar neue Erkenntnisse sollte man nicht gleich in Presseartikeln und Interviews verkaufen, sondern erst einmal in direkten Gesprächen mit den zuständigen Parteifreunden diskutieren.

(Beifall)

Es sollte in den letzten Monaten auch klargeworden sein, daß nicht jeder seine eigene Suppe kochen kann, ohne daß wir sie gemeinsam am Ende auszulöffeln haben.

Da kann man auch nicht mit Sonden und Kurieren zuviel operieren. CDU und CSU sind zwei eigenständige Parteien. Manches wird in der CSU anders gesehen als in der CDU. Selbstverständlich haben Volksparteien Spannungen und kann ein Zusammenschluß von zwei großen Parteien in einer Fraktion auch nicht frei von Spannungen sein. Diese Spannungen sind zum Teil geschichtlich bedingt. Sie hängen aber auch mit landsmannschaftlichen Eigenschaften zusammen, mit dem Temperament von Stämmen, mit der sozialen Struktur und nicht zuletzt in bezug auf Bayern mit der besonderen Eigenart des Staatsbewußtseins.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich als Franke bin da manchmal in einer schwierigen Lage, und dann nennt mich Franz Josef Strauß einen Napoleon Bayerns, weil ja Franken erst durch Napoleon bayerisch geworden ist.

(Heiterkeit)

Man muß sich aber darüber im klaren sein: Wenn man versuchte, die Gemeinschaft von CDU und CSU in Frage zu stellen, dann wäre damit eine richtungsweisende und entscheidende Kraft unseres Staates - und damit ein wesentlicher Stabilitätsfaktor in der parlamentarischen Demokratie - gefährdet.

(Beifall)

Wir sollten daher unsere Probleme - ich sage es noch einmal - zunächst intern miteinander diskutieren und dabei nicht nur Kritik an unseren Partnern üben, sondern auch gegenüber uns selbst kritisch sein. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, daß die vorgesehene Strategiekommission möglichst bald in Aktion tritt.

(Beifall)

Außerdem ist es nach meiner Meinung notwendig, daß die früher geübte Praxis gemeinsamer Sitzungen der Präsidien wieder eingeführt wird,

(Beifall)

auf denen dann in geeigneter Weise die gemeinsamen Probleme diskutiert und entschieden werden. Die laufenden Entscheidungen sind für Bund und Länder und auch im Hinblick auf die Landtagswahlen notwendig, die uns bald wieder beschäftigen werden.

Eines lassen Sie mich auch noch sagen: Wir sollten manchmal auch daran denken, daß es nicht nur Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und CSU gibt, sondern daß die Meinungsverschiedenheiten oft mitten durch alle Parteien in Deutschland gehen.

(Beifall)

Wenn ich von den Gemeinsamkeiten gesprochen habe, dann lassen Sie mich einige besonders betonen. Ich meine das christliche Menschenbild, das wir haben, die Freiheit des Bürgers, seine Verpflichtung gegenüber dem Nächsten und gegenüber der Gemeinschaft. Das sind tragende Elemente unserer Politik. Unsere Aufgabe ist es, diese Auffassung von der gesellschaftsordnenden Kraft des Christentums auch in der Politik nach allen Seiten offen und unmißverständlich zu vertreten.

(Beifall)

Ich meine, daß sich die Frage nach dem Sinn des Lebens heute wieder stärker stellt, nicht zuletzt bei der Jugend. Ich habe die Überzeugung, daß die Fragen von Ethik und Moral die Bürger wieder stärker beschäftigen als in den vergangenen Jahren.

(Beifall)

Wir müssen darauf eine christlich bestimmte Antwort geben, denn

die Sozialisten werden auf die Dauer diese Fragen nicht beantworten können.

(Beifall)

In der Wirtschaftspolitik ist die Soziale Marktwirtschaft Ausdruck unseres gemeinsamen Gedankengutes. Diese Soziale Marktwirtschaft haben wir gemeinsam zur Förderung und Sicherung des sozialen Friedens und des wirtschaftlichen Wohlergehens in über 20 Jahren überaus erfolgreich praktiziert. Mit ihr ist der Name unseres Freundes und Mitstreiters Ludwig Erhard unverbrüchlich verbunden. Gerade er und mit ihm auch die Soziale Marktwirtschaft standen in den letzten Wochen im Mittelpunkt vieler Irrungen. Ich habe dabei manchmal den Eindruck gehabt, daß sich der eine und der andere in diesem Glanz von Ludwig Erhard gesonnt hat, auch wenn er sich sonst zur Sozialen Marktwirtschaft distanziert oder sogar ablehnend geäußert hatte.

Deshalb sollten wir wachsam sein gegenüber den Gefahren, die der Sozialen Marktwirtschaft heute mehr denn je drohen. Meine Damen und Herren, ich erinnere hier nur an den SPD-Vorsitzenden Brandt, der jüngst wieder empfahl, durch zusätzliche Maßnahmen der Industrie-, Struktur- und Forschungspolitik die Soziale Marktwirtschaft zu ergänzen und zu korrigieren. Ich erinnere an Bundeskanzler Schmidt, der in der Regierungserklärung eine zukunftsorientierte vorausschauende Strukturpolitik forderte. Schon allein die Bewahrung und Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft verlangen eine gemeinsame und schlagkräftige Union.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wie sehr auch das in zwanzig Jahren Regierungsarbeit von CDU und CSU geschaffene System - z.B. das System der sozialen Sicherheit - in Gefahr gerät, haben uns gerade die letzten Monate und Wochen deutlich gezeigt. Ich nenne hier nur den regierungsamtlichen Wählerbetrug an den Rentnern. Erschreckend ist auch die Sorglosigkeit, mit der die Regierung mit der Verfassung umgeht. Die CDU/CSU sah sich mehrfach gezwungen - getrennt oder gemeinsam - das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Die Glaubwürdigkeit des linksliberalen Rechtsphilosophen Maihofer ist zutiefst erschüttert. Das letzte Beispiel, das Bände spricht, ist die maßlose und hemmungslose Wahlkampffinanzierung der SPD/FDP-Regierung aus Steuermitteln. Bundesregierung und Koalition sind personell, sachlich und fachlich in einer Krise; Helmut Kohl hat das heute dargestellt. Wir dürfen diese Bundesregierung jetzt nicht schonen; denn alle ihre Unterlassungen und Fehler haben wir alle, hat das ganze Volk zu tragen.

(Beifall)

In dieser Situation brauchen wir mehr als je zuvor eine geschlossene und gemeinsame Politik der Union. Wir müssen unserem Volk wieder Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft geben. Dabei gradlinig und glaubwürdig, freiheitlich, sozial und christlich.

Ich möchte hier der CDU für die 25jährige Zusammenarbeit danken und nenne stellvertretend für alle, die an dieser Zusammenarbeit mitgewirkt haben, die Namen ihrer Parteivorsitzenden Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel und Helmut Kohl; ich nenne für die CSU deren Vorsitzende Josef Müller, Hans Ehard, Hanns Seidel und Franz Josef Strauß. Ich füge für die gemeinsame

Arbeit im Deutschen Bundestag in den letzten Jahren die Namen Karl Carstens und Richard Stücklen hinzu.

Meine Damen und Herren, Vergangenheit und Gegenwart sind für uns Verpflichtung und Auftrag. Die CDU mit Helmut Kohl und die CSU mit Franz Josef Strauß, die Fraktion mit Kohl und Zimmermann müssen gemeinsam die Wende in der deutschen Politik herbeiführen.

(Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für den Verlauf dieses Parteitages, für Ihre Beratungen und für Ihre Entscheidungen viel Erfolg zu aller Nutzen, zum Nutzen unseres Volkes - für Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Werner Dollinger, wir danken Ihnen für dieses Grußwort, und wir bitten Sie herzlich, allen Freunden in der Schwesterpartei, der CSU, die Grüße dieses 25. Bundesparteitages der CDU Deutschlands zu überbringen.

(Beifall)

Wir wußten immer, lieber Herr Dollinger, in Ihnen einen Anwalt der Einheit der Union; wir haben das in den letzten Monaten in besonderer Weise erfahren.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken Ihnen dafür, und wir sind zuversichtlich, auf der neu gewonnenen Basis der Gemeinsamkeit für unser Volk, für Deutschland, gute Politik, erfolgreiche Politik machen zu können.

(Beifall)

Herzlichen Dank dafür, daß Sie bei uns waren und bei uns sind. Grüßen Sie nach Bayern.

(Beifall)

Meine Freunde, es ist jetzt 13.10 Uhr. Das Parteitagspräsidium schlägt Ihnen vor, jetzt keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen, sondern jetzt zu unterbrechen. Wir verbinden diesen Vorschlag mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß wir pünktlich um 15 Uhr mit der Tagesordnung fortfahren können. Wir werden dann den Bericht des Generalsekretärs hören. Also Wiederbeginn pünktlich um 15 Uhr!

(Schluß der Sitzung: 13.10 Uhr)

Montag, 7. März 1977  
2. Plenarsitzung  
Beginn: 15.00 Uhr

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne unsere Nachmittags-sitzung und begrüße unter uns Herrn Minister Antoniozzi aus Italien recht herzlich.

(Beifall)

Herr Minister Antoniozzi, der der Democrazia Cristiana angehört, ist Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und spricht jetzt für die Europäische Volkspartei im Auftrag von deren Präsidenten, unseres Freundes Tindemans, zu uns.

(Folgt Rede von Dario Antoniozzi in italienischer Sprache.)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Minister Antoniozzi. Sie hören jetzt eine kurze Zusammenfassung seiner Ansprache auf deutsch. Sie wird von unserem Mitarbeiter Merschmeier gegeben.

Jürgen Merschmeier: Herr Minister Antoniozzi teilt zunächst mit, daß er sehr froh sei, an diesem Kongreß teilnehmen zu können. Er überbringt die Grüße der Europäischen Volkspartei und insbesondere die Grüße von Herrn Präsidenten Tindemans.

Er führt weiter aus, daß die Europäische Volkspartei in der Form, wie sie jetzt existiert, auch und vor allem auf eine Initiative von Herrn von Hassel und der CDU zurückzuführen sei und daß es das Ziel der EVP sei, die politische Einheit der christlich-demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen, um über die wirtschaftliche und soziale Union hinaus auch zu einer politischen Union in der Europäischen Gemeinschaft und in Europa zu kommen. Er hebt hervor, daß die christlich-demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft die ersten gewesen seien, die sich in einer solchen Struktur wie der der Europäischen Volkspartei zusammengefunden hätten und in dieser Hinsicht einen entscheidenden Vorsprung vor dem hätten, was die Sozialisten und die Sozialdemokraten erreicht hätten.

Herr Antoniozzi beglückwünscht die CDU zu dem Erfolg vom 3. Oktober 1976 und meint, daß jene Kraft der Ideen der CDU, wie sie sich im Wahlergebnis vom 3. Oktober dargestellt habe, auch ein Ansporn sein müsse, um dem zukünftigen gemeinsamen Europa die Handschrift der christlich-demokratischen Parteien aufzuprägen. Der Eurokommunismus, so führt er aus, sei von seinem Anspruch her unmöglich und darüber hinaus unfähig, das, was er an Ideen formuliert habe, in die Tat umzusetzen.

(Beifall)

Nach Meinung von Herrn Antoniozzi ist es eine der nächstliegenden und wichtigsten Aufgaben für die Europäische Volkspartei, für die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad eine gemeinsame Linie der christlich-demokratischen Parteien zu finden. Es werde darauf ankommen, die fundamentalen Menschenrechte als die Grundlage europäischer Politik in die Tat umzusetzen.

Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechte seien die Forderungen, die auf der Konferenz von Belgrad im Mittelpunkt stehen müßten.

Herrn Antoniozzi geht dann abschließend ein auf die Direktwahlen des Jahres 1978 und weist darauf hin, daß in einer Reihe von Ländern, so auch in Italien, die konkreten Vorbereitungen bereits begonnen hätten, in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft die Vorbereitungen auf dem Wege seien.

Abschließend führt Herr Antoniozzi aus, daß er namens der Europäischen Volkspartei diesem 25. Parteitag der CDU die besten Wünsche der EVP überbringe. Er führt aus, daß Europäische Volkspartei und CDU gemeinsam daran arbeiten müßten, für den Frieden und für die Freiheit in einer europäischen Gesellschaft zu kämpfen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich darf unserem Freund Merschmeier herzlich danken. Es war mehr als eine Zusammenfassung, es war eine gute Übersetzung.

(Beifall)

Herr Minister Antoniozzi, wir danken Ihnen herzlich für das Bekenntnis zu unserer gemeinsamen europäischen Aufgabe. Es muß unser Ziel sein, daß das erste gewählte europäische Parlament einen Präsidenten hat, der aus der Gruppe der europäischen Volksparteien gestellt wird. Darauf wollen wir alle hinarbeiten.

(Beifall)

Da Sie aus der italienischen christlich-demokratischen Partei kommen, lassen Sie mich hinzufügen: Wir, der Parteitag der CDU Deutschlands, wünschen unseren Freunden von der Democrazia Cristiana in ihrer schwierigen Situation alles Gute und viel Erfolg auf dem Weg zu unseren gemeinsamen Zielen.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Bericht des Generalsekretärs

Ich erteile unserem Generalsekretär, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, das Wort zu seinem Bericht.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieses ist der erste Parteitag der CDU nach der Bundestagswahl im Herbst 1976. Es ist deshalb ein Parteitag, der Bilanz zieht, der Erfahrungen der politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate auswertet und die Positionen für die weitere Arbeit bestimmt. In beiden Fällen geht es zum einen um unsere Politik - Helmut Kohl hat dazu gesprochen -, zum anderen geht es um die CDU als Volkspartei. Ich habe deshalb die Absicht, die Partei, ihre Arbeit, ihre Erfolge, aber auch ihre Aufgaben und Probleme in den Mittelpunkt meines letzten Rechenschaftsberichts als Generalsekretär der CDU zu stellen.

Der Parteitag findet statt in einer Zeit der Unsicherheit und des Zweifels. Von Staatsverdrossenheit ist die Rede, von der Gefahr

der Resignation, vom Rückzug in das Private. Das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft, des Bürgers zum Staat, zu den organisierten Gruppen ist gestört. Ungleichgewichte sind aufgetreten, die Frage nach ihrer Überwindung wird gestellt, aber sie wird noch nicht beantwortet. Es geht - wie immer in Zeiten unzureichender Orientierung und unklarer Ziele - um die Frage nach der politischen Führung. Die Menschen fragen, wie es weitergehen soll und wie es weitergehen wird.

Die Bürger stellen die Frage in einer Zeit, in der die Regierung, die zu politischer Führung berufen ist, diese Führung verweigert. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt war nicht nur die zeitlich längste, sondern auch die unpolitischste Regierungserklärung der Nachkriegszeit.

(Beifall)

Sie erschöpfte sich in der Aufzählung von Problemen, der Beschreibung von Tatbeständen und vor allem der Verteilung der Verantwortung auf alle gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen mit Ausnahme der eigentlich Verantwortlichen selbst.

(Beifall)

Eine Antwort auf die Frage, wohin es gehen soll und wohin es gehen kann, hat uns der Bundeskanzler verweigert. Über die Rolle unseres Landes, über seine Aufgaben, über seinen Auftrag in der Europäischen Gemeinschaft und der westlichen Welt haben wir nichts erfahren. Für einen jungen Menschen, der Auskunft über die Umriss seiner Zukunft begehrt, gibt das Arbeitsprogramm der Regierung für die nächsten vier Jahre nichts her. Er findet sich verwaltet, nicht regiert.

Dabei fehlt es den Menschen in unserem Lande keineswegs an Vorstellungen über die Zukunft und von dem, was ihnen wichtig ist. Wir wissen: Die Menschen in unserem Lande möchten frei leben, die persönliche Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit ist ihnen heilig. Sie möchten ihre Kinder erziehen, wie sie es für richtig halten. Sie wehren sich gegen ideologische Bevormundung ebenso wie gegen die lautlose Verkürzung ihrer Freiheit durch immer mehr Staat, Organisation und Bürokratie.

(Beifall)

Sie akzeptieren die Notwendigkeit von Staat und Verwaltung, von Ordnung und Organisation. Aber sie wehren sich dagegen, daß die Ansprüche der organisierten Welt immer wieder in den Bereich ihrer Privatsphäre eindringen. Sie protestieren gegen eine Entwicklung, die ihnen letztlich die Beweislast dafür auflädt, daß die Bürger ihre eigenen Angelegenheiten besser regeln können als eine staatliche Administration.

(Beifall)

Sie möchten - das gilt vor allem für die jüngeren Generationen der seit 1950 Geborenen - mehr wissen über die Vorstellungen derer, die sie regieren, von der Zukunft unseres Landes.

So ist eine Kluft entstanden zwischen dem, was die Bürger von der politischen Führung erwarten, und dem, was sie leistet. Orientierungskrisen sind immer auch Führungskrisen, wenn Führung nicht nur

Verwaltung bedeutet, sondern die Antwort geben soll auf die Frage: Wohin?

Wenn es um politische Führung geht, meine Freunde, dann geht es in unserem Lande auch um die Rolle der politischen Parteien. Sie wirken nach dem Auftrag des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie sind aufgefordert, ihre Vorstellungen zu den Grundwerten und Zielen unseres Landes zu entwickeln, den Bürgern darzulegen und um Mehrheiten für ihre Vorstellungen zu werben. Das Bundesverfassungsgericht hat den Auftrag der Parteien in der vergangenen Woche präzisiert.

Nach Auffassung des Gerichtes sind sie "Zwischenglieder zwischen dem Bürger und den Staatsorganen, Mittler, durch die der Wille der Bürger auch zwischen den Wahlgängen verwirklicht werden kann. Sie stellen die wichtigste Verbindung zwischen dem Volk und den politischen Führungsorganen des Staates her und erhalten sie aufrecht." Vom Bürger her gesehen sind sie Handlungseinheiten, die sich "die im Volk lebendigen verschiedenen politischen Kräfte" schaffen. Deshalb hat das Grundgesetz die politischen Parteien ausdrücklich anerkannt und, wie das Bundesverfassungsgericht es gesagt hat, "damit auch in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution erhoben."

Der verfassungsrechtliche Rang der politischen Parteien ist aber nicht nur ein Privileg, an dem wir alle, die wir hier als Delegierte einer großen Partei sitzen, teilhaben und das uns von allen anderen gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen unterscheidet. Eine Institution der Verfassung zu sein, bedeutet zugleich, besondere Verantwortung zu tragen. Diese Verantwortung, meine Damen und Herren, trifft alle, die in einer politischen Partei mitarbeiten: das Mitglied, den Orts- und Kreisvorsitzenden, die Verantwortlichen der Landesverbände und Vereinigungen ebenso wie die Führung der Gesamtpartei. Es ist eine Verantwortung nicht nur gegenüber den Mitgliedern, Mitarbeitern und Einrichtungen der Partei, sondern vornehmlich auch gegenüber dem ganzen Volk. Es ist in erster Linie - darauf kommt es mir entscheidend an - die politische Verantwortung zur Führung.

Dies verlangt von uns - in der täglichen Arbeit ebenso wie in der Auseinandersetzung um die langfristigen Ziele und Werte unserer Politik -, daß wir uns immer wieder fragen nach der Leistungsfähigkeit unserer Partei, nach der Wirksamkeit ihrer Entscheidungsprozesse und nach unserer Fähigkeit, neue Fragen anzupacken und Antworten zu finden.

(Beifall)

Eine der entscheidenden Alternativen zwischen unserer Volkspartei CDU und der Koalition von SPD und FDP ist neben den politischen Sachaussagen auch die Fähigkeit, wirklich politisch zu führen und nicht nur zu administrieren.

(Beifall)

Die CDU ist sich dieser Verantwortung bewußt. Wir haben uns nicht - auch im letzten Jahr nicht - auf Wahlkämpfe beschränkt, obwohl die Wahlkämpfe zunächst auf Landesebene und dann auf Bundesebene im Mittelpunkt unserer Anstrengungen standen. Wir haben zugleich mit der Mannheimer Erklärung neue Fragen von grundsätzlicher Bedeutung aufgegriffen. Für die wichtigste halte ich nach wie vor die Neue Soziale Frage. Die Berechtigung dieser Fragestellung

hat sich in den letzten Monaten in eindrucksvoller Weise bestätigt. Was wir noch vor einem Jahr als Gefahr sahen: die Überlastung unseres Systems der sozialen Sicherheit durch eine Politik haltloser Versprechungen ohne ordnungspolitische Orientierung ist inzwischen eingetreten. Kaum war der schmale Wahlsieg der Koalition errungen, mußte sie ihren sozialpolitischen Bankrott erklären. Gerade diese Täuschung des Bürgers durch die Koalitionsparteien hat entscheidend zu der Staatsverdrossenheit beigetragen, die Herr Brandt kurz nach der Wahl beklagte, als habe er mit ihren Ursachen nichts zu tun.

(Beifall)

Ebenso berechtigt war unser Hinweis auf die Notwendigkeit, neben den organisierten Interessen auch die Interessen und Ansprüche, die Erwartungen und Hoffnungen derer zu sehen und in das Allgemeinwohl einzubeziehen, die sich nicht organisieren können.

Die Grundsatzprogramm-Kommission hat ihre Arbeit abgeschlossen. Ungeachtet unserer Konzentration auf den Wahlkampf hat sie uns einen umfangreichen Programmentwurf vorgelegt, der die Partei in den kommenden Monaten beschäftigten und Gegenstand der Diskussion und Beschlußfassung auf unserem nächsten Parteitag sein wird.

Das Wissen um unsere politische Verantwortung und das Bestreben, dieser Verantwortung gerecht zu werden, waren jedoch vor allem Themen unseres Bundestagswahlkampfes. Dieser Wahlkampf gehört zu den großartigsten Leistungen unserer Partei. Er hat ihre Solidarität gefestigt und ihre Kraft bewiesen. Er war bestimmt von dem großen Thema der Freiheit und der Autonomie des Menschen. Für diese Freiheit und gegen die gleichmacherische Unfreiheit sozialistischen Gedankenguts haben wir gekämpft. Für den Schutz und die Sicherung dieser Freiheit haben wir ein überwältigendes politisches Mandat erhalten. Diesem Mandat und seiner Verantwortung gerecht zu werden, ist unser Auftrag für die Zukunft.

Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist die Aufgabe der Partei. Ihre Organisation, das Zusammenspiel ihrer Verbände und Gruppierungen, ihre Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden und ihr Selbstverständnis von ihrer Rolle im Verfassungsgefüge müssen auf den politischen Auftrag ausgerichtet sein. Der Auftrag der CDU als Anwalt der Freiheit lautet: die Freiheit des einzelnen zu erhalten und zu sichern, ein freies Leben in der Gemeinschaft freier Menschen zu gestalten und durch den Staat und seine Einrichtungen dem Bürger zu dienen. Dies ist die Richtschnur, an der sich unser politisches Handeln ebenso ausrichten muß wie die Organisation unserer Partei.

Der politische Ort der CDU wird bestimmt durch ihre Organisation als Partei, durch ihr Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen und durch ihre Stellung und ihren Auftrag in der staatlich verfaßten Ordnung. Ihr Mandat zur politischen Führung verwirklicht sich in allen drei Bereichen.

Die CDU - das ist vielen von uns noch keineswegs wirklich bewußt geworden - hat sich in den letzten Jahren - Helmut Kohl hat bereits darauf hingewiesen - zu einer echten Volks- und Mitgliederpartei entwickelt.

Der Gedanke der Volkspartei war der eigentlich bedeutsame Beitrag der Unionsparteien zur politischen Entwicklung der Nachkriegszeit.

Das Prinzip der Volkspartei und seine erfolgreiche Verwirklichung haben den Schlüssel zur politischen Stabilität in unserem Lande und damit zur Überwindung der Gefahren geliefert, an denen der erste Versuch einer demokratischen Regierung unseres Landes in diesem Jahrhundert gescheitert ist. Es war die Idee der Volkspartei, die uns in die Lage versetzt hat, in den letzten 30 Jahren dieses Land nicht nur aufzubauen, ihm die Freiheit zu sichern, sondern auch alle Menschen in diesem Lande auf das demokratische System und die demokratische Verfassung zu verpflichten.

(Beifall)

Auf dem Wege zur Volkspartei haben wir in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht. Helmut Kohl hat bereits darauf hingewiesen, daß sich die Zahl unserer Mitglieder während seiner bisherigen Amtszeit und während meiner Amtszeit als Generalsekretär um 46,8 % von rund 450 000 auf über 650 000 erhöht hat.

(Beifall)

Diese Entwicklung ist nicht nur ein Ausdruck des wachsenden Interesses unserer Bürger an aktiver politischer Mitarbeit. Es ist auch ein Vertrauensbeweis für die Politik der CDU und für den Mann, der die Partei in dieser Zeit geführt hat.

Mit der wachsenden Mitgliedschaft sind aber auch Probleme entstanden, und auch über diese Probleme müssen wir reden.

Mit der wachsenden Mitgliedschaft ist die CDU in vielfältiger Hinsicht - im Sinne der Repräsentation, aber auch im Sinne der Argumentation - zu einer echten Volkspartei auch in dem Sinne geworden, daß das soziale Profil ihrer Mitgliedschaft das der ganzen Bevölkerung widerspiegelt. Vor allem die Zahl der Mitglieder aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft - neben der aus dem Bereich der Frauen - ist beträchtlich gestiegen. Dies ist eine ganz wichtige Entwicklung der letzten Jahre.

(Beifall)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die CDU als Volkspartei alle Schichten unseres Volkes und damit auch und vor allem die Arbeitnehmerschaft politisch vertritt, so hat ihn die Mitgliederbewegung in den letzten Jahren geliefert. Die Bürger, die als Arbeitnehmer Mitglieder unserer Partei wurden, haben die einzig richtige Antwort auf die arrogante Anmaßung der Sozialdemokraten gegeben, die alleinige politische Vertretung der arbeitenden Bevölkerung zu sein.

(Beifall)

Aber ungeachtet dieser Erfolge können wir uns mit der bisherigen Entwicklung nicht zufrieden geben. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Arbeiter, der Arbeitnehmer und der Frauen sind nach wie vor notwendig. Unsere politischen Aussagen müssen dieser Notwendigkeit ebenso entsprechen wie die Organisation und die Zielrichtung unserer Arbeit auf Orts- und Kreisverbandsebene und unserer Mitgliederwerbung.

Mit unserer Entwicklung zur Mitgliederpartei hat sich zugleich die Art der Willensbildung in der Partei verändert. Der Unterschied

zwischen dem Wählerverein von früher und der Partei aktiver Mitglieder von heute liegt nicht nur in der Zahl. Er liegt vor allem in der gewandelten Haltung der Mitglieder zur Partei und in ihrem Anspruch mitzutun. Dieser Anspruch ist für uns nicht nur eine wichtige Quelle unserer politischen Kraft. Er ist zugleich eine Herausforderung. Viele Kreisvorsitzende, ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter haben diese Herausforderung in den letzten Jahren immer aufs neue bestehen müssen. Viele sind ihr bisher noch nicht gerecht geworden.

Der Anspruch, mitzuarbeiten, ist aber auch eine Herausforderung für die politische Führung der Partei. Wirksame Mitarbeit der Mitglieder setzt die wirksame Vorgabe politischer Ziele voraus. Der Integrationsleistung, die von ihr erwartet wird, kann die Volkspartei nur gerecht werden, wenn sie Ziele und politische Aussagen formuliert, über die die Mitglieder diskutieren und denen sie in der politischen Auseinandersetzung dann auch zu Mehrheiten verhelfen können.

(Beifall)

Dies und noch ein zweites hat sich auf dem Weg vom Wählerverein zur Mitgliederpartei CDU geändert. Die Formulierung politischer Antworten auf neue Fragen und die Entscheidung politischer Konflikte können nicht mehr vorwiegend hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Wenn rund 650 000 Mitglieder einen Anspruch darauf haben, mitzureden und mitzuentcheiden, dann gehören die öffentliche Diskussion und die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten ebenso zum Lebenselement einer Volkspartei wie die Fähigkeit, einmal getroffene Entscheidungen in der solidarischen Einheit auch zu tragen.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, daß wir alle wichtigen Entscheidungen in der Partei in Zukunft intern austragen könnten, auch wenn uns dies von gutmeinenden Freunden immer wieder nahegelegt wird. Die Parteiöffentlichkeit einer Volkspartei ist die allgemeine Öffentlichkeit, und die politische Debatte in einer Volkspartei ist eine öffentliche politische Debatte. Ohne diese öffentliche politische Debatte ist eine lebensfähige demokratische Volkspartei nicht denkbar.

Das bedeutet aber zugleich, daß wir die Fragen, die wir als Problem erkennen, die wir vorfinden, die zur Lösung anstehen, in unserer Partei darstellen müssen. Wir müssen die Probleme, die wir in der Gesellschaft auffinden, in der Partei zum Ausdruck bringen. Wir müssen sie darstellen, und zwar auch mit ihren Konflikten. Wenn wir die Probleme der Energiepolitik lösen wollen, muß es in unseren Reihen Männer und Frauen geben, die leidenschaftlich für die Erhaltung der Umwelt streiten, und solche, die sich entschieden für die Sicherheit der Energieversorgung einsetzen. Die Ziele, die in der politischen Realität immer aufs neue miteinander in Konflikt geraten, müssen auf diese Weise repräsentiert werden. Eine Volkspartei repräsentiert nicht nur die Bürger, sie repräsentiert nicht nur deren Interessen, sondern sie repräsentiert vor allem auch deren Widersprüche mit dem Ziel, diese Widersprüche aufzulösen und damit zu politischen Entscheidungen zu kommen.

(Beifall)

Denn nur auf diese Weise läßt sich der Ausgleich der Meinungen und damit eine politische Antwort finden.

Es gehört zum Bestand an Solidarität in einer Volkspartei, daß allen, die sich auf diese Weise und in solcher Funktion zu Wort melden, die Bereitschaft zuerkannt wird, einen Beitrag zum Ganzen zu leisten. Wer von der geäußerten Meinung eines Diskussionsteilnehmers bereits die Ausgewogenheit des endgültigen, des letztlich gültigen Kompromisses erwartet, der zerstört die Voraussetzungen dafür, daß der endgültig gefundene Kompromiß als eine politische Entscheidung der ganzen Partei anerkannt wird.

(Beifall)

Entscheidungen, meine Freunde, sind nur dann politisch wirksam, wenn sie von den Mitgliedern unserer Partei als Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung erlebt werden. Sie sind dann politisch wirksam, weil die Mitglieder überzeugt sein können: Man hat um die richtige Antwort gerungen. Die richtige Antwort ist gefunden worden!

(Beifall)

Diese Fähigkeit zur kontroversen Diskussion - zur, wie man es nennen könnte, "Thematisierung von Konflikten" - ist nicht nur eine Voraussetzung für eine lebensfähige Volkspartei. Sie ist zugleich ein Teil ihrer politischen Verantwortung im Sinne des Auftrages, den die Verfassung ausgesprochen hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu in seiner Entscheidung vom 2. März 1977 festgestellt:

"Die politischen Parteien sammeln und leiten die auf die politische Macht und ihre Ausübung in Wahlen und Staatsorganen gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen, gleichen sie in sich aus und formen sie zu Alternativen, unter denen die Bürger auswählen können."

Diese Funktion des Ausgleichs und der Formulierung von politischen Aussagen muß von uns angenommen werden als eine grundsätzliche Voraussetzung für die Art und Weise, wie wir uns selbst verstehen.

(Beifall)

Wir können diese Verantwortung als Volkspartei nur einlösen, wenn wir in der Gesellschaft vorgefundene und sich ständig neu erzeugende Konflikte aufgreifen, darlegen, damit ihre Lösung ermöglichen und sie dann entsprechend unseren Grundvorstellungen entscheiden. Gerade dieser Auftrag und diese Verantwortung sind es, die die Volkspartei von der Vertretung eindeutiger Interessen unterscheiden.

Damit gewinnen auch die Grundsätze und unsere Wertvorstellungen, um die wir uns bemühen, ihre eigentliche Bedeutung. Die Grundsätze, die Grundsatzprogramme und die Wertvorstellungen sind die Blaupause, nach denen wir die Gesamtgesellschaft ordnen und gestalten wollen und in der die Fülle der Einzelprobleme, die wir zu entscheiden haben, ihren richtigen Ort finden müssen. Wenn wir von Ordnungs-

wir Auskunft und Rechenschaft geben können. Dies ist die Rolle unserer Grundwertdiskussion.

(Beifall)

Die Grundwerte sind Maßstäbe für die Lösung praktischer Konflikte, die die Partei aufgreift, darstellt und löst.

Der Versuch, die Grundwertediskussion von diesen praktischen Konflikten zu lösen, um auf diese Weise die Einigung zu erleichtern, dieser Versuch, die Grundwerte als eine harmonische Gesamtschau darzustellen, ist unpolitisch. Die Grundwerte sind keineswegs harmonisch. Der Grundwert Freiheit, der Grundwert Gerechtigkeit, der Grundwert Solidarität, diese Grundwerte können einander auch widersprechen. Jeder für sich alleine genommen verfälscht eine freiheitlich verantwortliche Gesellschaft. Deshalb ist es unsere Aufgabe, so haben wir schon in der Mannheimer Erklärung formuliert, die Grundwerte immer wieder am praktischen Fall gegeneinander abzuwägen und so eine richtige freiheitliche Antwort zu finden.

(Beifall)

Wer das nicht tut, aus der Sorge, das Netz der Grundwerte mit dem Gewicht praktischer politischer Kontroversen zu belasten, der ist in Wirklichkeit nicht von der Tragfähigkeit unserer Grundwerte überzeugt.

Auftrag und Verantwortung der CDU als Volkspartei haben Konsequenzen für die Arbeitsweise der Partei. Dies gilt für die Vielfalt der Gruppen ebenso wie für die der Landschaften und der Meinungen in der Partei.

Lassen Sie mich einiges zu jedem dieser Punkte sagen: Vereinigungen der CDU waren und sind eines der wichtigsten Strukturelemente unserer Volkspartei. Sie stehen für die Vielfalt der Gruppen, die in der CDU ihre politische Heimat suchen und finden, auch für diejenigen, die nicht organisiert sind.

Die Vereinigungen haben eine Doppelfunktion. Sie repräsentieren die Gruppe, die sie darstellen, in der sie werben, in der sie Politik treiben, von außen nach innen, und sie verwurzeln die Partei in ihren Gruppen. Anders gesprochen: sie repräsentieren von außen nach innen in die Partei die Vielfalt und von innen nach außen die Einheit der Partei. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Gleichgewichts. Die Funktion, nach außen zu sprechen und die Partei zu vertreten, und die Funktion, nach innen zu sprechen und eine Gruppierung oder einen wichtigen oder bedeutsamen Bereich unserer Gesellschaft zu vertreten, müssen im Gleichgewicht miteinander stehen. Dieses Gleichgewicht zu sichern und zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe der Parteiführung. Werden die Vereinigungen zu stark in die Partei integriert, verlieren sie in der Partei ihre Sprecherfunktion für wichtige Gruppierungen. Lösen sie sich zu stark aus der Organisation und der politischen Einheit der Volkspartei, gefährden sie ihr Mandat, für die Gesamtpartei und ihre Politik zu sprechen.

Entscheidend war für mich in meiner Arbeit mit den Vereinigungen die Überzeugung, daß die Vereinigung in jedem Bereich, in dem sie aktiv ist, ob das die Junge Union ist oder die Frauenvereinigung oder die Sozialausschüsse oder die KPV oder welche Gruppierung

auch immer, ihre politische Legitimation immer nur von der Gesamtpartei erhalten kann

(Beifall)

und daß es auch immer nur die Gesamtpartei sein kann, die Trägerin des politischen Mandats der CDU ist. Daraus ergeben sich Antworten auf die praktischen Probleme der Zusammenarbeit. Es sind die Vereinigungen, von denen wir erwarten, daß sie als erste in der Gesellschaft die neuen Probleme spüren und in die Partei hineintragen. Wir erwarten von der Jungen Union, daß sie als erste an die Partei meldet, was in den jungen Menschen vor sich geht. Wir erwarten von den Sozialausschüssen, daß sie als erste an die Partei melden, was sich am Arbeitsplatz, im Selbstbewußtsein des arbeitenden Bürgers verändert. Wir erwarten von der Frauenvereinigung, daß sie als erste in die Partei und in ihre Diskussion meldet, was für Konsequenzen es hat, daß die Frau in unserer Gesellschaft ein anderes, Funktion in der Gesellschaft hat. Daraus folgt, daß die Fähigkeit der Vereinigungen zur Initiative nicht beeinträchtigt werden darf.

Auf der anderen Seite müssen wir von den Vereinigungen aber auch erwarten, daß sie am Ende der politischen Auseinandersetzung die dann gewonnene Entscheidung nach außen tragen und vertreten; beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall)

Neben der Vielfalt der Schichten und Gruppierungen steht die Vielfalt der Landschaften. Es war und ist die besondere Stärke der Union, daß sie ein politisches Forum für die Integration des Reich-tums und der Vielfalt unserer geographischen und damit auch kultu-rellen und politischen Landschaften geboten hat. Helmut Kohl hat verschiedentlich davon gesprochen und zwar gerade in der Ausein-andersetzung um den Beschluß von Wildbad Kreuth wie wichtig es ist, daß in der Union die einzelnen Landschaften, die verschiedenen poli-tischen Strömungen ihre Eigenständigkeit wahren können. Auch hieraus folgt die Notwendigkeit eines Gleichgewichts.

Es muß möglich sein, ohne Gefährdung der Substanz unserer Politik in Baden-Württemberg und in Niedersachsen, in Hessen und in Nord-rhein-Westfalen, im Saarland und in Schleswig-Holstein unterschied-liche Aussagen zu einzelnen Problemen zu machen, soweit der Kernbe-stand unserer politischen Überzeugung nicht berührt wird. Das ge-hört zum Wesen unserer Partei!

Es ist nämlich die Stärke unserer Partei und nicht die Schwäche - und darauf kommt es mir entscheidend an -, daß sie diese Vielfalt ertragen kann, ohne daran zu zerbrechen.

(Beifall)

Es ist der eigentliche Unterschied in der politischen Grundstruktur zwischen CDU und SPD, daß die zentralistische Sozialdemokratische Partei bis heute kein Parteiverständnis entwickeln konnte, das mit unserer föderativen Struktur in der Bundesrepublik übereinstimmt.

(Beifall)

Wir dürfen uns diese Stärke nicht durch das Argument nehmen lassen, Vielfalt sei Schwäche. Das Gegenteil ist der Fall! Auch hier gilt

aber, daß die Einheit der Partei in der Vielfalt Bestand haben muß. Wir sollten uns gerade deshalb darauf besinnen, daß es in unserer Verfassung den Grundsatz der Bundestreue für das Verhältnis von Bund und Ländern gibt und dieser Grundsatz der Bundestreue naturgemäß auch eine föderative Struktur bestimmen muß, wie sie die CDU in Nachbildung unserer föderativen Verfassung aufweist.

Der dritte Bereich, in dem Vielfalt und Einheit in der CDU aufeinanderstoßen, ist der Bereich der Vielfalt der Meinungen. Für eine Volkspartei, die der Vielfalt der Meinungen und Strömungen im Volke Ausdruck verleihen will, stellt sich immer wieder der Konflikt zwischen Vielfalt der Meinungen und Einheitlichkeit ihrer Stimme.

Es gehört zu den auch von unseren Mitgliedern und Freunden immer wieder erhobenen Vorwürfen, die Partei spreche in der politischen Diskussion nicht mit einer Stimme. Der Wunsch der Mitglieder und der Öffentlichkeit, auf neue Fragen alsbald und eindeutig eine Antwort zu erhalten, der Anspruch auf Orientierung und Klarheit ist verständlich. Der Bürger will auf der einen Seite mitdiskutieren, er will seine eigene Meinung zum Ausdruck bringen, er will sich selbst entfalten; aber er erwartet zugleich eine Art Orientierungsschutz von der Partei. Beide Ansprüche widersprechen sich, keiner ist ganz erfüllbar. Wer die offene Diskussion über die Antwort auf neue Fragen wünscht, kann sie nicht zugleich mit dem Hinweis auf die Gefahr der Zerstrittenheit unterdrücken.

(Beifall)

Es kommt entscheidend darauf an, daß diejenigen, die sich in der Diskussion zu Wort melden, deutlich nur für sich oder eine Gruppierung sprechen, aber nicht für die ganze Partei, solange die Partei noch nicht entschieden hat.

(Beifall)

Worauf es ebenso deutlich ankommt, ist, daß nach einer Entscheidung durch die Partei in den berufenen Organen alle, die sich zu Wort melden, für diese Entscheidung der Partei sprechen.

(Beifall)

Es liegt in der Natur der Sache, daß der politische Gegner die offene Diskussion in unseren Reihen als Zeichen der Schwäche wertet; wir tun das umgekehrt genauso. Was er damit wirklich beabsichtigt, ist - und dies gilt auch für einen Teil der öffentlichen Medien - der Versuch, die offene Diskussion in unseren Reihen durch ihre Diffamierung als Zeichen der Zerstrittenheit zu unterdrücken. Wenn wir dieser Strategie entsprechen, dann zerstören wir unsere Fähigkeit zur politischen Entscheidung politischer Fragen und damit unsere Fähigkeit, Volkspartei zu sein.

Die Auseinandersetzung über dieses Problem ist heute einer der Hauptkriegsschauplätze zwischen den beiden großen Parteien. Sie ist einer der Hauptkriegsschauplätze deshalb, weil hier beide große Parteien gegenseitig ihre Fähigkeit testen, Konflikte in Solidarität zu ertragen. Diejenige der beiden Parteien, die diese Fähigkeit zuerst verliert, verliert auch die Fähigkeit zu führen; denn sie verliert damit die Fähigkeit, politisch zu entscheiden.

(Beifall)

Deshalb ist diese Diskussion mindestens ebenso wichtig wie die Diskussion über Sachfragen. Wenn wir uns von den öffentlichen Medien, von Beobachtern von draußen, von Rundfunk und Fernsehen und vom politischen Gegner einreden lassen, die CDU sei nicht in der Lage, unter Wahrung ihrer Solidarität, ihrer Grundwerte und ihrer Einheit die politischen Probleme in diesem Lande offen darzustellen, auszutragen und zu entscheiden, dann werden wir nicht die Kraft haben, dieses Land zu führen. Deshalb ist es so wichtig, daß wir in diesem Punkt Auseinandersetzungen als etwas Positives bewerten, - soweit sie sich im Rahmen unserer Organisationen nach den Regeln vollziehen, die wir dafür aufgestellt haben. Diese Grundhaltung, die ja bis in jeden Kreis- und Ortsverband hinunterreicht - überall besteht dasselbe Problem: in jedem Kommunalparlament im Verhältnis zur Kreispartei, in jedem Landesparlament im Verhältnis zur Landespartei -, bewußt, offensiv als Konflikt, als Herausforderung anzunehmen und zu meistern, ist die eigentliche Quelle unserer Kraft während der letzten 30 Jahre gewesen und wird sie auch in Zukunft bleiben.

(Beifall)

Bei unserer Arbeit als Volkspartei haben wir in den letzten Jahren Höhen und Tiefen durchschritten. Wir haben Erfolge erzielt, aber auch manche Aufgabe ist unerledigt geblieben. Helmut Kohl hat schon vom Bundestagswahlkampf gesprochen. Seit dem Parteitag im Sommer 1973 haben wir die geistige und politische Führung im Lande zurückgewonnen. Das bescheinigt uns heute auch der politische Gegner. Für alle war der Hamburger Parteitag ein großes Erlebnis. Die Partei erprobte ihre Kraft und ihre Fähigkeit zur Entscheidung schwieriger politischer Fragen, und sie fand, daß sie mehr leisten konnte, als ihre Umwelt und viele in ihr selbst erwartet hatten. Im Aufwind des Hamburger Parteitages griff sie mit Erfolg die Grundsatzauseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und Sozialisten auf. Die Auseinandersetzung über die Tragfähigkeit des Godesberger Programms, - gefördert durch die Wiedergewinnung der politischen Begriffe -, führte zu einer programmatischen und politischen Schwächung der SPD, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Brandt erwies sich als unfähig, die Einheit in seiner Partei zu wahren, nachdem der Scheinkompromiß von Godesberg sich aus taktischen Gründen erledigt hatte und damit nicht länger tragfähig war. Nach einem einmaligen Verfall seiner Autorität mußte er gehen.

Mit der Mannheimer Erklärung griff die CDU neue Themen auf und bestimmte damit die Diskussion im politischen Feld der sozialen Gerechtigkeit, das bis dahin von vielen als ein Reservat der SPD angesehen worden war. Sie präsentierte sich als liberale Alternative zum Verballiberalismus Maihoferscher Prägung und damit als eine attraktive Partei auch für liberale Wechselwähler. Die Einbrüche, die in Niedersachsen und Bayern und später in Baden-Württemberg in den Reihen der FDP erzielt werden konnten, waren das Ergebnis dieser Politik.

In Hannover öffnete sich die Partei der europäischen Frage in neuer und dramatischer Form. Die europäische Dimension unserer Auseinandersetzungen mit der sozialistischen Philosophie der Unfreiheit wurde deutlich, die Verantwortung für die freiheitliche Zukunft Europas anerkannt und von uns allen angenommen.

(Beifall)

Alle diese Anstrengungen und Vorbereitungen trafen zusammen in der Organisation und Durchführung des Bundestagswahlkampfes 1976. Die CDU hat diesen Wahlkampf hervorragend bestanden. Die Nachwahluntersuchungen zeigen, daß auch nach der Bildung der neuen Regierung die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, wir hätten diese Wahl siegreich bestanden und wir seien diejenigen, die das eigentliche politische Mandat haben. Die CDU hat das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Geschichte und das beste Ergebnis erreicht, das eine Partei je aus der Opposition erzielt hat. Helmut Kohl hat es schon getan, und ich möchte es an dieser Stelle auch tun: allen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle, in den Landes- und Kreisverbänden und den Tausenden von freiwilligen Helfern zu danken, die diesen Wahlkampf möglich gemacht haben.

(Beifall)

Ohne ihren Einsatz, ihre unermüdliche Bereitschaft, morgens an den Werkstoren, tagsüber an den Informationsständen, nachts in den Druckereien und bei der Auslieferung unserer Flugblätter mitzuwirken, wäre dieser Wahlkampf unmöglich gewesen. Es war eine große solidarische Gemeinschaftsleistung für eine politische Idee, für ein politisches Ziel und für den Mann, der uns in diesem Wahlkampf geführt hat und dessen unermüdlicher Einsatz, dessen Leistung und Stehvermögen entscheidend zum Erfolg dieser Bundestagswahl beigetragen haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden aus der Bundestagswahl und dem Bundestagswahlkampf noch eine Reihe von Schlußfolgerungen zu ziehen haben. Lassen Sie mich hier nur drei erwähnen:

1. Wir haben ein hervorragendes Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von über 90 % erzielt. Die Nichtbeteiligung an der Bundestagswahl entsprach in etwa dem durchschnittlichen Krankenstand bei Großunternehmen - und dies, obwohl ein wesentlicher Teil der Wahlbevölkerung älter ist als die arbeitende Bevölkerung. Wir können davon ausgehen, daß praktisch jeder, der gehen konnte, zur Wahl gegangen ist.

Das ist eine hervorragende Leistung, wenn Sie überlegen, daß es bei uns im Lande keine Wahlpflicht gibt. Eine bessere Demonstration der politischen Verantwortung unserer Bevölkerung ist nicht denkbar!

(Beifall)

Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß für uns auch in Zukunft gelten sollte, daß wir unsere Wahlsiege nicht von Wahlenthaltungen erwarten, sondern durch Überzeugung der Bürger gewinnen wollen.

(Beifall)

2. Die CDU war während des ganzen Wahlkampfes in der Offensive, und zwar aus der Oppositionsrolle heraus. Das bescheinigen uns nicht nur die Nachwahluntersuchungen der Demoskopien, sondern auch die Wahlanalyse der Sozialdemokraten, die Herr Börner und Herr Koschnick erstellt haben. Das Grundthema unserer Auseinandersetzung "Freiheit statt Sozialismus" war bis zuletzt für den Wahlkampf bestimmend. Seine Darstellung, die Diskussion über die Bedeutung einer freiheitlichen Gesellschaft, hat dazu geführt, daß den Menschen, der Bevölke-

rung die politische Forderung: daß die persönliche Freiheit aufrechterhalten bleibt, daß der Staat nicht immer mehr reglementiert, während des Verlaufs des Wahlkampfes immer wichtiger erschienen ist.

Während im Juli 1976 60 % diese Forderung als besonders wichtig bezeichneten, waren es im November 1976 70 % der Bevölkerung: Im Bereich der SPD-Wähler 50 % im Juli und 67 % im November.

Auch die Notwendigkeit, die Freiheit in Europa gegen das Vordringen des Kommunismus zu verteidigen, wurde von den Bürgern anerkannt: 51 % hielten es im Juli für eine besonders wichtige Forderung, 62 % im November.

Es ist eine der besten Leistungen, die man in einem Wahlkampf erbringen kann, wenn man das Thema, für das man politisch antritt, bei der Bevölkerung mit immer größerer Bedeutung ausstatten kann, d.h. wenn man überzeugen kann. Wir haben überzeugt!

(Beifall)

3. Für mich war die erstaunlichste und zugleich politisch nachhaltigste Erkenntnis aus dieser Bundestagswahl die Bereitschaft der breiten Mittelschichten unseres Volkes, sich aktiv am Wahlkampf zu beteiligen. Wer sich mit den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik befaßt, der stellt fest, daß einer der wichtigsten Gründe für dieses Scheitern des ersten demokratischen Experiments auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert darin lag, daß sich wesentliche Teile der Bevölkerung im Bereich der Mittelschichten, vom Handwerker bis zum Anwalt, dem demokratischen System verweigerten, daß sie abseits standen oder es schlechterdings ablehnten, weil es von den Bürgern, nach Ablösung des Kaiserreiches, plötzlich ein politisches Bekenntnis und ein politisches Engagement verlangte. Dieses politische Bekenntnis und Engagement ist in diesem letzten Bundestagswahlkampf für die CDU in einer überwältigenden Weise geleistet worden.

(Beifall)

Nach diesem Wahlkampf können wir nicht mehr sagen, daß es in unserem Lande eine wesentliche Gruppe von Bürgern gibt, die abseits der Demokratie steht. Die Demokratie ist nicht nur formal angenommen worden; sie ist erlebt worden, und zwar als etwas Schönes, als etwas Positives, als eine Chance zur Solidarität, als eine Chance zur Gemeinsamkeit, zum gemeinsamen Gestalten unserer Zukunft und damit als unsere Zukunft.

(Beifall)

Dieses hervorragende Wahlergebnis ist eine gute Grundlage für unsere weitere politische Arbeit. Helmut Kohl hat schon darauf hingewiesen. Es gibt uns auch Gelegenheit, eine Reihe von Problemen zu lösen, die wir noch lösen müssen.

Ich will im letzten Teil meines Berichtes auf einige dieser Fragen eingehen:

Zu diesen Problemen gehört in meinen Augen die weitere Entwicklung des Inhalts unserer politischen Aussagen. In meinem Rechenschaftsbericht an den Parteitag in Mannheim habe ich auf die Bedeutung der geistigen Auseinandersetzung der Partei mit den Herausforderungen hingewiesen, die über den Tag hinausreichen, und auf die Gefahr, daß diese Auseinandersetzung über den großen Anforderungen des Tages und der Wahlkämpfe zu kurz kommen könnte. Vor allem die Notwendigkeit, fast täglich um die Erhaltung oder Gewinnung von Mehrheiten zu

ringen, kann zu einer Schwächung der demokratischen Regierungsform führen. Die Folge wäre, daß die Aufgabe des Regierens an diejenigen übergeht, die sich dem dauernden Plebiszit der Wahlen und der öffentlichen Meinung entziehen können: die staatlichen und gesellschaftlichen Bürokratien und die Funktionsträger der großen Verbände und Organisationen.

Uns ist heute als Aufgabe gestellt, die politische Führung, die wir im Wahlkampf so eindeutig demonstriert haben, auf die Zukunft zu richten. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Der Partei fällt es immer wieder schwer, in wichtigen Fragen aus der Vielfalt der Meinungen die Einheit der Antwort zu gewinnen, die von allen getragen wird. Das ist nicht nur ein Problem unserer Partei! Was sich in diesen Schwierigkeiten widerspiegelt, ist, daß es heute viel schwieriger geworden ist, eindeutige Antworten zu geben. Die Ziele, an denen wir unser politisches Handeln orientieren und die uns durch die Notwendigkeiten des Lebens vorgegeben werden, sind heute weit undeutlicher als früher.

In der Zeit des Wiederaufbaus gab es für uns klare Ziele: den Aufbau des zerstörten Landes, den Aufbau einer freiheitlichen Demokratie. Wir konnten Schritt für Schritt vorgehen. Die Wohnungsknappheit war zu überwinden, Straßen waren zu bauen, Arbeitsplätze zu schaffen, Exportmärkte zu gewinnen, Schulen und Universitäten zu vermehren, generell die soziale Sicherheit zu stärken und der Lebensstandard zu heben.

Heute müssen wir unter dem Diktat der Knappheit der Mittel und der Möglichkeiten zwischen vielen Zielen und Chancen auswählen. Heute geht es nicht mehr um den Aufbau unseres Landes, sondern um seinen zukünftigen Auftrag in Europa und in der Welt - und dieser ist keineswegs so eindeutig.

Es ist keineswegs eindeutig, ob unser Land eine Führungsrolle in Europa übernehmen soll oder nicht. Es ist keineswegs eindeutig, ob diese Führungsrolle im politischen, im militärischen oder im wirtschaftlichen Bereich ihren Schwerpunkt haben soll. Es ist keineswegs eindeutig, welches die Rolle der Bundesrepublik gegenüber den Drittländern ist. Es ist keineswegs klar, ob wir uns auf wenige Entwicklungsländer konzentrieren und diese aufbauen sollen oder ob wir viele gleichmäßig zu bedienen haben. Es ist keineswegs klar, in welchem Verhältnis wir das Nord-Süd-Gefälle bewältigen und was sich für Konsequenzen für unsere Innen- und Außenpolitik aus diesem Gefälle ergeben. Alles dies ist offen, und es ist auch offen in unseren eigenen Reihen.

Heute ist für viele der Wunsch, das Erworbene zu bewahren, wichtiger als der Drang, es zu erneuern. Wir leben in einer Zeit der Vielfalt möglicher Ziele. Darin liegt unsere Schwierigkeit begründet, eine klare Antwort auf die Frage zu geben: Wohin?

Zugleich ist aber auch die Meinungspalette in der Partei selbst breiter geworden. Mit der Vermehrung der Mitglieder, mit der gleichmäßigeren Vertretung aller Gruppen und Schichten und mit dem erwachten Demokratiebewußtsein unserer Bürger tritt neben die Vielfalt der Ziele die Vielfalt gleichwertiger Ansprüche, Erwartungen und Hoffnungen. So treffen zwei Entwicklungen zusammen, die beide die Führung einer Volkspartei erschweren.

Entsprechend offen sind unsere Antworten auf eine ganze Reihe neuer politischer Fragestellungen. Der Parteitag wird am Mittwoch das Arbeitsprogramm beraten, das ihm der Bundesvorstand zur Annahme

empfiehlt. Es enthält einige der wichtigsten Themen, zu denen wir Antworten brauchen, um sie mit Hilfe unserer Mitglieder, unserer Abgeordneten und unserer Organisationen umsetzen zu können und mehrheitsfähig zu machen.

Weitere Themen warten auf Antwort. Das Problem der Begrenzung der öffentlichen Personalkosten, allgemeiner: die Fragen der Reform des öffentlichen Dienstes stehen im innenpolitischen Bereich ebenso an wie die Fortentwicklung unserer Ausländerpolitik. In der Wirtschaftspolitik müssen wir uns auseinandersetzen mit Fragen der regionalen und sektoralen Strukturplanung, mit den Vorstellungen, die die Sachverständigen zur Beurteilung des gesellschaftlichen und sozialen Wandels entwickelt haben, ebenso wie mit der Fortführung der Vermögenspolitik.

Wir haben eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um durch die Bundesfachausschüsse und in der Zusammenarbeit mit der Bundestags- und den Landtagsfraktionen diese und andere Fragen voranzutreiben.

Ich möchte hier auch einmal all denen in der Partei und unter Ihnen, die in den Bundesfachausschüssen mitarbeiten, vor allem auch deren Vorsitzenden, meinen sehr herzlichen Dank für diese umfangreiche und vielfältige, meistens unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindende Arbeit aussprechen, mit der man weniger Lorbeeren erntet als die Partei und ihre Politik weiterbringen kann.

Wir haben in den letzten Jahren eine Fülle organisatorischer Einzelmaßnahmen vorgenommen. Sie betreffen vor allem unsere Organisation und unsere Mitarbeiter. Die Bedeutung der hauptamtlichen Mitarbeiter, meine Damen und Herren und verehrte Delegierte, die Bedeutung gerade dieser Truppe auf Bundes-, Landes- und Kreisebene kann von uns allen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall)

Die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei auf allen Ebenen, angefangen mit den Kollegen in der Geschäftsleitung des Konrad-Adenauer-Hauses bis zu den Kreisgeschäftsführern und Sozialsekretären, gehört zu den schönsten Erfahrungen meiner Amtszeit. Ich möchte allen denen, die mir bei der Bewältigung meiner Aufgaben in so hervorragender Weise durch ihre Loyalität und Zusammenarbeit geholfen haben, meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall)

Ich möchte meinen Dank vor allem den Kollegen aus der Geschäftsleitung aussprechen: Karl-Heinz Bilke, Meinhard Miegel, Günter Meyer und Peter Radunski.

(Beifall)

Ich möchte ein ganz besonderes Wort des Dankes an die bis vor kurzem stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Dorothee Wilms richten,

(Beifall)

die bald nach dem Parteitag im Sommer 1973 meiner Bitte entsprochen und eine sehr interessante berufliche Tätigkeit zugunsten einer Tätigkeit für die Partei aufgegeben hat.

Unsere Arbeit, die Arbeit der Volkspartei wird entscheidend bestimmt durch unser Verhältnis zur gesellschaftlichen Umwelt. Wenn die Partei

ihre Aufgabe darin sieht, alle politischen Strömungen und Schichten des Landes unter einer bestimmten politischen Richtung zusammenzufassen und zu repräsentieren, so kann dies nicht ohne Bedeutung für ihr Verhältnis zu den Organisationen und Gruppen sein, die bestimmte Interessen vertreten. Für mich war dies immer ein zentrales Thema meiner Arbeit: Das Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gruppen! Für die CDU muß es eine zentrale Fragestellung ihrer politischen Tätigkeit und ihres Selbstverständnisses sein.

Ein besonderes Verhältnis, meine Damen und Herren, hat uns immer mit den Kirchen verbunden. Ich sage dies hier vorweg, weil die Kirchen nicht zu den gesellschaftlichen Gruppen im eigentlichen Sinne gehören, sondern nach unserem Verständnis ebenso wie nach dem Verständnis unserer Verfassung eine Sonderstellung einnehmen. Die Entwicklung zur mitgliederstarken Volkspartei hat naturgemäß auch den Dialog zwischen den politischen Parteien und den Kirchen berührt. Wichtig ist auch hier, daß sich die Mitgliederstruktur der Partei der Struktur der Gesamtbevölkerung nähert. Während bis zum 31. Januar 1974 nur rund 30 % unserer Mitglieder evangelisch als Konfession angaben, lag deren Anteil bei den Neuzugängen im Jahre 1976 bei 41 %.

(Beifall)

Ebenso interessant ist jedoch auch, daß die Zahl derer wächst, deren Konfessionszugehörigkeit der Partei nicht mehr bekannt ist, weil sie Angaben zur Konfession im Zusammenhang mit dem Eintritt in die Partei nicht für notwendig halten. Unter den Neuzugängen 1976 waren fast 8 % der Meinung, daß es einer Konfessionsangabe nicht bedürfe, wenn man Mitglied einer Partei wird, die das Wort christlich in ihrem Namen führt. Auch darin scheint sich mir ein Ziel unserer Partei zu verwirklichen.

Sie sehen also, daß auch in diesem Fall eine wesentliche Änderung eingetreten ist.

Die Volkspartei stellt jedoch auch neue Fragen bezüglich des Dialogs mit den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Das Wesen und die Bedeutung dieses Dialogs haben uns in den letzten Jahren in Gesprächen mit der Kirche immer wieder beschäftigt. Dies gilt vor allem für die Grundwerte-Diskussion und die Frage nach der unterschiedlichen Legitimation von Wertentscheidungen im kirchlichen und im politischen Bereich. Mir scheint für den christlichen Charakter unserer Politik entscheidend zu sein, daß wir uns nicht nur den aus christlich-abendländischer Tradition abgeleiteten Werten verpflichtet fühlen, sondern auch bereit sind, gegenüber den christlichen Kirchen eine Verpflichtung zur Begründung anzuerkennen, wenn wir aus politischen Gründen von den Normen und Vorstellungen abweichen, die die Kirchen für den glaubenden Menschen verkünden. Es scheint mir von großer Bedeutung zu sein, den Dialog gerade über diese Fragen weiterzuführen und sich zugleich in der Diskussion über die Grundwerte, ihren Inhalt und ihre Verbindlichkeit gegenseitig zu befruchten.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellung unserer Partei im Verhältnis zu den großen gesellschaftlichen Gruppen. Schon bald nach der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs habe ich in einer Rede auf dem Landesparteitag in Baden-Württemberg auf die Notwendigkeit verwiesen, nicht nur für das private Eigentum, sondern auch für die Verbandsautonomie als Form privatrechtlicher Selbständigkeit eine Sozialpflichtigkeit anzuerkennen. Nachdem es zunächst zu heftigen Auseinandersetzungen über diese These kam, ist sie heute allgemein anerkannt. Wir haben sie in der Mannheimer Erklärung als einen Teil

der Neuen Sozialen Frage politisch formuliert. Der Bundespräsident hat in seiner jüngsten Münchner Rede keinen Zweifel daran gelassen, daß auch die Interessengruppen "heute ihr eigenes Interesse gar nicht richtig definieren können, ohne ein Gesamtbild der Politik entworfen zu haben". Das heißt, das Interesse einer Gruppe läßt sich nur vom Allgemeinwohl bestimmen. Umgekehrt kann die Gruppe ein Interesse auf Dauer nur erfolgreich vertreten, wenn es mit dem Allgemeinwohl vereinbar bleibt.

Für die CDU hat sich im letzten Jahr die Frage nach ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gruppen aus Anlaß des Bundestagswahlkampfes in nachdrücklicher Weise gestellt, vor allem in Gestalt der Frage nach dem Verhältnis zu den Gewerkschaften.

Während der fünfziger Jahre haben SPD und FDP immer wieder die Tatsache kritisiert, daß Vertreter der Kirchen mit der Autorität der Kanzel auf die Entscheidung der Wähler in Bundestagswahlen eingewirkt haben. Es waren gerade die Sozialdemokraten, die diese Einwirkung als eine unzulässige Einmischung in die freie Wahlentscheidung des Wählers und damit als eine Verletzung der Chancengleichheit der Parteien beanstandeten. Das Engagement der Kirchen zugunsten eines bestimmten Wählerverhaltens, die Aufforderung, in einer bestimmten Weise zu wählen, gehört der Vergangenheit an. Wir haben dieses Problem gelöst.

Aber nicht nur die Kirchen, meine Damen und Herren, auch die Gewerkschaften haben Kanzeln. Und gerade im Ruhrgebiet sind die Kanzeln der Gewerkschaften mächtiger, als die Kanzeln der Kirche es waren.

(Lebhafter Beifall)

Gerade im Ruhrgebiet wurde im zurückliegenden Bundestagswahlkampf von den Kanzeln der Gewerkschaften für eine Wahl der Sozialdemokratischen Partei geworben, und zwar in einem Umfang und mit einem Einsatz, der weit über früher bekannte Mitwirkungen gesellschaftlicher Gruppen hinausging. Dieses Problem ist noch nicht gelöst.

(Beifall)

Wir konnten diese Frage im Wahlkampf nicht unerwähnt lassen. Wir mußten die Frage stellen, ob unsere Gewerkschaften und damit der große Gedanke der Einheitsgewerkschaft nicht von den Sozialdemokraten mißbraucht werde, ob sich die Gewerkschaften nicht mißbrauchen ließen und ihre Mitglieder nicht mißbrauchten, als sie im Wahlkampf offensiv für die Sozialdemokratische Partei eintraten.

Wir haben uns deshalb in der Schlußphase des Wahlkampfes offensiv mit dem Mißbrauch der Gewerkschaften durch die Sozialdemokratische Partei befaßt. Zugleich haben wir die Ämterhäufung und die Ämterverfälschung kritisiert, die vor allem für die politische Landschaft des Ruhrgebietes, aber - ausweislich der Zeugnisse aus berufenem Munde - auch für andere sozialdemokratisch regierte politische Regionen charakteristisch ist, wie für Berlin oder Frankfurt.

Wenn ich "wir" sage, dann deshalb, weil dies - im Gegensatz zu mancher heute geäußerten Kritik - nicht ein Alleingang des Generalsekretärs war.

(Beifall)

Nicht nur die Führung und die Bundespartei haben diese Auseinandersetzung voll mitgetragen. Sie hat vor allem auch bei den CDU-Wählern

eine überwältigende Zustimmung gefunden.

(Beifall)

Eine demoskopische Umfrage auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes mit einer repräsentativen Zahl von Befragten hat gezeigt, daß 85 % der Gesamtbevölkerung dafür eintreten, daß sich die Gewerkschaften im Wahlkampf neutral verhalten sollen.

(Beifall)

Unter unseren Wählern sind es sogar 95 %. Selbst 76 % der SPD-Wähler und 93 % der FDP-Wähler sind dieser Auffassung. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung teilt damit unsere Ansicht! Die Gewerkschaften sollten bei der weiteren Diskussion ihrer Rolle in Wahlkämpfen daran nicht vorbeigehen.

(Beifall)

Dabei geht es - und das ist wichtig - um zwei Probleme: einmal um das Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft im Verhältnis zur politischen Partei während des Wahlkampfes. Hier hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 2. März 1977 mit großer Eindringlichkeit darauf hingewiesen, daß die Wahrung der Chancengleichheit unter den politischen Parteien während des Wahlkampfes zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für die Verwirklichung der Demokratie gehört.

(Beifall)

Das Volk als Souverän, so sagt das Gericht, kann nur dann frei entscheiden, wenn der Wettbewerb der politischen Parteien frei von sachfremden Einflüssen bleibt. Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb die Einmischung der Bundesregierung in den Wahlkampf durch Unterstützung der SPD und FDP mit öffentlichen Mitteln als verfassungswidrig bezeichnet.

(Beifall)

Der Grundgedanke dieser Entscheidung reicht jedoch weit über diesen Sachverhalt hinaus: Es ist heute unbestritten, daß die Verfassungsordnung nicht nur im Verhältnis von Staat und Bürger gilt, sondern ihre Grundsätze in allen Bereichen der Gesellschaft Respekt und Beachtung erwarten können.

(Beifall)

Dieses allgemeine Prinzip muß deshalb vor allem dann Gültigkeit haben, wenn es um elementare Grundsätze der freiheitlichen Demokratie im Verhältnis zu wesentlichen gesellschaftlichen Kräften geht.

Gerade deshalb halte ich es für erforderlich, daß wir die schon vereinbarten Gespräche mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund nutzen, um anhand von Einzelbeispielen eine Verständigung darüber herbeizuführen, ob und in welchem Umfang die Einschaltung der Gewerkschaften in den Wahlkampf mit den Grundsätzen der Chancengleichheit der politischen Parteien vereinbar ist.

(Beifall)

Die Bundesgeschäftsstelle hat zur Vorbereitung dieser Gespräche aufgrund einer Fülle schriftlicher Unterlagen 100 Beispielsfälle ausgesucht, anhand derer eine solche Diskussion geführt werden kann. Sie sollten einer gemischten Kommission von DGB und CDU übertragen werden, in der Hoffnung, daß wir während der wahlfreien Zeit der Lösung dieses schwierigen Problems näherkommen.

Es sollte jedenfalls nicht wieder vorkommen, daß sich die Gewerkschaften in einer Unzahl von Rentnerveranstaltungen dazu hergeben, den Rentnern durch führende Sozialdemokraten die Problemlosigkeit der Altersversorgung vortragen zu lassen, nur um die damit begründeten Erwartungen nach der Wahl zu enttäuschen. Der besondere Anstieg der Wahlbeteiligung im Bereich älterer Menschen steht sicher nicht beziehungslos zu dieser Kampagne. Und sie ist sicher nicht ganz unerheblich gewesen für den Wahlausgang, wenn wir daran denken, daß 350 000 Stimmen - anders abgegeben - heute in Bonn zu anderen Regierungsverhältnissen geführt hätten.

Das zweite Problem ist das der Ämterverfälschung. Wir haben vor wenigen Tagen die 30jährige Wiederkehr der Beschlußfassung über das Ahlener Programm gefeiert. Einer der entscheidendsten Grundsätze des Ahlener Programms ist das machtwortverteilende Prinzip des Wettbewerbs. Zur Verwirklichung dieses Prinzips gehört es, gesellschaftliche Mächte auf eine große Zahl von Institutionen zu verteilen, die sich im Wettbewerb untereinander kontrollieren. Mit diesem machtwortverteilenden Prinzip des Wettbewerbs schützen wir die Freiheit des Bürgers vor dem Mißbrauch gesellschaftlicher Macht. Dieses machtwortverteilende Prinzip ist unsere freiheitliche Antwort auf die Notwendigkeit dieses Schutzes. Neben dem Prinzip der Gewaltenteilung im staatlichen Bereich ist es das tragende Prinzip unserer Vorstellung von einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

(Beifall)

Zu den wirksamsten Mitteln, das machtwortverteilende Prinzip des Wettbewerbs außer Kraft zu setzen, gehört die Häufung der Ämter. Die Ämterhäufung, d.h. die Häufung der Funktionen in verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen in einer Person, ist die wirksamste Form der Kartellierung, die es gibt, und damit die wirksamste Form der Machtzusammenballung zum Nachteil des Bürgers. Deshalb ist die Diskussion über die Ämterverfälschung ein Teil unserer Diskussion über das Thema "Freiheit statt Sozialismus".

(Lebhafter Beifall)

Es ist für mich selbstverständlich, daß wir diese Diskussion auf alle Bereiche ausdehnen, in denen das Problem der Ämterverfälschung besteht. Wir kennen hier nicht die eine oder die andere Seite. Überall, wo dieses Problem auftritt, wird es zu lösen sein.

Lassen Sie mich ein weiteres zu diesem Thema sagen: Zum Verhältnis der Parteien zur gesellschaftlichen Umwelt, insbesondere dem Thema der Medien. Neben der Einwirkung gesellschaftlicher Organisationen auf den Wahlkampf steht als ebenso bedeutsames Problem die Einwirkung der Medien - insbesondere der Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen - auf den Wahlkampf. Auch diesbezüglich ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bedeutsam.

Meine Damen und Herren, was für den Staat und die gesellschaftlichen Gruppen gilt, nämlich der Respekt vor der Chancengleichheit der Parteien, gilt natürlich in gleicher Weise für die Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen.

(Beifall)

Sie gehören zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln zwischen Regierung, Parteien und Bevölkerung. Ohne die Mitwirkung der Medien können die Parteien die Mittlerfunktion nicht erfüllen, die ihnen die Verfassung zuschreibt. Verfälschen die Medien die Aussagen der Parteien oder bilden sie eindeutige Präferenzen für eine bestimmte Partei oder Gruppierung, so beeinflussen sie die Wahlentscheidung der Bevölkerung, verletzen damit das Gebot der Chancengleichheit der politischen Parteien und somit einen elementaren Verfassungsgrundsatz.

(Beifall)

Viele von uns sind der Auffassung, daß die CDU im letzten Bundestagswahlkampf von den Medien benachteiligt worden ist. Die Auswertung entsprechender Erkenntnisse nach der Bundestagswahl hat zu Auseinandersetzungen über die Verlässlichkeit dieser Erkenntnisse geführt. Ich halte es für unerlässlich, diesem Problem nachzugehen, eine Klärung herbeizuführen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall)

Wir müssen auch in diesem Bereich die Voraussetzungen für faire und wirklich freie Wahlen garantieren. Mit dpa habe ich bereits ein entsprechendes Grundsatzgespräch vereinbart, dem WDR habe ich es angeboten.

Zu einem besonderen Problem für die politischen Parteien und ihren Führungsauftrag sind in den letzten Jahren die Bürgerinitiativen geworden. Auch die CDU sieht sich mit diesem Problem konfrontiert; als allgemeine Frage ebenso wie im Rahmen ihrer politischen Verantwortung in den Ländern Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Wir werden uns in den kommenden Monaten mit der politischen, aber auch organisatorischen Einordnung der Bürgerinitiativen zu befassen haben. Schon heute scheint mir jedoch sicher, daß die Bürgerinitiativen die Folge einer bedenklichen Entpolitisierung der Parteien und der Parlamente sind. Vor allem zwei Entwicklungen haben dazu beigetragen.

Zum einen fällt es den Parlamenten immer schwerer, ihre Verpflichtung: Kontrolle der Regierung und der Regierungsbürokratie wahrzunehmen. Weil ihnen angesichts der zunehmenden Pragmatisierung unserer Politik die ordnungspolitischen Kriterien für eine echte Kontrolle des Regierungshandelns fehlen, flüchten sie aus der parlamentarischen Verantwortung in die Regierungstätigkeit, beteiligen sich mit ihren dafür unzureichenden Mitteln soweit sie können an Regieren und werden so zunehmend - jedenfalls in ihrer Mehrheit - zu Verlängerungen der Exekutive. Das Verhältnis von Parlament und Exekutive hat sich von einer Ableitung der politischen Legitimation der Exekutive aus dem Parlament umgekehrt zu einer Beherrschung des Parlaments durch die Exekutive.

Damit entfernen sich die Parlamente aber von den eigentlichen politischen Fragestellungen und nehmen zunehmend nur noch die Fragen auf, die ihnen von den Regierungen gestellt werden. Die Zunahme administrativen und damit bürokratischen Denkens und Handelns auch im Bereich der Parlamente ist die Folge.

Zum anderen haben die politischen Parteien - und dies gilt auch für uns - sich in dem Maße "entpolitisiert", indem sie sich gescheut haben, die in den Parlamenten vernachlässigten politischen Fragestellungen ihrerseits aufzugreifen und in die Parlamente hineinzufragen.

Zahlreiche Ursachen haben zu dieser Entwicklung beigetragen: unsere Unsicherheit gegenüber der eigenen Grundordnung und ihrer Belastbarkeit. Obwohl sich das Netz der Grundwerte als außerordentlich stabil erwiesen hat: Wann immer es zu einer wirklichen Belastung kam, nahm der Mut ab, die Tragfähigkeit der Grundordnung zu testen und die Bürger aus den Grundwerten in Pflicht zu nehmen.

Hinzu tritt die allgemeine Sorge vor Konflikten, über die wir bereits sprachen, und nicht zuletzt die Sorge der politischen Führung vor den Belastungen, die sich aus der Unübersichtlichkeit einer komplexen Gesellschaft und den Schwierigkeiten ergeben, Antworten zu finden.

Das Ergebnis ist eine Verweigerung politischer Verantwortung in wichtigen Bereichen unseres Lebens. Politische Sachverhalte werden administrativ behandelt. Der Bürger wird nicht geführt, sondern verwaltet. Und er wehrt sich dagegen. Mit der Bürgerinitiative durchbricht er den Kreislauf der Entpolitisierung und zwingt die Beteiligten zur Rückkehr zur politischen Fragestellung. Er ist nicht länger bereit, einer scheinbaren Sachgesetzlichkeit zu folgen, die sich an die Stelle von Politik gesetzt hat und das Leben zu mechanisieren droht.

Das Problem der Bürgerinitiativen läßt sich nur lösen durch politische Parteien, die die politische Führung für sich zurückgewinnen, und die den Mut haben, neue Fragen aufzugreifen. Wir müssen die Bürger davon überzeugen, daß es ihrer spontanen Initiative nicht bedarf, um politischen Fragestellungen Gehör und Respekt zu verschaffen.

Entscheidend für den Ort der politischen Partei und damit unserem Führungsauftrag und unsere Verantwortung ist schließlich die Rolle der Partei im Gefüge der Verfassung und der staatlichen Ordnung.

Es ist vor allem dieser Bereich, der durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 von Grund auf verändert wird. Wir alle können uns über die Konsequenzen dieser Entscheidung noch nicht ausreichend Rechenschaft ablegen. Das Bundesverfassungsgericht hat die politischen Parteien von der Exekutive gelöst. Es hat die politischen Parteien wieder verselbständigt. Es hat sie wieder ganz auf ihre eigene Verantwortung zur politischen Führung und politischen Gestaltung unseres Lebens verwiesen. Die politischen Parteien können sich nicht länger hinter dem Rücken der Regierung, hinter der Autorität des Amtes und hinter den öffentlichen Haushalten verbergen.

Daß diese Entscheidung, die die Verwendung öffentlicher Mittel im Wahlkampf zugunsten einer politischen Partei für verfassungswidrig erklärt, alle Parteien betrifft, ist offensichtlich. Auch in den Bereichen, in denen die CDU Verantwortung trägt oder getragen hat, ist den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils an das Gebot der Neutralität im Wahlkampf nicht immer Rechnung getragen worden. Wir wußten dies, ehe wir die Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben haben, und wir haben bewußt die Konsequenzen eines obsiegenden Urteils auch für unsere eigene politische Arbeit und unseren Verantwortungsbereich in Kauf genommen. Meine Damen und Herren, wir haben mit unserer Klage bewiesen, daß es einer Bürgerinitiative nicht bedarf, wenn eine politische Partei ihrer politischen Verantwortung wirklich gerecht wird.

(Beifall)

Mit der zentralen Stellung, die das Bundesverfassungsgericht uns als politische Partei und Volkspartei bei der Willensbildung des Volkes zuweist, sind auch unsere Verantwortlichkeiten neu definiert. Wir werden die Konsequenzen des Urteils gerade in dieser Hinsicht sorgfältig zu beraten und bei unserer weiteren Arbeit zu berücksichtigen haben. Einige dieser Konsequenzen habe ich in meinem Rechenschaftsbericht aufgeführt. Natürlich hat dieses Urteil auch eine eminent politische Bedeutung. Es ist ganz offensichtlich, daß die Verfassungsrichter der Bundesregierung in einer ungewöhnlich klaren Sprache - und zwar in einem Verhältnis von 7 : 1, wobei 2 der abweichenden Voten noch schärfer formulieren als die Mehrheit - bescheinigen, daß sie die Verfassung auf das schwerste verletzt und aufgrund dieser Verfassungsverletzung die Chancengleichheit der Parteien im Wahlkampf erheblich gestört hat. Es ist gar keine Frage, daß die Bundesregierung nicht gutgläubig war. Wir haben die Bundesregierung bereits im Frühjahr letzten Jahres auf die Gefahr einer solchen Verfassungsverletzung hingewiesen. Wir haben ihr bereits vor der Klageerhebung immer wieder vorgehalten, daß das, was sie tut, nach unserer Auffassung mit dem Grundgesetz unvereinbar sei. Die Arroganz, mit der der Sprecher der Bundesregierung, die Minister und auch der Kanzler selbst diese Mahnungen als Panikmache einer schwachsinnigen Opposition zurückgewiesen haben, war nicht mehr zu überbieten.

Diese Arroganz hat jetzt ihre Antwort gefunden.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben nicht die Absicht, meine Damen und Herren, die Frage der Wahlanfechtung weiterzuverfolgen. Aber wir werden auch nicht müde werden - und das ist das Entscheidende -, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige Regierung ihren knappen Wahlsieg einer schwerwiegenden Verletzung unserer Verfassung verdankt und daß ihr jetzt deshalb zu Recht die politische Legitimation bestritten werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Frauen und Männer, meine Freunde, die die elementaren Grundsätze der demokratischen Willensbildung so gering achten wie die Mitglieder der gegenwärtigen Bundesregierung, sind kein guter Sachwalter unserer Verfassungsordnung und des öffentlichen Interesses.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe am Schluß vielfach Anlaß zum Dank. Ich danke den Freunden im Präsidium und dem Bundesvorstand für ihre Zusammenarbeit und ihre Unterstützung. Wir haben miteinander um Antworten auf politische Fragen gerungen, wir haben miteinander politische Entscheidungen getroffen und Aufgaben gelöst, und wir haben, was ich ganz besonders genoß, eine Kameradschaft entwickelt, die nicht nur durch die Notwendigkeit sachlicher Zusammenarbeit, sondern auch durch das Ziel geprägt war, für dieses Land gemeinsam zu handeln und diesem Land gemeinsam zu dienen.

Ich danke vor allen Dingen Helmut Kohl. Er hat mich im Sommer 1973 als Generalsekretär vorgeschlagen. Sein Vertrauen und Ihr Mandat haben es mir ermöglicht, für die Partei zu arbeiten. Mit diesem Bericht gebe ich mein Mandat als Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union an den Bundesparteitag zurück. Ich danke den Delegierten für das Vertrauen, das sie mir auf den zurückliegenden

Parteitagen bewiesen haben, und ich danke der ganzen Partei. Mit der Rückgabe dieses Mandates bewerbe ich mich um ein neues. Ich bin entschlossen, wenn mir die Delegierten dieses Mandat erteilen, für unsere Partei weiterzuarbeiten, um daran mitzuwirken, daß diesem Land und darüber hinaus ganz Europa die Freiheit erhalten bleibt.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, dieser Bericht, mit dem Sie sich zugleich als Generalsekretär der Union verabschieden, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden, war nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Bedingungen unserer politischen Arbeit und eine Beschreibung unserer politischen Aufgabe in dieser Zeit, sondern auch eine Leistungsbilanz der Partei und nicht zuletzt eine Erfolgsbilanz des Generalsekretärs Kurt Biedenkopf.

(Beifall)

Sie haben in den vier Jahren, die Sie in diesem Amt der Partei gedient haben, entscheidend dazu beigetragen, aus der Wähler- und Honoratiorenpartei eine Mitgliederpartei zu machen. Sie haben der Union neue geistige Impulse vermittelt und damit eine notwendige Entwicklung eingeleitet, um unsere Theoriediskussion zeitgerecht und zeitgemäß zu beleben. Lassen Sie mich auch sagen, in diesen vier Jahren dieser Tätigkeit ist es auch gelungen, den Parteiapparat so auszubauen, wie man es von einer großen und erfolgreichen Volkspartei erwarten kann und erwarten muß. Alles das sind Leistungen und Verdienste, für die nicht nur die Union Ihnen großen Dank schuldet, sondern für die Ihnen auch unsere politischen Gegner den Respekt nicht versagt haben. Darauf können Sie stolz sein, darauf sind aber auch wir stolz. Herzlichen Dank dafür, Kurt Biedenkopf.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf: Bericht des Bundesschatzmeisters.

Ich erteile das Wort unserem Freund Walther Leisler Kiep zum Bericht des Schatzmeisters.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich muß Ihnen leider zumuten, sich für etwa 15 Minuten mit mir zusammen in die Niederungen der Parteifinanzen zu begeben, damit ich Ihnen den Rechenschaftsbericht für die zurückliegenden zwei Jahre heute hier auf dem Parteitag gemäß unserer Geschäftsordnung erstatten kann.

Auf unserem Mannheimer Parteitag vor zwei Jahren hatten wir die Ziele für unsere Finanzierungsarbeit für das Bundestagswahljahr 1976 gemeinsam abgesteckt. Wir waren uns damals über die Bedeutung dieser Arbeit auch in politischer Hinsicht einig. Wir waren uns damals darüber klar, daß unsere politischen Gegner mit Sicherheit den Versuch unternehmen würden, die Finanzierungsfragen zu einem Gegenstand einer erneuten Diffamierungskampagne zu machen. Unsere Befürchtungen haben sich zunächst bewahrheitet, wenn ich Sie an das "Wahlhelfer-Handbuch" Anfang 1976 erinnern darf. Die Bemühungen sind jedoch sehr schnell zu Ende gegangen, ich möchte sagen, sie haben ein blamables Ende gefunden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchten unsere Kräfte im Bundestagswahlkampf 1976 auf diesem Nebenkriegsschauplatz nicht zu verschleifen.

Wenn ich Ihnen nun einige wesentliche Daten unserer Bilanz der letzten zwei Jahre nenne, dann bin ich mir, meine verehrten Freunde, völlig klar darüber, daß solide Parteifinanzen in gar keiner Weise und unter gar keinen Umständen gute Politik ersetzen können. Ich weiß aber auch, daß ohne solide Finanzen die Vermittlung, der Verkauf unserer Politik, außerordentlich schwierig ist.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Einen Moment bitte, lieber Freund Leisler Kiep.

Meine Damen und Herren, bitte zeigen Sie, daß Sie wissen, wie wichtig geordnete Finanzen für uns sind, indem Sie zuhören.

(Beifall)

Bitte, Freund Kiep!

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister der CDU: Ich bin mir also sehr wohl darüber klar, daß die Wirksamkeit geordneter Parteifinanzen ihre Grenzen findet, aber doch eine Bedeutung hat. Es gilt eben immer noch der alte Spruch, daß Geld zwar Dreck ist, aber Dreck noch lange kein Geld.

In einer Bilanz über die Finanzierungsarbeit des Jahres 1975/76 sollte, wie ich meine, dieses Ergebnis - nämlich: daß es uns gelungen ist, die CDU-Finanzen aus der Wahlkampfauseinandersetzung herauszuhalten - unserer gemeinsamen Arbeit an erster Stelle genannt werden. Zu den Aktivposten dieser Bilanz gehören weiterhin folgende wichtigen Daten:

Erstens: Wir hatten am Ende des Jahres 1975 unsere Altschulden, so wie ich Ihnen das auf dem Mannheimer Parteitag versprochen hatte, getilgt.

Zweitens: Wir haben darüber hinaus zu Beginn des Jahres 1976, also des Bundestagswahljahres, eine erste Reserve für die Wahlkampffinanzierung in Höhe von mehr als 5 Millionen DM gehabt.

Drittens: Wir haben den Landes- und Kreisverbänden und den Vereinigungen aus unserem Wahlkampfbudget an geldwerten direkten Leistungen rund 5 Millionen DM bereitgestellt.

Viertens: Darüber hinaus haben wir den Landes- und Kreisverbänden und den Vereinigungen unserer Partei aus unserer Finanzierungsarbeit zusätzlich fast 6 Millionen DM zuleiten können.

Fünftens: Für die Finanzierung unseres Wahlkampfbudgets konnten rund 15 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln aktiviert werden.

Sechstens: Die Budgetaufstellung, die -abwicklung und die -kontrolle - ein betriebswirtschaftliches Instrumentarium, das wir in den vergangenen Jahren systematisch entwickelt und eingeführt haben -erfolgten in voller Übereinstimmung mit unserer Liquiditätsplanung und unter Beachtung aller Finanzierungsgrundsätze.

Das alles zusammen war das Ergebnis gemeinsamer Arbeit, für die ich allen herzlich danken möchte: vor allem den vielen Tausenden von Spendern, die uns auf allen Ebenen der Partei unterstützt haben, allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Kreis- und Landesverbänden, in den Vereinigungen und in der Bundespartei, die uns bei der Finanzierungsarbeit, bei der Ansprache von Mitgliedern, Freunden und Förderern geholfen haben. Danken möchte ich aber

auch denjenigen, die uns ihre Arbeitskraft im Wahlkampf unentgeltlich zur Verfügung gestellt und uns damit geholfen haben, viel Geld einzusparen.

(Beifall)

Besonderer Dank gebührt auch den Schatzmeisterkollegen, den Landes-schatzmeistern und den Schatzmeistern der Vereinigungen, die uns und mir dieses Werk in freundschaftlicher Verbundenheit ermöglicht haben und mit denen wir zu jedem Zeitpunkt - und auch heute - in aller Offenheit über alle anstehenden Probleme sprechen können.

Zur obigen Bilanz möchte ich aus gegebenem Anlaß doch noch einige grundsätzliche Ausführungen machen, die mir wichtig erscheinen, meine Freunde:

Unser Wahlkampfbudget für diesen Bundestagswahlkampf betrug 36,1 Millionen DM. Die effektiven Ausgaben lagen geringfügig darunter. Nach den ursprünglichen Planungen unserer Wahlkampfmaßnahmen, die der Parteivorsitzende, der Generalsekretär und ich mit der Feststellung des Wahlkampfbudgets schon im Dezember 1975 abgeschlossen hatten, waren zunächst höhere Ausgaben in der Größenordnung von 45 Millionen DM festgesetzt worden. Wir waren uns aber darüber einig, daß uns die Finanzierung dieses Betrages Schwierigkeiten machen würde. Wir haben deshalb alle Planungen überprüft und dieses Budget gemeinsam auf 36,1 Millionen DM reduziert. Das fiel uns schwer, meine Freunde, weil eine Reihe von sicherlich wichtigen und sinnvollen Maßnahmen unterbleiben mußten. Aber das war im Interesse des finanziellen Gleichgewichts der Partei unerlässlich und notwendig.

Ich meine, daß das eine Leistung ist, für die ich allen, die das mit uns gemeinsam vollbracht haben, Dank sagen muß: dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer, den Hauptabteilungsleitern und ihren Mitarbeitern. Ich möchte an dieser Stelle aber auch den Dank abstat-ten, den ich persönlich und, wie ich meine, auch die Partei meinem Mitarbeiter und Generalbevollmächtigten Uwe Lütjhe schulden, der in diesen Jahren schwere, verantwortungsvolle Arbeit erfolgreich be-wältigt hat.

(Beifall)

Für mich war es wichtig, daß der Bundesschatzmeister in dieser ganzen Zeit keineswegs nur auf die eine Seite seiner Tätigkeit, nämlich auf das Herbeibringen von Mitteln beschränkt war, sondern daß er sich zu jedem Zeitpunkt aktiv in die Kontrolle der Ausgaben eingeschaltet hat. Ich meine, ein Bundesschatzmeister muß diese Aufgabe als eine doppelte sehen. Mir ist es dank der guten Zusammenarbeit gelungen, in allen wichtigen Fragen der Finanzkontrolle, der Liquiditätsplanung Übereinstimmung mit allen Beteiligten zu errei-chen. Auch das ist ein wichtiger Punkt in der Bilanz der Finanzie-rungsarbeit unserer Partei.

Ich möchte aber auch noch einen weiteren Punkt aus gutem Grund und gegebenem Anlaß etwas im Detail erwähnen. Meine Damen und Herren, um das gesamte Finanzierungsvolumen des vergangenen Jahres ohne Liquiditätsengpässe bewältigen zu können - was umgekehrt natürlich auch heißt: um alle möglichen Kostenreduktionen durch Rabatte, Skonti und andere Preisnachlässe ausnutzen zu können -, haben wir einen Überbrückungskredit in der Größenordnung von 30 Millionen DM aufgenommen, was uns aufgrund der Kreditwürdigkeit der Partei aus der Arbeit der vergangenen Zeit ohne Schwierigkeiten möglich war. Von diesem Überbrückungskredit konnten wir seit der Wahl bereits

18 Millionen DM zurückzahlen.

(Beifall)

Der Rest von 12 Millionen DM per 31. Dezember 1976 mußte auf das Jahr 1977 übertragen werden. Die Tilgung dieses Kredits wird in diesem Zeitraum erfolgen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

Ich glaube, ich brauche in diesem Kreise, in dem sich viele Kundige befinden, im einzelnen nicht darzulegen, warum es leider ungeheuer schwierig ist, einen Wahlkampf sozusagen aus der Tasche zu finanzieren, daß es eben einfach nicht möglich ist, alle Mittel auf der hohen Kante zu haben, um dann am Tage X sozusagen alles in einem Aufwasch bezahlen zu können. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß sich die Wahlkampfkostenersatzung bekanntlich über einen Zeitraum von vier Jahren erstreckt, wobei ich nicht die Absicht habe, die Abwicklung dieses von mir eben erwähnten Überbrückungskredits mit der Erstattung der Wahlkampfkosten, die uns ins Haus stehen, in ihrem zeitlichen Ablauf gleichzusetzen. Sicherlich wäre es besser, wenn wir jeweils mehr Mittel auf der hohen Kante hätten. Ich hoffe, daß wir uns diesem Idealzustand auch in der Zukunft nähern.

Meine Freunde, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, die wir zur Zeit vorbereiten und die bereits von den Finanzgremien der Partei beraten wird, liegen uns einige ganz wichtige Projekte vor, von denen ich einige nennen möchte. Ein ganz wichtiges Projekt ist in diesem Zusammenhang die "Stiftung Versorgungswerk" der Partei. Ich bin davon überzeugt, daß soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern in einer politischen Partei zu Hause, vor Ort beginnen muß.

(Beifall)

Deshalb möchte ich die zentrale Bedeutung dieser Selbsthilfeeinrichtung für die Altersversorgung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter ganz besonders unterstreichen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Finanzierung dieser Stiftung trotz aller höheren Anforderungen, die zu bewältigen sein werden, gesichert bleibt. Unsere aktiven und tätigen Mitarbeiter können sich auf diese Zusage fest verlassen.

Aus den Beratungen der letzten Wochen wissen wir, daß die zukünftigen Aufgaben der Finanzierungsarbeit, meine Freunde, nicht leichter, sondern eher schwieriger werden. Wir müssen ein sich stets verbessernder Dienstleistungsapparat für Mitglieder, Kreisverbände und Landesverbände bleiben. Das ist unser Auftrag, und diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet.

Aber in alle zukünftigen Arbeiten und Planungen müssen wir die neuen Orientierungsdaten aufnehmen, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mittwoch letzter Woche gesetzt hat. Ich darf Ihnen ganz offen sagen, daß mich dieses Urteil mit besonderer Genugtuung erfüllt; denn es bestätigt all das, was wir im Jahre 1976 nicht nur gesagt, sondern auch unternommen haben. Ich habe den Schatzmeistern der beiden Regierungsparteien im Frühjahr 1976 ein Wahlkampfkostenbegrenzungsabkommen unter der Maßgabe und mit der Voraussetzung angeboten, daß die Ausgaben des Bundespresse- und Informationsamtes in ein solches Begrenzungsabkommen einbezogen werden.

(Beifall)

Hätte die Bundesregierung statt ihrer zynischen Ablehnung diesen Vorschlag damals angenommen, hätte sie sich heute wahrscheinlich viel Verlegenheit erspart.

Wir müssen, meine Freunde, in der Zukunft - auch gemeinsam mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien - die Bestimmungen des Parteiengesetzes kritisch überprüfen; nicht - damit kein Mißverständnis entsteht - die Wahlkampfkostenerstattung, aber einige andere Aspekte, die einfach der Überholung und Neufassung bedürfen, nachdem dieses Gesetz aus dem Jahr 1967 heute durch die tatsächliche Entwicklung weitgehend überholt ist.

Wir sollten dabei keine Scheu haben, Parlament und Öffentlichkeit auch über die Details unserer Budgets zu informieren und darüber Rechenschaft zu geben, wie wir das für die Einnahmenseite ja heute bereits tun.

Zum Schluß, meine sehr verehrten Freunde, meine Damen und Herren: Eine politische Partei ist kein Großunternehmen; "cashflow" der CDU allein bedeutet überhaupt nichts. Unsere Bilanz ist letzten Endes unsere Fähigkeit zur Mobilisierung der Mehrheit unserer Bürger für die freiheitliche Politik.

Ich darf mit großer Genugtuung - sicherlich auch in Ihrer aller Namen - feststellen, daß sich endlich viele Bürger nicht mehr zu fein sind, um für diese Politik der Freiheit einzutreten. Immer mehr Menschen haben gelernt, daß zur Unterstützung der CDU auch eine Spende für die CDU gehört.

Es ist nicht die Höhe der Beträge, es ist die Zahl der Spenden, die unsere neue politische Kraft ausdrückt. Die Union hat in diesem Bereich mobilgemacht, auch bei den Tausenden von Spendern, die uns unterstützen, und dies, meine Freunde, ist der politische Beitrag des Bundesschatzmeisters zu unserer gemeinsamen Arbeit.

( Beifall )

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Herr Kiep, für den ungewöhnlich offenen Rechenschaftsbericht. - Meine Damen und Herren, der hervorragend geführte Bundestagswahlkampf wäre in dieser Form nicht möglich gewesen, wenn nicht Walther Leisler Kiep als Bundesschatzmeister das finanzielle Fundament dafür mitgeschaffen hätte.

( Beifall )

Dafür und für die ungeheuer mühselige und zeitraubende Arbeit des Bundesschatzmeisters schuldet der Parteitag Ihnen, lieber Herr Kiep, Dank.

( Erneuter Beifall )

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt 11: Bericht der Rechnungsprüfer - Aussprache zu den Berichten - und zwar zunächst zur Aussprache. Wir befinden uns, wie Sie dem Tagungsfahrplan entnehmen können, fast zwei Stunden im Rückstand und haben noch umfangreiche Punkte, insbesondere zeitraubende Auszählungen, vor uns. Ich schlage Ihnen zur Gliederung der Aussprache vor, zunächst die Aussprache über die politischen Berichte des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs von der Aussprache über den Bericht des Schatzmeisters zu trennen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde zu Beginn der Aussprache über den Bericht des Schatzmeisters dann auch

der Bericht der Rechnungsprüfer gegeben werden. - Ich höre demgegenüber keinen Widerspruch.

Was die Aussprache über die politischen Berichte des Bundesparteivorsitzenden und des Generalsekretärs angeht, so haben wir mittlerweile 15 Wortmeldungen vorliegen. Meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung, die wir uns vor zwei Jahren in Mannheim gegeben haben, gibt dem amtierenden Parteitagspräsidenten die Möglichkeit, die Zahl der Redner zu begrenzen und auch die Redezeit zu beschränken. Ich möchte gerade jetzt, zu Beginn dieser Aussprache, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, Sie aber angesichts der besonderen Terminlage, der wir uns gegenübersehen, bitten, sich selbst so kurz zu fassen, daß wir die nachfolgenden Tagesordnungspunkte hier noch zu zumutbarer Zeit abwickeln können.

Ich darf Ihnen jetzt, damit sich die nachfolgenden Redner darauf einrichten können, sagen, wer sich bisher zu Wort gemeldet hat. Wortmeldungen liegen bisher vor von dem Herrn Dr. Hartwig aus dem Rheinland, von Ministerpräsident Filbinger, von Ministerpräsident Röder, von Herrn Wissmann, von Herrn Waffenschmidt, von Herrn Brickwedde, von Ministerpräsident Albrecht, von Herrn Mann, von Herrn von Bülow, von Frau Dr. Laurien, von Herrn Reckers, von Herrn Schönbohm, von Herrn Elfring, von Herrn Kolb und von Herrn Tannen.

Ich rufe zunächst Herrn Dr. Hartwig, Landesverband Rheinland, auf.

Dr. Bernd Hartwig: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern ein paar Anmerkungen zu dem Bericht machen, den Sie, Herr Dr. Kohl, heute vormittag gegeben haben. Sie haben in Ihrer Grußbotschaft darauf hingewiesen, daß sich dieses Land mit einer Reihe schwerwiegender Probleme herumzuschlagen hat. Dem ist nichts hinzuzufügen; das trifft zu.

Sie haben weiter darauf hingewiesen, daß diese Regierung über kein durchgreifendes Konzept verfügt, um diese Probleme in den Griff zu bekommen, daß diese Regierung Flickschusterei betreibt. Meine Damen und Herren, auch mit dieser Feststellung sind wir alle sicherlich einverstanden.

Aber ich glaube, dabei können wir es nicht bewenden lassen. Die Leute fragen draußen im Lande: Was wollt ihr denn eigentlich, was will die CDU? Wir hören das immer wieder bei den Straßendiskussionen, wir hören es bei den Hausbesuchen, die wir machen, wir hören sogar in den Mitgliederversammlungen unserer eigenen Partei, daß Parteifreunde sagen: Was habt ihr denn eigentlich vor?

Meine Damen und Herren, ich möchte das an einem Beispiel ein wenig verdeutlichen. Ich denke an die Rentenversicherung, an das Debakel der Rentenversicherung. Herr Dr. Kohl, im Wahlkampf haben wir gesagt, laßt uns erst mal an den Drücker kommen, dann machen wir eine Bestandsaufnahme, dann machen wir Kassensturz, und dann sagen wir euch schon, wie es weitergehen soll. Das können wir jetzt nicht mehr machen. Die Wahl ist vorbei, die Zahlen sind bekannt, und selbst wenn sie nicht bekannt sind, kann man sie sich ja beschaffen. Wir müssen also den Dingen auf den Grund gehen.

Anscheinend hat das wohl auch in der Parteiführung zu Nachdenklichkeit geführt. Zunächst hat Hans Katzer, wenn auch etwas vorsichtig, einige Äußerungen dazu gemacht, wie er sich das wohl denkt. Aber er ist dabei insofern auf den Bauch gefallen, als zwei Tage später Herr Zeitel von der Mittelstandsvereinigung sagte: Nein, so geht es nicht.

Mein Anliegen ist das folgende: Wir müssen ein Konzept haben, und zwar ein durchgreifendes, in sich geschlossenes Konzept, um den Leuten zu sagen, was wir denn eigentlich wollen. Es wird immer da-geengehalten, es sei nicht Aufgabe der Opposition, Gesetzentwürfe zu machen. Meine Damen und Herren, wer spricht denn von Gesetzentwürfen, obwohl ich sagen muß, daß wir als Opposition sogar welche gemacht haben; ich denke nur an den Investivlohn. Aber wir brauchen ein Konzept, damit man in etwa weiß, wie sich die CDU die Dinge denkt, wie die Richtlinien und wie die Grundsätze sind.

Herr Dr. Kohl, Sie haben ja eine Mannschaft, die Sie zur Arbeit bewegen können. Sie haben 245 Abgeordnete, die doch eigentlich in der Lage sein müßten, etwas zu Papier zu bringen. Deswegen ist meine herzliche Bitte, Herr Dr. Kohl, diese: Rufen Sie Ihre Mannen zusammen, beauftragen Sie sie mit der Ausarbeitung eines Konzepts. Denn ich bin der Meinung, wenn die Regierung nicht den Mut hat, die Dinge anzupacken, sollten wir diesen Mut haben, denn das sind wir uns und unseren Wählern schuldig.

(Teilweise Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Das Wort hat jetzt Herr Ministerpräsident Dr. Filbinger.

Dr. Hans Filbinger: Meine lieben Parteifreunde!

Selten sind in der Geschichte der Demokratie die Aussagen, Prognosen und programmatischen Zielsetzungen der Opposition durch die Ereignisse so bekräftigt worden wie seit dem Oktober 1976. In einer geradezu dramatisch zu nennenden Weise hat die krisenhafte Entwicklung diese sozialdemokratisch-liberal geführte Regierung ergriffen, ist der Schleier zerrissen, mit dem die Parteien dieser Koalition die Wirklichkeit verhüllt haben. Noch nie hatte dieses Land eine schwächere, ziel- und orientierungslosere Regierung als in einer Situation, in der Zahl und Gewicht der unsere Gesellschaft bedrohenden Probleme täglich wachsen. Der Schwund an Glaubwürdigkeit der diesen Staat tragenden politischen Kräfte hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die ungelösten Probleme - vom Rentendebakel über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen bis zur Gefährdung der Chancen unserer jungen Generation in Ausbildung und Beruf - berühren die Grundlagen und die Existenz unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Angesichts dieser Herausforderungen sind wir als Opposition in einer geschichtlichen Verantwortung, die weit über das hinausgeht, was normalerweise in einer Demokratie der Opposition aufgebürdet ist.

(Zustimmung)

Meine Parteifreunde, wir müssen uns ehrlich und selbstkritisch fragen, ob wir durch unser Verhalten das Vertrauen der Bürger gerechtfertigt haben, das sie durch die Abgabe ihrer Stimmen bei den letzten Wahlen in uns gesetzt haben. Die Unionsparteien haben den Wahlkampf um die Alternative "Freiheit statt Sozialismus" geführt. Wir haben damit zu erkennen gegeben, daß wir eine andere Politik und nicht die gleiche Politik nur etwas anders haben wollen. Wir dürfen nun auch nicht den geringsten Zweifel an unserem Willen, unserer Entschlossenheit und unserer Fähigkeit aufkommen lassen, das Ziel einer Ablösung der sozialliberalen Koalition im Jahre 1980 zu erreichen.

(Beifall)

Wir würden den Kredit bei den Wählern verlieren, wenn wir unsere Politik darauf richten würden, der Führung der FDP den geforderten Nachweis demokratisch-progressiver Reife zu erbringen.

Wir haben den politischen Auftrag fast der Hälfte unseres Volkes. Wir brauchen nicht den gnädigen Zuschlag der FDP für unser politisches Mandat.

(Beifall)

Nicht wir müssen uns nach den taktischen Zielen der FDP ändern, sondern die FDP muß erst wieder eine freiheitliche, zur Verteidigung unserer Grundordnung entschlossene Partei werden.

(Beifall)

Was ist von einer Partei zu halten, deren Jugendorganisation erklärt, daß ein Bündnis mit den Kommunisten notwendig sei, da Kommunisten a priori für die Erweiterung bürgerlicher Grundrechte eintreten und deren Vertreter an den Hochschulen nach dieser Maxime auch handeln?! Was ist von einer Partei zu halten, die einen Beschluß faßt, der Kommunisten praktisch den Zugang zum öffentlichen Dienst gibt?! Und was bedeutet es, wenn ein führendes Mitglied der FDP - Frau Schuchardt - sich an Aktionen beteiligt, die sich gegen ein angeblich bei uns praktiziertes Berufsverbot richten?! Sie übernimmt doch damit die kommunistische Sprachregelung.

(Beifall)

Sie handelt damit ja nicht allein. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP in Baden-Württemberg tut genau das gleiche. Und was ist von der Bürgernähe einer Partei zu halten, deren Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag sich verbissen und arrogant über den Aufstand der Eltern in diesem Land gegen die kooperative Gesamtschule hinwegsetzt?!

(Beifall)

Nicht die FDP, sondern wir sind die Partei der Freiheit in diesem Land.

(Beifall)

Wir haben nicht die geringste Veranlassung, einer in sich und durch sich verfallenden FDP irgendwelche Vorleistungen zu machen. Wir sind niemandem verpflichtet als alleine den Bürgern, die uns gewählt haben. Ihre Hoffnungen, ihre Erwartungen müssen Leitprinzip unserer Politik sein.

Nun stelle ich die Frage, meine Freunde: Was ist es denn, was dieses Land von uns erwartet? Dieses Land erwartet von uns, daß die CDU/CSU wieder zu der großen und geschlossen handelnden Partei wird, die sich in 20 Jahren Regierungsverantwortung als solche erwiesen hat. Die Bürger warten darauf, daß wir die Kraft, die in der Union steckt, nach außen bringen und in politisches Handeln umsetzen.

(Beifall)

Dafür werden wir dann auch das nötige Vertrauen und bei den Wahlen die Mehrheit bekommen.

Diese Geschlossenheit, die alleine Vertrauen bringt, brauchen wir beispielsweise jetzt bei der Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung, bei der Sanierung der Renten und nicht zuletzt in der Energiepolitik.

(Beifall)

Solange wir noch in der Opposition sind, meine Freunde, müssen wir uns mehr denn je als die Regierungspartei von morgen darstellen. Das bedeutet, daß wir zu den bewegenden Fragen der deutschen Politik Konzeptionen erarbeiten und offensiv vertreten müssen. Die CDU kann

an der geistig-ethischen Erneuerung unseres Volkes nur arbeiten, wenn sie sich selber erneuert. Die CDU muß auch geistig-ethisch zu der überzeugenden politischen Kraft werden, die die Herausforderung der Kulturrevolution annimmt.

Die Diskussion um die Grundwerte muß von uns offensiv und stetig geführt werden. Ihr bisheriger Verlauf hat deutlich gezeigt, daß wir die Diskussion nur dann mit Erfolg führen können, wenn wir neu darüber nachdenken, wie wir den Anspruch der christlichen Wahrheit neu definieren. Die Grundwerte und ihre Interpretationen sind fast beliebig manipulierbar, wenn sie nicht fest in den Fundamenten unserer christlich-abendländischen Geschichte und in ihren verpflichtenden Traditionen verankert sind.

(Beifall)

Wir müssen das Gesetz der Freiheit verbindlich mit der Forderung nach der Gerechtigkeit verknüpfen, wenn wir bestehen sollen.

Es ist uns gelungen, uns klar gegen eine sozialistisch-kollektivistische Art des Denkens, des Zuteilungsdenkens, abzugrenzen. Wir müssen aber auch genauso eindeutig die Abgrenzung gegenüber einem liberalistischen Lasser-fair schaffen.

(Beifall)

Wir dürfen in keinem Punkt die Antwort auf die Frage nach unserer Alternative schuldig bleiben. Der Politik der Lüge, des Betrugs und der Verschleierung der sozialliberalen Koalition müssen wir die Politik des Mutes zur Wahrheit entgegenstellen.

(Beifall)

Wir haben nicht den Status quo dieser Bonner Koalition zu verteidigen, der durch Abbau und teilweisen Abbruch gekennzeichnet ist. Uns geht es vielmehr um die Zukunft unseres Volkes, die wir zurückgewinnen müssen, nachdem diese Koalition in Bonn sie in vielen Teilen verspielt.

Damit bin ich am wichtigsten Punkt. Die Gesellschaft gibt sich selbst auf, die die Jugend verliert. Die Union muß zur Partei der Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend werden.

(Beifall)

Wir dürfen die junge Generation nicht länger im Ungewissen über ihre Zukunft lassen. Wir tragen die Verantwortung auch und besonders für die geburtenstarken Jahrgänge, denen es nicht schlechter gehen darf als ihren Vorgängern. Die Wiedergewinnung der Berufs- und der Lebenschancen für die Jugend muß zur wichtigsten Aufgabe der nationalen Politik erklärt werden.

(Beifall)

Und ich meine - meine Parteifreunde, das ist eine Anregung -, die CDU sollte in einem Kongreß diesen Gegenstand behandeln und sollte für die ganze Bundesrepublik verbindliche Richtlinien und Konzeptionen darstellen, wie wir die nächsten 10 bis 15 Jahre so gestalten, daß junge Menschen nicht auf der Straße stehen, daß junge Menschen nicht in die Hochschulen hineinlaufen, um am Ende ihrer Ausbildung festzustellen, daß die Berufswelt für sie verschlossen ist. Wir müssen ihr Angebote machen durch alternative Ausbildungswege vor dem Abitur und nach dem Abitur und auch unter Vermeidung der Universität.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben keine Utopien zu versprechen. Was wir zu fordern haben, ist eine große, gemeinsame, nationale Anstrengung, die von allen Gruppen der Bevölkerung Opfer und Verzicht verlangt. In der Verantwortung für die Zukunft der eigenen Kinder muß sich die Solidarität bewähren, nicht in der Befriedigung einer egalitären Gleichheit.

Diese egalitäre Gleichheit hat sich doch längst als Absurdität erwiesen, der wir nicht länger hinterherlaufen können.

(Beifall)

Die Union hat maßgeblich Anteil daran, daß dieses Volk aus dem Elend und aus den Trümmern des zweiten Weltkriegs herausgeführt werden konnte. Eine solche Partei hat auch die Kraft und die Fähigkeit, einer Generation die Hoffnung auf eine Zukunft zurückzugeben, die die Bonner Koalition im Begriff ist zu verspielen. Dieser Parteitag ist ein Bild dieser Kraft dieser Union. Stellen wir diese Kraft nach außen, machen wir mit dieser Kraft Politik! Dann wird Deutschland, die Mehrheit unseres Volkes, uns auch folgen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Filbinger! Bevor ich weiter das Wort erteile, darf ich folgendes bekanntgeben. Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich in fünf Minuten, also um Viertel nach fünf, im Raum der Stimmzählkommission hinter der Bühne zusammenzufinden. Das Wort hat Herr Dr. Waffenschmidt.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Dieser Parteitag ist der Ort, über unsere künftigen Aufgaben in der Union zu sprechen, und ich möchte von dieser Stelle in dieser Stunde alle zu verstärkter Anstrengung in der Arbeit für die Kommunalpolitik, in der wichtigen Arbeit der Union für die Bürger in unseren Städten und Gemeinden aufrufen; denn dort bei den örtlichen Problemen stehen die alltäglichen Sorgen Tag für Tag an.

Ich möchte gleich zu Anfang dieser Ausführungen sagen: Die CDU als die Partei der Freiheit sollte und wird gerade in der Kommunalpolitik deutlich machen, daß sie sich im freiheitlichen Bürgerdienst von von niemandem im Lande übertreffen läßt.

(Beifall)

Alle Analysen, die wir zu den letzten Wahlen, insbesondere auch zu den letzten Bundestagswahlen vorliegen haben, beweisen, daß die Präsenz der Parteien in der Kommunalpolitik, daß insbesondere auch unsere Präsenz, unsere Leistungskraft in der Arbeit für die Mitbürger vor Ort von entscheidender Auswirkung auf die Wahlergebnisse sind, und zwar sowohl auf Bundesebene wie auf Landesebene. Deshalb hat die Arbeit vor Ort entscheidende Bedeutung, und zwar in einer dreifachen Dimension.

Zunächst möchte ich jedoch mit Freude feststellen: Wir können auf diesem Parteitag zum erstenmal vermerken, daß die Union im kommunalen Bereich die Sozialdemokraten überholt und einen weiten Vorsprung vor ihnen gewonnen hat. Heute stehen über 55 000 kommunalen Mandatsträgern der Union nur noch 43 000 der SPD gegenüber. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal all den vielen Tausend Helfern in unseren Städten und Gemeinden danken, die geholfen haben, diese guten Wahlergebnisse vor Ort zustande zu bringen. Wir sollten ihnen hier ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

Was steht als unmittelbare Aufgabenstellung vor uns? Die Position, die wir gewonnen haben, muß gefestigt werden. Ein wichtiger Termin liegt vor uns: die Kommunalwahlen am 20. März in Hessen. Wir alle sollten von diesem Parteitag in Düsseldorf aus unseren Freunden in den Städten, Gemeinden und Kreisen in Hessen wünschen, daß ihre Bemühungen und ihre gute Arbeit durch Erfolg gekrönt werden und wir ein gutes, ein glanzvolles Wahlergebnis für die CDU bei diesen Kommunalwahlen am 20. März erreichen.

(Beifall)

Diesen Wunsch richten wir ganz besonders an die Freunde, die in hartem Einsatz in Frankfurt kämpfen. Wir wünschen Ihnen, lieber Freund Wallmann, daß wir Sie auf dem nächsten Bundesparteitag als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt begrüßen können.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, drei aktuelle Ziele sind für unsere Arbeit vor Ort und damit auch für die Ausstrahlung in die anderen politischen Felder unserer Aufgabenstellung sehr wichtig. Kurt Biedenkopf hat es eben schon angesprochen und Helmut Kohl hat es deutlich gemacht, da, wo die CDU präsent ist, wo die CDU sich als Anwalt der Bürger betätigt, sind Bürgerinitiativen im Grunde überflüssig. Die Union ist in den örtlichen Bereichen der beste Anwalt der Bürger. Ich meine, wir müssen dies mit einer neuen Dimension versehen. Wir merken, daß das Wollen der Bürger dahin geht, in ihrer örtlichen Gemeinschaft geborgen zu sein, daß sie Vertrauen zu denen haben wollen, die ihre Geschicke gestalten. Die Union sollte ein Beispiel dafür geben, daß es gerade in der Kommunalpolitik nicht in erster Linie um Verwaltungsarbeit, sondern um menschliche Zuwendung und persönlichen Einsatz geht. Hier liegt eine Dimension christlich-demokratischer Verantwortung, die wir gerade in der Kommunalpolitik neu wahrnehmen sollten.

Zweitens möchte ich uns alle zu neuer Zusammenarbeit mit den freien Trägern im kulturellen und im sozialen Bereich ermuntern. Ich möchte von diesem Parteitag aus gerade auch wegen der Bedeutsamkeit der Aufgaben, mit denen wir es hier zu tun haben, allen den vielen ehrenamtlichen freiwilligen Helfern in unseren kulturellen und sozialen Verbänden, aus dem Bereich der Kirchen, der karitativen Einrichtungen, der freien Wohlfahrtspflege sehr herzlich danken. Dies sollten wir um so mehr tun, weil die Sozialisten und die Linkskoalition in Bonn diesen freien Kräften der Gesellschaft immer mehr Hindernisse in den Weg legen. Über immer neue Gesetze und Verordnungen will man einen schleichenden Weg zum Sozialismus gehen. Viele Elemente im sogenannten Kostendämpfungsgesetz sind ja der Garas für die freien gemeinnützigen Krankenhäuser. Wir sollten klar zum Ausdruck bringen: Unsere Position ist an der Seite der Kräfte, die ehrenamtlich und im freiheitlichen sozialen Einsatz ihren Dienst am Bürger tun.

(Beifall)

Noch ein letzter Gedanke im Blick auf unsere Aufgabenstellung auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung. Ich möchte in Ihrer aller Namen, meine Damen und Herren, alle, die in Bund und Ländern Verantwortung tragen, aufrufen, den Handlungsspielraum unserer Städte und Gemeinden, unserer bürgerschaftlichen Selbstverwaltung vor Ort zu stärken und zu festigen. Wir klagen von dieser Stelle die gegen-

wärtige Koalition in Bonn an, daß sie ständig eine Politik zu Lasten der Selbstverwaltung macht. Es werden Gesetze verabschiedet, deren Ausführung den Gemeinden übertragen wird, ohne daß man ihnen das erforderliche Geld zuweist. Unsere Kommunalpolitiker müssen unten ausbaden, was Schmidt und Apel in Bonn verschuldet haben. Diese Politik muß gestoppt werden.

(Beifall)

Wir sollten von neuem deutlich machen, daß wir in der kommunalen Selbstverwaltung und in der Kommunalpolitik schlechthin einen wichtigen Bürgerdienst sehen, der mit der Politik auf der Ebene des Bundes und des Landes gleichrangig ist.

Wer in diesem Lande Selbstverwaltung beeinträchtigt, der beeinträchtigt Freiheitsrechte. Deshalb sollte von diesem Parteitag ein neuer Impuls für den Bürgerdienst im örtlichen Bereich ausgehen. Arbeiten wir unter der großen Zielsetzung unserer Partei, unter dem, was wir uns als gemeinsame Richtschnur gesetzt haben, gerade auch für die Selbstverwaltungsaufgaben! Sprechen wir es aus: Wir kämpfen für die bürgerschaftliche Selbstverwaltung, weil Selbstverwaltung die Freiheit sichert. Gehen wir also von diesem Parteitag mit neuen Impulsen in unsere Rathäuser, denn es ist in der Tat so, wie Helmut Kohl gesagt hat: über die Rathäuser führt auch ein entscheidender Weg ins Bundeskanzleramt.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Waffenschmidt! Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich noch einmal eine Bitte an die nachfolgenden Redner äußern. Die ersten drei Redner in der Aussprache haben zusammen 29 Minuten in Anspruch genommen. Wortmeldungen liegen inzwischen von 17 Delegierten vor. Ich darf daher noch einmal bitten, wenn irgendmöglich nicht mehr als fünf Minuten in Anspruch zu nehmen, damit wir nicht gezwungen sind, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Jetzt hat zunächst Herr Ministerpräsident Dr. Röder das Wort.

Dr. Franz Josef Röder, Ministerpräsident: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Koalitionen zwischen CDU und FDP sind ein wichtiger Vorgang in der bundespolitischen Parteienlandschaft, wie ich meine, und das sollte daher auf unserem Parteitag nicht unerwähnt bleiben. Die Koalitionen in Niedersachsen und im Saarland haben Anlaß gegeben zu Hoffnungen, zu Befürchtungen und auch zu Kritik; Anlaß zu Hoffnungen bei denen, die mit Recht wünschen, daß die CDU von der Auflage befreit sein möge, bei künftigen Wahlkämpfen immer die absolute Mehrheit erreichen zu müssen, wenn sie in die Regierung kommen will. Es ist ein berechtigter Wunsch, daß diese Konstellation, wie sie sich im Augenblick bei Bundestagswahlen abzeichnet, auf die Dauer nicht aufrechterhalten wird. Sie wecken Befürchtungen bei denen, die glauben, durch diese Koalitionen würde die CDU in ihrer Oppositionskraft gegenüber SPD und FDP geschwächt, und sie rufen Kritik schließlich bei denen hervor, die glauben, in Hannover oder in Saarbrücken sei man der FDP zu weit entgegengekommen.

Meine Damen und Herren, Sie als Delegierte haben einen Anspruch darauf, aus erster Hand zu erfahren, wie diese Dinge an der Saar und in Niedersachsen gelaufen sind. Ich habe keine Veranlassung, für unsere Freunde aus Niedersachsen zu sprechen. Aber es war sicher

ein großer Sieg für die Sache unserer CDU, daß es schließlich doch gelungen ist, die CDU aus der Position der Minderheit zur führenden politischen Kraft in einem deutschen Bundesland zu machen.

(Beifall)

Davor habe ich Respekt.

Was die Saar angeht, so wissen Sie, daß das Ergebnis der Landtagswahlen am 5. Mai 1975 zu dem in Deutschland vieldiskutierten sogenannten Patt geführt hat, einem Patt übriggens, das nicht von den Wählern geschaffen wurde, sondern als Ergebnis der Waffenbrüderschaft zwischen SPD und FDP entstand, die nach der Landtagswahl nicht bereit waren, trotz des klar erkennbaren Wählerwillens diese Waffenbrüderschaft aufzugeben, und die in der Wahlnacht - das wissen Sie - aus diesem Ergebnis einen großen Sieg gemacht und angekündigt haben, daß nunmehr endlich die Vormachtstellung der CDU/CSU im Deutschen Bundesrat - Niedersachsen war damals noch ein SPD-regiertes Land - zu Ende sei.

Ich habe damals in derselben Wahlnacht versucht, diese Aussagen auf ihren Wirklichkeitswert zurückzuführen, indem ich erklärt habe, ich würde getreu der Verfassung des Saarlandes im Amt bleiben, und deshalb werde sich auch im Bundesrat auf absehbare Zeit an den Mehrheitsverhältnissen nichts ändern. Aber wir konnten aufgrund des Wahlergebnisses an einer Koalition auf die Dauer nicht vorbei. Wir wollten klare Mehrheitsverhältnisse haben. Es war sicherlich ein Vorteil für unseren Koalitionsabschluß, daß wir zunächst den Beweis dafür erbringen konnten, auch ohne die FDP weiterregieren zu können. In der Politik Zeit zu haben und keine Eile an den Tag legen zu müssen, ist ein wichtiger Gesichtspunkt.

Wir haben dann eine Koalitionsvereinbarung angestrebt in partnerschaftlichem Geist, aber auf der Grundlage der Verhältnismäßigkeit der vorhandenen politischen Kräfte. Das ist etwas Wichtiges, was man bei einer solchen Koalitionsvereinbarung zu berücksichtigen hat. Es spricht für die Verkümmern des demokratischen Selbstverständnisses in Deutschland, wenn solche Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP heute noch als eine Sensation gewertet werden und wenn ihre Bedeutung lediglich auf eine mögliche Änderung des Stimmverhältnisses im Deutschen Bundesrat eingengt wird. In Wirklichkeit geht es doch um sehr viel mehr.

Es hat einmal eine Zeit in Deutschland gegeben, als wir eine CDU/CSU-Bundesregierung hatten. Damals war es ganz selbstverständlich, daß auch einmal ein CDU/CSU-geführtes Bundesland im Deutschen Bundesrat gegen eine Vorlage dieser CDU-Bundesregierung gestimmt hat, und zwar in Wahrung der Länderinteressen. Erst ab dem Jahre 1969, als SPD und FDP die Führung in Bonn übernahmen, erfolgte im Deutschen Bundesrat eine völlige Gleichschaltung mit den SPD-geführten Ländern in dem Sinne, daß keine Gegenstimme mehr gegen die SPD/FDP-geführte Bundesregierung im Bundesrat möglich war. Die Tatsache, daß wir diese Gleichschaltung der SPD-Länder im Bundesrat nicht mitgemacht haben und daher in der Opposition geblieben sind, hat dann Anlaß gegeben zu der übelsten Diffamierung der CDU in den letzten Wahlkämpfen mit dem Hinweis, wir hätten im Deutschen Bundesrat eine nutzlose, sinnlose Obstruktion betrieben. In Wirklichkeit sollte mit diesem Vorwurf nur der Tatbestand verschleiert werden, daß die SPD-geführten Länder im Bundesrat auf der Linie der Bundesregierung gleichgeschaltet waren.

(Beifall)

Wir sollten das einmal ganz deutlich in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen.

In den Koalitionsverhandlungen an der Saar - davon habe ich zu sprechen - mußte vermieden werden, daß das parteipolitische Stimmverhältnis - diese Besorgnis war in der Öffentlichkeit wiederholt geäußert worden - im Deutschen Bundesrat ins Gegenteil verkehrt wurde. Dem haben wir uns von der ersten Stunde an widersetzt, und wir haben auch Verständnis bei unserem Gesprächspartner dafür gefunden. Nach unserer Koalitionsvereinbarung wird dieses Stimmverhältnis nicht ins Gegenteil verkehrt, sondern wir streben gemeinsam an, daß der Bundesrat wieder zu seiner verfassungsmäßigen Aufgabe zurückfindet und daß eine sachliche Arbeit durch alle dort vertretenen Länder geleistet werden kann. Darauf kommt es an.

(Beifall)

Wenn Sie mich fragen: Habt ihr denn auch mit dieser Koalition zwischen CDU und FDP die Aufgabe verfolgt, die gegenwärtige Koalition in Bonn zwischen SPD und FDP aufzulösen, so muß ich sagen: ich überschätze den Einfluß einer Landesregierung nicht, sicher nicht den eines kleinen Landes wie des Saarlandes. Darauf kam es uns auch nicht in erster Linie an. Aber es kam uns darauf an - das sage ich mit aller Deutlichkeit -, ein Beispiel dafür zu setzen, daß es auch heute noch möglich ist, bei gutem Willen beider Partner ein vertrauensvolles und verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen CDU und FDP in einem Teilbereich Deutschlands herbeizuführen. Das halte ich nicht für einen Schaden, sondern im Hinblick auf die künftige Entwicklung in Deutschland für einen ausgesprochenen Vorzug.

(Beifall)

Wir brauchen die Koalitionspartner in Bonn nicht abzulösen. Das tun sie selbst; sie sind feste dabei, das zu tun. Aber wir bemühen uns durch unser politisches Beispiel, es in Deutschland wieder selbstverständlich und natürlich erscheinen zu lassen, daß eines Tages diese Bonner Koalition aus SPD und FDP aufgelöst und durch eine Koalition unter der Führung der CDU/CSU ersetzt wird. Darauf kommt es an.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Röder. Es ist soeben um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten worden.

Josef Merkel: Herr Vorsitzender, ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Redezeit auf drei Minuten festzulegen, die genau eingehalten werden sollte.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, solche Anträge können natürlich gestellt werden. Unsere Geschäftsordnung geht eigentlich von einer Fingrenzung der Redezeit erst auf fünf Minuten aus. Aber auch da stellt sich die Frage, ob wir zu diesem Zeitpunkt einen solchen Beschluß herbeiführen sollten. Nach der Geschäftsordnung kann über einen solchen Antrag erst abgestimmt werden, wenn ein Redner die Möglichkeit gehabt hat, dagegen zu sprechen. Dagegen möchte Herr Huck sprechen. Ich erteile ihm dazu das Wort. Anschließend muß über den Antrag abgestimmt werden.

Dr. Huck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nachdem wir nun dreieinhalb Stunden lang Berichte angehört haben und nachdem vorhin in einem dieser Berichte zu Recht kritisiert

wurde, daß die Diskussionen außerhalb der Partei und außerhalb der dafür zuständigen Gremien ausgetragen werden, plädiere ich sehr dafür, daß wir heute die Gelegenheit nehmen, hier die Diskussion auszutragen. Deswegen spreche ich gegen diesen Antrag.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß ich vorhin schon angekündigt habe, daß, wenn die Diskussion allzu sehr auszufern droht, das Präsidium vorhat, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen, wie die Geschäftsordnung dies vorsieht.

Nummehr aber zu dem konkreten Antrag, den Herr Merkel gestellt hat. Wer dafür ist, die Redezeit auf drei Minuten zu beschränken, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das letzte war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt hat zunächst Herr Wissmann das Wort, dann Herr Brickwedde und dann Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will mich in den Bemerkungen aus der Sicht der Jungen Union auf die beiden Berichte konzentrieren. Ich darf zunächst gerade auch namens der Jungen Union Ihnen, Helmut Kohl, mit Nachdruck dafür danken, daß Sie das Thema Zukunftschancen der jungen Generation zu einem so wichtigen Schwerpunktthema der Partei erklärt haben. Ich glaube, daß wir die Chance haben, gerade in diesem Punkt einer kaum handlungsfähigen SPD/FDP-Koalition durch unsere eigene Alternative offensiv gegenüberzutreten.

(Beifall)

Der Generalsekretär hat vorhin mit Recht gesagt, daß es gewisse Erwartungen an die Vereinigungen gäbe. Wir haben versucht, in diesem Sachthema der berechtigten Erwartung dadurch zu entsprechen, daß wir Ihnen auf diesem Parteitag einen Antrag zum Thema "Zukunftschancen der jungen Generation" vorlegen, den wir dann auch offen hier diskutieren und nach Möglichkeit verabschieden sollten.

Meine Damen und Herren, ich will vor allem deswegen versuchen, dieses Thema in der Diskussion zu betonen, weil es nicht genügt, daß wir uns hier über die Bedeutung dieses Themas einig sind und in allgemeinen, zustimmenden Kundgebungen sagen, daß das notwendig ist; wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß Bundestagsfraktion und Länder gemeinsam bereit sind, hier mit einem koordinierten Programm unsere Alternative sichtbar zu machen. Denn wir sollten es nicht als Selbstverständlichkeit nehmen, meine Damen und Herren, daß in der jungen Generation ein Pendelschlag stattgefunden hat. Wir haben in der jungen Generation einen Pendelschlag von links zur politischen Mitte. 70 000 neue Mitglieder in der Jungen Union in drei Jahren sind dafür ein beredtes Beispiel, ebenso auch die Tatsache, daß wir erstmals seit Jahren wieder die Mehrheit der Erstwähler bei Bundestagswahlen erreichen konnten.

Wenn aber wir nicht bereit sind, die Verantwortung, die aus einem solchen Ergebnis für die praktische Arbeit entsteht, im Bereich Jugendarbeitslosigkeit, im Bereich Ausbildungsplatzmangel, im Bereich Numerus clausus auch ernstzunehmen, dann werden das andere tun, und sie werden es mit anderen, für uns nicht tragbaren Konzepten tun.

Meine Damen und Herren, ich will auf eine zweite Aussage kommen, die Helmut Kohl hier gemacht hat. Er hat gesagt, die Partei, die Union

insgesamt, müsse offensiv sein, sie müsse die Themen bestimmen. Ich glaube, es gibt unter uns keine Diskussion darüber, daß diesem Grundsatz zuzustimmen ist. Nur frage ich mich, liebe Freunde, ob wir diesem Vorhaben immer gerecht geworden sind, oder ob wir nicht gerade in den letzten Monaten zum Teil gegen dieses Gebot verstoßen haben; sicher auch als Ergebnis dessen, was in Kreuth passiert ist. Aber die Folgerung daraus muß sein, eine Kehrtwendung auch in der Richtung herbeizuführen, daß wir selbst in der Gestaltung unserer Arbeit im Bund und in den Ländern dem Grundsatz, offensiver zu sein, Themen vorher aufzugreifen, bevor es andere tun, gerecht werden. Das große Problem der Gegenwart ist doch die Tatsache, daß Bürger sich an den Parteien vorbei zu organisieren beginnen, daß Bürgerinitiativen den Eindruck erwecken, sie seien die einzigen, die die Probleme der Bürger noch verstünden. Es muß doch gerade die Aufgabe der Opposition sein, hier mit mehr Spontaneität, mit mehr Flexibilität, mit mehr Originalität als andere aufzuwarten und diese Themen zu besetzen und in der Alternative der Union offensiv zu gestalten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dazu gehört eine offene Diskussion, wie es vorhin gesagt wurde. Nur besteht immer - wie auch mit Recht von Kurt Biedenkopf gesagt worden ist - die Gefahr, daß diese Diskussion erdrückt wird durch die Vorstellung von der Einheitlichkeit des Bildes der Partei, und das ist sicher eine berechtigte Überlegung. Aber, liebe Freunde, hat denn nicht die CDU gerade auf ihrem Parteitag in Hamburg vor mehr als drei Jahren bewiesen, daß sie in der Lage ist, Konflikte auszutragen, daß sie in der Lage ist, Sachunterschiede zu diskutieren und zu einem dann solidarisch getragenen Mehrheitsergebnis zu kommen? Wir brauchen uns doch vor der Diskussion nicht zu scheuen, wir brauchen doch die Konflikte nicht unter den Teppich zu kehren; wir sind doch in der Lage dazu, diese Diskussion offensiv zu führen.

Das gleiche gilt natürlich auch für das Verhältnis von CDU und CSU. Eine offene, freundschaftliche Diskussion verhindert Vorurteile und verhindert, daß Mißverständnisse wachsen können. Deswegen darf ich gerade für die Junge Union sagen, daß wir die Worte von Werner Dollinger sehr begrüßen - sie wurden gerade auch vom Parteivorsitzenden der CDU in ihrer Zielrichtung immer unterstützt -, die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU zu institutionalisieren durch gemeinsame Präsidiumstagen, gemeinsame Vorstandstagen, gemeinsame Arbeit der Fachausschüsse und etwa auch durch bessere internationale Zusammenarbeit. Da wir als Junge Union in der internationalen Arbeit mit engagiert sind, kann ich nur sagen: Das häufig sich widersprechende Erscheinungsbild von CDU und CSU auf dem internationalen Parkett der christlich-demokratischen und konservativen Parteien nützt unserer gemeinsamen Sache nicht, sondern schadet ihr. Deswegen sollte gerade auch hier eine verbesserte Kooperation einsetzen.

(Beifall)

Ein letzter Punkt! Helmut Kohl hat von der Familienpolitik gesprochen. Es ist gar kein Zweifel, daß wir das Thema einer freiheitlichen Familienpolitik besetzen müssen. Wir haben mit den Mannheimer Ergebnissen gerade zum Thema Familienpolitik die richtigen Ansätze. Ich frage nur: haben wir denn die Dinge, die wir in Mannheim gemeinsam beschlossen haben, auch mit der notwendigen Kraft im Wahlkampf und danach in der Öffentlichkeit vertreten? Oder wäre es nicht notwendig,

die Mannheimer Ergebnisse zum Thema Familienpolitik offensiver auch in der Öffentlichkeit zu vertreten und nicht zuzulassen, daß andere uns das Thema der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau aus den Händen nehmen?

(Beifall)

Was in Mannheim beschlossen wurde, ist kein Sozialausgabenerhöhungspaket. Es ist vielmehr die Frage danach, ob unsere bisherige Sozialpolitik so organisiert ist, daß sie den Interessen der wirklich Bedürftigen, der wirklich Schwachen gerecht wird, oder ob die Sozialpolitik nicht häufig nach dem Prinzip gemacht wird, daß diejenigen sich bedienen, die mächtig genug organisiert sind.

Lassen wir uns nicht von außen - etwa von interessierter publizistischer Seite - einreden, die Neue Soziale Frage sei ein Thema, das nicht mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft übereinstimme. Erkennen wir, daß die Neue Soziale Frage ein Thema ist, das gerade unseren Anspruch als freiheitliche Partei gegenüber jeder sozialistischen Vorstellung deutlich verkörpert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine allerletzte Bitte aus der Sicht der Jungen Union im Blick auf die Arbeit in den Landes- und Kreisverbänden. In den nächsten Monaten werden wir das Thema der Menschenrechte in einer bundesweiten Kampagne verstärkt behandeln, weil wir der Meinung sind, daß es darum geht, das Bewußtsein gerade auch der jungen Generation, was die Bedeutung der Menschenrechte betrifft, wieder wachzurütteln. Uns geht es selbstverständlich darum, jeden Mißbrauch von Menschen- und Freiheitsrechten beim Namen zu nennen. Deshalb werden wir gegen die Unterdrückung solcher Rechte in sogenannten Rechtsdiktaturen mit derselben Entschiedenheit angehen wie gegen die Unterdrückung solcher Rechte im anderen Teil Deutschlands oder in kommunistischen Länder Osteuropas. Wir müssen j e d e n Mißbrauch beim Namen nennen, wenn wir glaubwürdig sein wollen.

(Beifall)

Meine Bitte ist, daß wir diese Kampagne gemeinsam führen, damit deutlich wird, daß die Union nicht nur verbal bestimmte Grundsätze vertritt, sondern auch bereit ist, in der Aktion für diese Grundsätze einzutreten.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wissmann. Das Wort hat jetzt zunächst Herr Brickwedde. Ihm folgen Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht und Herr Mann, Landesverband Hessen.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde! Ein Bundesparteitag der CDU nach einer Bundestagswahl sollte sich mit dieser ausführlich auseinandersetzen. Das Wahlergebnis muß hier diskutiert werden. Wir müssen auf die Gründe, die zu diesem Wahlergebnis geführt haben, eingehen. Hier ist schon zu Recht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen worden. Ich möchte hier mitteilen, daß die Junge Union Deutschlands in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat, die Bundesregierung zum Rücktritt aufzufordern. Sie soll für Neuwahlen Platz machen, weil sie sich den Wahlsieg durch Verfassungs-

bruch erschlichen hat.

(Beifall)

Wir dürfen - dies als Zweites - dabei aber nicht stehenbleiben. Wir müssen vielmehr auch kritisch überprüfen, welche Fehler wir, die Union, gemacht haben. Ich möchte aus der Sicht der Jungen Union darauf hinweisen, daß nach unserer Meinung von vielen in der Partei die Standpunkte und Positionen, über die wir auf den Parteitag in Hamburg und Mannheim diskutiert und Beschluß gefaßt haben, im Wahlkampf nicht offensiv genug vertreten worden sind. Als Beispiele nenne ich die Neue Soziale Frage, Erziehungsgeld und Partnerrente sowie Lösungsansätze zur Vermögenspolitik. Unsere Positionen zu diesen Themen sind unserer Auffassung nach nicht deutlich genug vertreten worden. Ein Element des Erschleichens des Wahlsieges durch die Regierungskoalition war es auch, daß Schmidt und Genscher in der Fernsehdiskussion wenige Tage vor der Wahl unsere Modelle zur Vermögenspolitik und zur Partnerrente als ihre Vorstellungen verkauft haben, obwohl die Regierungsparteien in den letzten Jahren zu diesen Fragestellungen keine Beiträge geleistet haben. Wir sollten also einen eindeutigen Akzent auf diese Themen setzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Hamburger Parteitag von 1973 eingehen, auf dem wir einstimmig beschlossen haben, ein neues partnerschaftliches Unternehmensrecht, eine neue Unternehmensverfassung auf der Basis der Gleichberechtigung der im Unternehmen tätigen Kräfte auszuarbeiten. 1973 ist eine Kommission unter Leitung von Kurt Biedenkopf und Hans Katzer eingesetzt worden. Ich möchte die Frage stellen, was diese Kommission in den Jahren, die seit dem Parteitag in Hamburg vergangen sind, erarbeitet hat. Wo sind die Konzepte für ein neues partnerschaftliches Unternehmensrecht, die hier auf diesem Parteitag zu behandeln wären? Die Delegierten haben einen Anspruch darauf, von dem Herrn Generalsekretär eine Antwort auf diese Frage zu bekommen.

(Zustimmung)

Ein zweiter Punkt. Auf dem Mannheimer Parteitag haben wir von der Jungen Union einen Antrag zur Parteireform eingebracht, der mehrheitlich verabschiedet worden ist. In diesem Antrag wurde unter anderem auch auf das Verhältnis von CDU und CSU eingegangen. Durch den Beschluß von Mannheim sind der Generalsekretär und die Parteiführung beauftragt worden, neue Initiativen zu ergreifen, um die Kooperation zwischen CDU und CSU zu verbessern. Dieser Auftrag wurde in einer Zeit, die weit vor dem Wahltermin des 3. Oktober 1976 lag, ausgesprochen. Ich frage wiederum: Was ist geschehen? Ein Parteitag, der etwas beschließt, hat einen Anspruch auf Rechenschaft und Berichterstattung darüber, was aus den Beschlüssen geworden ist.

Ein weiterer Punkt. Zum Selbstverständnis eines Parteitages der CDU gehört die kontroverse Diskussion. Kurt Biedenkopf hat dies in seinem Bericht betont. Es stellt sich allerdings die Frage, warum über viele wichtige und drängende Probleme, die draußen diskutiert werden, und auf die die Bürger von uns in den Kreisverbänden Antworten erwarten, auf diesem Parteitag nicht diskutiert wird.

(Beifall)

Wir diskutieren hier nicht über Arbeitslosigkeit, Energiepolitik, Rentenfragen und Gesundheitssystem. Dies sind aber die Fragen, auf

die wir draußen Antworten geben müssen. Es scheint mir richtig zu sein, von hier aus zu betonen, daß wir nicht nur auf Fragen der Deutschlandpolitik, sondern auch auf die eben genannten wichtigen Fragen Antworten geben müssen. Im übrigen stellt sich auch, was die Deutschlandpolitik angeht, die Frage, ob wir darüber nicht mehr diskutieren und weniger Vorträge hören sollten.

(Beifall)

Ein Parteitag ist, wie ich meine, schließlich keine verlagerte Akademie Eichholz. Wir brauchen an der Basis Klarheit in vielen Fragen, in denen die Union heute noch mit verschiedenen Zungen spricht. Wir brauchen Klarheit in der Rentenfrage. Wir brauchen Klarheit in der Frage der Mehrwertsteuererhöhung: ja oder nein; wenn ja, zu welchen Konditionen? Dies alles muß hier diskutiert werden. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, von der stärksten politischen Kraft im Lande Antworten auf diese Fragen zu bekommen.

(Zustimmung)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen: die Maihofer-Affäre. Die Bürger haben mit Recht Angst vor Terroristen. Sie haben aber auch gleichzeitig mit Recht Angst vor einem zu starken Staat. Deswegen haben wir das Prinzip der Gewaltenteilung, der Kritik und der Kontrolle in unserem System verankert. Das heißt, daß der Opposition in dieser Affäre eine entscheidende Aufgabe der Kritik und der Kontrolle zukommt, damit rechtsstaatliche Verfahren in diesem Lande gesichert bleiben.

(Beifall)

Der Parteivorsitzende hat die Bürger zu Opfern aufgefordert. Er sagte, wir alle müßten diese Opfer gleichmäßig tragen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich das Thema der Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten und aller Landtagsabgeordneten ansprechen. Dies ist kein Thema für eine polemische Auseinandersetzung. Ich möchte dieses Thema hier aber ansprechen, weil die Bürger von uns erwarten, daß wir - wenn wir Opfer fordern und wenn wir gegen Reformeuphorie und gegen einen Staat, der allen alles verspricht, sind - bei uns selber, bei den Parlamenten anfangen. Die Bürger erwarten, daß wir dort mit dem Sparen anfangen und nicht die Diäten erhöhen.

(Beifall)

Wie will man denn der ÖTV gegenüber glaubwürdig zum Ausdruck bringen, daß sie weniger Prozente fordern möge - als Begründung wird angeführt, daß mehr Lehrer eingestellt werden sollen -, wenn man gleichzeitig die Diäten der Abgeordneten erhöht? Dies ist nicht miteinander in Einklang zu bringen.

Nun noch ein Wort zur Verfilzungsdebatte, die Kurt Biedenkopf angesprochen hat. Ich fand seinen Hinweis sehr gut, daß dies eine Debatte auch über das Freiheitsthema ist, daß es also nicht nur eine Debatte über Verfilzungen in Gewerkschaften ist. Ich möchte an Sie appellieren, über dieses Thema sehr selbstkritisch zu diskutieren, auch im Hinblick auf die Ämterhäufung z.B. von Landtagsabgeordneten, Bürgermeistern, Landräten, Fraktionsvorsitzenden, Aufsichtsratsmitgliedern in unseren eigenen Reihen. Dies betrifft alle Parteien.

(Beifall)

Die Darstellung der Opposition im Bundestag muß besser werden. Man kann die Kritik in diesem Punkte nicht nur beim Vorsitzenden abladen, wie das manche tun. Ich finde es z.B. nicht richtig, daß sich der finanzpolitische Sprecher der Union bei der Haushaltsdebatte in Afrika aufhält. Er hat für die gesamte Union zu sprechen.

(Beifall)

Nach der Verunsicherung von Kreuth brauchen wir ein hohes Maß an Solidarität, um unsere vielen Millionen Freunde und Wähler zu mobilisieren. Die Junge Union hat in Tausenden von Versammlungen vor dem 3.Oktober Aktionen unter dem Stichwort "Jugend für Helmut Kohl" durchgeführt. Das bleibt auch nach dem 3.Oktober so. Wir verhalten uns solidarisch, und dazu fordern wir die ganze Partei auf: Mobilisieren wir hier von Düsseldorf aus gemeinsam alle unsere Freunde draußen im Lande, und versuchen wir, durch diesen neuen Anfang als stärkste Kraft in Deutschland auch wieder die Regierungsmacht zu übernehmen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt zunächst Ministerpräsident Dr.Albrecht, dann Herr Mann aus Hessen und dann Herr von Bülow, Vorsitzender der Schüler-Union.

Vorher darf ich noch einmal die Mitglieder der Stimmzählkommission bitten, nunmehr in den Raum der Stimmzählkommission hinter der Bühne zu kommen und dort die Vorbereitungen für die nachfolgenden Wahlen zu treffen.

Jetzt hat Ministerpräsident Dr.Albrecht das Wort.

Dr.Ernst Albrecht: Meine lieben Parteifreunde, dies ist in der Tat der erste Parteitag nach der Bundestagswahl. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Wahl auch auf diesem Parteitag ihren Schatten wirft. Unser Vorsitzender hat es gesagt, und er hat recht damit: Wir haben das zweitbeste Wahlergebnis unserer Geschichte erreicht, aber ich glaube, wir sollten ehrlich hinzufügen, daß wir auch enttäuscht waren. Wir waren enttäuscht, weil wir die absolute Mehrheit in der Bundesrepublik nicht gepackt haben. Und ich kann hinzufügen: Wir Niedersachsen waren auch enttäuscht, weil wir geglaubt hatten, diesmal einen besonderen landespolitischen Bonus erreichen zu können. Wir haben ihn auch nicht bekommen. Das müßten wir feststellen.

Wir haben dann das getan, was wir nach meiner Überzeugung leider immer nach Wahlen tun, wir haben uns nämlich zunächst einmal nach innen gekehrt, wir haben angefangen, aus unserer Enttäuschung heraus aneinander heruzumäkeln; wir haben uns die Eskapade von Kreuth geleistet. Ich glaube, heute ist der Zeitpunkt gekommen, festzustellen, daß es hohe Zeit ist, daß wir damit Schluß machen.

(Beifall)

In einer Zeit, in der die Bundesregierung so schwach ist, wie es vielleicht selten zuvor eine Bundesregierung gewesen ist, erwartet die Bevölkerung von uns eine geschlossene, eine vorwärtsdrängende Union und nicht eine Union, die sich nach innen kehrt und mit sich selbst befaßt. Das liegt nur an uns selbst. Wir müssen den Blick wieder nach vorn richten, denn dort steht der politische Gegner, und wir müssen wieder in Angriff gehen, denn welche Situation überhaupt, wenn nicht diese aktuelle Situation in der Bundesrepublik reizt uns dazu, wieder in den Angriff zu gehen. Ich meine, jeder von uns sollte

wissen, wenn wir das tun, formiert sich die Union wieder wie von selbst.

Wir waren im übrigen auch vor anderthalb Jahren - das darf ich hier sagen - zerstritten. Aus unerfindlichen Gründen trauten wir uns nichts zu, beschäftigten wir uns mit uns selbst, fingen wir an, uns zwischen CDU und CSU zu hakeln. Dann hatten wir das Erfolgserlebnis von Hannover, und plötzlich hatte sich die Union formiert und hat Wahlkampf geführt und hat gekämpft. Ich meine, jetzt ist der Augenblick gekommen, um das zu wiederholen.

Es ist viel geredet und viel geschrieben worden über die Strategie der Union, meine Freunde. Ich bin der Meinung, daß es schon notwendig war, diese Diskussion zu führen. Ich glaube aber auch, daß es an der Zeit ist, diese Diskussion mit diesem Parteitag abzuschließen. Wenn ich mich nicht täusche, dann ist die Situation viel einfacher, als die umfangreiche Diskussion erwarten läßt. Keiner hier im Saale will die Trennung von CDU und CSU, keiner hier im Saale will eine vierte Partei haben.

(Beifall)

Jeder hier im Saale ohne Ausnahme kämpft um die Mehrheit, ob im Bundestag, ob für den Landtag, ob für die Kommunalparlamente, und nicht nur für die Mehrheit, sondern selbstverständlich, wenn es geht, um die absolute Mehrheit. Auch dies bedarf keiner Diskussion.

Meine Freunde, das schließt doch aber nicht aus, daß wir gleichzeitig unsere Chance wahrnehmen, auch über eine Koalition wieder in die Regierungsverantwortung zurückzukehren. Wenn wir das nicht täten, würden wir unsere Pflicht verletzen.

(Beifall)

Ich möchte mit aller Deutlichkeit für meine Person sagen: Es geht nicht darum, für oder gegen die FDP zu sein, es geht auch nicht an, daß wir uns einer Alternative stellen, die lautet, entweder der FDP nachzulaufen oder sie ständig und permanent vor den Kopf zu schlagen. Auch das ist keine Alternative für uns.

(Beifall)

Mir scheint vielmehr, es geht allein darum, ob wir bei aller sachpolitischen Härte der Auseinandersetzung einen Stil des Umgangs mit der FDP finden, der spätere Entwicklungen möglich macht. Nach der Erfahrung, die wenigstens wir gemacht haben, ist dafür gar nicht so viel vonnöten. Dazu gehört, daß man aufhört, die Existenzberechtigung dieser Partei in Frage zu stellen. Wenn man eines Tages einen Partner haben will, kann man ihn nicht permanent in seiner Existenzberechtigung in Frage stellen. Dazu gehört zweitens, daß wir uns sorgfältig hüten, eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche zu betreiben, nämlich das Zuckerbrot immer dann, wenn wir die FDP nötig haben, und wenn dem Werben nicht sofort nachgegeben wird, sofort die Peitsche wieder hervorholen. Das ist keine mögliche Politik einem Partner gegenüber.

(Beifall)

Dazu gehört drittens, daß wir sachpolitisch überzeugend argumentieren. Sachpolitische Überzeugung ist immer noch das beste takti-

sche Argument, das man überhaupt haben kann.

(Beifall)

Und wenn es dies ist, was unser Parteivorsitzender will,- und ich denke, wir haben das heute morgen aus der Rede spüren können-, dann verdient er darin unser aller Unterstützung, und zwar ohne Ausnahme in diesem großen Saale, wie mir scheint.

(Vereinzelt Beifall)

Nun will ich nicht verschweigen, daß die Diskussion sicherlich zum Teil durch die Sorge erschwert worden ist, es könnte für Koalitionen auf Landesebene ein zu hoher Preis bezahlt werden. Ich kann nach sorgfältiger Gewissensprüfung für meine Person nur sagen: Ich glaube, daß diese Sorge unbegründet ist. Wir haben eine Diskussion über die Frage der Radikalen im öffentlichen Dienst gehabt. Lassen Sie mich an dieser Stell für Niedersachsen verbindlich feststellen: So lange wir in Niedersachsen an der Regierung sind, werden Kommunisten und andere Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst hineinkommen.

(Beifall)

Das Instrumentarium, das wir uns gegeben haben, ist allemal ausreichend und gut genug, um dieses Ziel zu erreichen. Ja, ich gehe einen Schritt weiter, wir haben eine Reihe von Kommunisten, und zwar von kommunistischen Aktivisten in unseren Behörden, insbesondere an den Universitäten und im Schuldienst. Wir werden die Verfahren einleiten, um sie aus dem öffentlichen Dienst wieder zu entfernen, und wir werden das auch schaffen, wenn uns die Gerichte folgen.

(Beifall)

Ich füge aber mit derselben Überzeugung hinzu, daß die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates nur mit streng rechtsstaatlichen Mitteln geschehen kann, und das ist der zweite Teil unserer Vereinbarungen, daß nämlich diejenigen, die zu Unrecht in den Verdacht geraten, Verfassungsfeinde zu sein, alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten bekommen, um sich gegen diesen Verdacht zu wehren. Ich meine, auch darüber kann es unter uns Demokaten in der Christlich Demokratischen Union keine Diskussion geben.

Nun ist die zweite Sorge - das ist eine ernste Sorge - die um die Mehrheit im Deutschen Bundesrat. Lassen Sie mich zunächst daran erinnern - das ist vielleicht nicht verkehrt -, daß vor noch nicht eineinviertel Jahren die fünf niedersächsischen Stimmen im Deutschen Bundesrat ausschließlich durch SPD und FDP festgelegt wurden. Es ist schon ein Wunder - wer hier im Saale, ehrlich gesagt, hätte das geglaubt -, daß wir in einer Frist von noch nicht einmal eineinhalb Jahren aus der Opposition in die Regierungsverantwortung und aus der Minderheitenposition in die Mehrheitsposition in Niedersachsen gekommen sind.

(Beifall)

Wir haben jetzt eine Regierung, die mehrheitlich von der CDU geführt wird. Natürlich ist das keine reine CDU-Regierung, natürlich haben

wir einen Partner; denn wir haben nicht die absolute Mehrheit im niedersächsischen Landtag. Wenn man einen Partner hat, muß man partnerschaftlich mit ihm umgehen, dann muß man Rücksicht auf ihn nehmen, genauso wie er Rücksicht auf unsere fundamentalen politischen Positionen nehmen muß. Jeder von uns weiß - ich würde das bestimmt nicht leugnen -, daß uns das noch mancherlei Schwierigkeiten bereiten wird; Schwierigkeiten, die naturgegeben sind, wenn auf Landesebene eine andere Koalition als auf Bundesebene besteht. Aber das kann ich auch verbindlich für die Union in Niedersachsen sagen: daß wir zwar in Opportunitätsfragen Kompromisse machen werden, aber daß wir uns durch diese Koalition nicht unsere Grundsätze abkaufen lassen.

(Beifall)

Ich füge hinzu, daß der Koalitionspartner das weiß; denn wir haben in den Koalitionsverhandlungen Wert darauf gelegt, das ganz deutlich und offen anzusprechen, damit er weiß, woran er mit uns ist, und damit er weiß, wie weit er mit uns gehen kann und auch nicht gehen kann. Meine persönliche Überzeugung ist, daß sich manche unter uns über die gute Zusammenarbeit wundern werden, die wir unter den unionsregierten Ländern haben werden. Immerhin haben wir in der vergangenen Woche gemeinsam eine Stellungnahme zu dem ungeheuer komplexen Problem der Renten und zum Problem der Kostendämpfung im Gesundheitswesen erarbeitet. Und wenn mich nicht alle Anzeigen trügen, glaube ich auch sagen zu können, daß wir Unions-Länder in der Frage der Mehrwertsteuererhöhung im Deutschen Bundesrat nicht auseinanderfallen werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich aus gegebenem Anlaß kurz einen letzten Punkt aufwerfen. Ich möchte einige Worte zum Problem der Entsorgungsanlage in Niedersachsen sagen. Wir haben als Landesregierung gesagt, daß diese Anlage nur gebaut werden wird - und wir sind Genehmigungsbehörde -, wenn wir die Sicherheit haben, daß daraus keinerlei Gefährdung für Leben und Gesundheit unserer Bevölkerung resultieren kann. Unter diesem Vorbehalt haben wir einen vorläufigen Standort unmittelbar an der Zonengrenze im Landkreis Lüchow-Dannenberg ausgewählt.

Von prominenter Stelle ist gesagt worden, daß das eine durchsichtige politische Taktik gewesen wäre. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen: Wenn es um die Gesundheit von Tausenden und Aber-tausenden von Menschen geht, hört für uns die Taktik auf, dann wird der Sache nach entschieden.

(Beifall)

Der Standort, den wir nach langen Beratungen ausgewählt haben, ist in geologischer, in wirtschaftlicher und in politischer Hinsicht der beste, den wir anbieten konnten. Die Bundesregierung hat diese Standortauswahl bis zur Stunde nicht akzeptiert. Wenn man das Beiwerk, das vorgeschoben ist, beiseite läßt, gibt es einen einzigen Grund, warum sie den Standort nicht akzeptiert hat: weil sie fürchtet, daß die DDR gegen unsere Standortbestimmung Einwände aussprechen könnte. Sehen Sie, meine Freunde, das ist der deutschlandpolitische Aspekt dieser Frage, und deshalb erwähne ich die Frage in der heutigen Diskussion.

Wir haben gesagt, wir werden die Anlage nur bauen, wenn sie für unsere Bevölkerung sicher ist. Ist sie aber für unsere Bevölkerung

sicher, dann ist sie auch für die Bevölkerung der DDR sicher. Das ist der erste Satz, den man zur Kenntnis nehmen muß.

(Beifall)

Wenn das so ist, geht es einfach nicht an, daß wir auf diese Anlage verzichten, nur weil die DDR etwas dagegen haben könnte.

(Beifall)

Die Bundesregierung ist in Berlin Schritt für Schritt zurückgewichen. Sie hat nicht den Mut, den Sitz der Deutschen Nationalstiftung nach Berlin zu legen, obwohl wir das Recht dazu hätten und nach meiner Überzeugung die Pflicht dazu haben, dorthin den Sitz zu legen.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, wenn wir uns jetzt auch noch vorschreiben lassen wollen, was wir im Zonenrandgebiet tun dürfen und was nicht, dann begeben wir uns auf einen verhängnisvollen Weg; dann begeben wir uns in eine Erpressungsstruktur, aus der wir nie wieder herauskommen werden.

(Beifall)

Deshalb, meine Freunde, werden wir bei dieser Entscheidung bleiben. Ich bitte dafür um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall - Ein Teil der Delegierten erhebt sich)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Albrecht, für diese klaren Worte, die nicht nur für die Beratung des Parteitages, sondern ganz allgemein für die Diskussion in unserer Partei und in der Öffentlichkeit hilfreich und klärend gewesen sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich muß jetzt aber doch noch einmal auf die Geschäftslage zurückkommen. Nach dem ursprünglichen Terminplan hatten wir vor, um 18 Uhr mit den Wahlen zu beginnen. Das ist nach Lage der Dinge nicht möglich; zur Zeit liegen noch neun Wortmeldungen vor.

Ich möchte zum weiteren Gang der Debatte zwei Vorschläge machen. Einmal möchte ich Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir nunmehr die Rednerliste schließen. Zweitens möchte ich an Sie die Frage richten, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir, wie das Parteitagspräsidium das nach der Geschäftsordnung ohnehin machen kann, nunmehr eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten einführen. Darf ich zunächst fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir die Rednerliste schließen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Wenn ich es richtig sehe, ist das einstimmig so beschlossen.

Wir stimmen dann über den zweiten Vorschlag ab. Wer möchte gegen den Vorschlag, die Redezeit auf nunmehr fünf Minuten zu beschränken, sprechen? - Dagegen spricht kein Redner.

Dann stimmen wir auch über diesen Vorschlag ab. Wer dafür ist, daß wir eine Redezeitbeschränkung von fünf Minuten vornehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Gegen wenige Stimmen mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Wir fahren jetzt in der Rednerliste fort. Das Wort hat zunächst Herr Mann, Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft; nach ihm folgt Herr von Bülow, Bundesvorsitzender der Schülerunion, danach Frau Minister Dr. Laurien. Zunächst hat das Wort Herr Mann.

Thomas Mann: Lieber Helmut Kohl, ich wollte Ihnen zunächst im Namen der Jungen Arbeitnehmerschaft, deren Bundesvorsitzender ich bin, einerseits für Ihren Wahlkampfeinsatz danken, zum anderen dafür, daß Sie dem politischen Gegner heute nicht den Gefallen getan und uns nur dazu animiert haben, in großen Jubel auszubrechen, sondern dafür gesorgt haben, daß wir alle sehr selbstkritisch darüber nachdenken, wie wir in der Lage sind, die Zukunft zu bewältigen, die die Arbeitnehmer derart beschäftigt, daß ich meine, die Vertreter der Jungen Union, die vorhin gesprochen haben, haben recht, wenn sie fordern, daß wir heute auf diese Fragen Antworten finden müssen. Wir werden dem politischen Gegner nicht den Gefallen tun, uns nur deshalb dem Kleinmut hinzugeben, weil wir das Ziel einer bestimmten Wahl nicht erreicht haben.

Wir werden uns aber auf der anderen Seite auch nicht in die Position jenes Besserwissers begeben, der sich dann der Kritik entzieht und meint, die Weisheit für sich allein gepachtet zu haben. Wir werden heute eigenständig demonstrieren müssen, daß wir unsere Kandidaten nicht in Frage stellen oder gar in die Wüste schicken oder auch demontieren, wenn nicht alle Erwartungen hundertprozentig erfüllt worden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Auch wenn die Zeitströmung einmal gegen uns läuft, werden wir - und ich glaube, im Jugendbereich haben wir das gezeigt - versuchen, durchzuhalten. Matthias Wissmann hat von den Erfolgen der Jungen Union auf Kosten der Jungsozialisten gesprochen; der RCDS ist aus einer damaligen Minderheitsposition an der Universität aufgetreten und hat heute Verantwortung in den dortigen Parlamenten. Wir von der Jungen Arbeitnehmerschaft haben in Betrieb und Gewerkschaft Positionen erreicht; unsere Jugendvertreter können sich - gleichgültig, wo sie sich befunden hatten - gegen die Extremisten durchsetzen.

Ich meine, daraus ist zu lernen: Die kurzfristigen Erfolge, die uns auch manche Freunde im eigenen, im Unionsbereich empfehlen, sind falsch; wir brauchen endlich wieder den langen Atem. Dazu gehört es, anders zu denken.

Zunächst muß die CDU überall, wo sich Koalitionen anbieten, diese Chance wahrnehmen. Es war keine Kumpanei, wenn im Saarland unter Röder und in Niedersachsen unter Albrecht und dem weitsichtigen Walther Leisler Kiep Koalitionen mit der FDP eingegangen wurden. Eine Opposition muß nachweisen können, daß sie in der Lage ist, regierungsfähig zu sein, und dafür braucht sie auch die richtige Mannschaft.

Wir werden auch dafür sorgen müssen, daß wir auch in anderen Bereichen wieder Verantwortung übernehmen, etwa im Bereich der Arbeitnehmerschaft, nicht aber durch taktische, durchsichtige Manöver oder kurzfristige Aktionen.

Ich meine, die Filzokratie-Kampagne brachte deshalb nicht die erwarteten Ergebnisse, weil sie in weiten Teilen auf Differenzierung verzichtete. Grobraster haben gestimmt, aber die Details waren falsch. Verstehen wir uns recht: Der Kern der Kampagne - Ämterpatronage, Ämterhäufung und Kumpaneien zwischen Gewerkschaften und SPD -, all diese Dinge stimmen; sie werden auch von den Kumpels an Rhein und Ruhr vertreten und auch bei den Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Betrieben. Nur, die Tonart muß stimmen, die Beispiele müssen stimmen, und eine echte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei kann nicht, wie bisher in vielen Fällen geschehen, an den Sozialausschüssen vorbeigehen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen in der Lage sein, die Erfahrung, die Praxis der Sozialausschüsse mit zu nutzen; nutzen wir ihre Erfolge auch angesichts der ungeheuren finanziellen Aufwendungen der SPD, angesichts der gut geölten Maschinerie eines Herbert Wehner, angesichts der jahrzehntelangen Basisarbeit, angesichts des großen finanziellen und personellen Aufwands.

Wir werden dafür sorgen müssen - und da fordern wir die Partei, damit wir Unterstützung erhalten -, daß das Rückgrat unserer Leute gestärkt wird. Betriebsratsvorsitzende haben innerhalb ihres Betriebes den gleichen Stellenwert wie die Landtagsabgeordneten innerhalb der Partei.

(Teilweise Beifall)

Die mißratene Arbeitsplatzsicherung und die Probleme mit der Ausbildung beweisen: Für die Arbeitnehmer wäre die SPD weiterhin die falsche Alternative.

Der letzte Punkt ist die Frage nach Europa. Wir als junge Leute haben mit Schrecken davon gehört, wie weit die anderen aufgrund des starken Zentralismus innerhalb der Partei - den wir natürlich wieder nicht wollen - mittlerweile sind. Das Faktum in Europa ist: Es besteht eine große Sozialistische Internationale, und wir versuchen, einigermaßen hinterherzulaufen. Nur darf die EVP, die jetzt gegründet werden soll, nicht eine simple antisozialistische Verhinderungspartei sein. Auf Sammlung als Fundament, sagte Adenauer, läßt sich nichts bauen, weil Sammlung nichts in die Zukunft Weisendes ist. Wenn wir die Grundideen, von denen Helmut Kohl heute gesprochen hat, die auch bei anderen zünden sollen, ernst nehmen wollen, müssen wir als Christdemokraten bei allen Sitzungen zum Thema "Europa" anwesend sein; wir müssen in der Lage sein, unsere Vorstellungen mit einzubringen: die Mannheimer Neue Soziale Frage, Solidarität mit Minderheiten und Abhängigen, die echte partnerschaftliche Beteiligung der Arbeitnehmerschaft in diesem Europa. Damit müssen wir heraus, und den Tindemans-Bericht müssen wir mit hineinnehmen; dann, glaube ich, sind die jungen Leute auch aus den Betrieben und in den Bereichen der Jungen Arbeitnehmerschaft weiterhin auf unserer Seite.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Das Wort hat jetzt Herr von Bülow; danach Frau Dr. Laurien und dann Herr Reckers.

Christoph von Bülow: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie mir als Vertreter der Schüler-Union auf diesem Parteitag wieder die Möglichkeit geben, in Ihre Diskussion einzugreifen, und ich möchte Ihnen gleichzeitig zusichern, daß wir als Schüler-Union ebenso, wie wir es im Bundestagswahlkampf versucht haben, Ihnen, der CDU, auch in Zukunft in bildungspolitischen Fragen den Rücken stärken wollen. Dies betrifft z.B. hier in Nordrhein-Westfalen den Skandal um die kooperative Gesamtschule.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Parteivorsitzende Helmut Kohl hat heute vormittag in seinem Bericht gesagt, wir müßten die Regierung mit eigenen, mit besseren Vorschlägen konfrontieren. Meine Damen und Herren, die Konfrontation verlangt meines Erachtens zunächst einmal, daß wir versuchen, in den eigenen Reihen eine stärkere Konzentration herbeizuführen. Diese Konzentration ist wesentlich, wenn wir auch gleichzeitig die von Professor Biedenkopf angesprochene Solidarität bei uns pflegen wollen.

Ich glaube, wir müssen hier einmal selbstkritisch sagen, daß nach dem 3. Oktober diese von uns heute beschworene Solidarität an der einen oder der anderen Stelle fehlte. Das Grundsatzprogramm der CDU sagt in einem Satz: Die Solidarität ist die Grundlage jeder Gemeinschaft. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns diesen Satz zu Herzen nehmen und bei allem Pluralismus in Zukunft wieder mehr Fairneß in den gesamten Unionsbereich hineinbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, Solidarität bedeutet gleichzeitig, daß wir auch bereit sind, auf einer gemeinsamen Grundlage kritisch und offen über Probleme zu diskutieren. Ich möchte Sie bitten, mir dazu einige Bemerkungen zu gestatten, und ich meine, daß hier nach dem 3. Oktober einige Probleme aufgetreten sind.

Der eine oder der andere Bürger in diesem Lande vermißt, glaube ich, in den letzten Monaten eine schlagkräftige, eine überzeugende, eine offensiv arbeitende CDU in der Bundesrepublik Deutschland. Wer sich einmal die Pressemeldungen in den letzten Wochen durchgelesen hat, hat beobachten können, daß sehr viele Zeitungen hier ein Manko bei der Union sehen. Ich glaube, wir sollten uns auch dies zu Herzen nehmen und vier Punkte bei uns ändern.

Erstens ist es meines Erachtens notwendig, daß wir in der Union den eigenen Meinungsbildungsprozeß wieder stärker in die Partei hineinbringen und in der Partei diesen Meinungsbildungsprozeß stärker forcieren. Eine Meinungsbildung kann nicht nur durch Interviews, durch Pressemeldungen geschehen; sie muß hier auf dem Parteitag, muß in der Partei selber diskutiert werden.

Zum zweiten glaube ich, es ist notwendig, daß die CDU in einigen Fragen wieder stärker die Offensive ergreift. Ich möchte hier das Thema der Kernenergie ansprechen. Die Kernenergie hat in den letzten Wochen und Monaten eine entscheidende Rolle gespielt. Sie wurde aber nicht von den Parteien diskutiert; sie wurde außerhalb der Parteien in Bürgerinitiativen diskutiert. Hier müssen wir aufpassen, denn ich glaube, es ist eine ganz große Gefahr, wenn in solchen zentralen Fragen die Entscheidungen aus den Parlamenten herausgelagert werden

und nicht in den Parlamenten von den Volksvertretern getroffen werden.

(Vereinzelt Zustimmung)

Hier ist es Aufgabe der CDU, zunächst einmal offensiv zu werden und die Regierung auf ihr verfehltes Energiekonzept hinzuweisen und festzunageln.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, ein dritter Punkt: Wer in den letzten Monaten die Diskussion auf innerparteilicher Ebene verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß sehr oft nach Erklärungen unseres gewählten Oppositionsführers und Parteivorsitzenden Helmut Kohl eine große öffentliche Zerpflückung seiner Thesen stattgefunden hat. Meine Damen und Herren, ich glaube, das geht an die Substanz der eigenen Glaubwürdigkeit. Wenn wir einen Fraktionsvorsitzenden, wenn wir einen Parteivorsitzenden wählen, der unsere Partei im politischen Alltag vertreten soll, muß er selbstverständlich auch das Recht und die Pflicht haben, für die Opposition Meinungen festzulegen und ihr die politische Richtung zu zeigen. Wer dies anzweifelt, zweifelt doch an der gesamten Aussagefähigkeit der CDU.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Bereich ansprechen. Der Generalsekretär hat in seinem Bericht die in weiten Bereichen vorherrschende Staatsverdrossenheit angesprochen. Wir, die Schüler-Union, werden mit dieser Staatsverdrossenheit zur Zeit in den Schulen in einer besonders starken Weise konfrontiert. Die Schüler sehen einen Numerus clausus vor sich, der fast unüberwindbar ist; sie sehen Prognosen vor sich, die besagen, daß sich die Ausbildungschancen in der betrieblichen Bildung in den nächsten Jahren noch verschlechtern.

Hier hat eine sehr bedrohliche Tendenz für unseren demokratischen Staat eingesetzt. Zur Zeit ist eine wesentlich stärkere Abnahme jeglicher politischer Betätigung in der Schule festzustellen. Es ist gleichzeitig damit ein großer Zweifel an der Funktionsfähigkeit unseres demokratischen Staates festzustellen.

Diese beiden Kriterien sollten uns doch stark zu denken geben. Denn es ist zum Beispiel das vorrangige Recht der Jugend, sich nicht an Zensuren zu orientieren, sondern zum Beispiel den Mut zu haben, sich nicht ständig anzupassen, sondern mal kritisch zu äußern. Dies war doch bis jetzt immer ein Privileg der Jugend. Wenn dieser Kernpunkt für die Jugend nicht mehr da ist, sollte uns dies zu denken geben. Die CDU sollte also diese Herausforderung annehmen. Wir sollten versuchen, der Jugend deutlich zu machen, daß wir für bessere Ausbildungschancen, für eine Sicherung der Zukunftschancen der Jugend eintreten.

Ein zweiter Punkt: Die CDU sollte größere Offenheit gegenüber dem Problem der Jugend zeigen. Wenn wir dies beides auch auf diesem Parteitag beweisen, bedeutet dies, glaube ich, einen Schritt näher dazu, die Heranführung der Jugend an die demokratische Grundform unseres Staates zu sichern und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit unserer eigenen Partei zu verstärken.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Bülow. Das Wort hat jetzt Frau Dr. Laurien, nach ihr Herr Reckers, Bundesvorsitzender des RCDS, und Herr Elfring, Westfalen-Lippe.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach hervorgehoben worden, daß Helmut Kohl der Frage nach den Chancen unserer Jugend erste Priorität gegeben hat. Da wird es - und darauf hat er aufmerksam gemacht - nicht ausreichen, zu zeigen, wie unsicher und unsachlich SPD und FDP sind, sondern da werden wir an der Gestaltungskraft unserer Politik gemessen werden.

(Beifall)

Ich möchte deshalb - vielleicht mit der Neigung der Frau zum Konkreten - drei Bemerkungen machen.

(Heiterkeit und Beifall)

Die erste Bemerkung: Es steht vor uns die politische Entscheidung, ob die Bundesregierung die ominöse Abgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz nun eingeführt oder nicht. Meine Meinung - und ich wünschte mir, sie würde die Meinung der gesamten Union - ist: Das Zahlenmaterial ist derartig unzuverlässig, derartig fragwürdig, daß darauf keineswegs die Einführung der Abgabepflicht für die Betriebe gestützt werden kann.

(Beifall)

Aber wer dies sagt, muß das aufnehmen, was unser Bundesvorsitzender heute gefordert hat und was ich noch einmal betonen möchte: Wir müssen in alle Betriebe, in alle Gewerkschaften, in alle Arbeitgeberorganisationen hinein fordern, die Ausbildungsbereitschaft zu verstärken. Dies ist die Nagelprobe auf die Freiheitlichkeit unseres Systems, ob wir fähig und bereit sind, freiwillig die Ausbildungsangebote einzurichten, die nach meiner Überzeugung niemals so gut mit einem staatlichen Prämien- und Abgabesystem verwirklicht werden können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir dazwischen die eine kurze kritische Bemerkung: Ich bin dann dankbar für jeden CDU-Mann und jede CDU-Frau, die in einer Kammer, in einer Gewerkschaft, in einer Innung tätig ist. Ich erlaube mir die provozierende Bemerkung: bei einem klaren Ja dazu, die Verfilzung kritisch zu debattieren, möchte ich nicht bei jenem politischen Eunuchentum landen, das den vorpolitischen Raum preisgibt.

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung. Vor uns steht jetzt immer wieder die Bereitschaft der Bundesregierung, mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten einzurichten. Dazu sagen wir ja, soweit diese Ausbildungsstätten Betriebe ergänzen, nicht soweit sie Betriebe ersetzen.

(Beifall)

Im Augenblick ist also nicht etwa strittig, ob überbetriebliche Ausbildungsstätten einzurichten sind, aber wir müssen darauf achten, welches Ausmaß überbetriebliche Bildungsstätten erhalten. Wer überbetriebliche Ausbildungsstätten für die Höchstpunkte der Nachfrage einrichtet, der wird, wenn der Pillenknick kommt, so viel Überkapazitäten haben, daß der Zwang zur Nutzung dieser Einrichtungen besteht und Verstaatlichung auf dem Schleichwege kommt.

(Beifall)

Die Politik der Union, meine Damen und Herren, muß sein, nicht Probleme von heute so zu lösen, daß daraus morgen Chancenverlust und Verstaatlichung werden. Unsere Kongresse, die wir gefordert haben - auch etwa in dem Antrag der Frauenvereinigung - sollen zu diesem Nachdenken über den Tellerrand hinaus führen.

Eine letzte Bemerkung. Auch wenn wir der jungen Generation genug Ausbildungsplätze bieten - und Dr. Kohl sowie Professor Biedenkopf haben ja darauf hingewiesen -, so muß doch noch mehr geleistet werden. Ich möchte unserem Bundesvorsitzenden dafür danken, daß er auf diese geistige Herausforderung hingewiesen hat. Lassen Sie mich sagen, das "C" in unserem Namen ist nicht ein verstaubtes Relikt im Andenken an Gründerzeiten, sondern das "C" in unserem Namen, meine Damen und Herren, muß Ausweis und Signal dessen sein, daß wir eine Politik machen, die nein sagt zu verzweifelnder Resignation, die nein sagt zu naivem Fortschrittsglauben, daß wir eine Politik machen mit konkreter, weil gläubiger Hoffnung.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, daß Sie mich nicht mißverstehen. Ich will nicht etwa eine Glaubeneintrittsprüfung vor der Aufnahme in die Christlich Demokratische Union. Aber, was ich möchte, ist, daß im pluralistischen Angebot unserer Tage aus der CDU-Politik Hoffnung und Vertrauen strahlen, so daß es für junge Menschen lohnt, zu leben.

(Lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Laurien. Das Wort hat jetzt Herr Reckers, nach Herrn Reckers Herr Elfring, Westfalen-Lippe, und Herr Kolb aus Baden-Württemberg.

Hans Reckers, RCDS: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken, das in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt ist, nämlich auf den unglaublichen Skandal, daß an 32 deutschen Hochschulen SPD-Mitglieder mit Billigung und Unterstützung ihrer Partei mit Kommunisten koalieren. Ich meine, daß wir diesen eklatanten Widerspruch zwischen Worten und Taten der SPD aufdecken müssen, daß die SPD auf der einen Seite Abgrenzungsbeschlüsse gegen Koalitionen mit Kommunisten gefaßt hat, auf der anderen Seite in der Praxis aber die Jungsozialisten-Hochschulgruppen durch Wahlaufrufe und finanziell in ihrer Volksfrontpolitik unterstützt. Die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten hat wörtlich erklärt: "Ich koaliere lieber mit dem kommunistischen Spartakus als mit dem Ring Christlich Demokratischer Studenten." Und der Schatzmeister der SPD, Präsidiumsmitglied Dröcher, hat erklärt: "Koalitionen mit Kommunisten sind nicht von vornherein auszuschließen; das kommt ganz auf die jeweilige Situation an."

Meine Damen und Herren, ich finde, diese Äußerungen sind für alle Demokraten unerträglich. Das ist nicht nur ein Problem in den Hochschulen, sondern in der ganzen Politik.

(Beifall)

Hier wird von der SPD die Solidarität der Demokraten zunehmend verraten zugunsten der Solidarität der Sozialisten. Ich möchte einmal die Frage stellen, was für einen Aufschrei es in der Öffentlichkeit gäbe, wenn auch nur ein Ortsverband der CDU mit der NPD zusammenarbeiten würde. Hier dagegen koalieren ganze Bereiche der SPD ohne öffentliche Aufmerksamkeit mit Kommunisten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, viele gefährliche Tendenzen sind an Hochschulen entstanden. Die linke Unterwanderung von Schulen, Bildungseinrichtungen und Rundfunkanstalten haben ihren Ausgangspunkt an der Hochschule gehabt; denn an den Hochschulen sind diese linken Lehrer politisch indoktriniert worden.

Darin liegt die strategische Bedeutung der Arbeit des RCDS. Wir haben in den letzten beiden Jahren mit Unterstützung der Partei - für die ich mich an dieser Stelle bedanken möchte - die Zahl unserer Studentenparlamentssitze von 267 auf 404 erhöht und sind damit an vielen Hochschulen zur stärksten Fraktion geworden;

(Beifall)

wir können dort nur durch ein großes Anti-RCDS-Linksbündnis vom Liberalen Hochschulverband über die Jusos bis zu den Kommunisten aus der Mehrheitsverankerung herausgehalten werden. Ich möchte mich für die Unterstützung seitens der Partei, der CDU, bedanken und möchte Sie bitten, uns als RCDS in unserem Kampf an den Hochschulen nicht allein zu lassen. Wir brauchen für diesen Bereich die Solidarität der ganzen Partei. Ohne demokratische Hochschulen wird es langfristig auch keine freie demokratische Gesellschaft geben.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Das Wort hat Herr Elfring.

Helmut Elfring: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mir scheint, es ist an der Zeit, daß wir auf diesem Parteitag auch einmal ein Wort zu den Fragen der Medienpolitik, insbesondere zur Rundfunkpolitik sagen. Die Fragen der Medienpolitik, insbesondere die Probleme des Rundfunks, gewinnen in der öffentlichen Diskussion und - ich muß Ihnen das nicht sagen - in der Arbeit der Parteibasis immer mehr an Bedeutung. Diese Diskussionen werden sehr sachkundig, sehr engagiert geführt. Sie sparen nicht mit Kritik, sie sparen aber auch nicht mit Selbstkritik an der eigenen Partei. Aus diesen Gründen dürfen unsere medienpolitischen Fragen und Beiträge auch nicht nur in die Expertengespräche von Arbeitskreisen und Medienkongressen einmünden. Sie müssen vielmehr auch - jedenfalls stärker als bisher - auf Parteitag diskutiert werden. Dies auch und besonders - hier knüpfe ich an die Worte des Generalsekretärs an - angesichts der Erkenntnis, daß Wirkungen des Fernsehens auch etwas mit dem Ausgang der Bundestagswahlen zu tun haben.

Nun könnte man einwenden, daß Landesparteitage vielleicht besser geeignet seien als der Bundesparteitag, diese Fragen zu diskutieren. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, die Rundfunkpolitik gehört vor den Bundesparteitag, weil die Bundespartei die Aufgabe der Führung, der Koordination und der grenzüberschreitenden Information wahrzunehmen und zu erfüllen hat. Darüber hinaus ist festzustellen, daß z.B. die Probleme, die sich aus den Sendungen und Programmen von ARD und ZDF ergeben, zwischen Kiel und Stuttgart die gleichen sind.

Aus allen diesen Gründen hatte unser Landesverband Westfalen-Lippe bereits auf dem 23. Bundesparteitag in Mannheim einen Antrag

zur Medienpolitik eingebracht, der dort auch angenommen wurde. Zu diesem Antrag möchte ich namens und im Auftrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe folgende Fragen stellen.

1. Durch diesen Beschluß ist der Bundesvorstand seit Juni 1975 aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in die Rundfunkgremien nur Mitglieder entsandt werden, die bereit und in der Lage sind, diese Aufgabe voll wahrzunehmen. Damit war und ist nicht gemeint, daß wir Mißtrauen in Bezug auf den guten Willen und die Befähigung von Parteifreunden haben. Vielmehr sollte und soll darin der dringende Appell an die Gesamtpartei auf Bundes- und Landesebene liegen, nur solche Mitglieder in die entscheidenden Rundfunkgremien zu entsenden, die nicht durch eine Fülle anderer Mandate daran gehindert sind, ihre rundfunkpolitischen Aufgaben uneingeschränkt wahrzunehmen.

(Beifall)

Ich frage den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär, wie sie die Lage in der Partei sehen und beurteilen. Ist wenigstens - und darauf kommt es uns an - die Mehrzahl der Gremienmitglieder aus den Reihen der CDU über die Teilnahme an Sitzungen hinaus in der Lage, diese Sitzungen selbst vor- und nachzubereiten und auf Grund eigener Programmebeobachtungen kritische Begleitungen selbständig wahrzunehmen?

2. Seit Mannheim ist der Bundesvorstand auch aufgefordert, die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Programmbeobachtung, für eine Auswertung der Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu schaffen. Wenn ich sage "kontinuierlich", dann bedeutet dies: nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in den Jahren dazwischen. Der Landesverband Westfalen-Lippe ist nach wie vor der Auffassung, daß die argumentative Auseinandersetzung um die Frage der Ausgewogenheit oder der Schiefelage von Programmen und Sendungen nur zu bestehen ist, wenn Sendungen und Programme systematisch beobachtet und analysiert werden.

(Zustimmung)

Es wäre eine abenteuerliche Verschwendung von Geld und Kraft, wollten alle einzelnen Landesverbände jeder für sich allein Beobachtungen eines einheitlichen Programms betreiben. Ich frage also den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär, ob und welche Voraussetzungen für die Programmbeobachtung die Bundespartei inzwischen geschaffen hat, oder was geschehen soll.

3. Der Mannheimer Parteitagbeschuß fordert den Bundesvorstand auch auf, die CDU-Mitglieder in den Rundfunkgremien regelmäßig zu informieren, ihnen mit Hilfe der Bundesgeschäftsstelle verstärkt Zuarbeit, insbesondere bei den Programmfragen, zu leisten und gemeinsam mit den Gremienmitgliedern auf die Einhaltung des Rundfunkrechts, insbesondere des Gebots der Ausgewogenheit, hinzuwirken. Ich darf fragen, ob und wie die regelmäßige Information, die Hilfe der Bundesgeschäftsstelle, die Zuarbeit in Programmfragen und das gemeinsame Bemühen um Ausgewogenheit bisher in Gang gesetzt worden ist.

Soweit, Herr Vorsitzender, Herr Generalsekretär, unsere Erinnerung an unseren Antrag von Mannheim. Ich glaube, in diese

Richtung geht auch der Antrag des Kreisverbandes Zollern-Albkreis, auf dessen Diskussion wir uns schon freuen.

Lassen Sie mich abschließend eine weitere zusammenfassende Frage stellen. Herr Bundesvorsitzender, Herr Generalsekretär, wer ist eigentlich auf Bundesebene für was in der Medienpolitik zuständig? Wir haben einen Koordinierungsausschuß für Medienpolitik, und wir haben einen Medienpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion. Wir haben einen medienpolitischen Sprecher der Bundespartei, und wir haben für ARD, ZDF, Deutschlandfunk und Deutsche Welle jeweils andere und weitere Zuständigkeiten.

Darüber hinaus ist unbestritten, daß natürlich auch der Parteivorsitzende und der Generalsekretär berechtigt und gewillt sind, sich medienpolitisch zu engagieren. Ich muß Ihnen bekennen: als medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion schicke ich unsere Berichte und Analysen vorsichtshalber immer an die gesamte Summe der medienpolitischen Zuständigkeiten der Bundespartei in der Hoffnung, daß das irgendwo an die richtige Adresse kommt. Ich wäre Ihnen, Herr Vorsitzender, Herr Generalsekretär, sehr dankbar, wenn die Anlaufstellen der Bundespartei für Medienpolitik einmal etwas genauer ausgedeutet würden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort unmittelbar dazu hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Erlauben Sie mir ein paar kurze Bemerkungen zu dem, was unser Freund Elfring als wichtiges Thema in die Debatte eingeführt hat. Wir haben auf Grund des in Mannheim gefaßten Beschlusses den Versuch unternommen, die Arbeit im Rundfunkpolitischen Bereich im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten entscheidend zu verbessern. Unser Freund Christian Schwarz-Schilling - und damit ist der Name genannt, den Sie abgefragt haben - hat sich in den letzten zwei Jahren schon wesentlich darum bemüht, die Koordination zu verbessern. Es ist unübersehbar, daß auch schon Erfolge zu verzeichnen sind.

Nur muß auch dies gesagt werden: Wir sind nicht eine Partei, in der etwa der Vorsitzende oder der Vorstand all jenen unserer politischen Freunde, die in irgendein Gremium berufen werden, die wenigsten übrigens a conto der Partei, sondern die allermeisten a conto der gesellschaftlichen Gruppen, die nach der Verfassung unserer Rundfunkanstalten bei der Besetzung mitwirken; das gilt für das ZDF und für weite Bereiche der ARD -, Weisungen erteilt.

Was wir tun können, ist, für ein hohes Maß an Koordination, ein hohes Maß an Information zu sorgen, immer wieder unsere Freunde zusammenzurufen und über die Entwicklung zu sprechen.

Für das Jahr 1977 - dies ist ein Punkt, den man nicht besonders ankündigen braucht - müssen wir in Verfolg dessen, was Kurt Biedenkopf soeben in seinem Bericht schon sagte, noch einmal sehr sorgfältig das analysieren, was sich aus der Untersuchung von Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann über das Verhalten von Repräsentanten im Bereich des Journalismus im Vorwahlfeld ergeben hat. Das muß aufgearbeitet werden. Das heißt mit anderen Worten: Wir müssen in der Lage sein, die sehr bestürzenden Befragungszahlen aus der Zeit vor

der Bundestagswahl sehr offen mit der deutschen Öffentlichkeit, auch der betroffenen journalistischen Öffentlichkeit zu diskutieren. Uns geht es überhaupt nicht um eine Tendenz der Gleichschaltung. Aber uns geht es darum, daß auch die Union im öffentlich-rechtlichen System eine faire Chance erhält, die wir oft genug nicht erhalten haben.

(Beifall)

Ein Wort zum Thema "Programmebeobachtung". Diese Programmebeobachtung ist in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung begonnen worden. Das Thema ist noch keineswegs befriedigend erledigt. Nur - das will ich jetzt auch sagen -, im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1976 haben wir unsere knappen finanziellen Möglichkeiten vor allem auf diesen Wahlkampf konzentriert. Sie können die Gewißheit haben, Herr Elfring, daß Sie bald, vielleicht im Bundesparteiausschuß, Gelegenheit haben werden, einen Bericht über die weitere Arbeit auf diesem Gebiet entgegenzunehmen, wobei ich hoffe, daß uns die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung stehen werden, die wir im letzten Jahr in diesem Fall nicht hatten.

Eines muß allerdings klar sein. Sie alle, etwa die Landtagsfraktionen im Zusammenhang mit ARD-Sendern, müssen ebenso wie die Bundespartei und die Bundestagsfraktion wissen: Es genügt nicht, diese Forderung auf dem Bundesparteitag zu erheben, sondern sorgen Sie in den Landtagsfraktionen, überall dort, wo die Partei Mitverantwortung hat, dafür, daß die Kollegen, die in die Aufsichtsgremien geschickt werden, Ihnen an Ort und Stelle Bericht erstatten. Das ist die beste Möglichkeit einer Kontrolle der Arbeitsfähigkeit dieser Bereiche.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Elmar Kolb, Baden-Württemberg.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Helmut Kohl hat zu Recht vom Rentenskandal dieser Regierung gesprochen. Es freut mich, daß am 15. März eine Entscheidung darüber fallen soll, was wir zum Thema Rente sagen wollen. Ich meine aber, daß wir nur eine Lösung für die momentanen Schwierigkeiten anbieten können. Seit 1968 stimmt in diesem Land der Generationenvertrag nicht mehr. Ich möchte heute hier feststellen, daß keine Garantie dafür besteht, daß meine Generation Rente bekommen wird. Seit 1968 nämlich ist die Populationsentwicklung in der Bundesrepublik derart rückläufig, daß es ab 1990 nicht mehr möglich sein wird, den Generationenvertrag einzuhalten. Herr Vorsitzender, wenn wir zu einer Lösung kommen wollen, wenn der Generationenvertrag, der immerhin 60 Jahre dauert, eingehalten werden soll, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als endlich mit unseren Lippenbekenntnissen zur Hilfe für Familien aufzuhören. Die sachlichen, die materiellen Leistungen für Familien waren in den letzten Jahren so stark rückläufig, daß die Familien entsprechend reagieren. Heute sind die Geburtenziffern nur noch halb so hoch wie im Jahre 1967. Wenn wir das nicht ändern, können wir alles, was wir bisher zur Rente gesagt haben, vergessen, dann wird es ab 1990 nicht mehr so weitergehen.

Ich erlaube mir deshalb, Ihnen eine Hochrechnung für das Jahr 1994 zu geben, in der Hoffnung, daß dies in Ihre Diskussion mit einfließt.

(Beifall)

Bernd Neumann : Tagungspräsidium: Als nächster Karl Schweizerhof, Baden-Württemberg.

Karl Schweizerhof: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Lassen Sie mich anschließend an die Mediendiskussion meine Sorge hier in dieser Debatte darüber zum Ausdruck bringen, daß wir auf dem Wege von der repräsentativen parlamentarischen Demokratie zu einer Journalisten-, Moderatoren- oder Reporter-Demokratie hin sind. Ich glaube, das ist eine Entwicklung, die wir mit echter Sorge verfolgen sollten. Denn wer hat momentan die Themen auf dem Tisch? Das sind die Journalisten, die Reporter, und die Politiker laufen immer hinterher. Wir müssen dafür sorgen, daß wir hier wieder in die Vorhand kommen. Das sehen Sie auch bei den Bürgerinitiativen. Politiker beginnen schon, sie als dritte Kammer zu installieren, wo sie glauben, dort hätten sie ihren Platz. Nein, meine Damen und Herren, wir haben die Verantwortung für all diese Fragen, die hier aufgeworfen sind. Wir dürfen diese Fragen nicht einseitig, sondern müssen sie allgemein betrachten.

Lassen Sie mich noch einige wesentliche Punkte anfügen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß heute kein Mensch mehr ein Haus bauen möchte, wenn der Mieter bald die Höhe der Miete bestimmt, die er zu zahlen hat. Das sind Gesetze, die mit unserer Zustimmung gemacht wurden.

Hier wurde von der Ausbildung junger Menschen gesprochen. Lassen Sie mich auch dazu ein ernstes Wort sagen. Wenn derjenige, der ausbildet, stärker belastet wird als einer, der größeren Wert auf Freizeit und Urlaub legt, dann kann keine Bereitschaft mehr zur Ausbildung bestehen.

Genauso ist es bei manchen Gesetzen. Lassen Sie mich auch dazu eine kritische Anmerkung machen. Wenn Gesetze verabschiedet werden, und die Beamten, die diese Gesetze ausführen und auch überwachen müssen, nicht entsprechend unterstützt werden, haben wir einfach keine Zukunft mehr in diesem Staat. Dann kommt es zu dem, was Helmut Kohl gesagt hat, nämlich zur Staatsverdrossenheit. Ich glaube, es wird höchste Zeit, daß wir uns hier auf uns selbst besinnen.

Es kommt auch darauf an, daß wir bei der Mitbestimmung nicht zu weit gehen. Wenn man hier einen Schritt zu weit geht, wird die unternehmerische Initiative lahmgelegt. Man ist im Begriff sie lahmzulegen. Die Arbeitslosen vor unseren Türen sprechen eine beredte Sprache, und das sollte uns mit ernster Sorge erfüllen. Wir können dieser Entwicklung nicht weiter tatenlos zusehen, sondern wir sollten endlich wieder handeln. Dazu ist die Christlich Demokratische Union aufgerufen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Elmar Videra, Rheinland, das Wort.

Elmar Videra: Meine lieben Parteifreunde! In den beiden Reden, die wir eigentlich zum Gegenstand unserer Aussprache machen wollten, ist wiederholt vom Einsatz der CDU für die Freiheit des einzelnen - der scheidende Generalsekretär bezeichnete sie als "tragende Säule unserer Politik" - die Rede. Es gehe, so hieß es, besonders darum, den Bürger vor den Einwirkungen des technisch organisierten administrativen Apparates zu schützen. Das ist richtig; darüber sind wir uns alle einig, meine Damen und Herren. Aber ich halte es für ein gleich wichtiges Prinzip unserer Politik, daß wir für die Gemeinschaft da sein und ihr dienen müssen. Das ist, meine ich, heute zu kurz gekommen.

Ich sage das deshalb so deutlich, weil es eine Selbstverständlichkeit ist. Jeder meiner Vorredner hier am Pult, ob das Frau Minister Laurien oder Herr Albrecht oder Herr Brickwedde war, hat, wenn er darauf zu sprechen kam, so viel Beifall gefunden, daß ich glaube, es entspricht dem Selbstverständnis unserer politischen Arbeit.

Ich möchte das aber noch unter einem anderen Aspekt vor Sie hinstellen. Meine lieben Parteifreunde, wenn wir Dienst in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft aus personaler Verantwortung sehen, dann müssen wir das auf die anstehenden Reformvorhaben von SPD und FDP übertragen. Wer heute Reformen sagt - Schulreform oder Hochschulreform - und einen Modus der Gesellschaftsreform meint, der übertölpelt den Bürger und der erzeugt damit Mißtrauen gegen notwendige Reformen. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß Berufsreformer notwendige Reformen diskreditieren. Davor will ich die Freunde in der Union warnen. Es sind viele Reformen notwendig. Rote Genossen hindern uns daran, Reformen durchzuführen, weil sie vielleicht etwas anderes im Schilde führen.

Bedenken wir diese Art der Gemeinschaftsaufgaben, wenn wir in den Kreisparteiengremien über das Grundsatzprogramm diskutieren. Darum möchte ich Sie, meine Parteifreunde, bitten.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Samsche, Schleswig-Holstein. Danach folgt als letzter Redner Dieter Lorenz, Braunschweig.

Richard Samsche: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern zu dem Wort von Herrn Professor Biedenkopf von der "Gewerkschaftsverfälschung" einige Anmerkungen machen. Wenn Sie von "Gewerkschaftsverfälschung", die ohne Zweifel vorhanden ist, reden, mag das für Sachkenner in diesem Raum seine Berechtigung haben.

Jedoch für uns - und ich selbst bin freigestellter Betriebsrat einer großen Firma im sogenannten "Nordlichtraum" - war diese Aktion ohne innerparteiliche Vorankündigung eine schwere Last. Es fehlten die weiteren nachfolgenden Berichte, um gegen die Argumente der Gegner anzukommen. Die paar Beweise für die Bundesebene waren zuwenig. Selbst die genannten Fälle waren nicht ausführlich genug. Es ist richtig, daß unter anderem in der "Welt" Aussagen gemacht wurden. Nur war dann die Erwiderung der andersdenkenden Kollegen: Was steht schon in der Zeitung! Wo sind die Beweise?

Für künftige Aktionen, die die Arbeitnehmer betreffen, muß eine ausführliche Argumentation für die Betriebsräte an der Basis gegeben werden. Ich gehe aber davon aus, daß das Aufzeigen von Mißständen weiterbetrieben wird. Sonst werden wir ungläubwürdig, wenn wir nur von der Aussage ausgehen können, die im Bundestagswahlkampf gemacht wurde: Es werden weitere Materialien zusammengestellt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzter Redner Dieter Lorenz, Braunschweig.

Dieter Lorenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme vom Lande, aus Sickinge bei Braunschweig, und habe hier mit Interesse, Respekt und Achtung zwei große Reden vernommen: die eine des ersten Vorsitzenden und die andere des zweiten Vorsitzenden; so klangen die beiden Reden.

Herr Biedenkopf hat in seinen Ausführungen sehr vieles über Grundsatzfragen gesagt, das mit Interesse zur Kenntnis zu nehmen war. Er hat besonders das Urteil des Verfassungsgerichtes vom 2. März 1977 erwähnt. Er hat dieses Urteil recht weit dahingehend ausgelegt, daß es auch für andere Bereiche gelte, nämlich daß die Exekutive in einen Wahlkampf nicht einzugreifen habe. Wenn wir jetzt diese Konsequenzen des Urteils auf unseren Parteitag hier übertragen, dann läßt sich folgendes feststellen: Unser Generalsekretär hat am Ende seiner Ausführungen gesagt: Mit der Rückgabe dieses Mandats bewerbe ich mich um ein neues; das heißt ergo: wählt mich ins Präsidium. Ich meine, meine Damen und Herren, daß das ein Eingriff der Exekutive in ein schwebendes Wahlverfahren ist, der nicht ganz mit dem Gerichtsurteil zu vereinbaren ist.

(Widerspruch)

Ein Zweites! Wir haben in den Kreisverbänden, in den Ortsverbänden und auf Landesebene sehr oft über personelle Entscheidungen zu befinden, diese vorzubereiten und zu treffen. Wir sollten um der Glaubwürdigkeit willen nicht nur darauf achten, daß die bestimmten Personen große Redner sind, sondern auch darauf, ob ihre persönlichen Verhältnisse den Vorstellungen entsprechen, die wir in unserem Programm vereinbart haben.

(Zurufe)

Eine dritte Bitte an alle Mandatsträger und Amtsinhaber! Denken Sie bitte daran, daß wir von der CDU sehr viele Programme haben, daß wir eigentlich zu allen Fragen konkrete Aussagen haben. Aber zwischen den Aussagen der Partei und den Initiativen in den Parlamenten ist eine Lücke vorhanden. Sie muß geschlossen werden, damit wir deutlich machen, daß wir doch Alternativen haben und daß es nicht so ist, wie andere meinen, die sagen, wir hätten keine Alternativen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär Professor Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Generalsekretär der CDU: Herr Vorsitzender, ich habe auf einige Fragen zu antworten, die an den Generalsekretär gestellt worden sind. Das war einmal die Frage nach der Arbeit der Unternehmensrechtskommission, zweitens die Frage nach der Durchführung der Beschlüsse des Mannheimer Parteitages zur Zusammenarbeit mit der CSU und drittens die Frage nach den Themen des Parteitages.

Die Unternehmensrechtskommission hat in vielen Sitzungen und in umfangreichen Anhörungen sich mit der Aufgabenstellung befaßt, die auf dem Parteitag in Hamburg beschlossen worden war. Die Unternehmensrechtskommission hat zu den Komplexen Vermögensbildung und Stellung des Arbeitnehmers im Arbeitsverhältnis, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und Rechte aus dem Arbeitsvertrag bereits Vorlagen erarbeitet. Die Kommission wird voraussichtlich - ich kann das noch nicht abschließend sagen, weil eine entsprechende Beschlußfassung der Kommission noch nicht vorliegt - im Laufe der nächsten Monate einen Bericht an den Bundesvorstand erstatten. Sie wird in diesem Bericht zu den Komplexen Stellung nehmen, die ihr von dem Hamburger Parteitag aufgegeben worden sind.

Was die Zusammenarbeit mit der CSU betrifft, so waren wir uns in Mannheim darüber klar - auch die Junge Union, die den Antrag gestellt hat, war sich darüber im klaren -, daß die dort gemachten Vorschläge über eine enge Verzahnung der politischen Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU - mit einer ganzen Reihe von verfahrensrechtlichen Vorschlägen - sich nur verwirklichen ließen im gegenseitigen Gespräch, und zwar auch nur mit der Geschwindigkeit, mit der beide Parteien, die betroffen waren, solche Entwicklungen mittragen. Ich möchte jetzt hier nicht auf die umfangreichen Verhandlungen und Diskussionen eingehen, die wir nach dem Beschluß von Wildbad Kreuth zwischen CDU und CSU geführt haben. Aber ich glaube, daß der Parteitag doch gerade im Hinblick auf den Beschluß, den er in Mannheim gefaßt hat, die Realität der Beziehungen der beiden Schwesterparteien im Auge behalten muß. Bei allen Anstrengungen, die wir natürlich machen, um die Zusammenarbeit zu verbessern, können wir nicht durch Beschlüsse, die ganz bestimmte Verfahrensweisen vorsehen, diese Zusammenarbeit präjudizieren. Es handelt sich um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und damit um eine Zusammenarbeit, die der gegenseitigen Vereinbarung und des gemeinsamen Tragens bedarf.

Ich glaube, daß wir mit der Überwindung der Gefahr der Spaltung der Fraktion und der gesamten Konsequenzen, die damit verbunden gewesen wären, einen ganz wesentlichen Beitrag zur weiteren Zusammenarbeit der beiden Parteien geleistet haben, wenn das auch nicht ganz der Vorstellung dessen entsprach, was die Antragsteller in Mannheim beantragt und was der Parteitag dort beschlossen hat. Wir sind bemüht, diese Zusammenarbeit auch weiterzuführen. Herr Kollege Dollinger hat heute morgen auf die Strategiekommission hingewiesen, die ein wichtiges Element der Zusammenarbeit von CDU und CSU ist und die wir bereits vereinbart haben. Wir werden in allen Teilbereichen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit treffen. Wir haben das während des Bundestagswahlkampfes mit großem Erfolg gemacht. Die Konzeption des Wahlkampfes war vergleichsweise geschlossen. Mehr über die Verwirklichung dieses Beschlusses läßt sich im Augenblick nicht berichten. Aber ich muß dazusagen, daß der Bundesvorstand diesen Beschluß nicht in eigener Vollmacht verwirklichen kann, sondern nur in dem Umfang und mit der Geschwindigkeit, wie es die partnerschaftlichen Verhältnisse erlauben.

Der dritte Punkt betraf die Themen. Die vom Fragesteller angesprochenen Themen sind Gegenstand der Arbeitsplanung und damit der Aussprache am Mittwochvormittag. Ich würde vorschlagen, daß man die Diskussion am Mittwochvormittag dazu benutzt, um die Fragestellungen, die der Diskussionsredner angesprochen hat, im Parteitag vorzutragen.

Daß wir die Deutschlandpolitik morgen in den Mittelpunkt des Parteitages stellen - der Parteivorsitzende wird mit Sicherheit morgen dazu noch etwas sagen -, halte ich deswegen für wichtig, weil ich glaube, daß der Parteitag, der ja die Richtlinien der Politik beschließen soll, der die großen Richtungen und Ausrichtungen unserer Politik beschließen soll, sich bei aller Bedeutung des politischen Tagesgeschäftes auch ab und zu einmal mit Fragestellungen befassen muß, die weit in die Zukunft reichen.

(Beifall)

Die deutschlandpolitische Frage gehört nach meiner Auffassung zu diesen Fragestellungen.

Das waren die Fragen, die ich noch beantworten wollte. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache über die Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs beendet. Bevor wir zur Aussprache über den Bericht des Bundesschatzmeisters kommen, rufe ich den Tagesordnungspunkt 11 auf:

### Bericht der Rechnungsprüfer

Rechnungsprüfer waren die Kollegen Blumenfeld und Horten. Ich muß beide entschuldigen; der Kollege Horten ist krank, und der Kollege Blumenfeld nimmt an einer wichtigen Wahl - der Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments - teil. Deshalb werde ich den Bericht, den Erik Blumenfeld als ehrenamtlicher Rechnungsprüfer für den 25. Bundesparteitag abgegeben hat, vorlesen. In diesem Bericht heißt es:

Aufgrund des frühen Parteitagstermines ist es den beauftragten Wirtschaftsprüfern nicht möglich gewesen, den Rechnungsabschluß und den Prüfungsbericht für das Jahr 1976 zu erstellen.

Herr Horten und ich können insoweit nur über das Jahr 1975 unseren Bericht abgeben. Wir bedauern diesen Tatbestand.

Wie für die vorangegangenen Jahre, so wurde auch für 1975 von dem Wirtschaftsprüfer der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Herrn Dr. Erwin Pougín, Köln, der uneingeschränkte Prüfungsvermerk erteilt; er lautet:

Die Buchführung und die Jahresrechnung entsprechen nach meiner pflichtmäßigen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung.

Das vor allem auch unter politischen Aspekten wichtigste finanzielle Ereignisse des Jahre 1975 war die endgültige Tilgung der Altschulden. Darüber hinaus weist die Vermögensrechnung per 31.12.1975 flüssige Mittel in Höhe von 5,87 Millionen DM aus.

Die daraus resultierende erhebliche Verbesserung der Bilanzrelationen findet auch auf der Passivseite ihren Niederschlag, wo Eigenmittel der Partei - vergleichbar dem Eigenkapital in der Bilanz von Wirtschaftsunternehmen - in Höhe von 10,1 Millionen DM ausgewiesen werden, gegenüber 1,95 Millionen DM am 31.12.1974.

Ausgehend von unserem Bericht vor dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1975 hat es eine gute Zusammenarbeit von Herrn Horten und mir mit der Parteiführung, insbesondere aber auch mit dem Bundesschatzmeister gegeben. Im Mittelpunkt unserer Gespräche standen die Sorgen über die zukünftige Kostenentwicklung bei der Bundespartei. Wir haben gemeinsam Grundsätze und Zielvorstellungen für die Finanzierungsarbeit entwickelt, die bei der Etatabwicklung 1976 bereits berücksichtigt wurden und die von der Bundesgeschäftsstelle und der Bundesfinanzkommission in alle Vorbereitungsarbeiten für den Etat des Jahres 1977 mit einbezogen worden sind.

Es gibt bereits einige wichtige Ansätze zur Kosteneingrenzung; aber vieles bleibt noch zu tun.

Wir übersehen keineswegs, daß die Bundespartei sich zunehmenden Anforderungen gegenübergestellt sieht. Wir wiederholen aber unsere dringende Aufforderung, bei allen hierbei notwendigen politischen Entscheidungen der Führungsgremien der Partei das finanzielle Gleichgewicht der Bundespartei ständig im Auge zu behalten.

Wir sehen uns zu dieser erneuten Bitte vor allem auch deshalb veranlaßt, weil aus dem Wahlkampf noch keineswegs unwesentliche Verpflichtungen auszugleichen sind. Die damit verbundenen Zinszahlungen

stellen eine zusätzliche finanzielle Belastung für das laufende Jahr dar. Wir haben die Zusicherung des Bundesschatzmeisters zur Kenntnis genommen, daß die Voraussetzungen für eine zügige Abwicklung dieser Kreditverpflichtungen gegeben sind.

Da der Prüfungsbericht für 1976 noch nicht vorliegt, können wir heute nur Entlastung des Bundesvorstandes für 1975 beantragen, was hiermit geschieht. Gezeichnet Erik Blumenfeld.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß zur Aussprache über den Bericht des Bundesschatzmeisters keine Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen dann zu Punkt 12 der Tagesordnung:

#### Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975

Von den Rechnungsprüfern ist Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975 beantragt worden. Ich stelle diesen Antrag jetzt zur Abstimmung. Wer für die Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975 ist, gebe bitte das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bundesvorstandes ist die Entlastung damit einstimmig erteilt worden.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

#### Bericht der Mandatsprüfungskommission

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet der Vorsitzende der Kommission, der Geschäftsführer des Landesverbandes Westfalen-Lippe, Herr Otto Laipold, Sie haben das Wort.

Otto Laipold, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den 838 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände waren um 18.35 Uhr 837 anwesend. Von den beiden ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden ist einer anwesend. Damit beträgt die Zahl der voll stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages heute 838. Die 30 nicht voll stimmberechtigten Delegierten der Exil-CDU sind vollzählig anwesend.

Der Parteitag ist damit beschlußfähig.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Otto Laipold, für diesen Bericht.

Ich rufe jetzt Punkt 14 der Tagesordnung auf:

#### Wahl des Bundesvorstandes

Ich verweise Sie auf die §§ 29 und 43 des Statuts und §12 unserer Geschäftsordnung.

Lassen Sie mich, bevor wir in die Wahlen eintreten, einen Punkt klären. Alle Wahlen haben geheim zu erfolgen. Ich möchte jetzt den Parteitag darüber abstimmen lassen, ob die Delegierten das Wahl-

geheimnis als ausreichend gewahrt ansehen, wenn sie an ihren Plätzen wählen, oder ob die Wahlen in Wahlkabinen stattfinden sollen. Darüber muß vom Parteitag entschieden werden. Wer dafür ist, daß die Wahl des Parteivorsitzenden in Wahlkabinen stattfindet, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich stelle fest, daß niemand dafür stimmt. Kann ich davon ausgehen, daß Sie mit der Wahl an Ihren Plätzen einverstanden sind und bei dieser Wahl das Wahlgeheimnis als ausreichend gewahrt ansehen? Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich frage, ob im Hinblick auf die anderen Wahlgänge der Wunsch geäußert wird, in Wahlkabinen abzustimmen. - Das ist nicht der Fall. Kann ich somit feststellen, daß der Parteitag damit einverstanden ist, wenn wir an den Plätzen wählen, und daß das Wahlgeheimnis in diesem Falle als ausreichend gewahrt angesehen wird?

(Zustimmung)

Ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission, sich jetzt in den Raum der Stimmzählkommission zu begeben, damit wir zügig arbeiten können.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 14.1 auf:

#### Wahl des Parteivorsitzenden

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Parteivorsitzenden mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 aus dem Stimmzettelblock, der Ihnen mit der Stimmkarte im Tagungsbüro übergeben wurde, vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen entweder der Name "Dr. Kohl" oder "ja" oder "nein" oder "Enthaltung" steht. Unbeschriebene Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.-

Ist noch ein Delegierter im Saal, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, bei der Auszählung zur Wahl des Bundesvorsitzenden eine kurze Sitzungsunterbrechung eintreten zu lassen. Bei den anderen Wahlgängen wollen wir Ihnen vorschlagen, die Debatte über Anträge weiterzuführen, wie heute morgen vereinbart. Wenn Sie damit einverstanden sind, unterbreche ich jetzt die Tagung.

(Widerspruch)

- Eine zweite Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Darf ich bitten.

Josef Merkel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, jetzt über die Satzungsänderung zu diskutieren und zu entscheiden, damit wir nachher auch tatsächlich in den Wahlen fortfahren können.

(Zustimmung)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, unmittelbar nach Schluß des Wahlganges für den Generalsekretär - das ist der nächste Wahlgang - mit der Debatte über die Satzungsänderung und die Anträge des Bundesvorstandes dazu zu beginnen. Ich glaube, wir werden für die Auszählung dieses Wahlganges eine gute Viertelstunde brauchen. Ich möchte fragen, wer dem Geschäftsordnungsantrag, jetzt schon mit der Debatte zu beginnen, folgen will. Ich bitte um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Das erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Dann werden wir jetzt nicht unterbrechen, sondern werden mit der Beratung fortfahren.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf: Änderungen des Statuts.

Wir kommen als erstes zu Antrag 15.1 Der Antrag wird begründet. Zunächst hat die Antragskommission das Wort. Für die Antragskommission erteile ich Herrn Dr. Worms das Wort.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission wird sich bemühen, Sie auch zeitlich nicht über Gebühr zu beanspruchen. Wir empfehlen bei Antrag 15.1 uneingeschränkt Annahme.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Ich erteile jetzt dem Parteivorsitzenden zur Begründung des Antrags des Bundesvorstandes das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bitte zunächst um Nachsicht, daß ich jetzt in einer etwas schwierigen psychologischen Lage, also mitten in der Auszählung zu meiner eigenen Kandidatur, diesen Antrag begründe, aber der Parteitag hat als oberster Souverän so beschlossen.

Der Ihnen vorliegende Antrag ist ein Antrag, in den verständlicherweise auch in manchen Teilen der Öffentlichkeit manches hineingeheimnist wurde. Er ist das Ergebnis von mancherlei Beratungen auf Grund unserer Arbeitserfahrung in den letzten Jahren. Es geht, um es gleich vorweg zu sagen, nicht um eine Erweiterung des Personalangebotes, sondern es geht darum - und das ist auch meine Erfahrung in den letzten zwei Jahren -, daß die Aufgaben des Parteipräsidiums in der Außenrepräsentation der Partei in einer Weise zugenommen haben, die mit der jetzigen Zahl der Mitglieder des Parteipräsidiums, die nach unserem Willen ja auch zugleich andere, zum Teil noch wichtigere Funktionen im Bereich des Staates wahrnehmen, einfach nicht zu schaffen ist. Ich will noch einmal wenige Argumente hier vortragen. Wir haben gerade im Vorfeld der Bundestagswahl erfahren - und es ist mein Interesse, daß das intensiv im wahlfreien Jahr 1977 fortgesetzt wird -, daß der Kontakt zu den Verbänden und Vereinigungen im Rahmen unserer Gesellschaft wesentlich verstärkt werden mußte. Im Augenblick - ich will Ihnen nur diese Zahl nennen - haben wir eine Vormerkliste für sogenannte Präsidiumsgespräche mit über 30 fest vereinbarten Daten für Gespräche mit wichtigen Repräsentanten und Gruppen des gesellschaftlichen Bereichs, etwa mit den Gewerkschaften, mit den Verbänden der Wirtschaft und mit vielen anderen wichtigen Gruppierungen. Bei diesen sogenannten Präsidiumsgesprächen ist es unerlässlich, daß neben dem Parteivorsitzenden oder dem Generalsekretär wenigstens zwei, drei Mitglieder des Parteipräsidiums teilnehmen. Die Erfahrung in der Repräsentanz

hat deutlich gemacht - ich sage das ohne jeden Vorwurf an die bisherigen Mitglieder des Präsidiums -, daß eine solche Fülle von Terminen ohne eine entsprechende, wenn auch kleine Erweiterung und eine entsprechende Ausweitung auch der Aufgabenverteilung auf einzelne Mitglieder des Parteipräsidiums nicht zu schaffen ist.

Wer von der Parteiführung erwartet - Sie tun das alle aus gutem Grunde -, daß sie nicht nur im Adenauer-Haus in Bonn sitzt, sondern daß sie Außenrepräsentanz möglichst intensiv wahrnimmt - und fast jede Woche erreicht mich aus irgendeinem Bereich der Partei ein Beschwerdebrief, daß auf diesem Felde noch viel zu tun ist -, der muß Verständnis für meinen Wunsch haben, daß wir die Zahl um zwei vermehren. Im Vergleich großer Parteien sind wir dann immer noch mit einem sehr kleinen Parteipräsidium versehen.

Ein Zweites, was sehr, sehr wichtig ist, ist noch anzufügen: Meine Damen und Herren, im Blick auf die Vorbereitung der Europa-Wahl und im Blick auf die Intensivierung unserer Auslandskontakte ist es unerlässlich, daß sowohl die Bundestagsfraktion als auch die Parteiführung im Ausland in einer sehr viel stärkeren Form repräsentativ vertreten ist. Im Ablauf des Jahres 1976 - ich will auch diese Zahl nennen - sind nach meiner überschlägigen Berechnung allein 30 Einladungen an uns ergangen, Parteitage befreundeter Parteien in Europa zu besuchen, bei denen wir auch entsprechend ranghoch hätten vertreten sein müssen. Wir waren es oft nicht; wir haben dafür auch manche Rüge eingesteckt. Ich bin der Auffassung, daß Sie der Parteiführung die Chance geben müßten und sollten - das ist meine Bitte -, die Außenrepräsentation im Ausland in diesem Sinne zu verbessern.

Das Dritte, was in diesem Zusammenhang zu nennen ist - das hängt eng mit dem soeben Gesagten zusammen -, ist die Tatsache, meine Freunde, daß wir bei der Vorbereitung der Europa-Wahl ganz konkret auf eine europäische Wahlkampagne im Verlauf der jetzt vor uns liegenden zwei Geschäftsjahre abzielen müssen, und zwar zusammen mit den befreundeten Parteien - Schwesterparteien wie befreundeten konservativen Parteien - wie auch mit unserem Freund von Hassel, der Beauftragter für die Bundesrepublik ist.

Mit einem Wort: Die Erfahrung gerade der letzten zwei Jahre hat deutlich gemacht, daß wir die Funktion jedenfalls mit der bisherigen Zahl nicht so erfüllen können, wie das bisher unsere Aufgabe war. Ich denke gar nicht daran, mit diesem Vorschlag irgendwelche personellen Schwierigkeiten lösen zu wollen. Ich bitte Sie nur, dafür Verständnis zu haben, daß die Parteiführung, wenn Sie sie mit Aufgaben betrauen, auch eine personelle Repräsentanz haben muß, die diesen Aufgaben gerecht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Vorlage des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr.Kohl. Ich erteile jetzt Herrn Dr.Huck, Landesverband Niedersachsen, das Wort. Ihm folgt Herr Merkel, Landesverband Baden-Württemberg.

Dr.Bernd Huck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich nehme im Namen der Jungen Union des Bundesverbandes zu dem eben vom Parteivorstand begründeten Antrag Stellung. Wir haben uns auf unserer gestrigen und vorgestrigen Sitzung mit dem Anliegen des Bundesvorstandes der CDU befaßt.

Wenn man die vorgeschlagene Konstruktion mit den Führungsstrukturen anderer Parteien vergleicht - seien es die unserer Schwesterparteien

im europäischen Ausland, seien es die der anderen großen Parteien im Bundesgebiet oder seien es nur die Führungsstrukturen unserer CDU-Landesverbände -, müssen wir feststellen, daß uns eine Rekordzahl von sieben Stellvertretern vorgeschlagen wird, die uns Anlaß zum Nachdenken gibt, welche Gründe für diesen Vorschlag sprechen.

Der Parteivorsitzende hat soeben vorgetragen, dieser Vorschlag sei aus der Tatsache erwachsen, daß zusätzliche Aufgaben auf das Präsidium zugekommen seien, und zwar wegen der Betreuung der Verbände einerseits und wegen der zunehmenden Verpflichtungen gegenüber unseren verbündeten europäischen Parteien andererseits. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß der Vorschlag eher eine Verschiebung der Aufgabenschwerpunkte innerhalb der Parteiführung bezweckt, als daß er tatsächlich durch eine zusätzliche Aufgabenvermehrung begründet ist, die von dem bisherigen Präsidium nicht mehr wahrgenommen werden könnte.

Als einen weiteren Punkt könnte man anführen, daß dieses Präsidium als ein Repräsentativorgan der gesamten Partei anzusehen ist,; insofern sind die bisherigen fünf stellvertretenden Vorsitzenden für das Spektrum unserer Volkspartei insgesamt nicht repräsentativ. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang müßte man unserer Ansicht nach aber auch darauf hinweisen, daß selbst mit sieben stellvertretenden Vorsitzenden das Spektrum unserer Partei immer noch nicht voll erfaßt ist. Möglicherweise müßte man das Präsidium noch weiter aufstocken.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sind nicht ganz frei von der Befürchtung, daß möglicherweise doch konkrete personalpolitische Erwägungen zu diesen Überlegungen des Bundesvorstandes geführt haben.

(Beifall)

Wenn ich mir den Zeitablauf dieser Diskussion vor Augen führe, muß ich feststellen, daß zunächst einmal von sieben Kandidaten nicht die Rede war, der Vorschlag des Bundesvorstandes, die Zahl von fünf auf sieben stellvertretende Vorsitzende zu erhöhen, vielmehr erst später gemacht wurde. Diese geschichtliche Entwicklung spricht doch für unsere Befürchtung.

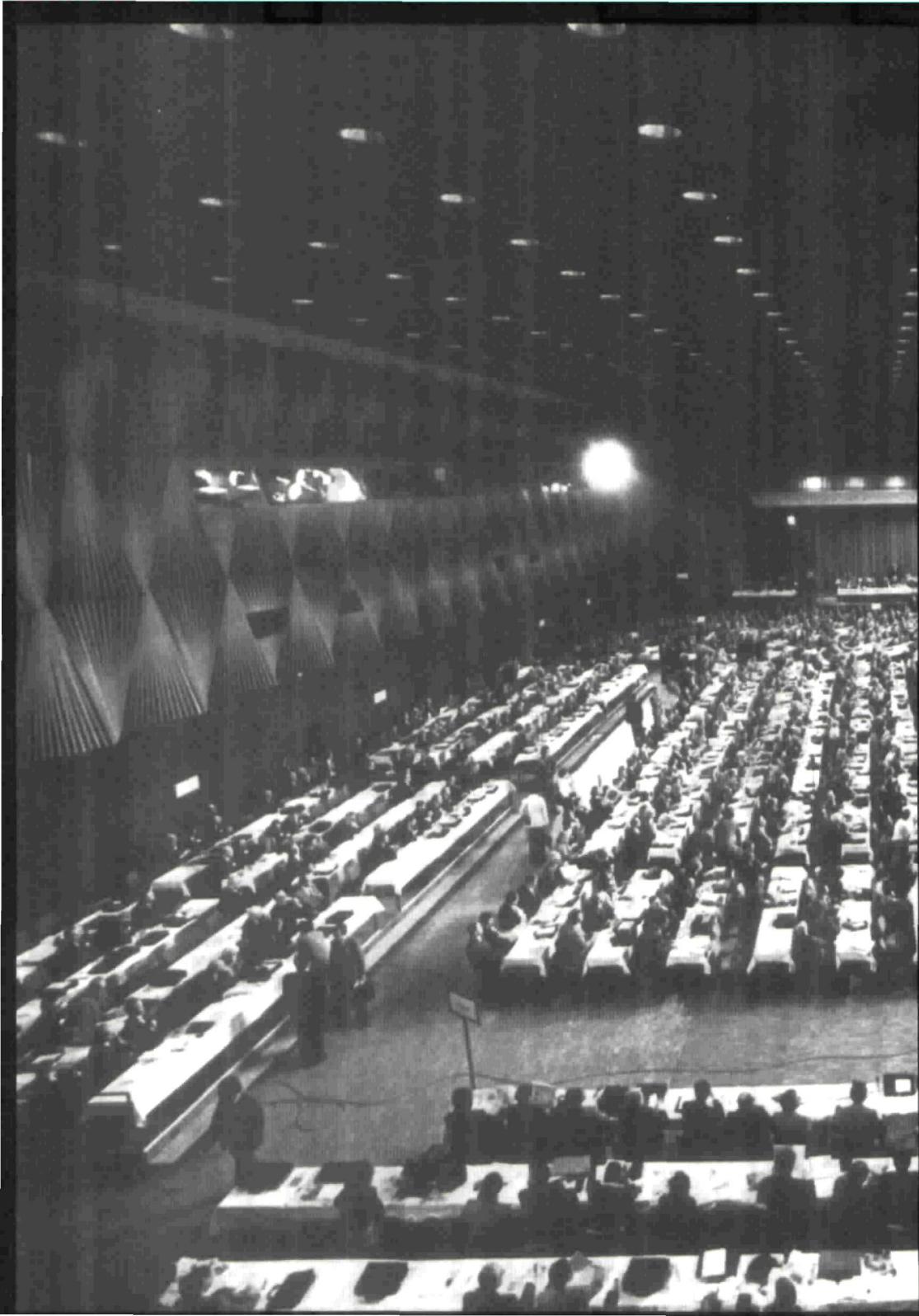
(Beifall)

Wer, meine Damen und Herren, sagt uns denn, daß das Parteipräsidium in zwei Jahren nicht mit derselben Begründung, daß es nämlich weitere Aufgaben - oder besser muß ich jetzt sagen: weitere Kandidaten - gibt, weiter aufgestockt wird, und zwar dann auch acht oder neun stellvertretende Parteivorsitzende?

(Beifall)

Ich kann an dieser Stelle nur sagen - ich spreche insofern mit allem Nachdruck für die Junge Union -: Wir sind bisher mit fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden, die unserem Parteivorsitzenden Dr.Kohl zur Seite standen, gut gefahren. Wir haben zahlenmäßig zwischen Präsidium einerseits und den übrigen Bundesvorstandsmitgliedern andererseits ein gutes Verhältnis gehabt. Wir wenden uns entschieden gegen eine Veränderung des Parteistatuts und der Führungsstruktur aus tagespolitischen Gründen.



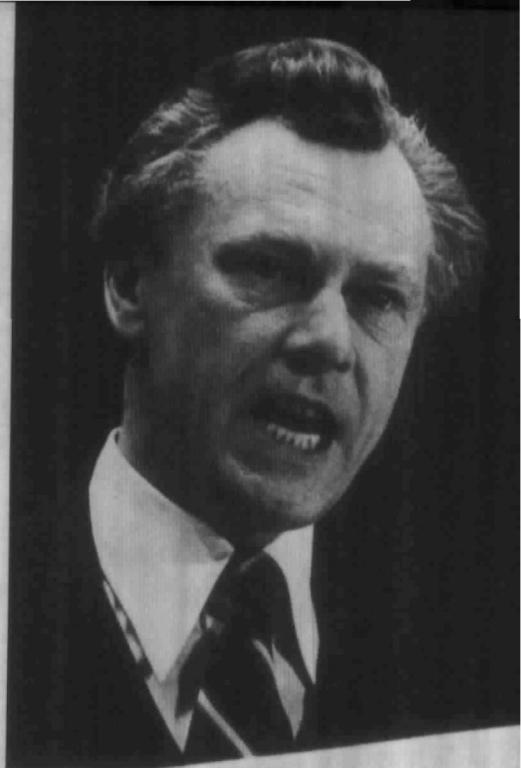
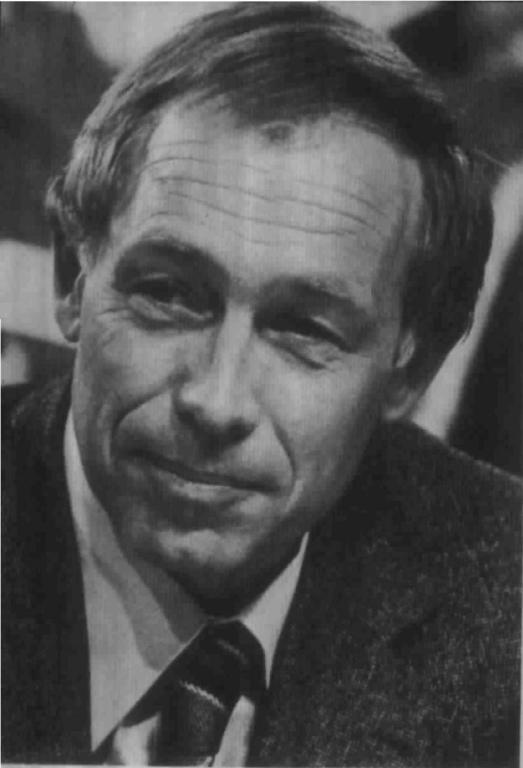


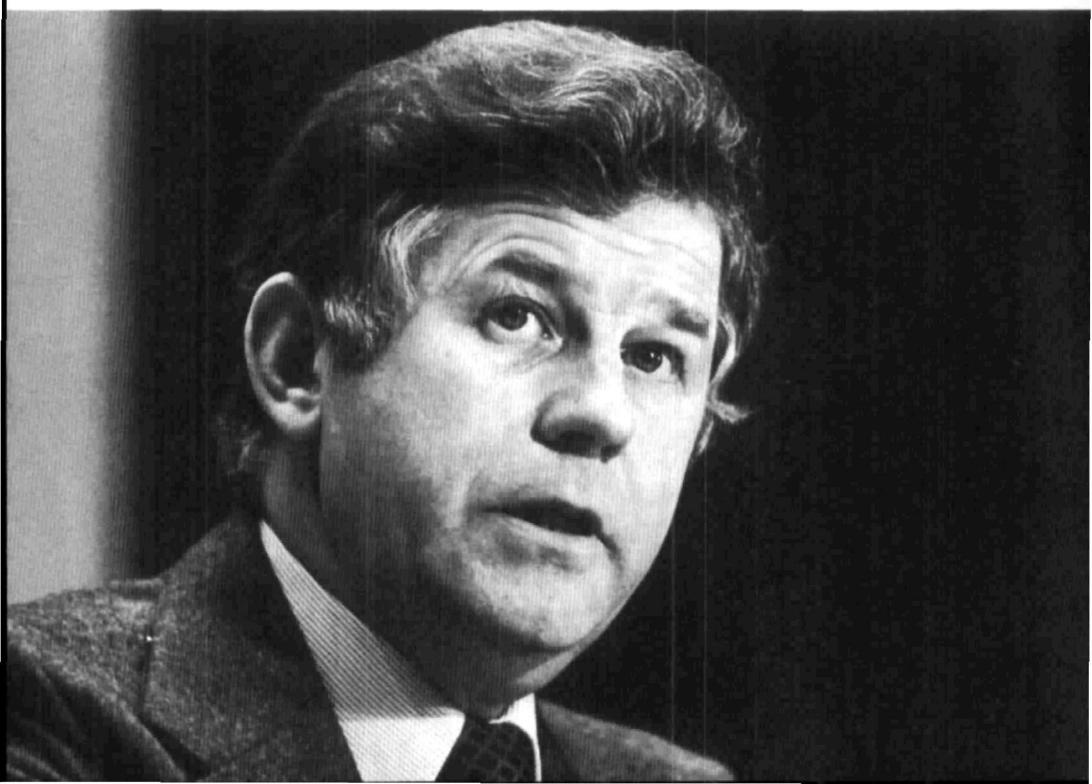


Unsere  
Verantwortung  
für Deutschland

KOMMUNISTISCHE  
PARTEI  
DEUTSCHLAND

Einheit  
und  
Friede









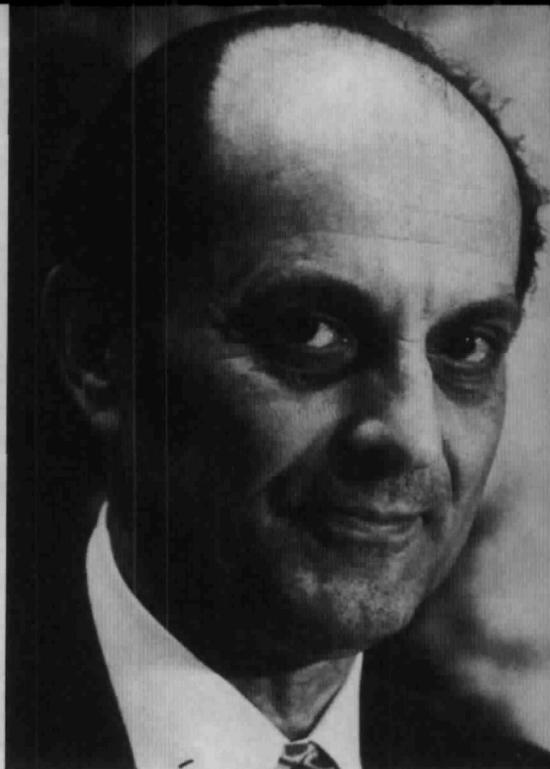
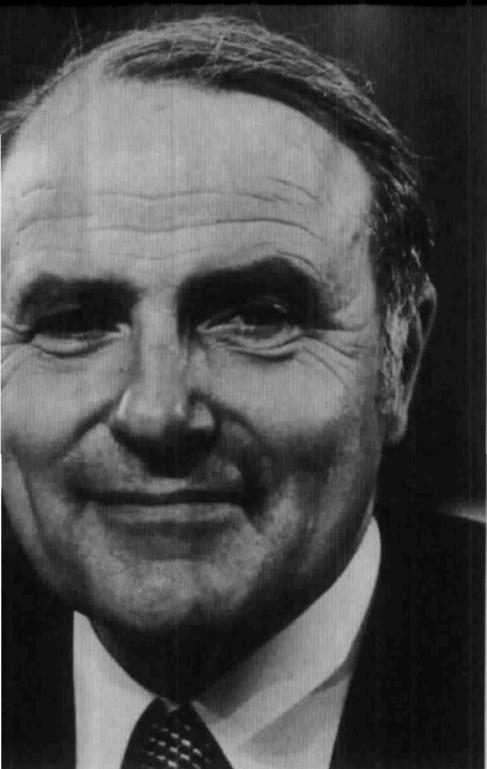


















Ich darf noch ein Letztes ansprechen, meine Damen und Herren. Angesichts der Bedeutung - ich bitte jetzt um Ihre besondere Aufmerksamkeit -, die diese Frage der Satzungsänderung für uns alle hat, und angesichts des etwas problematischen Abstimmungsverfahrens in dieser großen Halle stelle ich hiermit gemäß § 42 des Parteistatuts den Antrag auf geheime Abstimmung.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Beratung des Tagesordnungspunktes 15.1 und gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekannt.

Es wurden 810 Stimmen abgegeben. Alle Stimmen waren gültig. 16 Delegierte haben sich enthalten. Mit Nein haben 27 Delegierte gestimmt, mit Ja 767 Delegierte.

(Bravo-Rufe und langanhaltender, lebhafter Beifall -  
Die Delegierten erheben sich - Zurufe: Helmut! Helmut!)

Lieber Herr Dr. Kohl, ich beglückwünsche Sie zu diesem überzeugenden Vertrauensbeweis des Parteitages und wünsche Ihnen Glück und Erfolg für die weitere Arbeit im Amt des Parteivorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

(Erneuter Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort dem neu- und wiedergewählten Parteivorsitzenden, Herrn Dr. Helmut Kohl.

(Erneuter Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Erlauben Sie mir ein ganz knappes Wort des herzlichen Dankes für dieses Vertrauen und für die Bereitschaft, mich in dieser Aufgabe auch in den nächsten zwei Jahren mitzutragen. Meine einfache Bitte ist, da die Zeiten nicht leichter, sondern schwieriger werden: Stehen wir zusammen und kämpfen wir zusammen! Helfen Sie mir auf diesem Weg.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt zur Wahl des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands kommen, daß wir also die Debatte über die Satzung, die wir bis jetzt geführt haben, unterbrechen und zu Punkt 14.2 der Tagesordnung übergehen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann wollen wir so verfahren.

Der Generalsekretär der CDU wird auf Vorschlag des Parteivorsitzenden gewählt. Der Parteivorsitzende hat also das Nominierungsrecht, und deswegen bitte ich ihn, dem Parteitag seinen Vorschlag zu machen.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Parteitagspräsident! meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß § 29 unseres Statuts obliegt dem Vorsitzenden der CDU der Vorschlag des Generalsekretärs. Unser Freund Biedenkopf ist, wie Sie wissen, auf eigenen Wunsch aus diesem Amt ausgeschieden, d.h. er kandidiert nicht erneut.

Ich schlage Ihnen für die Wahl zum neuen Generalsekretär für die nächsten vier Jahre Dr. Heinrich Geißler vor.

(Beifall)

Heinrich Geißler ist seit beinahe drei Jahrzehnten Mitglied unserer Partei. Er hat der Union in vielen Funktionen gedient. Er war Mitglied und kämpferischer Vorsitzender einer RCDS-Gruppe in Tübingen. Er kommt aus der Arbeit der Jungen Union; er war zuletzt Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg.

Er war dann im Wahlkreis Tübingen Mitglied des Deutschen Bundestags und ist vor gerade zehn Jahren als Mitglied der Mainzer Landesregierung nach Rheinland-Pfalz gekommen. Er hat dort, wie jeder weiß, als Sozialminister vorbildliche Arbeit geleistet.

Ich bin ihm dafür sehr dankbar - und ich will auch das hier ganz deutlich sagen -, daß er mit seiner Bereitschaft zur Kandidatur ein weiteres Beispiel dafür gibt, daß es in dieser Partei selbstverständlich ist, auch ein hohes Staatsamt dranzugeben, um hauptamtlich für unsere Idee in unserer Partei wirken zu können.

(Beifall)

Heinrich Geißler ist ein Mann, der von seinem weltanschaulichen Herkommen geprägt ist, und der daraus nie einen Hehl gemacht hat, für den Grundsätze nicht wohlfeile Ware auf dem Markt des Tages sind, der dann auch sehr unbequem sein kann und sicher auch seinem Parteivorsitzenden im Konkreten unbequem sein wird; aber wir brauchen nicht bequeme Anpasser, sondern aufrechte Männer und Frauen, die unsere Prinzipien vertreten.

(Beifall)

Ich habe ihn in vielen Jahren als einen guten Freund und loyalen Mitstreiter für unsere Sache kennengelernt.

Ich schlage Ihnen zur Wahl zum Generalsekretär Heinrich Geißler vor.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Kohl! - Ich gebe jetzt unserem Freund Heiner Geißler Gelegenheit, sich dem Parteitag persönlich vorzustellen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist eine gute Tradition, daß der Generalsekretär, der kandidiert, bevor er gewählt wird, die Gelegenheit bekommt, sich vorzustellen; dies war auch bei Professor Kurt Biedenkopf vor vier Jahren so. Ich bedanke mich dafür, daß Sie mir die Gelegenheit geben.

Das Amt des Generalsekretärs der CDU gehört sicher zu den politisch wichtigsten Ämtern in Deutschland, und ich weiß, es ist keine leichte Aufgabe. Aber ich versichere Ihnen, daß ich, falls ich Ihr Vertrauen bekomme, in diesem Amt so und mit dem Einsatz arbeiten werde, wie ich es bisher als Minister und sonst in der Partei in den verschiedenen Aufgaben getan habe.

Meine Damen und Herren, ich darf auch hinzufügen: Diese Aufgabe ist für mich persönlich auch eine große Verpflichtung gegenüber meiner

Partei, der Christlich Demokratischen Union, der ich seit dem Ende meiner Schulzeit angehöre.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich bin persönlich davon überzeugt - und ich bedanke mich für das, was Helmut Kohl gerade gesagt hat -, daß der personelle Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Staat und Politik möglich und notwendig ist. Das Grundgesetz hat den Parteien einen verfassungsrechtlichen Auftrag und eine verfassungsrechtliche Position gegeben, und ich habe mich auch deswegen zu dieser Kandidatur bereit erklärt, weil für mich Dienst in einer politischen Partei Dienst am Gemeinwesen ist.

(Beifall)

Ich zitiere einen Satz aus unserem Statut, der auch schon vor vier Jahren von Kurt Biedenkopf zitiert worden ist, nämlich den Satz, daß es u. a. zu den Aufgaben des Generalsekretärs gehört, die politische Arbeit des Parteivorsitzenden zu unterstützen. Ich war mit Helmut Kohl fast zehn Jahre zusammen in einer Regierung, und es gab in dieser Zeit - er weiß dies selber - nicht nur Schönwetterperioden. Aber die politische Effizienz dieser Zusammenarbeit und die freundschaftliche Verbundenheit geben mir die Sicherheit, daß ich mit ihm und den anderen politischen Freunden zusammen auch diese Aufgabe meistern werde, wobei ich davon ausgehe, daß ich mich in diese Aufgabe mit allen Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes teile.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich füge hinzu: Derjenige, der wie Helmut Kohl an vorderster Stelle der CDU steht und daher ganz besonders zum Ziel und zum Gegenstand der gegnerischen Angriffe wird, hat gerade in unserer Partei Anspruch auf die Solidarität seiner politischen Freunde.

(Beifall)

Nun, ich bin in der Partei groß geworden und weiß, daß die Solidarität keine Einbahnstraße ist. Das heißt, die Solidarität, die die Führung zu Recht von der Partei erwarten kann, muß ihre Korrespondenz finden in der Solidarität der Führung gegenüber den Landes- und den Kreisverbänden und den Gliederungen. Diese müssen sich auf die Parteiführung verlassen können.

Einen Punkt, um den es mir ganz besonders geht, möchte ich hier anführen: Sie können sich darauf verlassen - vor allem dann, wenn es darum geht, im nächsten Jahr in Bremen, in Hessen, in Niedersachsen und auch in Bayern, wenn wir dort gebraucht werden -, die Unterstützung der Parteiführung zu bekommen.

Lassen Sie mich noch etwas zu unserer Zusammenarbeit mit unseren hauptamtlichen Parteifreunden sagen. Meine Erfahrung ist, daß das Bild unserer Partei nach außen auch geprägt wird von dem Betriebsklima im Innern der Partei. Unsere hauptamtlichen Mitarbeiter sollen wissen, daß sie auch politisch unverzichtbare und notwendige Arbeit leisten. Ich bin lange genug Orts- und Kreisvorsitzender der CDU und Landesvorsitzender der Jungen Union gewesen, um zu wissen, daß die Kreisgeschäftsführer, die Landesgeschäftsführer, die Sozialsekretäre, daß unsere hauptamtlichen Mitarbeiter das Rückgrat der Partei bilden. Und sie sollen auch wissen, daß ihre Tätigkeit in der Partei nicht unbedingt Endstation einer beruflichen Laufbahn sein muß.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, daß ich zu den vor uns liegenden Aufgaben noch drei kurze Bemerkungen mache.

Erstens: Die politische Einheit der Union muß gewahrt werden. 1969 haben uns die Sozialdemokraten und viele Publizisten die Unfähigkeit zur Opposition und den politischen Zerfall in der Opposition prophezeit. Statt dessen ist die Union die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland mit einer klaren Mehrheit im Bundesrat und in der Bundesversammlung geblieben, innerparteilich geprägt von einem großen personellen und programmatischen Aufbruch. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, es gibt keinen vernünftigen Grund, die politische Einheit der Union aufs Spiel zu setzen.

(Beifall)

Die historische Frage, die mit der politischen Einheit der Union verbunden ist, wird in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar, wenn wir an die anstehenden Europawahlen denken. Die Volksfront ist im Vormarsch, und in den vergangenen Jahren sank der Anteil der Christlich Demokratischen Fraktion im Europaparlament von 45 % bis auf 30 %, ohne die Konservativen. Ich werde mich als Generalsekretär, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben, dafür einsetzen, daß dieser Trend umgekehrt wird. Der Weg der europäischen Einigung muß untrennbar mit der christlich demokratischen und der christlich sozialen Bewegung in Europa verbunden bleiben.

(Beifall)

Als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission der CDU und als Vorsitzender eines Bundesfachausschusses habe ich - ich möchte das hier ausdrücklich sagen - in einer guten und erfolgreichen Zusammenarbeit mit Kurt Biedenkopf die Programmdiskussion in den vergangenen vier Jahren - von Mannheim und Hamburg zur Mannheimer Erklärung und bei der Formulierung des Entwurfes des Grundsatzprogramms - miterlebt und mitgestaltet. In der Kontinuität dieser Arbeit soll es weder einen Bruch noch einen Stillstand geben. Von Methode und Inhalt her ist es nach meiner Meinung wichtig, daß wir nicht bei der notwendigen Analyse des politischen Gegners verharren. Wir wären sonst politisch nur zur Reaktion auf den politischen Gegner verurteilt. Wir müssen fähig sein zur positiven politischen Alternative, die den politischen Gegner zur Reaktion zwingt und unsere Anhänger und die Bürger von unserer politischen Zielsetzung und politischen Führung überzeugt,

(Beifall)

einer Zielsetzung, die, wie es der CDU als Volkspartei entspricht, die einfachen Parolen der extremen Standpunkte ausschließt und die Lösung auf der Basis unserer Grundwerte einer differenzierten Politik sucht, einer Politik, die der Komplexität moderner Gesellschaften entspricht.

Ich trete daher dafür ein, daß wir eine diskussionsbereite, offene und interessante Partei bleiben, die über den Tag hinaus denkt. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte sollten wir für unsere Partei fruchtbar machen. Ich bin gegen geistigen Gleichschritt, weil dies zu politischem Rückschritt führen würde.

(Beifall)

Allerdings, meine Damen und Herren: wenn nach der Diskussion der Sachfragen entschieden ist, muß die Entscheidung solidarisch vertreten werden. Voraussetzung dafür ist wiederum, daß die politischen Führungsgremien den Mut haben, auch in den eigenen Organisationen zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen.

(Beifall)

In diesem Bild, so meine ich, ist auch die Anziehungskraft der Union begründet, zu der vor allem auch viele junge Menschen geströmt sind, obwohl wir hier in Bonn keine Posten und keine Ämter anbieten können. Ich frage mich, ob der schon längst verstorbene englische Premier Gladstone Recht hat, demzufolge derjenige, der einer Oppositionspartei beitrifft, entweder Charakter oder keinen Verstand hat. Ich meine, daß die vielen jungen neuen Mitglieder in der Union vor allem in den Oppositionsjahren bewiesen haben, daß derjenige, der der CDU beitrifft, Charakter und Verstand besitzt.

(Beifall)

Ich darf eine Schlußbemerkung machen. Ich meine, daß die aktuellste Aufgabe, die sich uns heute in der Parteienauseinandersetzung stellt, darin besteht, dem heute von Watergate in den USA bis zum Rentenschwindel in der Bundesrepublik Deutschland verunsicherten Bürger wieder das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems zurückzugeben. Die moralische Krise der jetzigen Koalition darf nicht zur Krise des Parteiensystems werden.

(Beifall)

Deswegen brauchen wir einen neuen Realismus in der Politik, einen Realismus, der verhindert, daß die Leute resignieren und Politik von vornherein mit Lüge und Verschleierung identifizieren. Um dies zu verhindern, brauchen wir in der Politik mehr Sachverstand und mehr Wahrhaftigkeit.

Meine Damen und Herren, wir haben keinen leichten Weg vor uns, die Einheit der Union zu bewahren, die Europawahlen und die Landtagswahlen im nächsten Jahr zu gewinnen, das Grundsatzprogramm und die konkreten politischen Alternativen in der Sache zu erarbeiten. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heinrich Geißler, für dieses Wort.

Ich eröffne damit förmlich den Wahlgang.

(Zurufe)

- Jawohl, ich eröffne damit diesen Wahlgang, meine Damen und Herren. Wir wählen mit dem gelben Stimmzettel, mit dem Stimmzettel Nr. 2. Ich darf noch einmal mitteilen, wie wir zu wählen haben, wenn der Stimmzettel gültig abgegeben sein soll. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen entweder der Name Geißler oder Ja oder Nein oder Enthaltung steht. Nicht ausgefüllte gelbe Stimm-

zettel werden als Enthaltungen gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen tragen, sind ungültig.

Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? - Ich darf das förmlich feststellen. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Wir setzen sodann die Aussprache über die Satzungsänderung fort. Zunächst liegt mit eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor, und zwar von Herrn Manderfeld vom Landesverband Rheinland.

Willi Manderfeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte beantragen, für die jetzt noch folgende Satzungsdebatte die Redezeit auf 3 Minuten pro Redner zu begrenzen. Ich glaube, daß es bei aller Bedeutung der Sache angemessen ist, wenn die einzelnen Redner ihr Votum etwas verkürzt vortragen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Danke! Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Möchte jemand gegen den Antrag sprechen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, die Redezeit auf 3 Minuten zu beschränken. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Das ist ganz eindeutig die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Das Wort zum Tagesordnungspunkt 15.1 hat jetzt Herr Alexander von Bismarck vom Landesverband Schleswig-Holstein.

Alexander von Bismarck, Schleswig-Holstein: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Namen der Jungen Union Deutschlands bitte ich Sie eindringlich, der Erweiterung des Präsidiums nicht zuzustimmen. Warum müssen wir eigentlich immer neue Positionen schaffen, wenn wir mehr Persönlichkeiten haben, als Positionen zu vergeben sind? Scheut man hier die Alternativabstimmung? Ich erinnere mich noch gut daran, wie Dr. Dregger in Mannheim den Mut bewiesen hat anzutreten. Warum sollte dies heute hier nicht auch möglich sein?

(Beifall)

Die Junge Union ist der Meinung, daß das Statut nicht für Personen, sondern höchstens dann geändert werden sollte, wenn die Strukturen der Partei in grundsätzlicher Beziehung geändert werden sollen. Meine Damen und Herren, wir sind eine demokratische Partei, wo es auch Alternativen in den Wahlen geben sollte. Ich freue mich, heute hier einmal unter mehreren Persönlichkeiten eine Auswahl treffen zu können.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag auf Änderung des Statuts nicht zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Jakob das Wort.

Herr Dr. Henning Jakob, Hannover: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Obwohl unser soeben mit großer Mehrheit wiedergewählter Bundesvorsitzender diesen Antrag begründet hat, möchte ich doch mein Unbehagen gegenüber diesem Antrag nicht unterdrücken.

Ich meine, es ist ein organisatorisches Ünding, einen Vorsitzenden mit sieben Stellvertretern zu versehen.

(Beifall)

Wir müssen uns wohl weit in der Landschaft umschauen, um einen Parallelfall zu finden.

Ich möchte mich hier nicht gegen eine Erweiterung des Präsidiums aussprechen, bin jedoch der Meinung, besser wäre der in unserer Partei ja auch schon diskutierte Vorschlag gewesen, zwei Stellvertreter und fünf weitere Mitglieder des Präsidiums vorzusehen. Damit könnten die Notwendigkeiten, die unser Vorsitzender dargestellt hat und die ich durchaus würdige, abgedeckt werden. Dann würden wir - insoweit schließe ich mich meinem Vorredner an - vor durchaus interessanten personellen Alternativen stehen. Ich meine, wir sollten diese Alternativen nicht scheuen und sollten klare Entscheidungen treffen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum vor. Das Wort zur Beantwortung hat jetzt noch einmal der Parteivorsitzende. Bitte Herr Dr. Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe viel Sympathie für die, die hier ihre Sorge zum Ausdruck bringen, mit einem solchen Antrag solle etwa finassiert werden. Ich kann nur noch einmal sagen: Dieser Antrag hat überhaupt nichts damit zu tun, daß hier etwa eine Art von Inflation und Ausweitung des Parteipräsidiums betrieben werden soll. Wenn Sie die Satzung zur Hand nehmen, werden Sie feststellen, daß das eigentliche Entscheidungs- und Beschlußgremium unserer Partei der Bundesvorstand ist. In den vier Jahren, seit ich durch Ihr Vertrauen die Führung der Partei übernehmen konnte, haben wir uns zur Regel gemacht, daß wir praktisch jeden Monat - mit Ausnahme der Ferienmonate - eine Sitzung des Bundesvorstandes abhalten. Eine ähnlich intensive Arbeit des Beschlußgremiums Bundesvorstand hat es in der Geschichte der Partei eigentlich nie gegeben. Sie mögen daraus ersehen, daß nicht eine Umverteilung von Macht vorgenommen werden soll. Mir geht es vielmehr darum - ich sage es noch einmal, und ich stehe zu dieser Idee, auch auf die Gefahr hin, daß das mißverstanden wird -, nicht neue Pfründen, sondern neue verbesserte Arbeitsmöglichkeiten in der Außenwirkung des Parteipräsidiums zu schaffen. Sie dürfen mir abnehmen, daß ich hier von etwas rede, wozu ich inzwischen sachverständig geworden bin.

(Beifall)

Es geht nicht an, daß ich fortdauernd Vorwürfe wegen mangelnder Repräsentanz der Parteiführung bei wichtigen Gelegenheiten bekomme und ich gleichzeitig darum besorgt sein muß, daß auch wichtige Träger von Staatsämtern im Parteipräsidium der CDU ihren Platz haben. Aber fairerweise muß man dann jenen Kollegen auch die Chance geben, neben dem Parteiamt vor allem ihr wichtiges Staatsamt wahrzunehmen, wenn man es mit glaubwürdiger Politik ernst meint.

Den Vorwurf - das muß ich auch sagen -, man müsse neue Positionen schaffen, damit die Zahl aufgeht, nehme ich nicht auf. Er ist mir auch in der Presse von einigen vor diesem Parteitag gemacht worden. Meine Damen und Herren, ich persönlich bin in meinem Leben Kampfkandidaturen nie aus dem Wege gegangen. Ich bin vor vielen Jahren als Kandidat für den Bundesvorstand durchgefallen, und sehr viele

von Ihnen waren dabei, als ich in Saarbrücken bei der Wahl zum Parteivorsitzenden durchgefallen bin. Es ist also nicht mein Problem, einen Mangel an Kampfbereitschaft erkennen zu lassen. Natürlich können - das liegt doch bei Ihnen -, wenn wir sieben zu wählen haben, acht oder neun kandidieren. Das hängt doch nun wirklich nicht von der Zahl fünf oder sieben ab. Diese Logik ist jedenfalls für mich nicht überzeugend.

(Beifall)

Ich kämpfe, wie Sie merken, hier nicht um irgendein Personaltableau, sondern ich kämpfe wirklich darum, daß wir in der schwierigen Zeit der nächsten zwei Jahre nach den Erfahrungen, die ich als Vorsitzender in vier Jahren gewonnen habe, eine bessere Möglichkeit zur Repräsentanz in der Bundesrepublik, im Ausland, vor allem bei unseren europäischen Freunden bekommen. Wenn man nun sagt: die Zahl sieben Stellvertreter ist nicht überzeugend, so ist dies ein Argument, das man - ich meine jetzt in bezug auf den Titel "Stellvertreter" - durchaus vertreten kann. Aber gerade nach unserer bisherigen Erfahrung mit der Auslandsarbeit ist es von großer Bedeutung, daß ich einen stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU zu wichtigen Kongressen und Verhandlungen entsenden kann.

Ich kann Sie nur noch einmal sehr herzlich bitten, mir das so abzunehmen, wie es gedacht ist, nämlich als eine Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeit der Parteiführung. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung für den Antrag des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Kohl!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag 15.1. Wortmeldungen liegen nämlich nicht mehr vor. Jetzt müssen wir aber § 42 unseres Statuts beachten. Vorhin ist hier beantragt worden, daß über den Antrag 15.1 geheim abgestimmt wird. In § 42 unseres Statuts ist geregelt, wann einem solchen Antrag zu entsprechen ist. Wenn mindestens ein Viertel der anwesenden Parteitagdelegierten einen solchen Antrag unterstützt, ist geheim abzustimmen. Das heißt, es müßten 210 Delegierte für geheime Abstimmung votieren. In diesem Fall müßte geheim abgestimmt werden.

Wird jetzt noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über die Frage, ob geheim abgestimmt werden soll oder nicht. Wer für geheime Abstimmung ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Es sind mit Sicherheit nicht 210 Delegierte, die diesen Antrag unterstützen.

(Beifall und Zurufe)

Mit Sicherheit nicht!

Wir kommen deswegen jetzt zur Scheidung in der Sache.

Der Antrag 15.1 liegt Ihnen vor. Sind Sie damit einverstanden, daß wir in einer Abstimmung über diese Vorlage des Bundesvorstandes befinden? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann wollen wir so verfahren.

Wer dem Antrag des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der roten Karte. - Danke sehr! Ich bitte um die

Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das erste war deutlich die Mehrheit. Der Antrag des Bundesvorstandes ist damit angenommen, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt, wenn Sie damit einverstanden sind, zur Behandlung des Antrags 15.2. Dabei geht es um die Zusammensetzung des Bundesparteitages. Dazu liegen eine Reihe von Wortmeldungen vor. Das Wort hat zunächst Herr Dr. Worms von der Antragskommission.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 15.2 und damit Ablehnung der Anträge 15.3 und 15.4. Ausschließlich Zweckmäßigkeitsüberlegungen haben uns zu dieser Beschlußempfehlung bewogen. Es geht erstens um die Arbeitsfähigkeit des Bundesparteitages. Zweitens können wir nicht nur auf einige wenige deutsche Großstädte ausweichen, sondern wir wollen mit unseren Bundesparteitagen auch bewußt ins Land hinaus gehen. Drittens haben wir die Kosten der Durchführung eines Bundesparteitages mit zu gewichten.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms! Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Debatte und gebe das Wahlergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen 812, ungültige Stimmen 1, Enthaltungen 38, nein 27. Für Dr. Geißler abgegebene Ja-Stimmen 746.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Freund Geißler, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Dr. Heiner Geißler (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Auf die Frage des Präsidenten antworte ich mit einem klaren Ja, und ich bedanke mich. Mein Dank soll aber vor allem darin bestehen, daß wir gemeinsam die Union weiter voranbringen und sie zu dem Sieg führen, den sie aufgrund ihrer geschichtlichen Leistung verdient.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Lieber Freund Geißler, im Namen des gesamten Parteitages gratuliere ich Ihnen herzlich zu diesem eindrucksvollen Wahlergebnis. Wir alle wünschen Ihnen in Ihrem neuen Amt Glück und Erfolg.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt zur Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden kommen und erst nach Durchführung dieser Wahl unsere Satzungsdebatte fortsetzen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann wollen wir so verfahren.

Als Stellvertretende Vorsitzende sind zur Wahl vorgeschlagen:

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf  
Dr. Alfred Dregger  
Dr. Hans Filbinger  
Hans Katzer  
Heinrich Köppler  
Dr. Hanna-Renate Laurien  
Dr. Gerhard Stoltenberg

Ich frage zuerst, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Ich darf feststellen, daß weitere Vorschläge nicht vorliegen. Wir haben also sieben Kandidaten.

Ich darf jetzt die Landesgeschäftsführer oder ihre Beauftragten bitten, in das Organisationsbüro zu kommen, um dort die Unterlagen abzuholen, damit wir den Wahlakt vornehmen können.

Meine Damen und Herren, die Stimmzettel sind vorbereitet. Sie werden Ihnen jetzt gleich vorgelegt. Ich schlage vor, daß wir jetzt mit der Debatte über die Satzungsänderung fortfahren, denn allein zum Punkt 15, 2- Antrag des Bundesvorstandes - liegen bereits neun Wortmeldungen vor.

Als erster hat Herr Heinz Martin Weidemann vom Landesverband Hannover das Wort. Bitte schön, Herr Weidemann!

Heinz Martin Weidemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Laufe des Vormittags haben wir, glaube ich, alle mit großer Befriedigung gehört, daß unsere CDU von der Wählerpartei in den letzten fünf Jahren zur echten Mitgliederpartei geworden ist, wodurch auf diesem Parteitag 838 Delegierte anwesend sind. Diese Zahl ist ganz sicher nicht mehr zu steigern, denn wir sehen alle, wie eng die Räumlichkeiten - selbst in dieser großen Halle - sind. Eine bessere Arbeitsfähigkeit ist somit bei steigender Delegiertenzahl nicht mehr möglich.

Ich frage mich aber: Sollen wir diese Delegiertenzahl jetzt einfach zurückschrauben und all den Parteifreunden, die dann in dem Sieb hängenbleiben, nicht mehr die Möglichkeit geben, am Parteitag teilzunehmen? Wie sieht dann künftig die Delegiertenversammlung aus? Wir werden in der Mehrzahl Parlamentarier und Spitzenpolitiker der Bundespartei hier versammelt sehen. Ich darf Ihnen hier einmal das Beispiel des Kreisverbandes Hannover-Land anführen. Es handelt sich um einen der 15 größten Kreisverbände mit über 6.500 Mitgliedern. Er stellt 7 Delegierte. 2 Delegierte davon sind Landtagsabgeordnete, darunter der Ministerpräsident und der Kreisvorsitzende; ferner ein Bundestagsmitglied, ein Großraummitglied und ein Ratsherr.

Meine Damen und Herren, es sieht doch so aus: So ein Parteitag gibt jedem, der ihn besucht, mehr Information, und er wirkt gleichzeitig als Motor und Akku für diesen weiteren Kampf, den wir gemeinsam zu führen haben. Ich meine deshalb, daß man die Delegiertenzahl auf 283 einfrieren sollte, und man sollte unter keinen Umständen die Zahl auf 600 Delegierte zurückschrauben.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Vorschlag kann nicht mehr zum Antrag erhoben werden; dazu ist es zu spät. Ich bitte Sie daher zu prüfen, ob der Antrag 15.3, der 750 Delegierte vorschlägt, nicht der gegebene Antrag ist, dem wir zustimmen sollten. Ich halte nichts davon, die Zahl der Delegierten drastisch zu kürzen. Ich bitte Sie, das bei diesen Überlegungen zu bedenken. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank.

Ich beziehe die Anträge 15.3 und 15.4, die den gleichen Sachgegenstand betreffen, mit in die Diskussion ein.

Als nächster hat sich Herr Tannen vom Landesverband Oldenburg zu Wort gemeldet.

Ernst Tannen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Parteitag hat ein weitgehendes Verständnis für die organisatorischen Nöte, die der Bundesvorstand hinsichtlich der Durchführung künftiger Parteitage haben wird. Dem Antrag des Vorstandes, den Delegiertenschlüssel zu verändern, möchte ich allerdings ausdrücklich widersprechen. Ich meine, es könnte nur derjenige Delegierte diesem Antrag entsprechen, der sich auf diesem Parteitag hier überflüssig fühlt.

Wer als Delegierter sein Mandat ernst nimmt, wird wissen, daß er nicht nur die Aufgabe hat, hier auf dem Parteitag Beschlüsse zu fassen; vielmehr noch muß er sich als Mittel im Informationsfluß vom Parteitag zur Parteibasis, zu jedem Mitglied hin betrachten. Wir alle haben die Aufgabe, in den Kreisverbänden und Ortsverbänden Bericht zu erstatten und zu dem, was auf dem Parteitag beraten und beschlossen wurde, vor den Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Diese Aufgabe kann man nur erfüllen, wenn man hier dabei gewesen ist.

Dieser Informationsfluß hin zum Mitglied, zur Parteibasis wird erschwert, wenn künftig statt auf etwa 800, nur noch auf etwa 1400 Mitglieder ein Delegierter entfällt.

Der Bundesparteitag ist schließlich auch eine politische Demonstration, bei der in der Zahl der Delegierten auch die Kraft der Partei in der Repräsentanz ihrer Mitglieder zum Ausdruck kommt. Wenn das aber so ist, und wenn durch die Zahl der hier anwesenden 870 Delegierten - zusammen mit den etwa 1400 Gästen - die Raumfrage zum Problem wird, dann ist für mich nicht einzusehen, weshalb gerade die Repräsentanz der Mitglieder auf dem Bundesparteitag geschwächt werden soll. Jeder Delegierte sollte deshalb bei der Abstimmung davon ausgehen, daß er zu den 270 Delegierten gehören kann, die künftig am Parteitag nicht mehr teilnehmen werden, wenn diesem Antrag gefolgt wird.

Aus diesem Grunde bitte ich, den Antrag des Vorstandes abzulehnen und die Unterbringungsfrage als eine auch anders lösbare Frage an den Vorstand zurückzugeben.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vorhin eine Redezeitbegrenzung beschlossen. Ich wäre denjenigen, die noch reden werden, dankbar, wenn sie sich daran halten würden, damit wir nicht vom Präsidium her die Redner unterbrechen müssen.

Das Wort zu diesen Anträgen hat jetzt der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Heinrich Geißler sprach eben von der Forderung nach einer realistischen Politik, und ich will das nachvollziehen. Nach dem, was gestern Abend beraten wurde - und ich glaube, es ist legitim, das in die Debatte einzuführen-, was gestern in den verschiedenen Beratungen der jeweiligen Landesgruppen der Delegierten besprochen wurde, und nach dem, was hier im Saal nicht nur ich, sondern auch andere beobachten können, gehe ich davon aus, daß diese Vorstandsvorlage keine satzungserändernde Mehrheit bekommt.

(Beifall)

Ich - und auch die Vorstandskollegen - empfinde das überhaupt nicht als Schande. Es ist uns klar, um welches Problem es hier geht, und warum hier eine leidenschaftliche Debatte aufbrandet: Für viele Freunde aus der Partei ist dies der einzige Tag im Jahr, an dem eine Begegnung mit der Gesamtpartei der Union möglich ist.

(Beifall)

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch wir als Parteiführung ein Interesse an solchen Überlegungen haben.

Nur lassen Sie mich einen Satz zu unseren Überlegungen sagen. Unsere Parteitage werden zunehmend zu einem Problem der vorhandenen oder nicht vorhandenen Hallen in der Bundesrepublik. Ich halte es für eine miserable Entwicklung, wenn wir allmählich in die Lage kommen, daß wir nur noch an drei Orten der Bundesrepublik tagen können.

In meinem Interesse liegt es, Ihnen als Parteivorsitzender zu ermöglichen, daß wir an einer größeren Zahl wichtiger Tagungsorte in der Bundesrepublik tagen können. Mir ist aber ebenfalls klar, daß eine Begrenzung der Delegiertenzahl auf 600 hier nicht durchzusetzen ist. Deshalb möchte ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, über den ich mit den Mitgliedern des Vorstandes freilich noch nicht im einzelnen sprechen konnte. Wir sollten uns nicht in die Diskussion über einen Antrag verbeißen, der einfach nicht durchsetzbar ist. Ich befinde mich hier in der gleichen Lage wie auch andere Parteivorsitzende, die sich genau an diesem Punkt auch nicht durchsetzen konnten.

Ich bitte Sie, Verständnis dafür zu haben, daß wir die Zahl der Delegierten jetzt festschreiben müssen. Meine Damen und Herren, vor vier Jahren hatten wir 510 Delegierte. Jetzt haben wir 830 Delegierte. Wenn die Partei sich so entwickelt, wie wir alle es hoffen, ist der Zeitpunkt ganz nahe, zu dem wir die Zahl von 1000 Delegierten erreichen. Damit hätte die Delegiertenkörperschaft eine Größenordnung erreicht, die Beratung und Unterbringung immer mehr erschwert. Von der finanziellen Perspektive will ich jetzt gar nicht sprechen. Deswegen will ich Ihnen den Vorschlag machen, den ich als Vorsitzender allein auf meine Kappe nehme, daß wir heute erstens zu einer Festschreibung kommen, daß wir zweitens die Zahl der Delegierten auf 750 festschreiben

(Beifall)

und daß wir drittens bei dem vorgeschlagenen Aufteilungsverhältnis 1 : 4 bleiben. Wenn dies ein Ausweg wäre, brauchten wir jetzt nicht noch anderthalb Stunden über das Wenn und Aber zu diskutieren,

(Beifall)

sondern wären vielleicht doch in der Lage, uns möglichst rasch den anderen wichtigen Geschäften zuzuwenden.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank!

Meine Damen, meine Herren, das bedeutet, daß Absatz 1 des Antrags des Bundesvorstandes - Antrag 15.2 - zurückgezogen ist und der Antrag 15.3 des Kreisverbandes Frankfurt nunmehr Gegenstand der Beratungen ist. Ich möchte diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben

- es sind insgesamt neun Delegierte - fragen, ob sie angesichts der veränderten Situation immer noch das Wort wünschen. Ich frage der Reihe nach: Herr Dr. Burggraf, Hessen, Frau Schmelzle, Hannover, - Herr Mugrauer, Baden-Württemberg, - Herr Jung, Hessen, - Frau Dr. Obermüller-Kochs, Baden-Württemberg, - Herr Doppmeier, Westfalen-Lippe, - Herr Dr. Michel, Hessen, - Herr Dr. Hirsch, Niedersachsen, - Herr Borsche, Hessen. - Ich stelle fest, daß die Wortmeldungen nicht aufrecht erhalten werden.

(Beifall)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir Absatz 1 des Antrags 15.3 des Kreisverbandes Frankfurt in den Antrag 15.2 des Bundesvorstandes übernehmen und die Absätze 2 und 3 des Antrages 15.2 belassen. Dieser Antrag wäre dann Gegenstand der Abstimmung. Wird dazu noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem so geänderten Antrag seine Zustimmung geben will, gebe bitte das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist es so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe nun Punkt 14.3 der Tagesordnung auf:

Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden

Ich frage, ob alle Delegierten den Stimmzettel für diesen Wahlgang in Empfang genommen haben.

(Zurufe: Nein!)

- Es gibt einige, die noch nicht im Besitz der Stimmzettel sind. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, Stimmzettel an diese Delegierten zu verteilen. -

Allen Delegierten liegen nunmehr die Stimmzettel vor. Auf Grund der eben beschlossenen Änderung von § 43, Absatz 2, des Statuts müssen Sie auf dem Stimmzettel die Namen von mindestens vier der sieben Kandidaten ankreuzen. Es müssen also die Namen von mindestens vier Kandidaten angekreuzt sein, damit der Stimmzettel gültig ist.

Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. -

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob die Stimmzettel für die Wahl der Stellvertreter abgegeben sind?

(Widerspruch)

Ich sehe, daß das noch nicht der Fall ist. Wir warten noch eine Weile.

Darf ich jetzt noch einmal fragen, ob alle Stimmzettel für die Wahl der Stellvertreter abgegeben sind?

(Widerspruch)

Darf ich diejenigen, die noch nicht abgegeben haben, bitten, sich zu melden, damit unsere Damen Sie auch finden.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? - Das ist der Fall. Der Wahlgang für die Wahl der Stellvertreter ist geschlossen.

Meine Damen, meine Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt, wie heute vormittag beschlossen, zunächst die Liste für die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes erstellen. Die halbe Stunde seit der Verabschiedung des Antrages 15.1 ist um. Ich schlage Ihnen vor, jetzt die Liste zu erstellen, weil durch das Tagungsbüro eine Wahl-liste angefertigt werden muß. Die Vorlage liegt Ihnen vor, ich darf sie Ihnen aber noch einmal vorlesen. Auf dieser Liste finden Sie den Vorsitzenden sowie die stellvertretenden Vorsitzenden und den Bundesschatzmeister vorgeschlagen. Dazu gibt es später noch einen Wahlgang. Ich lese jetzt noch einmal die Namen derer vor, die als weitere Mitglieder des Bundesvorstandes vorgeschlagen sind: Ursula Benedix, Dr. Philipp von Bismarck, Dr. Norbert Blüm, Jürgen Echternach, Annemarie Griesinger, Wilfried Hasselmann, Karl-Heinz Hoffmann, Dr. Gerd Langguth, Peter Lorenz, Bernd Neumann, Hans Reckers, Dr. Burkhard Ritz, Helmut Sauer, Werner Scherer, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Dr. Bernhard Vogel, Friedrich Vogel, Dr. Horst Waffenschmidt, Dr. Walter Wallmann, Dr. Richard von Weizsäcker, Dr. Helga Wex, Heinrich Windelen, Matthias Wissmann, Dr. Manfred Wörner, Prof. Dr. Gerhard Zeitel.

Werden noch weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich das Tagungsbüro bitten, die Stimmliste für die weiteren Mitglieder des Vorstandes zu erstellen.

Ich rufe jetzt Antrag 15.5 auf. Zu diesem Antrag, der Ihnen zugegangen ist, darf ich Ihnen mitteilen, daß der Antrag vom Antragsteller zurückgezogen worden ist und damit seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Antrag 15.6 auf und bitte den Sprecher der Antragskommission, Herrn Dieppen.

Eberhard Dieppen, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages des Landesverbandes Berlin in einer veränderten Fassung, die auch die Zustimmung der Antragsteller gefunden hat. § 20 des Statuts beschränkt das Wahlrecht und beinhaltet eine Vermutung für die Beschränkung des Wahlrechts. Die Intention der Antragsteller liegt darin, daß die Vermutung zugunsten eines Stimmrechts umgedreht wird. Die Empfehlung der Antragskommission lautet, daß der Antrag des Landesverbandes Berlin durch die Ergänzung des § 20 Abs. 1 ersetzt wird, nämlich die Formulierung: "... soweit das jeweilige Wahlgesetz dies vorschreibt." Die Begründung liegt darin, daß hier nicht nur das Landesrecht und Landtagswahlen berücksichtigt werden sollen, sondern beispielsweise auch Wahlen zum Europäischen Parlament, und daß damit die Zuständigkeit des Wahlrechts insgesamt und nicht nur des Landesrechtes berücksichtigt werden muß.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem Antrag in der vorgelegten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 15.7 auf und bitte jetzt Herrn Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Überweisung dieses Antrags an den Bundesvorstand. Hier empfiehlt es sich deshalb, dies zu tun, weil

wiederum Überlegungen der Zweckmäßigkeit dafür sprechen, dem Antragsbegehren in der jeweils geeigneten Form stattzugeben.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Zur Begründung des Antrages hat noch einmal Herr Teufel vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! § 2 unseres Statuts regelt den Namen der CDU Deutschlands. Wir begehren mit unserem Antrag, daß diesem Namen "CDU" der Zusatz angefügt werden kann "in der Europäischen Volkspartei (EVP)".

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir stehen ein Jahr vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Die CDU hat mit ihren europäischen Schwesterparteien die EVP gegründet. Unter diesem Namen ziehen wir gemeinsam in den Wahlkampf. Wir müssen deshalb den Namen EVP, den bisher außer den CDU-Mitgliedern praktisch niemand kennt, bei den Wählern und Bürgern bekanntmachen. Damit, meine ich, müssen wir ein Jahr vor der Wahl endlich beginnen. Wir müssen den guten Namen der CDU mit dem Namen der EVP verbinden. Wir sollten uns auch im kommenden Jahr verstärkt europäischen Fragen widmen. Dieser Antrag bindet den Bundesvorstand nicht, ermöglicht ihm aber, zusätzlich zum Namen CDU auch den Namen EVP zu führen.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herr Teufel hat nicht dazu Stellung genommen, daß der Antrag an den Bundesvorstand überwiesen werden soll. Wir sind gegen die Überweisung an den Bundesvorstand und für die Verabschiedung hier. Die Überweisung an den Bundesvorstand sehe ich als den weitergehenden Antrag an. Wer dem Antrag der Antragskommission, der Überweisung an den Bundesvorstand zuzustimmen, folgen will, den bitte ich um sein Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Danke schön. Das erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe den Antrag 15.8 auf. Wird zunächst das Wort zur Begründung gewünscht, bevor die Antragskommission Stellung nimmt?

(Zuruf: Begründung!)

Der Antragsteller bittet ums Wort. Bitte sehr!

Günter Klein, Bremen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir unterbreiten Ihnen die Bitte um Minderheitenschutz; und zwar soll im Bundesvorstand mindestens ein Vertreter eines Bundeslandes Sitz und Stimme haben.

Das ist besonders wichtig für die Landesverbände der kleinen Bundesländer. Gerade die Stadtstaaten stehen immer wieder vor der schwierigen Situation - wie auch jetzt -, bei der Wahl zum Bundesvorstand gegeneinander antreten zu müssen. Das bringt die Gefahr des gegenseitigen Ausschlusses mit sich. Das ist politisch schädlich, zumal die SPD in Hamburg und in Bremen mit überregionaler Ausstrahlung repräsentiert ist. Die FDP hat in ihrer Satzung sichergestellt, daß jedem Bundesland im Bundesvorstand Sitz und Stimme zugestanden wird.

Die Verminderung der Zahl der Delegierten unseres Bundesparteitages ist im Ergebnis eine weitere Schwächung der kleinen Verbände. Das spricht zusätzlich für unseren Antrag.

Unser Antrag wird nicht nur von Bremen und Hamburg sowie von Herrn Lummer aus Berlin unterstützt, sondern auch von Freunden

aus den größeren Verbänden, z. B. von Herrn Späth. Auch Herr Albrecht hat sich ausdrücklich mit diesem Antrag einverstanden erklärt.

Ich erkläre aber ausdrücklich, um satzungsrechtliche Zweifel von vornherein auszuräumen, daß wir das Wort "muß" durch das Wort "soll" ersetzt wissen wollen; denn es kommt uns ausschließlich auf den Appell an die Solidarität der Partei an, die mit Sicherheit auch und gerade in Norddeutschland Früchte tragen wird.

Zu unserer großen Freude hat sich unser Bundesvorsitzender in der Mittagspause ebenfalls mit der Zielsetzung dieses Antrages einverstanden erklärt. Er wollte dazu auch selbst etwas sagen. Ich bedaure deswegen, daß er zur Zeit nicht im Saal ist.

Ich bitte Sie, diesem so geänderten Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Sie entsprächen damit unserer Bitte um Minderheitenschutz. Ich glaube, das wäre ein Beweis für ein Parteiverständnis, das unserer föderativen Struktur voll Rechnung trüge.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Meine Damen und Herren, für die Antragskommission muß ich Ihnen vorschlagen, den Antrag abzulehnen. Ich will das auch begründen. Es handelt sich um eine weder nach dem Parteiengesetz noch nach der Satzung noch nach dem Demokratieverständnis zulässige Einschränkung des Wahlrechts. So sehr es wünschenswert wäre, daß jeder Landesverband im Bundesvorstand vertreten ist, so läßt sich das doch nicht auf diesem Wege erreichen. Deshalb empfiehlt die Antragskommission Ablehnung dieses Antrages.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Wird zu dem Antrag 15.8 noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war einwandfrei die Mehrheit. Der Antrag 15.8 ist damit abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Antrag 19.1 auf. Zur Begründung hat das Wort Herr Heinzel.

Richard Heinzel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Kreisverband Unna geht bei diesem Antrag davon aus, daß die Mitgliederzahl in der Partei, vor allem bei den Jugendlichen und bei den Hausfrauen - das haben wir heute morgen ja schon einige Male gehört -, stürmisch wachsen wird. Nun ist es aber den jungen Leuten und auch den nicht verdienenden Hausfrauen schlecht zuzumuten, die Beiträge zu bezahlen, die wir von unseren Mitgliedern verlangen, die voll im Erwerbsleben stehen. Darum meinen wir, daß es uns gut anstünde, wenn wir dazu kämen zu sagen: Den Kreisverbänden darf für alle Neumitglieder, die nachweisbar ohne eigenes Einkommen sind, nur die Hälfte, also 50%, des Beitrages abgenommen werden. Darüber hinaus bin ich auch nicht der Meinung, daß die Last allein den Kreisverbänden aufgebürdet werden sollte, sondern daß sie zu gleichen Teilen der Bundes- und Landespartei obliegt.

Wir müssen davon ausgehen -wir haben das heute morgen einige Male gehört -, daß wir zu einer Mitgliederpartei werden, ja schon geworden sind, und von dem Wahlverein früherer Zeiten ganz abrücken wollen. Ich meine, dazu kommen wir nur, wenn wir diesen Leuten in der Weise ein Angebot machen, daß sie sich finanziell etwas besser stehen als diejenigen, die voll im Erwerbsleben stehen. Ich bitte daher den Bundesparteitag, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir den Leuten an der Basis entgegenkommen können.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundesschatzmeister.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister der CDU: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vom Mannheimer Parteitag auf Vorschlag des Bundesvorstandes nach langen und eingehenden Beratungen - Sie werden sich daran erinnern - bewußt beschlossene neue Beitragsregelung ist in der Kombination von genereller Beitrags-erhöhung und Beibehaltung des alten Mindestbeitrages von 3 DM für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose und Rentnern eine Maßnahme parteiinterner Solidarität zwischen einkommensschwachen und wirtschaftlich leistungsfähigeren Mitgliedern. Die Erfahrung hat die Erwartung bestätigt: Der relative Einnahmeausfall auf der einen Seite wird bei weitem überkompensiert durch Mehreinnahmen auf Grund der höheren Beiträge auf der anderen Seite. Wir empfehlen daher, den Antrag abzulehnen und es bei der jetzigen Regelung zu belassen.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Unter Hinweis auf diese Ausführungen empfehle auch ich im Namen der Antragskommission Ablehnung.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission auf Ablehnung des Antrages 19.1 folgen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag der Antragskommission auf Ablehnung ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe den Antrag 19.2 auf. Zur Begründung hat das Wort Herr Doppmeier.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Das Anliegen des Antrages 19.2 des Kreisverbandes Gütersloh geht dahin, daß wir nicht nur während der Wahlkämpfe und auch während der Vorwahlkampfzeiten eine intensive Aufklärungsarbeit in den Orts-, Gemeinde- und Kreisverbänden leisten, sondern daß wir das gewissermaßen als ständige Aufgabe betrachten und somit auch in den wahlfreien Jahren zumindest zweimal im Jahr eine Information an die Haushalte verteilen können, und zwar eine Informationsschrift, die einen soliden Inhalt hat. Ich denke in etwa an "UId" und ähnliche Dinge. Das ist die Intention des antragstellenden Kreisverbandes Gütersloh. Ich bitte Sie sehr herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen zur Zeit nicht vor.

Ich darf Herrn Vogel als dem Vertreter der Antragskommission das Wort geben.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit folgendem Einschub:

Der Bundesparteitag der CDU fordert die Landesverbände auf, in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden dafür zu sorgen, ...

Dann weiter im Wortlaut des Antrages.

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen, meine Herren, Sie haben die Begründung der Antragskommission gehört, die vorschlägt, den Antrag mit einer Abänderung anzunehmen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen, also über die Abänderung des vorgelegten Antrages. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen... Dankeschön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Danke. Stimmenthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe dann Antrag 19.3 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung zur Begründung vor, und zwar von Herrn Franz-Josef Jung, Landesverband Hessen. Ich darf Herrn Jung um die Begründung bitten.

Franz-Josef Jung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit für den Antrag 19.3 erbiten, weil ich der Meinung bin, daß wir als CDU-Parteitag hier die Chance haben, heute einen sehr umfangreichen und teilweise auch ins Detail gehenden Antrag zu verabschieden. Ich bin der Auffassung, daß gerade dieses wichtige und zentrale Thema uns als CDU die Möglichkeit gibt, neue Wege einzuschlagen und hier initiativ zu werden, damit wir nicht immer nur reagieren müssen, sondern hier einmal ein Feld eindeutig und klar positiv für uns, für die CDU besetzen.

Meine Damen und Herren, dann, wenn Sie sich diesen Antrag - auch jetzt noch zu sehr später Stunde - vornehmen, werden Sie feststellen, daß wir als Antragsteller, nämlich die Junge Union, zunächst davon ausgehen, daß seit 1973 der Bericht der Studienkommission vorliegt und die Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts tut, um dieses Thema umfassend und vernünftig neu zu diskutieren und Vorschläge zu machen.

Meine Damen und Herren, dann, wenn Sie sich diese von uns vorgeschlagene Konzeption ansehen, werden Sie feststellen, daß wir zunächst ein grundsätzliches Ja zum Berufsbeamtentum sagen, daß wir dieses Ja aber insofern beschränken - und hier gibt es durchaus einen gewissen Dissens -, als wir der Meinung sind, daß das Nebeneinander von Angestellten und Arbeitern sowie Beamten in gleicher Funktion systemwidrig ist, und wir deshalb die Funktion des Berufsbeamtentums auf hoheitliche und leitende Tätigkeit beschränken müssen.

Wenn Sie diesen Ausgangspunkt nun nehmen, haben wir auch eine eindeutige Ablehnung des von den Gewerkschaften teilweise vorgeschlagenen Modells des Status- und Folgerechts vorgenommen, weil wir der Meinung sind, daß der Staat in den entscheidenden Positionen auf entsprechende Beamte angewiesen ist, die eben dann in dieser Situation auch nicht die Möglichkeit des Streikrechts haben. Denn wir sind der Auffassung, daß ein Streik ohne Risiko nicht in unser System - auch nicht in unser gesamtes Verfassungssystem - paßt. Deshalb sagen wir ja zum Berufsbeamtentum, sehen aber auch gleichzeitig das Streikverbot für diese Berufsbeamten vor.

Wenn Sie sich die weiteren Vorschläge ansehen, finden Sie den zweiten Komplex im Hinblick auf die Frage der stärkeren Verwirklichung

des Leistungsprinzips im öffentlichen Dienst. Wenn wir die Entwicklung, die zu immer mehr Bürokratie geht, ansehen, dann sind wir der Auffassung, daß wir als CDU hier einen inhaltlichen Beitrag leisten können, um zu mehr Freiheit zu kommen, nämlich insofern, als wir einen Beitrag dazu leisten, daß diese immer weiter um sich greifende Bürokratie endlich - auch durch klare gesetzliche Regelungen unsererseits - eingeschränkt wird.

Meine Damen und Herren, ich will hier nur kurz ein paar zentrale Punkte herausgreifen, die Sie in dieser Vorlage finden. Uns geht es darum deutlich zu machen, daß z.B. auch im Hinblick auf die Beförderung nicht irgendwelche anderen Grundsätze gelten, sondern im wesentlichen auch wieder das Prinzip der Leistung, so daß wir nicht für eine Regelbeförderung eintreten, weil man auch durch Umfragen festgestellt hat, inwieweit sich öffentliche Bedienstete heute überhaupt nicht mehr vergegenwärtigen, daß die Beförderung letztendlich mit der Leistung in Zusammenhang stehen muß, weil nur so eine entsprechende Motivierung auch im Hinblick auf mehr Leistung und mehr Effektivität im öffentlichen Dienst gegeben ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das Konzept des weiteren ansehen, ist es, glaube ich, auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß wir vorgeschlagen haben, daß Spitzenpositionen zunächst nur auf Probe und dann auch auf Zeit vergeben werden. Dies deckt sich im übrigen auch mit den Vorschlägen, die aus weiten Teilen der Partei kommen. Damit soll ebenfalls ein Mehr an Effektivität und Leistung erzielt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Regelung des Laufbahnsystems. Hier glaube ich, darauf hinweisen zu sollen, daß wir der Meinung sind, daß die derzeitigen Laufbahnen durch Funktionsgruppen ersetzt werden sollten, weil wir glauben, daß hier die Effektivität der Arbeit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Funktion zu stehen hat, die der einzelne öffentliche Bedienstete an seinem Arbeitsplatz erbringt.

Ein letztes will ich in dem Zusammenhang noch sehr cursorisch sagen. Ich glaube, daß es, wenn wir hier über diese Dinge sprechen, darum geht, auch klarzumachen, daß hier eine Verantwortung bei den Politikern gegeben ist. Denn wir können nicht immer mehr an Gesetzen produzieren und dann gleichzeitig beklagen, daß es mehr Beamte und öffentliche Angestellte gibt. Hier müssen wir ein deutliches Ja zu einer entsprechenden Begrenzung und ein Ja zu einer klareren, einfacheren Gesetzgebung sagen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Insgesamt ist, glaube ich, auch der letzte Punkt, nämlich die Frage der politischen Neutralität, von eminenter Bedeutung, wenn Sie z.B. sehen, wie besonders in SPD-regierten Ländern die Verfilzung gerade auch im Hinblick auf die Beamtenschaft total um sich greift.

Deshalb und weil ich auch glaube, daß hier unter uns ein weitgehender Konsens vorhanden ist, würde ich Sie bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Vereinzelt Beifall)

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Dankeschön. Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen nicht vor.

Ich darf Herrn Vogel für die Antragskommission das Wort geben.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich sehr eingehend mit diesem Antrag befaßt und ist zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen zu empfehlen, diesen Antrag in der Sache zu verabschieden, und zwar mit einer Reihe von Änderungen, die mit den Antragstellern abgesprochen sind. Es bleibt ein Punkt übrig, in dem Kontrovers abgestimmt werden wird; ihn werde ich als letzten vortragen.

Zunächst werde ich die Änderungen vortragen, die mit den Antragstellern abgestimmt sind, in denen also insoweit Übereinstimmung zwischen der Antragskommission und den Antragstellern, d.h. der Jungen Union, besteht.

Ich glaube, es ist am einfachsten, wenn ich das jetzt in Ruhe und nüchtern vortrage, auch wenn das nicht so sehr gut klingt: Im zweiten Absatz von Abschnitt I b erhält der erste Satz folgenden Wortlaut:

Arbeitnehmern, die Beamtenfunktionen wahrnehmen, ist die Verbeamtung zu ermöglichen.

Wir können niemanden zwingen, aber es soll ermöglicht werden.

Die zweite Änderung: In Abschnitt I c wird die Forderung 3 wie folgt geändert:

Das Berufsbeamtentum als öffentlich-rechtliches Dauerdienstverhältnis auf Lebenszeit vorrangig auf die Erfüllung von hoheitlichen und solchen Aufgaben zu konzentrieren, deren ununterbrochene Erfüllung für die Bürger unverzichtbar ist.

In Abschnitt II a wird die Forderung 2 wie folgt geändert:

Die am Arbeitsplatz erbrachte Leistung ist auf der Grundlage einer Funktionsbeschreibung und eines möglichst objektiven Vergleichs mit Beschäftigten gleicher oder ähnlicher Funktion - -

(Zurufe: Wiederholen!)

- Es wird der Wunsch nach Wiederholung geäußert; ich komme dem gern nach.

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen, meine Herren, die Behandlung dieses schwierigen Antrags würde erleichtert, wenn die Aufmerksamkeit ein wenig größer wäre.

Friedrich Vogel, MdB, Antragskommission: Es ist auch der Wunsch geäußert worden, daß ich das langsam vortrage:

Die am Arbeitsplatz erbrachte Leistung ist auf der Grundlage einer Funktionsbeschreibung und eines möglichst objektiven Vergleichs mit Beschäftigten gleicher oder ähnlicher Funktion regelmäßig von dem Vorgesetzten oder einem Beurteilungsgremium zu bewerten. Die Bewertung ist zu rechtfertigen vor einem Vertreter der Personalverwaltung, des Personalrates und vor dem Betroffenen.

Ich darf dazu folgendes sagen. Im Antrag der Jungen Union ist nur das Verfahren der analytischen Bewertung angesprochen. Wir waren der Auffassung, daß es mehrere mögliche Verfahren eines objektiven Vergleichs gibt und daß wir uns hier nicht auf eines dieser Verfahren festlegen sollten. Insoweit ist aber mit den Antragstellern Übereinstimmung erzielt.

Nächster Punkt: In Abschnitt II a) Forderung 3 wird das Ende des ersten Satzes wie folgt geändert: "... ist die Möglichkeit von Leistungszulagen zu erproben."

In Abschnitt II c) erhalten der vierte Satz und die Forderungen 1 und 2 folgende Fassung:

Dabei gilt es, die für die einzelnen Laufbahnen typischen Funktionsgruppen auf Grund einer objektiven Bewertung zueinander in Beziehung zu setzen. Daher fordert die CDU Deutschlands:

1. Die Bezahlung muß leistungsgerecht erfolgen und sich in erster Linie nach der Wertigkeit der ausgeübten Funktionen richten. Diese ist mit Hilfe einer umgehend zu schaffenden objektiven Funktionsbewertung zu ermitteln. In diesem Zusammenhang ist die Zahlung der Ministerialzulage abzuschaffen.

2. Das zweijährig aufsteigende Grundgehalt ist zu überprüfen und mit dem Leistungsprinzip in Einklang zu bringen.

Das sind die Änderungen, die in Übereinstimmung mit den Antragstellern vorgenommen worden sind.

Folgender Punkt bleibt kontrovers. In Abschnitt I b) im vierten Satz heißt es in dem Antrag folgendermaßen: "Beamten- und Tarifbedienstetenstatus sind nach den wahrgenommenen Staatsfunktionen abzugrenzen, auch mit dem Ziel, die den Beamten vorbehaltenen Aufgaben einzuschränken." Hier empfiehlt die Antragskommission, den Satzteil "auch mit dem Ziel, die den Beamten vorbehaltenen Aufgaben einzuschränken" zu streichen. Wir sind der Auffassung, daß es richtig ist - und es entspricht lange erhobenen Forderungen der Union -, daß gleiche Funktionen entweder von Beamten oder von Angestellten wahrgenommen werden, daß wir also das systemwidrige Durcheinander von Wahrnehmung in unterschiedlichem Status bei gleichen Aufgaben abschaffen sollten, daß wir uns aber nicht bereits jetzt festlegen sollten, daß das zu einer Verschiebung des Verhältnisses zwischen Beamten und Angestellten führen muß. Das kann das Ziel sein, aber hier würde man etwas vorweg nehmen, was im Grunde genommen erst im Zuge der Bereinigung deutlich und sichtbar werden würde. Insoweit empfiehlt die Antragskommission - nicht in Übereinstimmung mit den Antragstellern -, diesen Teil des Satzes 4 in Abschnitt I b) zu streichen.

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Zu diesem Antrag hat sich noch Frau Laurien gemeldet.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, wie gefährlich es ist, wenn alle eigentlich Schluß haben möchten, nun auch noch gegen etwas zu sprechen, was zwischen den Antragstellern und der Antragskommission ausgehandelt worden ist.

(Beifall)

Dennoch, meine Damen und Herren: Genauso passieren manchmal die Entscheidungen, die man hinterher bedauert.

(Beifall)

Auf diesem Hintergrund will ich jetzt gar nicht zu dem ganzen Antrag - das wäre abendfüllend - Stellung nehmen, sondern mich auf zwei Bemerkungen beschränken, auf eine Bemerkung in der Sache und auf eine zum Verfahren.

Die Bemerkung in der Sache bezieht sich auf II a) Ziffer 2. Meine Damen und Herren, verzeihen Sie, ich spreche hier aus der Erfahrung von nun fast ja doch 25 Dienstjahren. Wenn Sie hier hinschreiben, daß der einzelne oder das Gremium seine Bewertung rechtfertigen muß vor einem Vertreter der Personalverwaltung, einem Vertreter des Personalrats und vor dem Betroffenen, und wenn Sie gleichzeitig eine ehrliche Leistungsbeurteilung wollen, dann muß ich nach Ihrem Realitätssinn fragen.

(Lebhafter Beifall)

Ich jedenfalls begrüße es, daß in diesem Antrag am Anfang klare und nach meiner Überzeugung treffende Aussagen stehen. Dennoch würde ich wegen der Bedeutung dieser Überführung einer Leistungsbeurteilung in ein Plebiszit dem ganzen Antrag meine Zustimmung nicht geben können. Um nun das Gute dieses Antrags, das ganz, ganz wichtige Fundamente unseres Beamtentums im bester Weise enthält, retten und übernehmen zu können, möchte ich fragen, ob es bei einem so viele Fachkenntnisse erfordernden Thema nicht doch besser wäre, hier einmal eine Ausschußüberweisung vorzunehmen.

(Beifall)

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Tagungspräsidium schlägt vor, an dieser Stelle die Debatte über den Antrag 19.3 zu unterbrechen. Es liegen jetzt die Ergebnisse der Wahlen zum Präsidium vor. Um eine zügige Abwicklung der Wahlen zu erreichen, ist es zweckmäßig, im Anschluß an die Bekanntgabe gleich die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

Ich darf hiermit das Ergebnis der Wahl zum Präsidium bekanntgeben. Sämtliche sieben Bewerber haben die im ersten Wahlgang notwendige Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht.

(Beifall)

Im einzelnen sind auf die Bewerber folgende Stimmen entfallen:  
Frau Laurien 731 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Stoltenberg 682 Stimmen

(Beifall)

Professor Biedenkopf 602 Stimmen,

(Beifall)

Herr Katzer 598 Stimmen,

(Beifall)

Herr Dregger 570 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Dr. Filbinger 514 Stimmen und Herr Köppler 512 Stimmen.

Im Namen des Tagungspräsidiums darf ich den gewählten Damen und Herren den herzlichen Glückwunsch des Parteitages sagen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich rufe jetzt zur Wahl des Bundesschatzmeisters auf. Dem Präsidium liegt ein Vorschlag vor: Herr Walther Leisler Kiep.

(Beifall)

Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Wird das Wort gewünscht? - Ich darf noch einmal fragen, ob das Wort gewünscht wird. - Bitte sehr, Herr Neuhaus.

Alfred-H. Neuhaus: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Nachdem ich unzweifelhaft in den letzten Wochen und Tagen etwas Bewegung in unsere Reihen hier gebracht habe,

(Lachen)

darf ich Ihnen folgende Erklärung abgeben:

Ich hatte mich bereits vor Wochen zur Kandidatur für dieses im Grunde sicher nicht einfache Amt des Bundesschatzmeisters bereit erklärt, dies bewußt ohne Inanspruchnahme meines oder irgendeines anderen Landesverbandes in offizieller Weise, trotz einer sehr breiten Zustimmung in Kreisen der Delegierten.

(Pffiffe)

Dies aus folgenden Gründen:

Esterms: Ich halte es für einen ganz normalen demokratischen Vorgang, den Delegierten eines Parteitages auch die Möglichkeit einer echten Wahl zu geben.

(Beifall)

Zweitens: Das Amt des Bundesschatzmeisters hat als einziges im Präsidium eine ganz klare Funktion, nämlich eine ausreichende Finanzierung möglichst aller Stufen unserer Partei sicherzustellen, aber auch für den effizienten und sparsamen Umgang mit diesen Mitteln zu sorgen. Dieser Aufgaben wollte ich mich voll widmen.

Drittens - und insofern unterscheide ich mich, wie ich in aller Offenheit sage, von meinem Schatzmeister-Kollegen Walther Leisler Kiep, den ich seit vielen Jahren kenne und mit dem ich, wie er dankenswerterweise vor wenigen Tagen selber in einem Interview gesagt hat, immer hervorragend zusammengearbeitet habe -: Ich meine, gerade die Mitgliedschaft im Präsidium unserer Union fordert - und dies gilt nicht nur für Herrn Kiep - nach Diskussionen und auch nach Auseinandersetzungen noch mehr Solidarität, ja, ich möchte sagen, noch mehr gemeinsamen Chorgesang und nicht noch so wohl klingende Soli. Hier liegt ein Problem unserer Partei, und der häufige Beifall zu diesen Soli von seiten des politischen Gegners sollte uns doch manchmal zu denken geben. Dies gilt von der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Sanierung der Sozialversicherung bis hin zu existenziellen Fragen der Strategie in der Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik.

(Beifall)

Ich möchte dies in aller Offenheit auch als eine Bitte an den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei verstanden wissen. Dies ist kein Gegensatz - ich meine: im Gegenteil - zu dem, was heute hier Kurt

Biedenkopf zur Solidarität, die keine Einbahnstraße ist, ausgeführt hat.

Insofern ging ich davon aus, der Partei und unserem Vorsitzenden dienen zu können. Durch äußere Einflüsse, insbesondere einige Kommentare - die Sie ja nicht im Griff haben -, die bis hin zu fast heimlich-unheimlichen Drahtzieher-Parolen gingen und die von Parteifreunden leider mit aufgegriffen wurden,

(Zischen, Pfiffe und weitere Mißfallensäußerungen)

wurde meine Absicht zuletzt gestern abend, vor allem in einem anderen Landesverband, zwangsläufig in meiner Abwesenheit, schlicht auf den Kopf gestellt. Da diese Fehlinterpretationen, ja Verdrehungen zu einer Kandidatur für oder gegen die Politik Helmut Kohls hochstilisiert wurden, sage ich Ihnen: Für mich ist die Geschlossenheit und die Glaubwürdigkeit unserer Union die Voraussetzung des Erfolgs. Da aber all dem durch verbale Beteuerungen der Loyalität nicht mehr zu begegnen ist, habe ich heute morgen in einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden in der Hoffnung, daß dies auch eine Verpflichtung für das soeben neugewählte Präsidium ist, aus Freundschaft und Solidarität mit Helmut Kohl auf die mir angetragene Kandidatur verzichtet.

(Teils Beifall, teils Lachen)

Ich weiß, daß diese meine Entscheidung - sie ist ausschließlich meine eigene Entscheidung - viele meiner Freunde enttäuschen wird, die sich in den letzten Wochen für mich engagiert haben,

(Zurufe)

und ich werde von diesen Freunden auch den Vorwurf des Kneifens einstecken müssen.

(Lachen)

Aber ich glaube, unserer gemeinsamen Sache heute und hier so am besten zu dienen. Ich wünsche Walther Leisler Kiep - und zwar nicht nur als Schatzmeister - für die nächsten beiden Jahre eine glückliche Hand.

(Teils Beifall, teils Zischen)

Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor wir in den Wahlgang zur Wahl des Bundesschatzmeisters eintreten, darf ich auf vielfachen Wunsch noch einmal das Ergebnis der Wahlen zum Präsidium bekanntgeben: Abgegebene Stimmzettel 827, davon ungültig 1 Stimmzettel, somit Zahl der gültigen Stimmzettel 826. Für die Wahl waren jeweils 414 Stimmen erforderlich. Auf die 7 Kandidaten entfielen folgende Stimmzahlen: Frau Dr. Laurien 731, Dr. Stoltenberg 682, Professor Biedenkopf 602, Herr Katzer 598, Dr. Dregger 570, Dr. Pilbinger 514, Herr Köppler 512.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in den Wahlgang zur Wahl' des Bundesschatzmeisters ein. Ich darf Sie bitten, hierfür den grünen Stimmzettel Nr. 3 zu benutzen. Wir wählen so wie auch bei den vorangegangenen Wahlgängen. Sie können auf dem Stimmzettel entweder den Namen oder "ja" oder "nein" schreiben. Wenn Sie den Stimmzettel leer lassen, gilt das als Enthaltung.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel einzusammeln. -

Sind alle Stimmkarten eingesammelt?

(Zurufe: Nein!)

- Wo ist das noch nicht der Fall? - Offenbar vor allem in den beiden Mittelblocks.

Ich darf bekanntgeben, daß die Landesgeschäftsführer gebeten werden, jetzt die Stimmzettel für die Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes abzuholen.

(Beifall)

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind? Ich stelle fest, daß dies der Fall ist, und schließe den Wahlgang. Ich bitte, jetzt die Stimmen auszuzählen.

Meine Damen, meine Herren, wir können sofort mit der Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes fortfahren.

(Beifall)

Es ist der Antrag gestellt worden, daß sich die Kandidaten vorstellen. Die Liste liegt Ihnen vor.

(Widerspruch)

Sie liegt noch nicht vor? - Dann bitte ich, zunächst einmal die Liste zu verteilen.

Soll der Antrag auf Vorstellung begründet werden? Sonst würde ich sofort darüber abstimmen lassen.

(Zurufe: Abstimmen!)

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann darf ich diejenigen, die dafür sind, daß sich die Beisitzerkandidaten vorstellen, bitten, ihren Stimmzettel zu heben. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Ich darf um eine deutliche Wiederholung der Abstimmung bitten, weil nicht ganz klar ist, was die Mehrheit war. Ich darf noch einmal fragen: Wer für eine Vorstellung der Beisitzerkandidaten für den Bundesvorstand ist, den bitte ich, die Hand zu heben. - Danke schön. Die Gegenprobe, bitte. - Das zweite war nach Meinung des Präsidiums die Mehrheit.

(Beifall)

Nach dem Willen der Mehrheit des Parteitages findet also keine Vorstellung der Kandidaten statt.

Ich bitte, jetzt die Stimmzettel zu verteilen.  
Das Wort hat der Herr Bundesvorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich will jetzt nicht eine irgendwie geartete Beeinflussung dieses Wahlgangs vornehmen. Ich habe nur eine Bitte. Ich habe vorhin nicht das Wort genommen, als ein Antrag gestellt wurde, alle kleinen Verbände abzusichern. Ich war gegen diesen Antrag. Aber ich bin dafür - und darum bitte ich Sie -, daß Sie, wenn Sie jetzt zur Wahl schreiten, mit dafür eintreten, daß alle Bereiche der CDU Deutschlands, auch alle landmannschaftlichen Bereiche, in unserem Bundesvorstand vertreten sind. Es gibt kleine Verbände, die es draußen vor Ort unendlich schwer haben, ihre Poli-

tik und die Verbindung zur Gesamtpartei deutlich zu machen. Meine herzliche Bitte ist: Unterstützen Sie diese Freunde durch Ihre Solidarität. Jeder von Ihnen hat Stimmen genug, um auch das mit zu bedenken.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe zur Wahl der übrigen 20 Mitglieder des Bundesvorstandes auf. Die Stimmzettel sind hoffentlich inzwischen verteilt worden.

(Zurufe: Nein!)

Dann werden sie noch verteilt.

Meine Damen und Herren, ich sehe, daß einige schon ihre Kreuze machen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß auf dem Stimmzettel zweimal der Name "Vogel" vorkommt. Der eine ist Ministerpräsident Dr. Vogel aus Rheinland-Pfalz, der andere Friedrich Vogel aus Westfalen-Lippe.

Mir scheint, daß jetzt die Stimmzettel bei jedem Delegierten gelandet sind. Ist das so? - Jeder hat jetzt also seinen Stimmzettel vor sich liegen.

Ich weise noch einmal auf § 43 Absatz 3 des Statuts der CDU hin: Stimmzettel, auf denen nicht mindestens 15 Kandidaten, und Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig. Sie finden den Hinweis auch auf Ihren Stimmzetteln.

Ich eröffne die Wahl.

Wo sind jetzt die Stimmzettel noch nicht abgegeben?

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf hinweisen: Der Parteitag ist noch nicht abgeschlossen. Sie müssen das Ergebnis doch schon noch abwarten, denn es ist möglich, daß wir noch Stichwahlen vornehmen müssen.

Darf ich noch einmal fragen, ob jetzt alle Stimmzettel abgegeben sind? - Ich sehe keine Meldungen mehr. Das ist also der Fall. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen das Ergebnis zur Wahl des Schatzmeisters mitteilen. Abgegebene Stimmen: 784, 2 ungültige Stimmen, 49 Enthaltungen. 639 Stimmen mit Ja, 94 Stimmen mit Nein.

(Beifall)

Herr Kiep, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Walther Leisler Kiep: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Zeit ausnutzen und wieder in die Beratung der Anträge eintreten. Zu Antrag 19.3 liegt zunächst eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Jung aus Hessen vor.

Hugo Jung(Walldorf): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Reform des öffentlichen Dienstes ist ein Thema, über das nicht erst seit heute und gestern und auch nicht erst unter dem Eindruck der leeren Kassen diskutiert wird. Wir haben es hier vielmehr mit einem Problem zu tun, das seit Jahren der Lösung bedarf. Die Junge Union Deutschland hat zu diesem Thema, wie wir meinen und wie auch von einigen Kritikern - nicht zuletzt auch von der Antragskommission und Frau Laurien - bestätigt wurde, sehr brauchbare Vorschläge vorgelegt. Wir sind bereit, die Einzelpunkte, die andiskutiert worden sind, weiter zu erörtern. Wir haben allerdings Bedenken, den Antrag 19.3 heute abend hier in diesem Forum sozusagen auf die Schnelle abzuhandeln.

(Zustimmung)

Wir bitten deshalb herzlich darum, die Behandlung dieses Antrags auf Mittwochmorgen zu vertagen, um die strittigen Punkte dann ausdiskutieren zu können. In der Zwischenzeit könnten mit den Betroffenen, sprich: der Antragskommission und Frau Laurien bzw. anderen die kritischen Stellen geklärt werden. Wir bitten das Plenum also, diesen Antrag nicht heute abend, sondern am Mittwochmorgen zu behandeln.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag zur Geschäftsordnung gehört, die Behandlung des Antrags 19.3 auf Mittwochmorgen zu verschieben. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Antrag stattzugeben. Wer dafür ist, daß die Behandlung des Antrags 19.3 auf Mittwochmorgen vertagt wird, gebe bitte das Handzeichen.

Entschuldigung, es liegt noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor.

(Widerspruch - Zuruf: Wir waren bereits in der Abstimmung!)

Jetzt hat zunächst Herr Friedrich Vogel für die Antragskommission das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es stellt sich die Frage, ob die Bereitschaft zur inhaltlichen Diskussion dieses Antrags am Mittwoch größer ist als heute. Wir haben einmal versucht, festzustellen, welche Teile dieses Antrages wir heute verabschieden könnten und welche Teile dieses Antrages wir dem Bundesvorstand überweisen sollten, damit sie im Bundesfachausschuß "Innenpolitik" weiter geprüft werden können. Ich habe darüber auch mit Frau Laurien und den Antragstellern gesprochen. Die Teile I, IV und V könnten wir heute verabschieden. Im Teil I würde ein kontroverser Punkt verbleiben. Die Teile II und III enthalten so viele kontroverse Punkte, daß es sinnvoll erscheint, diese Teile dem Bundesvorstand zu überweisen, um eine Beratung im Bundesfachausschuß "Innenpolitik" zu ermöglichen. Wenn wir so verfahren, haben wir, wie ich meine, sowohl dem Anliegen der Antragssteller Rechnung getragen als auch die Teile des Antrages, die offenbar in größerem Umfang kontrovers sind, als das zunächst der Fall zu sein schien, in einem vernünftigen Beratungsgang gebracht. Ich glaube, wir würden uns allen die Beratung erleichtern, wenn wir so verfahren würden.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie zunächst einmal grundsätzlich fragen: Besteht jetzt noch die Bereitschaft, über diesen Antrag zu beraten?

(Zurufe : Nein!)

Jetzt hat Herr Dr. Fuchs das Wort.

(Zurufe: Abstimmen!)

Dr. Dieter Fuchs: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir befinden uns im Moment in einer etwas ungeklärten Geschäftsordnungssituation.

(Zustimmung)

Der Vorschlag der Antragskommission, die Teile I, IV und V des Antrags 19.3 - spätestens am Mittwoch - zu verabschieden, scheint mir praktikabel zu sein. Die Teile II und III beinhalten in der Tat eine Fülle von Problemen, die zur Diskussion herausfordern und die meines Erachtens hier im Plenum auch nicht abschließend geklärt werden können. Insofern wäre es nicht gut, wenn wir alle Teile dieses Antrags um jeden Preis verabschieden wollten. Ich möchte deshalb den Vorschlag, den der Sprecher der Antragskommission, Herr Vogel, unterbreitet hat, wiederholen und damit beantragen, über diesen Vorschlag im Sinne eines Geschäftsordnungsantrags abzustimmen. Es wäre somit darüber zu befinden, ob die Bereitschaft besteht, über diese Teile des Antrags am Mittwoch eine Beschlußfassung herbeizuführen. Allerdings möchte ich darum bitten, daß uns bis Mittwoch eine Fassung des Vorschlages, den uns Herr Vogel eingangs vorgebracht hat, vorgelegt wird. Nur so wäre es möglich, über einen Antrag abzustimmen, den wir inhaltlich kennen. Ich war nicht in der Lage, all die Änderungen mitzuschreiben, die eingangs vorgetragen worden sind.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Wer wünscht gegen den Geschäftsordnungsantrag zu sprechen? - Herr Wissmann, bitte!

Matthias Wissmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf die Gefahr hin, daß wir Ihnen auf die Nerven gehen, möchte ich im Sinne einer kurzen Gegenrede folgendes sagen. Es läßt sich - auch angesichts der schon lange andauernden Sitzung - darüber reden, daß wir über als kontrovers empfundene Punkte am Mittwochmorgen diskutieren, nachdem auch die Änderungsvorschläge allen Delegierten von der Antragskommission schriftlich vorgelegt worden sind, und wir so eine einwandfreie demokratische Entscheidungsgrundlage für jedermann haben.

Ich möchte allerdings dagegen sprechen, daß wir, obwohl wir mit der Antragskommission weitgehend Einigkeit in der Zielrichtung und auch in der Substanz erreicht haben, jetzt aus Bequemlichkeit sagen, daß bestimmte Teile von vornherein den Ausschüssen überwiesen werden. Es handelt sich hier schließlich um einen wichtigen substantiellen Antrag, der schon seit Wochen in der Antragsmappe vorliegt. Ich meine, wir sollten den Mut und die Bereitschaft haben, heute über die unstrittigen Teile dieses Antrags und am Mittwoch über die kontroversen Teile dieses Antrags zu diskutieren. Dies ist die Bitte, die ich an den Parteitag richten möchte.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Jetzt hat Frau Dr. Laurien zur Geschäftsordnung das Wort.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren, ich möchte nicht zur Geschäftsordnung, sondern sozusagen zur Abstimmungslage sprechen. Ich bleibe dabei und beantrage, daß die Teile I, IV und V uns am Mittwoch mit dem Ziele der Beschlußfassung über die dann bereinigte Form vorgelegt werden. Ich bleibe auch dabei, daß sich die Teile II und III auf Grund der großen sachlichen Probleme - diese Probleme reichen von der Einrichtung der Fachhochschule für bestimmte Laufbahnen bis hin zu der Zeitfunktion ab Besoldungsgruppe B 6 - der Abstimmung in einem solchen Gremium wie dem Parteitagspenium entziehen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich darum, die Teile II und III dem Bundesvorstand zu überweisen.

Ich sage dies deshalb, weil der Umfang der Vorlage für den Mittwoch davon abhängt, ob Sie als der allein dazu autorisierte Parteitag nach meiner Meinung heute entscheiden, ob Sie am Mittwoch Teil 2 und 3 zur Beschlußfassung vorgelegt haben oder ob Sie die Teile 2 und 3 in die Ausschußüberweisung haben wollen. Ich hoffe, daß damit mein Antragsinhalt klar ist.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Laurien. - Es liegt ein weiterer Antrag zur Geschäftsordnung vor.

Frau Limbach, Rheinland.

Frau Editha Limbach: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte, bei der Entscheidung hierüber eines zu bedenken: Es sind sicherlich viele Delegierte im Saal, die mit diesem Antrag sehr wenig anzufangen wissen, wenn er nicht ganz ausführlich diskutiert werden kann. Wer kennt beispielsweise das Gutachten, wer kennt die Stellungnahme des Städtetages dazu? Wer weiß, was die Gewerkschaften und die Berufsvertreter in dem Hearing gesagt haben? Dies alles in den meisten Delegierten nicht bekannt, kann ihnen auch nicht bekannt sein. Wenn das ordnungsgemäß beraten werden soll, müßten jedenfalls viele zu jedem einzelnen Abschnitt fragen: Welche Bedeutung hat meine Entscheidung? Deshalb bitte ich, die Überweisung zu beschließen, damit eine ordnungsgemäße Vorbereitung stattfinden kann und eine Beschlußfassung zu einem anderen Zeitpunkt möglich wird.

(Teilweise Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Als letzte Wortmeldung zur Geschäftsordnung Herr Jung.

F.-J. Jung: Meine Damen und Herren, ich erlebe etwas ganz Neues, daß nämlich Geschäftsordnungsanträge diskutiert werden. Ich dachte immer, da gibt es einen Geschäftsordnungsantrag, einer redet dagegen, und dann wird abgestimmt.

(Teilweise Beifall)

Das aber nur vorweg.

Grundsätzlich geht es doch darum, daß keiner sagen kann, er habe diesen Antrag zum erstenmal auf dem Tisch gehabt. Er liegt seit Wochen auf dem Tisch und wird diskutiert. Ein Parteitag findet leider meist nur einmal im Jahre statt. Gerade wir jungen Mitglieder in der Jungen Union müssen aber pausenlos zu dieser essentiellen Frage Stellung nehmen. Wenn wir hören, der Antrag solle erst einmal durch die Gebetsmühlen der Ausschüsse gedreht werden, besteht die Gefahr, daß er nicht mehr zum Vorschein kommt. Wir müssen deshalb insistieren, daß dieses beschlußfassende Gremium seine Meinung dazu äußert.

Ich darf deshalb meinen Geschäftsordnungsantrag noch einmal wiederholen: Absetzung heute abend, Diskussion des gesamten Papiers am Mittwoch vormittag und Beschlußfassung darüber.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der weitestgehende Antrag ist der von Frau Laurien. Ich wiederhole noch einmal ihren Antrag: Die Abschnitte 2 und 3 zur Beschlußfassung an den Bundesvorstand überweisen und die Abschnitte 1,4 und 5 auf Mittwoch vertagen.

Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag 19.3 für heute erledigt.

Ich rufe den Antrag 19.4 auf. Zum Text muß ich eine Berichtigung geben: Es handelt sich um den Antrag des Kreisverbandes Kreis Aachen.

Soll der Antrag begründet werden? - Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort dem Sprecher der Antragskommission.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme in folgender Fassung: "Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die bereits in den letzten Legislaturperioden ergriffenen gesetzgeberischen Initiativen zur Änderung des Bundeswahlgesetzes mit Nachdruck weiterzuerfolgen, daß auch im Ausland lebenden Deutschen das aktive Wahlrecht zu Bundestagswahlen eingeräumt wird."

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Liegen jetzt noch weitere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer stimmt mit Nein? - Enthaltungen? - Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe Antrag 19.5 auf. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat die Sprecherin der Antragskommission das Wort, Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrages 19.5 mit folgender Änderung des letzten Satzes: "Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung einen Kabinettsausschuß für Familienfragen bilden."

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Dr. Wilms. - Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer der Empfeh-

lung der Antragskommission, wie sie von Frau Wilms vorgetragen wurde, folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt mit Nein? - Einige Neinstimmen. Enthaltungen? - Der Antrag ist entsprechend der Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Antrag 19.6 auf. Wer wünscht den Antrag zu begründen? - Bitte schön.

Josef Merkel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sinn dieses Antrages ist es, bei der kommenden Europawahl die Wahlbeteiligung zu fördern und zu unterstützen. Wir wissen alle, daß es bei dieser Wahl darauf ankommt, daß wir eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreichen. Das kann aber nicht der Fall sein, wenn die Kandidaten über Bundeslisten, anonym über das ganze Bundesgebiet verteilt, gewählt werden. Deswegen meinen wir, daß die Listen entweder aus den Wahlkreisen kommen, zumindest aber auf den Landeslisten basieren sollten.

Das Zweite: Wir reden immer davon, daß in unseren Parteien überall Ämterhäufungen in großer Zahl vorkommen. Deswegen meinen wir, daß sich die Abgeordneten des Europa-Parlaments auf ihre Aufgabe konzentrieren und in erster Linie dafür da sein sollten. Um die notwendige Verbindung mit dem Bundestag zu erhalten, sollten sie beratende Mitglieder sein, damit sie dort in Sachgebieten mitwirken können und dort auch die Meinung ihrer Kollegen aus dem Bundestag hören und mitnehmen können. Deswegen bitten wir Sie sehr herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum gleichen Komplex liegt eine Reihe von Anträgen vor, auch solche, die initiativ auf dem Parteitag eingebracht worden sind und von der Antragskommission noch nicht beraten werden konnte. Es handelt sich um die Anträge 19.6, 19.7, 19.18, 19.27 und 19.29. Die Antragskommission bittet, daß diese Anträge insgesamt am Mittwoch beraten werden.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so, wie vorgeschlagen wurde.

Ich rufe jetzt den Antrag 19.11 auf. Wünscht der Antragsteller das Wort zu einer Begründung? - Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt das Wort Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages 19.11.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Zum Antrag 19.11 hat sich jetzt noch Herr Alo Hauser gemeldet. Bitte schön.

Alo Hauser: Frau Präsidentin! Ich bitte um Entschuldigung; ich hatte mich nicht speziell zum Antrag 19.11 gemeldet, sondern zu den Anträgen 19.7 bis 19.12 des Kreisverbandes Bonn.

Meine Damen und Herren, der Kreisverband Bonn hat diese Anträge in erster Linie deshalb eingebracht, um die programmatische Diskussion auf diesem Parteitag zu beleben. Ich darf mir die Anregung und die Anmerkung erlauben, daß wir es begrüßen würden, wenn die Kreisverbände vor künftigen Bundesparteitagen über die Thematik des Partei-

tages, soweit es sich nicht um einen Regularienfall handelt, so rechtzeitig informiert werden, daß sie die Möglichkeit einer Vorberatung unter den Mitgliedern und Delegierten haben. Das war auf den letzten beiden Bundesparteitag nicht der Fall, und das empfinden wir im Kreisverband Bonn als ausgesprochenen Mangel.

(Vereinzelter Beifall)

Insbesondere hoffen wir, daß uns die Materialien zum neuen Grundsatzprogramm vor dem nächsten Bundesparteitag so rechtzeitig zugehen, daß eine ausreichende thematische Vorbereitung und die Wahl der Delegierten unter Sach Gesichtspunkten möglich ist.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Gisart, Rheinland.

Gero Gisart: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich hatte mich in der Tat zur Begründung dieses Antrages gemeldet und möchte namens des Kreisverbandes zunächst eine redaktionelle Änderung vorschlagen, die auch bereits schriftlich vorliegt. Wir wollen die Worte "im anderen Teil Deutschlands" in die Worte "in Mitteldeutschland" ändern. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist gut, daß wir uns an eine saubere Sprachregelung gewöhnen und dann von Mitteldeutschland sprechen, wenn wir Mitteldeutschland meinen, und dann von Ostdeutschland sprechen, wenn wir Ostdeutschland meinen.

(Vereinzelter Beifall)

Das entspricht dem Deutschlandbild unseres Grundgesetzes. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag und zu einigen Verfassungsbeschwerden im Zusammenhang mit den Ostverträgen haben diese Auffassung noch einmal bestätigt.

Zur Sache selbst meine ich - wir werden darüber ja morgen auch noch zu reden haben -, daß es unserer aller Aufgabe ist, darauf hinzuwirken, daß die Bundesregierung die seit vielen Jahren geforderte Menschenrechtsdokumentation endlich vorlegt. Ich glaube, wir dürfen diese Forderung nicht einem Menschen wie Professor Scharow überlassen, der den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vor einigen Jahren aufgefordert hat, sich mehr für die Menschenrechte z.B. in der Sowjetunion einzusetzen. Ein Mann, der selbst in Unfreiheit lebt, fordert den Bundeskanzler eines freien Rechtsstaates auf, sich für die Menschenrechte von Deutschen im Ostblock einzusetzen!

Ich glaube, daß wir die Bemühungen der Bundestagsfraktion durch ein klares Votum zu diesem Antrag unterstützen sollten. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr herzlich um die Annahme dieses Antrages.

(Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Das Wort hat noch einmal für die Antragskommission Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission würde dieser redaktionellen Änderung "in Mitteldeutschland" zustimmen und empfiehlt noch einmal, diesen Antrag anzunehmen.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission hat Ihnen Annahme empfohlen. Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 3 Gegenstimmen ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Antrag 19.12 des Kreisverbandes Bonn. Zur Begründung hat das Wort Frau Lenz.

Frau Marlene Lenz, Bonn: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das Anliegen, das mit diesem Antrag vertreten wird, ist schon in den Papieren und der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion deutlich geworden. Wir glauben aber, daß der Parteitag seine Solidarität deutlich zum Ausdruck bringen sollte. Daher bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt der Sprecher der Antragskommission, Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 19.12.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Anträge 19.13 und 19.33 werden am Mittwoch behandelt.

Wir kommen damit zum Antrag 19.14 des Kreisverbandes Soest. Wird eine Begründung des Antrages gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann hat für die Antragskommission Herr Dr. Mahler das Wort.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: In diesem Antrag werden Mieten als Abgaben bezeichnet. Mieten sind keine Abgaben. Das ist jedoch zweitrangig.

Erstrangig ist, daß unsere Bundestagsfraktion in der Haushaltsdebatte der letzten Woche das Steuerpaket der Bundesregierung, also die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt hat. Helmut Kohl hat diesen Standpunkt heute vormittag bekräftigt. Die CDU/CSU-Ministerpräsidenten verhandeln über diese Frage auch noch mit dem Bundeskanzler.

Die CDU hat Möglichkeiten aufgezeigt, wie auch ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer die Steuerprogression gestoppt und steuerliche Entlastungen zur Sicherung und Anregung von Investitionen und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Unterstützung der Arbeitnehmer und des Mittelstandes durchgeführt werden können.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, weil in dem Antrag die Möglichkeit der Erhöhung der Mehrwertsteuer eingeräumt wird.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört.

Das Wort hat nunmehr Herr Brunstein.

Josef Brunstein: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte bei diesem Antrag zu berücksichtigen, daß er zu einem Zeitpunkt formuliert worden ist, als noch nicht erkennbar war, wie die CDU konkret auf diese Tatbestände reagieren würde.

Es ist bei dieser Sachlage jetzt sicherlich nicht möglich, den Antrag in der von uns vorgeschlagenen Form anzunehmen, weil er damit einige sachliche Unrichtigkeiten enthält. Wir sind aber der Meinung, daß man bei geringfügigen Veränderungen die Zielsetzung dieses Antrages durchaus durch diesen Kongreß bestätigen kann.

Ich würde Ihnen deshalb vorschlagen, um der Anregung der Antragskommission zu folgen, im ersten Absatz das Wort "Mieten" zu streichen und im dritten Absatz folgende Fassung vorzusehen:

Die CDU-Bundespartei und Bundestagsfraktion werden dringend gebeten, einer weiteren Steuerbelastung Einhalt zu gebieten und sich für eine ausgewogene steuerliche Entlastung und mehr Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmer, einzusetzen, ebenso für eine angemessene Erhöhung des Kindergeldes.

Ich würde Sie bitten, den Antrag, der dann auch den jetzigen Verhältnissen hinsichtlich der Beschlußfassung insbesondere zu den Steuervorschlägen der Bundesregierung entspricht, doch in dieser Form anzunehmen.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Dr. Mahler von der Antragskommission.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: Die Antragskommission stimmt den Antragstellern mit ihrer Änderung grundsätzlich zu, schlägt aber vor, daß wir uns auf eine gemeinsame Formulierung einigen und diese dann am Mittwoch zur Abstimmung stellen.

Josef Brunstein: Ich darf für die Antragsteller sagen, daß wir uns damit einverstanden erklären.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, daß hier eine Einigung über die Zurückstellung dieses Antrags bis Mittwoch erzielt worden ist.

Ich rufe nun Antrag 19.16 des Kreisverbandes Zollernalbkreis auf. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ja, bitte schön.

Josef Merkel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. - Uns geht es darum, daß wir - was auch der Herr Vorsitzende Dr. Kohl angesprochen hat - in den Medien, in den Rundfunkräten nicht nur besser repräsentiert sind, sondern daß auch die dort Tätigen untereinander Kontakt haben, sich miteinander absprechen können und sich einen gewissen Rahmen geben, in dem sie in der Zukunft arbeiten.

(Vereinzelt Zustimmung)

Dabei geht es nicht - und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen - darum, daß irgendwer, daß irgendeine Parteiorganisation Weisungen erteilt und sich die dort Tätigen dann an diese Weisungen halten sollen, sondern darum, daß sie sich selber ein solches Statut geben und selber in Diskussionen und Zusammenkünften ihre Haltung festlegen. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt aus folgendem Grunde Ablehnung dieses Antrags:

(Vereinzelt Zustimmung)

Eine Zusammenkunft aller in Rundfunk- und Fernsehärten tätigen

CDU-Mitglieder erfolgt bereits zweimal jährlich. Dabei werden diese auch auf ihre Pflichten und Aufgaben hingewiesen. Es ist jedoch nicht möglich, dies in einem Statut zu verankern, da es sich um ein freies Mandat handelt. Eine Überprüfung ihrer Tätigkeit kann wirkungsvoll eigentlich nur durch die entsendenden Gremien erfolgen; das sind in der Regel die Landtage. Hier - und nicht durch ein Statut - muß also angesetzt werden.

(Vereinzelt Zustimmung)

Frau Dr. Monika Christians, Tagungspräsidium: Wird dazu noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einige Nein-Stimmen. Stimmenthaltungen? - Auch einige Enthaltungen. Der Antrag der Antragskommission ist angenommen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Beratung mit Antrag 19.17 der Bundesvereinigung Union der Vertriebenen und Flüchtlinge fort. Darf ich fragen, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird.

(Zuruf: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann hat für die Antragskommission Frau Dr. Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen, und zwar mit folgender Begründung: Die hier angesprochene Koordinierungsaufgabe ist richtig und wichtig. Hier ist aber in der Vergangenheit auch durch den Bundesvorstand schon eine Menge getan worden, und es wäre gut, wenn der Bundesvorstand weiter beraten könnte, wie die Dinge noch zu vertiefen sind.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Dr. Wilms. - Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission; er empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit; damit ist der Antrag an den Bundesvorstand überwiesen.

Ich rufe Antrag 19.19 auf. Antragsteller ist der Bundesvorstand. Dieser Antrag ist Ihnen heute morgen als Umdruck an die Hand gegeben worden. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat für die Antragskommission Herr Schönbohm das Wort.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrages, weil wir glauben, daß gerade zu diesem Punkt im Zusammenhang mit SPD und Volksfrontkoalition an den Hochschulen eine klare Aussage des Parteitage erforderlich ist.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird zu diesem Antrag noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag 19.20 auf. Antragsteller sind Herr Dr. Waffenschmidt und weitere Delegierte. Darf ich fragen, ob zur Begründung das Wort gewünscht wird. - Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Dann hat für die Antragskommission Herr Dr. Worms das Wort.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Wir empfehlen einstimmig Annahme.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag 19.21 von Herrn Hasselmann, Herrn von Bismarck, Frau Benedix und weiteren Delegierten auf. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann für die Antragskommission Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag dem Bundeskulturausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Sie haben das Votum der Antragskommission gehört. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Überweisungsantrag. Wer ihm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Antrag 19.22 auf. Auf dem Umdruck ist kein Antragsteller vermerkt. Kann von seiten der Bundesgeschäftsstelle noch ergänzt werden, wer hier der Antragsteller ist? - Frau Dr. Wilms für die Antragskommission!

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Der Antragsteller ist die Bundesfrauenvereinigung bzw. aus Kreisen der Bundesfrauenvereinigung ist der Antrag als Ergebnis des Delegiertentages in Stuttgart gekommen.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme dieses Antrages, da die Wichtigkeit dieses Vorschlages hier wohl von niemandem bezweifelt wird; diese Forderung ist ja heute auch schon verschiedentlich angeklungen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.23 der Delegierten Dr. Wex, Verhülsdonk u.a auf. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Dr. Mahler bitten, das Votum der Antragskommission abzugeben.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme, weil es für die Union keinen Kompromiß über den Standort Berlin geben kann.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön.

Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das ist bei zwei Enthaltungen einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Geschäftslage ist im Augenblick die, daß die an sich vorliegenden Anträge 19.24 und 19.26 noch nicht verteilt worden sind. Insofern können wir eine Beratung darüber nicht durchführen. Andererseits liegt im Augenblick auch noch nicht das Ergebnis der Auszählung vor. Ich möchte Ihnen deshalb den Vorschlag machen, daß wir für fünf Minuten unterbrechen und auf die Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahlen zum Bundesvorstand warten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung vom 22.23 bis 22.40 Uhr)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich komme gerade aus dem "Heiligtum" dort hinten. Zehn Minuten dauert es wohl noch.

(Zurufe)

Ich wollte das nur zu Ihrer Beruhigung sagen. Wir hoffen, es muß keine Stichwahl durchgeführt werden. Aber das ist noch nicht ganz sicher, und deswegen müssen wir eben noch ein bißchen hierbleiben.

(Erneute Unterbrechung von 22.41 Uhr bis 22.50 Uhr)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, soweit das noch zumutbar ist, Platz zu nehmen. Darf ich auch die Damen und Herren, die sich draußen in der Vorhalle befinden, bitten, in den Saal zu kommen, weil das Ergebnis in Kürze bekanntgegeben wird.

(Zurufe)

Ich kann zur Beruhigung der Delegierten sagen, daß keine Stichwahl erforderlich sein wird.

(Heiterkeit)

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren, ich darf unsere Beratungen wieder eröffnen; das Ergebnis kommt in einigen Minuten.

(Heiterkeit)

Ich darf vielleicht die Gelegenheit benutzen, um noch einen weiteren Tagesordnungspunkt zu erledigen, und zwar den Tagesordnungspunkt 16: Wahl der Rechnungsprüfer

Ich darf Herrn Minister Theisen bitten, das Wort zu nehmen.

Otto Theisen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Rechnungsprüfern, den Herren Alphons Horten und Erik Blumenfeld, wollen wir für ihre uneigennützigte Arbeit, die im Stillen verrichtet wird, einen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall)

Die Aufgabe, die die Rechnungsprüfer zu erledigen haben, ist eine sehr wenig begehrte Aufgabe. Wir wissen das aus den Landesverbänden, aber auch aus der Bundespartei. Daß sich diese Herren dafür zur Ver-

fügung gestellt haben, dafür verdienen sie unseren Beifall und unseren Dank an diesem späten Abend.

(Beifall)

Ich darf gleichzeitig dem Parteitag die Wiederwahl der beiden Herren vorschlagen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Minister Theisen. Nach unserer Satzung ist die Wiederwahl zulässig; außerdem können wir in offener Abstimmung über die Wahl der Kassenprüfer entscheiden. Wird zu dieser Wahl noch weiter das Wort gewünscht? - Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Dann darf ich diejenigen bitten, die der Wahl dieser beiden Kassenprüfer ihre Zustimmung geben wollen, die Karte zu heben. - Danke schön. Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Damit sind die beiden Herren einstimmig zu Kassenprüfern gewählt. Ich darf mich dafür bedanken.

(Beifall)

(Kurze Unterbrechung)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe das Wahlergebnis für die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt. Ich darf vorweg sagen: eine Stichwahl wird nicht mehr notwendig sein.

Es wurden 833 Stimmzettel abgegeben; ungültig waren 6 Stimmzettel. Gültige Stimmzettel: 827. Das Quorum für die Wahl betrug somit 414 Stimmen.

Es wurden gewählt:

Dr. Bernhard Vogel mit 775 Stimmen

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker mit 740 Stimmen

(Beifall)

Peter Lorenz mit 729 Stimmen,

(Beifall)

Wilfried Hasselmann mit 631 Stimmen,

(Beifall)

Heinrich Windelen mit 618 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Manfred Wörner mit 618 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt mit 606 Stimmen,

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel mit 590 Stimmen,

(Beifall)

Matthias Wissmann mit 584 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm mit 565 Stimmen,

(Beifall)

Werner Scherer mit 554 Stimmen,

(Beifall)

Frau Griesinger mit 554 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Burkhard Ritz mit 553 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann mit 553 Stimmen,

(Beifall)

Friedrich Vogel mit 541 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Philipp von Bismarck mit 524 Stimmen,

(Beifall)

Jürgen Echternach mit 524 Stimmen,

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex mit 507 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Christian Schwarz-Schilling mit 499 Stimmen,

(Beifall)

Frau Benedix mit 495 Stimmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die nicht gewählten Kandidaten erzielten folgende Ergebnisse:

Dr. Gerd Langguth: 439 Stimmen,  
Herr Neumann: 343 Stimmen,  
Herr Reckers: 287 Stimmen,  
Herr Sauer: 266 Stimmen,  
Herr Hoffmann: 261 Stimmen.

Ich erteile jetzt dem Parteivorsitzenden, Dr. Helmut Kohl, das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren!  
Liebe Freunde! Erlauben Sie mir jetzt zum Schluß des heutigen Tages  
ein kurzes Wort des Dankes an die aus dem Parteipräsidium und dem  
Bundesvorstand ausgeschiedenen Mitglieder.

Ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei Helga Wex für ihre Arbeit  
im Präsidium der Partei in den vergangenen Jahren bedanken. Sie ist  
jetzt in den Bundesvorstand wiedergewählt worden. Ich hoffe auf  
eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Freund Kai-Uwe von  
Hassel, der nach fast 20jähriger Zugehörigkeit zum Bundesvorstand  
und nachdem er der Partei in wichtigen Ämtern - unter anderem auch  
als Stellvertretender Bundesvorsitzender - gedient hat, heute nicht  
mehr kandidiert hat. Er ist jetzt in besonderer Weise für die  
Vorbereitung der Europawahl verantwortlich. Ich danke ihm für seine  
Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten.

(Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Dr. Gerhard Schröder, der von  
1956 an Mitglied des Bundesvorstandes war und heute nicht wieder  
kandidiert hat.

(Beifall)

Jeder weiß, was Gerhard Schröder in diesen Jahrzehnten für unsere  
Partei bedeutet hat. Ich hoffe sehr auf eine gute Zusammenarbeit  
mit ihm als Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission.

Ich bedanke mich bei Professor Wilhelm Hahn, der heute ebenfalls  
nicht wieder kandidiert hat. Er hat uns zehn Jahre hindurch in  
einer schwierigen Zeit der deutschen Kulturpolitik seinen Rat im  
Bundesvorstand geliehen.

(Beifall)

Ich danke Georg Badeck, der von 1975 bis heute als ein Mann von der  
Front und Basis als Betriebsrat dem Bundesvorstand angehörte und  
der aus persönlichen Gründen heute nicht wieder kandidieren konnte.  
Herzlichen Dank, Georg Badeck.

(Beifall)

Bei der jetzigen Wahl wurden unser Freund Neumann und unser Freund  
Langguth nicht wiedergewählt. Beide sind in einem Lebensabschnitt,  
der zu der Aussage berechtigt, daß sie trotz der Bitternis dieser  
Wahlniederlage sicher darauf hoffen können, später bei erneuten  
Wahlen wieder - und zwar mit Erfolg - kandidieren zu können. Ich  
danke auch Ihnen beiden für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Damit stehen wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Wir haben schwierige Wahlen hinter uns. Ich möchte nicht versäumen, unserer Stimmzählkommission dafür zu danken, daß wir immerhin bis kurz nach 23 Uhr mit diesem Programm fertig geworden sind. Allen Stimmzählern herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir beginnen morgen, wie im Programm vorgesehen, um 9 Uhr mit unseren Beratungen. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Nacht und bitte Sie, morgen pünktlich um 9 Uhr zur 3. Plenarsitzung hier wieder anwesend zu sein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 23.07 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, 8. März 1977

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.15 Uhr

Dr. Johann Baptist Gradl, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 3. Plenarsitzung unseres Bundesparteitages.

Zunächst habe ich eine Gruppe von 20 Spätaussiedlern zu begrüßen.

(Beifall)

Sie nehmen als Gäste am Deutschlandtag dieses Parteitages teil. Wir alle wünschen ihnen, daß sie sich bald und voll in ihrer neuen alten Heimat wohlfühlen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung Herrn Ludek Pachmann das Wort, dem internationalen Schachgroßmeister, den jeder kennt, den leidenschaftlichen Verfechter von Menschen- und Bürgerrechten. Jetzt ist er Mitglied des CDU-Landesverbandes Berlin. Auch als solches begrüße ich ihn herzlich.

(Beifall)

Ludek Pachmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

(Beifall)

Als ich noch in Prag lebte, habe ich im Kreise meiner nahen Freunde - praktisch alle gehören zu den Unterzeichnern der Charta '77 - die Auffassung geäußert, daß gerade hier in Deutschland über die Zukunft unseres ganzen Kontinents entschieden wird. Die letzten Jahre, die ich in meiner neuen Heimat verbrachte, haben mich noch mehr davon überzeugt, daß es in Europa kein anderes Land gibt, das genügend wirtschaftliche Kraft, genügend politische Stabilität und potentiell auch genügend geistige und moralische Stärke hat, um zu einem natürlichen Zentrum der Integrationsbemühungen und der freiheitlichen europäischen Politik zu werden. Es gibt meines Erachtens keine voneinander getrennte Deutschland- und Europapolitik. Es ist ein und dieselbe Aufgabe.

(Beifall)

Auch andere Völker verstehen es wohl, daß es kein einheitliches freies Europa ohne das freie wiedervereinigte Deutschland geben kann.

(Beifall)

Diejenigen Leute, die immer wieder behaupten, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten ausgeschlossen sei, berufen sich auf die Realität, wobei sie diesem Begriff Realität eine völlig beschränkte und einseitige Bedeutung

geben. Realität, das sind in Europa nur die sowjetischen Panzer, Raketen, nur die krankhaft ausgewucherte Unterdrückungsmaschinerie des sowjetischen Kommunismus. Aber die Realität in Europa ist viel breiter, ist vielseitiger. Zur Realität gehört auch das totale Versagen des kommunistischen Systems in allen Sphären, ausgenommen die Sphäre der Gewalt.

(Beifall)

Zur Realität gehören auch Wünsche und sogar Träume von Hunderten, von Millionen in Unfreiheit lebenden Menschen, auch der 17 Millionen in Unfreiheit lebenden Deutschen.

(Beifall)

Gerade die totale Unfähigkeit des kollektivistischen Systems, die elementaren Menschenrechte zu garantieren, wahre menschliche Probleme zu lösen, führt zur tiefsten Krise des osteuropäischen Kommunismus. Wir erleben jetzt in Osteuropa den Anfang einer neuen hoffnungsvollen Entwicklung, den Anfang einer gewaltlosen moralischen Revolution. Das öffnet aber auch für Deutschland neue Perspektiven; denn ein neuer - dieses Mal osteuropäischer - Frühling ist keine entfernte Zukunftsmusik mehr.

Der Marxismus und die kommunistische Bewegung haben gegen sich selbst eine starke Waffe durch die ständigen Proklamationen geschmiedet, daß nur der Sozialismus die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit sichern könne. Es genügt jetzt, die kommunistische Bewegung auf ihre eigenen Versprechungen und Proklamationen aufmerksam zu machen, und sofort wendet sich dieser Betrug, dieser Selbstbetrug gegen das kommunistische System selbst.

(Beifall)

Deshalb ist der Kampf um die Menschenrechte auch nicht ein bloß moralisches Problem, sondern eine neue politische Konzeption. Das haben zuerst die osteuropäischen Intellektuellen begriffen; das scheint auch der amerikanische Präsident zu begreifen. Für ihn gibt es keinen Gegensatz zwischen der Staatsräson und zwischen dem Einsatz für Menschenrechte. Dieser Einsatz für Menschenrechte ist die höchste Staatsräson der Gegenwart.

(Beifall)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Ich habe zu meiner neuen Heimatstadt absichtlich eine Stadt gewählt, in der gerade diese Probleme deutlich zu spüren sind. Berlin bedeutet ein Symbol der gegenwärtigen Spaltung, aber auch der künftigen Hoffnung.

(Beifall)

Die Existenz von Berlin ist auch von dieser Hoffnung abhängig. Es ist doch absurd zu behaupten, daß Berlin, das geographisch im "Roten Meer" liegt, eine normale deutsche Stadt wie jede andere sein kann. Berlin ist für uns die künftige Hauptstadt Deutschlands.

(Beifall)

Ich möchte der Union als Berliner von Herzen dafür danken, daß sie die Aufgabe dieser Stadt gerade in diesem Sinne versteht und daß sie sich immer für Berlin einsetzt.

Ich wünsche, daß dieser Parteitag ein Schritt auf dem Wege zur geistigen und politischen Wende in Deutschland und in Europa sein wird. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Mehrheit von uns im wiedervereinigten Deutschland im freien und christlichen Europa leben wird. Wer diese Überzeugung als Glauben an Wunder bezeichnen möchte, dem könnte ich folgendes sagen: Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.

(Beifall)

Schon so oft wurden in der menschlichen Geschichte wahre Wunder verwirklicht, wenn sich dafür Menschen mit voller Kraft und mit heißem Herzen eingesetzt haben. So wird es auch in diesem Fall sein.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Johann Baptist Gradl, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Parteitagsdelegierten Pachmann für das, was er gesagt hat. Der Parteitag hat diesen Dank in besonders deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Was Sie bewegt, bewegt auch uns, besonders angesichts der Situation in unserem eigenen Lande, die ich Ihnen nicht zu beschreiben brauche.

Unser Ziel ist, daß alle europäischen Bürger den vollen Schutz der Menschenrechte gewinnen und daß sich alle europäischen Länder, alle europäischen Völker offen, frei, friedfertig und schöpferisch begeben können. Dafür arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine Bemerkung zu machen. Dazu muß ich nach vorn an das Pult gehen; so lange wird Herr Köppler meine Funktion übernehmen. -

Dr. Johann Baptist Gradl: Der Herr Vorsitzende, Helmut Kohl, hat mich gebeten, sozusagen zur Einstimmung auf das Thema des heutigen Tages einige Bemerkungen zu machen. Diese Bemerkungen sind ein Blick zurück, sie reichen zurück bis in die Anfänge unserer Partei. Aber Sie werden sehen, diese Bemerkungen haben dennoch einen durchaus aktuellen Bezug.

Das Thema des heutigen Tages heißt "Unsere Verantwortung für Deutschland". Das will genau sagen: Unsere Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für die Deutschen insgesamt oder, härter ausgedrückt, für dieses Deutschland, das gewaltsam - gegen deutschen Willen - gespalten ist.

(Beifall)

Vielleicht ging es nach dem Kriege über deutsche Kraft und Möglichkeit, die Spaltung zu verhindern. Diese Spaltung hat ihre Wurzeln in jenem Bereich Deutschlands, über den nach dem Zusammenbruch die Sowjetunion die Besatzungsautorität bekam.

Aber selbst in dem Ausgeliefertsein und der Verlorenheit jener ersten Jahre haben Deutsche die sich bereits abzeichnende Spaltung nicht fatalistisch hingenommen. Niemand, der damals im sowjetischen Bereich war, täuschte sich darüber, daß alles sehr, sehr schwer werden würde. Aber deutsche Demokraten aller Richtungen - christliche, soziale, liberale - wagten dennoch den Versuch, und jede Seite machte ihre eigene bittere Erfahrung.

Dort und damals, in den Trümmern Berlins im Juni 1945, im sowjetischen Besatzungsbereich, wurde die große Gemeinschaft, zu der wir

gehören, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, mit Andreas Hermes und Walter Schreiber an der Spitze gegründet.

Nun werden Sie verstehen, wenn ich in das, was ich jetzt sage, meine engeren Freunde aus jener Zeit, soweit sie hier in der Exil-CDU oder als Vertreter Berlins sitzen, einschlieÙe, an der Spitze den Senior der Exil-CDU, den Bürgermeister aus Leipzig in den Jahren 1946 - 1948, Ernst Eichelbaum,

(Beifall)

und dann aus der hintersten Ecke, aus dem Landesverband Berlin unseren Freund Peter Lorenz - hier oben sitzt er - ,

(Beifall)

der, an Plakaten nachweisbar, schon 1946 sehr eifrig am Wahlkampf beteiligt war.

In diesem Sinne spreche ich jetzt von "wir", wenn ich sage: Wir alle waren damals von redlichem Willen bewegt, wir alle haben damals ehrlich versucht, auch mit der großen Macht aus dem Osten, der Hitler den Weg in die Mitte Deutschlands bereitet hatte, zu einem für die Zukunft hilfreichen Verhältnis zu kommen.

Allerdings - und dies war eben das entscheidende Problem - wollten wir alle damals auch unter sowjetischen Besatzungsverhältnissen eine demokratische und eine soziale Ordnung nach deutschen Vorstellungen, nicht nach sowjetischen. Selbst die deutschen Kommunisten - das muß man manchmal in Erinnerung rufen, auch wenn es weit zurückliegt - hatten damals im Gründungsaufwurf der Kommunistischen Partei vom 11. Juni 1949 abgelehnt - ich zitiere wörtlich -, "Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen", und sich statt dessen zu einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten bekannt.

Dies darf man nicht vergessen, aber dies enthüllte sich schnell als totale Lüge, und die Besatzungsmacht setzte dann ihre ganze Autorität und Macht für die Sowjetisierung ihres Besatzungsbereiches ein.

Ich will hier keine Geschichtsvorlesung halten; ich nenne also nur ein paar Positionen. Das begann schon im Herbst 1945, ging weiter im Februar 1946 mit der radikalen Enteignung des Bodens der Landwirte und der Industrie - alles natürlich unter schön klingenden Vorwänden: Bodenreform und Enteignung der Nazis.

Es ging weiter in den Wahlen 1946 mit einer äußersten materiellen und administrativen Bevorzugung der aus der Zwangsfusion hervorgegangenen SED. Es wurde in hartnäckigen Versuchen fortgesetzt, die Zusammenarbeit der Parteien in jener Notzeit in eine Volksfront umzufunktionieren. Es endete schließlich in dem offenen und offiziellen Beginn der Volksdemokratie durch den ohne Wahlen zusammengesetzten Volkskongreß im November 1947.

Dies waren die leidvollen Stationen des Weges, auf dem die redlichen Bemühungen deutscher Demokraten zerschlagen wurden. Wer die wahre Ursache, wer den wahren Grund des Themas, mit dem wir uns heute befassen, wer die Erstsursache der Spaltung sucht, der findet sie in jenen Jahren und in jenem Geschehen nach dem Kriege im sowjetischen Besatzungsbereich. Uns, der christlich demokratischen Führung mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer an der Spitze, wurde - es ist jetzt exakt drei Jahrzehnte her - eine weitere Arbeit durch Befehl der

Besatzungsmacht unmöglich gemacht. Die deutsche Spaltung wurde deutsches Schicksal.

Meine lieben Parteifreunde, der Versuch unserer Selbstbehauptung damals war in jedem Sinne ein Wagnis. Es war schon deshalb ein Wagnis, weil wir eben nicht Unterwerfung unter fremden Willen wollten.

Dies ist der eigentliche Grund, weshalb der Vorsitzende gebeten hat, an jene Anfänge zu erinnern.

Dieser Versuch deutscher Demokraten, gerade auch Christlicher Demokraten in jener Zeit forderte unendlich viele Opfer. Tausende von Christlichen Demokraten, von CDU-Leuten in Brandenburg, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Mecklenburg wurden Militärtribunale und kommunistischer Justiz ausgeliefert. Sie kamen in Gefängnisse, in Lager, in Zuchthäuser. Jeder aus jener Zeit kennt die Schreckensnamen zum Beispiel von Bautzen und Waldheim. Sie wurden verschleppt, weit weg verschleppt, und viele, viele verloren nicht nur die Freiheit, sondern das Leben. Man darf vielleicht manchmal auch daran denken, daß an der Wiege der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auch Blutopfer gebracht wurden.

Es gehörte - damals hatte Politik überhaupt keine normalen Maßstäbe, wenn sie von Deutschen gemacht wurde - nicht nur politischer, sondern auch persönlicher Mut dazu, zum Beispiel fernab von der Viermächte-Stadt Berlin, in der ja auch die westlichen Alliierten präsent waren, fernab in den verlorenen Städten und Dörfern und Kreisen im Lande im Bereich der heutigen DDR mit einem anderen Willen dem sowjetischen Kommandanten und den deutschen Kommunisten Auge in Auge entgegenzutreten und bei seiner eigenen Meinung zu bleiben.

Was wollten wir denn? Warum haben wir das gemacht? Warum sind wir nicht weggelaufen? Wir wollten die Menschen im sowjetischen Besatzungsbereich nicht ohne politischen Schutz lassen. Wir wollten auch die Auseinanderentwicklung der Teile Deutschlands durch die Sowjetisierung verhindern, um wenigstens das, was nach der Katastrophe von Deutschland übrig geblieben war, noch zusammenzuhalten, die Einheit zu bewahren als Basis für den Neuaufbau.

Wir versuchten eine nationale Repräsentation aller Besatzungszonen. Sie ist damals gescheitert. Alle unsere Bemühungen sind gescheitert, gescheitert an der Sowjetmacht. Und dennoch möchte ich sagen - damit kein falscher Eindruck aufkommt -, wir Christlichen Demokraten aus dem Besatzungsbereich lassen uns von den schlimmen Erfahrungen nicht zu falschen politischen Schlüssen verleiten. Wir wissen, daß auch die Sowjetunion für eine gute Lösung der deutschen Frage einmal einen Beitrag leisten muß und daß dazu ein gedeihliches Verhältnis geschaffen werden muß. Gedeihlich nennen wir letztlich ein Verhältnis allerdings nur, das die deutsche Selbstbestimmung respektiert.

(Beifall)

Ich habe gesagt, wir sind gescheitert. Und dennoch - lassen Sie mich diesen Schlußgedanken noch ausführen -: umsonst war unser Widerstand nicht, denn er hat damals auch dem deutschen Westen geholfen. Er hat zunächst den westlichen Alliierten, die in Berlin präsent waren, einen Anschauungsunterricht davon gegeben, was die andere Seite mit Deutschland vorhatte. Daß sie so prompt und so hart auf die Blockade reagierten, ist nicht zuletzt diesem Anschauungsunterricht zu verdanken, der dadurch erzielt wurde, daß wir die Besatzungsmacht und die deutschen Kommunisten durch unseren Widerstand zur Selbstenttückung gezwungen haben. Ohne das, was dort über sowjetische Deutsch-

landpolitik zu erkennen war, wäre der freiheitliche Aufbau im deutschen Westen nicht so schnell freigegeben worden.

Meine Freunde, seitdem ist eine ganze Generation weggegangen und eine neue gekommen. Die Spaltung aber ist geblieben, die innere Not der Menschen drüben auch. Gerade im Hinblick auf das Honecker-Interview, das die Menschen drüben innerlich bewegt, weil es mit einer Spaltung der deutschen Staatsangehörigkeit argumentiert, möchte ich mit Leidenschaft aus Verbundenheit mit den Menschen drüben, aus der unmittelbaren Verbundenheit in jenen ersten Jahren des Beginns unserer Partei sagen: Die 17 Millionen Deutsche in der DDR werden wir unter gar keinen Umständen aus Deutschland ausbürgern.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Tag des Bundesparteitages soll ein Signal sein, ein Signal, daß die Christlichen Demokraten wie damals so auch heute ihre Pflicht gegenüber allen Deutschen kennen, die Pflicht, alles erdenklich Mögliche zu tun, um die Spaltung, um die blutige Grenze zu überwinden. Wir wollen den Menschen drüben und uns hier nichts vormachen: Der Weg ist ungewiß, mühsam, voller Hindernisse; aber wir müssen ihn gehen, und wir werden ihn gehen. Die Menschen drüben gehören mit uns zusammen. Wir wagen sie zu bitten, nicht zu verzagen. Aber diese Bitte dürfen wir nur wagen, wenn wir ihnen in dem Ernst, in der Zähigkeit, in der Besonnenheit, in der Eindringlichkeit und Kraft unseres deutschlandpolitischen Handelns unsere Verbundenheit beweisen. In diesem Sinne wünsche ich dem heutigen Tag des Bundesparteitages guten Erfolg.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Wir danken unserem amtierenden Tagungspräsidenten für diese Einleitung in den heutigen Tag. Wir haben alle gespürt, daß hier ein Zeuge einer tragischen Entwicklung in unserem Volk zu uns gesprochen hat und daß sein Zeugnis für uns alle, vor allem für die Jungen unter uns, eine Verpflichtung für die Zukunft ist und bleibt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf nun in unserer Mitte sehr herzlich begrüßen den Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU, unseren Freund Dr. Fritz Zimmermann.

(Beifall)

Wir haben eine Reihe von Telegrammen bekommen. Ich darf nur die soeben eingegangenen erwähnen.

Wir haben sehr herzliche Grüße erhalten von dem in Linz tagenden 19. Ordentlichen Parteitag der ÖVP:

In freundschaftlicher Verbundenheit allen Delegierten des 25. Bundesparteitages der CDU in Düsseldorf erfolgreiche Beratungen für Europa und nützliche Ergebnisse! Dr. Joseph Taus, Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei.

(Beifall)

Ebenfalls telegrafisch schickt uns herzliche Grüße der Generalsekretär der UECD, unser Freund Orlando Forlani.

Und nun darf ich die Leitung der Verhandlungen wieder an den amtierenden Tagungspräsidenten, unseren Freund Gradl, übergeben.

Dr. Johann Baptist Gradl, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich rufe jetzt den Punkt 17 der Tagesordnung auf:

### Unsere Verantwortung für Deutschland

Zunächst muß ich aber etwas klarstellen - mein Schicksal ist heute morgen offenbar die Vorbemerkung -: Es hat kritische Aufmerksamkeit gefunden, daß wir Referenten eingeladen haben, zumal solche, die vielleicht andere Auffassungen vertreten, als wir sie haben; das wird sich herausstellen. Ich möchte den kritischen Beobachtern dieses sagen:

Erstens: Die CDU ist eine große Volkspartei, sie ist keine Einheitspartei. Wir bilden unsere Meinung nicht inzüchtig, und wir haben gar keine Scheu, unsere eventuell abweichende Meinung, nachdem wir auch das Ungewohnte bedacht haben, offen auszusprechen. Nichts wirkt - das wußten schon die alten Griechen - so befruchtend wie das faire kontroverse Gespräch.

Zweitens: Unser Thema klingt einfach, aber es ist ungemein schwierig, weil die Wirklichkeit des gespaltenen Deutschland so vielfältig, so komplex und so hart ist. Weil wir Deutschlandpolitik ganz ernst nehmen, weichen wir nicht aus, sondern begrüßen wir diese heutige Gelegenheit, unsere Meinung an anderen Meinungen prüfen zu können, sie "abzuklären", wie man neuhochdeutsch sagt.

Drittens: Unsere Gäste können gewiß sein, daß dieser Parteitag weiß, was er seinen Gästen schuldig ist. Wir begrüßen unsere Gäste zum Thema "Unsere Verantwortung für Deutschland" sehr herzlich.

Ich rufe nun als ersten Referenten auf Herrn Professor Dr. Curt Gasteyger, Professor für internationale Politik. Er wird zu uns sprechen über das Thema: "Die Rolle der DDR im sozialistischen Lager".

Prof. Dr. Curt Gasteyger (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Sie haben mich eingeladen, einige Gedanken zum Thema "Die Stellung der DDR im sozialistischen Lager" zu äußern. Ich möchte Ihnen für diese Einladung sehr danken. Sie ehrt mich, und vor allem freue ich mich darüber aus zwei Gründen sehr: Einmal, weil ich diese Einladung an einen Nichtdeutschen - Sie merken es an meinem Akzent - dahin verstehe, daß es sich beim Thema Deutschland und auch beim Thema DDR nicht nur um ein deutsches, sondern immer noch und weiterhin um ein europäisches Thema handelt;

(Beifall)

als solches habe ich es stets empfunden und mich ihm besonders verpflichtet gefühlt. Zum anderen verstehe ich Ihre Einladung als eine Aufforderung, Erkenntnisse über ein uns immer noch in so vieler Hinsicht fernes Land, die DDR, zu vermitteln und damit vielleicht - hoffentlich - zu zeigen, daß die von vielen allzu leicht und allzu bereitwillig abgeschriebene deutsche Frage nicht stillsteht, sondern sich in ständiger Bewegung befindet und neue Herausforderungen an uns alle stellt.

(Beifall)

Es ist an uns, diese Bewegung in unserem Sinne zu lenken und diese Herausforderung immer wieder von neuem zu bestehen.

Es gibt eine aus Polen stammende wahre Geschichte, die wohl viel schärfer als viele Worte die Stellung der DDR im sozialistischen Lager umschreibt.

Ich nehme an, daß viele von Ihnen sie bereits kennen. Ich möchte sie Ihnen dennoch nicht vorenthalten. Es gibt einen Wettbewerb in Polen über irgendein Thema, für dessen ersten Preis eine Woche Ferien in der DDR ausgeschrieben ist. Der zweite Preis dieses Wettbewerbs sind zwei Wochen Ferien in der DDR.

Meine Damen und Herren, der Versuch, die internationale Stellung der DDR und die Motive ihrer Politik zu deuten, ist schwierig, oft undankbar und in seinem Ergebnis selten befriedigend. Er ist eine Art Gratwanderung zwischen der Versuchung zur moralischen Verurteilung mancher Züge dieses Staates und der politischen Notwendigkeit, ihn aus seinen eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen und ihm womöglich gerecht zu werden. Denn was immer man an ihm aussetzen mag: Dieser Staat ist und bleibt auf unabsehbare Zeit eine politische Tatsache, mit der es zu leben und mit der es auszukommen gilt. Wer sich mit ihm beschäftigt, wird ein Regime entdecken, das sich stärker herausgefordert und oft deutlicher überfordert fühlt, als es selbst eingestehen kann und wir ihm zuzubilligen geneigt sind. Der Zugang zu ihm ist deswegen keineswegs einfach. Dieser Staat macht es sich und anderen schwer, ihn so zu verstehen, wie er verstanden sein möchte. Ihn dennoch mit aller Nüchternheit - dies fällt mir gerade nach den bewegendem Worten von Herrn Pachmann schwer- zu untersuchen, erscheint um so notwendiger.

Man wird sich bei dieser Aufgabe nicht damit begnügen können, Stellung und Einfluß der DDR im sozialistischen Lager allein mit Zahlen und Fakten zu belegen. Sie sind aber Zeugen eines unter besonders schwierigen Umständen errungenen Aufstiegs zu internationaler Anerkennung. Aber das, worauf es bei der Frage nach dem eigentlichen Stellenwert der DDR im sozialistischen Lager mindestens ebenso sehr ankommt, liegt im Bereich des Unwägbareren. Denn es berührt die Frage nach ihrer politischen Rolle, nach ihrem strategischen und psychologischen Wert für die Sowjetunion, nach ihrer ideologischen Überzeugungskraft, nach dem Grad ihrer inneren Stabilität und ihres äußeren Ansehens und nach der Art und Weise, wie sie die vielfältigen Herausforderungen bewältigen wird, die sich einem modernen Industriestaat in seinem Verhältnis zur Umwelt, zur Gesellschaft und letztlich zum einzelnen Menschen stellt. All das läßt sich statisch nicht nachweisen. Es ist dennoch das letztlich Entscheidende. Mehr als einige Hinweise hierauf werden wir in dem uns vorgegebenen Rahmen kaum erbringen können.

Die Stellung der DDR ist zunächst einmal durch die Tatsache bestimmt, daß sie ein deutscher Teilstaat ist. Als solcher ist sie gleichzeitig - wie die Bundesrepublik - Kernland und Ausdruck des viel umgreifenderen Gegensatzes zwischen demokratisch-pluralistisch-, wenn Sie so wollen, kapitalistischer und diktatorisch-zentralistisch-kommunistischer Welt. Das erhöht zweifellos den Stellenwert der DDR in ihrem Bündnissystem. Es erweist sich aber zugleich auch als eine Hypothek auf ihre Zukunft. Denn viel stärker als die anderen Länder Mittel-Osteuropas bildet die DDR das Symbol dafür, daß es dem sowjetisch geprägten Kommunismus gelungen ist, ins europäische Herz- und Ursprungsland vorzudringen, aus dem es theoretisch kein Zurück mehr geben darf und nur noch ein Vorwärts geben kann.

Von der DDR wird mit anderen Worten mehr erwartet als von den anderen kommunistisch gewordenen Staaten: Sie soll Sperrriegel nach Osten

ebenso wie Vorposten nach Westen sein. Das ist eine ungemein belastende und zugleich undankbare Aufgabe. Denn als Sperrriegel wird der DDR die Aufgabe zugeordnet, ihren Nachbarn Polen und Tschechoslowakei ein Ausweichen und selbst eine Annäherung nach Westen hin zu verschließen. Als Vorposten und zugleich zweitem deutschen Staat wird ihr ein Wettbewerb mit der Bundesrepublik abverlangt, der zwar ständig Anreiz zu höheren Leistungen bildet, sie aber gleichzeitig als den schwächeren Rivalen deutlich überfordert.

Die Stellung der DDR ist somit in vielfachem Sinne zwiespältig. Sie trägt die doppelte Last des Teil- und zugleich schwächeren deutschen Staates. Sie soll Vorbild sein und sieht sich dennoch mehr beargwöhnt als ihre östlichen Nachbarn. Sie gewinnt dank ihrer wirtschaftlichen Leistungen und politischen Loyalität zusehends an Einfluß auch gegenüber Moskau und bleibt doch gerade dort ohne Aussicht auf echte Mitbestimmung. Sie ist der am stärksten integrierte Staat im Ostblock, ohne sich von dem ständigen Verdacht befreien zu können, mit ihrem Sonderverhältnis zur Bundesrepublik eine wenn auch entfernte Option nach Westen hin offenzuhalten.

Es ist diese vielschichtige Zweideutigkeit, die manches als so widersprüchlich und schwer vereinbar mit der Politik der DDR erscheinen läßt und eine genaue Ortsbestimmung ihrer Stellung im sozialistischen Lager erschwert. Daß dies nicht nur im Westen, sondern auch im Osten so empfunden wurde, haben Ulbrichts Nachfolger erkannt. Sie haben daraus die Konsequenzen im Sinne einer betonten Abgrenzung nach Westen, der Bundesrepublik zumal, und einer unbedingten Zuordnung nach Osten gezogen. Nur auf diesem Hintergrund ist der Zusatz zur Verfassung von 1968 zu verstehen, mit dem sich die DDR 1974, also vor etwas mehr als zwei Jahren, feierlich als für "immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet" und als "untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft" erklärte. Hierin offenbart sich eine in ihrem Umfang und ihrer Intensität wohl einmalige Verpflichtung. Zu ihr wird sich wohl nur ein Staat oder, genauer, sein herrschendes Regime durchringen, dem seit jeher - und vielleicht auch jetzt noch - der Verdacht anhaftet, sich nicht für immer auf eine derartig einseitige Orientierung nach Osten festlegen zu wollen. Es bleibt zumindest eine offene Frage, ob und wie weit die Partner der DDR einschließlich Moskaus deren formell so überdeutliches Bekenntnis unbedingter Treue politisch zum vollen Nennwert nehmen. Immerhin sind alle denkbaren Vorkehrungen getroffen, die DDR vollumfänglich in das Bündnis im wahrsten Sinne des Wortes einzumauern.

Militärisch sind sämtliche Streitkräfte der DDR dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt. Ihre Stärke und Ausrüstung stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der strategischen Schlüsselposition, die der DDR im Rahmen des Paktes zukommt. Sie ist Teil von dessen "Erster Strategischer Staffel" und das vorderste Element dessen, was im Verein mit Polen und der Tschechoslowakei einmal als "Eisernes Dreieck" bezeichnet wurde. Trotzdem bildet die "Nationale Volksarmee" bestenfalls eine Ergänzung zur überwältigenden Macht der seit Jahren auf ostdeutschem Territorium stationierten 20 sowjetischen Divisionen.

Die "Nationale Volksarmee" ist keineswegs besser und stärker ausgerüstet als die Armeen der übrigen Volksdemokratien. Ich glaube, das verdient festgehalten zu werden. Genausowenig wie diese hat sie ein Mitspracherecht über die auf ihrem Gebiet stationierten sowjetischen Nuklearwaffen. Ungleich den offenbar in den letzten Jahren noch

verstärkten sowjetischen Streitkräften ermangelt die "Nationale Volksarmee" offensiver Kapazitäten. Obwohl gerade in jüngster Vergangenheit ständig modernisiert, ist sie praktisch ganz auf sowjetische Unterstützung und Nachschub angewiesen.

Bei Bewegungen sowjetischer Truppen hat die DDR-Regierung kein Recht auf Mitsprache, sondern lediglich auf Beratung.

Mit dieser kurzen Umschreibung des militärischen Status der DDR ist zweierlei angedeutet: zunächst die lückenlose Einordnung der ost-deutschen Streitkräfte in den Warschauer Pakt, der seinerseits der verlängerte Arm sowjetischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. An irgendeine operative Selbständigkeit der nationalen Volksarmee ist dabei nicht zu denken. Andererseits haben die ost-deutschen Militärs ein vergleichsweise großes Gewicht auf den unteren Ebenen der militärischen Führung des Paktes gewonnen. Das zeigt etwa die Tatsache, daß dem DDR-Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der nationalen Volksarmee, Armeegeneral Hoffmann, gleich dreimal die Leitung von großen Paktmanövern übertragen wurde.

Zweitens zeigt die militärische Situation der DDR, daß sich am Verhältnis zwischen Besatzer und Besetztem, am Machtgefälle zwischen Vormacht und Schützling nichts Grundsätzliches geändert hat: die Sowjetunion bleibt der dominierende Faktor in dieser Gleichung.

In sowjetischen Augen ist der ostdeutsche Staat wahrscheinlich ein loyaler und guter Verbündeter. Er ist aber auch ein deutscher Staat, mit allem was dies an belastender Vergangenheit und einer noch nicht völlig geklärten Zukunft mit einschließt. An der politischen Zuverlässigkeit der nationalen Volksarmee und erst recht der Bevölkerung wird eine so mißtrauische Macht wie die Sowjetunion weiterhin berechnete Zweifel hegen. Diese werden dort am größten sein, wo die DDR für Aktionen einzusetzen wäre, die die Bundesrepublik zum Ziele haben.

Meine Damen und Herren, wenn auch der Stellenwert der DDR im strategischen Kräftefeld der Sowjetunion untergeordnet und begrenzt bleibt, so ist er im wirtschaftlichen Bereich in bemerkenswerter Weise gewachsen. Wenn die DDR Einfluß im sozialistischen Lager gewonnen hat, dann bestimmt vor allem dank ihres gewachsenen wirtschaftlichen Gewichtes. Für einen politisch vielfach vorbelasteten Staat wie die DDR mußte die Wirtschaft das wichtigste Instrument darstellen, mit dem staatspolitischen Ziele der inneren Festigung und der äußeren Einflußnahme am ehesten erreicht werden können. Machtgewinn, Machtbehauptung und Machtsicherung der SED sind damit eng mit der wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung der DDR verbunden.

Heute weist die DDR das höchste Nationalprodukt pro Einwohner von allen kommunistischen Ländern aus. Sie dürfte den Durchschnitt - ebenso wie beim Lebensstandard - um rund 50 % übertreffen. Nach der Sowjetunion ist sie das Land mit dem größten Außenhandel. Als wichtigstem Lieferanten von Investitionsgütern stammen von ihr mehr als ein Fünftel aller Einfuhren an Maschinen und Anlagen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, des Comecon. Von allen europäischen Volksdemokratien hat sie den höchsten Anteil am Stammkapital der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Internationalen Investitionsbank.

Hinter all dem stehen beachtliche Leistungen. Sie sind umso bemerkenswerter, mißt man sie an den mannigfachen Handicaps, die es zu bewältigen galt: die Trennung von Westdeutschland, Zerstörungen und Reparationen, die Flucht Hunderttausender, ja von Millionen

qualifizierter Arbeiter; hinzu kommt, daß diese Leistungen trotz und nicht etwa wegen eines von-außen aufgezwungenen zentralistisch-bürokratischen Systems zu erbringen waren. Sie vermitteln der DDR ein Gewicht, das manche Mängel ihres politischen Stammbaumes überdecken und die Nachteile begrenzter Größe und Bevölkerung ausgleichen hilft. Daß Ostberlin sich nicht scheut, von diesem Gewicht gelegentlich auch Gebrauch zu machen, beweisen manche zähen Verhandlungen mit seinen osteuropäischen Partnern und etwa sein offenbar erfolgreicher Einspruch gegen die von Moskau und Bonn geplante Fernkraftleitung von Königsberg über Westberlin in die Bundesrepublik. Hier wird sehr bewußt wirtschaftliche Kraft in politischen Einfluß umgemünzt - jedenfalls so lange, als damit keine wesentlichen Interessen der sowjetischen Führungsmacht berührt werden.

Die Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft liegt einmal bei ihrer mangelnden Effizienz, zum anderen in einer durch die Erhöhung der Ölpreise verursachten Verschlechterung der "terms of trade". Da die DDR rund 70 % ihres Brenn- und Rohstoffbedarfs aus der Sowjetunion deckt, werden sie diese Preiserhöhungen selbst dann empfindlich treffen, wenn sie im Vergleich zu anderen Volkedemokratien bis jetzt von Moskau erstaunlich glimpflich behandelt wurde, ein an sich sehr interessantes Zeichen. Immerhin betrug diese 1975 beschlossene Erhöhung für die DDR 50 %. In diesem Jahr 1977 dürften die Preise weiter steigen.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie weit sich dies auf den in den letzten Jahren stark erweiterten Westhandel auswirken wird. Dieser Handel wurde seit 1969 zunehmend passiv. Die Bruttoverschuldung der DDR betrug 1976 ungefähr 5 Milliarden Dollar, davon auf dem Euromarkt etwa 3 Milliarden. Gemessen an ihrem Gesamtumsatz ist dies ein bescheidener Betrag. Auch hierin steht sich die DDR - neben der Sowjetunion - wesentlich besser als die übrigen kommunistischen Länder.

Die im innerdeutschen Handel aufgelaufenen Schulden werden heute auf etwa 2,5 Milliarden D-Mark geschätzt. Sie werden gemildert einmal durch die Tatsache, daß die DDR im vergangenen Jahr nach langer Zeit offenbar wieder eine ausgeglichene Bilanz erzielen konnte. Zum ändern werden sie gemildert durch den von der Bundesrepublik eingeräumten zinslosen Überziehungskredit, den Swing, in der Höhe von 800 Millionen DM, gültig bis 1981.

Wo wirtschaftlicher Wohlstand so relativ ist wie im sozialistischen Lager, liegt die DDR zweifellos an der Spitze. Das, wie ebenso ihre privilegierte Sonderbeziehung zu der sonst so verpönten Bundesrepublik macht sie bei ihren kommunistischen Nachbarn keineswegs beliebter. Es wirft viel eher die Frage auf, ob die DDR ein echtes Interesse an der von ihr so uneingeschränkt geforderten stärkeren Integration des RGW-Bereiches haben kann. Denn einmal muß eine solche Integration Gewicht und Kontrolle des mächtigsten Partners, der Sowjetunion, zu Lasten der schwächeren Glieder - einschließlich der DDR - zusätzlich erhöhen. Zum anderen sprechen Produktionsstruktur und technologische Bedürfnisse der DDR eigentlich viel eher für ihre Öffnung nach Westen.

Trotzdem hat sich die DDR deutlich zugunsten einer weiteren Integration, ja sogar einer späteren "Verschmelzung" mit den übrigen sozialistischen Ländern entschieden. Dies hat in allererster Linie politische Motive. Der Entscheid entspringt dem nüchternen Kalkül, daß es für die DDR unter keinen realistisch denkbaren Umständen eine andere Alternative gibt und geben kann, weder eine prowestliche, noch eine neutrale oder gar eine solche der Wiedervereini-

gung. Diese Einsicht gründet sich auf die in Europa gegebenen machtpolitischen Verhältnisse. Sie verengen den Spielraum jeder deutschen Politik auf ein Minimum. Ich glaube, wir müssen uns das auch hier immer wieder vor Augen führen. Die Einsicht stammt zudem aus der nicht weniger bedrückenden Tatsache, daß die heutige DDR eben nur als sozialistischer Staat, gestützt und geschützt von der Sowjetunion, bestehen kann.

Von hier leiten sich alle weiteren Folgerungen, Schritte und Maßnahmen der Nachfolger Ulbrichts ab. Hinter ihrem Entscheid für eine Integration steht der Verzicht auf einen ostdeutschen Modellstaat und auf einen eigenen Entwicklungsweg, kurz, die Absage an all das, womit Ulbricht die wohl illusorische Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen genährt haben mochte. Ulbrichts Nachfolger haben bewußt die letzten Zweifel und Schatten der Unsicherheit über den künftigen Status ihres Landes zu beseitigen gesucht. Sie empfanden sie nicht nur im Lager ihrer Verbündeten, sondern mindestens ebenso sehr gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung als wachsende Belastung. Sie beschränken sich heute - und bis auf weiteres - darauf, die DDR als ein zwar zunehmend wichtiges, jedoch zur vollständigen Einordnung bereites Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft zu präsentieren. Für sie scheint es heute vordringlich, auf dem Wege über diese Integration zu einer Modernisierung und Anhebung des wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Niveaus der DDR zu gelangen. Die Integration ist für die DDR damit - anders als für die Bundesrepublik - nicht nur ein Mittel der bestmöglichen Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen und einer international abgestimmten Entwicklung. Sie ist nicht minder ein Instrument der ständigen Abstimmung mit ihrer Führungsmacht einerseits und ein - und zwar der einzige - Ansatzpunkt steigender Konkurrenzfähigkeit mit der Bundesrepublik andererseits. Denn Politik, wirtschaftliche Anstrengungen und Stellung der DDR im sozialistischen Lager sind letztlich immer auch eine Funktion ihrer ständigen Auseinandersetzung und Rivalität mit der um so viel stärkeren Bundesrepublik.

Anders als im Falle dieser vielbeneideten, viel verketzerten Bundesrepublik wächst der DDR in ihrem eigenen Lager kein zusätzliches Gewicht durch eine eigene, in viele Bereiche hineinwirkende Außenpolitik zu. Hier ist und bleibt die DDR Erfüllungsgehilfe und verlängerter Arm der sowjetischen Führungsmacht. Es mag Nuancen, es mag Interessenunterschiede geben, etwa bei der Suche nach Energiequellen außerhalb des RGW-Bereiches oder beim Verhalten gegenüber Ländern der Dritten Welt. Diese Nuancen und diese Interessenunterschiede bleiben aber begrenzt und kontrolliert, und sie berühren keine wesentlichen Interessen Moskaus. Als Wirtschaftspartner von einigem Gewicht bleibt die DDR außen- und erst recht weltpolitisch weitgehend profillos.

In Übereinstimmung mit der Sowjetunion sieht die DDR jedoch die Rolle der sozialistischen Gemeinschaft und ihres politischen Rückgrats, des Warschauer Pakts, zumindest auf europäischer Ebene dynamisch. Sie wird nicht müde zu betonen, daß die sichtbare Stärkung von beiden den Westen zur Koexistenz und darüber hinaus zu wichtigen politischen Konzessionen gezwungen habe. Der bereits erwähnte Armeegeneral Hoffmann schrieb kürzlich - ich zitiere -:

"Nicht ein gewisses Minimum an militärischem Defensivpotential unserer Koalition, auch kein sogenanntes 'Gleichgewicht des Schreckens' haben einen Zustand in den internationalen Beziehungen

herbeigeführt, den die Menschheit erleichtert als Wende vom kalten Krieg zur Entspannung empfindet. Die im zähen Kräfte ringen der Nachkriegsjahre hart erkämpfte militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die imperialistischen Kräfte war es, die den Frieden sicherer, die antiimperialistischen Kräfte selbstbewußter gemacht und den weltrevolutionären Prozeß vorangebracht hat."

Aus dieser Überzeugung leitet sich die Annahme ab, daß eine weitere Verbesserung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Warschauer Paktes nicht nur wünschenswert, sondern im historischen Prozeß des Fortschrittes der sozialistischen Kräfte auch unvermeidlich ist. Sie wird gleichermaßen zur Geschäftsgrundlage einer weiteren Entspannung. Dahinter steht ein offenbar noch ungebrochener Glaube an die politische Wirkung militärischer Macht - ein Glaube, der Schwächen und Mängel auf so manchen anderen Gebieten überdecken oder kompensieren soll.

Warum und inwieweit braucht die DDR jene ständige Versicherung ihrer selbst, wenn sie eine so problemlos vorgezeichnete Zukunft erwarten darf? Die Antwort - jedenfalls ein wichtiger Teil davon - wird einmal in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion, zum anderen in ihrem eigenen Selbstverständnis, letztlich aber in der Ungewißheit über ihre eigene Zukunft zu suchen sein.

Was den ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen an globaler Spannweite abgeht, wird durch das tiefe Eindringen sowjetischer Vorbilder und Kontrollen in alle wichtigen Lebensbereiche der DDR kompensiert. Anders als die Westmächte in der Bundesrepublik verfügte die Sowjetunion in der DDR von allem Anfang an über eine von niemandem bestrittene und mit niemandem geteilte Monopolstellung. Diese blieb deshalb so stark, weil das von Moskau eingesetzte Regime so schwach blieb. Solange dem so ist, wird sich an dem Verhältnis zwischen den beiden Staaten nichts Wesentliches ändern. Zweifellos wird dieses Verhältnis entscheidend von dem unendlich langsamen Schrittmäß der innersowjetischen Entwicklung bestimmt. Für die ostdeutsche Regierung kann und darf dies aber kein Vorwand für eigene Unbeweglichkeit sein, denn manches hängt auch davon ab, ob es ihr gelingt, eine breitere Basis und eine größere Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Sie befindet sich dabei allerdings in einem Teufelskreis, dem sie bis heute nicht zu enttrinnen vermochte: Solange sie der weitgehenden Unterstützung durch die Bevölkerung nicht sicher sein kann, bleibt sie verletzlich und damit auf sowjetische Präsenz angewiesen. Gerade diese so lastende und sichtbare Präsenz schwächt aber ihre Stellung und Glaubwürdigkeit nach außen ebenso wie im Innern. Wie begründet auch immer Moskaus Sicherheitsinteressen in Mitteleuropa sein mögen: Diese überdimensionierte Militärmacht auf ostdeutschem Boden ist auch ein unübersehbarer und permanenter Mißtrauensantrag gegenüber Stabilität und Glaubwürdigkeit des SED-Regimes.

Hier liegt wohl auch der entscheidende Ansatzpunkt für das bereits betonte Streben der DDR, jedem Verdacht einer möglichen Abweichung und Häresie durch totale Einbindung in das sozialistische Lager zuzuvorkommen. Dem sozialistischen Internationalismus mit seinem Recht auf - sowjetische - Intervention soll gewissermaßen vorgebeugt werden, indem man in jeder nur möglichen Weise - politisch, ideologisch und rechtlich - die eigene Unfehlbarkeit und Loyalität demonstriert. Dazu gehört der schon erwähnte Verfassungszusatz von 1974. Dazu gehört auch der neue Vertrag mit der Sowjetunion über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1975. Nach ostdeutscher Version bedeutet dieser Vertrag - ich zitiere - den "bisherigen

gen Höhepunkt der auch völkerrechtlichen Formulierung und Fundierung jener grundlegenden strategischen Orientierung des gesamten politischen Handelns der DDR seit ihrer Geburtsstunde". Dieser Vertrag war - das verdient festgehalten zu werden - kein einseitiges Diktat Moskaus. Er entsprach in mancher Hinsicht ostdeutschem Wunsch. Von beiden Staaten hat die DDR das größere Interesse, sich Wohlwollen und Unterstützung der anderen Seite, also der Sowjetunion, so umfassend wie möglich zu sichern.

Sie hat dieses Interesse einfach schon deswegen, weil sie im Unterschied zu Moskau weder Wohlwollen verlangen noch Unterstützung erzwingen kann. Wo für die Durchsetzung sowjetischer Interessen ein solcher Vertrag nützlich, aber nicht unerlässlich ist, kann er für die DDR von großer Bedeutung sein. Sie wird sich auf ihn stützen und ihn anrufen, wo immer sie befürchten muß, bei ihrer Führungsmacht sonst nicht durchzudringen. Gerade weil sie der Unwiderruflichkeit ihres Bündnisses und der unfehlbaren Übereinstimmung mit der Sowjetunion keineswegs so traumwandlerisch sicher ist, wie sie stets behauptet, gerade deshalb wird sie in diesem Vertrag ein Instrument sehen, die Schwankungsbreite sowjetischer Politik gegenüber dem Westen allgemein und gegenüber der Bundesrepublik im besonderen möglichst einzuengen. Sie schafft sich damit eine durchaus ernstzunehmende Einflußmöglichkeit in diesen ihre ureigensten Interessen berührenden Feldern sowjetischer Politik.

So liegt der Schluß nahe, daß dieser bis ins Jahre 2000 reichende Vertrag keineswegs nur Moskaus Verlangen nach noch engerer Bindung und Kontrolle der DDR widerspiegelt. Er ist auch Teil jenes vielschichtigen Instrumentariums, mit dem die DDR hofft, die Sowjetunion auf ihre Existenz und Fortentwicklung in stärkstmöglicher Weise zu verpflichten. In der Tat hat diese denn auch im "Oktober-Vertrag" gegenüber der DDR ganz konkrete Verpflichtungen, nicht zuletzt wirtschaftlicher Natur, übernommen.

Wirtschaftliche Leistung, ideologische Selbstsicherheit und militärpolitische Bedeutung einerseits, Verletzlichkeit und Abgrenzung gegenüber Einwirkungen aus dem Westen, Abhängigkeit und Kontrolle aus dem Osten andererseits, mischen sich in der DDR somit zu einem eigenartig komplexen Selbstverständnis:

Zunächst: Die DDR weiß, daß ihrer Existenz Symbolcharakter zukommt, einmal als Ausweis der relativen Funktions- und Leistungsfähigkeit des sowjetischen "Modells", zum anderen weil sich dies ausgerechnet in einem deutschen Staat demonstriert findet. Nicht zuletzt daraus leitet die SED den Anspruch ab, das "sozialistische Deutschland" zu repräsentieren. Der Akzent liegt dabei mindestens ebenso sehr auf dem geschichtlich und geistig so erfüllten Begriff "Deutschland" wie auf dem Attribut "sozialistisch".

Das führt zum Zweiten: Die DDR ist inmitten des sozialistischen Lagers letztlich ein einsamer Staat, ein Staat, der sich isoliert fühlt, weil er weiß, daß er nicht geliebt ist. Diese Erkenntnis muß für das Regime beunruhigend und für die Bevölkerung schmerzlich sein. Manche mögen die DDR nicht, weil sie ein deutscher Staat ist, andere, weil sie ein fast penetrant kommunistischer Staat sein will, und wohl die meisten, weil sie beides zusammen ist. Vieles von dieser Unbeliebtheit mag man dem Regime anlasten. Einiges gehört aber - gestatten Sie mir, das zu sagen - zum deutschen Nachkriegsschicksal, das immer noch so manches verdunkelt, was deutsch heißt.

Drittens: Die DDR ist ein Staat auf der Suche nach seinem eigenen politischen Schatten. Anders als ihre osteuropäischen Nachbarn ist

sie keine Nation. Es ist schwierig, sich ein Land vorzustellen, dessen Ringen um nationales Selbstbewußtsein gleich von Anfang mit solchen Hypotheken belastet war. Es ist nur dann zu verstehen, wenn dieses Bemühen als fast verzweifelter Versuch gesehen wird, sich von der Bundesrepublik als deutscher Staat eigenen Rechts zu unterscheiden. Mit dem Geburtsfehler mangelnder Legitimität behaftet, wird die Suche nach eigener Glaubwürdigkeit durch die Tatsache erschwert, daß 80 % der Bevölkerung das Bild des "anderen deutschen Staates" jeden Abend - ich hoffe, auch heute abend - im Fernsehen empfangen können.

Wie sehr das Regime all dies als wunde Stelle empfindet, zeigt sein krampfhaftes Bemühen um einen eigenen sozialistischen Nationsbegriff. Diese ideologisch wenig überzeugende Hilfskonstruktion soll mit einem Rückgriff auf verlorene oder verschüttete deutsche Traditionen früherer Epochen zusätzlich Substanz verleihen. So scheut man bei der Suche nach nationalem Profil auch nicht vor dem Appell an Gefühle zurück, die weniger mit Kommunismus und mehr mit Nationalismus zu tun haben. Wo sich die DDR als Wahrer deutscher Traditionen präsentiert, erhofft sie nicht nur eine Stärkung ihrer eigenen Legitimität, sondern auch Sympathie und Verständnis von jenseits der Elbe. Es ist dies ein nicht ungefährliches Kalkül. Es ist deswegen gefährlich, weil es die Sprengwirkung eines wiedererweckten deutschen Nationalismus, gleich welcher Einfärbung, in Ost und West unterschätzt.

Viertens ist die Frage, ob die DDR ein stabiler Staat sei, eine Frage nach der politischen Umwelt, in der dieser Staat zu bestehen hat. Unabhängig von den Personen, die die DDR heute regieren, ist sie in dieser ihrer heutigen Umwelt ein stabiler Staat, stabil deswegen, weil es außer einer Selbstaufgabe des DDR-Regimes keine politische Alternative zu ihm gibt und eine solche Alternative ihm auch in absehbarer Zukunft von keiner Seite zugestanden werden wird. Niemand, auch nicht der Kreml, wird allerdings so ganz an diesen Staat und seine Dauer glauben wollen. Sicherheit der DDR - und das ist die Sicherheit ihres Regimes - bleibt unausgesprochen eine auf Abruf gestellte Sicherheit. Aber gerade weil dem so ist, gerade weil es vorläufig keine echte Alternative zur gegenwärtigen DDR gibt, gerade deswegen muß sie akzeptiert werden.

Das bedeutet einmal, daß sie nicht unnötig zusätzlich verunsichert werden sollte. Die letzten Monate haben gezeigt, daß sie darauf nur mit neuer Verkrampfung und Verhärtung reagiert. Den Preis dafür hat nicht das Regime, sondern die ostdeutsche Bevölkerung zu zahlen. Um toleranter werden zu können, braucht die DDR größere Selbstsicherheit in dem schmalen, aber einzigen politischen Rahmen, der ihr hierzu heute und in Zukunft leider zur Verfügung steht. In dem Maße, in dem sich der ostdeutsche Staat festigt, gewinnt er nicht allein eine gewisse innere und vielleicht auch äußere Bewegungsfreiheit, er gewinnt auch ein wie immer begrenztes Gewicht gegenüber der Sowjetunion. Konsolidierung zwecks eigener Selbstbestätigung und nicht einer ebenso fernen wie riskanten Wiedervereinigung ist meines Erachtens das realistischere anzustrebende Ziel. Es braucht das Fernziel einer Annäherung und Zusammenführung der beiden deutschen Staaten nicht für immer auszuschließen. Es macht dieses Ziel für die praktische Politik von heute und morgen lediglich inaktuell.

Die Stellung der DDR in ihrem eigenen Lager wie in Europa allgemein bestimmt sich letztlich dadurch, wie sie ihre Existenz gegenüber ihrer Umwelt, vor allem aber gegenüber ihrer eigenen Bevölke-

rung zu rechtfertigen versteht. Mit Abgrenzung allein erwirbt man sich kein politisches Profil, und Selbstsicherheit erschießt man sich nicht.

(Teilweise Beifall)

Wer größere Sicherheit für sich selbst beansprucht, wie es die DDR tut, wird sie auch anderen zugestehen haben.

Dazu gehört vor allem die vorbehaltlose Hinnahme der Existenz West-Berlins. Meine Damen und Herren, der Preis internationaler Anerkennung ist größere Selbstverantwortung, ist ein Sich-Öffnen nach außen und die Bereitschaft zur Toleranz nach innen; denn die DDR ist auch ein europäischer Staat mit allem, was das an geistigem und politischem Erbe in sich birgt. Untrennbarer Bestandteil dieses Erbes bleibt der Respekt vor dem Menschen und seiner freien Entfaltung.

(Beifall)

Wer der DDR somit das Recht auf Konsolidierung und größere Selbstsicherheit einräumen will, wird von ihr auch verlangen können, dieses Erbe zu respektieren und es der eigenen Bevölkerung zugute kommen zu lassen. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, aus dieser Verpflichtung wird man die DDR bei aller gebotenen Zurückhaltung und bei allem Verständnis für ihre mannigfachen Belastungen nicht entlasten können.

(Beifall)

Johann Baptist Gradl, Tagungspräsidium: Herr Professor Gasteyer, wir danken Ihnen sehr für Ihren aufschlußreichen, informativen, anregenden, hin und wieder zur Kritik herausfordernden Vortrag.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Referat Herrn Dr. Schobers, des Präsidenten des Diakonischen Werkes. Verehrter Herr Dr. Schober, Ihr Referat findet auf diesem Parteitag angesichts des politischen Hintergrundes und gewisser tragischer Vorgänge die besondere Aufmerksamkeit. Aber ich möchte hinzufügen, daß wir um Ihre verdienstvolle Arbeit wissen. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit dafür im Namen des Parteitages danken.

(Beifall)

Gerade wir Christlichen Demokraten sind den karitativen Werken unserer beiden Kirchen außerordentlichen Dank schuldig. Herr Dr. Schober, Sie dürfen überzeugt sein, daß diejenigen, die hier sitzen, nicht nur die CDU unterstützen. Meine Parteifreunde, ich richte daher an Sie einen Apell und brauche nur "Misereor" und "Brot für die Welt" zu erwähnen. Der Hinweis dürfte genügen.

Herr Dr. Schober, Sie haben das Wort.

Dr. Theodor Schober, Präsident des Diakonischen Werkes, Stuttgart (mit Beifall begrüßt): Für diese freundliche Begrüßung danke ich herzlich und wage es, meinem Manuskript einen Satz voranzustellen. Ich habe gestern abend den ersten Anruf meines nach Rumänien entsandten Mitarbeiters, der unsere Hilfe dort organisiert, bekommen. Vielleicht kann der Parteitag dafür eine tatkräftige Aktion einleiten.

(Beifall)

Kardinal Joseph Höffner sagte kürzlich: "Angesichts der Lage, vor die wir in Deutschland und Europa gestellt sind, gilt der Grundsatz: Nicht stumm bleiben! Wer stumm bleibt, ist der Gefahr ausgesetzt, manipuliert, d.h. behandelt zu werden, und zwar nicht selten hinterhältig, so daß er sich der Manipulation kaum bewußt wird."

Darum gilt es zu reden - in der Freiheit eines Christenmenschen. Aber auch das ist nicht ohne Risiko, hier und dort.

Gerade im Wissen um den möglichen Mißbrauch meines Referates verlaßte ich mich als einer, der seit vielen Jahren im Dienst der Barmherzigkeit Gottes an Menschen aller Gruppierungen in den verschiedensten Ländern der Welt im Zeugendienst Christi zu wirken versucht, auf den Zuspruch Gottes, der mit dem Losungswort für diesen 8. März aus dem im östlichen Teil der DDR gelegenen Herrnhut über alle Grenzen hinweg lautet - noch lauter als die Unterhaltung, die jetzt im Saal ausgebrochen ist -:

(Beifall)

"Du wolltest Deinem Knecht ein gehorsames Herz geben."

Dieses Vorzeichen erlaubt weder ein Verharmlosen noch ein Dramatisieren der Situation in der DDR. Es gebietet aber die Bereitschaft zum schmerzhaften Umdenken aus der Betroffenheit über eigene geschichtliche Mitschuld und vielfaches Versagen. Ein berechnend vorgetragener Zweckoptimismus wäre genauso unwahr wie ein Zweckpessimismus, der freilich unschwer aus Zahlen und Fakten zu aktualisieren wäre, etwa über die Not der von bestimmten Ausbildungsgängen ausgesperrten jungen Christen. Die Aufgaben, die ein Politiker zu bewältigen hat, sind nicht die des Theologen und Kirchenmannes. Aber der Theologe und Kirchenmann muß die Politiker freimütig daran erinnern, daß ihnen die Sorge um die Menschen in ihren jeweiligen Bedrohungen aufgetragen ist. Gerade dem Politiker muß das Ziel der Versöhnung der Völker und Gruppen in Frieden und Gerechtigkeit über allen kurzschlüssigen Umgang mit der Macht stehen.

(Beifall)

Die sich aus solcher Verantwortung abzeichnenden konkreten politischen Schritte verlangen politisches Augenmaß und einen kühlen Kopf. Was der christliche Politiker dabei anderen voraus haben kann, ist das Wissen darum, daß er nie allein gelassen ist, wenn er sich ein gehorsames Herz erbittet, das ihn ermutigt, sein Tun und Lassen in Ausübung des göttlichen Mandates zu verantworten. Dann erfährt er die Befreiung aus dem Denken im Freund-Feind-Schema und lernt, auch vom andern her zu denken und auch auf das Wohl des andern bedacht zu sein.

Diese anderen sind z.B. die Christen in der DDR, über die Sie mich zu sprechen aufgefordert haben. Ihre Zahl ist kleiner geworden. Zur Zeit rechnet sich höchstens die Hälfte der DDR-Bürger zu einer christlichen Konfession. Vor 25 Jahren waren es noch über 90%. Bevor ich weitere DDR-Zahlen nenne, sollten wir uns wenigstens eine Zahl aus unserem Teil Deutschlands bewußt machen: In den Jahren 1969 bis 1974 sind fast 1,4 Millionen Bundesbürger aus der evangelischen und aus der katholischen Kirche ausgetreten. Das sind mehr als die Einwohnerzahl von Groß-München. Dabei muß man wissen: Während in unserer volkswirtschaftlichen Situation erst der Kirchenaustritt einen persönlichen Entschluß bedeutet, stellt sich in der DDR der Entscheidungspunkt genau umgekehrt, nämlich in der Bereitschaft, ohne Verschleierung

als Christ zu leben und auch durch Zahlung der Mitgliedsbeiträge die Kirche zu stärken.

Doch nun zu den DDR-Zahlen: Von den etwas über 17 Millionen Einwohnern der DDR gehören im Jahre 1946 15 Millionen zur evangelischen Kirche. Zwischen 1950 und 1970 sank die Zahl der evangelischen Kirchenglieder um fast ein Drittel. Die Jahre des gegenwärtigen Jahrzehnts haben diese Verminderung fortgeführt.

Die Zahl der katholischen Gläubigen ist von ca. 1,75 Millionen im Jahre 1950 auf 1,3 Millionen im Jahre 1973 zurückgegangen. In neun verschiedenen Freikirchen sind etwa 90 000 Mitglieder vereinigt. Dabei beunruhigt die kirchliche Alterspyramide noch mehr als die bevölkerungspolitische.

Um so erfreulicher sind die Nachrichten über eine wachsende kirchliche Jugendarbeit an manchen Orten; man spricht da und dort von einer blühenden Jugendarbeit der Kirche. - Unter den 8,47 Millionen Protestanten arbeiten 4220 Pfarrer, unter den 1,3 Millionen Katholiken 1450 Priester, unter den 90 000 Angehörigen 330 Prediger. Die Zahlenrelation von Pfarrern zu Gemeindegliedern ist demnach im protestantischen Bereich etwa 1 : 2000, in der katholischen Kirche 1 : 900, bei den Freikirchen 1 : 270.

Die Ausbildungsmöglichkeiten der Theologen sind verschieden. Den Evangelischen stehen die Sektionen für Evangelische Theologie an den sechs staatlichen Universitäten offen, dazu drei theologische Seminare in der Art kirchlicher Hochschulen. Zwei Predigerschulen eröffnen eine weitere Möglichkeit des Zugangs ins Pfarramt für solche jungen Menschen, die schon einen anderen Beruf erwählt haben. Kirchlicher Mitarbeit im weiteren Sinne des Wortes dienen sieben katechetische, sechs kirchenmusikalische und 63 diakonische Ausbildungsstätten. Die katholischen Theologen werden ausschließlich an kircheneigenen Seminaren ausgebildet. - 15 Zeitungen und Zeitschriften stehen den Kirchen der DDR zur Verfügung: zehn evangelische, zwei römisch-katholische, zwei freikirchliche und eine russisch-orthodoxe.

Wesentlich erscheinen mir auch einige Hinweise auf die karitative Arbeit der christlichen Kirchen in der DDR. Von 100 000 Plätzen in Heimen des Sozialwesens, die dort insgesamt unterhalten werden, sind 17,5 % in konfessionellen Feierabend- und Pflegeheimen. Der Dienst der Kirche an geistig und körperlich Behinderten, an alten und pflegebedürftigen Menschen ist noch erheblich umfangreicher: In 500 von evangelischen Kirchen geleiteten Heimen und Anstalten und in der Gemeindediakonie sind 15 000 Mitarbeiter tätig. Der Krankenversorgung dienen in der DDR 52 evangelische und 33 katholische Krankenhäuser mit insgesamt 11 600 Betten. Daß die Zahl z. B. der diakonischen Einrichtungen für geistig und körperlich behinderte Menschen in der DDR in den letzten Jahren erheblich erhöht werden konnte - freilich auch mit ökumenischer Hilfe -, verdient dankbar erwähnt zu werden.

Wer - um wieder ein Beispiel aus dem evangelischen Raum zu nennen allein die 41 Diakonissenmutterhäuser und Schwesternschaften sowie die sechs Diakonenanstalten mit zusammen über 7000 Schwestern und Diakonen in der DDR bedenkt, verlernt, voreilig von einer "sterbenden Kirche" zu sprechen.

(Beifall)

Wo jeder einzelne von ihnen, um mit Apostel Paulus zu sprechen, ein "Brief Christi" zu sein bemüht ist, ist das Zeugnis Christi in die-

ser Umwelt unüberhörbar, auch wenn die Kirche zu einer Minderheit geworden ist, die häufig nur geduldet zu sein scheint. An die Stelle der bei uns erlebten Expansion der sozialen Arbeit der Kirchen ist dort stärker der Wille zu baulicher, technischer, fachlicher und vor allem geistlicher Qualifizierung getreten.

Der Hinweis auf diese großen Mitarbeitergruppen erscheint mir wichtig, weil eine Kirche, die bloß aus Behauptungen und Ansprüchen besteht, an keinem Platz der Welt auf lange Sicht eine Verheißung hat. Nur wo der Glaube gelebt wird, wird er ernst genommen - auch in der DDR.

(Beifall)

Auch dort werden lebendige Gemeinden respektiert. Christsein ist in der DDR eben keine Selbstverständlichkeit mehr; Zeugenschaft fordert dort ihren Preis.

Darum erweist sich Gemeinde, wenn sie tragende Gemeinschaft ist, dort als noch lebenswichtiger als bei uns, gerade für den einzelnen Christen, der - bliebe er Solist am Arbeitsplatz, im gesellschaftlichen Leben, im Freizeitbereich - nur zu leicht resignieren müßte. Die Zugehörigkeit zur Christengemeinde eröffnet ihm aber eine Hoffnung, die jenseits aller politischen Utopien und ideologischem Imperative angesiedelt ist.

Dabei haben es die kirchlichen Mitarbeiter leichter, ihren Glauben zu leben, als Christen in anderen Berufen.

Daß sich in einem Staat, der den dialektischen Materialismus mit der Konsequenz des Atheismus vertritt, bestimmte Tätigkeiten und Laufbahnen mit der Glaubensüberzeugung von Christen nicht vereinen lassen, liegt auf der Hand. Darum ist dem beruflichen Aufstieg bewußter Christen an Fach- und Hochschulen, in der staatlichen Verwaltung, in der Polizei, in der Armee, im Justizwesen, aber auch in manchen Industriebetrieben erfahrungsgemäß eine Grenze gesetzt. Das, meine Damen und Herren, trifft vor allem junge Menschen hart. Aber auch hier ist kein Pauschalurteil erlaubt. Sonst gäbe es in der DDR z. B. keine christliche Akademikerschaft, die aus Studentengemeinden herausgewachsen ist und heute zu einem großen Teil die Synodenplätze füllt.

Für jeden Besucher der DDR stellt sich das Leben der Christen in einer eigentümlichen Vielfalt und Widersprüchlichkeit dar. Einer klein gewordenen und überalterten Gottesdienstgemeinde da und dort stehen lebendige Kirchentagsveranstaltungen mit vielen Tausenden von Teilnehmern, stehen Bibelrunden und Hauskreise gegenüber. Auch die wachsenden Aktivitäten christlicher Gruppen mit charismatischer Prägung und unkümmertem Frömmigkeit sind beachtlich.

Galt bis vor kurzem noch die Parole "Kein Kreuz in sozialistische Neustädte!", so hat sich nunmehr die Möglichkeit von kirchlichen Neubauten eröffnet. 54 Objekte wurden genannt, von denen acht noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden sollen. Bischof Schönherr sagte dazu auf der Synode in Züssow vor wenigen Monaten: "Man hat offenbar einkalkuliert, daß das Absterben der Religion, was ja in Dogmen der marxistischen Partner unauslöschlich enthalten ist, ziemlich spät kommen kann." Es ist - dies füge ich diesem Zitat an - müßig, die Motive für diese veränderte Situation zu erforschen.

Auch die ökumenische Tätigkeit der Kirchen in der DDR ist weitgespannter geworden. Das gilt ebenso für die ökumenischen Verbindungen zur westlichen Christenheit. Die Vertreter der Kirchen in der DDR

sehen sich in ökumenischen Gesprächen gerade vom Westen her einem Erwartungsdruck ausgesetzt. Man erhofft von ihnen eine Auskunft darüber, wie das Christsein in einem sozialistischen Land aussehen kann. Vor allem reichere Kirchen wollen von den Kirchen in der DDR lernen: Wie können Kirchen in einer beginnenden Armut existieren? Daß diese ökumenische Öffnung auch manche Zerreißprobe für die Gemeinschaft bedeuten kann, faßt ein Briefschreiber von dort in folgenden Sätzen zusammen: "Jeder Reisende desolidarisiert sich von denen, die nicht reisen dürfen, sie desolidarisieren sich damit vom Volk, das solche Privilegien nicht hat." Seit dem letzten Jahr sind im Zusammenhang mit bestimmten schmerzlichen Vorkommnissen Fragen dieser Art oft scharf formuliert worden. Leitende Kirchenmänner haben gegenüber Gemeindepfarrern und übrigen Christen einen Informationsvorsprung, der sich auf die Gemeinschaft nicht überall positiv auswirkt.

Das Vertrauen der Christen zu ihrer Kirche mißt sich aber vor allem an der Beantwortung der Frage, wie diese ihre Kirche zum Sozialismus steht. Seit 1971 lautet die Formel der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen dort: "Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein". Diese Frage beschäftigt viele Christen in der DDR beruflich und privat und veranlaßt sie, die praktische Gestaltung ihrer Christusbefolgung ständig mit anderen neu zu überdenken. Dabei hat sich die Mehrzahl der Christen dort im Laufe der Jahre wohl dazu durchgerungen, daß es Gottes gnädiger Wille für sein Volk in aller Welt ist, daß seine Herrschaft in jeder Gesellschaft bezeugt wird.

Sie gehen dabei von folgenden Überlegungen aus - ich nenne fünf -:

1. Das Evangelium verändert die Welt an jedem Platz, sofern es nicht bloß deklamiert, sondern gelebt wird;

(Beifall)

2. Jede Situation, in die Gott einen Christen stellt, ist anzunehmen;
3. In jeder Lage sucht der Christ nach seinen konkreten Aufgaben im Dienst für mehr Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung;
4. Er ist auch bei gegensätzlicher weltanschaulicher Einstellung zu verantwortlicher Mitarbeit in der Gesellschaft bereit, solange nicht Gottes Gebote dagegenstehen. Eine grundsätzliche Abstinenz von der Mitarbeit in der Gesellschaft hätte das Evangelium nicht auf seiner Seite;

(Beifall)

5. Diese Mitarbeit von Christen muß eigenständig sein und zu gegebener Zeit den Willen Gottes durchscheinen lassen.

Weil nach staatlicher Sicht in der DDR "die Kirche nicht zwischen den Fronten stehen kann" - ein Zitat von Paul Verner -, wird die "Mitarbeit der Christen in der DDR an der Entwicklung des realen Sozialismus" erwartet. Die Kirchen können diese vom Staat geforderte Basis eines Miteinanders oder Nebeneinanders nicht einfach akzeptieren. Sie wollen sich die Freiheit lassen, ihr Nein und ihr Ja vom Evangelium her auch diesem Staat gegenüber jeweils neu zu aktualisieren.

(Beifall)

Dabei verweisen die Kirchen auf Artikel 41 der Verfassung von 1949, der ihnen zugesteht, "zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen". Die Kirchen sehen dieses Recht auch unter Geltung der neuen Verfassung nicht aufgehoben. Sie berufen sich auf Erläuterungen maßgeblicher Politiker, die insoweit auf die unveränderte Lage nach Verabschiedung der neuen Verfassung hingewiesen haben.

Konkret nimmt zum Beispiel der "Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR" zu bestimmten Fragen der Weltpolitik vom Evangelium her Stellung, was wir hier im Westen häufig gar nicht zur Kenntnis nehmen. Ich nenne ein paar dieser nicht billigen Stellungnahmen der Kirchen dort zur KSZE, zu Chile, "Vietnam und wir", zu Israel, zum Klassenkampf als Herausforderung an die Theologie, zu Menschenrechtsfragen.

Auch zu innenpolitischen Fragen wird kirchlicherseits mehr oder weniger öffentlich votiert. Auch hier nenne ich einige Themen: Die Veranstaltungsordnung, Konfirmation/Jugendweihe, Verfassung der DDR, Gleichberechtigung von Christen in Schule und Ausbildung, die Behandlung von Bausoldaten, wie in der DDR die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen genannt werden. Es kommt vor, daß Themen dieser Art in den Gesprächen zwischen leitenden Geistlichen und Vertretern der Regierung erörtert werden. Es kann aber auch sein, daß Bischöfe aus Anlaß der Rechenschaftsberichte vor Synoden diese Themen öffentlich aufgreifen. Bis in die gottesdienstliche Fürbitte für Inhaftierte ist dieses Engagement der Kirchen zu spüren. Kürzlich hat der Sekretär des "Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" auf einer Pressekonferenz den Satz so formuliert: "Wir werden weder einen Transmissionsriemen der Partei noch ein trojanisches Pferd der Konterrevolution aus uns machen lassen. Das eine wird von uns nicht verlangt, das andere sollte auch nicht versucht werden."

(Beifall)

Kirchliche Verlautbarungen finden darum bei den Christen in der DDR mehr Beachtung, als wir es hier gewöhnt sind. Denn sie treffen auf eine Erwartungshaltung, die sich nach ungeschminkter Wahrheit, nach einer nicht doppelzüngigen Scheinwahrheit und nach Tapferkeit des Herzens sehnt, aber auch nach Klärung, was Christsein im Sozialismus konkret bedeuten kann. "Dieses 'im Sozialismus' ist - nach Bischof Schönherr - das Problem, um das es die ganze Zeit geht: Einen Weg zu finden, ein System anzunehmen, in dem wir noch nicht gelernt haben zu leben, das wir aber nicht nur räumlich annehmen, weil wir nun einmal zufällig an diesem Ort wohnen, sondern das wir auch geistig annehmen im Sinn der Herausforderung - positiv und negativ; daß wir lernen gut zu nennen, was nach christlichem Maßstab gut ist, aber auch lernen zu verneinen, was wir als Christen nicht annehmen können. Diese Freiheit zum Nein und zum Ja ist allerdings etwas, was wir uns gern erhalten möchten, und was wir in dem Wort 'im Sozialismus' auch verankert sehen. Obwohl bei uns der Staat das Ziel hat, die Weltanschauung des Marxismus/Leninismus in all ihren Komponenten durchzusetzen, soll er doch Raum gewähren. Das kann man nur mit dem Wort Toleranz beschreiben."

Es ist ein langer Lernprozeß für die Christen in der DDR, sich in diesem Raum heimisch zu wissen und ihn als Zeugen Christi missionarisch und diakonisch zu füllen. Ein Weltanschauungsstaat wie der dortige hat keinen Sinn für Metaphysik. Die These vom Absterben der Religion ist nicht zurückgenommen. Jeder Christ, der sein Dort-Sein

als eine Platzanweisung Gottes im Spannungsfeld zwischen solchen politischen Ideologien und der Reich-Gottes-Hoffnung versteht, ist täglich neu auf seine Schwäche und auf die Kraft Gottes zurückgeworfen. In einer Predigt zur Eröffnung der VI. Sitzung der Pastoral-synode in der DDR hat das der Weihbischof in Erfurt und Meiningen, Joachim Meisner, kürzlich verdeutlicht. Er sprach vom "Bleiben" als einem für die Christen in der DDR in jeder Hinsicht bedeutsamen Wort. Es sagte: "Dieses Bleiben gehört mit zum Schwersten, was uns abverlangt werden kann. Es gehört viel Mut dazu, nicht auszubrechen und schnelle Lösungen zu suchen. Wir brauchen keine Sorge zu haben, daß man dieses Bleiben mit Bequemlichkeit verwechseln könnte - es kostet oft alle Kraft, die der Mensch zu Verfügung hat, die Last des Zweifels nicht abzuwerfen, sondern ... in die Haltung des Glaubens einzubringen. Eines bleibt als fester Angelpunkt für dieses Bekenntnis aus der Ratlosigkeit und Ausweglosigkeit: Wenn es Glaube, Hoffnung und Liebe gewesen sind, die uns in dieses Dilemma hineingeführt haben, so dürfen wir darauf bauen, daß wir beim Herrn an der richtigen Stelle bleiben. Denn Er hat gesagt: 'Niemand kann zu mir kommen, wenn es ihm nicht vom Vater gegeben ist.' In der Erfahrung der Ausweglosigkeit des Glaubens ist noch immer Gott selbst zur Stelle, der uns trägt und uns nicht ins Leere fallen läßt." soweit der katholische Bischof von Erfurt und Meiningen.

(Beifall)

Auch die Tat des Pfarrers Oskar Brüsewitz steht dazu nicht im Widerspruch. Nach der Art und Weise seiner Amtsführung, nach seinem Abschiedsbrief, nach den sorgfältigen Feststellungen der Kirchenleitung in Magdeburg war seine einsame Tat kein Zeichen der Resignation oder Flucht aus dem Pfarramt, schon gar nicht ein Zeichen geistiger Umnachtung. Er wollte stets, auch mit dieser letzten Aktion, "auf Gott als den Herrn über unsere Welt hinweisen", denn - so schreibt seine Kirchenleitung unmittelbar nach seinem Tod - "wir wissen, daß Bruder Brüsewitz sich in seinem Dienst als Zeuge Gottes verstand, auch mit manchen ungewöhnlichen Aktionen".

(Beifall)

Von daher ist das Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden zu verstehen: "Wir alle sind betroffen. Aus dieser Betroffenheit werden Anfragen laur: an unsere Kirchen, ob in ihnen das Zeugnis von Jesus Christus nicht unent-schlossen und ängstlich ausgerichtet wird; an die Kirchenleitung, ob sie die tatsächlichen Sorgen und Nöte der Gemeinden, Pfarrer und Mitarbeiter entschieden genug aufnehmen und vertreten; an Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeinden, ob sie einander tragende Gemeinschaften gewähren; an staatliche Organe, ob Glaubens- und Gewissensfreiheit, besonders für junge Menschen, wirklich Raum bekommt; an die Behandlung des Vorgangs in der Öffentlichkeit, wie sie zusammenstimme mit Wahrhaftigkeit und der Würde des Menschen ...". Soweit aus dem Wort der Kirchenleitungen an die Gemeinden.

Daß sich leider auch im westlichen Bereich bei der Behandlung dieses Vorgangs nicht sehr viel Takt und Weisheit gezeigt haben, darf hier nicht verschwiegen werden und sollte uns warnen, das Zeugnis dieses Pfarrers zu einem "Fall Brüsewitz" hochzukandalieren und politisch auszuschlachten. Die bedenkliche Diffamierung dieses Toten in DDR-Kommentaren darf uns nicht dazu verführen, mit gleicher Münze heimzuzahlen.

(Beifall)

Der badische Landesbischof Professor Heidland hat kürzlich dazu Nachdenkenswertes gesagt: "Man kommt von Brüsewitz nicht los. War er einer, der retten wollte? Zweifelsohne, indem er warnte vor dem ideologischen Abgrund. Er warnte als einer, der in den Abgrund des eigenen Herzens und Zweifelns sah. Er rettete inmitten der eigenen Zweifel. Er brauchte selbst Rettung und wußte das sehr wohl. Er traute der Gnade zu, daß sie auch ihm, dem mahnenden Retter, galt. Nach üblichen Maßstäben vergriff er sich in dem rettenden Signal, aber das Signal wurde verstanden. Seine Tat war ein Verzweiflungsschrei, aber nicht der Schrei eines Verzweifelten."

(Beifall)

Dieses um der Kürze willen unzureichende Bild über Christsein in der DDR ist nur die eine Hälfte eines größeren Bildes: des Christseins in Deutschland. Über allem Trennenden muß das Gemeinsame und Verbindende vor uns stehen. Herrnhut und die Thomaskirche in Leipzig, Johann Sebastian Bach und Heinrich Schütz, August-Hermann Franke und Martin Luther, Paul Gerhardt und viele andere evangelische und katholische Zeugen des Evangeliums aus beiden Teilen Deutschlands gehören uns miteinander.

(Beifall)

Wir haben hier und dort die gleiche Sprache, gleiche Gottesdienste, das gleiche Gesangbuch, das gleiche Bekenntnis, den gleichen Bibeltext.

Aber wer gibt uns das Recht, die kirchliche Szenerie in der Bundesrepublik als Modell für Christsein überhaupt zu verstehen?

Der weite Raum, den in unserem Teil Deutschlands die Politiker den Kirchen zur freien Entfaltung bis zur Stunde eingeräumt haben und wofür allen Parteien - um Deutschlands willen - Dank gebührt, ist nicht der Normalfall christlicher Existenz. Mit diesen großen Möglichkeiten unseres christlichen Zeugnisses hier in Wort und Tat stellen wir eine exzeptionelle Situation dar, die es in der deutschen Geschichte so wohl noch niemals gegeben hat und die es auch kaum in einem anderen Land der Welt so gibt.

(Beifall)

Diese besondere Situation erhöht unsere Verantwortung als Christen zu möglichst viel Gemeinsamkeit über die innerdeutsche Grenze hinüber, freilich unter Anerkennung der jeweiligen Eigenständigkeit des Partners. Die gemeinsame Gestalt des Glaubens in Ost und West ist wohl die stärkste geistige Klammer, welche die Christen in beiden deutschen Staaten zu einer bleibenden Einheit verbindet, und zwar trotz aller Grenzen.

(Beifall)

Freilich hat diese Klammer keine automatische Haltegarantie. Sie muß im Gegenverkehr immer neu gewonnen und verwirklicht werden, gedanklich und tätig. Dabei wird uns bewußt: Christsein liegt weder hier noch dort in der natürlichen Bestimmung des Menschen. Christsein ist an jedem Ort Geschenk und Gnade. Darum können wir nicht in der Position der Besitzenden zu anderen gehen, die scheinbar weniger vorzuweisen hätten. Lassen Sie mich hier einen persönlichen Satz einfügen: Jeder Besuch in der DDR - und ich mache viele Besuche - macht mich reicher und meines Glaubens gewisser, auch wenn

ich einmal mit vollen Händen hinüber und mit leeren zurückkäme.

Die unterschiedlichen Erfahrungen unserer geschichtlichen Situation nach 1945 und die konträren Gesellschaftssysteme bräuchten diese Klammer nicht zu zerbrechen, wenn wir uns bemühen, sie mit lebendigen Kontakten zu erhalten. Es gilt, die für uns unannehmbare atheistische Ideologie von den Menschen unter diesem System zu unterscheiden, die es anzunehmen gilt.

(Beifall)

Dabei sollten wir eine wichtige Erkenntnis nicht übersehen, daß nämlich auch die Situation der Christen in der DDR nach dem dogmatischen Maßstab des Marxismus ein exceptionelles Bild darstellt. Es ist schwer, dazu eine Parallele aus einem anderen Staat mit gleicher Weltanschauung zu finden.

Darum wäre es falsch, wenn wir eine der beiden Existenzweisen von Christsein in Deutschland als bestimmendes Modell für die andere mißverstehen wollten. Vielmehr muß das Leitbild für beide das Leben unter dem Kreuz sein. Hier sind die Christen in der DDR sicher angefochten und belastet als wir. Aber diese Feststellung bedarf subtiler Beschäftigung mit dem vielfältigen und vielschichtigen Alltag der Christen dort, zumal auch die Methoden atheistischer Kampfweisen heute verfeinert sind. Es darf z. B. nicht verschwiegen werden, daß manche junge Christen bestimmte Ausbildungswege trotz hervorragender schulischer Leistungen nicht beschreiten dürfen, weil sie andere in DDR-Anordnungen geforderte Voraussetzungen dazu nicht erfüllen können. Ich zitiere drei solcher Voraussetzungen für die Ausbildungsgänge: "die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, die Bereitschaft, alle Forderungen der sozialistischen Gesellschaft vorbildlich zu erfüllen, die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus".

An vielen Orten der DDR muß der klar bezeugte Christenglaube vor allem von jungen Menschen teuer bezahlt werden. Dort wie hier ist freilich nicht jeder Christ zum Helden geboren.

Aber der massive äußere Widerstand ist nach der Erfahrung der Kirchengeschichte nicht die gefährlichste Form christlicher Bedrohung. Bischof Hämerle hat im Dom zu Aachen kürzlich gesagt: "Wer sein Leben haben will, der wird es gerade verlieren. Ein Leben, das satt ist, wird langweilig, fad, hat keinen Sinn mehr. Ein Leben, das gefordert ist, ein Leben, das zur Gabe und zum Dienst wird, ist erfülltes Leben. Und darum ist das Opfer gerade die Bedingung der Freude. Wer Kontakt hat mit Christen in der Verfolgung, der trifft bei ihnen nicht selten eine Freude an, die uns fremd zu werden droht. Verfolgte Kirche wird, so paradox dies klingt, für uns zur Einladung, die Freude wiederzugewinnen, indem wir das Opfer nicht scheuen." So weit der Aachener Bischof.

(Beifall)

Aus dieser Glaubenshaltung heraus ist verstehbar, warum sich die christlichen Kirchen in der DDR gegen die sogenannte Republikflucht entschieden haben. Zum Wesen des Christenstandes gehört das Opfer unter dem Kreuz, wenn Gott es einem Menschen abfordert und ihn dann auch dazu in die Lage versetzt. "Die Kirche in der Nachfolge des Gekreuzigten wird" - so der Magdeburger Bischof Krusche vor der Synode dort - "das Leiden nicht suchen, es aber erfahren. Sie wird nicht ein Zeichen aufrichten oder sich zum Zeichen machen, aber sie wird zum Zeichen werden, zum Zeichen dafür, daß Christus

nicht militant, sondern allein durch seine Kreuzesliebe siegt, aber eben siegt."

(Beifall)

Damit weitet sich der Kreis über Deutschland hinaus. August Winnig schrieb 1937 in seinem heute häufig nicht mehr bekannten Buch "Europa - Gedanken eines Deutschen".

"Das Kreuz steht über Europa als das Zeichen, in dem allein es leben kann. Entweicht Europa dem Kreuz, so hört es auf, Europa zu sein."

(Beifall)

Das Thema dieser Stunde ist somit - jedenfalls für mein Verständnis - nicht nur das "Christsein in der DDR", sondern im weiteren Zusammenhang zugleich eine Anfrage an uns alle, ob wir Europa auch jenseits der Mauer in seiner abendländisch-christlichen Überlieferung noch erkennen und das Unsere dazu beitragen, daß das Evangelium gestaltend wirkt auf Gesetze, Verfassungen, Grundlegungen und soziale Entwicklungen in Europa, vor allem in den Grundfragen von Freiheit, Recht und Menschenwürde.

(Beifall)

Wurzeln hier nicht alle - zumal eine christliche Partei - im christlichen Erbe Europas? Darum gilt es, der Schwarz-Weiß-Malerei abzusagen, wo sie noch nicht verschwunden wäre und die so anders gelagerte Existenz der Christen in der DDR, zu denen wir als Glaubensverwandte einen besonderen, auch äußerlich geöffneten Zugang und für die wir deshalb eine spezielle Verantwortung haben, als heilsame Herausforderung anzunehmen.

Die mancherorts bei uns anzutreffende erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen in der DDR - bis zu der Unterhaltung in dieser Stunde während dieses Themas, meine Damen und Herren! -,

(lebhafter Beifall)

diese Gleichgültigkeit darf uns nicht ruhen lassen. Ergreifen wir die Chancen, Christsein in Europa gerade durch die Begegnung mit Christen aus der DDR in die Bewährung zu stellen! Denn mit der karitativen Arbeit der Kirchen allein ist es nicht getan. Es wäre eine tiefe Enttäuschung für Christen in der DDR, wenn sie von den Christen in der Bundesrepublik hören würden, daß sie an dieser Gemeinschaft des Glaubens zunehmend resignieren oder ermüden und in eigenen Zeugnis ermatten.

Eine Gruppe von zehn evangelischen Theologen in der DDR hat vor drei Jahren Sätze formuliert, die in unserem Bereich nicht weniger Gültigkeit haben. Sie drüben zu formulieren, verlangt Tapferkeit, sie hier vorzulesen, nicht. Die Sätze lauten: "Unser Dienst hat sein Schwergewicht gerade darin, unsere Gesellschaft durch mutigen Einsatz in ihrer Menschlichkeit zu erhalten, mitzuhelfen, daß sie menschlicher gestaltet wird, und damit beizutragen, daß sie vor ihrer Selbsterstörung durch Intoleranz, durch Machtmißbrauch und messianisch-utopische Ansprüche bewahrt wird."

(Beifall)

Nach den Worten des Pfarrers Brüsewitz "tobt zwischen Licht und

Finsternis ein mächtiger Krieg. Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander." An diesem Satz fährt ein anderer Zeuge aus der DDR, der auch im Gefängnis gesessen hat, so fort: "Wo tobte dieser Krieg nicht auf der Welt? An diesem Punkt befinden sich alle Menschen und gewiß alle Christen in allen Staaten des Erdballs in der Solidarität gemeinsamer Versuchung, mit der Menge bzw. beeindruckt von der Macht zu lügen, und gemeinsamer Forderung, der Wahrheit zu folgen, koste es, was es wolle. Vielleicht - das ist nicht unwichtig - ist es für die Christen in der DDR leichter als für die Christen in der Bundesrepublik, diese Versuchung zu erkennen, und risikoreicher, sie zu überwinden. Wo aber das Leiden jeweils im Glauben angenommen wird, gehen von ihm Glanz und Freude aus."

Auch die nüchterne Einschätzung des Magdeburger Bischofs Krusche muß hier gehört werden und ist in beiden Teilen Deutschlands zu bedenken. Er sagt: "Eine Kirche, die in dieser Weise den Menschen zu dienen versucht, wird es nicht leicht haben. Sie wird sich auf Mißverständnisse, Verdächtigungen und Leiden einzustellen haben. Ihr Dienst geschieht in der Nachfolge des gekreuzigten Dieners, dessen Herrschaft nicht im Zeichen der geballten Fäuste, sondern im Zeichen der durchbohrten Hände geschieht. Eine Kirche, die sich im Einsatz für die Menschen nicht gefährdet, nichts aufs Spiel setzen will, die etwas, was sie um des Menschen willen unbedingt tun müßte, unterläßt, um ihre Existenz nicht zu gefährden, eine Kirche, die selbst zu einer Interessengruppe geworden ist, ist dienstuntauglich. Gerade indem sie überleben will, ist sie überlebt."

(Beifall)

Ich komme zum letzten Abschnitt. "Christsein in der DDR - ob uns das etwas zu sagen hat?", fragt eine andere Stimme von drüben und fährt fort: "Ob es auch die Christen in der Bundesrepublik Deutschland angehen könnte? Vieles, vielleicht alles ist umzudenken. Aber Teilnahme am Christsein in der DDR stellt die Beteiligten vor die Frage ihres eigenen Christseins. Wenn sie sich dieser Frage stellen, werden sie den Christen in der DDR im Entscheidenden helfen."

Mit dieser Aussage werden die regionale Entfernung, die Trennung durch eine aufgezwungene Mauer und die Verschiedenartigkeit der Gesellschaftssysteme für Christen sekundär. Hier wie dort bedeutet wirkliches Christsein nicht entbehrliches Rankenwerk, sondern die Achse des Lebens und die Kraftquelle, um in jeder Lage des Lebens aus der geschenkten Gnade und aus der Tapferkeit des Herzens zu bestehen.

Wenn Christen wieder begreifen, was die Kategorie des Kreuzes für sie bedeutet, werden sie weder zur billigen Anpassung dort, noch zum forschen Kreuzzug hier aufrufen. Gerade christliche Politiker sollten über alle politischen Querelen hinaus die bestehenden Möglichkeiten hin und her besser wahrnehmen und neue Möglichkeiten zur Vertiefung der Gemeinsamkeit langfristig zu eröffnen suchen, als Lebenshilfe für Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

(Beifall)

Unser Verhältnis zu den Menschen in der DDR und ihrem Schicksal ist ein Prüfstein für die Qualität unseres eigenen Christseins. Nachdem ich bis jetzt ganz bewußt vor allem Stimmen der Betroffenen zu Wort kommen ließ, weil es mir unangemessen erschien, in akade-

mischer Distanz oder als unbeteiligter Berichterstatter über ein solches Thema zu sprechen - wobei ich jede der Stimmen, die ich zitiert habe, aus hundertfachen Gesprächen drüben bestätigen kann -, möchte ich nun mit einer völlig ineffektiven, für einen Schluß ungewöhnlichen Erinnerung schließen. Ich kann jene Bäuerin aus dem Oderbruch nicht vergessen, neben der ich vor vielen Jahren bei einem Kirchentag in der DDR auf der Erde saß. Wir kannten uns nicht. Als ich ihr erzählt hatte, woher ich käme - damals war ich Studentenfarrer in Erlangen -, schaute sie mich lange an und sagte dann: Gibt es dort auch Christen? - Jeder Tag unseres Lebens ist eine Antwort auf diese Frage.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Dr. Schober, der Parteitag möchte Ihnen für Ihre bewegenden, aber aus christlicher Verantwortung zugleich doch nüchternen Darlegungen danken.

(Beifall)

Ihre Ausführungen haben nicht nur irgendein Sachthema berührt, das neben anderen steht und zu dem ein Parteitag konkrete Beschlüsse fassen kann. Ihre Ausführungen betreffen vielmehr in zentraler Weise das Selbstverständnis einer christlichen Partei. Sie bewegen Menschen, die sich als christliche Politiker verstehen, zutiefst. Ihre Ausführungen bestärken uns in unserer Verantwortung, machen unseren Dienst an der Politik noch schwerer, geben uns aber auch die Gewißheit daß das politische Wirken gerade auch in der Deutschlandpolitik ohne eine christliche Verwurzelung immer in der Gefahr ist, oberflächlich, prinzipienlos und nur pragmatisch zu werden. Man kann nicht von den Problemen der Menschen in der DDR sprechen, ohne, wie Sie es getan haben, zugleich von den Sorgen und Nöten, aber auch von den Hoffnungen und dem Glauben der Christen in diesem Teil unseres Landes, der auch für viele von uns die engere Heimat ist, zu sprechen. Wir bejahen auch die heilsame Herausforderung, die in kritischen Darlegungen über die Situation der Menschen in Mitteldeutschland auch an uns gestellt wird. Verehrter Herr Dr. Schober, Sie haben in der Freiheit eines Christenmenschen, aber auch nicht ohne dessen Risiko gesprochen. Dafür nochmals den herzlichen Dank des Parteitages!

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, es ist mir eine Freude, unseren Ehrenvorsitzenden, Professor Dr. Ludwig Erhard, unter uns zu begrüßen.

(Beifall)

Ich möchte unser aller Freude darüber Ausdruck geben, daß er den gestrigen Autounfall unversehrt überstanden hat.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir kommen nunmehr zur Aussprache über die beiden Referate des heutigen Vormittags. Es liegen bereits 20 Wortmeldungen vor. Ich möchte darauf verweisen, daß heute nachmittag nach der Podiumsdiskussion eine weitere Aussprache stattfindet. Ich möchte die Bitte aussprechen, daß alle Diskussionsredner ihre Ausführungen straffen, damit alle die gleiche Chance haben, hier zu Wort zu kommen. Als erstem gebe ich dem Präsidenten des Deutschen

Bundestages, Herrn Professor Dr. Carstens, das Wort. Anschließend spricht der Landesvorsitzende aus Berlin, Peter Lorenz.

Prof. Dr. Karl Carstens (mit Beifall begrüßt):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es fällt mir schwer, nach den mich tief bewegenden Worten von Herrn Dr.Schober jetzt als erster zu sprechen, zumal ich mich auch an die Mahnung des Vorsitzenden halten möchte, mich kurz fassen und dadurch notgedrungen manches vereinfacht darstellen muss. Ich will aber versuchen, wenigstens die Mahnung, die Herr Dr.Schober auch an uns alle gerichtet hat, zu beherzigen.

Das, was ich sagen will, möchte ich in fünf kurzen Thesen zusammenfassen. Meine erste These lautet: Das innere Band zwischen den getrennten Teilen der deutschen Nation ist nicht zerrissen. Die deutsche Nation besteht fort.

(Beifall)

Herr Dr.Schober hat uns viele bewegene Beispiele dafür gegeben, Millionen von Begegnungen, die jährlich zwischen Westdeutschen und den Menschen in der DDR stattfinden, zeigen es. 80% der Bevölkerung in der DDR sehen das westdeutsche Fernsehen. Wenn wir von dem Fortbestehen der deutschen Nation sprechen, so tun wir dies nicht im Sinne eines überlebten nationalistischen Nationenbegriffs. Wir sehen die deutsche Nation vielmehr als in die europäische Völkergemeinschaft eingebettet.

(Beifall)

Wenn wir von unseren europäischen Nachbarn Verständnis für unsere deutschen Probleme erbitten, wie es gestern und heute in den Beiträgen unserer Freunde aus allen Ländern zum Ausdruck gekommen ist, so können wir ihnen gleichzeitig versichern, daß unsere Politik - welche Politik auch immer im Interesse der deutschen Nation und des deutschen Volkes betrieben werden wird - in das gesamteuropäische Geschehen eingebettet sein wird.

(Beifall)

Herr Professor Gasteyer hat uns ermahnt - ich nehme diese Mahnung als diejenige eines langjährigen klugen Freundes und Beobachters sehr ernst -, die DDR nicht unnötig und zusätzlich zu verunsichern. Dies ist sicherlich ein ernst zu nehmender Rat. Meine lieben Freunde, eines können wir aber nicht verhindern, nämlich, daß sich die DDR-Führung selbst fundamental dadurch verunsichert, daß sie entgegen allem Augenschein fortgesetzt die Existenz der einen deutschen Nation leugnet.

(Beifall)

Meine zweite These lautet: Wir Deutschen in der Bundesrepublik sind moralisch, menschlich und politisch verpflichtet, an dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes so lange festzuhalten und für es so lange einzutreten, bis die Deutschen in der DDR in Freiheit über ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation haben entscheiden können.

(Beifall)

Auch dieser unserer Position haftet nichts Aggressives an. Sie ist mit unserem Verzicht auf Gewalt gekoppelt, wie wir ihn in vielen Verträgen vor 1969 und nach 1969 ausgesprochen haben. Sie ist gekoppelt mit unserem Grundsatz, den wir akzeptieren, dem in den Ostverträgen niedergelegten Grundsatz der Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa.

Meine dritte These lautet: Wir halten auch an den Rechtspositionen fest, so wie sie in der gemeinsamen Resolution aller im Bundestag vertretenen Parteien 1972 und in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 festgelegt sind. Uns wird oft vorgeworfen, daß das Festhalten an Rechtspositionen kein Ersatz für Politik sei. Aber, meine lieben Freunde, so meinen wir das Festhalten an den Rechtspositionen nicht. Es soll uns ja nicht der Notwendigkeit entheben, Politik im Interesse der Menschen zu machen. Wir bejahen alle Bemühungen um Kontakte im wirtschaftlichen, im kulturellen Bereich, im Bereich des Sports, nur sind wir der Meinung, daß diese Bemühungen von den Rechtspositionen auszugehen haben und nicht dazu führen dürfen, diese Rechtspositionen langsam auszuhöhlen.

(Beifall)

Meine vierte These lautet: Wir treten ein für die Menschenrechte aller Menschen, deren Menschenrechte auf der Welt verletzt werden, ob das in Afrika, ob das in Asien, ob das in Amerika, ob das in Europa der Fall ist, ob das in Westeuropa oder in Osteuropa geschieht. Unser Eintreten für Menschenrechte ist vorbehaltlos und unbedingt.

(Beifall)

Wenn ich mich aber in meinen folgenden Beispielen hauptsächlich der Beeinträchtigung der Menschenrechte in Osteuropa zuwende, so nicht deswegen, um irgendwelche anderen Vorgänge damit verschweigen zu wollen, sondern ausschließlich aus dem Grunde, weil sich nämlich im Verhältnis zu Osteuropa und zur DDR die merkwürdige Situation ergibt, daß eine ganze Reihe von Politikern in unserem Lande uns ständig ermahnt, darüber nicht zu sprechen, sondern "andere Wege", wie sie es nennen, zur Verbesserung des Schicksals der Menschen in diesen Ländern zu gehen. Damit möchte ich nicht auseinandersetzen, weil das nach meiner Auffassung ein sehr wichtiges und sehr aktuelles Thema ist.

Wir hören aus der Tschechoslowakei in der Charta 77, daß dort viele Grundrechte nur auf dem Papier stünden und daß zahllose junge Menschen nur wegen ihrer Ansichten oder sogar nur wegen der Ansichten ihrer Eltern nicht zum Studium zugelassen werden.

Eine Stimme aus Polen - es war die des Kardinal Primas Wyszyński - sagte uns in der Weihnachtspredigt vom Ende des vorigen Jahres: "Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, damit man in unserem Lande nicht mehr Menschen weinen hört, damit in unserem Lande niemand mehr geschlagen, verfolgt, gefoltert wird, damit sich jeder im Hause seines Vaterlandes sicher fühlen kann." Das sagte der polnische Kardinal vor wenigen Wochen.

Der französische Außenminister hat bei seinem kürzlichen Besuch in Warschau dieses Thema aufgenommen und sich in Warschau für die Wahrung der Menschenrechte ausgesprochen.

(Beifall)

Ich möchte wünschen, daß wir, meine lieben Freunde, wenn wir selbst nach Polen reisen und uns um eine Aussöhnung und Verständigung mit dem polnischen Volk bemühen, die wir ja alle miteinander bejahen, dieses Thema nicht völlig mit Stillschweigen übergehen.

(Beifall)

Wir hören von der Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion, und wir hören von der Verletzung der Menschenrechte, der Religionsfreiheit und anderer Freiheiten in der DDR. Die Beispiele sind Ihnen allen vor Augen, ich brauche sie nicht zu erwähnen. Aber nun gibt es bei uns in der Bundesrepublik Stimmen, die uns sagen: Sprecht möglichst wenig von diesen Dingen; stille Methoden führen weiter, führen besser zum Ziel. Nichts gegen die stillen Methoden, meine lieben Freunde. Wir haben sie praktiziert in der Zeit, als wir in der Bundesrepublik Deutschland regierten. Andere große bedeutende Institutionen praktizieren sie mit Erfolg. Wir alle stehen dahinter und tragen das mit und bejahen das. Das Einschlagen dieses Weges der stillen Methoden darf uns aber, wie ich meine, nicht daran hindern, offen ein Wort über die Menschenrechtsverletzungen zu sprechen.

(Beifall)

Uns wird gesagt, dadurch würde die Entspannung gestört. Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich glaube das nicht, aber wenn es so wäre, wäre es ein zu hoher Preis für die Entspannung, wenn wir darauf verzichten müßten, diese Dinge zu erwähnen.

(Beifall)

Ich möchte doch mit allem Respekt vor der sowjetischen Führung darauf hinweisen, daß auch die sowjetische Führung das Thema der Menschenrechtsverletzungen in die Diskussion über mehr Entspannung aufgenommen hat. Sie wirft uns z.B. vor, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland dadurch Grundrechte verletzen, daß wir Kommunisten nicht in den Staatsdienst hineinnehmen. Meine lieben Freunde, dazu ließe sich vieles sagen. Ich will das Thema hier nicht im einzelnen darzustellen versuchen. Ich möchte nur sagen, wenn es in der Sowjetunion die einzige Sanktion gegenüber den Bürgerrechtlern wäre, daß die nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden, wären die sowjetischen Bürgerrechtler darüber wahrscheinlich ganz zufrieden.

(Beifall)

Ich erwähne das aber nur deswegen, um zu sagen: es ist ein legitimer Gegenstand der Diskussion auch in der Phase der Entspannung, über diese Dinge zu sprechen. Es wird gesagt, man schade den Menschen. Bundeskanzler Schmidt sagte vor einigen Tagen: "Jemand, der menschlich helfen will, kann das nicht mit öffentlicher Propaganda verbinden wollen." Meine lieben Freunde, ich bedaure, daß der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang von Propaganda spricht.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht mir nicht um Propaganda; ich bin überzeugt davon, es geht

niemandem von uns um Propaganda, sondern es geht, wie ich meine, um die Erfüllung eines Auftrages, der aufgrund der freiheitlichen Ordnung, derer wir uns erfreuen können, an uns alle gerichtet ist und dem sich niemand entziehen kann.

(Beifall)

Im übrigen könnte ich viele Zitate anführen, die das Gegenteil beweisen. Wolfgang Leonhard, sicherlich ein guter Kenner der kommunistischen Verhältnisse, ist der Meinung, daß Proteste der westlichen Öffentlichkeit sogar dazu beitragen, das Los der Häftlinge beträchtlich zu erleichtern, wie er sagt, und in einzelnen Fällen ihre Freilassung herbeizuführen.

Schließlich wird uns gesagt, die deutsche Entspannungspolitik müsse im Einklang mit der Entspannungspolitik der anderen großen westlichen Staaten sein. Ich habe diese These immer nur mit gewissen Einschränkungen akzeptiert, denn unglücklicherweise ist es so, meine lieben Freunde, daß nur Deutschland ein geteiltes Land ist und weder die Vereinigten Staaten noch Frankreich noch England noch Italien unter diesem Zustand leiden.

(Beifall)

Aber selbst wenn diese These in der Vergangenheit richtig gewesen wäre, daß man sich in den allgemeinen Trend der westlichen Entspannungspolitik einfügen muß, wäre doch in bezug auf das Thema Menschenrechte jetzt eine neue Situation entstanden. Es ist doch offenbar so, daß die neue amerikanische Administration, der neue amerikanische Präsident, der amerikanische Senat eindeutig entschlossen sind, diese Dinge öffentlich auszusprechen. Das gleiche hat der französische Außenminister getan. Der britische Außenminister sagte vor wenigen Tagen, die britische Regierung werde gegenüber der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten in der Frage der Menschenrechte dieselbe kritische Haltung einnehmen wie gegenüber Südafrika, Uganda und Griechenland. Niederländische Politiker sprechen ihre Meinung zu diesem Thema offen aus. Unser Freund Krusinga hat das gestern hier mit klaren und für mich beeindruckenden Worten getan.

(Teilweise Beifall)

Wenn es sich also darum handelt, die deutsche Entspannungspolitik in den Gesamttrend der westlichen Entspannungspolitik einzufügen, möchte ich sagen, ist es gerade jetzt notwendig, auch von den Menschenrechtsverletzungen zu sprechen.

(Beifall)

Aber wir wollen und sollten das in der richtigen Form tun, meine lieben Freunde. Wir können den osteuropäischen Staaten nicht vorschreiben, wie sie ihre Verhältnisse im einzelnen zu ordnen haben. Wir dürfen auch die Bürgerrechtler in diesen Staaten nicht darüber im unklaren lassen, daß es letztlich wenig ist, was wir praktisch für sie tun können. Wir sollten sie ganz bestimmt ermutigen, an ihrer friedlichen Methode zur Durchsetzung ihrer Ansprüche und Rechte festzuhalten. Aber wir können, so meine ich, nicht stumm dasitzen, wenn Tausende und Zehntausende von Menschen im anderen Teil Deutschlands, im anderen Teil Europas zum Teil unter Einsatz

ihres Lebens um mehr Freiheit und mehr Menschenrechte kämpfen.

(Beifall)

Schließlich betrifft meine letzte und fünfte These Berlin. In Berlin hat die Entspannungspolitik im letzten Jahr wohl die schwersten Rückschläge erlitten. Die DDR fährt unbeirrt fort, Ost-Berlin in ihren Staatsverband zu integrieren, und greift die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland immer von neuem mit Protesten und mit verbalen Erklärungen an. Dinge, die früher, vor 1969, unbeanstandet praktiziert wurden, werden heute plötzlich Gegenstand von Protesten. Der deutsche Außenminister kann überall in der Welt herumreisen, ohne daß die sowjetische Regierung davon groß Notiz nimmt. Jedesmal, wenn er nach West-Berlin kommt, löst das Proteste oder Gegenerklärungen aus.

Um dieser Tendenz zur Aushöhlung der Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik entgegenzuwirken, müssen wir uns verstärkt für Berlin einsetzen.

(Beifall)

Wir müssen nach Berlin reisen, so oft wir es können. Ich möchte Sie herzlich ermuntern, das Reichstagsgebäude in Berlin zu besuchen, wenn Sie da sind.

(Beifall)

Zur Zeit wird eine sehenswerte Ausstellung über die deutsche Geschichte gezeigt. Außerdem ist es ein Gebäude, welches vollgepackt ist mit bewegenden Erinnerungen an die letzten 100 Jahre unserer Geschichte. Wir sollten alles tun, um auch andere zu veranlassen, in Berlin Tagungen, Veranstaltungen abzuhalten, damit vor aller Welt deutlich wird, was wir in unserem Bewußtsein von jeher klar vor uns gehabt haben: daß Berlin der Mittelpunkt der deutschen Nation und das Symbol ihrer Freiheit ist und bleibt.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Professor Carstens, wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen, insbesondere dafür, daß Sie den Willen der Partei zur Einheit so nachdrücklich unterstrichen haben. Wir werden alles tun, die Bindungen Berlins zum Bundesgebiet weiter auszubauen. Wir fordern von dieser Stelle aus den Bundeskanzler auf, wieder stärker davon zu reden, daß es nicht nur um die Einhaltung, sondern um die volle Anwendung des Berlin-Abkommens geht.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort Peter Lorenz; anschließend Herr Brok vom Bundesvorstand der Jungen Union.

Peter Lorenz, Berlin: Liebe Freunde! Deutschlandpolitik der Union muß eine vorwärts gerichtete Deutschlandpolitik sein, für die ein Blick zurück im Zorn kein Ersatz sein kann.

(Beifall)

Nation im geteilten Deutschland bedeutet: Wir haben die staatliche Einheit verloren, aber wir sind ein Volk geblieben, ein Volk im Sinne der Zusammengehörigkeit, der Verantwortlichkeit füreinander, der gemeinsamen Herkunft und der Gemeinsamkeit der Zukunft, in der wir auch unsere staatliche Einheit wiedererlangen wollen. Darauf denken wir hin, darauf arbeiten wir hin, darauf leben wir hin.

Was die Last der Teilung, liebe Freunde, so über alle Maßen unzumutbar und zu einem schweren Leidensweg macht, ist die Verweigerung der Freiheit für unsere Landsleute jenseits von Mauer, Gräben und Stacheldrahtverhauen.

(Beifall)

Hochverehrter Herr Professor Gasteyer, wenn Sie sagen, die DDR sei auch ein europäischer Staat mit allem, was das an geistigem und politischem Erbe in sich berge, und untrennbarer Bestandteil dieses Erbes bleibe der Respekt vor dem Menschen und seiner freien Entfaltung, so müssen wir doch eben gerade darauf hinweisen, daß die DDR dieses europäische Erbe bis heute nicht annimmt, es verleugnet, dem Menschen den Respekt verweigert.

(Beifall)

Respekt von uns, eine Förderung ihrer Konsolidierung, Respekt vor einer wachsenden Selbstsicherheit der DDR kann man von uns nur verlangen, wenn und soweit die Führung der DDR bereit ist, Menschenrechte und Selbstbestimmung den Landsleuten drüben Zug um Zug zu gewähren.

(Beifall)

Man könnte sagen, daß die in den Teilungsgrenzen gefangengehaltenen Menschen den Leidensweg gehen, während wir den Weg des Mitleidens zu gehen haben. Mitleiden ist hier mehr als Mitleid. Es ist uns jedenfalls nicht erlaubt, uns nur auf Anteilnahme und Bekundungen zu beschränken. Mir scheint, zunächst geht es darum, daß unsere Vorstellungskraft nicht erlahmt, daß wir nicht verlernen, uns in die Lage unserer Landsleute drüben hineinzuzusetzen, die nun schon 44 Jahre ohne Freiheit sind. Wir haben die Pflicht, uns immer wieder bewußt zu machen, was es bedeutet, erst an der Schwelle des Alters das Grundrecht der Freizügigkeit ausüben zu können; was es heißt, Kinder im Zwiespalt zwischen den freiheitlichen Überzeugungen des Elternhauses und den Gesinnungstributen der Diktatur erziehen zu müssen; was es bedeutet, die Treue zur Religion und zum Glauben gegen eine atheistische Staatsideologie behaupten zu müssen - darüber haben wir Bewegendes von Herrn Dr. Schober gehört -; wie unendlich schwer es ist, im inneren Widerspruch und Widerstand gegen die Verlogenheit zwangsherrschaftlicher Gewalt leben zu müssen, die eigene Meinung nicht bekunden zu dürfen, kurz: unterworfen zu sein und in dem Bewußtsein zu leben, daß der Ausweg aus alledem an den innerdeutschen Grenzen mit dem Tode bedroht ist. Das alles zu erkennen und nachzuempfinden ist für uns, die wir im freien Teil Deutschlands leben, wie mir scheint, die erste Voraussetzung zur Erfüllung unserer Pflichten gegenüber unseren Landsleuten im immer noch sowjetisch besetzten Teil unseres Landes.

Der Schriftsteller Horst Krüger schrieb nach einer Reise durch die Mark Brandenburg: "Es bleibt doch meine Reiseerfahrung als letzte Bilanz: Wir haben die abgeschlossen, natürlich die uns noch nicht." Liebe Freunde, den ersten Teil dieser Aussage müssen wir durch Wort und Tat widerlegen.

(Beifall)

Unsere Landsleute drüben abzuschreiben - das wäre Verrat an den Menschen und an unserer Nation.

(Beifall)

Und den zweiten Teil der Aussage müssen wir sehr ernst nehmen. Die Menschen jenseits der Teilungsgrenzen haben uns noch nicht abgeschrieben, d. h. sie hoffen auf uns, sie vertrauen auf uns, sie leben uns zugewendet.

Alles Wehklagen über die Zustände im Osten wäre doch nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, wenn wir nicht auch bereit sind, unseren Freunden, Verwandten und Landsleuten unsere Verbundenheit durch regelmäßige Besuche zu zeigen. Wir können sie besuchen, sie uns nicht, liebe Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich hinzufügen: Was nutzen alle Unterrichtsthemen über die Misere der deutschen Teilung - wenn es solche Unterrichtsthemen heute überhaupt noch gibt; aber was nutzen sie da, wo es sie gibt -, wenn die Klassenreise im Zweifelsfalle nach Venedig und nicht nach Leipzig, nach Dresden oder nach Weimar geht? Auch das sollten wir uns immer wieder vor Augen halten.

(Beifall)

Es bedarf einer weiteren ganz entscheidenden Voraussetzung für die nationale Bewährung: nämlich die Bundesrepublik Deutschland, zu der das freie Berlin gehört, selbstbewußt und ohne Zauder als das Modell eines freiheitlichen Gesamtdeutschland anzusehen, sie im wahrsten Sinne des Wortes als vorbildlich zu erhalten und zu vervollkommen. Denn unsere Bundesrepublik Deutschland mit ihrer freiheitlich-demokratischen Ordnung ist ungeachtet ihrer Fehlbarkeit u n s e r Angebot für die staatliche Zukunft der einen deutschen Nation. Das heißt, es bedarf auch im Innern aller Anstrengungen, um diesen unseren Staat vor Erosion, vor Unterwanderung und vor Ermüdung zu schützen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist nicht so, wie Egon Bahr sagte, als er den Grundvertrag signiert hatte, daß nämlich die DDR von der Bundesregierung lernen könne, die Licht- und Schattenseiten des Kapitalismus zu erkennen; die Bundesrepublik Deutschland ist vielmehr der historische Beweis für die erfolgreiche Verbindung von Freiheit und Wohlstand.

(Beifall)

Wenn wir uns nun aber fragen, wie wir denn dem Schicksal der von uns getrennten Landsleute unter den heute gegebenen Umständen am besten gerecht werden können, müssen wir uns entscheiden, ob wir die Teilung unseres Vaterlandes für unauflöslich und unumstößlich halten oder ob wir die Zuversicht bewahren, daß die Geschichte über die Gewalten hinweggehen wird, die sich der Freiheit für alle Deutschen in den Weg stellen. Gingen wir davon aus - und das tun heute leider schon viele in unserem Land -, daß die Teilung für alle Zeiten unüberwindlich und die Freiheitsberaubung unrevidierbar und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen für alle Zeiten unauflöslich seien, dann allerdings müßte sich Deutschlandpolitik in mehr oder weniger praktikablen Arrangements mit dem östlichen System erschöpfen. Aber eine solche Sicht

wäre doch kleinmütig, wäre letzten Endes Kapitulation, meine Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir aber in der Überzeugung von der Überlegenheit der freiheitlichen Demokratie die Entschlossenheit zu längerem Atem und die Gewißheit von der historischen Befristung jeder Zwangsherrschaft aufbringen, hat unsere Deutschlandspolitik weiterreichende Ziele. Wir sind ja nicht gegen Übereinkünfte in der Tagespolitik, die zur Linderung der Teilungsbeschwerden beitragen, und wir leugnen auch nicht ihre Vorteile. Aber wir wollen uns nicht auf sie beschränken. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn wir unsere Landsleute besuchen können, aber nach dem Besuch in die Freiheit zurückzureisen und sich damit zufriedenzugeben, wäre zu wenig, um gegenüber der Nation bestehen zu können.

Wenn dieser oder jener in unserem Volk meinte, mehr sei weder zu erwarten noch zu erreichen, dann würde er doch von den Bürgern jenseits der innerdeutschen Grenze eines anderen und eines Besseren belehrt. Vielen, die bei uns schon resigniert haben, bietet sich, liebe Freunde, doch nun ein erregendes und herausforderndes Bild, wenn man sieht, wie sich heute die Bürgerrechtler im Osten und vor allem auch in Deutschland mit ihrer Situation nicht abfinden, wie sie dieser Diktatur die Furcht verweigern, wie ihre geistige Unruhe zunimmt und wie sie das volle persönliche Risiko des Aufbegehrens auf sich nehmen.

Wenn aber diese Deutschen, die zu uns gehören und zu denen wir gehören, das Risiko des Aufbegehrens auf sich nehmen, wie dürfen wir uns denn dann abfinden, die wir frei und durch nichts anderes gefährdet sind als höchstens durch unsere eigene Schwäche?

(Teilweise Beifall)

Wenn wir nicht verzagt, sondern selbstbewußt sind, dann wissen wir, wir brauchen nicht schwach zu sein. Wir haben zwei entscheidende Stärken, die wir zugunsten unserer legitimen nationalen Ziele einsetzen können und einsetzen müssen: erstens die Überlegenheit unserer freiheitlichen Überzeugungen und Wirklichkeiten und zweitens die Überlegenheit unserer Wirtschaftskraft, deren sich doch jetzt die kommunistischen Staaten mehr und mehr bedienen, um zu überleben und ihr System der Feindseligkeit gegen uns zu festigen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich spreche mich nicht für einen Wirtschaftsboykott gegenüber den Ostblockländern aus, und ich empfehle auch nicht, unsere Wirtschaftsbeziehungen etwa als Brechstande für politische Ziele einzusetzen. Aber ich halte es für nicht länger verantwortbar, die Gegenseite mit Präferenzen und zinslosen Krediten und Handelsprivilegien zu begünstigen, während unseren Landsleuten immer weiter wesentliche Menschenrechte vorenthalten bleiben und die andere Seite die von ihr eingegangenen Verpflichtungen leugnet oder nicht einhält.

(Beifall)

Eine wertfreie und totale Trennung von Handel und Politik ist ohnehin niemals möglich und gegenüber den östlichen Diktaturen schon gar nicht. Wo sich politischer Handel als nicht durchsetzbar erweist, muß es wenigstens Handelspolitik geben, und schließlich gelten auch

in der Wirtschaft gewisse moralische Prinzipien. Ließen wir sie nicht gelten und würden wir sie nicht geltend machen, dann allerdings wären wir ja die zynischen Kapitalisten, als die uns die Gegenseite und manche Gruppen in Deutschland immer hinstellen wollen. Nein, unsere freiheitlichen Überzeugungen würden ihre Substanz verlieren, wenn wir sie nur auf uns selbst beziehen wollten. Man hat die Freiheit nicht nur für sich allein. Wir haben sie auch und nicht zuletzt, um sie für unsere Landsleute, die sie nicht haben, einzuklagen, und zu unseren nationalen Pflichten gehört es daher, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln mit der Freiheit zu missionieren, liebe Freunde.

(Teilweise Beifall)

Wir erwarten auch von der Bundesregierung, daß sie endlich wieder deutlicher unsere freiheitliche und rechtliche Gesinnung vertritt und nicht nur ihre Arrangements; Präsident Carter hat ja schon ein Beispiel gegeben. Und wenn dagegen eingewendet wird, eine Politik der Worte und der Deklamationen bewirke nichts und vermehre nur die Konflikte, müssen wir erwidern, die Überzeugung von der Kraft des Gedankens und der Kraft des Wortes wurde noch niemals in der Geschichte ungestraft unterschätzt.

(Teilweise Beifall)

Die Diktaturen fürchten diese Kraft des freiheitlichen Wortes, sie fürchten sie mehr als alles andere. Warum, liebe Freunde, sollten dann ausgerechnet wir an dieser Kraft zweifeln?

(Beifall)

Am Anfang aller historischen Wendungen zum Bessern, zu Recht und Freiheit und zu sozialer Gerechtigkeit stand immer das gedachte und das gesprochene Wort.

Auch nachdem die Regierungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren das sogenannte Alleinvertretungsrecht, das zu jener Zeit vor allem eine Vertretungspflicht im Namen der einen ungeteilten deutschen Nation war, preisgegeben hat, gilt unverändert das Gebot, für unsere Landsleute zu sprechen, nicht als deren Vormund, sondern als deren Anwalt. Damit maßen wir uns nicht an, in allen Einzelheiten wissen oder behaupten zu wollen, was diese unsere Landsleute, die zum Schweigen verurteilt sind, politisch denken oder erstreben. Wir gehen aber davon aus, für sie die Freiheit zu fordern, zu sagen, was sie wollen und diese Freiheit zu verwirklichen. Denn eines dürfen und müssen wir ohne jede Annäherung voraussetzen: nämlich daß die Menschen im SED-Staat frei sein wollen, ihren eigenen Weg zu gehen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Und bis zum Beweis des Gegenteils haben auch wir davon überzeugt zu bleiben, daß sie mit uns gemeinsam in einem freien und ungeteilten Vaterland leben wollen.

(Beifall)

In Berlin ist das immer besonders gut verstanden worden. Ich danke unserem Freund Carstens für die klaren und offenen Worte zur Berliner Situation.

(Vereinzelt Zustimmung)

Berlin war in dieser Auseinandersetzung mit den Folgen der Teilung, mit der Konfrontation von Freiheit und Zwang, mit dem Siegeswillen der Diktaturen und der Siegesgewißheit der Demokratie stets ein Beispiel, ein Beispiel für das Belastende und ein Beispiel für das Ermutigende, war aber auch mehr als das, nämlich geistiges Zentrum des nationalen Zusammenhalts, Bewährungsstätte freiheitlicher Würde, Klammer unseres Volkes und seiner Gemeinsamkeiten, Sinnbild unzerstörbarer Menschenrechte.

Nun ist - machen wir uns nichts vor, liebe Freunde - diese Besonderheit Berlins in den letzten Jahren häufig von Irritationen schwindenden Selbstbewußtseins, von Fehlspekulationen auf eine Versöhnbarkeit zwischen der freien Welt und der Diktatur überlagert worden, und die Ausstrahlungs- und Anziehungskraft Berlins ist leider durch eine andauernde innere Schwäche, durch Fehler der politischen Führung der Stadt und durch übertriebene Liberalität gegenüber den Feinden der Demokratie beeinträchtigt worden.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir aber, liebe Freunde, unsere nationale Aufgabe wieder mit dem unerläßlichen Maß von Konfliktbereitschaft auf uns nehmen, dann bedeutet das: Berlin muß wieder in seinen unvergleichlichen Rang als Zentrum deutscher Zukunftshoffnungen hineinwachsen.

(Beifall)

Wir versprechen Ihnen, die Berliner Union wird alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Ziel mit Unterstützung der Berliner und mit Hilfe der Landsleute im freien Teil Deutschlands wieder zu erreichen.

(Beifall)

Die Berliner suchen keinen Streit. Uns gelüstet es nicht nach vermeidbaren Konflikten. Wir rufen auch nicht nach der Krise; aber wir wissen auch, daß unsere freiheitliche demokratische Überzeugung nicht konfliktfrei gegenüber jener Gewaltherrschaft zu behaupten ist, die Berlin umgibt und unsere Landsleute heute noch niederhält. Das Verfassungsgebot zur deutschen Einheit und Freiheit kann nicht nur auf das Papier des Grundgesetzes, auf einen Akt des Bundesverfassungsgerichts und auf einen Brief an die Regierenden in Ost-Berlin beschränkt bleiben. Uns ist aufgetragen, es mit Leben zu erfüllen, es im Bewußtsein der ganzen Nation zu erhalten und deshalb immer daran zu denken und auch immer davon zu sprechen, liebe Freunde, immer auszusagen und immer anzumahnen, was wir für Deutschland und für die Deutschen zu fordern haben.

(Beifall)

Andere europäische Völker haben ihre nationale Legitimation über viele Jahrzehnte hinweg lebendig erhalten, bis sie erfüllbar wurde, und sie wäre niemals erfüllbar geworden, wenn sie nicht lebendig erhalten worden wäre.

Die Frage der Menschenrechte und die Antwort auf diese Menschenrechte ist ein weltweites Thema geworden, dessen leidenschaftliche Erörterung in geradezu dramatischer Weise zunimmt. Das Recht auf Freiheit kennt eben keine Staatsgrenzen. Es hat internationalen Rang. Es geht deshalb auch nicht etwa nur um den unterdrückten Teil unseres eigenen Volkes; aber die im anderen Teil Deutschlands sind unsere Nächsten. Ihnen sind wir zuerst und unmittelbar verpflichtet. Wir schulden unseren Landsleuten, die von uns getrennt sind und die sich uns zugehörig

fühlen, diese Zugehörigkeit zu erwidern und zu bekunden. Die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß sich die Kräfte der Freiheit, die Menschenrechte, die Selbstbestimmung auf die Dauer nicht unterdrücken lassen. Machen wir diese Erfahrung zur Grundlage unseres Handelns, unserer Hoffnung und unserer Zuversicht!

(Lebhafter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Lieber Peter Lorenz, der Beifall des Parteitages hat gezeigt, daß die Christlich Demokratische Union und ich darf wohl sagen, lieber Fritz Zimmermann, auch die Christlich Soziale Union fest zu Berlin und seinen Aufgaben stehen. Wir werden nicht müde werden in unserem Bemühen, den Berlinern Freiheit sicherzustellen, Lebensfähigkeit zu bewahren und den Mut der Berliner zu stützen.

Als nächster hat das Wort Herr Brok vom Bundesvorstand der Jungen Union, anschließend Herr Professor Abelein.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir zuerst ein Wort zu der Aussage von Professor Gasteyer, daß das Thema der Wiedervereinigung heute und morgen kein Thema für die praktische Politik und inaktuell sei. Wir von der Jungen Union meinen, Deutschlandpolitik ist eine ständige Aufgabe.

(Beifall)

Solche, die sich Realisten nennen, sagten vor einigen Jahren, daß sich das Thema der deutschen Einheit wegen der Interessenlosigkeit der Jugend erledigen werde. Die Junge Union hat dies niemals akzeptiert. Tausende ganz junger Leute strömten in den letzten Jahren zu uns, ganz junger Leute, die wieder das Thema der deutschen Einheit diskutieren und nach diesem Thema fragen. Die Sternfahrt der Jungen Union am 13. August nach Berlin war eine Bestätigung dafür, und am 17. Juni dieses Jahres wird die Junge Union wieder in Berlin sein.

(Beifall)

Dies bedeutet aber nicht, daß wir in der Deutschlandpolitik nicht auch neue Schwerpunkte setzen müßten. Vor allem hat dieses Thema nur dann eine Chance, meinen wir, wenn es gelingt, die Parteibarrieren in der Bevölkerung bei diesem Thema zu überwinden. Deswegen darf keine Partei nur aus dem Grunde eine bestimmte Position in einer aktuellen deutschlandpolitischen Frage beziehen, wenn damit ein Instrument des Parteienkampfes gefunden werden soll. Das heißt nicht, daß eine Auseinandersetzung um Deutschlandpolitik mit dem politischen Gegner vermieden werden soll; aber diese Auseinandersetzung muß immer auf das Ziel der Einheit gerichtet sein. Deutschlandpolitik darf nicht die Fortsetzung des innenpolitischen Kampfes um des Kampfes willen sein.

Zweitens: Deutschlandpolitik muß Bestandteil der weltpolitischen Diskussion sein. Dies hat die Bundesregierung im Rahmen der Ostverträge zum Ausdruck gebracht. Nach der Politik, wie sie Jimmy Carter im Bereich der Menschenrechte verdeutlicht hat, muß dies auch jetzt Gültigkeit haben. Wenn die Bundesregierung dies damals gesagt hat, muß sie sich auch jetzt danach richten und darf heute nicht eine andere Position beziehen.

(Beifall)

Sie sollte, wie gesagt, die Politik des amerikanischen Präsidenten analysieren. So, wie es heute aussieht, hat er den Begriff der friedlichen Koexistenz der Sowjetunion verstanden, die ja nichts anderes

bedeutet, als Fortsetzung des ideologischen Kampfes unter Ausschluß des großen Krieges.

Wir sollten also eine Politik entwickeln, die eine Verknüpfung konkreter Interessen in Wirtschaft und Wissenschaft ermöglicht. Wir sollten eine Politik betreiben, die eine ausgewogene Abrüstung zum Ziel hat, die wir nicht ängstlich, sondern mutig angehen sollten, wenn das Ergebnis eine ausgewogene Abrüstung sein soll.

Das heißt aber auch, daß die weltweite Debatte über die Menschenrechte auf die DDR auszudehnen ist. Wir sollten uns mit Chile beschäftigen, mit der Charta 77, mit den Dissidenten in der Sowjetunion. Aber wir sollten uns auch mit den 6.000 politischen Gefangenen in der DDR beschäftigen. Auch dies muß Bestandteil der weltweiten Diskussion sein.

(Beifall)

Ludek Pachmann hat richtig gesagt: Moral in der Politik ist nicht gegen Staatsraison gerichtet, sondern ist Staatsraison. Moral ist nicht Hindernis für Fortschritt, sondern Bedingung für Fortschritte. Aus diesem Grunde, meine ich, sollten wir keine falschen Rücksichten üben, sollten wir auch hier Auffassungen widersprechen, wie sie beispielsweise Professor Gasteyer zum Ausdruck gebracht hat. Nach meiner Auffassung beruht die innere Unsicherheit der DDR nicht auf der Politik des Westens, auch kann der Westen nicht durch eine irgendwie geartete Politik das Regime dort stabilisieren. Die Unsicherheit des Regimes beruht nicht auf der Politik des Westens, sondern beruht darauf, daß dies eine Diktatur ist und daß Menschen nicht in einer Diktatur leben wollen. Das ist, glaube ich, der entscheidende Unterschied.

(Beifall)

Wir sollten der Bundesregierung aber auch sagen: Wer - zu Recht - Chiles Junta als menschenfeindliche Rechtsdiktatur anprangert, muß genauso die DDR und die SED als das bezeichnen, was sie tatsächlich sind. Deswegen hat die Junge Union an ihrem Informationsstand draußen eine Unterschriftenliste für die Freilassung der 6.000 politischen Gefangenen der DDR ausgelegt. Wir bitten Sie alle, Ihre Unterschrift dazuzugeben.

(Beifall)

Deshalb fordern die Junge Union und die CDU eine Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte in der DDR, die in die UNO und in die KSZE-Folgekonferenz einzubringen ist. Hier sollten wir offensiv sein. Die offensive Menschenrechtsdebatte, das Bemühen, die Fragen der Freizügigkeit und der politischen Gefangenen in die Debatte hineinzubringen, helfen den 17 Millionen Menschen in der DDR, weil dadurch die deutsche Frage wieder zu einem internationalen Thema wird. Diese Debatte hilft aber auch dem Westen insgesamt, weil sie ihm moralische Glaubwürdigkeit in der Jugend der Welt zurückbringt, und dies ist Bedingung für Erfolg.

Drittens: Deutschlandpolitik darf nicht allein in der Proklamation von Rechtspositionen bestehen. Wie das Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes müssen der Grundrechtskatalog und die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes Instrumente der Deutschlandpolitik sein. Die Bundesrepublik Deutschland muß Modell, Vorbild, Hoffnung für die Menschen in der DDR sein. Verstärkt wird dies noch durch ein geeintes Europa, das Modell demokratischer, sozial gerechter,

freier Ordnung ist. Diese Attraktivität der Bundesrepublik und Europas strahlt nach Osten aus und bringt Bewegung in die Menschen dort hinein. Dies sollten wir als offensives Element sehen.

(Beifall)

Im übrigen sind wir der Auffassung, daß eine Chance für die deutsche Einheit nur dann besteht, wenn die gesamteuropäische Spaltung überwunden wird, deren Teil die deutsche Spaltung ist. Die deutsche Politik die Deutschlandpolitik muß immer in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Viertens: Die Einheit der Nation kann nur dann weiter bestehen und Instrument der Wiedervereinigung in einem geeinten Europa sein, wenn sich die Deutschen in Ost und West kennen und mögen. Deswegen sollten wir, wie verschiedentlich gesagt wurde und wie es der Parteivorsitzende verschiedentlich vorgemacht hat, in die DDR reisen, um Kontakte aufzunehmen.

(Beifall)

Aus der Diskussion mit jungen Leuten bei den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin und bei späteren Besuchen konnte ich den Hunger der Jugend in der DDR nach Gesprächen mit uns feststellen. Ich meine, es ist richtig, daß wir selbst zu Mitgliedern der FDJ, der die Jugendlichen dort ja zwangsweise angehören müssen, wenn sie eine Lehrstelle haben wollen - dies wäre übrigens ein Beitrag zur Berufsverbots-Diskussion, wenn ich dies hier einmal anmerken darf - ,

(Beifall)

Kontakt suchen müssen, weil sie letztlich das Gespräch mit uns wollen.

Wir sollten auf diesem Parteitag auch deutlich den Mut herausstellen, den junge Menschen in den christlichen Kirchen dort aufbringen. Sie leisten Bewundernswertes und nehmen große Risiken auf sich.

(Beifall)

Ich meine also, daß wir, um die Einheit der Nation zu bewahren, das Thema der Kontakte der Jugend hier besonders hereinbringen sollten. Deutsche Einheit kann nur dann bestehen, wenn die deutsche Jugend diese Einheit will und wenn die deutsche Jugend sich dazu bekennt; sonst hat dieses Thema keine Zukunft mehr.

(Beifall)

Die Junge Union ist der Auffassung, daß gerade jetzt vor der Belgrader Folgekonferenz das Thema der Jugendkontakte zu einem Thema für die Verhandlungen dort gemacht werden sollte. Wir sollten innerdeutsche Jugendkontakte fördern und sollten im Zusammenhang mit der KSZE-Schlußakte den Versuch unternehmen, Kontakte der Jugend auf lokaler Ebene anzubahnen und die Funktionärsschicht zu unterlaufen, damit die Jugend in Ost und West wieder miteinander sprechen kann.

(Zustimmung)

Wir sollten drittens fordern - und das könnte morgen ein Gesprächsthema in den Verhandlungen von Herrn Gaus sein - die Abschaffung des Umtauschzwangs für Jugendliche, die in die DDR reisen wollen.

(Beifall)

Wenn die DDR dies ablehnen sollte, muß sie das ihrer Jugend erklären, und sie wird Schwierigkeiten haben, dieses ihrer Jugend zu erklären. Auch darin sollten wir eine Chance sehen.

Noch eine Schlußbemerkung. Die Vorlage des Bundesvorstandes kann so, wie sie ist, nur der Beginn einer Diskussion sein. Ich glaube, wir müssen in vielen Punkten konkreter werden. Wir müssen in dieser Vorlage auch Begriffe ausloten. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Dort wird der Begriff der Nachbarschaft verwendet. Wir sind in Ost und West nicht Nachbarn, sondern sind die Bewohner eines Hauses, durch dessen Mitte Stacheldraht und durch dessen gute Stube - Berlin - eine Mauer geht.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Brok für seinen Diskussionsbeitrag. Wir haben immer gewußt und wurden durch seine Ausführungen nur darin bestätigt, daß auch die nachwachsende Generation sich in ihrem politischen Engagement der Sorge um die Menschen in Mitteldeutschland und dem politischen Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zuwendet. Herzlichen Dank, Herr Brok.

Als nächster hat Herr Professor Abelein das Wort.

Prof. Manfred Abelein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutigen Ausführungen von Herrn Professor Gasteyger und seine scharfsinnigen Analysen waren hochinteressant. Die Schlußfolgerungen allerdings, die daraus gezogen wurden, werden zu diskutieren sein. Das war sicher auch der Zweck einer solchen Einladung. Die Schlußfolgerung etwa, Konsolidierung zwecks eigener Selbstbestätigung - nämlich der DDR - und nicht eine ebenso ferne wie riskante Wiedervereinigung sei das realistischere anzustrebende Ziel, entspricht unserem Ziel jedenfalls nicht.

(Beifall)

Wir sind uns zwar über die aktuellen Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands sehr wohl im klaren, aber das Ziel unserer Deutschlandpolitik ist die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Beifall)

Das ist ein Auftrag des Grundgesetzes, aber das entspricht auch unserer moralischen Verpflichtung gegenüber allen Deutschen.

Wenn die Konsolidierung der DDR ein Weg wäre, die DDR zu mehr Respekt vor den Menschen und ihrer freien Entfaltung in der DDR zu bewegen, und wenn das ein Weg etwa zu einer vorbehaltlosen Hinnahme der Existenz West-Berlins - wie formuliert wurde; ich möchte hinzufügen: und seiner Zugehörigkeit zum freien Teil Deutschlands - wäre, dann ließe sich darüber sehr wohl diskutieren. Das Ziel der menschlichen Erleichterungen und der Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR wird von uns mit Sicherheit bejaht, es ist unser vorrangiges Ziel. Ob sich das aber über eine Konsolidierung der DDR oder - wie es in jüngster Vergangenheit in einer Reihe von Dokumenten regierungs-offiziös formuliert wurde - über eine Stärkung des SED-Regimes erreichen läßt, bezweifeln wir. Denn dieses Experiment, auf dem Weg über eine Anerkennung der DDR mehr Menschlichkeit zu erreichen, haben wir ja in hohem Maße bereits praktiziert. Die Bundesrepublik hat ein Höchstmaß an Anerkennung für die DDR ausgesprochen, wir haben zu ihrer internationalen Anerkennung durch fast die ganze Welt

verholfen, die DDR hat die Aufnahme in die UNO erreicht. Wir haben darüber hinaus durch finanzielle und wirtschaftliche Leistungen in Milliardenhöhe der DDR aus finanziellen Schwierigkeiten geholfen und tun es bis auf den heutigen Tag. Was ist die Konsequenz dieser Politik? Mehr menschliche Erleichterungen, eine größere Durchlässigkeit in Deutschland, eine stärkere Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands oder auch nur mehr Entspannung? Leider ist das Gegenteil der Fall. Die deutsche Situation ist nach wie vor gekennzeichnet durch die Mauer, durch den längsten Stacheldraht der Welt, durch das größte Minenfeld der Welt, durch zunehmenden Druck auf die Kirchen, auf die Bevölkerung - davon haben wir heute gehört -, durch eine zunehmende Zahl politischer Häftlinge, durch Zwangsadoptionen, durch Ereignisse wie Erschießungen entlang der deutschen Grenze, die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, Aufdeckung von KGB-Methoden zur Verhinderung der Flucht, Ausweisung von Journalisten, Kontrollen von Besuchern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist kennzeichnend für die deutsche Situation. Eine finanzielle Erpressung folgt der anderen in Deutschland.

alle Bemühungen im Sinne der Anerkennung und um Konsolidierung der DDR haben bisher nichts genützt, und ich fürchte, das ist auch der falsche Weg.

(Beifall)

Menschenrechte und Anerkennung des Regimes dort drüben: Hier stoßen wir auf einen internen Widerspruch aller totalitären Staaten, der über eine Anerkennung von außen schlecht zu lösen ist. Im übrigen ist eine Lösung dieses Widerspruchs zu Lasten der Menschenrechte für uns nicht akzeptabel.

(Beifall)

Was soll man tun? Das ist über alle theoretischen Erörterungen hinaus die Frage, die uns Politikern gestellt ist. Mehr Anerkennung? Die Anerkennung ist nicht etwas, was nur uns angeht. Ich sagte bereits, daß wir davon schon ein Höchstmaß geleistet haben. Die Anerkennung ist etwas, was in hohem Maß die Bevölkerung der DDR angeht, nämlich im Hinblick auf ihre Stellung gegenüber ihrem eigenen Regime. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir ein von außen oktroyiertes Regime anerkennen und ihm damit eine Legitimation geben, die diesem Regime von der eigenen Bevölkerung vorenthalten wird.

(Beifall)

Ein Beitrag für die Realisierung der Menschenrechte - und die Selbstbestimmung gehört zu den Menschenrechten - ist darin jedenfalls nicht zu erblicken.

Aber was soll man sonst tun? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Wir landen immer wieder bei den Menschenrechten. Die Herstellung von mehr Menschenrechten, von mehr Freiheit für die Menschen auch in der DDR - und davon rede ich hauptsächlich - ist für uns ein vorrangiges Ziel und wir können mit Adenauer formulieren:

"Wenn die DDR bereit wäre, eine nachhaltige Verbesserung der Freiheit der Menschen in der DDR zu gewährleisten, würden wir über manches mit uns reden lassen."

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Forderung nach mehr Menschlichkeit und nach mehr Menschenrechten ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

(Beifall)

In der Zwischenzeit gibt es eine ganze Reihe von völkerrechtlichen Instrumenten. Ich denke dabei nicht nur an die Charta der UNO. Es gibt den Pakt über Menschenrechte, der die Realisierung der Menschenrechte zu einer internationalen Angelegenheit gemacht hat. Alle Partner dieser Pakte sind gegenseitig zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Es ist eine Aufgabe der Bundesregierung, die übrigen Partner, in diesem Fall die DDR, zur Realisierung der Menschenrechte zu ermahnen. Wir merken an, daß die Bundesregierung auf diesem Gebiet nicht genügend getan hat.

(Beifall)

Die UNO gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für die Menschenrechte einzutreten. Warum sind wir denn in der UNO? Ich denke doch nicht nur deshalb, um dort einen der höchsten finanziellen Beiträge zu zahlen, sondern um mit für die Realisierung der Menschenrechte allüberall in der Welt, also auch in Deutschland, einzutreten.

(Beifall)

Die KSZE hat sich zum Ziel gesetzt, eine Verbesserung der Menschenrechte zu erreichen, mehr Freiheit, mehr kulturelle Kontakte zu verwirklichen. Jetzt treffen sich die Teilnehmerstaaten der KSZE erneut in Belgrad, auch die Bundesregierung. Dort will man sich darüber unterhalten, wie der Stand der Entwicklung dieser Versprechungen von Helsinki ist. Wir meinen, es ist eine Aufgabe der Bundesregierung, auch wenn ihr das unbequem erscheinen sollte - über die Form läßt sich reden -, die Situation der Menschenrechte in Deutschland in Belgrad zur Sprache zu bringen. Das fordern wir. Deswegen haben wir im Bundestag eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung gestellt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß eine der wenigen Möglichkeiten zur Realisierung eigener politischer Vorstellungen im wirtschaftlichen Bereich liegt. Wir sind sehr für Handel, für Osthandel und innerdeutschen Handel. Wir haben ihn im übrigen ja auch begonnen. Aber ein Handel mit Kreditierungen, die über ein gewisses erträgliches Maß hinausgehen, ohne entsprechende wirtschaftliche oder politische Gegenleistungen erscheint uns als kein geeignetes Instrument einer erfolgreichen Politik.

(Beifall)

Wir wollen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Leistungen, politischen Leistungen und den Menschenrechten herstellen. Es gibt hier sehr wohl Zusammenhänge.

Gibt es denn überhaupt Chancen für eine Realisierung der Menschenrechte und von mehr Menschlichkeit im östlichen Teil Europas? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Viele resignieren angesichts dieser Themenstellung. Ich hatte in den letzten Tagen zufällig Gelegenheit, mich mit zwei Persönlichkeiten der Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion zu unterhalten, nämlich mit Bukoswki und Amalrik. Wenn ich mir vor Augen halte, wie diese beiden Männer unter Einsatz von Leib, Leben, Freiheit, wie diese kleinen, fast

schmächtigen Gestalten dem sowjetischen Koloß getrotzt haben, dann beginne ich mich zu schämen.

(Beifall)

Es war sehr aufschlußreich, was beide uns gesagt haben; ich möchte fast formulieren, ins Stammbuch geschrieben haben. Angst und ständige Nachgiebigkeit sind mit Sicherheit eine schlechte Voraussetzung einer Politik gegenüber totalitären Staaten und nicht geeignet, sie zum Nachgeben zu bewegen.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist mehr Mut, mehr Entschlossenheit und auch mehr Optimismus in bezug auf die eigene Sache und unsere eigenen Chancen.

(Beifall)

Dann werden wir auch den Menschenrechten zu einer Realisierung verhelfen. Genau dort muß die Zielrichtung unserer Deutschlandpolitik liegen, einer ständigen, offensiven Erinnerung an die Menschenrechte allüberall auf der Welt, also auch in Deutschland und in den osteuropäischen Staaten. Dort liegt die schwache Stelle der anderen Seite.

Lassen Sie mich wirklich ganz zum Schluß noch sagen, wenn von Anerkennung und solchen Dingen die Rede ist: Wir sind immer bereit, die Realitäten anzuerkennen. Aber wenn von der Einhaltung des Status quo als Voraussetzung unserer Politik die Rede ist, dann muß man daran erinnern: Ein Status quo, der auf der Spaltung Deutschlands, auf dem Vorenthalten der Selbstbestimmung und auf der Verhinderung der Realisierung der Menschenrechte basieren soll, ist für uns ein nicht zu akzeptierender Status quo,

(Beifall)

gerade den wollen wir überwinden. Status quo ist keine historische Kategorie. Die Geschichte kennt keinen Stillstand, die Sowjetunion auch nicht. Das Ziel der deutschen Geschichte ist die nationale Einheit. Das ist der rote Faden der deutschen Geschichte, der sich durch die letzten Generationen, durch die Jahrhunderte gezogen hat. Die Aufgabe der Wiederherstellung der deutschen Einheit, die uns im 19. Jahrhundert schon einmal gestellt war, ist uns erneut gestellt, und vor dieser Aufgabe wollen wir nicht verzagen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Unser Dank gilt Herrn Professor Abelein für seine Analyse der deutschlandpolitischen Situation und für sein Bekenntnis zu einer offenen Politik der geistigen Auseinandersetzung.

Das Wort hat Herr Havlicek, Berlin.

Dieter Havlicek: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Abschluß der innerdeutschen Verträge hat nicht zu dem Ergebnis geführt, das manche erwartet haben. Die deutsche Frage ist im Bewußtsein der jungen Generation nicht abgehakt worden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gerade die Jüngsten in unseren Reihen, in den Schulen und an den Ausbildungsplätzen stellen immer drängender die Frage: Wie soll es in der Frage der Einheit der Nation weitergehen? Was tut ihr Älteren, was tun die politischen

Parteien? Ich sage "Älteren", da ich nach Lebensalter noch zur Jungen Union zähle. Die Jungen, die Siebzehn-, die Achtzehn-, die Zwanzigjährigen fordern mehr Klarheit, mehr Selbstbewußtsein und mehr Taten. Sie wollen Gewißheit darüber, was von ihnen gefordert wird. Sie sind zu Opfern bereit. Sie wollen aber auch wissen, was der Sinn dieser Hingabe sein soll.

Antworten darauf muß dieser Parteitag geben. Dabei soll auch die Aussage an der Spitze stehen: Einheit der Nation ist nicht zum Nulltarif erreichbar. Einheit der Nation ist auch nicht auf der Grundlage von Abschlagszahlungen zu erlangen. Die Freiheit aller Deutschen ist ein Generationenvertrag zwischen der älteren und der jüngeren Generation. Ich appelliere hier an die ältere Generation: Lassen Sie uns, die Jungen und die Jüngsten, nicht im Stich! Geben Sie uns Hoffnung! Wir wollen es dann an Engagement und Opfern nicht fehlen lassen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Havlicek für seinen Diskussionsbeitrag.

Als nächster spricht Herr von Wrangel.

Olaf Baron von Wrangel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zu Beginn meiner kurzen Ausführungen Herrn Professor Schober noch einmal sehr, sehr herzlich danken. Er hat durch seinen Diskussionsbeitrag uns, die wir täglich in der praktischen politischen Arbeit stehen, nicht nur Denkanstöße gegeben, sondern, ich glaube, gerade dieser Vortrag hat dazu beigetragen, uns daran zu erinnern, daß Deutschlandpolitik immer auch ein Stück unseres eigenen demokratischen und, ich möchte sagen, auch christlich-demokratischen Selbstverständnisses ist.

(Beifall)

Und noch mehr: Ich glaube, daß dies auch eine Herausforderung an jeden einzelnen von uns ist, sich immer wieder zu überlegen, welche Postulate dieses "C" der christlichen Verantwortung gerade an uns stellt, die wir in der praktischen Arbeit der Deutschlandpolitik stehen.

Aber ich glaube, daß es notwendig ist, auf diesem Parteitag mit aller Klarheit zu sagen, daß wir natürlich den Versuch machen müssen, uns nach einem solchen Vortrag sehr genau zu überlegen, wo und an welcher Stelle wir denn in der Lage sein können und in der Lage sind, das, was wir gehört haben, in praktische Politik umzumünzen. Menschliche Erleichterung! Dies ist gemessen an der düsteren Landschaft, die wir jenseits des Eisernen Vorhanges vorfinden, ein hoher Anspruch. Wir alle miteinander können wohl sagen - keiner im Saal hier wird mir widersprechen -: Es wäre schon viel gewonnen, wenn wir ein Stück der scheußlichen Unmenschlichkeit abbauen könnten. Dies trifft den Kern doch eher als die menschliche Erleichterung, die die Bundesregierung uns mit frisierten Erfolgsbilanzen verkaufen will.

(Beifall)

Um das ein bißchen abzuwandeln, was Kollege Abelein hier erklärte, möchte ich sagen: Wer immer meint, er müsse für die Stabilität eines totalitären Staates eintreten, der verhält sich nicht nur reaktionär, sondern er nimmt den Menschen, die drüben in Drangsal

leben, die letzten Hoffnungen.

(Beifall)

Zur Politik, die wir hier zu betreiben haben, gehört natürlich auch der Verfassungsauftrag, und zum Verfassungsauftrag gehört die politische, die demokratische und die moralische Vertretungs- und Sorgepflicht, die diese Bundesrepublik Deutschland für alle Deutschen zu übernehmen hat, gleichgültig, ob das opportun ist oder nicht. Ich möchte sehr bewußt gerade auch auf dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung in der Deutschlandpolitik sagen: Wir sind nicht bereit, Rechtstitel zu relativieren oder gar abzubauen, denn wer Rechtstitel relativiert, wird morgen rechtslos und geschichtslos dastehen.

(Beifall)

Aus aktuellem Anlaß möchte ich folgendes sagen: Wir lesen in den Zeitungen, daß die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme vornimmt. Diese Bestandsaufnahme kann doch nur dann sinnvoll sein, wenn die Bundesregierung endlich erkennt, daß das Bahrsche Konzept der Anbietung falsch gewesen ist, denn Anbietung führt doch nur dazu, daß die SED ermutigt wird, in ihrer Erpressungspolitik fortzufahren, und genau das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir hören, daß wir uns doch endlich auf dem Boden der Verträge bewegen sollten. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Wir leben mit diesen Verträgen; ich könnte auch sagen: Leider leben wir mit diesen Verträgen. Aber wir sind nicht bereit, auf die Dauer mit Vertragsbrüchen zu leben; dies ist ein großer Unterschied.

(Beifall)

Ich frage mich: Nimmt man eigentlich nicht zur Kenntnis, daß die Bundestagsfraktion der CDU und der CSU in den letzten Jahren sehr konkret darauf gedrungen hat, daß wir wenigstens das, was in den Anlagen zum Grundlagenvertrag steht, rechtsverbindlich machen? Wir wollen z. B., daß über die Gewaltlosigkeit an dieser gräßlichen Demarkationslinie endlich konkret verhandelt wird. Wir wollen eine geregelte Familienzusammenführung; wir haben dazu immer wieder Vorschläge gemacht. Wir wollen die Einbahnstraße bei den Reisen durch einen Verkehr beseitigen, der diesen Namen auch verdient. Wenn sich die Bundesregierung immer wieder darauf zurückzieht, daß sie sagt, diese Reisen seien gut, dann sagen wir: Natürlich sind sie gut; wir sind dafür. Aber wir müssen auch hinzufügen: Sie dürfen nicht zu einer sprudelnden Devisenquelle für die Kommunisten werden.

(Beifall)

Wir haben uns für den Redneraustausch eingesetzt. Vorhin hat einer meiner Vorredner zu Recht gesagt, man möge doch das Reisealter herabsetzen. Ich möchte - gerade weil hier ein Vertreter der Jungen Union gesprochen hat - hinzufügen: Wir sollten uns dafür einsetzen, daß auch junge Menschen unter 18 Jahren von drüben hierher kommen können.

(Beifall)

Auch dies ist ein konstruktiver Beitrag dieser Union zur Deutschlandpolitik.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur ganz wenige Bemerkungen zu Helsinki machen. Helsinki muß ein Markstein zugunsten der unterdrückten Völker in Europa werden, der Rumänen, der Bulgaren, der Polen und anderer und natürlich auch unserer Deutschen in Mitteldeutschland.

(Beifall)

So möchte ich an die Freunde aus dem Ausland, die hierher gekommen sind, appellieren, dies zu einer zentralen europäischen Sache zu machen; denn wir wissen: Allein werden wir es nicht schaffen - mit dieser Bundesregierung ist es ohnehin sehr schwer. Nur wenn Helsinki und Belgrad wirklich zu einer Stunde für die Menschenrechte gemacht werden, wird es gelingen, dem Versuch der Sowjetunion entgegenzuwirken, wieder einmal so etwas wie einen Täuschungsgipfel in Szene zu setzen. Wer immer von Entspannung redet, muß dazu sagen, daß Entspannung nicht der sowjetischen Hegemonialpolitik dienen darf.

Eine letzte Bemerkung. Unsere Aufgabe ist es jetzt, in der praktischen Politik ein Instrumentarium zu entwickeln, das den permanenten Erpressungen ganz klar und eindeutig ein Stoppsignal setzt. Nur so werden wir die Verantwortung für Deutschland wahrnehmen können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Dank auch an Herrn von Wrangel für seinen Beitrag, der daran erinnerte, daß uns die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme der Deutschlandpolitik schuldig ist.

Meine Freunde, als nächster hat das Wort Herr Windelen und dann Herr Dr. Mertes.

Heinrich Windelen: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Auf diesem unserem 25. Bundesparteitag bekennen wir uns gemeinsam zu unserer Verantwortung für Deutschland, zu unserer Verantwortung für unser ganzes Vaterland in allen seinen Teilen. Dazu gehören - wie es auch der Entwurf der Entschliebung aufführt - Ostpreußen genauso wie Schlesien, Brandenburg genauso wie Thüringen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir wissen aber auch, daß ein geeintes Deutschland nur in einem geeinten Europa möglich ist, in einem Europa, in dem Grenzen nicht mehr trennen, im Rahmen einer europäischen Konzeption. Aber haben wir denn eine solche Konzeption, die von einer breiten Mehrheit unserer Bevölkerung - auch über Parteigrenzen hinweg - getragen wird? Ich sehe keine solche Konzeption. Die kommunistischen Führer von Breschnew bis Honecker haben hingegen sehr klare Zielvorstellungen über die Zukunft Europas. Ihre Pläne liegen nicht in Panzerschränken, sondern werden bei jeder Gelegenheit öffentlich verkündet. Jeder kann sie nachlesen. Moskau will auch uns der kommunistischen Diktatur unterwerfen.

Meine Freunde, unsere Zielvorstellung wird ebenso unmißverständlich durch das Grundgesetz definiert. Unser Grundgesetz fordert uns auf, nicht nur an der Einheit der Nation festzuhalten, sondern auch die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. In freier Selbstbestimmung - das heißt: in Freiheit. Was bedeutet das für unsere praktische Arbeit?

Für ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung kann man natürlich die Machthaber in den von uns getrennten Teilen Deutschlands nicht gewinnen, weil dies ja zugleich die Zustimmung zum Ende ihrer eigenen Gewaltherrschaft bedeuten würde. Das Grundgesetz verlangt von uns im Grunde also eine Politik, die mit friedlichen Mitteln dazu beiträgt, die Freiheit in den Teilen Deutschlands wiederherzustellen, die heute noch in Unfreiheit leben müssen. Dies offen auszusprechen, ist heute manchen bei uns höchst peinlich. Ich finde, es ist kennzeichnend für die einäugige Moral und die geistige Verwirrung des Westens, wenn man Freiheit und Menschenrechte zwar für Chile oder Südafrika fordert, sich aber Augen, Mund und Ohren zuhält, wenn Unfreiheit und Unmenschlichkeit im Osten unser Engagement verlangen.

(Beifall)

Unter dem moralischen Druck der Bürgerrechtsbewegung im Osten scheint sich dies nun zu ändern. Der neue amerikanische Präsident hat mit seinem mutigen Brief an den sowjetischen Nobelpreisträger Sacharow ein Zeichen gesetzt. Er hat gleichzeitig in seiner Antrittsrede erklärt: Weil wir frei sind, können wir niemals gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo gleichgültig sein. Wieviel mehr, meine Freunde, müßte man ein solches Bekenntnis und entsprechende Taten von unserem Bundeskanzler erwarten, vom Bundeskanzler eines geteilten Landes, von einem Bundeskanzler, den 17 Millionen deutschen Staatsbürger in Mittel- und Ostdeutschland nicht wählen können, der aber gerade deswegen für sie hätte sprechen müssen?

(Beifall)

Statt dessen mußte ihm das Organ der SPD, "Vorwärts", diesen Satz ins Stammbuch schreiben:

Das buchhalterische Addieren von Päckchen, Besuchern, Automobilen und Telefongesprächen verdeckt doch nur mühsam das Fehlen einer deutschlandpolitischen Konzeption.

(Beifall)

Man kann dem "Vorwärts" hier nur zustimmen. Dabei brauchen wir gerade jetzt eine solche Konzeption nötiger denn je.

Ich möchte dies begründen. Die Brandtsche Ostpolitik war in entscheidenden Punkten falsch und gefährlich, aber sie bot langfristig auch Chancen, über die wir aus guten Gründen nicht laut geredet haben. Der verstärkte Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen mußte doch im Ostblock Entwicklungen fördern, wie sie jetzt in der Bürgerrechtsbewegung - für manche überraschend schnell - Wirklichkeit geworden sind. Der Westen - dies gilt auch für uns und unsere Regierung - steht nun vor der Frage, ob er diese Entstabilisierung fördern oder beseitigen helfen will. Insbesondere die Bundesregierung muß sich jetzt entscheiden. Sie kann sich jetzt entweder auf die Seite der unterdrückten Menschen oder auf die Seite der kommunistischen Unterdrücker stellen. Beides zugleich kann man nicht tun.

(Beifall)

Es würde zur Stabilisierung der kommunistischen Regime beitragen, wenn man bei Menschenrechtsverletzungen weiter schweigen und damit den Bürgerrechtlern jede Hoffnung nehmen würde und wenn man die durch

die unerhörte Aufrüstung des Ostens dort entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Gewährung weiterer Kredite beheben wollte. Dann würden jene Regime in die Lage versetzt, die sonst notwendig werdenden Liberalisierungsmaßnahmen im Innern zu unterlassen. Ein vielstimmiger Chor aus dem Regierungslager von Gaus bis Franke deutet darauf hin, daß genau dies das Konzept maßgeblicher Vertreter der SPD und der FDP ist. Andererseits sind aber auch Differenzen in dieser Frage innerhalb und zwischen den Regierungsparteien nicht zu übersehen. Der Bundeskanzler allerdings bleibt jede Antwort schuldig. In seiner Regierungserklärung sprach er viel von Solidarität. Er verlangte diese Solidarität aber nur für die Deutschen in Freiheit. Diejenigen aber, die unsere Solidarität am bittersten nötig hätten, werden nicht einmal erwähnt. Er traut sich offenbar nicht mehr zu, die in seiner eigenen Partei und auch zwischen SPD und FDP bestehenden Differenzen in dieser Frage offen auszutragen. Die Folgen einer solchen Haltung könnten sowohl für die tapferen Bürgerrechtler im Osten als auch für uns furchtbar sein. Sie wären es auch für uns, weil eine gespaltene Freiheit ungläubwürdig ist und auf die Dauer keinen Bestand haben kann. Gewiß, die Lage im Ostblock gleicht einem Pulverfaß. Hier jetzt öffentlich über mögliche Alternativen zu spekulieren, halte ich für ebenso unzweckmäßig wie die Erwartung, die Bundesregierung solle nun ihrerseits detailliert ihre Strategie darlegen. Dies sollte hinter verschlossenen Türen geschehen. Meine Freunde, wer jetzt nicht weiß, was er will, sondern sich - wie Helmut Schmidt - zaudernd und konzeptionslos durchzuwursteln versucht, läßt eine große menschliche Schuld auf sich. Wir sind darüber hinaus vielleicht gemeinsam im Begriff, eine historische Chance zu verpassen und einen verhängnisvollen Fehler zu begehen, der jetzt noch vermieden werden kann. Wenn die Forderung unseres Grundgesetzes wirklich ernstgenommen wird, müssen die Fraktionen des Deutschen Bundestages angesichts der Situation im Ostblock unverzüglich den Versuch wagen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten im Detail wieder zu einer gemeinsamen Haltung wenigstens in den Grundfragen der Deutschlandpolitik zu kommen. Die Lage in unserem Vaterland erträgt nicht länger Konzeptionslosigkeit und Zerstrittenheit der Demokraten in den Schicksalsfragen der Nation. Sie verlangt gemeinsames Handeln.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit dem Auszug aus einem ebenso erschütternden wie aufrüttelnden Artikel abschließen, den der polnische Schriftsteller und ehemalige Sejm-Abgeordnete Kisielewski vor seiner Rückkehr nach Polen hier in der Bundesrepublik Deutschland verfaßte.

Darin geißelt er die, wie er schreibt, "Dummheit, Nachgiebigkeit und wahllose Großzügigkeit des kapitalistischen Westens" gegenüber Moskau, und er geht mit Westeuropa bitter und verzweifelt wie folgt ins Gericht:

"Auf der einen Seite vom Kommunismus angeagt, auf der anderen von dem Terror des internationalen Anarchismus bedroht, völlig in Anspruch genommen vom Bauch, der die Welt regiert, zählt Westeuropa überhaupt nicht in der harten Auseinandersetzung um die Weltherrschaft. Es scheint, daß unsere Zivilisation jedes Selbstbewußtsein verloren hat, ... sich ihrer selbst schämt, heuchlerisch für ihre früheren Sünden um Verzeihung bittet und als Ganzes nicht die mindeste Absicht hat, für irgend etwas zu kämpfen."

Meine Freunde, unsere Antwort muß jetzt kommen. Erweisen wir uns des Mutes würdig, den Kisielewski und die vielen anderen unter ungleich

schwierigeren Bedingungen Tag für Tag unter Beweis stellen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinrich Windelen.

Meine Damen und Herren, es ist inzwischen 13 Uhr geworden. Ich möchte deshalb jetzt die Vormittagsplenarsitzung abschließen, nicht ohne allen unseren Freunden, die in der Diskussion gesprochen haben, vor allem aber unseren beiden Referenten, Herrn Professor Gasteyger und Herrn Prälat Dr. Schober, noch einmal ganz herzlich zu danken.

(Beifall)

Ich darf noch eine Minute lang um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, daß uns ein herzlicher Glückwunsch für unsere Beratungen von Herrn Chirac erreicht hat, dem Vorsitzenden des Rassemblement pour la République, der unseren Beratungen vollen Erfolg wünscht und die besten Wünsche für unsere gemeinsame Arbeit in Europa zum Ausdruck bringt.

(Beifall)

Zur Geschäftslage für den weiteren Ablauf des Parteitages darf ich Sie daran erinnern, daß jetzt die Einreichungsfrist für Anträge zum Tagesordnungspunkt 17 abläuft, und zwar in diesen Minuten. Die Einreichungsfrist zu den Tagesordnungspunkten 18 und 19 endet heute um 18 Uhr. Von den gestern eingereichten Initiativanträgen haben wir gestern abend zum Tagesordnungspunkt 19 die Anträge 19.20 bis 19.24 bereits verteilt. Heute werden die Anträge 25 bis 36 zum Tagesordnungspunkt 19 bei Ihnen auf die Tische gelegt. Sie sollen damit die Gelegenheit haben, diese Anträge bis morgen sorgfältig durchlesen zu können. Sie stehen morgen zur Beratung an und werden morgen nicht noch einmal verteilt. Ich bitte, darauf zu achten.

Meine Damen und Herren, nun habe ich noch eine herzliche Bitte zum Abschluß: Wir wollen die nächste Plenarsitzung pünktlich um 14.30 Uhr beginnen. Ich bitte Sie alle herzlich, um 14.30 Uhr wieder auf den Plätzen zu sein. Wer Professor Erdmann kennt, weiß, daß es sich lohnt, um 14.30 Uhr pünktlich hier zu sein.

Damit schließe ich die Vormittagsplenarsitzung.

(Schluß: 13.04 Uhr)

Dienstag, 8. März 1977

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.37 Uhr

Heinrich Windelen, Tagespräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung.

Wir fahren in der Beratung fort. Ich begrüße sehr herzlich den Referenten der 4. Plenarsitzung, Herrn Professor Dr. Karl Dietrich Erdmann, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Kiel.

(Beifall)

Herr Professor Erdmann wird zu uns sprechen über das Thema: Die Nation im geteilten Deutschland.

Herr Professor Erdmann, Sie haben das Wort.

Prof. Karl Dietrich Erdmann, (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Parteiliebhaber! Meine Damen und Herren! Sie haben heute morgen schon eine Reihe von wichtigen politischen Beiträgen zu dem Thema gehört, das eigentlich erst heute nachmittag zur Diskussion steht; gleichsam vorweggenommene Diskussionsbeiträge. Ich bin Ihnen daher dankbar, daß Sie hierher gekommen sind, um nun einem Referat zuzuhören, das sich notwendigerweise in etwas abstrakteren und akademischeren Gedankengängen bewegt. Ich bin Historiker und möchte zu dieser politischen Versammlung natpürlich auch als Historiker sprechen. Ich verstehe meinen Auftrag so, daß ich mir darüber klarwerde, daß die geschichtliche Situation, in der wir uns heute befinden, einen Grenzwert darstellt zwischen einer nationalen Vergangenheit, die so nicht mehr ist, und einer in ihren gegensätzlichen Möglichkeiten offenen Zukunft. Im Rückblick und Vorblick suchen wir unseren Standort, um abzuwägen, welches Verständnis von Nation für uns heute sinnvoll möglich ist und welche Perspektiven sich daraus für das politische Handeln ergeben.

Dem Rückblick drängt sich zunächst die notwendige Unterscheidung zwischen Nation und Nationalstaat auf. Die nationale staatliche Einheit ist in der tausendjährigen deutschen Geschichte ja erst zu einem späten Zeitpunkt unter Bismarck gewonnen und schon wenig mehr als 70 Jahre später unter Hitler wieder verspielt worden. Der Nationalstaat ist also nicht die Norm der deutschen Geschichte. Aber seine Entstehung war natürlich ebensowenig ein preußischer Willkürakt, den man aus der deutschen Geschichte wegdenken könnte; denn die Reichsgründung durch Bismarck hat zur Voraussetzung die Nationalbewegung im deutschen Volk, die 48er Revolution und das demokratische Wahlrecht der Paulskirchenverfassung.

Daß sich die historisch gewachsenen Völker Europas ihrer selbst als Nationen bewußt wurden, ist ein historischer Naturvorgang von der gleichen elementaren Wucht wie der Prozeß der Demokratisierung. Nation und Demokratie sind die beiden Seiten derselben Münze. Sie haben ihren Ursprung in der doppelten geistigen Autonomiebewegung von Aufklärung und Romantik, in der Befreiung des Menschen und der Völker zu sich selbst, in der Lösung von Fremdbestimmung, in der Selbstverantwortung der vernunftbegabten Person auch im politischen Bereich und in der Entstehung historisch gewachsener Völkerindividualitäten.

Zu jenem Ursprung der Zwillingsgeschwestern Demokratie und Nation gehört es aber auch, daß sich das Selbstsein als Wille zur besonderen persönlichen oder nationalen Verwirklichung übernationaler und überpersönlicher Werte versteht. Es ist daher kein Zufall, sondern zutiefst im Wesen der großen Revolutionen, in denen sich die Völker des Westens anschiekten, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen - in England, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und dann auch 1848 in Deutschland -, begründet, daß sie mit allgemeinen Rechteerklärungen verbunden waren.

Die Nation - so möchte ich definieren - ist eine durch das Bewußtsein gemeinsamer Geschichte geprägte Gesellschaft, die in der Tendenz auf Demokratie angelegt ist und sich durch allgemein-menschliche Normen der Humanität gebunden weiß, wie sie sich in den Rechteerklärungen spiegeln.

Die Nationalbewegungen, auch die deutsche, sind daher auf den Schauplatz der Geschichte im Kampf für Wahlen, Parlament und Selbstregierung gegen ständische Privilegien und obrigkeitliche Bevormundung getreten. Auf dem Kampffeld der politischen Ideen gehört der Begriff der Nation seinem Ursprung und Selbstverständnis nach zu dem, was im 19. Jahrhundert die politische Linke war, d.h. zur liberalen und demokratischen Verfassungsbewegung.

Wenden wir den Blick auf die deutsche Gegenwart. Wie steht es hier mit jener ursprünglichen Bezogenheit von Demokratie und Nation? Der alte idealistische Dreiklang von Personalität, Nationalität und Humanität ist für unsere moderne Parteien- und Verbändedemokratie kaum noch vernehmbar.

In ihr ist die Person in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft durch Gruppen mediatisiert und in ihrer Autonomie, von der die ursprüngliche Nationalbewegung ausging, kaum noch sichtbar. Hinzu kommt die Spaltung unserer Nation durch gegensätzliche Gesellschaftssysteme.

Sollte man sich in dieser Lage nicht lieber lösen vom Ballast der Tradition, von Erinnerungen an Begriffe, die nicht das Gepräge von heute tragen, um erst durch eine radikale Befreiung von der Geschichte - wie manche uns anraten wollen - die Unbefangenheit zu gewinnen, uns in unserer Gegenwart neu zu orientieren? Oder ist es vielmehr so, daß die Nation um unserer demokratischen Existenz willen unaufgebbar ist, daß das eine mit dem anderen steht und fällt? Wie aber ist dann der geschichtliche Begriff der Nation weiterzuentwickeln, um griffig zu werden für die Lage, in der wir uns befinden?

Beginnen wir mit einer Bestandsaufnahme der Schwierigkeiten, die einem zeitangemessenen Verständnis entgegenstehen. Warum tun wir uns so schwer mit dem Begriff "Deutsche Nation"?

Das erste ist die für Deutschland eigentümliche Erfahrung, daß die Nation durch den Nationalismus zerspalten wurde. Das war zunächst ein innenpolitischer, gesellschaftlicher Vorgang. Das wilhelminische Deutschland bot in seinen letzten Jahrzehnten - vor dem Ersten Weltkrieg - ein merkwürdiges Schauspiel: Die Sache der Nation wurde von der politischen Rechten - von den militärisch, wirtschaftlich und administrativ führenden Schichten - für sich in Anspruch genommen, und zwar gegen die politische Linke. Die sogenannten nationalen Parteien standen gegen die linken Liberalen, gegen das linke Zentrum und gegen die im Kaiserreich aufgekommene Sozialdemokratie, die von ihren Gegnern als national unzuverlässig diffamiert wurde.

Der komplizierte historische Vorgang, der zu einer solchen Verlagerung der Nationsidee und zu seiner parteimäßigen, monopolartigen Verengung führte, ist hier nicht darzustellen. Die Tatsache dieser monopolartigen Verengung selbst ist unbestreitbar. Von den mannigfaltigen Gründen, die diese verhängnisvolle innere Spaltung der Nation bewirkt haben, seien aber zwei kurz hervorgehoben: einerseits die Inanspruchnahme der gesteigerten Macht des Staates, der durch die Reichsgründung ein mächtiger Nationalstaat geworden war, für den Schutz von als spezifisch national proklamierten besonderen großagrarischen und großindustriellen Interessengruppen gegen andere Interessengruppen innerhalb des deutschen Volkes; andererseits bei den Sozialdemokraten eine internationalistische und staatsfeindlich eingefärbte, sich revolutionär gebende Ideologie, durch die die Tatsache verschleiert wurde, daß die Sozialdemokratie im Kern eine an Nation und Staat gebundene soziale Reformpartei war.

Diese Spaltung der Nation belastete Deutschland im Ersten Weltkrieg, und sie trug nach der Niederlage und der Errichtung der Weimarer Republik neben anderen Ursachen wesentlich dazu bei, daß im Antagonismus zwischen den sich als national stilisierenden Parteien und den Republikanern dieses erste Experiment der Demokratie in Deutschland dadurch scheiterte, daß sich das Parlament selber lahmlegte. Der in dieses Machtvakuum einbrechende Nationalsozialismus hat zuerst die sogenannte nationale Rechte sich zu verbünden gewußt und dann die Unterstützung breiterer Schichten gewonnen, bis er in hybrider Selbstüberschätzung der deutschen Möglichkeiten die Nation in Krieg und Untergang mitriß und nun auch ihre äußere Spaltung herbeiführte.

Diese Doppelerfahrung der Selbstzerstörung, der inneren und äußeren Spaltung der Nation durch den Nationalismus kann nicht zugedeckt, nicht beiseite geschoben werden, wenn wir uns heute um den Begriff der Tragfähigkeit der Nation im gespaltenen Deutschland erneut bemühen.

Die Nation ist dem deutschen Gegenwartsbewußtsein aber auch dadurch schon weithin entrückt, daß nur noch die ältere Generation unter uns mit Bewußtsein ein ungeteiltes Deutschland erlebt hat. Nur etwa 14 % der Bundesbevölkerung gehörten 1974 noch den Jahrgängen an, die bei Ende des Ersten Weltkrieges zehn Jahre alt oder älter waren, also noch eigene Erfahrungen aus der Zeit des demokratischen Nationalstaates der Weimarer Republik besaßen. Seither haben sich die Proportionen weiter verschoben. Das heißt, nur noch ein gutes Zehntel der Deutschen in der heutigen Bundesrepublik verbindet mit dem Verfassungsgebot der Wiedervereinigung noch die persönliche Erinnerung an einen nicht von der Diktatur verzerrten deutschen Nationalstaat. Ähnlich sind - mit einigen Verschiebungen - auch die Zahlen für die DDR.

Für die meisten heute lebenden Deutschen ist also die deutsche Einheit etwas, über deren vergangene Wirklichkeit man allenfalls mit Hilfe anderer aus der Geschichte belehrt wird, deren zukünftige Verwirklichung aber in der Bundesrepublik zu dem von allen demokratischen Parteien proklamierten Selbstverständnis gehört. Wie steht es nun aber mit der Vermittlung zwischen der historisch zu gewinnenden Erinnerung an den gewesenen Nationalstaat und an die Gründe seines Untergangs und dem in die Zukunft weisenden politischen Appell?

Hier tut sich eine dritte Schwierigkeit auf, die sich der Verlebendigung eines sinnvoll erfüllten Nationsbegriffs für die Gegenwart in den Weg stellt. Ich meine die Diskrepanz zwischen der staats- und völkerrechtlichen Nomenklatur des Bundesverfassungsgerichts, auf

dessen Auslegung des Grundlagenvertrages alle Parteien eingeschworen sind, und der Sprache, deren sich das historisch-politische Denken bei der Beschreibung der deutschen Wirklichkeit bedient. Staats- und völkerrechtlich erscheint demnach das Deutsche Reich im Umfang der Grenzen von 1937 als Staat noch existent, wenn auch zur Zeit handlungsunfähig, während es in der historisch-politischen Wirklichkeit, die vor aller Augen steht, mit dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches untergegangen ist.

Wir alle kennen die guten Gründe, die ins Feld geführt werden, um die juristische Fiktion von der Fortexistenz der staatlichen Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten. Um einige zu nennen - sie sind uns alle geläufig -: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Unterschied zur DDR nicht der Mithaftung für die Wiedergutmachung wenigstens der materiellen Schäden entziehen wollen, die dem jüdischen Volk durch das Deutsche Reich unter Hitler zugefügt wurden. Sie hat die Regelung der Rechtsansprüche von früher im öffentlichen Dienst stehenden Personen übernommen - einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen - und anerkennt sozialrechtliche Verbindlichkeiten von Zuwanderern aus dem anderen Teil Deutschlands.

Vor allem aber hält sie am Rechtsstatut einer allgemeinen deutschen Staatsbürgerschaft fest in Wahrnehmung einer Fürsorgepflicht für alle Deutschen. Insofern hat die Rechtsfigur vom Fortbestand des Deutschen Reiches ihren guten Grund. Nur: Zur Erfassung der nationalen Wirklichkeit, in der wir leben, trägt sie nichts bei. Sie hilft nicht, diejenigen, die der Nation schon innerlich entfremdet sind, weil sie ihre vergangene Wirklichkeit nicht erlebt haben und ihre gegenwärtigen Möglichkeiten nicht sehen, zu ihr zurückzuführen. Sie kann sogar - und das möchte ich vor Ihnen in aller Offenheit diskutieren dürfen -, falsch verstanden, ein Hindernis sein, das sich nationalen Belangen ersten Ranges in den Weg stellt.

Lassen Sie mich hier, um ein Beispiel zu geben, ein Wort sagen zu den auch im Kreise unserer Freunde lebhaft im Für und Wider umstrittenen deutsch-polnischen Vereinbarungen zu den Schulbuchempfehlungen. Daß es in unserem nationalen Interesse liegt, mit dem freiheitsstolzen polnischen Volk, so wie es sich uns heute in seiner problembeladenen inneren und äußeren Lage darbietet, auf allen Ebenen zu einem engstmöglichen Gedankenaustausch zu gelangen, liegt auf der Hand. Natürlich hat das Zustandekommen auch wissenschaftlicher Gespräche eine politische Voraussetzung, mit denen sie stehen und fallen. Das muß man deutlich sehen. Diese Voraussetzung ist die faktische Anerkennung der gegebenen territorialen Verhältnisse. Hierüber wird in den gemeinsamen Empfehlungen unter anderem gesagt, daß die in Potsdam erfolgte faktische Anerkennung der polnischen Administration in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße "noch keine völkerrechtlich definitive Anerkennung der Grenzlinie" bedeutete, daß aber die Entwicklung - und zwar jetzt mit der Überschrift des Artikels XIII der Potsdamer Vereinbarungen als "Transfer" der deutschen Bevölkerung bezeichnet, während dann im weiteren Wortlaut der Empfehlungen zutreffend von "ausweisen", "zwangsumsiedeln" und "Heimatvertriebenen" die Rede ist - dahin führte, daß es sich bei der neuen Grenzziehung "nicht um ein revidierbares Provisorium handeln könne." Die des weiteren in der Empfehlung gegebene Schilderung der Wiederaufbauprobleme nach dem Kriege geht daher unter anderem von der Feststellung der "faktischen Auflösung des Deutschen Reiches" aus. Wenn hiergegen in einer ausführlichen kritischen Stellungnahme aus dem Kreise unserer Freunde der Einwand erhoben worden ist - ich zitiere -, "verfassungs- und völkerrechtswidrige

Aussagen zur Rechtslage Deutschlands und der Deutschen gehören nicht in deutsche Schulbücher", so wird meines Erachtens in dieser Kritik verkannt, daß es sich bei dieser Formulierung im Empfehlungstext eben nicht um eine Definition des Verfassungs- und Völkerrechts, sondern um eine Beschreibung der Wirklichkeit, eben des "Faktischen" handelt, in der wir leben.

Ich will mit diesem Exkurs, meine Damen und Herren, nur sagen, daß Rechtspositionen, deren Legitimität innerhalb des staats- und völkerrechtlichen Normensystems hier nicht erörtert und nicht bestritten werden sollen, nicht den Blick derer, denen die Nation am Herzen liegt, starr an sich fesseln dürfen, wenn wir einen unverstellten Zugang zu der Frage gewinnen wollen, was es heute noch bedeuten kann, wenn wir von Deutschland reden. Wenn Rechtspositionen ein Besitzanspruch sind, so sollte man für deren kluge und im Sinne der Nation weiterführende Anwendung den biblischen Spruch des "Haben, als hätte man nicht" bedenken.

Die Realität der Nation ist also nicht der Nationalstaat, der gewesen ist, und nicht das verfassungsrechtlich vorgegebene Ziel der staatlichen Wiedervereinigung, das jenseits des kalkulierbaren Zeitraums liegt, in dem politisches Handeln seine gedankliche Orientierung zu suchen hat.

Es stellt sich ja oft Verlegenheit und Ratlosigkeit ein, wenn jemand fragt, was denn die eine Nation im geteilten Staat, von der wir immer reden, noch bedeutet. Soll man die Konsequenz ziehen, die uns manche anraten wollen, das Festhalten an der einen Nation als Illusion beseitigen, und soll man etwa Karl Jaspers folgen, der von der Entwicklung zweier Nationen in zwei deutschen Staaten sprach? Das verbietet sich aus äußeren wie aus inneren Gründen.

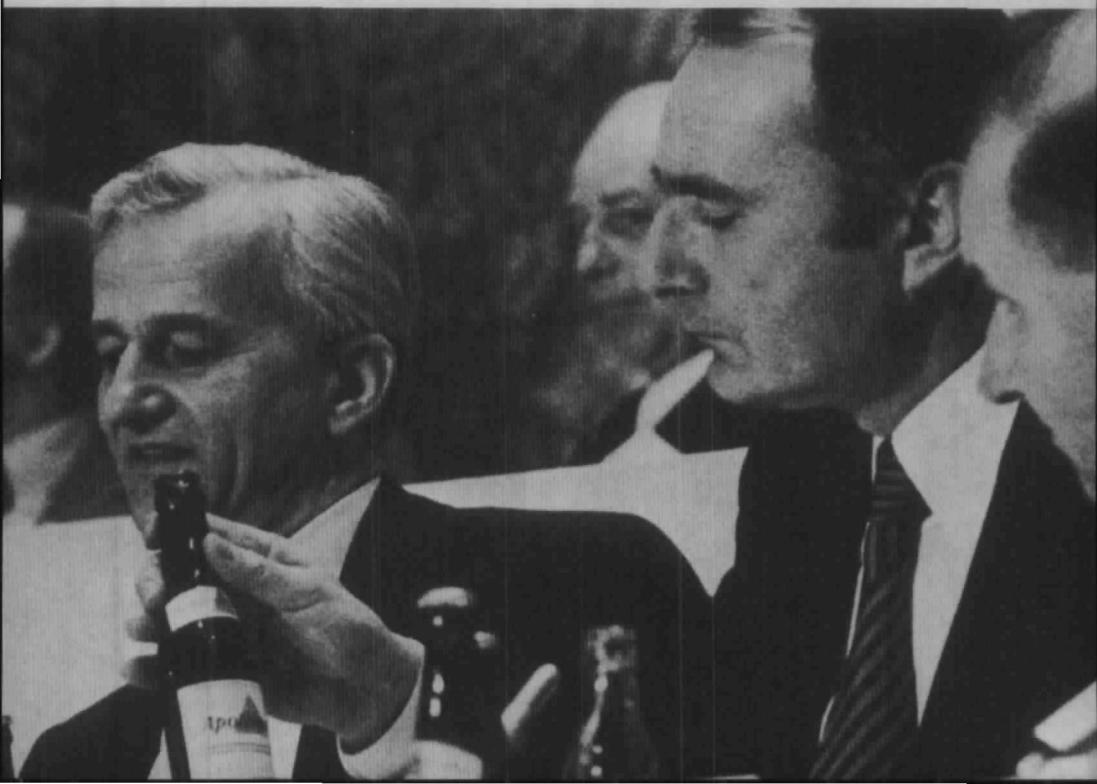
Meine These lautet, daß die Bundesrepublik Deutschland durch einen Verzicht auf die Praktizierung der nationalen Einheit im staatlich geteilten Deutschland ihre eigenen Lebensgrundlagen gefährden und der Realisierung der Grundwerte den Boden entziehen würde.

(Beifall)

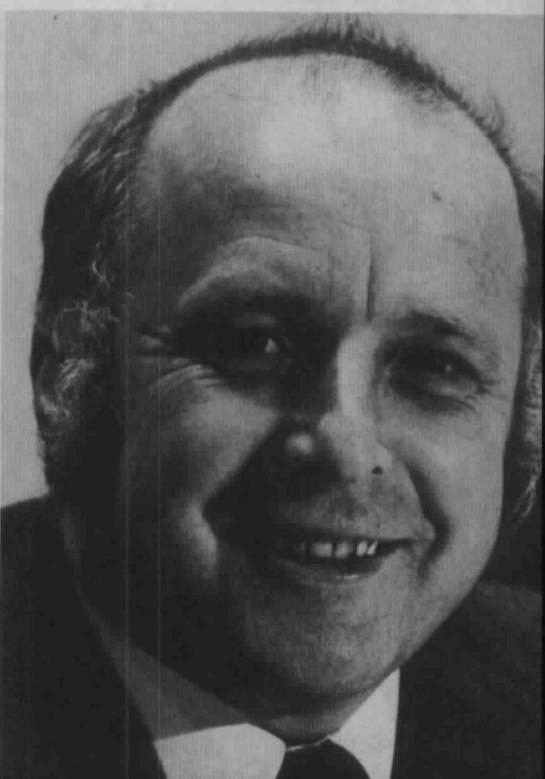
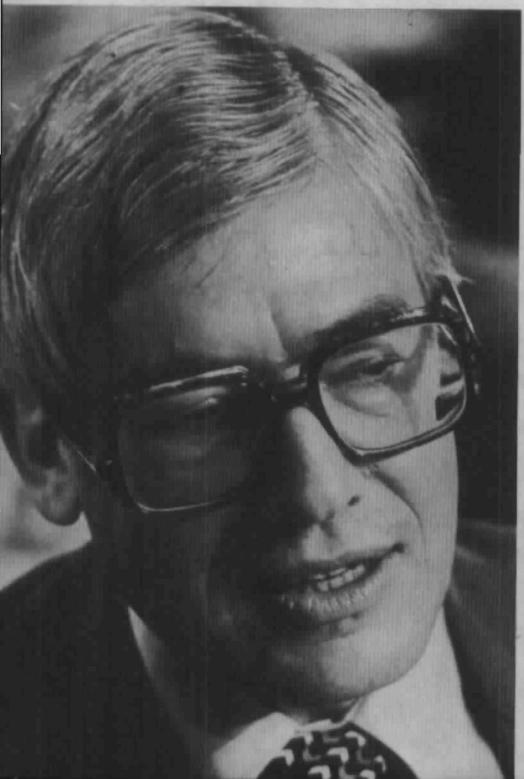
Um diese These zu begründen, sei zunächst kurz daran erinnert, wie sich die DDR im Verhältnis zur Nation versteht. Sie hat in dieser Hinsicht seit ihrem Entstehen im Jahre 1949 mehrere Wandlungen durchgemacht. Der Name "Deutsche Demokratische Republik" stammt bekanntlich aus einem Verfassungsentwurf aus dem Jahre 1946 der für einen einheitlichen deutschen Nationalstaat gedacht war. Daß hüben wie drüben die schwarz-rot-goldenen Farben der 48er Revolution und der Weimarer Republik zum Staatssymbol erhoben wurden, ist der sinnfällige Ausdruck dafür, daß bei der Entstehung der beiden Staaten das Ziel der Einheit der Nation von verschiedenen Ausgangspunkten her festgehalten wurde. Die These von Karl Jaspers über das Entstehen von zwei deutschen Nationen wurde in der DDR auch nach der sozialistischen Neuformulierung der Verfassung vom Jahre 1968 nicht übernommen. Die Teilung des Staates verband sich nunmehr jedoch insofern mit dem Gedanken der Spaltung der Nation, als die beiden Staaten als Repräsentanten der antagonistischen Kräfte in einem die Nation spaltenden Klassenkampf begriffen wurden. Aber erst der sogenannte "Grundlagenvertrag" zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom Dezember 1972 führte dazu, daß in dem nunmehr verstärkt einsetzenden Bemühen der DDR um Abgrenzung alle Hinweise auf die deutsche Nation und die Wiederherstellung ihrer Einheit aus der Verfassung von 1968 gestrichen wurden. Ähn-



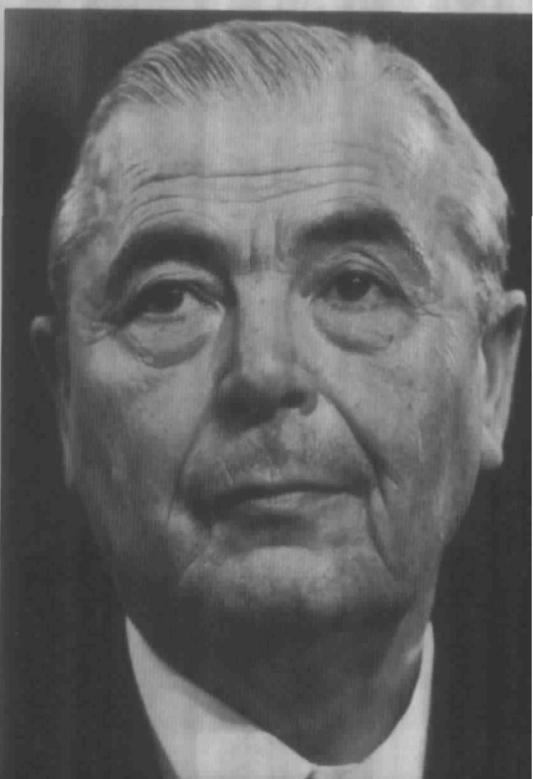


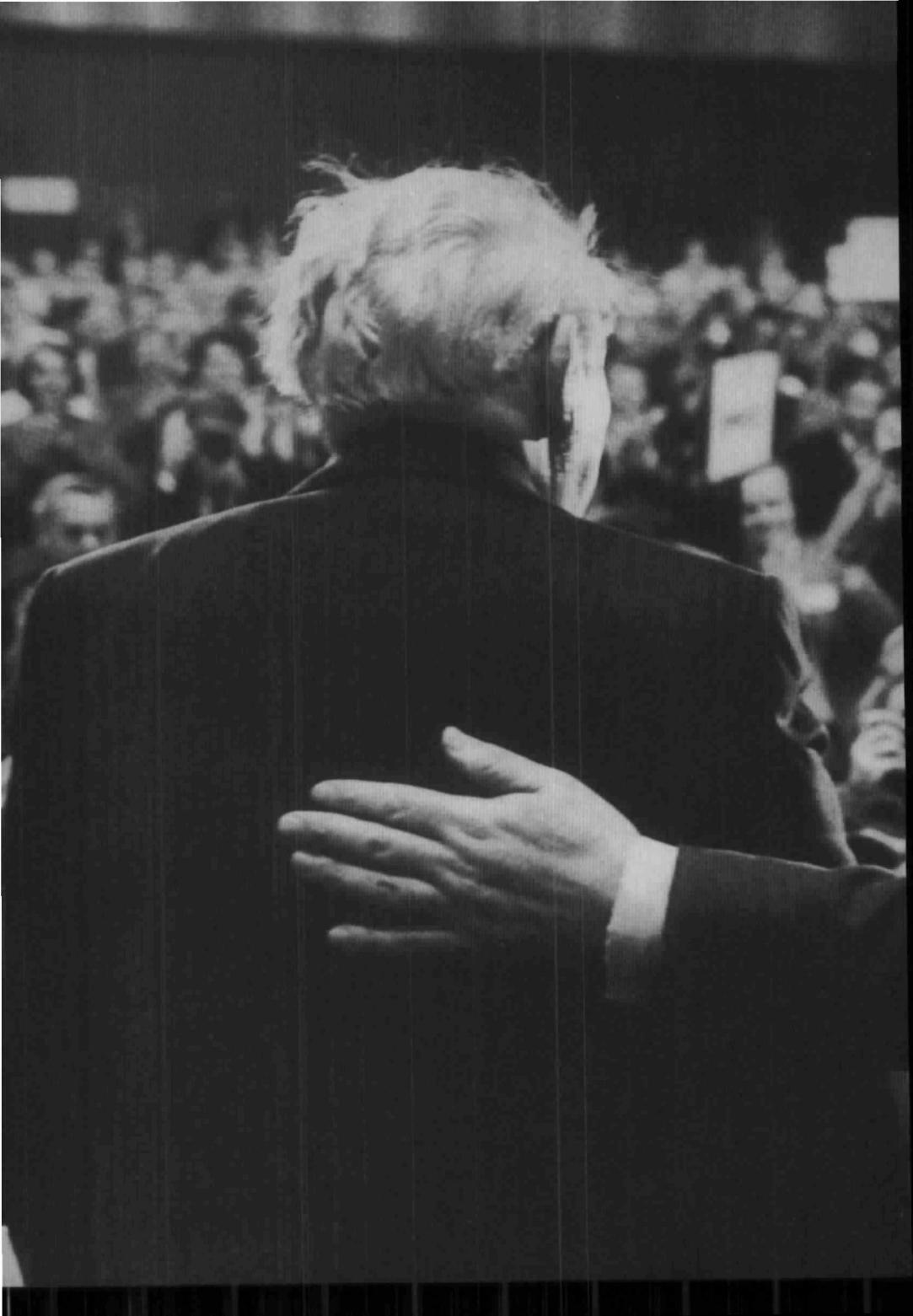






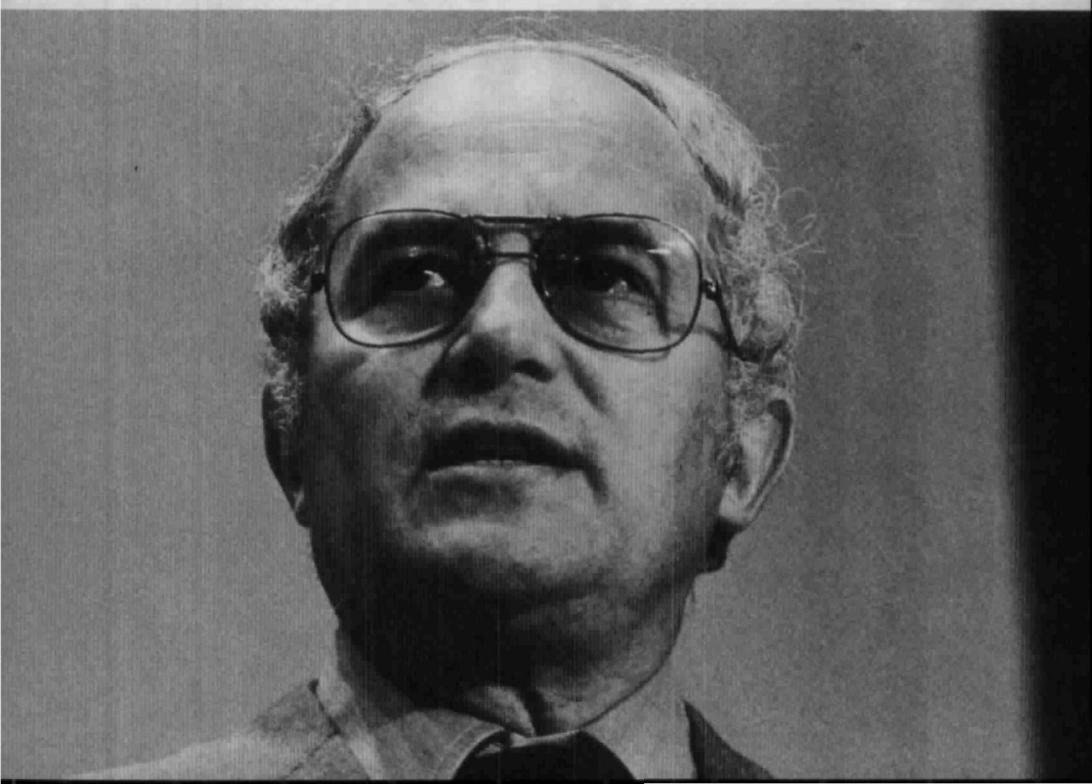




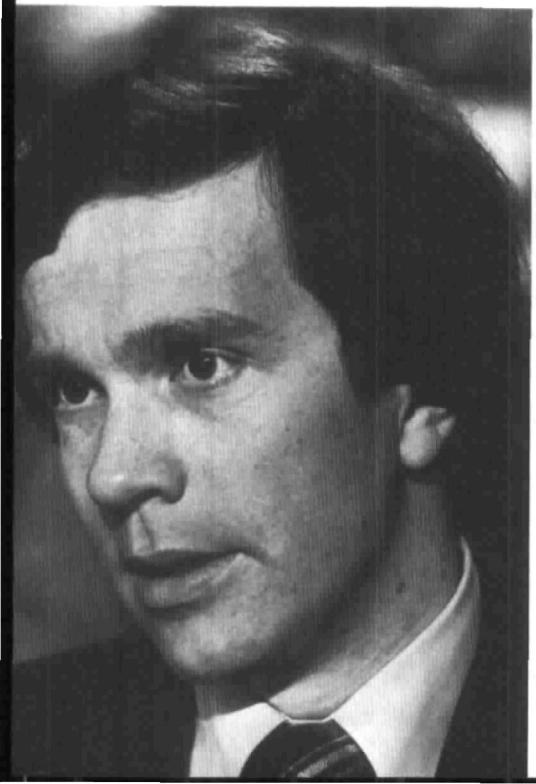


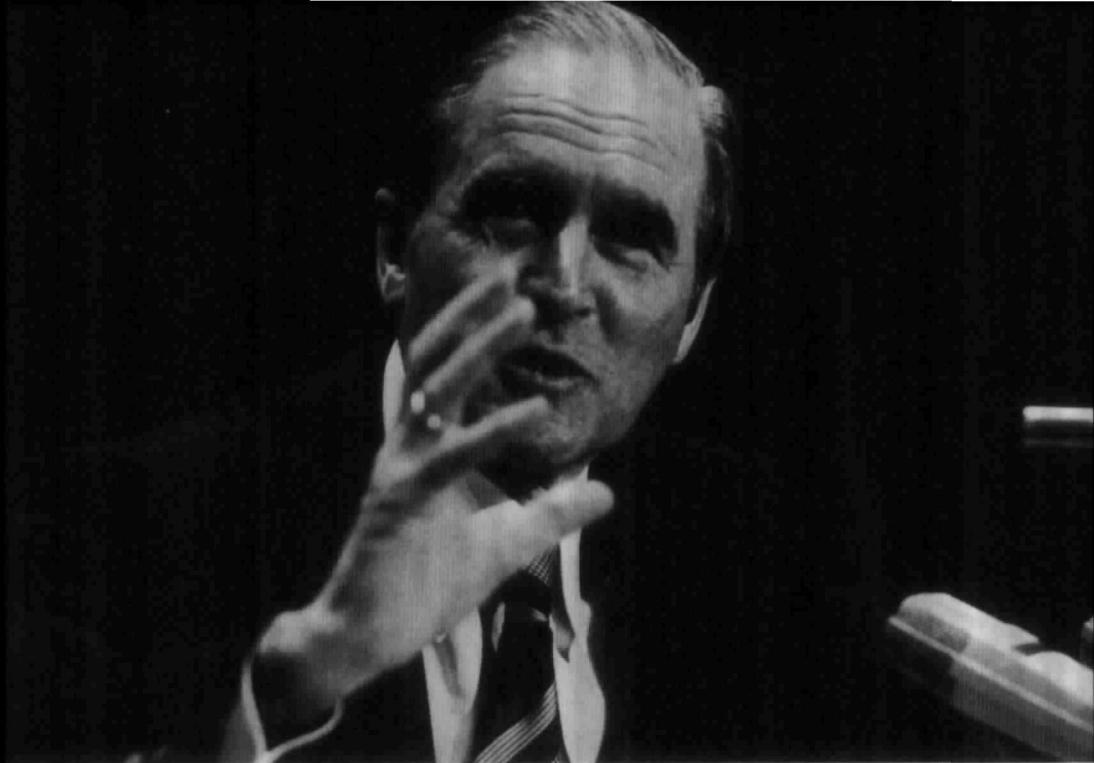
















liches geschah im Vertragsverhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion. Während noch in Verträgen von 1954 und 1965 beide ihre Absicht bekräftigt hatten, sich für die Schaffung der Einheit Deutschlands einzusetzen, vermied der 1975 abgeschlossene Freundschaftsvertrag jeden Bezug auf die offene deutsche Frage. Charakteristischerweise wurden jedoch jene früheren Verträge nicht aufgehoben, sondern durch eine Nichtberührtheitsklausel in der Schwebe gehalten. Sie können bei veränderten Umständen wieder hervorgeholt und reaktiviert werden. Daß dies eines Tages der Fall sein wird, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen, aber mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, und zwar aus folgendem Grunde. Die DDR stellt bekanntlich das innerdeutsche Verhältnis zur Bundesrepublik unter den außenpolitischen Koexistenzbegriff. Koexistenz setzt sich nach der in der Sowjetunion wie in der DDR vertretenen Überzeugung als das leitende Prinzip in den internationalen Beziehungen für die Übergangszeit zwischen der Oktoberrevolution und dem sich im Wetterleuchten von Wirtschaftskrisen angeblich ankündigenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaften in dem Maße durch, wie sich der sozialistische Staatenbereich wirtschaftlich konsolidiert und die militärische Macht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zunimmt.

Daß ein solcher Prozeß der Kräfteverschiebung sich vollzogen hat und sich möglicherweise weiter vollzieht, ist ja nicht eine Äußerung von westlichem militärischem Zweckpessimismus, sondern findet seinen Niederschlag u.a. auch in der historisch-politischen wie der militärischen Fachpublizistik der DDR. Da die Koexistenz als die Lehre von der Vermeidbarkeit von Kriegen im zwischenstaatlichen Verhältnis aber ihre Kehrseite hat in einer nun erst recht geforderten ideologischen Aggressivität und einer klassenkämpferischen Solidarität mit sogenannten demokratischen und nationalen Freiheitsbewegungen, soweit sie sich gegen die als imperialistische titulierte Mächte richten, läßt sich leicht ausrechnen, daß aus einem Gefühl wachsender Stärke und Überlegenheit in der innerdeutschen Auseinandersetzung die Parole der nationalen Einheit, wenn die Stunde für reif erachtet wird, wieder hervorgeholt und als ideologisches Kampfmittel gegen die Bundesrepublik ins Feld geführt werden könnte. Mir scheint es jedenfalls zweckmäßig, sich auf den Eventualfall einzustellen, daß die DDR ihr nationales sozialistisches Pulver trockenhält, und wir eines vielleicht gar nicht allzu fernen Tages wieder einem propagandistischen Trommelfeuer der "sozialistischen Nation deutscher Nationalität", für die Schaffung der einheitlichen sozialistischen deutschen Nation ausgesetzt sein könnten.

(Beifall)

Was haben wir dem entgegenzusetzen? Den Begriff der "Gesellschaft" etwa? Beziehungsweise den Begriff der Gesellschaft, wenn er mit den beiden Attributen freiheitlich und demokratisch versehen wird? Es läßt sich beobachten, daß der Begriff "Gesellschaft", der als solcher durchaus unentbehrlich ist, nicht nur in der Soziologie, sondern auch in der Politikwissenschaft, in der Geschichte und auch im parlamentarischen, gouvernementalen und journalistischen öffentlichen Sprachgebrauch Worte wie Volk, Nation oder gar Vaterland fast ganz verdrängt hat. Daß dem so ist, hat seine Gründe - wie vorhin gezeigt wurde - in der Zerstörung der Nation durch den Nationalismus, der durch den Mißbrauch der großen Worte auch eine Verarmung unserer Sprache und damit eine Verarmung unserer Vorstellungs-

und Empfindungswelt bewirkte.

(Beifall)

Der Begriff der Gesellschaft gibt sich nüchtern, ist freilich gegen ideologischen Mißbrauch ebensowenig gefeit wie der Begriff der Nation. Er bezeichnet das Spannungsfeld, auf dem die Interessen und Anschauungen von Gruppen miteinander ringen. Eine Gesellschaft ist aber eben deswegen als Inbegriff funktional oder strukturell aufeinander bezogener Teilinteressen für ihren eigenen Zusammenhalt und ihre Widerstandsfähigkeit als ein Ganzes - das mehr ist als die Summe ihrer Teile - namentlich in Krisenzeiten darauf angewiesen, daß ihre Mitglieder durch ihre Primäridentifikation mit dem die Gesellschaft tragenden Substrat sich als einander zugehörig wissen. Konkret: die Gesellschaft der Bundesrepublik wird sich nur in dem Maße in der Krise als resistent erweisen, wie ihre Gruppen und Bürger, an die Nation innerlich gebunden, für deren freiheitliche Ordnung einstehen;

(Beifall)

in dem Maße also, in dem das politische Verhalten in unserer Gesellschaft von dem Bewußtsein gelenkt wird, daß Demokratie und Nation zwei Seiten derselben Sache sind.

Was aber ist der Bezugspunkt des Nationalbewußtseins?

Sprechen wir zunächst von unserem Verhältnis zu den Deutschen in der DDR. Die Bilanz der deutsch-deutschen Beziehungen seit dem Grundlagenvertrag ist zwielichtig. Die Negativseite steht vor aller Augen: Statt der erhofften Wandlung durch Annäherung auf seiten der DDR Fortdauer des Schießbefehls, verschärfte Abgrenzung und schrittweise Erpressung, die sich in Sonderheit gegen das Bundesland Berlin richtet. In dieser Hinsicht hat sich der Grundlagenvertrag als das erwiesen, als was er von seinen Gegnern, die damals für das notwendige Nein plädierten - ich selber habe auch dazu gehört; ich möchte das gegenüber einigen mißverständlichen Äußerungen in der Presse aus den letzten Tagen hier klarstellen -, bezeichnet wurde, nämlich als Teilungsvertrag. Teilungsvertrag nicht in dem Sinne, als ob Deutschland nicht schon vorher gesellschaftlich und politisch auseinandergebrochen wäre, aber doch so, daß die Teilung durch den Vertrag tatsächliche völkerrechtliche Gültigkeit erlangte. Weder das ideologische Nebelschießen durch die damalige Regierung Brandt, das diese Tatsache zu verschleiern suchte, noch die Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht, die nur in unserem Teile Deutschlands gilt, aber auf der Gegenseite mit Hohn zurückgewiesen wird, vermochte dies zu verdecken. Eine rechtliche Anerkennung der DDR von gleich zu gleich, an der nicht die Bundesrepublik, sondern die DDR ein primäres Interesse hatte, mußte sich meines Erachtens so lange verbieten, als nicht der elementarste und geschichtlich gesehen erste Grundsatz aller Persönlichkeitsrechte, das Recht nämlich, aus Gewissensgründen auszuwandern, im beiderseitigen Verhältnis vertraglich gesichert und unter eine wirksame Rechtsgarantie gestellt war.

(Beifall)

Dieser Grundsatz, aus den bitteren Kriegen der innerdeutschen Spaltung in der Zeit von Reformation und Gegenreformation als der spezifisch deutsche Beitrag zur Entwicklung der Individualrechte erwachsen, gehört zum Urgestein der deutschen Rechtsgeschichte und

war Jahrhunderte hindurch in Geltung.

(Beifall)

Nachdem aber im innerdeutschen Vertragsverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten dieser Grundsatz einer wirksamen Rechtsgarantie für das Auswanderungsrecht preisgegeben wurde, fehlt heute jeder Anlaß, von seiten der Bundesrepublik die im Grundgesetz verankerte deutsche Staatsangehörigkeit zur Disposition zu stellen.

(Beifall)

Gegenüber Erpressungsversuchen sind der Bundesrepublik freilich keine spektakulären Reaktionen möglich. Die DDR sitzt durch die geographische Lage Berlins in vieler Hinsicht am längeren Hebel. Enttäuschend bleibt aber das Schwanken und die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung in dem Spielraum, in dem sie Initiative entwickeln könnte. Ich meine Berlin.

(Beifall)

Die Nationalstiftung z.B. gehört nach Berlin und nirgendwo sonsthin.

(Beifall)

Oder wären wir soweit, daß wir, nachdem wir die Einheit der Nation verloren haben, auch zur sichtbaren Behauptung der Kultur nicht mehr den Mut aufbrächten?

(Beifall)

Der Negativseite der deutschlandpolitischen Bilanz des Grundvertrags stehen als positiver Ertrag Erleichterungen der Familienzusammenführung und ein bisher gesteigerter Reiseverkehr gegenüber, wenn auch vornehmlich in west-östlicher Richtung und in beschränktem Umfang im Vergleich zu dem so intensiven, fruchtbaren und unproblematischen Austausch etwa zwischen der Bundesrepublik und dem deutschen Nachbarland Österreich. Immerhin, Millionen Deutsche von hien und drüben konnten wieder miteinander reden; vielen werden die Denkmäler unserer gemeinsamen Geschichte im anderen Teil Deutschlands wieder zum sinnfälligen Erlebnis. Aus materiellen Gründen wird jetzt sicherlich die eine oder andere geplante Reise wegen der Auferlegung der Straßenbenutzungsgebühr unterbleiben. Eine allgemeine Trotzreaktion auf diese Schikane, die vorgesehene menschliche Begegnungen nicht zustande kommen ließe, würde aber, so verständlich sie ist, genau den Absichten jener entgegenkommen, die den Gedankenaustausch von Deutschen mit Deutschen möglichst in engen Grenzen halten möchten. Ohnedies ist ja damit zu rechnen, daß auch ohne zusätzliche schikanöse Behinderungen der Reiseverkehr aus der Bundesrepublik in die DDR sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr beträchtlich steigern wird, vielleicht sogar, wie die bisher vorliegenden Zahlen für 1976 erkennen lassen, zur Zeit stagniert, beruht er doch zu einem erheblichen Teil auf Verwandtschaften und Freundschaften aus der Zeit vor der Teilung. Diese werden in einem natürlichen Prozeß auslaufen, ohne daß eine entsprechend breite Basis für Neuanknüpfungen gegeben wäre. Die zähen Bemühungen der Bundesregierung um Verbesserungen in der Familienzusammenführung und im innerdeutschen Verkehr haben, so hoch ihr humanitärer Wert zu veranschlagen ist, in der spezifisch politischen Deutschlandfrage nicht weitergeführt.

Zu Recht wird in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Methoden und Perspektiven der Deutschlandpolitik die Forderung erhoben, der ideologischen Offensive, die sich auf die sowjetische Koexistenztheorie stützt, in angemessener Weise zu begegnen. Hier drängt sich die Notwendigkeit und, wenn wir nicht von allen nationalen Geistern verlassen sind, auch die Möglichkeit der Kooperation von Regierung und Opposition auf.

(Beifall)

Die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur deutschlandpolitischen Lage und die von ihr veranstaltete Materialsammlung zur Vorbereitung der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad bieten einen Ansatz hierfür.

Blieben wir einen Augenblick bei dem 1975 in Helsinki verabschiedeten Schlußdokument über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, von dem auch heute vormittag schon verschiedentlich die Rede gewesen ist. Die Auswirkung dieses Dokuments im Positiven und Negativen steht demnächst in Belgrad international zur Debatte. Mir scheint jene von allen europäischen Teilnehmerstaaten sowie von der Sowjetunion den Vereinigten Staaten und Kanada unterzeichnete Akte von spezifischer Bedeutung gerade auch für die Lage der Nation im geteilten Deutschland, und zwar aus folgendem Grund. Die Konferenz war auf Betreiben der Sowjetunion zustande gekommen. Sie erstrebte nach dem Moskauer, dem Warschauer, dem Grundlagenvertrag und nach dem Viermächteabkommen über Berlin eine allgemeine Anerkennung des Status quo in Europa. Sie erreichte dieses Ziel der Koexistenz durch in Helsinki erfolgte gegenseitige Verpflichtung auf die Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen, territorialer Integrität, friedlicher Konfliktregelung und Nichteinmischung. Die Westmächte bestanden ihrerseits auf der Einbeziehung einer Reihe von gegenseitigen Verpflichtungen, die sich eben aus dem alten Autonomiegedanken der Selbstverantwortung des vernunftbegabten Menschen ableiten, nämlich Selbstbestimmungsrecht der Völker und Individualrechte, und zwar unter ausdrücklichem Verweis auf die Menschenrechteerklärung der Vereinten Nationen vom 1948. In dieser Erklärung heißt es in Artikel 13: "Jedermann hat das Recht, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen und in dieses Land zurückzukehren" - ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Die Gewährleistung dieses Auswanderungsrechtes hat infolge von Helsinki zwischen den beiden deutschen Staaten den Charakter einer gegenseitigen feierlichen Verpflichtung erhalten, ebenso wie alle anderen klassischen liberalen Grundrechte, die sich in der UNO-Erklärung der Menschenrechte finden. Insofern bedeutet Helsinki für das innerdeutsche Verhältnis einen Schritt über den Grundlagenvertrag hinaus. Denn dieser kannte lediglich eine allgemeine Bereitschaftserklärung, die Menschenrechte zu wahren unter Hinweis auf die UNO-Charta, die aber als solche noch keine Spezifizierung der Menschenrechte wie in der Erklärung von 1948 enthielt. Wie die KSZE-Beschlüsse in den eineinhalb Jahren seit ihrer feierlichen Unterzeichnung bereits eine große Wirkung ausgeübt haben als eine Ermutung und ein Rechtstitel für die Menschenrechtsbewegung in den Ländern Osteuropas, so hat sie auch manchen Deutschen in der DDR neue Hoffnung gegeben. Sie wird in den kommenden Auseinandersetzungen um die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse auch als Instrument im Ringen um mehr Freiheit im geteilten Deutschland Bedeutung gewinnen können.

Noch in anderer Hinsicht betreffen die Beschlüsse von Helsinki die Lage unserer Nation. Eine wirkliche Beachtung der in ihr niedergelegten Prinzipien, zu der sich die Unterzeichner verpflichtet haben, würde in ihrer Folgewirkung aus der Koexistenz als einer klassenkämpferischen Offensivideologie herausführen zu dem, was mit den Worten der Schlußakte selbst als "Überwindung des Mißtrauens", als Prozeß der Entspannung mit dem Ziel eines "echten und dauerhaften Friedens" bezeichnet wird. Frieden ist mehr als Koexistenz. Ist es unrealistisch anzunehmen, daß durch beharrlich-festes, sachlich-unerbittliches Ringen um die Entlarvung der aggressiven Kehrseite der Koexistenzideologie die Deutschlandpolitik mit Hilfe dieses internationalen Rechtsinstruments aus ihrer Erstarrung befreit werden könnte?

Es gilt festzuhalten, und zwar unter Bezug auf die Schlußakte von Helsinki und gegen polemische Äußerungen in der SPD-Presse, die sich schon vorweg gegen die auf diesem Parteitag erörterte Deutschlandpolitik der CDU richteten, daß es ohne Achtung vor den Menschenrechten keine Überwindung des Mißtrauens, keine wirkliche Entspannung und keinen wirklichen Frieden geben kann,

(Beifall)

einen wirklichen Frieden, der nicht nur in der gegenseitigen Angst vor dem Krieg, sondern im Herzen und im Willen der Menschen begründet ist. Es ist eine gänzlich irreführende Fehlinterpretation von Helsinki, wenn z. B. der "Vorwärts" schreibt, daß die Aussagen der Schlußakte über die Menschenrechte lediglich eine sekundäre Bedeutung besäßen, daß sie unverbindliche Zielvorstellungen seien, denen gegenüber eine Priorität der Sicherung des Friedens zukomme. Wie kann man diese beiden Dinge auseinanderreißen!

(Beifall)

Demgegenüber ist festzustellen: Die Verpflichtung zur gegenseitigen Respektierung von Souveränität, Grenzen, territorialer Integrität, also zum äußeren Frieden, ist in der gleichen Akte mit den gleichen Unterschriften festgestellt wie die gegenseitig abgegebene Erklärung, die Menschenrechte zu achten.

Gewiß, im Unterschied zur Europäischen Konvention der Menschenrechte kennt die Akte von Helsinki keine Kommission und keinen Gerichtshof, an die wegen Verletzung von Rechten appelliert werden könnte. Es geht aber völlig in die falsche Richtung, wenn Herbert Wehner in gewiß ernster Sorge vor Repressionen gegen Dissidenten meint, davor warnen zu müssen, Belgrad zum Tribunal zu machen. Nun ist die Aufgabe von Belgrad in der Akte von Helsinki ganz klar vorgezeichnet worden, nämlich - ich zitiere jetzt die Schlußakte - "vertiefter Meinungs-austausch über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte". Dieser Zweck würde aber offensichtlich verfehlt, wenn sich die Bundesregierung scheuen würde, Menschenrechtsverletzungen in der DDR unter sachlicher Verwendung des ihr zur Verfügung stehenden Materials beim Namen zu nennen.

(Beifall)

Es mag unseren Macchiavellisten, die in einer falsch verstandenen Staatsraison den Rechten des Menschen nur eine nachgeordnete Priorität einräumen wollen, als eine idealistische Vokabel erscheinen und ist doch eine Realität, deren Mißachtung durch die kalkulierenden Staatsvernunft, wie gerade die deutsche Geschichte lehrt, sich

niemals ausgezahlt hat: das Weltgewissen.

(Beifall)

Dieses Tribunal besitzt keine Macht, aber es besitzt Argumente. Wir erleben es, daß das Argument der Freiheit weltweit Unterdrückungen und ideologische Verkrustungen zu durchbrechen beginnt. Es repräsentiert sich in sehr unterschiedlichen politisch- philosophischen Begriffssystemen, und es verbindet sich mit gegensätzlichen wirtschaftlich-sozialen Zielvorstellungen, auch mit denen des Marxismus.

Es heißt nicht, dem Marxismus das Wort reden - das will ich gewiß nicht -, und es steht nicht im Gegensatz zu den überlegenen Grundsätzen der christlichen Soziallehre, wie sie unserer Partei zugrunde liegen, wenn wir uns den Konsequenzen aus der unbestreitbaren Tatsache stellen, daß zu den entschiedenen Vorkämpfern für die Freiheit in den totalitären Systemen des Ostens Sozialisten gehören, die ihre Argumente aus dem Systemzusammenhang des Marxismus schöpfen.

Wenn wir das deutsch-deutsche Gespräch suchen und es führen wollen, wo immer sich die Möglichkeit dazu bietet, als die eigentlich aktuelle Form, in der sich Nation noch zu vollziehen vermag, und zwar nicht nur im privaten Bereich der verwandtschaftlichen und privaten Kontakte, sondern als die beharrlich gesuchte Auseinandersetzung um unsere gemeinsame Geschichte und unsere Gegenwart, dann hieße es Chancen verspielen, wenn wir der gegenwärtig angeheizten ideologischen Offensive des sowjetisch gelenkten offiziellen Marxismus mit einem undifferenzierten Antimarxismus begegnen wollten.

(Beifall)

Von uns wird, wenn wir die Einheit der Nation nicht deklamieren, sondern praktizieren wollen, Schwierigeres verlangt als eine plakative Umkehrung des Feindbildes. Die sozioökonomischen Leitvorstellungen, von denen das eben im anderen Teil Deutschlands bestimmt wird, und die Leitvorstellungen der wirtschaftlich-sozialen Ordnung in der Bundesrepublik schließen einander aus. Es gibt da keinen dritten Weg und keine Konvergenz der Systeme.

(Beifall)

Aber der Marxismus selber ist ja alles andere als ein geschlossenes einheitliches System. Er zeigt Risse, Brüche, inneren Schulstreit wie eh und je. Und deutlicher als in der Zeit seiner theoretischen Anfänge wird heute, nachdem er 60 Jahre Zeit gehabt hat, sich zu verwirklichen, seine innere Widersprüchlichkeit offenbar, wenn seine Wirklichkeit an seinen eigenen Prinzipien gemessen wird: Wie steht es denn mit der Verwirklichung einer neuen Humanität? Wie steht es mit der Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel? Wem kommt denn eigentlich der erarbeitete Mehrwert - um mich dieses Terminus' zu bedienen - zugute? Wie steht es mit der Abschaffung von wirtschaftlicher Macht, die in den Händen von wenigen konzentriert ist? Wie steht es - daran möchte ich auch erinnern - vor allem um jenes großartige Wort von Rosa Luxemburg, daß Freiheit immer die Freiheit für den Andersdenkenden bedeutet?

(Beifall)

Hier, meine Damen und Herren, liegen Möglichkeiten einer argumentativen Dialektik von hüben und drüben.

Die Systeme in beiden Teilen Deutschlands schließen einander aus.

Aber beide leben aus dem Anspruch, je die vernünftige Konsequenz aus der gemeinsamen deutschen Geschichte gezogen zu haben. Indem wir unsere eigene Position behaupten, vergessen wir nicht, daß es auch in dem uns gegenüberliegenden Marxismus, dessen philosophischen Ursprünge, wie wir wissen, im deutschen Idealismus liegen und der - ich darf das kritisch zu einer Bemerkung von Herrn Lorenz von heute morgen sagen - insofern auch zum gemeinsamen europäischen Erbe gehört, daß es also auch in diesem Marxismus von seinen Ursprüngen her und aus seinem eigenen Selbstverständnis um eine Antwort auf die uralte Menschheitsfrage geht, in welches Verhältnis Gerechtigkeit und Freiheit zueinander gesetzt werden müssen.

In diesem Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte, auf die wir verschiedene Antworten geben, und eines vom ursprünglichen Ansatz her verwandten Problems, in diesem Bewußtsein unsere Auseinandersetzung zu führen, das kann uns vielleicht davor bewahren, in eine Sprachlosigkeit zu versinken, die das wirkliche Ende der Nation bedeuten würde, statt nach den Chancen zu suchen, solange uns die staatliche Einheit verwehrt ist, die Nation als dialektische Einheit zu praktizieren.

(Anhaltender Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sehr verehrte Herr Professor Erdmann, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr ebenso großartiges wie anspruchsvolles Referat, mit dem Sie diesen Parteitag gefordert und zugleich herausgefordert haben. Professor Erdmann, Sie sind nicht nur eine Säule der Geschichtswissenschaft in unserem Lande; Sie sind auch seit 1959 Mitglied unserer Partei.

Wir verdanken Ihnen mehr als nur dieses Referat. Sie haben uns gemahnt, daß ein Verzicht auf die Praktizierung der nationalen Einheit im geteilten Vaterland unsere Lebensgrundlagen gefährden und der Realisierung der Grundwerte den Boden entziehen würde. Wir nehmen Ihre Mahnung ernst. Diese CDU und dieser Parteitag stehen zu ihrer Verantwortung für Deutschland. Der Parteitag dankt Ihnen, verehrter Herr Professor Erdmann, für Ihr glänzendes Referat. Wir werden es im Anschluß an die Podiumsdiskussion in die Plenardebatte einbeziehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen jetzt die Beratungen für fünf Minuten, damit die Vorbereitungen für das dann folgende Podiumsgespräch getroffen werden können.

(Kurze Unterbrechung)

Wir treten nunmehr in die Podiumsdiskussion ein. Ich übergebe die Leitung hiermit unserem Freund Richard von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen jetzt in die Diskussion in erster Linie über das Referat von Herr Professor Erdmann eintreten. Wir werden uns darum bemühen, diese Diskussion nicht abstrakt und nicht akademisch zu führen, sondern setzen uns das Ziel, sie auf unsere politische Aufgabe zu beziehen. Die Diskussion vollzieht sich in zwei Abschnitten. Der erste Teil ist eine Podiumsdiskussion. Ihr folgt dann die Diskussion im Rahmen des Plenums.

Ich möchte Ihnen zunächst die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion vorstellen. Als einzigen ausländischen Gast in unserer Diskussions-

runde begrüße ich herzlich Herrn Professor Henri Ménudier.

(Beifall)

Henri Ménudier ist Professor am Institut für Politik der Sorbonne in Paris, ein ausgezeichnete Kenner der deutschen politischen und historischen Bedingung und Verhältnisse und erweist uns den Dienst, der vielleicht weder für ihn noch für uns immer bequem ist, zu unseren Fragestellungen unter dem Blickwinkel von außen her Beiträge zu leisten.

Neben Professor Ménudier sitzt Herr Professor Andreas Hillgruber. Er ist Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Köln.

(Beifall)

Ich begrüße Matthias Walden, Journalist aus Berlin.

(Beifall)

Neben ihm sitzt unser Referent von eben, Herr Professor Erdmann.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Wolfgang Wagner, Chefredakteur der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" und Herausgeber des "Europa-Archivs".

(Beifall)

Ihm zur Seite sitzt Herr Dr. Jens Hacker vom Institut für Ostrecht an der Universität Köln.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir zu den politischen Aufgaben hinführen wollen, die sich uns kurzfristig oder langfristig stellen, müssen wir die Wirklichkeit, unbequem und kontrovers, wie sie sich im allgemeinen darstellt, zur Kenntnis nehmen. Ich meine, Herr Erdmann hat uns den großen Dienst der Solidarität erwiesen, daß er vor unbequemen Aussagen in gar keiner Weise zurückgeschreckt ist.

(Zustimmung)

Deswegen, so meine ich, sollten wir uns zur Einleitung unserer Diskussion zunächst auf eine Bemerkung beziehen, die Herr Erdmann hier gemacht hat. Er hat auf die Diskrepanz zwischen der staats- und völkerrechtlichen Nomenklatur des Verfassungsgerichts, auf dessen Auslegung alle Parteien eingeschworen sind, einerseits und der Sprache, deren sich das historisch-politische Denken bei der Beschreibung der deutschen Wirklichkeit bedient, andererseits hingewiesen.

Was bedeutet es heute faktisch, wenn wir im politischen oder auch im unpolitischen Tagesgespräch von Deutschland sprechen? Das ist eine Frage, die uns die Wirklichkeit stellt. Mit dieser Frage wollen wir in die Diskussion eintreten.

Herr Hillgruber, wären Sie so freundlich, dazu zunächst das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Andreas Hillgruber: Meine Damen und Herren! Ich stimme weitgehend mit dem überein, was Herr Erdmann allgemein gesagt hat, und ganz speziell mit dem, was er über die DDR und deren historische Perspektiven gesagt hat, daß für die DDR die Koexistenz nur eine Zwischenetappe ist. Sobald sich die Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West ändern, und zwar zu ihren Gunsten, wird die Deutschlandfrage von der DDR in offensivem Sinne wieder hervorgeholt werden.

Etwas zu optimistisch noch aus meiner Sicht, wie ich meine, ist das, was er zur Bundesrepublik gesagt hat. Ich möchte zwei Bereiche kurz erwähnen, einmal den internationalen Zusammenhang und dann das, was man als die allgemeine Bewußtseinslage in Westdeutschland umschreiben könnte. In den 50er Jahren schien eine Verschiebung der Grenzen zwischen Ost und West in Europa noch machbar. Seit der kalte Krieg 1961 von Kennedy für beendet erklärt wurde, die im sowjetischen Machtbereich befindlichen Gebiete Ost- und Mitteleuropas als zum Sowjetimperium gehörig anerkannt wurden und die nukleare Rüstung einerseits immer stärker geworden ist, ist praktisch eine Zementierung der internationalen Lage in Europa eingetreten, die zwar durch fortgesetzte Rüstung der östlichen Seite zu ihren Gunsten verschoben werden soll, wo danach getrachtet wird, sie zu verschieben, ich kann aber nicht erkennen, daß auf westlicher Seite - jetzt ganz allgemein international gesprochen - der Gedanke an Befreiung oder "roll back", wie er noch in den 50er Jahren lebendig war, auch nur andeutungsweise noch vorhanden ist, d.h. eine bestenfalls reine Defensive des Westblocks.

Für die innerdeutsche Situation, speziell für die Verhältnisse in der Bundesrepublik, hat die nun schon über 30 Jahre dauernde Teilung langsam aber sicher eine Bewußtseinsverschiebung, jedenfalls beim Gros der Bevölkerung, insbesondere aber selbstverständlich auch eine Bewußtseinsbildung in der jüngeren und jetzt schon mittleren Generation herbeigeführt, daß man von einem Staatsbewußtsein der Bundesrepublik sprechen kann. Es besteht, langfristig gesehen, die Gefahr, weil hier keine weitergreifende historische Perspektive vorhanden ist, daß die Abkapselung, die Sonderung immer weitere Züge und schließlich auch Züge eines bundesdeutschen Nationalbewußtseins annehmen kann und wahrscheinlich annehmen wird, wenn es noch 30 oder 40 Jahre - in diesen Zeiträumen muß man ja rechnen - so weitergeht wie bisher.

Wenn Sie speziell die Bildung, die historisch-politische Ausbildung in vielen Bundesländern beobachten, wie sie sich in den letzten 15 Jahren entwickelt hat, dann ist von einer historischen Bindung, von einem gesamtdeutschen Bewußtsein, das hier etwa vermittelt wurde, überhaupt keine Rede mehr, sondern das Ganze wird auf eine bundesrepublikanische Gesellschaft hin projiziert, die man möglichst noch im sozialistischen Sinne verändern will. Mit anderen Worten, ich meine, hier sind grundlegende Fragen zu erörtern, wie die Sache abzuwenden ist, wenn der Trend nicht so laufen soll, wie ich eben andeutungsweise umschrieben habe.

Dr. Wolfgang Wagner: Ich möchte das gerne noch etwas ergänzen und kräftiger sagen, was Herr Professor Hillgruber eben schon ausgeführt hat, und zwar in drei Punkten. Einmal müssen wir uns, wie ich glaube, darüber im klaren sein, daß die Sowjetunion ganz eisern entschlossen ist, ihren Herrschaftsbereich zu bewahren, wie er jetzt ist, und das heißt eben auch, ihre Herrschaft über die DDR aufrechtzuerhalten.

Nimmt man die internationale Politik insgesamt, befindet sich die Sowjetunion keineswegs in der Defensive, sondern im Gegenteil in der Offensive. Sie wird fortwährend militärisch stärker, sie wird auch wirtschaftlich stärker. Sie hat deshalb aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus überhaupt keinen Grund, etwa zurückzustecken. Sie will nicht nur das bewahren, was sie hat, sondern sie greift neuerdings weiter auf andere Erdteile aus, und dies ist die Tendenz der sowjetischen Politik.

Zweitens: Selbst wenn in Ost-Berlin Leute säßen, die gegenüber der Sowjetunion eine größere Selbständigkeit für ihren Staat anstreben, was nicht der Fall ist, so könnte eine solche Politik unter den gegebenen Umständen nicht zum Erfolg führen. Das Regime in Ost-Berlin - ebenso wie die anderen Regime im Osten - ist ganz außerordentlich stark an die Sowjetunion angebunden. Diese Regime müssen in einem Maße parieren, wie wir es uns oft gar nicht klarmachen. Ich sage das auch deshalb, weil mein Freund Professor Gasteyger heute morgen hier gesagt hat, wenn die DDR mehr Selbstvertrauen und mehr Selbstbewußtsein gewinne, werde es vielleicht leichter sein, etwas zu erreichen. Ich bezweifle das sehr, weil das Regime viel zu eng an Moskau gebunden ist, weil es einfach gehorchen muß.

Drittens: Auch im Gegensatz zu einer Äußerung, die heute morgen gefallen ist, fürchte ich, daß meine Voraussage zutrifft, daß wir in der nächsten Zeit nicht nur in der DDR, sondern überhaupt im gesamten östlichen Bereich mit einer verstärkten Repression zu rechnen haben und nicht mit einer Auflockerung.

Ich glaube, man kann beobachten, daß die Regime dort drüben in den letzten Monaten durch die Bürgerrechtsbewegungen und durch andere Entwicklungen immer nervöser geworden sind. Nach meinem Dafürhalten deuten die Anzeichen darauf hin, daß sie in nächster Zeit zu schärferen Unterdrückungsmitteln greifen werden, als wir das in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Wir sind also immer noch bei der Frage, wie es mit der Wirklichkeit mit dieser Nation, wie es mit der Wirklichkeit Deutschlands steht.  
Jetzt Herr Ménudier aus Paris.

Prof. Dr. Henri Ménudier: Ich glaube, das ist die Frage nach der Diskrepanz zwischen Rechts-, Verfassungslage und politischer Wirklichkeit, die sehr groß ist. Wenn man sich als Ausländer mit deutschen Problemen befaßt, muß man sich immer wieder fragen, ob einem da nicht einmal ein Stück Schizophrenie vorgespielt wird. Das letzte Stück, das vor kurzem gespielt wurde, betraf die Reaktionen auf das Interview von Herrn Gaus.

Herr Günter Gaus hat über die deutsche Nation, über die Lage in Deutschland, wie die Nation gelebt wird, sehr vernünftige Sachen gesagt. Natürlich kann man darüber streiten, ob das zum richtigen Zeitpunkt gesagt wurde oder nicht. Auf jeden Fall hat man im Ausland den Eindruck, daß man in diesem Land, in der Bundesrepublik zu bestimmten Sachen nichts mehr sagen darf. Das ist eine etwas gefährliche Entwicklung. Das bedeutet, bezüglich der Nation, bezüglich der Deutschlandpolitik besteht ein sehr großer Unterschied zwischen theoretischer Lage und den Prinzipien, die wirklich angewendet werden.

Das fängt beispielsweise mit den Grenzen an. Sie wissen, man sagt immer, die gültigen Grenzen seien die von 1937, wobei jeder weiß, daß diese Grenzen heute überhaupt nichts mehr bedeuten. Das bedeutet, wenn man im Ausland eventuell an eine Wiedervereinigung denkt, dann wäre das die Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland

mit der DDR. Ich glaube, gerade die Ostverträge und die Schlußakte von Helsinki haben diese Tatsache für immer festgelegt.

(Vereinzelter Widerspruch)

Aber ich habe nicht den Eindruck, daß man sich in der Bundesrepublik mit dieser These allgemein zufrieden geben will. Das ist ja ein Element, das im Ausland Unruhe stiftet.

Des weiteren gibt es eine große Diskrepanz zwischen Rechtslage und Wirklichkeit bezüglich Berlin; denn es wird von einem Viermächteabkommen bzw. Viermächtestatus gesprochen, aber man weiß, daß sich Ost und West darüber nicht einig sind und der Osten das Viermächteabkommen so interpretiert, daß es nur für West-Berlin gilt.

Aber diese Diskrepanz bezüglich Berlin besteht nicht nur zwischen Ost und West, sondern die gleiche Diskrepanz besteht auch bezüglich West-Berlin zwischen der Bundesrepublik und dem Westen. Sie wissen, daß die Bundesrepublik die These vertritt, West-Berlin sei das elfte Land der Bundesrepublik; für den Westen, für Frankreich, England und Amerika, ist West-Berlin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik. Man sieht hieran also, wie groß der Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist.

Das zeigt sich auch, wenn man das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrachtet. Im Ausland war es besonders interessant zu beobachten, wie die Bundesrepublik jahrelang die These des Alleinvertretungsanspruches aufrechterhalten hat. Die Bundesrepublik - u. a. auch die Union - hat ja sogar lange die Staatlichkeit der DDR geleugnet, als ob es die DDR als Staat nicht gab.

(Vereinzelter Widerspruch)

Ich glaube, heute hat man sich von diesen Fiktionen ein bißchen entfernt. Gleichwohl klingt es für Ausländer etwas komisch, wenn hier über die deutsche Grenze oder über die deutsche Staatsangehörigkeit diskutiert wird. Ausländern fällt es sehr schwer zu glauben, daß die DDR keine eigenen Staatsbürger hat.

Was die Nation angeht, so glaube ich, daß auch hier die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit sehr groß ist, Herr von Weizsäcker, zumal Nation und Staat in Deutschland nie identisch waren. Ich glaube auch nicht, daß sie jemals identisch werden. Ich habe also den Eindruck, man kann sehr wohl zwei Thesen vertreten, und dafür habe ich im dem Vortrag von Professor Erdmann Argumente gehört. Man kann sowohl sagen, daß es nur eine Nation in Deutschland gibt, man kann aber auch die These vertreten, daß es zwei Nationen gibt. Ich glaube, die Standpunkte können in beiden Richtungen entwickelt werden.

Für das Ausland ist diese Frage natürlich nicht unwichtig, weil damit eine ganze Reihe von Machtpositionen zusammenhängen.

Sie sehen also, daß das Ausland den Eindruck hat, daß zwischen Rechts- und Wirklichkeitslage eine sehr große Diskrepanz besteht, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung in der Bundesrepublik mit den Gegebenheiten abgefunden hat, daß sich aber bestimmte Parteien - vielleicht auch die CDU/CSU; das ist eine Frage, die ich mir stelle - damit noch nicht genug abgefunden haben. Es kommt also darauf an, inwieweit diese Diskrepanz in der Zukunft abgebaut werden kann. Ich glaube, das ist das Problem der nächsten Jahre.

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Herr Ménudier, ich danke Ihnen vielmals für diesen Beitrag.

Ich glaube, wir sollten uns doch über eines ganz klar sein, wenn wir derartige Dinge hören, die für viele von uns sehr unbequem sind: daß nicht derjenige den Tadel verdient, der uns sagt, wie im Ausland wirklich über solche Fragen gedacht wird, sondern daß wir uns mit denjenigen auseinandersetzen haben, die eine solche doch offenbar notwendige und naheliegende Reaktion des Auslands durch ihre deutsche Politik hervorgerufen haben.

(Beifall)

Ich möchte jetzt natürlich nicht auf die einzelnen Punkte eingehen. Ich denke sicher, daß wir darauf zurückkommen, z.B. auf die Grenzfrage, Berlin usw.. Zwei Dinge darf ich aber sagen. Was das Gaus-Interview anbetrifft: Der Punkt, der vor allem und sofort die Kritik hervorrief, war doch der, daß wir alle wissen, daß schon nach unserer Verfassungslage - von unseren politischen Zielen ganz zu schweigen - eine Verhandlungsmarge in bezug auf die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besteht. Da war eben die Frage, wie es zu verantworten ist, daß der immerhin offizielle Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin seinerseits in diesem Zeitungsinterview anfang, Andeutungen in bezug auf eine Verhandlungsmarge zu machen, die wir - und in dem Punkt stimmen wir mit der Bundesregierung überein - unsererseits überhaupt nicht haben. Das bedeutet nicht, daß die Frage, wie es mit dem Bewußtsein in bezug auf die Nation hüben und drüben steht, tabuisiert sei. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie all das gesagt haben, was Sie in dem Zusammenhang angesprochen haben. Ich möchte nur deutlich machen, daß sich die Kritik zunächst und vor allem darauf bezog, daß der offizielle Vertreter anfang, etwas zur Disposition zu stellen, was gar nicht zur Disposition gestellt werden kann.

Das, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben, muß zweifellos bei der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt werden. Freilich, über einen Punkt, nämlich wie es mit dem Zusammenfallen von Staat und Nation in der deutschen Geschichte steht, dürfen wir ja vielleicht auch mit unserem französischen Nachbarn streiten.

(Beifall)

Aber jetzt Herr Hacker.

Dr. Jens Hacker: Ich wollte anknüpfen an das, was Herr Erdmann und Herr Hillgruber gesagt haben - sie haben ja sehr viele Probleme angesprochen - wie auch an die Ausführungen von Herrn Wagner. Es ist gesagt worden, die DDR werde sicherlich eines Tages auf eine offensive Deutschlandpolitik umschalten. Das mag so sein; aber ich glaube, darüber sollte man zur Zeit wenig spekulieren. Zur Zeit ist es ja wirklich so, daß die DDR nach Verfassung, Parteiprogramm usw. ohne jegliche gesamtdeutsche Perspektive dasteht.

Ich glaube, man muß eines noch stärker hervorheben, noch stärker, als Herr Gasteyer und Herr Wagner es getan haben: Ich sehe - und das ist ja auch für die Definition des Nationalbegriffs und für die nationale Entwicklung außerordentlich wichtig - das gravierendste Moment in der DDR-Politik in der zur Zeit totalen Ostorientierung, in der Orientierung auf die sozialistische Gemeinschaft. Das ist hier zwar angesprochen, aber meiner Ansicht nach in seiner Dimension nicht richtig gesehen worden.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß wir eines Tages eine DDR haben, die über das jetzige Maß hinaus so stark in den Ostblock eingebunden

ist und so stark von der Sowjetunion abhängig geworden ist, daß sich die Frage eines wiedervereinigten Deutschland selbst aus der Sicht der DDR ganz anders stellt.

Ich glaube, man muß hier ganz klar sehen: Es kommt nicht so sehr darauf an, was die DDR in ihrer Verfassung stehen hat; es kommt nicht so sehr darauf an, was im SED-Programm geboten wird. Aber was die DDR im letzten, hier ja schon erwähnten Beistandspakt mit der Sowjetunion verankert hat, geht weit über das hinaus, was alle anderen Ostblockstaaten mit der Sowjetunion haben. Und entscheidend ist eben - auch das wird bei uns leider oft übersehen, wenn wir an die Möglichkeit denken, die inneren Dinge in der DDR zu nennen -, daß man sich eben gegenseitig verpflichtet hat, die sogenannten sozialistischen oder historischen Errungenschaften zu schützen - eine Folge der Vorgänge von Prag 1968. Und es ist eben die Sowjetunion, die über die Ausgestaltung der historischen und sozialistischen Errungenschaften in der DDR entscheidet.

Das heißt, ich sehe hier zur Zeit das größere Problem nicht so sehr in der Abgrenzung und in der Frage, wann die DDR einmal wieder offensiv gegen die Bundesrepublik vorgeht. Ich sehe hier auf allen Gebieten die Entwicklung - um das auch noch einmal in Ergänzung zu Herrn Gasteygér zu sagen -, daß - und das ist auch ein wichtiger Unterschied von Ulbricht zu Honecker - wir es eben im Ostblock mit einer Bindung der DDR an die Sowjetunion zu tun haben, die die gesamtdeutsche Perspektive eben in einem etwas anderen Licht erscheinen läßt und auch die Grenzen unserer Politik zeigen sollte.

Man muß diesen Aspekt der Blockfunktion der DDR richtig sehen. - Ich möchte hier zunächst abrechnen, um nachher noch einiges zum Nationsverständnis der DDR zu sagen.

Prof. Dr. Andreas Hillgruber: Das, was Sie eben gesagt haben, und das, was wir gesagt haben, schließt sich nicht aus, sondern ergänzt einander. Die Offensive der DDR ist erst zu erwarten, wenn eine vollkommene Integration gegenüber der UdSSR erfolgt ist, weil dann die volle Wucht dahinter steht. Insofern ist das kein Widerspruch, sondern eher eine Ergänzung.

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Darf ich, ehe ich das Wort an Herrn Walden weitergebe, meinerseits noch einmal einen Beitrag zur Formulierung der Fragen leisten.

Wir sprechen also von dem Widerspruch zwischen der Machtlage auf der einen und der Verfassungs- und Rechtslage auf der anderen Seite. Wir sprechen ferner von dem Widerspruch zwischen den Verfassungszielen einerseits und einer Wirklichkeit andererseits, wie sie von vielen praktiziert wird. Ich wäre dankbar, wenn in der weiteren Diskussion zu beidem vielleicht noch etwas konkreter Stellung genommen würde.

Herr Hillgruber, Sie haben z.B. einmal in einem großen Aufsatz darauf hingewiesen, daß im öffentlichen politischen Sprachschatz so ganz unreflektiert vom "Modell Deutschland" oder davon, daß wir "das moderne Deutschland schaffen", gesprochen wird usw. Ja, von welchem Deutschland ist denn da die Rede, in welchem Sinne wird der Begriff "Deutschland" hier benutzt?

Oder die andere Frage: Wenn hier ein scheinbarer oder tatsächlicher Widerspruch zwischen Rechtslage und Machtlage besteht, welche Aufgabe hat das Recht? Hat dieses Recht in unserer heutigen Tagespolitik eine bestimmte Aufgabe, und - wenn ja - welche?

(Beifall)

Das müssen wir doch ganz klar vor Augen haben, damit wir wissen, in welchem Sinne wir mit diesem Recht umgehen, und damit wir mit dem Recht nicht immer nur hinter der Wirklichkeit herlaufen. Ich meine, das sollte noch klarer herauskommen.

(Beifall)

Jetzt Herr Walden, bitte.

Matthias Walden: Meine Damen und Herren, einiges in dem, was meine Herren Vorredner sagten, erschien mir zu pessimistisch, etwa, Herr Professor Hillgruber, Ihre Spanne von 30 bis 40 Jahren, dieser allzu lange Zeitraum, in dem Sie mir zu denken scheinen; dann die Machtzunahme oder der zunehmende Machtwille der Sowjetunion, von dem mein Kollege Dr. Wagner sprach; dann die Skepsis gegenüber dem uns verbündeten Ausland, das wie es heißt, an unserer nationalen Einheit nicht interessiert sein könne; schließlich der Hinweis auf die eigene Schwäche.

Das letzte scheint mir allerdings in der Tat der am pessimistischsten zu beurteilende Punkt zu sein, aber doch wohl mehr, was die Regierenden betrifft, als was die Regierten angeht.

(Beifall)

Unser Volk hat ja in den letzten Jahren kaum die Chance bekommen, seinen Willen zur nationalen Einheit deutlich zu machen.

(Erneuter Beifall)

Es ist nicht dorthin geführt worden; wie hätte es von allein dorthin kommen sollen?

Pessimistisch kann man werden, wenn man im "Vorwärts" im Zusammenhang mit dem deutschlandpolitischen Akzent dieses Parteitags lesen mußte: Die Hunde jaulen wieder.

(Zuruf: Pfui!)

Dann allerdings wünschte ich mir, daß die Bindung an die Idee des Nationalen in der deutschen Sozialdemokratie noch so vorhanden wäre, wie sie einmal vorhanden war.

(Beifall)

Aber wenn von den jaulenden Hunden die Rede ist, muß ich daraus schließen, daß der nationale Gedanke in der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit offenbar ein Hundeleben führt.

(Erneuter Beifall)

Ich meine auch nicht, daß sich die Voraussetzungen für unser Recht auf nationale Einheit verschlechtert haben. Zweifellos hat die Entspannungspolitik ihnen entgegengewirkt, aber dafür sind andere Sachverhalte in das politische Kräftespiel getreten, von denen sehr viel Ermutigung ausgeht, und ich freute mich deshalb besonders, als im Vortrag von Herrn Professor Erdmann sehr auf die Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock Bezug genommen wurde.

Ich möchte das für mich noch etwas zuspitzen und sagen: wir haben für das Ziel unserer nationalen Einheit in Freiheit überhaupt nur dann eine Chance, wenn das kommunistische System des sowjetischen Imperiums überwunden ist - keine Stunde früher!

(Beifall)

Daraus ergibt sich natürlich sofort die Frage: wie und wann? Ich glaube, die Frage nach dem Wie ist durch die Bürgerrechtsbewegungen bereits in der Beantwortung. Es kommt für uns nur darauf an, daß wir wissen, daß diese Bewegungen die politisch-historisch prägenden Kräfte jener Bereiche sind, und daß sie unsere Adressaten im Sinne unserer eigenen Menschenrechtsvorstellungen und nicht zuletzt auch unserer eigenen nationalen Rechte sind. Sie sind unsere Adressaten, und sie sind - ohne daß wir sie vor einen nationalen Karren spannen - zweifellos auch unsere Partner. Herr Breschnew kann nur in einem sehr vordergründigen politisch-taktischen Sinne der Adressat unserer Anliegen sein; die Priorität scheint mir den Bürgerrechtlern zu gehören.

(Beifall)

Zum letzten Punkt, zu der These, unsere Verbündeten seien zweifellos nicht primär daran interessiert, die deutsche Einheit in Freiheit, d.h. also die Lösung der nationalen Frage Deutschlands, herbeiführen zu helfen. Nun, wir haben das im Deutschlandvertrag festgelegt, und ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, warum wir daran zweifeln sollten, daß unsere Verbündeten, wenn sie bei uns im Wort sind, dieses Wort auch halten.

(Beifall - Zuruf: Sehr gut!)

Prof. Dr. Karl Dietrich Erdmann: Nach einigen der jetzt gehörten Beiträge bin ich in meinem Referat noch zu optimistisch gewesen. Herr Hillgruber, Sie sehen die Sache düsterer, als ich sie gesehen habe, und der Pessimist hat ja bekanntlich immer recht, und man soll sich nichts vormachen. Auf der anderen Seite aber gibt es ja die Möglichkeit, einem theoretischen Pessimismus einen praktischen Optimismus entgegenzusetzen, der sich einfach auf die Frage bezieht, was kann man denn überhaupt tun? Was morgen und übermorgen sein wird, wissen wir nicht.

Herr Walden, wir können jedenfalls, glaube ich, nicht so lange warten, bis die Sowjetunion zusammengebrochen ist. Das scheint mir - lassen Sie mich das ganz offen sagen - eine ziemlich phantastische Spekulation zu sein. Es ist nicht sinnvoll, daß wir die deutsche Frage und das Bewußtsein der Einheit der Nation suspendieren und auch die Frage nach den realen Chancen, heute Nation zu praktizieren, zurückstellen, bis die Sowjetunion zusammengebrochen ist.

Ich möchte nicht so lange warten, sondern möchte - bescheidener, sehr realistisch - nach den Möglichkeiten heute suchen. Es gibt Rechtsmöglichkeiten im Ansatz. Formulierungen des Rechts und eine Beschreibung der historischen Realität sind zwei Sachen. Man muß wissen, auf welchem Boden man jeweils redet. Die Formulierung von der noch bestehenden Existenz des Deutschen Reiches beschreibt jedenfalls nicht die historische Realität, in der wir leben, weder in territorialer Hinsicht noch hinsichtlich des Staatsvolkes, noch in Hinsicht auf die Ausübung der Staatsgewalt. Es mag eine juristische Formel sein, die ihren guten Sinn hat, und ich habe

natürlich auch betont, aus welchen drei Gründen, die ich angeführt habe, es gut ist, daran festzuhalten. Vielleicht gibt es noch andere Gründe. Ob diese Formel, ob das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in sich selbst staats- und völkerrechtlich stimmig ist, darüber wollen wir hier nicht diskutieren. Aber diejenigen, die es ein bißchen verfolgt haben, wissen, daß es in der deutschen Staatsrechtswissenschaft eine sehr heftige Diskussion darüber gibt. Aber der Punkt, wo das Recht einen Hebel zu Bewegung der Dinge gibt, ist die KSZE. Ich glaube, darüber sind wir uns alle hier einig, so unterschiedlich wir manche Dinge vielleicht auch ansehen mögen. Hier möchte ich also vor den modernen Macchiavellisten warnen, wie ich es in meiner Rede soeben getan habe, vor denen, die die Staatsraison in den Vordergrund stellen und die da sagen, die Koexistenz ist das Entscheidende und nicht die Freiheit. Das eine und das andere gehören unmittelbar zusammen.

Sie sprachen soeben davon, lieber Nachbar zur Rechten, daß man ja davon ausgehen müsse, daß sich die DDR noch stärker und stärker in das sowjetische System einbindet. Ein analoger Vorgang - so hoffen wir ja - vollzieht sich für uns. Denn seit Bundeskanzler Adenauer betreiben wir ja eine Politik der europäischen Integration. Wir bereiten uns darauf vor, europäische Wahlen durchzuführen. Wir sind darüber betrübt, daß die europäischen Wahlen in der Bevölkerung nicht das Echo gefunden haben, das sie eigentlich finden sollten. Wir wären ja dankbar und froh, wenn eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa bestehen würden. Das sind also doch analoge Vorgänge, die sich hier und dort vollziehen.

Eine Politik in der ersten Phase - auch der deutschen Politik -, die man unter das Wort "Politik der Stärke" gestellt hat, hat nicht dazu geführt, daß wir in der Frage der Wiedervereinigung weitergekommen sind. Sie wurde von einer Politik abgelöst, die unter dem Motto stand: Wandlung durch Annäherung. Auch dieser Weg - das sehen wir mit aller Klarheit - hat uns dem Ziel der Wiedervereinigung keinen Schritt nähergebracht.

(Beifall)

Das ist eine realistische Feststellung, daß uns weder die Politik der Stärke noch die Politik der Verständigung, der Annäherung, diesem Ziele näher gebracht hat. Das sagt nichts darüber aus, ob die eine oder die andere Politik in ihrem Kern falsch oder richtig ist. Die Existenz der Bundesrepublik oder überhaupt eines wiedervereinigten Deutschlands ist überhaupt nur vorstellbar im Rahmen eines irgendwie vereinigten Europas.

Lassen Sie mich einmal ganz grob sagen: Ein souveräner deutscher Nationalstaat in den Grenzen des alten Reiches - auch von 1937 - wäre für das übrige Europa wahrscheinlich schwer verdaubar. Ich möchte darüber hinaus sagen - und ich glaube, das ist eine richtige Feststellung -, die Wiederherstellung eines souveränen deutschen Nationalstaates nach dem Modell des früheren deutschen Nationalstaates ist auch nicht eine Idee, die die deutsche Jugend fasziniert, auch nicht die Jugend, die von der Nationalidee noch ansprechbar ist. Wir stellen uns das anders vor.

Auf der anderen Seite: Wenn die Politik der Stärke und der militärischen und wirtschaftlichen Integration in Europa in den Westen nicht verstanden werden kann als eine aggressiv-militaristische Politik, sondern als eine Politik der eigenen Sicherung, dann gibt es ja doch keine andere Möglichkeit bei dem Prozeß der wachsenden Integration der DDR in den Osten und der Bundesrepublik in den Westen,

als daß wir noch miteinander reden können und auskommen können in der Weise, daß wir versuchen, uns zu verständigen, daß wir Möglichkeiten aufspüren: Wo haben wir denn noch Kontakte? Diese Kontakte - das ist die Grundthese in meinem Referat - sind nicht nur die Kontakte auf der freundschaftlichen, verwandtschaftlichen Basis - die werden langsam dünner werden und auslaufen -, sondern wir müssen nach anderen Möglichkeiten suchen, das Gespräch vor hüten und drüben zu führen. Aber was können wir bei uns noch tun? Da hat, glaube ich, Herr Hillgruber auf einen empfindlichen Punkt hingewiesen. Was können wir bei uns eigentlich angesichts einer möglichen Entwicklung denn eigentlich tun, einer Entwicklung, die ich nicht ganz ausschließen will, daß man des Gedankens der deutschen Nation überdrüssig wird und sagt, also begnügen wir uns doch damit, wir haben hier unsere bundesrepublikanische Gesellschaft, und vielleicht wird sie in 25, 30 Jahren ein bundesrepublikanisches Nationalbewußtsein entwickeln.

Sie möchten das nicht. Das will keiner von uns. Darüber könnten wir diskutieren, warum keiner das will. Was kann man dagegen tun? Sie haben auf den Zustand unserer Schulen hingewiesen. Lassen Sie mich Ihnen bitte einmal berichten, was mir ein amerikanischer Kollege erzählt hat, der mit seiner Familie lange Zeit hier im Westen, und zwar in Bonn, gelebt hat und seine Kinder - drei an der Zahl - in bundesrepublikanischen Schulen, in Bonn und in der Umgebung von Bonn, untergebracht hatte. Der Kollege und seine Frau erzählten mir: Ach ja, der Unterricht ist ganz gut, aber unsere Jungs gehen eigentlich ungern in die deutsche Schule. Ich sage: Warum das denn? Ist die Schule schlecht? - Nein, sie ist nicht schlecht, aber man merkt in diesen Schulen - es waren verschiedene Schulen -, so haben es unsere Söhne gesagt, überhaupt gar nicht, daß wir in Deutschland sind.

(Lebhafte Zustimmung)

Da sind also keine Bilder mehr an den Wänden, die an unsere deutsche Geschichte, geschweige denn etwa an die verlorenen Provinzen im Osten erinnern oder auch nur an Leipzig, Dresden und Mitteldeutschland erinnern. Da wird ein Geschichtsunterricht praktiziert - nein, das heißt ja heute gesellschaftspolitisches Studienfeld -, in dem von der deutschen Geschichte nur noch in einer ganz verdünnten Weise geredet wird. Da ist genau das passiert. Denken Sie vor allen Dingen an die Rahmenrichtlinien in Hessen oder in Nordrhein-Westfalen oder wo auch immer, wo der Begriff der Gesellschaft - und nur programmatisch - die älteren Begriffe von Volk, Nation oder gar Vaterland - man wagt es kaum noch auszusprechen - völlig verdrängt hat. Oder nehmen Sie den Deutschunterricht. Die Sprache ist immer die Sprache der Herrschenden. Die deutsche Hochsprache, das Hochdeutsch, ist also die Sprache der kapitalistischen Gesellschaft. Folglich soll man dem etwas anderes entgegensetzen. Man soll die Jugend belleibe nicht mehr zu den großen Werken der deutschen Literatur hinführen, so daß man noch einen gemeinsamen Bezugspunkt hat, über den man sich verständigen kann - das braucht ja eine Nation zum Zusammenleben -, sondern es wird die sprachliche Analyse von Zeitungen oder Plakaten oder Annoncen an ihre Stelle gesetzt.

Ich sage sehr pointiert; aber alle, die jemals in die Schule hineingeschaut haben, die ihre Kinder dort haben oder gar als Lehrer tätig sind oder auch in der Kultus- oder Kulturadministration tätig sind oder waren, wissen, daß es keine Gespenster sind, die ich hier an die Wand male.

Ich glaube, hier ist ein Punkt, an dem sich wirklich etwas ändern ließe und wo es lohnend wäre, wenn das auch die Partei mit der entsprechenden Konsequenz tun würde.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Zunächst hat das Wort Herr Walden, da Sie ja direkt mit dem Thema Überwindung des Sowjetimperialismus und -systems angesprochen wurden.

Matthias Walden: Herr Professor Erdmann, alles, was Sie gesagt haben, auch das, was Sie über die Schulen sagten, erscheint mir wichtig und richtig, nur meine ich, daß es keinen Sinn hat, länger auf die Regierenden zu warten. Da muß aus den Familien, aus den Elternhäusern heraus etwas geschehen.

(Lebhafter Beifall)

Da muß und kann - sicher auch mit Aussicht auf Erfolg - Sturm gegen diese Schulden gelaufen werden, in denen die Nation überhaupt nicht mehr vorkommt.

(Beifall)

Sie haben mich mißverstanden, wenn Sie meinen, ich wollte damit - nämlich: die Nation zu praktizieren - so lange warten, bis die Sowjetunion zusammengebrochen sei. Ich erwarte überhaupt nicht den Zusammenbruch der Sowjetunion, und ich will auch schon gar nicht so lange mit aller nationalen Aktivität warten. Ich meine sogar, eine Nation besteht von dem Augenblick an und so lange, wie das diese Nation und diese Volk will, keine Minute eher und keine Minute länger.

(Beifall)

Ich setze diesen Willen voraus. Er muß wachgehalten, er muß aktiviert werden. Aber daß er vorhanden ist, sollten wir nicht bezweifeln.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist nicht zu erwarten, wohl aber deren Wandel, d.h. das Ende dessen, was ich nicht Machtanachronismus nennen will - denn zur Macht gehört aus meiner Sicht mehr als das, was dort praktiziert wird -, sondern Anachronismus der Gewalt. Dieser Anachronismus der Gewalt muß gewandelt sein, ehe uns die nationale Einheit auch im staatlichen Sinne und im Sinne der gemeinsamen Freiheit aller Deutschen zur Selbstbestimmung überhaupt gewährt werden kann. Es ist nicht möglich, die Wiedervereinigung im nationalen Sinne gegen den Fortbestand dieser Gewalt durchzusetzen. Nichts anderes habe ich sagen wollen, und auf nichts anderes vertraue ich als auf jenen Wandel, der überfällig ist und dessen geistige Kräfte zweifellos nicht im Sinne Egon Bahrs, sondern im Sinne der von mir vorhin genannten Bürgerrechtler dramatisch in Gang gekommen sind.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Meine Damen und Herren, wir kommen auf den Zusammenhang der Menschenrechte, der Deutschlandpolitik und der Frage der Nation wohl nachher noch ausführlich zu sprechen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß das Stichwort der Rechtspositionen noch nicht hinreichend behandelt ist. Was wir wollen und was wir fühlen, das wissen wir, aber wir dürfen es uns deswegen nicht zu leicht machen, sondern wir müssen

auch die Anstrengung leisten, nachzuweisen - und das heißt zunächst einmal: selber zu wissen -, in welchem Zusammenhang diese Rechtspositionen für jedermann verständlich notwendig sind, etwa in Berlin. Es ist doch gar nicht so schwer, nachzuweisen, daß sich unser Denken nicht nur auf das langfristige, in einer fernen, unbekanntem Zukunft liegende Ziel der Einheit der Deutschen - wobei auch die Form unbekannt ist - richtet, sondern auch auf die Lebensfähigkeit des freien Berlin. Aber selbst die Lebensfähigkeit des freien Berlin können wir nicht durchhalten, wenn wir nicht an den Verfassungszielen Deutschlands festhalten.

(Beifall)

Dies gilt es im Bewußtsein aller zu verankern. - Hierzu und zu den anderen Zusammenhängen jetzt Herr Wagner und dann Herr Ménudier.

Dr. Wolfgang Wagner: Ein Wort zu dem Zusammenhang von Recht und Politik. Wenn ich eine Zwischenbilanz der bisherigen Diskussion ziehen darf, so möchte ich sagen, daß wir wohl alle zu der Feststellung gekommen sind, daß unsere Position in bezug auf die Ziele, die wir verfolgen - ob es die Wiederherstellung der staatlichen Einheit ist, ob es um mehr Freiheit für die Menschen drüben in der DDR geht -, leider schwach ist. Aber das Recht war schon immer das wichtigste Instrument gerade der Schwachen.

(Beifall)

Das ist der Grund, aus dem wir unbedingt an dem Recht und den Rechtspositionen, die wir haben, festhalten müssen. Denn dies ist eines der wenigen Dinge, die wir überhaupt haben.

Wenn heute Leute, die sich besonders fortschrittlich vorkommen, sagen: begnügen wir uns doch mit der Bundesrepublik, erkennen wir an, daß da ein zweiter deutscher Staat ist, finden wir uns damit ab, daß die Wiedervereinigung ohnehin nicht kommt, leben wir doch so miteinander, alle um uns herum werden zufrieden sein, daß sich die Dinge so entwickelt haben, - dann kann man dem aus vielen Gründen nicht folgen. Einmal geht das nicht wegen unseres Grundgesetzes. Wir müssen unsere Verfassung sehr ernst nehmen, nicht nur in bezug auf die Rechte, die dort den Bürgern gegeben werden, sondern auch in diesen Fragen; wir können uns nicht darüber hinwegsetzen. Der zweite wesentliche Grund ist der, den Herr von Weizsäcker gerade genannt hat: Was soll denn dann mit Berlin werden? Berlin würde dann doch in der Luft hängen, und das könnte keiner von uns verantworten.

Nachdem ich betont habe, wie wichtig das Recht und die Aufrechterhaltung der Rechtspositionen auch nach meiner Meinung sind, erlauben Sie mir, daß ich etwas sage, was vielleicht einigen von Ihnen nicht gefallen wird. So wichtig das Recht und die Aufrechterhaltung der Rechtspositionen sind, dürfen wir doch nie in den Fehler verfallen, Recht als Ersatz für Politik anzusehen.

(Beifall)

Nach meinem Dafürhalten hat die CDU nicht erst; seit sie in der Opposition ist, sondern auch schon vorher, als sie in der Regierung war, eine starke Neigung gezeigt, sich sehr betont auf die Rechtspositionen zu beziehen und zu glauben, daß damit das Wichtigste getan sei. Man hat in dieser Zeit eine gewisse Abneigung spüren

können, neben diesem Instrument des Rechts auch das Instrument einer aktiven Politik anzuwenden. Das ist eine Haltung, die man auch heute noch in der CDU beobachten kann und über die in Ihrem Kreise diskutiert werden muß.

(Vereinzelter Beifall)

Nehmen Sie als Beispiel die Haltung zu der KSZE, zu Helsinki. Sie werden mir wohl recht geben müssen, daß die Abneigung gegen die KSZE in dieser Partei sehr stark war, daß es außerordentlich starke Vorbehalte gab und daß man fürchtete, da würde wieder eine Aktivität entwickelt werden, die sich am Ende nur schädlich auswirken könne. Aber Tatsache ist heute - ich glaube, das müssen wir anerkennen, wenn wir ehrlich sein wollen-, daß Helsinki dem Osten mehr Schwierigkeiten macht als uns und daß sich insofern das Bemühen einer aktiven Politik gelohnt hat.

Wir müssen auch einmal in bezug auf den Osten aus einem gewissen Minderwertigkeitskomplex herauskommen, der befürchten läßt, daß wir uns Blößen geben würden, wenn wir aktiv werden.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben gar keinen Grund dazu. Unsere Position ist in vielen Dingen - moralisch, in bezug auf die Menschenrechte - stark. Wir haben allen Grund, selbst offensiv zu sein. Wir sollten von den Möglichkeiten, die wir haben, Gebrauch machen und nicht davor zurückschrecken aus Sorge, daß man einmal etwas falsch machen könnte.

(Beifall)

Prof. Dr. Henri Ménudier: Nach dem, was ich gehört habe, muß ich mir die Frage stellen, was Nation bedeutet. Ich habe den Eindruck, in Deutschland ist die Nation vor allem eine Sache für die ältere Generation, für die Kriegsveteranen. Was meine Vorredner zur deutschen Jugend und zu deutschen Bildungseinrichtungen gesagt haben, scheint zu beweisen, daß sich die deutsche Jugend und vielleicht auch die mittlere deutsche Generation wenig dafür interessieren. Ich weiß nicht genau, wie insoweit der Zustand im Osten ist - weil man ihn nicht sehr frei untersuchen kann-, aber im deutschen Westen jedenfalls scheint es keine große Begeisterung für den Gedanken der Nation zu geben. Ich glaube, das ist kein Zufall. Vielleicht kommen wir auf diese Frage zurück, wenn wir das Verhältnis Nation-Ausland ansprechen.

Ich möchte auf die Frage der Bedeutung des Rechts zurückkommen. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich betonen, daß ich nicht glaube, das Recht stehe zur Disposition. Es gibt ja eine ganze Reihe von rechtlichen Positionen bezüglich der deutschen Nation und des Deutschlandproblems, die respektiert werden müssen. Es gibt all die Abmachungen der Alliierten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, und diese Positionen bestehen nach wie vor, wie noch vor kurzem der französische Außenminister Guiringaud in Berlin sehr klar gesagt hat. Es gibt ferner das Grundgesetz - dessen Text Sie wahrscheinlich besser kennen als ich -, es gibt auch die Ostverträge, die eine ganze Reihe von Grenzen gesetzt haben, und es gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ich glaube also, daß es, was das Recht angeht, eine ganze Reihe von Positionen gibt, die sehr genau abgesteckt sind.

Bloß, die Funktion des Rechts besteht nicht darin, eine bestimmte politische Lage ein für allemal einzufrieren. Das heißt also, die Texte geben schon eine ganze Reihe von Bewegungsmöglichkeiten. Gerade wenn man an die Entwicklung in Deutschland in den 60er Jahren denkt, sieht man, was man alles mit Texten machen kann. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, der DDR und den Oststaaten sind in den letzten Jahren normalisiert worden. Ich habe nicht den Eindruck - das ist jedenfalls mein Standpunkt; ich habe mich mit diesen Texten sehr intensiv beschäftigt -, daß in den Ostverträgen irgendwelche wichtigen juristischen Positionen bezüglich des Deutschlandproblems aufgegeben worden wären. Die Verträge haben, wie gesagt, eine ganze Reihe von Möglichkeiten gebracht. Wir dürfen nicht vergessen, wie die Situation vor 1969 war und wie sie heute ist. Vor 1969 gab es praktisch keine Kommunikation mehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Damals durfte man nicht nach drüben reisen. Das hat sich mit den Ostverträgen sehr geändert.

(Zurufe)

- Jawohl! Ich kenne die Zahlen. Man braucht sich nur die Zahlen im Reiseverkehr oder im Telefonverkehr anzusehen, um festzustellen, was vor 1969 erreicht worden war und was durch die Verträge erreicht worden ist.

Ich bin der Meinung, wenn die deutsche Nation weiterlebt, so dank all dieser Kontakte, dieser Verbindungen, die zwischen der DDR und der Bundesrepublik wiederhergestellt worden sind. Ich finde, hier in der Diskussion wurde etwas Merkwürdiges bezüglich der Bürgerrechtsbewegung gesagt. Es wurde gesagt: Das ist sehr schön, wir freuen uns darüber. Ich frage: Wie war es möglich, daß es zu diesen Bürgerrechtsbewegungen gekommen ist? Sie sind erstens deshalb möglich geworden, weil es die Ostverträge der Bundesregierung gegeben hat, und, zweitens, weil es die KSZE-Texte gibt. Hier ist also eine bestimmte Bewegung zwischen Ost und West möglich gemacht worden. Ich glaube nämlich nicht, daß durch eine Politik der Konfrontation, wie sie in den 50er und auch in den 60er Jahren betrieben worden ist, eine solche Bewegung in Osteuropa in Gang gekommen wäre. Die Bürgerrechtsbewegung und die Proteste sind nur durch die neuen Kontakte möglich geworden, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind. Ich bin der Meinung, die Entwicklung muß weiter in diese Richtung gehen.

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Meine Damen und Herren, ich meine, wir müssen uns dieser Auseinandersetzung stellen. Das ist der Sinn und die Absicht unseres Gesprächs. Ich möchte, Herr Ménudier, aber doch eines sagen: Auf der einen Seite leugnet niemand, daß im innerdeutschen Reiseverkehr von West nach Ost - nicht umgekehrt - und in Bezug auf die Zufahrtswege nach Berlin Änderungen eingetreten sind. Ich glaube, man kann aber auf der anderen Seite auch nicht leugnen, daß eben durch dieselben Rechtsakte Statusveränderungen vorgenommen worden sind.

(Beifall)

Gerade die Tatsache, daß diese Statusveränderungen vorgenommen worden sind, wird uns ja immer wieder von unseren ausländischen Freunden bescheinigt. Ich denke hier an Ihren damaligen Präsidenten Pomidou. Er war es doch, der öffentlich ausgesprochen hat, daß Frankreich keinen Grund habe, die Bundesrepublik Deutschland dafür zu tadeln, daß sie sich ihrerseits auf ihre Weise auf den

Weg der Anerkennung der DDR begeben, unter welchen Formen sich das auch immer vollziehe. Das heißt doch auf deutsch: er ist der Meinung gewesen, daß es diese Rechtsakte waren, welche ihrerseits eine Veränderung in der tatsächlichen Statuslage herbeigeführt haben. Daß es sich hierbei um einen Preis und nicht etwa um die Bestätigung einer selbstverständlich schon bestehenden Wirklichkeit handelte, haben uns gerade die französische Politik und Diplomatie im Zusammenhang mit den Verträgen immer wieder deutlich gemacht. Wir wollen diesem Konflikt in keiner Weise ausweichen. Aber wir sollten sehen, daß hier nicht nur auf der einen, sondern eben auch auf der anderen Seite Dinge stehen, die wirklich ins Gewicht fallen.

Dr. Jens Hacker: Ich möchte zunächst etwas zur Ergänzung sagen, bevor ich eine etwas optimistischere Stellungnahme abgebe. Ich glaube, man muß davon ausgehen, daß die Rechtspositionen weitgehend gewahrt sind und daß auch die Bundesregierung, die ja ihre Politik zunächst mit der These vom "Formelkram" begonnen hatte, einsehen mußte, wie wichtig das Recht vor allem bei vertraglichen Regelungen mit Staaten kommunistischer Prägung ist.

Zu dem, was Herr Wagner gesagt hat, möchte ich folgendes ergänzen. Mir scheint eigentlich trotz ihrer Brisanz juristisch noch wichtiger als die Schlußakte von Helsinki, die ja keine völkerrechtlich verbindliche Erklärung ist, aber in der politischen Praxis, wie wir jeden Tag sehen, eine ungeheure Bedeutung hat, der völkerrechtlich verbindliche Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu sein, dem alle Oststaaten, vor wenigen Tagen auch Polen, beigetreten sind; ebenso die DDR. Dieser Pakt enthält Rechte, die teilweise noch über das hinausgehen, was wir vorher gehabt haben und was, wie gesagt, von der DDR in anderen Fällen gegen uns benutzt wird. Ich glaube, nicht nur die Frage der freien Ausreise ist ein wichtiger Ansatzpunkt, mit dem man völkerrechtlich operieren kann.

Noch ein anderer Punkt. Herr von Weizsäcker hatte die Frage der Staatsangehörigkeit angeschnitten. Dazu möchte ich ergänzend folgendes sagen, indem ich mich etwas gegen die These von Herrn Erdmann wende. Ich will hier nicht über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag streiten. Ich möchte nur feststellen: es hat meiner Meinung nach kaum eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts gegeben - sie war ohnehin wohl das wichtigste Urteil dieses Gerichts zur Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland -, die eine so integrierende Kraft gehabt hat. Gerade was Berlin angeht, hat das Bundesverfassungsgericht Dinge festgeschrieben, die aus der damaligen Sicht für die weitere politische Entwicklung durchaus wichtig gewesen sind.

Ich möchte noch auf einen zweiten Punkt kommen, der mich eigentlich optimistisch stimmt. Ich verfolge seit Jahren die Diskussion in der DDR über die Nation. Ich weiß, welche Schwierigkeiten man dort mit diesem Begriff hat und welche ideologischen Purzelbäume man dabei in Kauf nimmt. Das zeigt mir eigentlich, daß die deutsche Nation fortexistiert, viel deutlicher als alle möglichen Definitionsversuche bei uns, wobei ich Herrn Erdmann und Herrn Hillgruber eigentlich noch dahin ergänzen möchte, daß es natürlich auch auf die subjektiven und die objektiven Kriterien, von denen wir immer sprechen, ankommt, aber entscheidend jedoch auf den Willen.

(Beifall)

Die Diskussion in der DDR, die These von der in der Entwicklung,

in der Entstehung begriffenen sozialistischen Nation hat überhaupt keine Basis. Interessant ist, daß sich Herr Honecker bis heute nicht dafür entschieden hat zu sagen: In der DDR lebt die sozialistische Nation, sondern es heißt immer nur: Sie entwickelt sich, sie bildet sich heraus. Man sieht also den Prozeß selbst noch nicht als abgeschlossen an.

Diese Diskussion zeigt, daß das nationale Bewußtsein in der DDR, so sehr es bei uns vor allem auch auf Grund dessen, was in den Schulen usw. gelehrt wird, in Frage gestellt wird, sehr viel stärker ist und daß dem Regime die These von der sozialistischen Nation überhaupt nicht abgenommen wird. Damals hat Herr Havemann in einem interessanten Interview gesagt, diese Theorie sei Blödsinn, denn jede Nation müsse einen geographischen, territorialen Bezugspunkt haben. Deshalb könne man nicht von einer sozialistischen Nation in einem Teilstaat in Deutschland reden, sondern es gebe nach wie vor das Gesamtnationale, wobei ich noch ergänzen möchte: es steht völlig im Gegensatz zur Leninschen Konzeption, wie man in der DDR argumentiert. Lenin hat sehr viel dazu gesagt - das Entscheidende im Jahre 1919 - als er sagte, daß das Nationale Vorrang vor der sozialen Frage habe. In der DDR wird, wie Herr Erdmann hier ausgeführt hat, das Klassenmäßige, das Gesellschaftliche, völlig in den Vordergrund gestellt, um vom Nationalen wegzukommen, eine These, die völlig im Widerspruch zu dem steht, was Lenin gesagt hat. Wir sollten in die Frage, über die wir diskutieren, immer den Gesichtspunkt einbeziehen, daß von der Gesamtnation in der DDR bestimmt mehr vorhanden ist, als wir glauben.

Ein letzter Punkt. Ich bin nicht der Auffassung von Herrn Hillgruber, daß man im Zusammenhang mit der Entstehung eines gewissen Staatsbewußtseins in der Bundesrepublik schon von der Entstehung eines Nationalbewußtseins sprechen kann, wobei ich meine, daß die Existenz eines gewissen Staatsbewußtseins, was eigentlich normal ist, den Fortbestand der deutschen Nation nicht ausschließt.

(Beifall)

Prof. Dr. Andreas Hillgruber: Ich möchte es mir versagen, jetzt auf die Problematik Recht und Politik näher einzugehen, obwohl sie sehr interessant ist. Ich möchte dazu nur bemerken, daß Rechtspositionen, wenn sie nicht machtpolitisch abgesichert sind, verlorengehen. Der ganze Vorgang der Aushöhlung des Viermächtestatus und der allmählichen Aushöhlung auch des Status von West-Berlin durch Ost-Berlin ist ein schlagender Beweis dafür.

Reines Recht und damit der Wille, notfalls dieses Recht mit machtpolitischen Mitteln durchzusetzen, stehen also gar nicht dahinter.

Lassen Sie mich aber zurücklenken zu den Ausführungen von Herrn Erdmann über historisches Bewußtsein in der DDR. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Punkt ist. Es gibt zwei Arten von Auffassungen über die DDR, die ich beide für verfehlt halte. Das eine ist die überlegen ironische Art, mit der über die DDR von bundesrepublikanischer Seite gesprochen wird. Die andere Haltung überschätzt die DDR in ihrer Bedeutung weit über die realen Verhältnisse hinaus.

Ich würde meinen, man sollte die Realität, die Wirklichkeit dort, auch im Bereich des historischen Unterrichts und des Deutschunterrichts als des zentralen Teiles des Unterrichts ins Auge fassen. Da ist doch eben zu konstatieren, daß sich die DDR als Erbe der deutschen Kultur versteht. Das ist ein sehr selektives Verständnis.

Aber dieses Bild, das da vermittelt wird, gibt doch die Vorstellung, daß die DDR einen ganz bestimmten Platz in der deutschen Geschichte hat, von dem aus man dann weiterschreiten kann.

Was auf westdeutscher Seite völlig fehlt, ist die Vorstellung, an welchem Punkte in der Geschichte man sich eigentlich befindet. Man fällt gewissermaßen aus der Geschichte heraus, durch all das, was Herr Erdmann über den Zustand der deutschen Schulen gesagt hat.

Um nun auf die Frage "Nation" hinzulenken: Die DDR versteht sich als Kern einer solchen Nation, und zwar allen theoretischen Diskussionen zum Trotz, auf die soeben Herr Hacker hingewiesen hat. Dieses Kernstaatsbewußtsein, das anfangs in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik auch noch vorhanden war, ist allmählich - jedenfalls weitgehend in der Öffentlichkeit, in der Publizistik, in der Pädagogik in ganz weitem Sinne - verlorengegangen. Da scheint mir der Ansatz zu liegen, wenn wir überhaupt fragen, wie wir es ändern können und was geschehen soll.

Matthias Walden: Zwei kurze Anmerkungen zu dem, was Herr Dr. Wagner und Herr Professor Ménudier gesagt haben.

Herr Wagner, Sie sagten: Wir dürfen Recht nicht zum Ersatz für Politik werden lassen. Verzeihen Sie mir, wenn ich etwas polemisch antworte: Wir dürfen natürlich auch nicht Politik zum Ersatz für das Recht werden lassen.

(Beifall)

Ich möchte gern, durch Sie angeregt, in Erinnerung rufen, was der Baron Guttenberg zu diesem Zusammenhang einmal ausgeführt hat; er sagte: "Es gibt nach den Erfahrungen unserer Generation nichts Gefährlicheres, als den Begriff der Nation vom Freiheitsbegriff und vom Rechtsbegriff zu trennen oder ihn gar über diese Begriffe zu stellen. Eben dies geschieht aber, wenn wir davon ablassen, die Bundesrepublik als das prinzipielle Modell für unser ganzes Volk zu sehen."

(Beifall)

Sie, Herr Professor Ménudier, meinten, daß wir doch mit den Ostverträgen wegen des gesteigerten Besucher- und Reiseverkehrs vor einem Positivsaldo stünden. Ich möchte jetzt, wenn ich widerspreche, weniger Ihnen als vielmehr der Bundesregierung widersprechen, die das ja geltend macht. Zweifellos hat der Reiseverkehr den nationalen Zusammenhang auf seine Weise gestärkt; das soll nicht verkannt, und es soll gewürdigt werden. Aber gleichzeitig wurde der rechtliche Anspruch der Nation weitgehend preisgegeben. Die Rechtsbasis dieses Anspruches hat man verkommen lassen, und man hat das Ganze auf die private und persönliche Ebene verwiesen, in der es allein nicht gehen kann.

(Beifall)

Wenn Sie sagen, es seien ja in diesen Verträgen keine Rechte preisgegeben worden, so frage ich mich und frage ich Sie, ob nicht die Anerkennung oder auch nur die vertragliche Respektierung von Unrechtstatbeständen - und darum handelt es sich in den Ostverträgen - logischerweise doch eine Preisgabe des Rechts bedeutet.

(Beifall)

Wohin das führt, möchte ich abschließend versuchen an einem Beispiel deutlich zu machen. Die durch den Berlin-Vertrag ohnehin geschmä-

lerten Rechte wurden zusätzlich reduziert - politisch reduziert -, wenn es heute nicht einmal mehr möglich ist, eine harmlose Kulturstiftung in die Stadt zu bringen, nur weil sie "Nationalstiftung" heißt.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Meine Damen und Herren! Da die Zeit, die wir hier auf dem Podium für unsere Diskussion haben, nicht unbegrenzt ist und natürlich auch Ihre Geduld, bis Sie sich selber an der Diskussion beteiligen können, ebenfalls ihre Grenzen hat, meine ich, daß wir jetzt in einer Schlußhauptrunde dieser Diskussion uns einem Thema zuwenden sollten, das ganz im Mittelpunkt des Referats von Herrn Professor Erdmann stand, nämlich der untrennbaren Verbindung von Demokratie und Nation. Dies ist ein Thema, von dem ich glaube, daß es uns sowohl in der politischen Auseinandersetzung im innerdeutschen Verhältnis, wie aber auch in den Auseinandersetzungen innerhalb unseres eigenen demokratischen Gemeinwesens auf die verschiedenste Weise begegnet.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Walden soeben in Erinnerung an Herrn von Guttenberg gesagt hat, der in seiner großen Rede sehr deutlich darauf hingewiesen hat, daß es in der Tat in der ersten Linie um die Freiheit gehe. Es steht bekanntlich auch in unserem hier in Düsseldorf fortgeschriebenen Berliner Programm drin, daß es uns in erster Linie um die Freiheit geht und daß die Durchsetzung der freien Selbstbestimmung - ohne Rücksicht darauf, was dann dabei vielleicht herauskommt - unser erstes und vordringliches Ziel ist.

Nun ist also hier, wie mir scheint, der Zusammenhang von Demokratie und Nation zu diskutieren. Wir sind uns hier auf dem Podium, soweit ich sehe, alle darin einig, daß eine Politik zur Durchsetzung der Menschenrechte den Kern der freiheitlichen Politik darzustellen hat, die vom Westen ausgeht. Wir können nicht dieses Herzstück verschweigen, wenn wir in einer Auseinandersetzung glaubwürdig bleiben wollen, und schon gar nicht dann, wenn bei dieser Auseinandersetzung wirklich eine Entspannung herauskommen soll.

Die Menschenrechte, die nun ihrerseits zu einer Veränderung der Verhältnisse in Richtung auf mehr Freiheit führen sollen, sind zweifellos auch wesentlicher Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie. Aber ist es dann richtig zu sagen, daß der Begriff der Nation mit dem der Demokratie untrennbar verknüpft ist? Ist es a) historisch richtig, das zu sagen? Können wir b) davon ausgehen, daß das in Zukunft immer so bleibt?

Darf ich nur in einem Punkt daran erinnern, daß das ja eine nicht uninteressante Streitfrage werden kann. Wenn etwa eine Partei sagt, daß ihr Parteiprogramm und Demokratie ein und dasselbe seien, dann heißt das doch, daß die Gleichsetzung von Demokratie und Nation ziemlich rasch dazu führt, daß auch die Nation zum Gegenstand eines Parteiprogrammes - möglicherweise gegen das Programm einer anderen Partei - werden könnte. Wenn wir aber die Partei richtig verstehen, dann sehen wir, daß die Partei ein Teil und nicht das Ganze ist und daß eine demokratische Partei nur dann für die Nation wirkt, wenn sie die anderen demokratischen Parteien auch will. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir mit der These: Demokratie und Nation sind untrennbar miteinander verknüpft, natürlich auch einige Konsequenzen mit ins Auge fassen müssen, die wir für unsere politische Auseinandersetzung hier und heute brauchen.

Dr. Wolfgang Wagner: Ich möchte die These von Herrn Professor Erdmann, daß Demokratie und Nation so untrennbar miteinander verbunden sind, in Zweifel ziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist sicher richtig - so wie Herr Erdmann das dargelegt hat -, daß sie in der historischen Entwicklung zusammengehören. Das muß ich unbedingt anerkennen.

Aber ich frage mich, ob das heute noch zutrifft, und möchte dazu einiges zu bedenken geben. Ich nehme ein Beispiel, das weit von uns entfernt liegt und von dem wir nicht gerne reden: Vietnam. Ich glaube, wir alle - und ich selber nehme mich nicht aus - haben jahrelang den Fehler gemacht, zu unterschätzen, wie sehr der Appell an das Nationalgefühl in Vietnam den Kommunisten geholfen hat.

Sie haben sich gerade das Nationalgefühl für ihre Kampagne zunutze gemacht. Der Zulauf, den sie hatten, beruhte ja nicht so sehr darauf, daß sie Kommunisten waren. Er beruhte mehr darauf, daß sie Nationalisten waren und daß sie eine Fremdenfeindschaft predigten. Daraus können wir den Schluß ziehen, daß Nationalismus und Kommunismus durchaus ein Bündnis eingehen können.

Nehmen wir ein anderes, ein näherliegendes Beispiel: Polen. Wer die Verhältnisse in Polen ein wenig kennt, weiß, daß es in Polen - glücklicherweise, wie ich hinzufügen möchte - eine ganze Menge von Marxisten und Kommunisten gibt, die vehement gegen die sowjetische Herrschaft sind und die ein selbständiges, ein nationales Polen wünschen, das sich nicht in jener Abhängigkeit von der Sowjetunion befindet und nicht so von der Sowjetunion gegängelt wird. Obwohl sie Marxisten und Kommunisten sind, wünschen sie dies. Diese Positionen lassen sich heute offenbar miteinander vereinbaren.

Ich möchte das, was ich eben gesagt habe, nicht im Sinne einer akademischen Erörterung verstanden wissen. Ich fürchte, daß die These, die Sie, Herr Erdmann, aufgestellt haben, schädlich sein kann, denn sie könnte uns zu der Illusion führen, daß die Entstehung eines eigenen Nationalbewußtseins in der DDR gar nicht möglich sei, weil es dort ja keine Demokratie gebe. Dadurch könnten wir das Problem, vor dem wir stehen, verharmlosen. Das ist der Grund, warum ich dies hier sage. Wir sollten es uns nicht zu leicht machen. Wir müssen, wie ich meine, davon ausgehen, daß der Nation-Begriff, den Sie, Herr Erdmann, gebraucht haben und den Sie in historischer Perspektive mit Recht gebraucht haben, auch im Wandel begriffen ist. Sie haben vorhin selbst darauf hingewiesen, daß wir in der Bundesrepublik eine Integration in Westeuropa anstreben. In dieser Hinsicht hat ja gerade diese Partei, die CDU, immer vorbildlich gewirkt. Es war die große Leistung, die die CDU in den 50er Jahren vollbracht hat, daß sie den europäischen Gedanken populär gemacht, in den Bevölkerung hineingetragen und so weitgehend durchgesetzt hat. Heute sind wir so weit, daß wir für direkte Wahlen zum Europäischen Parlament eintreten. Es wird gerade in dieser Partei gefordert, eine gemeinsame europäische Verteidigung anzustreben, obwohl nach den klassischen Vorstellungen Verteidigung eines der höchsten und vornehmsten Rechte des Nationalstaates ist. Dies alles sind doch Zeichen dafür, daß sich der Nation-Begriff bei uns wandelt.

Können wir ausschließen, daß er sich drüben im kommunistischen Bereich ebenfalls wandelt? Ich glaube, wir dürfen dies nicht aus-

schließen. Dort kann man sich auch einen umgeformten Nation-Begriff bilden. Wir dürfen es uns, wie ich meine, nicht so leicht machen, zu sagen: Es ist gar nicht möglich, daß sich in der DDR in den 40 Jahren, von denen Herr Hillgruber gesprochen hat, ein eigenes Nationalbewußtsein herausbildet.

Lassen Sie mich hierzu noch kurz zweierlei sagen. Denken Sie an die letzten beiden Olympischen Spiele zurück. Wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erfolge, die die DDR dort gehabt hat, dazu beigetragen haben, der Bevölkerung der DDR ein eigenes Bewußtsein zu geben, und daß die Bevölkerung dies zum Teil auch der Leistung ihres Staates angerechnet hat.

Ein Zweites. Stellen Sie sich bitte einmal vor, in welcher Lage wir heute gegenüber der DDR und ihrer Bevölkerung wären, wenn das Fernsehen nicht erfunden worden wäre. Wir können uns das allerdings schwer vorstellen, da wir vermutlich alle selbst fernsehen und dies wahrscheinlich sogar häufig tun müssen. Stellen Sie sich aber einmal vor, es gäbe kein Fernsehen und - ich gehe noch weiter - kein Radio und es würden auf diesen Wegen von uns aus keine Informationen nach drüben gelangen. Ich fürchte, daß die Herausbildung eines eigenen Staats- und vielleicht auch Nationalbewußtseins in der DDR dann bereits viel weiter fortgeschritten wäre, als es uns lieb wäre. Wenn man dies anerkennt, muß man, meine ich, auch die Gefahr erkennen, daß ein solches Bewußtsein auf lange Sicht drüben entstehen kann. Es ist heute noch nicht vorhanden. Wir sollten uns aber nicht täuschen. Es muß nicht für alle Zeiten so bleiben, wie es heute ist. Es liegt nicht an uns, ob es so kommt, wie ich es eben geschildert habe. Es liegt auch daran, ob wir die Hände in den Schoß legen oder ob wir etwas tun.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Zur Geschäftslage möchte ich folgendes sagen. Ich gehe davon aus - ich hoffe, daß meine Kollegen hier auf dem Podium damit einverstanden sind -, daß wir jetzt noch Herrn Hillgruber, Herrn Walden und Herrn Erdmann, über dessen These hier zur Zeit vor allem diskutiert wird, das Wort geben. Ich werde danach eine kurze Schlußbemerkung machen. Wenn in der nachfolgenden Aussprache der eine oder andere Teilnehmer an unserer Podiumsdiskussion direkt und vielleicht auch kontrovers angesprochen wird, so sollte - diese Bitte möchte ich an das Tagungspräsidium richten - ihm, wie ich meine, die Gelegenheit zu einer Erwidderung gegeben werden. Wenn wir so verfahren, können wir die Podiumsdiskussion in etwa 15 Minuten schließen.

Prof. Andreas Hillgruber: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß nicht nur der Begriff der Nation im Wandel ist, sondern auch der Demokratiebegriff äußerst schillernd ist. Auch die DDR faßt sich ihrem Selbstverständnis nach als Demokratie auf. Das heißt mit anderen Worten: Wir können mit konkurrierenden Vorstellungen über Demokratie und Nation rechnen, in Deutschland mit mindestens zwei, wenn nicht drei, denn Sie wissen ja, daß eine große politische Gruppierung "Demokratie" und "Sozialismus" in einem ganz bestimmten engen Sinne versteht, was von den anderen Gruppierungen nicht getan wird. Insofern würde ich die hier vorgetragene und etwas globale These nicht als falsch, aber doch als problematisch und differenzierungsbedürftig ansehen.

Matthias Walden: Zum Thema "Nation und Demokratie" habe ich mir etwas angestrichen, was der SPD-Politiker Bruno Friedrich im Blick auf diesen Parteitag geschrieben hat:

"Es ist absurd, unmittelbar vor der ersten Wahl des erstmals direkt gewählten Europäischen Parlaments, das sich zum Ziel setzt, den alten Nationalstaat abzubauen, aus der Kategorie des deutschen Nationalstaates im 19. Jahrhundert das Bild einer einzigen deutschen Nation im 21. Jahrhundert zu entlehnen."

Diese falsche Rückwendung in das vorige Jahrhundert ist es ja, die das Nationalgefühl, den Nationalverstand und damit das Nationalbewußtsein in der Gegenwart und für die Zukunft kaputtmacht. Es handelt sich hier nicht um eine Zustandsbeschreibung durch Herrn Friedrich, sondern um eine Denunziation.

(Beifall)

Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts hatte ja nicht das Vorzeichen der Demokratie und nicht das Ausrufungszeichen einer Europäischen Gemeinschaft. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Prof. Karl Dietrich Erdmann: Es scheint - wenn ich den letzten Beitrag von Herrn Walden bedenke - weitgehende, wenn auch nicht völlige Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß meine historische These, daß Demokratie und Nation vom Ursprung her sozusagen zwei Seiten der gleichen Münze sind, richtig ist. Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts - z.B. das deutsche Bismarck-Reich - ist ganz gewiß keine Demokratie gewesen, Herr Walden. Die historische Voraussetzung, unter der dieses Reich überhaupt nur denkbar war, ist die Paulskirchen-Revolution mit ihrer Proklamation des demokratischen Wahlrechts gewesen. Ein ganz entscheidendes Element, durch das der Staat Bismarcks ein Nationalstaat wurde, ist die Tatsache, daß er von der Revolution des Jahres 1848 das demokratische Wahlrecht - im Gegensatz etwa zum Dreiklassenwahlrecht in Preußen - übernommen hatte.

Mit der historischen These, daß Nation und Demokratie sozusagen zwei Seiten der gleichen Münze sind, ist folgendes gemeint: Der Wille des Menschen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, gilt zum einen im personalen Bereich - personale Verantwortung -, zum anderen aber auch im Bereich der Gruppe, der Gemeinschaft, des gewachsenen Volkes, in dem der Mensch lebt. Dieser Wille ist in der Tendenz auf Demokratie angelegt. Insofern ist meine These erstens als historische These zu verstehen. Zweitens enthält sie aber natürlich auch eine bestimmte Norm. Es gibt natürlich unterschiedliche Demokratiebegriffe, wie Sie mir eben im persönlichen Gespräch richtig sagten. Es gibt beispielsweise auch den jakobinischen Demokratiebegriff. Auch die Theoretiker in der Sowjetunion oder in der DDR bezeichnen ihr eigenes System, das nicht demokratisch ist, als demokratisch. Das können wir aber doch nicht akzeptieren.

Das sind doch zwei sich ausschließende Positionen. Die Tatsache, daß sich drüben der Staat als demokratisch betrachtet, bedeutet noch nicht, daß wir diese Demokratie als Demokratie akzeptieren.

(Beifall)

Das läßt sich nun in die Diskussion des Begriffes Nation hinein verlängern. Das Selbst-sein-wollen eines solchen Kollektivs der Deutschen hat als seine natürliche Konsequenz die Schaffung einer Gesellschaft, in der die Selbstbestimmung möglich ist. Das ist wie ein normativer Begriff von Demokratie, von dem wir uns aber gerade dann

nicht dispensieren können, wenn wir das dialektische Gespräch miteinander führen wollen. Im Übrigen haben Sie natürlich völlig recht, daß sich in Polen oder in Vietnam oder sonstwo bestimmte kommunistische Bewegungen auch darauf berufen, daß sie national seien. Sie sprachen übrigens - das war eine charakteristische Sprachwendung - von nationalistischen Bewegungen. Ich habe in meiner Ausführung darin einen deutlichen Unterschied gemacht, indem ich gesagt habe, der Nationalismus ist die Zerstörung der Nation.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Diskussionsleitung: Meine Damen und Herren, ich darf zum Abschluß nicht des Themas, aber dieser Runde in der Diskussion des Themas einige Bemerkungen machen. Wir haben natürlich bei weitem nicht alle Bestandteile unseres Problems behandelt. Wir haben von der Spannung gesprochen, die zwischen der Machtlage und dem Ziel unserer Verfassung und Deutschlandpolitik besteht.

Ich möchte in dem Zusammenhang eine Bemerkung machen und damit etwas aufgreifen, was Herr Erdmann auch in seinem Referat angesprochen hat, nämlich etwas über die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien zur Überwindung oder zum Aushalten dieser Spannung. Wir haben zur Zeit eine Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag eingebracht. Die Bundesregierung hat ihrerseits eine gründliche Bestandsaufnahme angekündigt, was ja wohl auch an der Zeit war angesichts der Tatsache, daß in diesem Jahr ein Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland nicht vorgelegt worden ist. Ich meine, daß angesichts der Tatsache, daß etwa auch unser Vertreter in Ost-Berlin selbst gesagt hat, die Schwierigkeiten seien zur Zeit größer als seit Jahren, eine gründliche Bestandsaufnahme wohl notwendig ist und daß es sich in dem Zusammenhang lohnt, sich daran zu erinnern, daß man eine gemeinsame Orientierung braucht. Die Spannung in bezug auf die Deutschlandpolitik ist zu groß, als daß wir erwarten könnten, wir könnten sie der leidenschaftlichen Auseinandersetzung, dem Streit unter uns entziehen. Um so mehr müssen wir uns aber darum bemühen, sie nicht mit verdächtigender Polemik, sondern in dem Sinne miteinander zu führen, daß wirklich jeder die Kritik des anderen auch will und braucht. Natürlich wollen wir uns in bezug auf unsere Position vertragen, sonst hätten wir dieses Podium gar nicht in dieser Weise eingeladen.

(Beifall)

Wir können aber auf der anderen Seite von der Bundesregierung nicht akzeptieren, daß sie sagt: Gemeinsamkeit ja, eine Alternative zur Politik der Bundesregierung gibt es nicht; wenn ihr aufhört, eure Bedenken gegen diese Linie der Bundesregierung zu haben, dann wird die Gemeinsamkeit hergestellt sein. Meine Damen und Herren, selbstverständlich braucht auch die Bundesregierung und gerade sie die Kritik. Sie soll sie nicht nur ertragen, sondern sie soll erkennen, daß sie sie braucht. Darin besteht das Wesen der Demokratie, im Zusammenwirken aller demokratischen Parteien.

(Beifall)

Weiter möchte ich sagen, wir haben über das Verhältnis von Recht und Wirklichkeit gesprochen. Im Sinne beider Begriffe sollten wir uns klarmachen, was hier vor uns liegt. Ich möchte, was die Wirklichkeit anbetrifft, noch auf einen Tatbestand hinweisen. Hier ist die Rede gewesen von der Wirkung auch der Ostvertragspolitik auf das Bewußt-

sein. Ich sage es nicht mit dem Ton des Verdächtigen, aber doch immerhin mit der Notwendigkeit einer Feststellung, daß sich die letzte programmatische große Äußerung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, nämlich der Orientierungsrahmen '85, der sich zu allen Bereichen der Politik unter Einschluß der Außenpolitik befaßt, so äußert, daß in diesem langen Orientierungsrahmen '85 von der Teilung Deutschlands, vom freien Selbstbestimmungsrecht und von der Nation mit keinem einzigen Wort mehr die Rede ist. Natürlich heißt das nicht, daß sich die Sozialdemokraten mit ihrem Interesse oder mit ihrer Politik von den Deutschen im anderen Teil Deutschlands abwenden, es heißt aber, daß sie den Weg einer anderen Deutschlandpolitik gesucht haben, der nun seinerseits auf dem Wege des Programms oder auf anderem Wege auf das Bewußtsein einwirkt und seine Auswirkungen hat.

Damit komme ich noch einmal zum Recht, meine Damen und Herren. Dieses Recht hat eben nicht nur für die Zukunft, sondern auch für unsere Gegenwart eine Bedeutung. Wir können die deutsche Staatsangehörigkeit nicht preisgeben, wenn wir nicht heute und hier den Status des Bürgers im freien Berlin gefährden wollen.

(Teilweise Beifall)

Wir können in bezug auf den Kern der westlichen Politik, nämlich der Menschenrechtspolitik, mit einer anderen Legitimation antreten, wenn wir uns auf das Verfassungsziel berufen, das wir uns gemeinsam gegeben haben. Wir sind selbstverständlich bereit, und entschlossen, überall in der Welt für die Wahrung der Menschenrechte ein- und anzutreten, aber wir haben nach unserer Verfassung die besondere Pflicht und auch das besondere Recht, für die Menschenrechte für alle Deutschen einzutreten. Es macht demnach einen Unterschied, ob wir in den innerdeutschen Beziehungen einfach nur so, oder ob wir im Zusammenhang mit unserer Verfassung für die Menschenrechte eintreten. Anders gesagt, wir können nicht die Menschenrechtspolitik ihrerseits gewissermaßen an die Stelle unserer Verfassungsziele setzen, sondern die Menschenrechtspolitik ist der angemessene Ausdruck unserer Verfassungsziele in der heutigen Wirklichkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben uns zuletzt, wenn auch unter Zeitdruck und daher in keiner Weise abschließend darum bemüht, eine inhaltliche Begriffsbestimmung von "Nation" vorzunehmen und insbesondere über das Verhältnis von Demokratie und Nation zu sprechen. Ich bin ganz sicher, daß hier am Podium über das, was wir unter Demokratie nicht nur verstehen, sondern was wir als Demokratie wollen, überhaupt keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich glaube auch, daß jeder von uns Beispiele von "Nation" in allen möglichen Teilen der Welt und Geschichte kennt, die sich nun ihrerseits mit diesem Demokratieverständnis und den Zielen nicht decken. Ich glaube, es ist gar nicht unsere Hauptaufgabe, den Inhalt von "Nation" begrifflich oder gesellschaftspolitisch immer genau zu definieren und zu beschreiben, sondern ich glaube, daß es darauf ankommt, die Nation als die Aufgabe der Gegenwart zu verstehen. Dann wird schon im geschichtlichen Vollzug ganz klar sein, was wir in bezug auf Gesellschaft, in bezug auf Grundwerte mit dieser Nation zu verbinden gedenken und zum Gegenstand unserer Politik machen.

Ich möchte zum Abschluß dieser Podiumsdiskussion noch zweifach Dank aussprechen: zunächst an Sie alle, die Sie mit großer Geduld und, wenn ich das so sagen darf, für die Gepflogenheit eines Parteitages mit ganz außerordentlicher Disziplin leise zugehört haben. Nicht

jeder Redner hat immer das Privileg gehabt, einem so lautlos lauschenden Saal gegenüber reden zu dürfen, wie das meine Kollegen hier am Podium gehabt haben. Dafür Ihnen allen Dank!

Ich möchte aber in erster Linie meinen Kollegen hier am Podium danken, daß sie trotz vielerlei anderer Pläne bereit waren, zu diesem Gespräch herzukommen und daß sie den Vortrag ihres eigenen Standpunktes hier vor diesem Parteitag als ihren Beitrag zu den Zielen unserer Verfassung verstanden haben. Ich möchte nicht jeden von ihnen erwähnen, sondern nur - und damit stellvertretende für alle anderen - meinen Dank noch einmal erstens besonders unserem ausländischen Gast Henri Menudier aussprechen.

(Beifall)

Das ist eine schwierige Aufgabe gewesen, der Sie sich mit Offenheit und Mannhaftigkeit gestellt haben. Sie haben uns damit geholfen. Vielen Dank.

Mein zweiter Dank gilt noch einmal dem Referenten, über dessen Referat wir ja diskutiert haben, Herrn Professor Erdmann. Ich bin ganz sicher, daß Sie uns nicht nur bezüglich unserer Erkenntnisse über die Geschichte und Gegenwart, sondern vor allem auch in der Bestimmung unserer politischen Aufgaben ganz wesentliche Denkanstöße geliefert haben. Noch einmal vielen Dank.

Ich darf unsere Aufgabe jetzt an das Parteitagspräsidium zurückgeben.

(Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herr von Weizsäcker, Leiter der Podiumsdiskussion, Ihnen gebührt ganz besonders herzlicher Dank. Sie haben den Dank schon an die Teilnehmer der Podiumsdiskussion weitergegeben. Aber auch wir dürfen Ihnen allen noch einmal für diese offene und so lebendige Diskussion danken. Ich hätte gewünscht, daß außer uns noch viele Lehrer, Schüler und Eltern der Bundesrepublik Deutschland der Diskussion über dieses Thema hätten beiwohnen können.

(Beifall)

Sie alle haben mit Ihren Beiträgen heute den Beweis dafür geliefert, wie richtig die Entscheidung gewesen ist, diese brennenden Lebensfragen unserer deutschen Nation in den Mittelpunkt des 25. Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu stellen. Wie sagte doch ein Teilnehmer: Wir sind so lange eine Nation, so lange wir es selbst wollen.

Meine Damen und Herren, ich meine, es war fast symbolisch, daß unser ehemaliger Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard in dem Augenblick, als die Diskussionsteilnehmer über Demokratie und Nation gesprochen haben, zu uns gestoßen ist. Ihm und Konrad Adenauer haben wir es mit zu verdanken, daß wir im freien Teil Deutschlands mit daran wirken durften - und das täglich erleben -, daß Demokratie Befreiung von der Übermacht des Staates und Erziehung zur Mitverantwortung bedeutet. Möge diese Podiumsdiskussion Denkanstöße, vor allem aber Tatanstöße geben. In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank für den so offenen Beitrag von allen Seiten, für dieses ehrliche Gespräch.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren ohne Pause in der Beratung des

Parteitages fort und kommen zum Antrag 17.1. Herr Bundesvorsitzender Dr. Kohl wird den Antrag des Bundesvorstandes begründen. Danach wird Herr Dr. Mahler für die Antragskommission zu dem Antrag Stellung nehmen. Dann folgen die weiteren Diskussionsbeiträge.

Herr Dr. Kohl hat das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Erlauben Sie mir als Vorsitzender der Union all denen ein herzliches Wort des Dankes zu sagen, die heute referiert und diskutiert haben und sprechen werden. Ich sage ganz offen: Dieser Tag ist ein Novum bezüglich der Durchführung deutscher Parteitage, also nicht nur in der Geschichte der Union. Vor diesem Tag gab es sehr viele skeptische Stimmen. Ich persönlich - und wie ich hoffe, viele mit mir - bin der Überzeugung, daß dieses Experiment bereits jetzt gelungen ist.

(Beifall)

Es gab auch Stimmen, die sagten, die Frage der deutschen Nation und der Menschenrechte sei gar kein aktuelles Thema. Wer heute aufmerksam zugehört hat, wer heute früh das Referat von Herrn Dr. Schober über "Christ-sein in der DDR" und heute nachmittag das Referat von Professor Erdmann sowie die anschließende Diskussion gehört hat, der kann es beinahe physisch wahrnehmen, wie wichtig es ist, daß sich die Demokraten im freien Teil unseres Vaterlandes dieser entscheidenden Frage der immateriellen Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Staates wieder offen zuwenden.

(Beifall)

Lieber Professor Erdmann, wir haben in diesem Wahlkampf, obwohl dabei manche zunächst zurückzuckten, von unserem Vaterland in der Sprache gesprochen, die wir gelernt haben. Wir sollten das fortsetzen. Die Partei Konrad Adenauers ist gänzlich unverdächtig, niemals in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts zurückzufallen. Wir sind aufgeschlossen für Morgen, wir sind nach Europa aufgebrochen; aber wir sagen ja zu unserem deutschen Vaterland.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben nicht gesagt, daß wir für all diese ungewöhnlich schwierigen Fragen ein Patentrezept haben. Aber das Ziel dieses Tages muß sein, daß das, was hier formuliert und vorgetragen wurde, seinen Niederschlag im Arbeitsprogramm '77 findet, und daß in den Orts- und Kreisverbänden die Frage der Menschenrechte und der deutschen Nation im Zusammenhang mit der Diskussion für das Grundsatzzprogramm als elementare Frage aufgeworfen wird und wir eine Antwort darauf suchen müssen.

(Beifall)

Viele - bis in unsere eigenen Reihen hinein - haben ja in den letzten Jahren geglaubt, die Frage der Nation, aber auch die Frage der Menschenrechte sei ein Thema von gestern. Heute - das stimmt uns optimistisch - erleben wir, daß sie ganz unvermittelt neue, bedeutende Aktualität gewonnen hat.

Meine Freunde, wenn die Menschenrechte in der Öffentlichkeit diskutiert werden, dann sind es fast immer negative Anlässe. Die Berufung auf die Menschenrechte ist fast immer ein Hilferuf der

geschundenen menschlichen Kreatur. Das Eintreten für elementare Menschlichkeit muß daher zum Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gehören.

(Beifall)

Wir haben allen Anlaß, uns immer, ohne nach Opportunität zu schielen, mit jenen solidarisch zu erklären, die sich besonders für die Menschenrechte engagieren, deren Rechte mit Füßen getreten werden, wo immer dies geschieht, ob durch Faschismus oder Kommunismus. Unrecht bleibt Unrecht, wer immer es verübt

(Beifall)

Die Menschenrechte sind nicht bloß Abwehrrechte gegen Unmenschlichkeit, sie sind zugleich politische Grund- und Mitwirkungsrechte, und sie sind vor allem Leitlinien für die Gestaltung der gesamten Politik. Das ist von großer Bedeutung für die internationalen Beziehungen. Die Interessen der Staaten sind heute so eng miteinander verflochten, die Völker sind so eng miteinander verbunden, daß das System der internationalen Politik einen grundlegenden Wandel erföhre, wenn Menschenrechte auf Dauer nicht durchsetzbar wären. Sie sind heute nicht nur mehr Bürgerrechte, die man gegenüber einem Staate geltend macht, sie sind jetzt Menschenrechte im vollen Sinne des Wortes. Sie stehen jedem zu, und zwar gegenüber jedem Staat. Sie sind international anerkannt, und ihre Durchsetzung ist dann selbstverständlich auch eine internationale Aufgabe. Das bestätigen die internationalen Bekenntnisse zu den Menschenrechten: die UNO-Deklaration von 1948 bis hin zu dem Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen, der europäischen Menschenrechtskonvention sowie dem Schlußdokument von Helsinki. Deshalb ist Solidarität bei der Einforderung von Menschenrechten keine Einmischung in die Politik anderer, fremder Staaten.

Deshalb findet Präsident Carter in besonderer Weise die Sympathie der Deutschen, wenn er die Idee der Menschenrechte so leidenschaftlich betont.

(Erneuter Beifall)

Die Kommunisten sagen doch täglich, daß trotz Entspannungspolitik und Koexistenz der ideologische Kampf weitergeführt wird. Sie sehen darin ein Mittel, die weltrevolutionären Prozesse unter Ausschluß internationaler Kriege voranzutreiben. Die Menschenrechte sind unsere Antwort, die Antwort der Demokraten, sie sind die Antwort auf die ideologische Herausforderung durch den Weltkommunismus.

(Teilweiser Beifall)

Meine Freunde, wir sehen auch, daß die Rufe nach den Menschenrechten, die heute in der ganzen Welt umgehen, oft nur in der Verwendung der Worte übereinstimmen. Wenn wir von Menschenrechten sprechen, so meinen wir die Freiheit des einzelnen, die Freiheitlichkeit unserer gesamten politischen Ordnung und die Freiheit internationaler Beziehungen. Wenn die Kommunisten von Menschenrechten sprechen, geben sie vor, daß es bei ihnen ein Menschenrechtsproblem gar nicht geben

kann, weil ihr System bereits die Verwirklichung der Menschenrechte sei. Es hat gar keinen Sinn, vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen. Nur, meine Freunde, wer ein feines Gefühl für die Strömungen des Geistes hat, der sieht heute Entwicklungen, an die man vor wenigen Jahren nicht zu glauben wagte, und das stimmt uns optimistisch

(Beifall)

Die Bürgerrechtsbewegungen im Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten gehen, wenn sie Menschenrechte fordern, in ihrem Kern von unserem westlichen, von unserem freiheitlichen, von unserem abendländischen Verständnis aus. Und es ist doch ein bewegender Vorgang, zu sehen, daß sie gerade jene vitalen Rechtspositionen fordern, für die die Väter unserer Geschichte noch in diesem Jahrhundert gekämpft haben: das Recht auf Leben und Gesundheit, das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht auf Gedanken- und Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Ausübung der eigenen Religion.

(Zustimmung)

Zugleich wächst auch bei den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Einsicht, daß die Menschenrechte, gerade das Recht auf persönliche Freiheit, und die Entfaltung dieser persönlichen Freiheit uneingeschränkt anerkannt werden müssen.

Wir stehen also in einer Entwicklung, die es vielleicht wieder ermöglicht, über die nationalen Grenzen hinweg von Menschenrechten zu sprechen und wenigstens intern verstanden zu werden. Ich weiß, daß dies nur eine Hoffnung ist, aber eine ganz und gar begründete Hoffnung. Ich weiß auch, daß mit den wenigen Menschenrechten, die die Menschenrechtsbewegungen in aller Welt einfordern, nicht jeder Gedanke verbunden ist, den wir mit einer freien Gesellschaft oder mit einer freien Wirtschaftsordnung verbinden können. Aber es könnte doch sein, daß dies ein wirklicher Anfang ist; es könnte sein, daß die Menschen in der Dritten Welt, die sich mit uns im Kampf um das Lebensrecht, um die persönliche Freiheit und die Gedankenfreiheit einig wissen, eines Tages auch auf die weitere Erfahrung hören, die wir mit gemeinsamen Menschenrechten gemacht haben; daß sich aus dem Kampf um diese vitalen Rechte fast zwangsläufig auch das Streben nach einer offenen, nach einer sozial gerechten, nach einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ergibt; daß schließlich von da aus auch ein Gefühl für die Leistungsfähigkeit einer freien und sozialen Weltordnung erwachsen kann. Gewiß, das mag Zukunftsvision sein, und niemand weiß, wie sich die Dinge wirklich entwickeln. Aber wir haben allen Grund, diese Entwicklungen zu sehen, sie zur Kenntnis zu nehmen und zu fördern. Das haben wir heute, an diesem Tage bewußt tun wollen.

(Beifall)

Die Stärke der freien Welt ist die Idee der Freiheit. Wir bleiben dieser Idee verpflichtet, und wir werden sie vor allem für jeden Deutschen, wo immer er leben mag, in Anspruch nehmen. Unsere Landsleute in der DDR haben ein sicheres Gespür dafür, ob wir uns wirklich ihrer Lage annehmen oder sie nur als Mittel in der Auseinandersetzung mit dem innenpolitischen Gegner mißbrauchen. Dieser Deutschlandtag soll deshalb unmißverständlich die Position der Union deutlich machen: Im Mittelpunkt unserer Deutschlandpolitik stehen die Menschenrechte, steht der Kampf um ihre Durchsetzung vor allem

auch für unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands.

Meine Freunde, Nation und Menschenrechte gehören für uns zusammen. Unser Kampf für die Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen ist zugleich Ausdruck unseres entschlossenen Willens: Die Einheit der deutschen Nation lebt fort, und sie kann weder durch einen Beschluß der SED noch durch abenteuerliche Studien aus dem Bundeskanzleramt aus dem Bewußtsein unserer Bürger gelöscht werden. Freiheit kennt keine Grenzen!

(Beifall)

In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. An Drohung und Gewalt denkt bei uns niemand. Auch verkennen wir nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zur Macht der Tatsachen, der Realitäten zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch die Macht der Ideen, und dazu gehört der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft für uns und viele Millionen unserer Landsleute behalten hat.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist der zentrale Inhalt der deutschlandpolitischen Grundlinien, die Ihnen im Antrag 17.1 vom Bundesvorstand vorgetragen werden. Auf dieser Grundlage und auf der Grundlage unserer bisherigen Programme wollen wir weiterarbeiten. - Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Antrag des Bundesvorstands.

(Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Kohl! - Ich darf jetzt als Sprecher der Antragskommission Herrn Dr. Mahler bitten.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrags.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Ich darf ankündigen, daß wir jetzt die Redner, die heute vormittag nicht mehr zu Wort kamen, aufrufen und daß wir auch die weiteren Wortmeldungen heute gern noch respektieren wollen. Ich darf aber darauf hinweisen, daß es insgesamt 26 sind. Es ist erfreulich, daß das Echo so stark ist, aber ich darf doch herzlich darum bitten, daß wir auch beweisen, wie sehr wir bereit sind, aufeinander zu hören und jedem die Chance zu geben, noch seine Gedanken beizutragen, damit wir heute möglichst noch alle Wortmeldungen berücksichtigen können. - Herzlichen Dank auch für die Bereitschaft, hier noch so zahlreich gegenwärtig zu sein!

Ich darf jetzt als ersten Redner Herrn Dr. Barzel aufrufen.

(Beifall)

Dr. Rainer Barzel: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Zur Lage Deutschlands, über die wir diskutieren, gehört auch und zunächst die Lage der Deutschlandpolitik. Wer diese Lage erkennen will, muß, wie schon Kennedy uns sagte, zuerst nach Berlin sehen. Berlin soll, so haben wir es heute übereinstimmend gehört und fest-

gestellt, das Zeichen der Hoffnung für alle Deutschen sein und zugleich der Beweis der Überlegenheit der Freiheit.

Es ist deshalb, wie ich glaube, meine Freunde, ein Alarmsignal, wenn dort über die üblichen Großstadtprobleme hinaus und weit hinaus über übliche Rezessionsfolgen die Bevölkerung abnimmt, wenn die Investitionen dort - anders als hier- ins Minus sinken, wenn in den letzten Jahren dort ein Viertel der industriellen Arbeitsplätze verschwunden ist und an der Universität mehr Fragen als Antworten produziert werden.

(Vereinzelt Zustimmung)

Dies alles, verehrte Freunde, verantwortet nicht alleine ein maroder Berliner Senat mit einer falschen Koalition, sondern dies verantwortet zuerst die Bonner Politik, weil sie geistlos und geschichtswidrig genug ist, Berlin zu einer Stadt wie alle anderen auch zu erklären.

Wer Berlin aus diesen Gesamtzusammenhängen löst, bewirkt sein Verdorren. Berlin war nie eine Stadt wie alle anderen, ist es nicht und darf es nicht werden. Dies ist eine nationale Aufgabe, und da muß uns, meine Freunde, auch hier etwas mehr einfallen als Finanzspritzen und Steuervorteile, so wichtig sie sind. Wer soll, meine Freunde, nach Berlin kommen, wenn die deutsche Politik amtlich zur Lage der Deutschen in Deutschland schweigt, wenn sie nicht mehr von der Einheit spricht und damit Berlin die Funktion und den Lebensnerv nimmt, wenn sie aufhört, Unrecht beim Namen zu nennen, wenn sie also - und das muß in diesem Zusammenhang erlaubt sein zu sagen -, "preußisch" gesprochen, niemanden mehr so recht "beim Portepeee" nimmt, keinen Lehrer, keinen Schüler, keinen Arbeiter, keinen Unternehmer, meine Freunde!

Fragen wir nicht, was wir - und das schließt sich an das an, was Carstens und soeben auch der Vorsitzende gesagt haben - irgendwan und irgendwo für unser Vaterland vielleicht einmal tun können, indem wir heute etwas für Berlin tun, tun wir etwas für alle Deutschen. Warten wir auch nicht auf die von allen gewünschte Gemeinsamkeit in der Berlin-Politik, auch nicht auf die Neuwahlen dort, legen wir unser eigenes Programm vor und laden wir die anderen ein, sich uns anzuschließen! Wer die geistige Führung hat, wird die politische hinzugewinnen. Das gilt nicht nur für Berlin.

(Lebhafter Beifall)

Die Deutschlandpolitik in Bonn ist weiterhin von Streit gekennzeichnet, den wir nicht suchen, dem wir aber auch nicht ausweichen. Sozialisten erwägen - es war davon die Rede -, den Charakter der innerdeutschen Grenze zu verändern, die Staatsangehörigkeit für die Deutschen in Frage zu stellen, die DDR zu stabilisieren, dort - durch uns - den Lebensstandard heraufzusetzen und hier, wie es heißt, der "Verteufelung des Kommunismus Einhalt" zu gebieten. Das wollen wir nicht, das wäre die ideologische Kapitulation. Das würde zudem dazu führen, daß die DDR und die Menschen dort drüben noch mehr, als dies bisher schon der Fall ist, sich dem Neid, dem Druck und der Ausbeutung durch die Sowjetunion ausgesetzt sähen. Das würde weiter dazu führen, daß nicht die Lage der Menschen drüben verbessert würde, sondern allein die Bonzokratie weiter verstärkt würde. Dies kann nicht unser Ziel sein. Gespräche, Verhandlungen, Verträge ja, wie wir es in unserer programmatischen Erklärung sagen, aber nur bei Leistung und Gegenleistung! Wir haben nichts zu verschenken.

(Beifall)

Wenn Deutschlandpolitik mehr sein soll als Protest und Deklamationen und nicht nur unter uns stimmen soll, was ja auch wichtig ist - und die Deutschlandpolitik muß mehr sein - , dann muß sie immer fragen: Mit wem wollen und mit wem können wir eigentlich Deutschlandpolitik machen und durchsetzen? Ohne Bundesgenossen geht das nicht. Wir müssen fragen: In welcher gesamtpolitischen Landschaft findet Deutschlandpolitik statt?

Es ist gesagt worden - und es ist richtig -, Deutschlandpolitik ist Bestandteil des Kampfes um Europa. Ihr Erfolg hängt von der Überlegenheit der Freiheit ab. Was heißt das für die Politik noch konkreter?

Liebe Freunde, unsere Rechnung nach Osten wird nur aufgehen, wenn sie zuvor nach Westen stimmt. Und da stimmt sie zur Zeit ganz und gar nicht. Wer auch in Deutschland weiterkommen will, muß dafür streiten, daß das geschieht, was gestern der Parteivorsitzende hier sagte, daß nämlich der Bericht Tindemans vom Plan des Papiers in die Wirklichkeit des Alltags umgesetzt wird.

(Beifall)

Statt aber so schon deutschlandpolitisch motivierter Motor Europas zu sein, begnügt sich das Koalitions-Bonn damit, in der Rolle eines ehemals charmanten Moderators sich zu bescheiden.

Verehrte Freunde, auch Deutschlandpolitik beginnt zu Hause. Zu den Menschenrechten gehört für mich - und ich hoffe, für viele von uns - unverzichtbar auch das Recht auf Arbeit. Dem freilich entspricht die Pflicht dazu, was man ja auch mal wird sagen dürfen. Und hier stimmt vieles bei uns nicht. Hier ist manches nicht in Ordnung, nicht in Ordnung wegen der falschen Politik einer Regierung - und ich möchte es einmal sagen: siehe Renten, siehe Verfassungsgerichts-urteil, man muß es doch offen aussprechen -, einer Regierung, die durch Betrug und Verfassungsverletzung im Amt ist. Dies muß hier gesagt sein.

(Beifall)

Aber die so erzeugte soziale Spannung - und deshalb füge ich das hier ein - ist auch von deutschland- und europapolitischer Dimension. Herr Ponomarjow, der zuständige Sekretär der KPdSU, erklärt doch bereits, die strukturelle Arbeitslosigkeit des Westens schaffe vorrevolutionäres Potential, der Westen werde der sozialen Spannung nicht mehr Herr werden, es gehe eben mit Demokratie und Marktwirtschaft nicht mehr; eine andere, nämlich die kommunistische Ordnung sei das geschichtliche Gebot. Entsprechend erzählen es seine Propagandisten, und manche im Westen fallen darauf herein und sagen, in zehn Jahren seien wir sowieso marxistisch.

Verehrte Freunde, wir selber wissen - und dies ist ernst und gehört hierher -, daß unser System der sozialen Sicherheit nur in dem Maße erhalten bleiben wird, wie wir der Vollbeschäftigung näherkommen. Die Frage der sozialen Sicherheit hier, heute und morgen ist doch wohl, wie jedermann einsehen wird, eine wichtige Frage nach der politischen Zukunft der Freiheit.

Ich sage dies nicht, um jetzt einen Einstieg zu finden in die Renten-debatte oder in die Wirtschaftsdebatte, in die Arbeitslosendebatte, in die Debatte über die Frage nach den Chancen der jungen Generation; dies sollte heute nicht sein. Aber ich möchte diesen offenkundigen Zusammenhang noch in einem umfassenderen Sinne als fundamental bezeichnen. Kommunismus - auch wenn es ihn in der Spielart von Euro-kommunismus gibt - und Volksfrontsozialismus haben beide keine

Chancen, wo Freiheit und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wo die soziale Qualität des Alltags die Freiheit vom Papier der Verfassung zur Alltagswirklichkeit macht, da ist keine Luft und kein Wurzelgrund für die verschiedenen Spielarten des Marxismus! Wir dürfen so sprechen, denn uns ist es in 20 Jahren gelungen, die Sozialqualität dieser Bundesrepublik Deutschland - und das ist von hervorragender deutschlandpolitischer Bedeutung - an die Spitze der Welt zu bringen. Wir brauchen als Christliche Demokraten keine Anleihen bei Karl Marx, um Tatbestände aufzuspüren, die der realen Freiheit entgegenstehen.

Liebe Freunde, wenn wir so Menschenrechte mit der sozialen Dimension zugleich begleiten, also Menschenrechte als etwas auffassen, was durch soziale Gerechtigkeit ermöglichte Freiheit ist, dann wird uns das gelingen, was Helmut Kohl soeben sagte, nämlich diese weltweite geistige Offensive in Gang zu setzen. Auf diesen Geist kann man nicht schließen, eine solche Wirklichkeit kann man nicht einmauern. Diese Idee läßt sich nicht unterdrücken. Sie wirkt selbst durch Mauern, durch Stacheldraht und um die Welt.

(Lebhafter Beifall)

Dies ist die Kernfrage unserer Zeit. Davon hängt es auch ab, ob die Geschichte unserer Deutschlandpolitik den Zuschlag geben wird, der Politik, die wir früher formuliert haben: durch mehr Freizügigkeit zu mehr Freiheit, durch mehr Freiheit zu mehr Selbstbestimmung und durch Selbstbestimmung zur Einheit.

Verehrte Freunde, ich will es mir versagen, jetzt die sozialen Dinge hier noch näher auszuführen. Ich glaube nur, daß noch eines gesagt sein sollte. Ich bin vorgestern und gestern von mehreren ausländischen Gästen - Journalisten - gefragt worden, was dieser Tag eigentlich solle. Ich habe viel dazu erklärt. Manche fragen uns, ob wir denn nicht endlich die Realitäten sähen. Ich habe von der Realität des Willens und von der Geschichte gesprochen. Manch einer draußen übersieht, daß wir zweifelsfrei rechtsstaatliche Demokraten sind. Für uns sind die Verträge geltendes Recht, und zwar so, wie sie in den verbindlichen Interpretationen, von denen das Papier des Vorstandes spricht, enthalten sind. Aber, verehrte Damen und Herren, man muß draußen auch begreifen: Für uns ist genauso geltendes Recht, noch vorrangig, unser Grundgesetz, das uns für alle Zeit verpflichtet, die Einheit und Freiheit Deutschlands in Frieden zu vollenden.

(Beifall)

Mancher übersieht, daß wir einem ganz vernünftigen Vertrag mit der DDR, dem Verkehrsvertrag, zugestimmt haben und daß wir in dem Beschluß vom 17. Mai, von dem hier die Rede war, die Verträge als "Modus vivendi" bezeichnet haben. Sie übersehen, daß, wie Helmut Kohl mit Recht gesagt hat, Verhandlungen und Vereinbarungen schon seit langem in unserem Parteiprogramm stehen, nämlich im geltenden Parteiprogramm.

Dies alles ist so unbezweifelbar richtig wie dies: daß Brandt und Bahr Erwartungen und Hoffnungen geweckt haben, die sich als Seifenblasen erwiesen, daß diese Koalition oftmals statt Leistung gegen Leistung Hoffnung gegen Kasse gegeben hat. Es ist ebenso zweifelsfrei richtig - Herr Sacharow weist darauf hin -, daß es einen Zusammenhang zwischen Entspannung und Bürgerrechtsbewegung gibt, daß das eine ohne das andere wohl nicht zu haben ist.

In dieser Frage sind wir nicht allein. Es ist heute die Rede gewesen von dem, was der neue Außenminister in Großbritannien, ein Sozialist, erklärt hat; ich zitiere:

"Die kommunistischen Länder ihrerseits müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Sorge um die Menschenrechte nicht ein taktisches Ablenkungsmanöver ist, sondern ein integraler Bestandteil der Außenpolitik der westlichen Demokratien."

Warum erklärt dies nicht der deutsche Bundeskanzler?!

(Beifall)

Wir werden Gelegenheit nehmen, das im Bundestag zu erfragen.

Ein anderes möchte ich mit den Worten des Chefredakteurs der "Neuen Zürcher Zeitung" sagen. Ich zitiere Herrn Luchsinger aus der Ausgabe vom 6. März:

"Wie damals so finden sich auch heute im Westen Politiker, etwa im Kreis um Willy Brandt, die vor ernstem Engagement für die Menschenrechte warnen und für Schonung des - wie soll man es nennen, kommunistischen "Autoritätsbedürfnisses" - plädieren. Der Westen, so wäre daraus zu schließen, soll die Sorgen der Machthaber auf der anderen Seite, nicht die ihrer Opfer zu den seinigen machen. Eine neuartige Logik, ein überraschendes Rezept, eine seltsame Interessengemeinschaft und Kumpanei!"

Ende des Zitats, dem wir wohl nicht hinzuzufügen haben.

(Beifall)

Ich möchte auf die Frage jener ausländischen Gäste einen Mann zitieren, der auch in fremde Sprachen übersetzt wird. Er lebt nicht bei uns, er lebt weiter in der DDR: der Dichter und Schriftsteller Reiner Kunze. Er sagt: "Fordern wir für all den Schmerz nicht mehr noch weniger. Halten wir zwischen den Lippen die Rose. Glück gibt es nur für Tote und für Kinder hier." Wen das nicht anrührt, der hat wohl kein Herz. Wer nicht dagegen angeht, der hat keinen Verstand. Wer glaubt, dies alles sei leicht oder gehe schnell, der ist kein Realist. Wer deshalb aufgibt, ist kein Patriot. Und wer das draußen nicht versteht, ist kein guter Nachbar.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herr Dr. Barzel, ich glaube, dieser Beifall ist der ehrlichste Dank dafür, daß Sie sich von Anfang an immer für eine eindeutige, klare Sprache zugunsten der Menschenrechte aller Deutschen eingesetzt haben. Ich selbst habe als langjährige Wegbegleiterin in der Fraktion erlebt, wie Sie für eindeutige Worte in den Verträgen gekämpft haben, gegen zweideutige Worte, wie sie dann leider Wirklichkeit geworden sind.

(Beifall)

Mögen Sie noch lange mithelfen können, daß die klare Sprache vor der zweideutigen Sprache den Vorrang gewinnt.

Als nächstes hat Herr Dr. Mertes das Wort.

Dr. Alois Mertes: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Nach den heutigen Diskussionen möchte ich den Versuch einer kleinen Bilanz machen und folgendes feststellen: Offensichtlich gibt es in der Außen-, Deutschland- und Berlinpolitik erstens Elemente, in denen wir mit der Bundesregierung und mit der Koalition übereinstimmen und dies auch sagen. Zweitens gibt es dort Elemente, in denen wir mit der Regierung zwar in der Substanz übereinstimmen, in denen wir als verantwortliche Opposition aber die Akzente im Interesse unseres Staates anders setzen müssen. Drittens gibt es in der Deutschlandpolitik Elemente, in denen wir mit der Regierung in der Substanz nicht übereinstimmen und wo wir neue Wege weisen würden, wenn wir die Verantwortung in Bonn zu tragen hätten.

Was jenen zweiten Bereich angeht, in dem wir mit der Regierung in der Substanz übereinstimmen, aber die Akzente anders setzen, so können wir nicht jene törichte Alternative "Verhandlungen oder Deklamationen" begreifen. Außenpolitische Willensbildung erfolgt in einer Demokratie auf doppelte Weise. Die Regierung hat in Verhandlungen mit dem innerdeutschen bzw. mit einem ausländischen Partner diskret unseren Willen durchzusetzen. Aber sie muß doch getragen sein von dem politischen Wollen, das sich in den politischen Parteien, in der Presse und in den Jugendorganisationen artikuliert. Wie kann man nur innerdeutsche Verhandlungen und die Bemühungen der Jungen Union, an die Bedeutung Berlins, an die innerdeutsche Grenze zu erinnern, in einen Gegensatz bringen!

Die Elemente, in denen wir uns in der Substanz erheblich von der Regierung unterschieden, ergeben sich aus der Politik, die wir, seit wir Verantwortung getragen haben, geleistet haben. Die Charakteristika der CDU/CSU-Politik in Sachen Deutschlandpolitik sind, wie ich es sehe, gerade auch nach der Diskussion heute nachmittag, insbesondere den Ausführungen von Professor Erdmann, die folgenden.

Es gibt für uns nach den Erfahrungen mit zwei totalitären Herrschaften auf deutschem Boden einen Wertedreiklang, den wir nicht auflösen dürfen, nämlich den zwischen der freiheitlichen Rechtsstaatlichkeit, der Einheit unserer Nation und der Europäischen Gemeinschaft. So steht es im übrigen im Deutschlandvertrag, und die Bundesregierung hat uns bei Abschluß des Moskauer Vertrages im Plenum des Deutschen Bundestages ausdrücklich gesagt, daß insbesondere der Deutschlandvertrag und die entsprechenden Texte weiter gelten. Wenn wir seit 1969, seit der Diskussion über die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel, das nationale Element als Opposition stärker vertreten haben, so darf ich an etwas erinnern, was ein großer Oppositioneller in diesem Lande, nämlich Kurt Schumacher, Anfang der fünfziger Jahre gesagt hat. Im Rahmen seiner Kritik an der damaligen Regierung sagte er: "Die Weimarer Republik ist auch deshalb zugrunde gegangen, weil legitime nationale Rechte des deutschen Volkes möglicherweise von den demokratischen Parteien nicht deutlich und nicht intensiv genug wahrgenommen worden sind. Infolgedessen muß die nationale Argumentation mit ihrer freiheitlichen Substanz in den Händen von demokratischen Parteien bleiben." Es ist gut, daß nach 1969 diese unlösliche Verbindung von nationalem Interesse und freiheitlichem Interesse von der CDU immer wieder deutlich artikuliert worden ist. Dieses ist Verantwortung für die Zukunft. Es kann doch sehr schnell - ja, wir sind schon dabei - zu einer Enttäuschung kommen. Dann ist es gut, wenn eine Jugend, die wieder die patriotischen, die nationalen Werte entdeckt, sagen kann: In einer Zeit der Flaute dieser Werte, in einer Zeit der Illusionen hat es in Deutschland eine große verantwortliche, europäisch orientierte Partei gegeben, die diese Werte hochgehalten hat, und zwar in ihrer europäischen und in ihrer freiheitlichen Substanz.

Daraus haben wir Konsequenzen gezogen, meine lieben Freunde.

Der erste Entscheid war der für den Westen. Lieber Herr Ménudier, wir haben uns schon vor langen Jahren in Poitiers kennengelernt. Die Entscheidung für den Westen ist nicht eine Entscheidung für die Geographie, sondern für die Werte des Westens, und wir werden als Deutsche nicht müde werden, unsere westlichen Verbündeten an diese freiheitlich-moralische Begründung unserer Bindung an den Westen zu erinnern.

(Beifall)

Wir haben weiterhin, liebe Parteiliebe, auch schon in den 50er und 60er Jahren versucht, mit dem Osten Interessensübereinstimmungen zu finden. Ich frage Sie: Wer hat denn den innerdeutschen Handel eingeleitet? Wer hat denn die ersten Versuche gemacht, Gefangene aus der DDR freizubekommen? Wer hat denn den innerdeutschen Handel bei den europäischen Einigungsbemühungen fixiert? Das waren wir doch! Wer hat lange vor dem Warschauer Vertrag aus Polen ungefähr 400 000 Deutsche herausbekommen? Das sind wir gewesen! Wer hat denn mit der Sowjetunion klare Verträge abgeschlossen und sich bemüht, mit ihr ein Terrain der Übereinstimmung zu finden? Das waren CDU-Bundesregierungen.

(Beifall)

Das letzte große Dokument aus jener Zeit waren die Bemühungen unter der Regierung Erhard, war die Friedensnote unseres Freundes Gerhard Schröder und war vor allen Dingen das Bemühen in der Großen Koalition, bei unangetasteten nationalen rechtlichen Positionen Wege innerdeutscher Entkrampfung zu finden. Wir haben es überhaupt nicht nötig, uns in dieser Beziehung den Vorwurf zu machen, wir hätten nicht versucht, bei Aufrechterhaltung unserer Rechtsposition gleichzeitig menschliche Erleichterungen und ähnliches zu erreichen.

Das zweite - hier stehe ich etwas im Gegensatz zu Herrn Professor Erdmann; das möchte ich hier sagen - ist die Stellung, die wir dem Recht in unserer Politik eingeräumt haben. Meine lieben Parteiliebe, das Recht ist der kodifizierte politische Wille, sei es in einem Gesetz, sei es in einem Vertrag. Recht ist immer Vollmacht, "plenipotencia", ist Ermächtigung, etwas zu tun. Wer viel mit Vertretern des Ostblocks zu tun gehabt hat, weiß, daß sie zu Recht den rechtlichen Positionen ein großes Gewicht beimessen. Sollen wir dem Recht eine geringere Bedeutung beimessen? Ich sage es noch einmal: Recht ist die Kodifikation unseres politischen Willens. Wenn allerdings dieses Recht nicht mehr von unserem politischen Willen getragen wird, kann dieses Recht ein träges Recht werden.

Noch ein Letztes. Wir haben die Verträge aus zwei Gründen kritisiert, erstens, weil sie mehrdeutig waren und zweitens, weil wir die Sorge hatten, daß es zu einem Auslegungstreit mit unseren östlichen Partnern kommen würde. Leider ist diese Befürchtung wahr geworden. Es ist das Verdienst der CDU seit 1969 gewesen, darauf zu drängen, daß um eines guten Verhältnisses zu unseren östlichen Vertragspartnern willen der anderen Seite Interpretationsdokumente übergeben wurden. Für den Fall, daß wir in eigener Verantwortung Deutschland- und Ostpolitik treiben könnten, würden wir auf folgendes achten: keine neuen mehrdeutigen Vereinbarungen und Anwendung der jetzt geltenden Verträge auf der Basis der Interpretationsdokumente; zweitens: keine Unausgewogenheit, wie sie in den bisherigen Verträgen bestanden hat.

Noch ein allerletztes Wort, meine lieben Freunde. Diese Unausgewogenheit sieht vor allen Dingen so aus, daß wir unwiderrufliche Leistungen erbringen, während die andere Seite widerrufliche Leistungen im menschlichen Bereich erbringt, die das Risiko in sich tragen, daß sie später neu bezahlt werden müssen. Diese Auseinandersetzung und dieses Bemühen um eine echte Entspannung finden vor dem Hintergrund einer Welt statt, in der in Asien und in Afrika der Wind dem Westen ins Gesicht bläst, soweit der Bevölkerungswille betroffen ist. Aber es gibt eine Region in der Welt, wo der Wind des Bevölkerungswillens dem Osten, dem Kommunismus ins Gesicht bläst, und das ist Europa.

Infolgedessen haben wir als Deutsche nicht nur aus nationaler Verantwortung, sondern auch aus gesamteuropäischer Verantwortung die Sowjetunion daran zu erinnern, daß der Wille zu Freiheit und Recht das Lebensgesetz der europäischen Geschichte ist. Wir als Deutsche werden exemplarisch am deutschen Fall, weil wir das einzige geteilte Volk in Europa sind, diesem Gesetz treu bleiben. Wir glauben, damit auch den Interessen der übrigen Völker im Interesse eines echten und aufrichtigen Friedens am meisten zu entsprechen.

(Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Mertes!

Darf ich noch einmal an die Solidarität aller Redner appellieren. Meine Damen und Herren, je kürzer Ihre Beiträge sind, desto sicherer haben Sie ein aufmerksames Plenum für sich.

Als nächster Redner spricht Herr Beitz; Exil-CDU. Danach folgt Herr Schmöle, Westfalen-Lippe. Ich darf jeweils die nächsten Redner bitten, sich möglichst in die Nähe des Podiums zu begeben, damit wir Zeit sparen können.

Hans Beitz: Meine lieben Freunde! Ich will nichts unmittelbar zur Deutschlandpolitik sagen, sondern zwei Bemerkungen machen, die gewissermaßen als Hintergrundmaterial unsere Optik für dieses Thema schärfen könnten.

Erstens: Die Kommunisten verstehen ihren Marxismus/Leninismus als die fortschrittlichste Wissenschaft. Sie geben vor, damit die Entwicklungsgesetze der Natur und der Gesellschaft erkannt zu haben und sich dabei nicht irren zu können. Sie berufen sich philosophisch auf ihren dialektischen Materialismus, Materialismus als eine Betrachtungsweise, die Materie als letzte Seinswirklichkeit annimmt, Dialektik als Denkform, freilich nicht im Hegelschen, sondern im Marxschen Sinne, der gesagt hat, er habe Hegel vom Kopf auf die materiellen Füße gestellt. Das bedeutet, vulgär gesagt: Fortschritt durch Kampf der Gegensätze. Das heißt für die kommunistische politische Alltagspraxis: Kampf als Lebensprinzip.

Dabei kommt der DDR als Vorposten des "sozialistischen Weltfriedenslagers" eine besondere Bedeutung zu. Sie hat dabei den besonderen Vorteil, daß sie auf den hier vorgelagerten sogenannten kapitalistischen Bereich - das sind wir - durch die deutsche Sprache einwirken kann. Das ist der eigentliche Gegenstand meines Hinweises. Ich darf im historischen Rückgriff darauf aufmerksam machen, daß die Nazis - lingua tertii imperii; ich verweise auf die Untersuchung von Professor Dolf Sternberger, der sich mit dem "Wörterbuch des Unmenschen" des früheren baden-württembergischen Erzie-

hungsministers Stortz beschäftigt hat - die Sprache als ein eminent wichtiges Mittel der Bewußtseinsbildung angesehen haben.

Genauso gilt für den mitteldeutschen Bereich ein neues Vokabular: VEB - Volkseigener Betrieb -, VEG - Volkseigene Güter -, VVEAB - Vereinigung der Volkseigenen Erfassungs- und Aufbaubetriebe -, LPG - Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - usw. Darüber hinaus legt man Wert darauf, auch bei uns linguistisch-semantic einzugreifen, etwa - um konkret zu werden - dadurch, daß nur noch von der "BRD" gesprochen wird. Meine lieben Freunde, wir müssen in wachsender Beurteilung unserer Situation feststellen, daß es bei uns Schulbücher gibt, daß es bei uns Veröffentlichungen gibt, daß es bei uns Rundfunkkommentare gibt, in denen ebenfalls pausenlos nur von der "BRD" gesprochen wird. Dadurch soll natürlich das Wort "Deutschland" aus unserem Bewußtsein eliminiert werden. Ebenso wie in Mitteldeutschland ist es in besonderem Maße durch die Massenkommunikationsmittel auch bei uns üblich geworden, daß wir von "Berufsverbot" sprechen, daß wir nicht vom "Sender Freies Berlin", sondern vom "SFB" sprechen, und ähnliches mehr.

In diesen Zusammenhang einer sprachlichen Verneblungskampagne gehören natürlich auch Begriffe wie "friedliche Koexistenz", wozu Chruschtschow 1958 Eisenhower in Camp David gesagt hat: "Wir sind für friedliche Koexistenz, wir machen keinen Krieg", als ob Frieden nicht eine geistige Haltung voraussetzte, also nicht nur den Willen, keinen Krieg zu führen. "Aber auf ideologischem Gebiet gibt es keine Koexistenz", fuhr Chruschtschow fort, "und wirtschaftlich gesehen wollen wir den kapitalistischen Westen einholen und überholen."

Ich meine, daß man diese Dinge durchaus ernst nehmen muß, auch wenn drüben die Nationalhymne: "Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß' uns Dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland" nicht mehr gesungen, sondern nur noch gespielt wird, um eben keine schlafenden Hunde zu wecken in der Erinnerung an den Gedanken eines ursprünglich einigen Vaterlandes, von dem wir natürlich wissen, daß man es ursprünglich anders gemeint hatte.

Man sehe sich etwa den Artikel 8 Absatz 2 in der bis 1974 gültigen Verfassung an, wo es heißt: "Die DDR und ihre Bürger erstreben die Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage des Sozialismus und der Demokratie." - Sozialismus natürlich, wie sie ihn verstehen, und Demokratie im Sinne eines Pleonasmus, nämlich Volksdemokratie, Volks-Volksherrschaft.

Diesen Zwecken dient also die Sprache. Wen es interessiert, der mache sich einmal daran, zu vergleichen, was in dem Mannheimer Duden bei uns steht und was in dem Leipziger Duden drüben etwa unter dem Begriff "Pazifismus" steht. Bei uns ist das - natürlich vulgär - die Bereitschaft, dem Atombarras in den Arm zu fallen. Drüben bedeutet Pazifismus die Verweigerung der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften.

Diesem Ziel einer sozialistischen Bewußtseinsbildung als durchgängigem Unterrichtsprinzip - und da wird auch der Musikunterricht und der Mathematikunterricht nicht ausgenommen; wegen der Kürze der Zeit kann ich keine Beispiele bringen, aber sie liegen mir vor - dient natürlich auch die Erziehung der patriotischen Gefühle und die Wehrerziehung: "Üb' Aug' und Hand fürs sozialistische Vaterland". Ich überlasse es Ihrer Phantasie, sich vorzustellen, was wäre, wenn Lehrer bei uns das in der Schule propagierten.

Auf dieser Ebene liegt natürlich auch die Frage: Was ist denn da Nation? Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich bin der Auffassung - das wurde vorhin schon gesagt -, daß Nation natürlich kein unwandelbarer Begriff ist, sondern gewissermaßen ein kollektives Bewußtsein eigener Art beinhaltet. Das aber wird nun da drüben durch die normative Kraft des Faktischen verändert. Wenn da 32 Jahre sozialistische Bewußtseinsbildung betrieben wird, dann möchte ich den Menschen sehen, bei dem entsprechend der lateinischen Sentenz "Semper aliquid haeret" nicht im Laufe der Zeit doch eben etwas hängen bleibt.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, ist kürzer. Ich will darauf aufmerksam machen, daß der Kommunismus nicht nur ein wirtschaftliches System, nicht nur ein militärisches Potential darstellt oder ein in sich geschlossenes politisches System ist, sondern daß er auch den Anspruch auf moralische Qualität erhebt, ja gewissermaßen eine Ersatzreligion darstellt. Ich kann es mir hier nicht versagen, einmal darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser säkularisierten Diesseitsreligion der Kommunismus einem natürlichen menschlichen Anspruch entspricht, denn "homo naturaliter religiosus", der Mensch ist von Natur aus religiös, nur hier eben in einem säkularisierten Sinne.

Ich mache darauf aufmerksam, daß es drüben die "Zehn Gebote der sozialistischen Moral" gibt anstelle unserer christlich-jüdischen Gebote. Im vierten Gebot heißt es z.B.: "Du sollst gute Werke für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen." Also kein transzendierendes Ziel, sondern ein ins Diesseits, aber auch überpersönlich formuliertes Ziel! Dann gibt es drüben die pseudosakralen Staatsakte: anstelle der christlichen Taufe die sozialistische Namensgebung, anstelle des christlichen Begräbnisses die sozialistische Grabweihe, am bekanntesten aber der Konfirmations- oder Firmungsersatz, die Jugendweihe. Man verspricht drüben das Paradies auf Erden, nämlich in der klassenlosen Gesellschaft, wo der unversöhnliche Antagonismus zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufgehoben sein wird. Man kennt drüben den Sündenfall: Nämlich als in der Urgesellschaft im Sinne der arbeitsteiligen Gesellschaft zum erstenmal Eigentum erworben wurde, was ja die Wurzel allen Übels ist. Sie haben natürlich den neuen Menschen, den wir Pastorentöchter auch noch aus dem christlichen Evangelium kennen.

Ich schließe, indem ich darauf aufmerksam mache: Wir müssen also die Schubkraft des Kommunismus ernst nehmen, denn es sind eben nicht alles Karrieristen, die wie das Fettague auf der mageren Suppe schwimmen möchten, sondern es gibt Leute, die sich leidenschaftlich dafür einsetzen, ja, die unter Hitler sogar ihr Leben riskiert haben.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Beitz. Ich beginne hier mein Amt mit der Mitteilung, daß wir noch 23 Diskussionsredner auf der Liste haben. Wir unternehmen jetzt einmal den Versuch mit einer sozusagen freiheitlichen Lösung der Redezeitbeschränkung, nämlich mit der Empfehlung, sich an der Fünf-Minuten-Grenze zu orientieren. Sollte die freiheitliche Lösung nicht zu einem Erfolg führen, müssen wir die Reglementierung einführen.

Als nächster hat Herr Schmöle das Wort. Ihm folgt Herr Jung.

Heinz-Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, der freiheitlichen Lösung zu folgen und mit weniger

als fünf Minuten auszukommen. Ich möchte einige wenige Bemerkungen zu den Ausführungen der Redner von heute vormittag und heute nachmittag machen. Dabei möchte ich mit einem Wort an Herrn Professor Ménudier beginnen. Er hat im Laufe seiner Ausführungen gefragt, ob denn die junge Generation in Deutschland überhaupt noch ein Verhältnis zur Nation als Ganzem habe. Er hat dann sehr kritische Fragen gestellt. Herr Professor Ménudier, ich kann Ihnen dazu aus Erfahrung mit vielen tausend jungen Leuten, die gerade zur Schüler-Union und zur Jungen Union kommen, sagen, daß das Verhältnis zur ganzen deutschen Nation ein ganz bestimmendes Element ihrer Entscheidung für unsere Partei ist.

(Beifall)

Schließen Sie bitte nicht aus der Aufstellung von Rahmenrichtlinien irgendwelcher Länder, daß die junge Generation nicht an dem Verhältnis zu unserer Geschichte und zu unserer Nation interessiert sei; denn die wildgewordenen linken Politologen bestimmen nicht das, was Geschichte in unserer jungen Generation überhaupt wachruft.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sollten gerade unseren ausländischen Gästen sagen - und dies sage ich als jemand, der hier in Westfalen geboren ist -, daß auch die jungen Menschen aus diesen Teilen das Erbe des Ostens kennen und daß ihre Liebe zu unseren Ländern drüben, zu Ostpreußen und Schlesien, genauso stark ist wie zu Westfalen, Rheinland oder Niedersachsen.

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung möchte ich zu Herrn Professor Gasteyger machen, der in seinem Referat gesagt hat - ich zitiere ihn -: "Gerade weil es vorläufig keine echte Alternative zur gegenwärtigen DDR gibt, muß diese akzeptiert werden." Ich bezweifle ganz energisch, daß es keine echte Alternative zur DDR gibt. Dieser freiheitliche soziale Rechtsstaat ist eben die Alternative zur DDR und wird drüben auch so verstanden.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich glaube, es ist notwendig, daß wir einen Moment darüber nachdenken, daß wir als Partei der jungen Generation in unserem Lande auch die Aufgabe stellen müssen, deutsche Nation als Ganzes wachzuhalten. Denn wer soll denn sonst die Aufgaben wahrnehmen, den Kontakt mit den jungen Menschen drüben im anderen Teil Deutschlands ständig wahrzunehmen? Warum sollte die junge Generation es dennoch tun, wenn nicht der leidenschaftliche Wille bei ihr vorhanden wäre, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden! Wenn ich politische Ziele gebe, muß ich mir doch darüber klar sein, daß sie sinnvoll gestaltet sein müssen. Wir können sie nur dann sinnvoll gestalten, wenn wir dahinter auch ein positives Ziel zu erkennen vermögen.

Meine Freunde, für uns als junge Generation ist es eine Frage von moralischer Qualität, ob wir uns denn unserer Freiheit, die wir hier so selbstverständlich genießen und in Anspruch nehmen können, überhaupt erfreuen könnten, wenn wir nicht mit der gleichen Leidenschaft dafür eintreten, daß die Freiheitsrechte wieder für junge Menschen im anderen Teil Deutschlands und in ganz Osteuropa realisiert werden können.

Darf ich eine letzte Bemerkung zu dem machen, was Herr Dr. Schober heute morgen gesagt hat und was mich ungeheuer beeindruckt hat. Er hat hier seine Ausführungen im wesentlichen unter die Frage gestellt, daß wir uns überlegen müssen, unter welchen Bedingungen die Christen ihr Kreuz im anderen Teil unseres Landes zu tragen hätten.

Er sagte, daß wir es uns sehr leicht machten, wenn wir anspruchsvoll nach drüben schauten, ohne dabei als Christen die Vorzüge unseres Lebens zu bedenken. Das stimmt sicher. Gerade in diesem Zusammenhang haben wir, wie ich meine, uns aber auch zu vergegenwärtigen, daß es nicht nur ein Kreuz ist, Christ zu sein und dies zu ertragen. Als Christen müssen wir vielmehr auch Hoffnung nach drüben vermitteln. Hoffnung müssen wir auch dadurch vermitteln, daß wir daran glauben, daß die Überwindung der deutschen Spaltung möglich ist. Meine Freunde, Politik besteht eben nicht darin, Realitäten, die ungünstig sind, anzuerkennen. Sinnvolle Politik besteht vielmehr darin, ungünstige Realitäten unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer sinnvollen neuen Welt zu verändern. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Schmöle, vielen Dank für Ihren Beitrag.

Als nächster hat Herr Jung das Wort. Ihm folgt Herr Hupka.

Franz Josef Jung, Walluf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den von dem Bundesvorstand vorgelegten Antrag zu dem in Beziehung setzen, was Sie, Herr Professor Erdmann, im Hinblick auf den unmittelbaren Zusammenhang der Diskussion über die Frage der Nation mit der Diskussion über die Menschenrechte gesagt haben. Sie wissen, daß die Junge Union gerade in letzter Zeit eine Aktion hinsichtlich der Menschenrechte durchgeführt hat, also sehr aktiv war, um die Probleme auch innerhalb der jungen Generation bewußt zu machen und hier eine offensive Auseinandersetzung zu führen. Es ist, wie ich glaube, notwendig, einmal auf das hinzuweisen - und zwar auch durchaus kritisch -, was wir als Partei im Hinblick auf die Folgekonferenz in Belgrad nunmehr unternehmen, um jene Diskussion über die Menschenrechte in das Bewußtsein auch der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hineinzutragen. Ich hatte die Gelegenheit, an einer Reise des Bundesvorstandes in die Vereinigten Staaten teilzunehmen. Auch dort haben wir über diese Fragen diskutiert. Die Amerikaner haben zunächst gefragt: Was tut denn Deutschland, damit über diese Fragen in Belgrad diskutiert wird? - Ich meine, es genügt eben nicht, nur zu sagen: Die Bundestagsfraktion wird eine Anfrage hierzu stellen. - Ich meine, die Partei müßte hier eine Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen in der DDR vorbereiten. Die Partei müßte, auch was Aktionen im Zusammenhang mit dieser Frage angeht, aktiv werden. Wir müssen über diese Frage offensiv diskutieren, damit der Sinngehalt solcher Begriffe wie "Nation", "Freiheit" und "Menschenrechte" wieder in das Bewußtsein unserer Bevölkerung hineingetragen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Zweites sagen. In dem Antrag des Bundesvorstandes ist auch von dem Jugendaustausch die Rede. Wir müssen, meine ich, dafür sorgen, daß die Voraussetzungen für einen solchen Austausch geschaffen werden. Wir sollten klar und

deutlich sagen, daß wir z. B. hinsichtlich des Zwangsumtausches Initiativen entwickeln wollen. Diese Initiativen sollten auf einen Abbau jener finanziellen Sperre - insbesondere für Jugendliche - abzielen. Wir sollten auch bereit sein, finanzielle Unterstützungen zu leisten, um einen innerdeutschen Jugendaustausch zu gewährleisten. Wir sollten ebenso dafür eintreten, daß auch unsere Kultusminister in der Richtung initiativ werden, daß, wie heute morgen schon gesagt wurde, Klassenreisen nicht nur in irgendwelche interessanten anderen ausländischen Städte, sondern auch durchaus einmal in die DDR führen können, um den jungen Menschen auf diese Weise bewußt zu machen, wie die Lage dort ist, um ihnen ein realistisches Bild zu vermitteln und dadurch die Möglichkeit zu geben, zu erkennen, daß es sich lohnt, sich gerade auch hier bei uns aktiv für die Freiheit einzusetzen. Ich bin der Überzeugung, daß wir nur dann, wenn wir über die Fragen der Menschenrechte und der Freiheit im Zusammenhang mit der Frage der Nation diskutieren und diese Diskussion offensiv führen sowie die Freiheit gewissermaßen als Leitmotiv für unsere Partei in diese Auseinandersetzung hineingetragen, die Möglichkeit haben, eine Wiedervereinigung zu erreichen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß wir nur über das Mittel der öffentlichen Diskussion und auch des öffentlichen Drucks, nicht aber dann, wenn wir schweigen - Herr Gasteyger sagte ja, daß derjenige, der schweige, sich mitschuldig mache -, eine offensive Auseinandersetzung führen und auch unser Ziel einer gemeinsamen Nation erreichen können.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jung. Ich meine, wir sollten an dieser Stelle der Jungen Union unsere Anerkennung und unseren Dank für ihr Engagement in Sachen Menschenrechte sagen.

(Beifall)

Wo immer Menschen auf der Welt gequält werden - in Ost oder in West -, sollten wir nicht so sehr nach dem Warum fragen, sondern diesen Menschen vor allem Beistand leisten. Der Jungen Union nochmals unseren Dank und unsere Anerkennung für diese ihre Aktion.

Jetzt hat Herr Hupka das Wort. Ihm folgt Herr Amrehn.

Dr. Herbert Hupka (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wir freuen uns, daß sich gerade heute nachmittag wieder sehr viele junge Menschen zu dem Auftrag aus dem Grundgesetz bekannt haben. Wir haben heute nachmittag aber auch gehört, daß es vielleicht gar nicht mehr so viele junge Leute in diesem Volke gebe, die mit Deutschland etwas anzufangen wüßten. Wir müssen fragen: Woran liegt denn das? Wenn Sie von der Bundeszentrale für politische Bildung eine Beilage in die Hand gedrückt bekommen, worin es heißt, daß das gesamtdeutsche Bewußtsein nicht mehr Lernziel sein sollte, braucht es einen nicht zu wundern, daß unsere jungen Menschen schon in der Schule nichts mehr über Deutschland erfahren. Wir haben die Bundesregierung diesbezüglich gefragt und von ihr zur Antwort bekommen: Natürlich sind wir dem Wiedervereinigungsgebot verpflichtet - aber es herrscht Meinungsfreiheit. - Ich weiß nicht, wie die Antwort der Bundesregierung ausgefallen wäre, wenn etwa irgend jemand auf den verrückten und nicht vertretbaren Gedanken einer Renaissance des Antisemitismus gekommen wäre. Dann hätte man zu Recht gesagt: Das widerspricht unserer Rechtsauffassung über den Umgang mit der Freiheit. Wir können die Verfassung nicht so weit auslegen, daß jeder sagen kann, was er will,

und daß er sich auch zum Antisemitismus bekennen kann. - Ich meine, das Wiedervereinigungsgebot ist nicht eine so interpretationsfähige Erklärung, daß aus ihr jeder das herauslesen kann, was ihm gerade paßt.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt. Wir sprechen hier über unsere Verantwortung für Deutschland. Was heißt aber "Deutschland"? Ich meine, wir haben allen Grund, von Deutschland in den Grenzen von 1937 auszugehen.

Davon sind auch die Siegermächte in den Jahren 1944 und 1945 ausgegangen. So steht es auch im Karlsruher Urteil. Ich habe selbstverständlich noch im Ohr, was Professor Erdmann uns heute nachmittag gesagt hat: Dies sei eine Rechtsfigur; sie trage nicht zur Erfassung der nationalen Wirklichkeit bei. - Wir wissen, daß Hitler versuchte, Polen auszulöschen und dafür das Wort "Generalgouvernement" geprägt hat. Es wäre nie einem Polen eingefallen, nun etwa nicht mehr von "Polen" zu sprechen.

(Beifall)

Dasselbe gilt für die Tschechen und die Slowaken, denen Hitler das Protektorat Böhmen und Mähren aufgezwungen hat. Sie hätten es nicht im Sinne einer Rechtsfigur verstanden, wenn sie nach wie vor von der Tschechoslowakischen Republik gesprochen hätten.

(Beifall)

Wir sollten diejenigen, die in ihrem Namen noch das Kennezeichen D für Deutschland führen, fragen, was sie denn unter diesem Kennzeichen D verstehen. Es gibt zwei Parteien in Deutschland mit diesem Kennzeichen D: die SED und die SPD. Was die SED unter Deutschland versteht, verkündet sie sechsmal in der Woche in ihrem "Völkischen Beobachter", genannt "Neues Deutschland": ein kommunistisches Gesamtdeutschland.

Was aber versteht die SPD unter D für Deutschland? Darauf gibt es keine verbindliche Antwort. Versteht sie darunter nur die Bundesrepublik Deutschland und vielleicht noch Mitteldeutschland? Oder versteht sie darunter noch das ganze Deutschland? Wir selber tragen dazu bei, uns ständig in einen Prozeß der Verstümmelung von Deutschland hineinmanövrieren zu lassen.

Ich erinnere nur an die Deutschlandkarte im Deutschen Fernsehen. Da wird Deutschland gezeigt, bestehend aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Polen reicht bis zur Oder-Neiße-Linie. Niemand kann sich den heutigen Machtverhältnissen gegenüber sperren; sie gehören aufgezeigt. Nur wenn man Israel zeigt, verhält sich das Deutsche Fernsehen anders. Da werden die von Israel im Sechstagekrieg 1967 okkupierten und bis heute annektierten Gebiete schraffiert gezeigt. Warum werden nicht die vom Kommunismus okkupierten und bis heute annektierten Gebiete von Deutschland schraffiert gezeigt?

Mit Recht heißt es in unserer Erklärung, die noch zu verabschieden sein wird, daß die Menschenrechte im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Wir sollten dabei nicht nur an die Menschenrechte für die Deutschen in Mitteldeutschland denken, sondern auch an die Menschenrechte für die Deutschen jenseits von Oder und Neiße. Warum ist es nicht möglich, daß den Deutschen das Volksgruppenrecht gewährt wird?

Die polnische Seite sagt: Wir haben mit den Deutschen zwischen den Kriegen die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Selbst wenn dem so wäre, müßte die Gegenfrage gestellt werden: Welche schlechten Erfahrungen haben die Juden, die Weißrussen, die Ukrainer und auch die Deutschen mit dem polnischen Nationalismus gemacht? Das kann uns doch nicht davon abhalten, immer wieder zu fordern: Gewährt endlich auch den 750 000 oder 900 000 Deutschen jenseits von Oder und Neiße das Volksgruppenrecht!

(Beifall)

Gäbe es dieses Recht, würden wahrscheinlich gar nicht so viele das Verlangen haben, sich aussiedeln zu lassen.

Zu den Menschenrechten, die den Deutschen verweigert werden, gehört auch das sehr seltsam praktizierte Recht zu Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland. Da wird immer ein Familienteil als Faustpfand zurückbehalten, damit man die Gewißheit hat, daß der andere Familienteil nach dem Besuch auch zurückkommt. Das ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde, das ist auch ein Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki.

(Beifall)

Wenn wir von Deutschland sprechen, müssen wir natürlich auch zur historischen Wahrheit Stellung nehmen. Hier sind einige Ausführungen von Professor Erdmann gemacht worden, die nicht so unwidersprochen bleiben sollten. Er hat sich bezogen auf den Transfer aus den Potsdamer Beschlüssen und hat gesagt, da komme auch etwas vor von ausgewiesen und zwangsumgesiedelt. Leider hat er verschwiegen, daß in diesen deutsch-polnischen Schulbucheempfehlungen kein Wort über die Vertreibung enthalten ist. Die Vertreibung war genauso ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die Ausrottung von Millionen Juden. Verbrechen bleibt Verbrechen!

(Beifall)

Dafür ist dann das beschönigende Wort "Bevölkerungsverschiebung" hineingenommen worden. Wenn dem so gewesen sein sollte, müßte sich der Bund der Vertriebenen jetzt umbenennen in "Bund der Vershobenen", damit er den richtigen Titel führt.

Uns ist gesagt worden, man habe nur die Fakten anerkannt. Ein andermal heißt es, die Fakten seien beschrieben worden. Wer die Fakten der Teilung anerkennt, begibt sich bereits auf einen Rückzug. Dann wird er eines Tages auch noch die Macht der Sowjetunion über diesen Teil Deutschlands anerkennen müssen.

(Beifall)

Warum sollen das ausgerechnet unsere Kinder in den Schulen lernen? Selbst wenn ich die Fakten beschreibe, muß ich nach der Kausalität fragen: Wieso sind die Menschen vertrieben worden? Natürlich, die eine Kausalität heißt Hitler. Die andere heißt aber: Okkupations- und Annektionspolitik durch den Kommunismus. Warum sollen wir das nicht beim Namen nennen? Die ganze Wahrheit muß um der geschichtlichen Wahrheit willen beim Namen genannt werden.

Wir sollten aber auch realistisch genug sein, uns eingestehen zu müssen, daß wir natürlich auch Deutschland verlieren können. Zunächst einmal - und da bin ich Rainer Barzel für seine Ausführungen

sehr dankbar - durch eine schlechte Politik, wie sie in Bonn betrieben wird. Das ist keine Politik für Deutschland, sondern eine Politik gegen Deutschland.

(Beifall)

Hier passen wir uns allmählich an, hier versuchen wir, eine neue Theorie zu entwickeln, daß wir die DDR stabilisieren müssen, um mit ihr nachher einen guten Umgang pflegen zu können. Dazu gehören auch die Rückzugsmanöver bezüglich der Darstellung von Deutschland, und man hört kaum noch etwas vom Wiedervereinigungsgebot. Da kann Herr Gaus sagen, das Urteil von Karlsruhe betrachte er nicht als Fessel, sondern nur als Rahmen. Ich meine, für einen derart hohen Beamten kann das Urteil von Karlsruhe nie eine Fessel sein, auch nie ein Rahmen, sondern das ist die Basis, von der aus er Politik für Deutschland zu machen hat.

(Beifall)

Wir können Deutschland zweitens durch die Übermacht der Sowjetunion verlieren.

Drittens - und das wäre das Schlimmste - könnten wir Deutschland durch die Gewöhnung verlieren, durch die Anpassung an die Teilung, indem wir uns abfinden und meinen, da sei nichts mehr drin, warum sollten wir uns da ein unruhiges Gewissen leisten.

Schließlich: Wenn wir nicht mehr die Verbindung zwischen uns und den unfreien Teilen von Deutschland halten. Das ist für mich das Bedrückende, daß wir, die mittlere, die ältere Generation, noch sehr viele verwandtschaftliche und freundschaftliche Verbindungen zu den Teilen von Deutschland haben, die jungen Menschen aber erst noch in diese Verbindungen hineinwachsen müssen. Sorgen wir dafür, daß diese Verbindungen nicht einschlafen, sondern gestärkt und vermehrt werden. Wenn immer gefragt wird, wie sich die Jugend zu Deutschland verhält, haben wir eine Gewißheit: Die Jugend im unfreien Teil von Deutschland will nicht in jenem Teil leben, sie will frei sein. Sie hat sich noch nicht mit der DDR identifiziert. Hätte sie es getan, dann wären die Kommunisten die größten Toren, weil sie gerade die jungen Leute nicht hinauslassen. Das könnten doch die Trommler für den ersten Arbeiter- und Bauernstaat sein. Deswegen komme man uns nicht damit und sage, man habe sich hier an die Teilung gewöhnt, und dort habe sich die Jugend allmählich identifiziert.

Welche Aufgaben bleiben uns? Zunächst einmal ist es nicht damit getan, erstens zu sagen, die deutsche Frage sei offen, obwohl es richtig ist, daß wir sagen, die deutsche Frage sei offen.

Zweitens: Es muß hinzukommen, daß wir die deutsche Frage offenhalten, daß wir alles daransetzen, damit die deutsche Frage offenbleibt, unsere ganze Energie, unser Engagement, aber auch unsere Phantasie.

Drittens - und das sagte Herr von Weizsäcker heute auch schon während der Podiumsdiskussion in seinem Schlußwort, wie ich glaube -: Die Priorität gebührt nicht Deutschland, die Priorität gebührt unserer Freiheit, denn was nützten mir das Grundgesetz und alle rechtlichen Grundlagen und Unterlagen, wenn wir in diesem bisher einzigen freien Teilstaat von Deutschland unsere Freiheit verlören! Wir müssen alles daransetzen, diese Freiheit zu behaupten und zu stärken. Dazu gehört auch unsere Bereitschaft zur Verteidigung dieser Freiheit.

(Beifall)

Viertens: Wir sollten nach wie vor die Herausforderung durch den Kommunismus annehmen. Wir werden heute rasch als kalte Krieger verdächtigt, wenn wir den Kommunismus beim Namen nennen und sagen, was er vorhat. Wir leben an der Nahtstelle zwischen Freiheit hier und Unfreiheit dort. Wir sind als erste herausgefordert durch den Kommunismus und müssen wissen, was er will, müssen aber auch wissen, was wir selbst wollen.

Fünftens: Wir müssen Deutschland dort, wo es noch bewußt ist, bewußt erhalten, dort, wo es nicht mehr bewußt ist, bewußt machen. Wir müssen den Willen mobilisieren, daß wir uns mit dieser Teilung nicht abfinden, daß wir Deutschland in freier Selbstbestimmung zu vollenden haben.

Es gibt ein Wort von Ben Gurion, der gesagt hat: Die Utopie von heute ist die Realität von morgen. Es mag sein, daß heute ein freies Deutschland eine Utopie ist, es wird aber nie Realität werden können, wenn wir nichts tun, damit Deutschland in Freiheit ersteht.

Lassen Sie mich zum Schluß aus der Wahlaussage der CDU/CSU zum Wahltermin am 3. Oktober 1976 zitieren:

'... zur Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille des deutschen Volkes zur Einheit der Nation, die Idee der Freiheit und die Kraft des Rechtes.'

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Hupka, vielen Dank für Ihren Diskussionsbeitrag; aber nicht nur für Ihren Diskussionsbeitrag, sondern auch für Ihre jahrelange Arbeit im Dienste der Vertriebenen.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Amrehn. Ihm folgt Herr Dr. Hans-Gerd Föttering. Gestatten Sie mir, daß ich nach fünf Minuten die Schelle bediene, um an das Zeitmaß zu erinnern.

Franz Amrehn: Herr Vorsitzender! Meine Freunde! Mein Beitrag soll dazu dienen, wenigstens im Protokoll einige Einsprüche gegen einige Themen niederzulegen, die heute vertreten worden sind. Wir sind dankbar für diese Thesen, weil sie uns herausfordern, wir wollen aber auch festhalten, was wir dazu denken.

Die Fülle der Anregungen, die Fülle dessen, was die Vortragenden und auch die Teilnehmer am Podiumsgespräch uns geboten haben, läßt sich heute in dieser Diskussion, die nun geführt wird, kaum einfangen und ordnen. Aber ich meine, wenigstens einige Dinge für das Protokoll telegraphstilartig festhalten zu sollen.

In den Vormittagsvorträgen gab es einige Beispiele dafür, in welcher Ohnmacht sich der freie Westen befindet, insbesondere auch die Bundesrepublik Deutschland: In der DDR stehen 20 Division, und wir haben dem an aktiver Politik nichts entgegenzustellen. Lassen Sie mich hierzu festhalten: Im Jahre 1952 hat ein prominenter Politiker in Berlin zu mir gesagt: Das halten wir nur noch fünf Jahre aus; dann ist unsere Jugend im Bereich von Berlin so umerzogen, daß wir das nicht länger überstehen. Ich möchte festhalten: Seit dem Ende des Krieges sind 32 Jahre vergangen, eine neue Generation ist herangewachsen. Nicht nur fünf Jahre, sondern sechs mal fünf Jahre sind vor-

über. Das freie Berlin ist immer noch frei, und ich wiederhole, was unser Freund Hupka eben gesagt hat: Den Kommunisten ist es nicht gelungen, das Volk, bzw. die nachwachsende Generation des Volkes im Osten umzuerziehen. Das ist ein Aktivposten unserer Politik für die Zukunft.

(Beifall)

Zweitens: Auch an Herrn Erdmann gerichtet, den ich im Moment nicht im Saal sehe. Wenn es gelingt, das so fortzuführen, und wenn es gelingt, eine ganze Nation weiterhin dafür zu begeistern, daß nationale Einheit Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte bedeutet, dann haben wir keinen Zweifel daran, daß das auch junge Menschen im Westen begeistert und daß eine solche einheitliche Nation selbstverständlich eine große Faszination auf sie ausstrahlen wird.

Dritter Punkt: Nur Gewalt verhindert die Selbstverwirklichung eines Teiles unserer Nation und hindert die Menschen im anderen Teil Deutschlands an der Selbstbestimmung. Auch das möchte ich noch einmal festhalten: Ohne sowjetischer Truppen in Deutschland und ohne ihre Satelliten fände die Selbstverwirklichung der deutschen Nation in Form der freien Selbstbestimmung über Nacht statt. Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall)

Und die nächste These: Um toleranter zu werden, brauche die DDR größere Selbstsicherheit. Zwischen den Zeilen ist uns zu verstehen gegeben worden, daß wir sie ihr verschaffen müßten. Meine Damen und Herren, die DDR wird niemals eine größere Selbstsicherheit gewinnen, weil ihre Selbstsicherheit an ihren eigenen Widersprüchen zerschellen muß. Sie will Nation sein und kann es nicht; sie will ein Volk umerziehen und sie schafft es nicht; sie will selbständig sein und sie bleibt - das haben wir heute gehört - ein Satellit und abhängig von der Sowjetunion. Sie ruht nicht in sich selbst, und wer nicht in sich selbst ruht, wird niemals, auch nicht mit unserer Hilfe - zu der im übrigen nicht berufen sind-, Sicherheit gewinnen. Auch das wollen wir festhalten.

(Beifall)

Nun, meine Freunde, möchte ich mich noch mit einem Satz beschäftigen, der sich mit der Staatsbürgerschaft befaßt und den unser Freund Hupka zitiert hat: Zur Erfassung der nationalen Wirklichkeit trage die Staatsbürgerschaftsfrage nichts bei. Dieser Satz ist einfach falsch. Wer aus der DDR zu uns kommt, wer von draußen zu uns kommt oder sich an eine unserer Vertretungen wendet, ist unser Staatsbürger. Er erhält unsere Rechte, er erhält unseren Schutz. Dieses Schutzverhältnis ist heute auch den jungen Menschen in der DDR selbstverständlich bekannt. Sie fühlen sich unter diesen Schutz mit gestellt. Insoweit trägt die Staatsbürgerschaft, wie wir sie verstehen, eben zur nationalen Wirklichkeit bei.

Ein letzter Satz noch, Herr Vorsitzender, so knapp die Zeit auch ist. Wir haben heute gehört, welche relative Stärke die Wirtschaft der DDR in dem RGW erlangt hat. Erstens lassen Sie mich darauf erwidern: Bei Anerkennung all ihrer Leistung und dem Stolz, der mit dieser Leistung verbunden ist, hat sie es nicht geschafft, den Abstand zu uns zu verringern. Herr Gasteyer hat dann weiter erklärt, mit dieser relativen wirtschaftlichen Stärke mache sie Politik. Daher lautet zweitens meine Frage: Warum macht der Westen mit seiner Wirtschaftskraft in Solidarität nicht auch Politik? Warum müssen wir uns

Straßenbenutzungsgebühren ungesetzlicher Art gefallen lassen und finden nicht zu einer Tat, die das verhindert?

Was ich für die Straßenbenutzungsgebühren gesagt habe, ließe sich auf viele andere Bereiche erweitern. Lernen wir daraus!

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Amrehn, Sie haben nicht nur Einsprüche zu Protokoll gegeben, sondern Dialog praktiziert. So war der Nachmittag gedacht. Dialog heißt ja nicht, daß Standpunkte geräumt werden, sondern bedeutet, daß wir unsere eigenen Standpunkte auch Einwänden aussetzen. Deshalb auch Ihnen für Ihren Beitrag Dank.

Herr Pöttering hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Als nächster spricht unser Kollege Claus Jäger. Ihm folgt der Kollege Dr. Meier.

Claus Jäger, Wangen: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wer sich die Diskussion des heutigen Tages angehört und wer den Antrag gelesen hat, den der Bundesvorstand eingebracht hat und den wir nachher sicherlich verabschieden werden, dem ist deutlich geworden, daß dieser Bundesparteitag der CDU - ihr 25. - nicht das werden wird, was sich so mancher Kommentator in der deutschen veröffentlichten Meinung von ihm erhofft hat, nämlich die Preisgabe unserer Deutschlandpolitik zugunsten einer Anbiederung an die verfehlte Politik der Bonner Koalitionsparteien.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, lassen Sie mich deshalb in wenigen Worten - wie es der Präsident angemahnt hat - auf den analytischen Teil der Rede zurückkommen, die Herr Professor Gasteyer heute morgen gehalten hat. Über die Schlußfolgerungen, die er gezogen hat, ist Vieles und Richtiges gesagt worden. Aber drei Punkte seiner Analyse bedürfen noch einer kurzen Betrachtung.

Er sagte zunächst, die Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR innerhalb des Warschauer Paktes gehe nicht über das hinaus, was alle anderen Armeen dieses Warschauer Paktes als Aufgabe zugewiesen bekommen hätten.

Ich stelle hier fest: Dies ist so nicht richtig, und es ist unvollständig.

Die Nationale Volksarmee bekommt - das wissen wir genau - eine klare Erziehung zum Angriff, eine Ausbildung zur Fähigkeit zum Angriff aus dem Stand. Die Nationale Volksarmee wird ergänzt durch ein Heer der sogenannten Betriebskampfguppen von beinahe einer halben Million, die heute bereits mit mittelschweren Waffen ausgerüstet sind und die im Ernstfall in der Lage sind, einen großen Teil der Aufgaben zu übernehmen, die in anderen Staaten die Armeen als Territorialverteidigung wahrzunehmen haben.

Schließlich ist durch den Vertrag mit der Sowjetunion die weltweite totale Verfügbarkeit der Nationalen Volksarmee im Einsatz in einer Art und Weise festgeschrieben worden, die dazu berechtigen würde, zu sagen: Hier hat sich die Sowjetunion ein Instrument geschaffen, das man eigentlich nur noch als Fremdenlegion bezeichnen könnte.

(Vereinzelt Zustimmung)

Der zweite analytische Punkt: Einer der entscheidenden Vorteile der Wirtschaft der DDR ist heute früh unerwähnt geblieben. Das ist die De-facto-Mitgliedschaft der DDR in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Milliardenvorteile für den Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik, die allein daraus jedes Jahr entstehen, können gar nicht errechnet werden.

Sollten wir nicht einmal überlegen, ob angesichts dieser enormen Vorteile die Wirtschaftspraktiker der DDR an Forderungen, die heute da oder dort erhoben werden, die DDR auch völkerrechtlich anzuerkennen, nicht überhaupt desinteressiert sind, weil damit doch an der innerdeutschen Zonengrenze die Wirtschaftsgrenze herunterginge und weil die DDR kaum in der Lage wäre, diesen Verlust selber auszugleichen? Hätten wir nicht alles Interesse anzunehmen, daß wir, von daher gesehen, auch im Interesse der Menschen drüben verpflichtet sind, daß diese DDR in den Augen unserer Freunde und Verbündeten im Westen deutsches Inland bleibt und nicht zum Ausland wird?

Der letzte Punkt: Es ist in diesem Referat die ideologische Komponente zu kurz gekommen. Glaubt denn irgend jemand, daß die SED - auch nach Ulbricht - den Anspruch auf eine Wiedervereinigung Deutschlands unter sozialistischem Vorzeichen - und sei es auch über die Vorstufe einer Bundesrepublik Deutschland als eines sozialistischen Staates - aufgegeben hätte? Erinnern wir uns doch an das Wort Erich Honeckers: Der Sozialismus wird auch um die Bundesrepublik herum keinen Bogen machen. Und erinnern wir uns an die Sätze im neuen Parteiprogramm der SED, in denen der Anspruch auf die Verwirklichung des Sozialismus in allen europäischen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland unüberhörbar deutlich gemacht wird.

Dann, wenn wir dies alles zusammennehmen, wissen wir: Wir haben es nach wie vor mit einer offensiven, mit einer aggressiven Politik zu tun, für die Bundesrepublik Deutschland ein Gegenstand ihrer weltrevolutionären Pläne ist.

(Vereinzelt Zustimmung)

Und nicht bloß die Worte sind es; meine lieben Freunde, schauen wir uns doch die Wirklichkeit an! Diese Bundesrepublik hier wird mit jährlich 100 Millionen DM, die dazu noch aus Mitteln stammen, die wir ihnen selber geben, dazu gebracht, daß durch die Unterminierung durch kommunistische Gruppen in den Betrieben, an den Hochschulen, in der Bundeswehr, in den Behörden dieser Staat von innen heraus zu einem sozialistischen umfunktioniert werden soll. Kann denn angesichts dieser massiven Praktiken übersehen werden, daß wir uns in einen Kampf auf Leben und Tod um die Freiheit in dieser Bundesrepublik befinden und nicht nur um die Freiheit der Deutschen drüben? Beides gehört zusammen. Bewahren wir uns die Freiheit hier in der geistigen Auseinandersetzung; dann erhalten wir die Hoffnung für 17 Millionen Deutsche aufrecht.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger!

Ich muß jetzt leider die sanfte Verhandlungsführung aufgeben und jeweils nach fünf Minuten etwas energischer schellen, damit wir noch möglichst vielen Diskussionsrednern zu ihrem Recht verhelfen.

(Zustimmung)

Das Wort hat jetzt Herr Meier; ihm folgt Frau Kuppe.

Dr. Hellmut Meier: Liebe Parteifreunde! Wir diskutieren jetzt den Antrag des Bundesvorstandes; daß dieser im Augenblick zu schwach vertreten ist, hat sicherlich nichts damit zu tun, daß er ihn nicht selber auch vertritt, denn sonst hätte er ihn nicht vorgelegt.

Ich möchte anfangs etwas zu den Ausführungen von Professor Ménudier sagen. Er hat etwa zum Ausdruck gebracht, das Wirken der Systemkritiker in den Oststaaten sei durch die Ostverträge der deutschen Bundesregierung möglich geworden. Das halte ich für eine völlig falsche Darstellung, und durch die Reaktion des vor mir sitzenden Ludek Pachmann habe ich sehr deutlich gespürt, daß er als einer der unmittelbar Betroffenen dieser Aussage niemals zustimmen kann.

(Teilweise Beifall)

Wir alle wissen, daß längst vor diesen Ostverträgen der Widerstand gegen das System in den Ländern des Ostens - am 17. Juni 1953 in der DDR, im Oktober 1956 in Ungarn und nicht zuletzt im Prager Frühling von 1968 - möglich war; er kam auf, ehe die Ostpolitik der Bundesregierung angeblich für ihn Möglichkeiten geschaffen hat.

(Teilweise Beifall)

Nun ein paar erklärende Worte zu der Vorlage des Bundesvorstands, die wir nachher sicherlich - ich hoffe das - einstimmig annehmen werden, denn hier wird zum Ausdruck gebracht, was hier oben steht: Unsere Verantwortung für Deutschland - selbstverständlich für ganz Deutschland.

Im Antrag heißt es auf der ersten Seite:

"Wir erstreben für Europa eine Friedensordnung, die allen Völkern ein gleiches Maß an Sicherheit gibt..."

Das ist sicherlich richtig, und wir alle wissen, was damit gemeint ist. Aber ich finde, hier sollte deutlich gemacht werden, daß dieser Begriff "Sicherheit" allein nicht genügt, sondern daß es um die Freiheit dieser Friedensordnung für Deutschland und für die europäischen Völker geht.

(Vereinzelt Zustimmung)

Denn eine Friedensordnung mit Sicherheit könnte auch die Sowjetunion nach ihren Vorstellungen schaffen.

Ein zweites Wort: Es heißt auf der zweiten Seite:

"Wir werden uns für diese Angehörigen unseres Volkes besonders einsetzen, deren Leben sehr viel mehr beengt und belastet ist als das unsere."

Wir, die wir drüben unter diesem System haben leben müssen, wissen natürlich, was damit gemeint ist. Aber es könnte ja auch falsch verstanden werden; lassen Sie mich aus der Sorge um dieses etwaige falsche Verständnis dazu bitte etwas sagen.

Ich finde, hier wird etwas verglichen, was man nicht vergleichen kann. Es geht hier nicht um etwas mehr oder etwas weniger Druck und Beengung, sondern um etwas völlig anderes.

(Teilweise Beifall)

Unter diesem System zu leben ist nicht vergleichbar mit den Lebensumständen in unserem freiheitlich-sozialen Rechtsstaat.

(Beifall)

Es trifft selbstverständlich zu, daß die Menschen unter Druck und Beengung leben müssen. Dieser Druck wird durch die sowjetischen Machthaber und ihre Erfüllungsgehilfen ausgeübt. Aber sie leiden zum Teil auch unter dem, was sie an westlichen Reaktionen erleben. Ich darf an eine Äußerung des verstorbenen Generalsekretärs der FDP, Hermann Flach, im Bundestag im Februar 1973 erinnern. Ich zitiere:

"Es ist eine größere patriotische Tat, die Wirklichkeit zu sehen, als weiter Illusionen über den Fortbestand einer Nation nachzuhängen."

Wenn ein Bundestagsabgeordneter den Auftrag seiner Verfassung so lässig, so fahrlässig auslegt, kann man dazu kaum ein anderes Wort als Ablehnung aussprechen. Es gibt eine logische Linie von der Theorie des "Wandels durch Annäherung" von Herrn Bahr über diese Äußerung zu dem Gaus-Zitat über die Möglichkeiten der Wandlungsfähigkeit in Sachen deutsche Staatsbürgerschaft. Zu diesem Thema möchte ich auf ein Wort von Propst Krüger in Berlin hinweisen, der gesagt hat:

"Der Abschluß des Grundvertrages war eine der schwärzesten Stunden der deutschen Nachkriegsgeschichte, denn hier hat Breschnew über Bismarck gesiegt."

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Meier! - Das Wort hat nun Frau Kuppe; ihr folgt Herr Dr. Czaja. Bitte sehr, Frau Kuppe!

Frau Margarethe Kuppe: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Vorteil, sehr spät zu sprechen; insofern kann ich mir sehr viel von dem ersparen, was ich auf dem Herzen hatte, als ich mich in dieser Debatte zu Wort meldete.

Ich danke vielen meiner Vorredner für Ihre Ausführungen, vor allen Dingen meinem Landsmann Dr. Herbert Hupka. Ich möchte nur noch wenige Gedanken anfügen. Zunächst möchte ich meinen Dank dafür sagen, daß die CDU-Parteiführung und die CDU-Fraktion den Mut besessen haben, die Menschenrechtskämpfer bei uns in der Bundesrepublik zu empfangen, zu ehren und mit ihnen zu sprechen.

(Beifall)

Leider ist das im freien Europa nicht überall selbstverständlich. Bei uns soll es selbstverständlich sein und bleiben. Wir müssen uns vor allen Dingen dessen bewußt sein, wie viel wir diesen Menschen verdanken. Wenn heute der Geist, für die Menschenrechte zu kämpfen, ein globaler wird und sich immer mehr in den Vordergrund drängt, so daß die totalitären Staaten, wo auch immer, vor allem die des Ostens, in die Defensive geraten, dann verdanken wir es dem Todesmut dieser Männer. Hier soll auch der Name Brüsewitz nicht vergessen sein.

Mein erstes Anliegen an Sie alle ist folgendes. Nennen wir sie nicht

Dissidenten! Dieser Name stammt aus dem Ostblock und hat mit Absicht etwas Sektiererisches an sich. Nennen wir sie auch nicht Bürgerrechtler! Die Bürgerrechte sind nur ein Teil dessen, wofür sie kämpfen. Hier kämpfen Menschen mit Geist und Seele und Herz um das Recht des Menschen gegenüber einem menschenfeindlichen totalitären System. Nennen wir sie darum Kämpfer für die Menschenrechte!

(Beifall)

Ein Zweites: Sie sind ein Beispiel dafür, daß Realität nicht gleich Realität ist. Der deutsche Name dafür heißt Wirklichkeit. Für die Deutschen ist hier das Feld des Wirkens, das Feld des Wollens und des Gestaltens. Hier ist die Zukunft für uns offen. Diese Menschen, die sich vor der Realität des gigantischen Machtapparats der totalitären sozialistischen Staaten nicht fürchten, zeigen uns auch, daß wir kein Recht zu dieser Furcht haben, schon gar nicht, wenn es darum geht, Menschenrechte durchzusetzen.

Ein weiterer Gedanke, meine sehr geehrten Parteifreunde: Hier wurde immer wieder gesagt, wir schreiben die Menschen in Mitteldeutschland nicht ab. Dann tun wir auch endlich einiges mehr dafür als das, was bisher dafür getan wurde. Stellen wir uns zum Beispiel vor, mit welchen Augen diese Menschen unsere Darbietungen im Fernsehen sehen, mit welchen Augen sie auch die Deutschlandkarten - oder soll man sagen, die Karten deutscher Gebiete - in der Tagesschau sehen. Sie müssen sich ja abgeschrieben vorkommen. Dazu kommt, daß weder das Verfassungsgerichtsurteil vom 31.7.1973 noch das Verfassungsgerichtsurteil vom 7.7.1975 den Fernsehanstalten das Recht geben, sich über diese Urteile hinwegzusetzen, sondern daß sie Deutschlandkarten verwenden müssen, die diese Namen nicht verdienen.

(Beifall)

Treten wir dafür ein, daß sich diese Menschen auch hier mit angesprochen fühlen.

Ein Letztes: Frau Professor Dr. Noelle Neumann hat auf der Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung in Felbach ausgeführt, daß man untersucht habe, was die Deutschen unter Freiheit verstehen. 80 % des deutschen Volkes haben, was immer man ihnen an Degradierungen des Menschen, der Menschlichkeit und ihres Volkes geboten hat, als den ersten Ausdruck der Freiheit die Wahrung der Menschenwürde bezeichnet. Ich meine, auch dies ist ein Zeichen, das uns hoffen heißt, daß uns die Wirklichkeit wieder Chancen für Einheit, Freiheit und Menschlichkeit gibt.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kuppe, für Ihren engagierten Beitrag.

Das Wort hat jetzt Herr Czaja. Ihm folgt Herr Martin.

Dr. Herbert Czaja: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich zu der - leider richtigen - Analyse von Professor Erdmann über die Diskrepanz von Verfassungswirklichkeit und dem, was ein Teil deutscher Historiker als historisch-politische Wirklichkeit bezeichnet, ein Wort sagen.

Es handelt sich um die Verfassungswirklichkeit und nicht um eine Nomenklatur. Warum sind so viele deutsche Historiker anderer Meinung? Deshalb, weil man über den Sinn und Inhalt dessen, was Wirk-

lichkeit ist, anderer Auffassung ist.

Für mich, meine Damen und Herren, sind der Eiserne Vorhang, das Unrecht in der DDR, das Unrecht an Deutschen und an Nichtdeutschen jenseits von Oder und Neiße nicht eine dauerhafte historische Wirklichkeit, sondern eine Krankheit, eine gefährliche Verbildung der Wirklichkeit, die schrittweise mit friedlichen Mitteln zu beseitigen ist.

Herr Professor Erdmann wird - und ich wäre froh, wenn er es seinen Historikern sagen würde - in den 125 Jahren polnischer Teilung nicht einen einzigen Historiker finden, der in dieser Zeit den Untergang Polens und die Teilung Polens als historisch-politische Wirklichkeit festgeschrieben hätte, nicht einen einzigen! Dies sollte auch für unsere deutschen Historiker gelten. Der Appell von Herrn Walden an die Eltern ist nur dann berechtigt, wenn auch die Historiker, wenn auch die Schule, wenn auch der Deutschunterricht, wenn auch der Geschichtsunterricht das ihre dazu beitragen, um die Menschenwürde, die Menschenrechte und die Rechte der Nation zu vertreten und zu verteidigen.

(Beifall)

Einige wenige Bemerkungen zu unserem zu verabschiedeten Papier. Es enthält unter anderem den Satz von den Gesprächen und Verhandlungen mit den Ostblockstaaten. Man muß diesen Satz - das möchte ich unterstreichen - im Gesamtpapier mit drei Komponenten zusammen sehen.

Erstens - ich traue mich fast nicht, diese Binsenwahrheit zu sagen, aber man muß sie angesichts der Ostpolitik der sozialistisch-liberalistischen Koalition sagen: Bei Verhandlungen muß wieder gewagt werden, berechnete deutsche Interessen und Rechte, aber auch die berechnete Durchsetzung von Menschenrechten zu vertreten. Das hat die SPD/FDP-Koalition leider nicht getan.

Zweitens: Bei Verhandlungen muß wieder der Satz eine entscheidende Rolle spielen: keine Leistung ohne angemessene Gegenleistung auch für die Menschen und für die Nation. Wir brauchen einen operativen Kalender von Leistung und Gegenleistung, wo jede weitere Stufe der Leistung nur dann eintritt, wenn von der anderen Seite auch im Humanitären angemessene Gegenleistung geboten worden ist.

Drittens: Bei Verhandlungen darf es keine Preisgabe der historisch gewachsenen Zusammengehörigkeit der Menschenrechte und der Fundamente des Grundgesetzes geben.

Diese drei Punkte sollten für alle Verhandlungen, die hier angesprochen sind, wesentlich sein.

Lassen Sie mich schließlich noch einen spezifischen Wunsch der Mitwirkung auch der Ostdeutschen an einem unverkürzten Geschichts- und Nationalbewußtsein äußern. Im Auf und Ab der deutschen Präsenz ist der Eiserne Vorhang und ist die Oder-Neiße-Linie nicht die letzte Antwort des Zusammenlebens der Deutschen hier und dort und des Zusammenlebens der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn in einem freien föderalen Europa. Wir brauchen einen anderen Ausgleich für die enge Zusammenarbeit in Freiheit als nur Besucherkontakte mit kommunistisch überwachten Menschengruppen und kurzen Kontakten mit Kaufleuten und Technikern. Es kann nicht letztes Schicksal Osteuropas sein, nur hohe Warenkredite und Technologien vom Westen zu beziehen und eigene konstruktive Kraft in hoffnungsloser Planwirtschaft zu begraben. Es kann nicht das Schicksal des Ostblocks sein, in totalitärer Diktatur am Rande des Existenzminimums zu leben. Da-

zu gehört auch eine enge Zusammenarbeit der Deutschen vor Ort. Auch diejenigen Deutschen, die aus dem Osten stammen, wollen dieses Mitdenken und Mitwirken in Achtung vor der Würde des Nachbarn, aber auch ohne Preisgabe berechtigter deutscher Interessen. In diesem Sinne muß unser gemeinsames Ziel - dies hat auch Ludek Pachman richtig verstanden - die freie Heimat für Deutsche und Nichtdeutsche in einem freien föderalen Europa sein.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsident: Lieber Herr Czaja, auch Ihnen wie schon Herrn Hupka unser Dank für Ihren oft leidenschaftlichen Einsatz für alle unsere Mitbürger, die das Schicksal der Vertreibung erlitten haben!

Als nächster hat Herr Martin vom Landesverband Rheinland-Pfalz das Wort.

Albrecht Martin, Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sprechen an diesem Tag von unserer Verantwortung für das ganze Deutschland, indem wir die Frage nach der Nation neu stellen. Es wäre merkwürdig, ja es würde gegen unsere Bereitschaft zur Diskussion sprechen, wenn wir nicht zugestehen wollten, daß die Frage in der Tat neu gestellt werden muß, und daß wir nach Antworten suchen müssen. In dieser Diskussion müssen wir z.B. auch die Stimmen der französischen Freunde hören.

Als ein Ergebnis dieser Diskussion dürfen wir wohl herausstellen, daß von der Nation nur der in der richtigen Weise spricht, der zugleich von der Freiheit spricht. Gerade die Geschichte des uns benachbarten französischen Volkes zeigt, daß das Streben nach Freiheit und der Einsatz für die Freiheit geradezu ein Volk erst zur Nation macht und damit zur politischen Wirksamkeit führt. Die Völker Europas wurden zu Nationen, indem sie für die Freiheit eintraten, außenpolitisch, aber auch - und das ist die wichtigere Seite - innenpolitisch.

Nach diesem Tag wird in der politischen Diskussion in der Bundesrepublik niemand mehr ernsthaft von dem nationalen Anliegen der Deutschen sprechen können, der nicht zugleich deutlich macht, daß er damit von der Forderung nach Freiheit für alle Deutschen spricht.

(Zustimmung)

Ebenso wird nur derjenige verbindlich von Freiheit reden können, der zugleich deutlich macht, daß innerhalb Europas Völker nur dort frei sind, wo man ihnen die Möglichkeit gibt, als Nation ihren politischen Weg in eigener Verantwortung zu gestalten.

Aber damit ist auch ein weiteres deutlich: Wer von der deutschen Nation, vom Recht der Deutschen spricht, der spricht nicht in erster Linie von Rechtsstandpunkten, sondern davon, daß er für die Freiheit aller Deutschen eintritt. Die Nation wird überall dort bedroht, wo diese Freiheit nicht mehr bis ins letzte ernst genommen wird.

Ich halte es für eine gefährliche Verkürzung, den Nationalsozialismus etwa nur als eine Überspannung des Nationenbegriffs zu verstehen. Nein er ist wie jede andere Ideologie vom Ansatz her die Zerstörung der Nation, weil er keinen Raum für Freiheit lassen kann.

(Zustimmung)

Das sollten wir heute deutlich herausstellen, weil es uns auch gegenüber einer Welt, in der viele Völker heute erst im Begriff sind, den

Weg zu einer Nation zu gehen, unglaublich machen würde, wenn wir von der Nation ohne von der Freiheit einer Nation sprechen wollten.

Von seiten unserer politischen Gegner ist gesagt worden, es bestehe ein Widerspruch zwischen unserem Engagement für Europa einerseits und unserem Fragen nach der deutschen Nation und ihrem Recht auf Freiheit andererseits. Meine Damen und Herren, wir sind für Europa, weil wir ein freies Europa wollen, in dem sich die Nationen in freier Selbstbestimmung frei entfalten können und damit jedem einzelnen die Möglichkeit freier Lebensgestaltung eingeräumt wird.

Wir sollten also auch in der Diskussion der nächsten Wochen und Monate deutlich machen, daß derjenige, der nach der deutschen Nation fragt, nicht rückwärts gewandt denkt, sondern vorwärts gewandt argumentiert und plant und daß er bei seinem nationalen Denken und Anliegen alles dem großen Ziel unterordnet, das dieser Welt - davon bin ich überzeugt - heute mehr denn je gesetzt ist, nämlich allen Menschen und allen Völkern, auch diesem deutschen Volk in seiner nationalen Zusammengehörigkeit, die Möglichkeit der freien Entfaltung zu gewähren.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Martin!

Meine Damen und Herren, heute nachmittag ist in Straßburg eine wichtige Entscheidung gefallen: Das Europäische Parlament hat einen neuen Präsidenten gewählt, und zwar ist gewählt worden unser Freund Emilio Colombo, langjähriger Minister und Ministerpräsident Italiens.

(Beifall)

Darf ich vorschlagen, daß ihm der 25. Bundesparteitag der CDU ein Glückwunschtelegramm zu dieser Wahl, die im dritten Wahlgang erfolgt ist, übermittelt und ihm zugleich für die gemeinsame Aufgabe in einer schwierigen und wichtigen Phase - vor der Direktwahl zum Europäischen Parlament - alle guten Wünsche ausspricht?

(Beifall)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

Wir sind nun in einer schwierigsten Geschäftslage. Jeder Parteitag muß sein Programm wenigstens in etwa einhalten.

(Beifall)

Ich möchte mich sehr herzlich bei denjenigen Delegierten bedanken - und das sind eine ganze Reihe -, die inzwischen ihre Wortmeldungen zurückgezogen haben. Die 15 Freunde, die jetzt noch auf der Rednerliste stehen, bitte ich um Verständnis, wenn ich jetzt dem Parteitag vorschlage, die Verhandlungen an dieser Stelle zu unterbrechen und morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

(Beifall)

Ich bedanke mich sehr, meine Damen und Herren.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag 17.1, d.h. über den Antrag des Bundesvorstandes zur Deutschlandpolitik. Ich bitte

die Delegierten, ihre Plätze einzunehmen.

(Zuruf)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr von Bismarck vom Landesverband Schleswig-Holstein.

Alexander von Bismarck: Meine Damen und Herren, ich verstehe ja, daß der Parteitag auf morgen vertagt werden soll. Aber ich verstehe nicht, daß jetzt über den Antrag des Bundesvorstandes abgestimmt werden soll. Ich war noch einer derjenigen auf der Rednerliste, die gegen diesen Antrag sprechen wollten, die heute nicht mehr und morgen eventuell die Gelegenheit dazu erhalten sollen, obwohl darüber heute schon abgestimmt worden ist.

Ich möchte deshalb, wenn die übrigen Redner morgen zu Wort kommen sollten, darum bitten, dann auch die Abstimmung über diesen Antrag auf morgen zu vertagen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das ist ein Mißverständnis. Mein Vorschlag im Namen des Parteitagepräsidiums beinhaltete den Vorschlag: Schluß der Debatte. Ich habe dem Beifall entnommen, daß Sie damit einverstanden sind. Wenn Zweifel bestehen, bitte ich, jetzt darüber abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Stoltenberg!

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da es in der Tat Zweifel gibt, wie die Reaktionen zeigen, möchte ich darauf verweisen, daß wir morgen vormittag über einen wichtigen Antrag des Bundesvorstandes zu unserer künftigen Parteiarbeit zu beraten und zu beschließen haben. Dazu liegt eine große Anzahl von Anträgen aus dem Kreis der Delegierten vor. Nachdem wir heute den ganzen Tag zu Recht und, wie ich glaube, in einer eindrucksvollen Form Fragen der Deutschlandpolitik behandelt haben, müssen wir morgen vormittag drei bis vier Stunden Gelegenheit haben, Fragen unserer Parteiarbeit insgesamt und kurz auch einige Themen der Innenpolitik zu behandeln.

Mit dieser Begründung möchte ich den Antrag des Präsidenten, daß wir jetzt Schluß der Debatte beschließen und abstimmen, ausdrücklich unterstützen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Stoltenberg! Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß dieser Antrag gegen wenige Stimmen mit großer Mehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag 17.1. Sie haben das Votum der Antragskommission gehört. Die Antragskommission hat Annahme des Antrags empfohlen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. - Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß der Antrag gegen

2 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung mit Mehrheit angenommen worden ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir morgen pünktlich um 9 Uhr beginnen und daß um 9 Uhr der Generalsekretär Dr. Heiner Geißler den Antrag des Bundesvorstandes zur Arbeit der Bundespartei in dem vor uns liegenden Zeitraum begründen wird. Ich bitte Sie um pünktliches Erscheinen.

Meine Damen und Herren, ehe ich nun die Sitzung schließe, lassen Sie mich schon außerhalb der Tagesordnung für die rheinische CDU eine herzliche Einladung zu einem Empfang aussprechen, den wir hier im Hause hinter Ihnen im Foyer und im Restaurant dieser Stadthalle jetzt für Sie geben wollen. Wir laden Sie zu Altbier und einem rheinischen Buffet ein. Wir haben keine großen Darbietungen geplant. Das hat seinen Grund. Der Kalender im Rheinland ist sehr besetzt mit geselligen und fröhlichen Jahreszeiten. Diese nehmen wir hier sehr ernst. Es gibt nur wenige Pausen. In einer dieser Pausen leben wir gerade. Erwarten Sie deshalb nicht - wie vor sechs Jahren hier in der Halle - einen karnevalistischen Abend. Karneval haben wir gerade hinter uns. Vor uns liegen die Schützenfeste und die Kirmesveranstaltungen. Dann haben wir schon fast wieder den Anschluß an die nächste Karnevalssaison. Wir leben jetzt in einer Pause, in der wir aber nicht zur Trübseligkeit verpflichtet sind, ganz im Gegenteil.

Ich bitte Sie, heute abend selber dazu beizutragen, daß wir nach zwei Tagen harter Arbeit hier im Plenum dieses Bundesparteitages fröhlich, wie es bei der CDU üblich ist, noch einige Stunden zusammen sein können. Herzlich willkommen zu Altbier und zum rheinischen Buffet hinter Ihnen im Foyer und im Restaurant der Stadthalle!

(Beifall)

(Schluß: 19.15 Uhr)

Dritter Verhandlungstag  
Mittwoch, 9. März 1977  
5. Plenarsitzung  
Beginn: 9.20 Uhr

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere letzte Plenarsitzung dieses 25. Parteitages und heiße Sie alle willkommen. Ich hoffe, daß Sie eine gute Nacht gehabt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben die Gelegenheit, zwei Delegierten Geburtstagsglückwünsche auszusprechen. Ich weiß nicht, ob noch mehr Geburtstagskinder im Saal sind; für alle darf ich stellvertretend dem Delegierten Willy Engelbreit aus Rheinland-Pfalz zum 54. Geburtstag

(Beifall)

und dem Delegierten Wilhelm Droste aus dem Rheinland zum 44. Geburtstag herzliche Glückwünsche aussprechen.

(Beifall)

Ehe wir beginnen, noch zwei technische Durchsagen. Einmal werden die Mitglieder der Stimmzählkommission gebeten, vor ihrer Abreise noch einmal ins Organisationsbüro zu kommen. Zweitens hat die Delegierte von Schleswig-Holstein, Frau Sterzel, die schwarze Tagungstasche verloren. Vielleicht wurde diese Tasche versehentlich von jemand mitgenommen. Es wird gebeten, sie im Organisationsbüro abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 18:

Antrag des Bundesvorstandes zum Arbeitsplan 1977. Dazu erteile ich dem Generalsekretär, Herrn Dr. Heiner Geißler, das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Ihnen vom Bundesvorstand vorgelegte Antrag ist ein Antrag des alten Bundesvorstandes, ein Antrag der noch unter der Verantwortung meines Vorgängers, Kurt Biedenkopf, erarbeitet worden ist. Ich möchte diese Tatsache zum Anlaß nehmen, meinem Vorgänger, Kurt Biedenkopf, an dieser Stelle auch meinen herzlichen Dank für den Erfolg zu sagen, mit dem er das Amt des Generalsekretärs geführt hat; es ist ein Erfolg für unsere Partei gewesen.

(Beifall)

Ich möchte ihm auch - obwohl er noch nicht da ist; ich nehme an, daß er im Moment die Antragskommission leitet - persönlich für die gute Zusammenarbeit danken, die ich als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission bei der Vorbereitung des Mannheimer Parteitages, aber auch als Vorsitzender eines Bundesfachausschusses mit ihm gehabt habe. Ich freue mich sehr darüber, daß diese Zusammenarbeit jetzt noch stärker werden kann.

Meine Damen und Herren! Der Deutschlandtag gestern hat unsere Verantwortung für Deutschland eindrucksvoll dokumentiert.

Ich möchte Ihnen gleich einen Arbeitsvorschlag machen. Ich rege an, daß wir die Reden und die Diskussionsbeiträge, die gestern von den Delegierten, aber auch von den geladenen Gästen gehalten bzw. geleistet worden sind, in einer Zusammenfassung drucken und breit gestreut an unsere Parteimitglieder übersenden.

(Beifall)

Ich möchte den Delegierten dieses Bundesparteitages - dies kann ich sicher auch im Namen des Vorstandes und des Präsidiums sagen - den Dank für die Fairneß, die Offenheit und das aktive Interesse abstellen, welche sie bei der Behandlung des ernstesten und sehr wichtigen Themas von gestern an den Tag gelegt und auch angesichts der Tatsache gezeigt haben, daß wir den Mut gehabt haben, auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union kontroverse Meinungen zu Wort kommen zu lassen.

(Zustimmung)

Im Beschluß des Parteitages heißt es:

"Wir werden die weltanschaulich-politische Auseinandersetzung, zu der uns die kommunistische DDR-Führung herausfordert, offensiv führen."

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Durch das Beispiel eines freiheitlichen und sozial gerechten Staates, einer offenen, menschlichen Gesellschaft werden wir die DDR herausfordern müssen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf die ansteckende Wirkung der Idee der Freiheit.

(Beifall)

Das Argument von Recht und Freiheit durchbricht die Mauern der Mächtigen und die Herrschaftsideologie der Funktionäre. An der Nahtstelle zum totalitären Kommunismus werden wir den Nachweis zu liefern haben, daß die parlamentarische Demokratie ungebrochen ist und die Probleme unserer Zeit sachgerecht und menschengerecht lösen kann.

Der Christlich Demokratischen Union wird immer vorgeworfen, sie vertrete einen blinden Antikommunismus. Meine Damen und Herren, hierzu ein klares Wort: Die Gegnerschaft zum Kommunismus ist für uns nicht der Ersatz, sondern die Bedingung einer freiheitlichen und sozialen Politik.

(Beifall)

Das heißt: Wir haben politisch mehr zu bieten als "eine plakative Umkehrung des Feindbildes", wie Professor Erdmann es gestern formuliert hat.

Die geistige, ideelle, verfassungsrechtliche Überlegenheit unserer Staatsordnung muß aber durch die Qualität unserer praktischen Politik für die Bürger ergänzt werden. Das heißt: Neben den grundsätzlichen Vorrang, den unsere Staatsordnung besitzt, muß der Vorzug treten, den die Menschen in freier Entscheidung unserer Politik deswegen geben, weil wir die komplizierten Probleme dieser Gesellschaft besser lösen können als die anderen.

(Beifall)

Wir haben daher auch die Chance, mit unserer Politik stellvertretend für andere Länder den Nachweis zu führen, daß auch entwickelte Industriegesellschaften an der Schwelle des dritten Jahrtausends freiheitlich regiert werden können. Wir sollten nicht verkennen, daß diese Aufgabe unsere ganze geistige und moralische Kraft beansprucht.

Der Bundesvorstand beantragt daher, daß die Partei durch die Diskussion des Grundsatzprogramms ihre prinzipielle politische Position bis zum nächsten Parteitag abklärt und sich in ihrer praktischen Politik auf die Vorbereitung der Europawahlen und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Energieversorgung und Umwelt, Entwicklungspolitik und Deutschlandpolitik konzentriert.

Welche Bedeutung hat unsere Diskussion über das Grundsatzprogramm? In dem Buch "Französische Demokratie" des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing finden wir einen Satz, der auch für die Deutschen, der für alle Europäer gelten könnte:

"Die Franzosen von heute haben Schwierigkeiten, die Gesellschaft, in der sie leben, zu verstehen. Das Tempo der Veränderungen, die die Gesellschaft durchmachte, der widersprüchliche Charakter der Ergebnisse, zu denen diese Veränderungen führten, und die Unfähigkeit der herkömmlichen Ideologien, den Menschen Perspektiven zu bieten, erklären diese Ratlosigkeit."

Fragen wir uns, ob wir nicht selbst von dieser Ratlosigkeit befallen sind, auch unsere Bürger in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Konfrontation zwischen Ost und West hält unvermindert an. Die Spannungen im Nahen Osten und das Kartell der Erdölproduzenten bedrohen die Lebensfähigkeit der westeuropäischen Wirtschaft. Die Verteilungskonflikte im Innern und nach Außen haben sich verschärft.

Zu den großen Paradoxien unserer Zeit gehört, daß es überall in der Welt an helfenden Händen fehlt, zugleich aber Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, keine Arbeit finden. Dieser Zustand ist unbefriedigend. Das große Problem unserer Zeit, die Arbeitslosigkeit, kann daher, davon bin ich überzeugt, nicht im nationalen Rahmen gelöst werden.

Dies gilt auch für die Probleme der zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit. Bis zum Beginn der 90er Jahre wird sich die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluß von jetzt 1,75 Millionen auf ca. 5 Millionen erhöhen. Dies bedeutet, daß 65% der Hochschulabsolventen keine Chance auf einen Beruf haben, der ihren Vorstellungen entspricht. Die Arbeitslosigkeit bei den Akademikern werden dann Haupt- und Realschüler ausbaden müssen. Wir werden, wenn wir nichts dagegen unternehmen, in unserer Gesellschaft einen Verdrängungswettbewerb von oben nach unten bekommen. Meine Damen und Herren, es darf nicht sein - das wird unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren erfordern -, daß wir uns von einem Volk der Aufsteiger in den 50er und 60er Jahren zu einem Volk der Absteiger in den 70er und 80er Jahren entwickeln.

(Beifall)

Aber das ist nicht alles. Nach den Analysen des Instituts für Demoskopie in Allensbach haben sich seit Mitte der 60er Jahre die Wertvorstellungen der Deutschen tiefgreifend verändert. Die materielle Entwicklung seit 1945 und der soziale Fortschritt, der damit ver-

bunden war, haben nicht dazu geführt, daß sich die Menschen glücklicher fühlen. Auch dies muß uns nachdenklich stimmen. Wir haben ein Bruttosozialprodukt von mehr als einer Billion D-Mark, und trotzdem leben in unserer Gesellschaft 6 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter dem Sozialhilfeniveau.

Im Sozialbereich explodieren auf der anderen Seite die Kosten. Wenn sich die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung exponential so weiterentwickeln wie in den Jahren 1974 und 1975, dann wird in 20 Jahren der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung 79% der Bruttoeinkommen betragen, ohne daß wir deswegen einen entsprechenden Fortschritt im Gesundheitswesen gewärtigen könnten. Zugleich müßten wir bei gleichbleibender Geburtenrate mit Beitragssätzen für die Rentenversicherung von 30 bis 35% rechnen. Dies kann nicht zusammengehen.

Mit diesen Tatsachen, mit diesen Problemen, mit diesen Widersprüchen werden unsere Bürger Tag für Tag konfrontiert. Sie fragen sich, wie es soweit kommen konnte, und sie fragen sich, wie es weitergehen soll. Das heißt, die Bürger haben angesichts dieser Widersprüche das Bedürfnis nach einer umfassenden Perspektive, nach einer Gesamtschau, die in die Zukunft weist. Andernfalls besteht die große Gefahr, daß sie sich den alten Ideologien zuwenden und dann zu spät feststellen, daß ihnen diese Ideologien nicht helfen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns ein Fazit ziehen: Die Erklärungen unserer gegenwärtigen Konflikte und Probleme an Hand der alten Gegensätze Kapitalismus und Sozialismus, im Sinne von links und rechts, von fortschrittlich und reaktionär, vom angeblich unüberwindlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit sind untauglich, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

Gleichwohl haben die alten Ideologien ihre Attraktivität für viele Menschen offenbar nicht verloren. Die Zahl der Kommunisten in Europa steigt. Eurokommunismus und Volksfront sind zur großen Gefahr für das westliche Europa geworden. Millionen von Menschen in Europa sehen offenbar in dieser Ideologie das Heil ihrer Welt. Das ist doch aber im Grunde ein Aberwitz der Geschichte.

(Beifall)

Lassen Sie mich zu den Widersprüchlichkeiten marxistischer Theorie und Praxis, die gestern schon dargestellt wurden, noch einen entscheidenden Widerspruch hinzufügen, - auch an die Adresse unserer europäischen Mitbürger: Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die zentrale Forderung des Marxismus als eine Bedingung für die Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen, diese Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln hat doch dort, wo dies durchgeführt wurde, nicht zur Befreiung der Menschen geführt, nicht zu mehr Glück, zu mehr Freiheit, sondern hat zu einer neuen grausamen Form der Ausbeutung durch eine neue Klasse, durch die Parteibürokratie geführt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ausgebeutet wird der Arbeiter doch nicht in Frankreich oder in Deutschland, in Westeuropa, ausgebeutet wird der Arbeiter im alten klassischen Sinne des vorenthaltenen Lohnes in der

DDR, in der Sowjetunion, in Polen und in der Tschechei. Dies ist die Wahrheit.

(Beifall)

Aber - wir wissen es - auch der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ist nicht in der Lage, auf die heutigen Konflikte eine befriedigende Antwort zu geben. Der am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligte Mensch läßt sich nicht auf die Rolle des homo oeconomicus reduzieren, läßt sich nicht definieren als produzierendes Wesen. Dieser Kapitalismus schweigt auf die Frage nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage. Der Sozialismus verherrlicht den Arbeiter in der Theorie und beutet ihn in der Praxis aus. Ein so einseitiges, verkürztes Menschenbild muß zu schweren politischen Fehlern, ja, muß zur Unmenschlichkeit führen.

Die Einkommens- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre ist das beste Beispiel dafür, daß die klassischen Irrtümer wieder zu dominieren beginnen. Wie ist es sonst zu erklären, daß in reichen Ländern wie Deutschland oder Frankreich, - wie der französische Staatspräsident neulich gesagt hat -, die unerträglichste Diskriminierung diejenige ist, unter der die Kinder zu leiden haben. Die Kinder - in einer Welt der Erwachsenen und der Produktionsgesellschaft -, die heute auch bei uns in der Bundesrepublik mit Schulstreß, Numerus clausus und Arbeitslosigkeit gleichsam vor einer vernagelten Welt stehen? Dies ist eine der Kernfragen der Neuen Sozialen Frage, wie wir sie als erste Partei in Deutschland auf unserem Mannheimer Parteitag näher beschrieben haben.

Es gab einmal eine Zeit, da waren der Fortschritt links und die Linke fortschrittlich. Sie wissen, das ist lange, lange her.

(Beifall)

Heute zweifeln selbst die Linken an ihrem eigenen Fortschrittsglauben. Unter SPD-Kanzlern ist es zu sozialen Krisen gekommen, deswegen der DGB unter CDU-Kanzlern zum Generalstreik geblasen hätte.

(Beifall)

Inzwischen hat sich eben herausgestellt, daß sozialistisch mit sozial so wenig zu tun hat wie Nationalismus mit Liebe zum Vaterland.

(Beifall)

Von der ökologischen Krise über den Nord-Süd-Konflikt bis hin zur Krise unseres Wohlfachttssystems haben wir es mit völlig neuartigen Problemen zu tun. Sie werden von der verzerrten, einseitigen Optik des Sozialismus systematisch ausgeblendet. Teilbereiche unserer Gesellschaft geraten aus den Fugen, weil Zusammenhänge nicht beachtet wurden. Die SPD aber ist aus ideologischen Gründen nicht in der Lage, Zusammenhänge, das Ganze in der Politik zu berücksichtigen. Sie versteht sich noch heute wie vor 100 Jahren eben nicht als Volkspartei, sondern als Arbeiterpartei; sie vergißt, daß der Mensch eben mehr ist als nur, wie schon gesagt, produzierendes Wesen. Hier liegen die tieferen Gründe für das aktuelle und andauernde Versagen der SPD. Wer von einem falschen Menschenbild ausgeht, kommt eben notwendigerweise auch zu einer falschen Politik.

Deswegen ist die Diskussion um die Verabschiedung des Grundsatzprogramms eine zentrale Aufgabe der Partei in diesem und im nächsten Jahr. Meine Damen und Herren, der Kampf um unsere Zukunft, um die

Interpretation dessen, was sozial, was wirtschaftlich ist, muß offensiv geführt werden. Nicht länger dürfen wir das Feld der Gesellschaftswissenschaften allein der Kapitalismuskritik überlassen. Die an unseren Universitäten vorherrschende Kapitalismuskritik muß endlich durch eine systematische Sozialismuskritik ergänzt werden. Der Sozialismus gehört auf den Prüfstand der Wissenschaft.

(Beifall)

Wenn wir soeben festgestellt haben, daß die falschen Ideologien nach wie vor in den Köpfen von Millionen von Europäern als Vision der Zukunft herumgeistern, dann brauchen wir - diese Forderung sollten wir aufstellen - nicht mehr und nicht weniger als eine Art neue Aufklärung, eine Aufklärung im Sinne der Befreiung des Menschen von überkommenen Vorurteilen, eine Befreiung des Menschen aus der Gefangenschaft von Denkschablonen des letzten Jahrhunderts.

(Beifall)

Ich sehe keine andere politische Kraft als die Union, die in der Lage wäre, im Sinne dieser neuen Aufklärung die Zukunft zu gestalten. Daß wir das können, beweist unsere Geschichte; darauf sollten wir uns besinnen.

- Es waren auch Christlich-Soziale, Liberale und Konservative - neben den Sozialdemokraten -, die im 19. Jahrhundert, z.B. durch die Sozialgesetzgebung, richtige Antworten auf elementare soziale Fragen jener Zeit gegeben haben. Aber jetzt kommt der neue Schritt.

- Wir haben die alten Ideologien Kapitalismus und Sozialismus durch die Soziale Marktwirtschaft überwunden. Das ist unsere Entscheidung gewesen.

(Beifall)

- Die Union hat Ja gesagt zur Partnerschaft und Nein zum Klassenkampf,

- Ja zur europäischen Einigung und Nein zum Nationalismus,

- Wir haben Ja gesagt zur Union der Christen und Nein zum politischen Konfessionalismus und Klerikalismus,

- Ja zu einem neuen Modell der Gesellschaftspolitik, der Vermögensbildung für die Arbeitnehmer und Nein zur expansiven Lohnpolitik der Sozialisten.

In einer Zeit, als andere mit ihren politischen Vorstellungen lediglich den Mangel verwalten wollten, haben wir den Mut gehabt, auf Eigentum, Wohlstand und Freiheit für alle zu setzen.

Meine Damen und Herren, nicht Schmidt, nicht Brandt, nicht Genscher, sondern wir haben das moderne Deutschland geschaffen!

(Beifall)

Die Kraft für das Neue schöpfen wir aus unserer Geschichte und der Gewißheit über unsere Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Und wir betreten dabei nicht politisches Neuland; vielmehr haben wir ja in den vergangenen Jahren für eine zukunftsgestaltende Politik wichtige Bausteine geliefert. Der Hamburger Parteitag, die Mannheimer Erklärung und der Entwurf des Grundsatzprogramms sind wichtige Etappen auf diesem Weg. Allerdings - nehmen Sie mir das, was ich jetzt als Generalsekretär sage, bitte ab - würde uns die Darstellung

der von vielen geforderten Alternative der Christlich Demokratischen Union leichter fallen, würden wir in der praktischen Politik - dort, wo wir Verantwortung tragen - die Beschlüsse der Parteitage der Christlich Demokratischen Union öfter ernst nehmen und geschlossen durchsetzen.

(Beifall)

Nun, um die konkreten Aufgaben zu meistern, die uns in dem Antrag des Bundesvorstandes vorgegeben sind, brauchen wir eine Änderung des geistig-politischen Bewußtseins und die Bereitschaft, in Alternativen zu denken.

Was heißt das? Nehmen wir als Beispiel die Wirtschaftspolitik. Wer heute zur Wirtschaftspolitik spricht, muß zur Arbeitslosigkeit Stellung nehmen. Das aber heißt, er muß sich mit dem Thema "Investitionen" beschäftigen. Was sind Investitionen? Investitionen sind die notwendige Voraussetzung für neue Arbeitsplätze. Jede verdiente Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Entweder wird sie zum Kauf von Gebrauchsgütern, also für Konsumzwecke verwandt, oder sie wird gespart. Nur dann steht sie für Investitionen zur Verfügung. Investieren heißt also: Wohlstand morgen. Der Preis heißt allerdings: Verzicht heute.

(Beifall)

An dieser Regel ist nichts zu ändern, aber ich füge hinzu, dies wird uns um so leichter fallen und wird um so leichter gehen, je mehr Arbeitnehmer wir durch die Vermögensbildung am Investieren interessieren.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ebenfalls eine Aussage, die wir als CDU zu machen haben.

Nehmen wir das Beispiel der Familienpolitik. Zwar wird durch den Geburtenrückgang diese Generation nicht unerheblich entlastet, aber der künftigen Generation wird eine fast kaum mehr zu bewältigende Finanzlast für die Altersrenten auferlegt. Der Generationenvertrag, der bisher die Basis unserer Sozialversicherung war, wird dadurch zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ernsthaft in Frage gestellt. Die Familienpolitik der Bundesregierung bedeutet vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine Ausbeutung der nachkommenden Generationen durch die jetzt lebende Generation.

(Beifall)

Die politische Unfähigkeit der Sozialisten, ihre theoretische und moralische Hilflosigkeit angesichts dieser Probleme ist evident. Sie wird vollends deutlich beim Problem der Umweltpolitik und der Energieversorgung und beim Nord-Süd-Problem. Auch hier sind die stets in Versuchung, einen alternativen Verbalradikalismus als Ersatz für eigene politische Vorstellungen und eigene Verantwortung anzubieten. Aber es ist doch richtig: Gerade in der Umweltpolitik ist ein Entweder - oder - Denken fehl am Platze. Es geht hier doch nicht um Ökonomie contra Ökologie oder um Wachstum contra Lebensqualität. Das sind die Gefechte von gestern, die Nachhutgefechte besonders der SPD. Wachstum ist doch notwendig; die Frage ist: wieviel, um welchen Preis, zu welchem Ziel?

Ich meine, wir sollten es anderen überlassen, die Wachstumseuphorie vergangener Jahre durch Wachstumspessimismus oder durch sozialistische Kulturkritik ablösen zu wollen. Wir plädieren für den Realismus einer wertgeleiteten Politik, die die Wirtschaft und ihr Wachstum in den Dienst der Menschen - auch der nach uns geborenen - stellt.

Für die heute notwendige Energie muß gesorgt werden. Es ist für uns aber auch Ausdruck einer politisch-moralischen Verpflichtung, den künftigen Generationen keine unkontrollierbaren Risiken und Gefahren zu hinterlassen. Deshalb haben die Ministerpräsidenten der CDU und die Landesregierungen, die ja in dieser entscheidenden und wichtigen Frage die Verantwortung tragen - und ich möchte an dieser Stelle auch einmal den Dank des Parteitagés an unsere Ministerpräsidenten aussprechen, die an der Front stehen und viel von dem einstecken müssen, was an sich die Bundesregierung einstecken müßte -,

(Beifall)

klargestellt, daß unbeschadet der vorhandenen Baugenehmigungen die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken durch christlich-demokratische Landesregierungen erst dann genehmigt wird, wenn das bis in die Jahrhunderte hineinreichende Problem der Entsorgung zufriedenstellend gelöst ist.

Meine Damen und Herren, der Ost-West-Konflikt prägt nun seit 30 Jahren die Weltpolitik, und er wird andauern. Aber er verschränkt sich mehr und mehr mit dem Nord-Süd-Konflikt. Dazu, liebe Freunde, hier nur einige Stichpunkte: Industrie- und Entwicklungsländer haben gemeinsame Interessen. Wir brauchen auch hier nicht die alten Denkkategorien, wir brauchen eine neue Form der internationalen Kooperation und Arbeitsteilung und nicht den alten Klassenkampf - jetzt weltweit aufgelegt -, der niemandem nützt, aber allen schadet. Nur, wir müssen unseren Parteimitgliedern, aber auch unseren Bürgern dies sagen und klarmachen: Wenn wir nicht gemeinsam mit den Entwicklungsländern den Nord-Süd-Konflikt zu lösen in der Lage sind - und einen solchen Nord-Süd-Konflikt gibt es auch in Europa -, gefährden wir unsere eigene Existenz und Zukunft; dann liefern wir unsere Kinder einer Welt aus, die an ihnen deswegen Rache nimmt, weil ihre Väter versagt haben.

(Beifall)

Die Quintessenz dieser Überlegungen ist das Überwinden alter Denkkategorien und Ideologien, ist eine neue geistige und moralische Einstellung zu den politischen Aufgaben der Zukunft. Unsere Politik hat zur Voraussetzung, Leistung zu honorieren, aber auch gegen Privilegien und ungerechtfertigte Besitzstände anzugehen. Und dazu brauchen wir auch in der aktuellen Politik - in der Gesellschaftspolitik, in der Sozialpolitik - ein Denken in Alternativen. Wir sind in der Welt, aber auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Fülle von neuen Problemen konfrontiert, auch von Problemen finanzieller Art. Bisher konnte der soziale Fortschritt aus dem gesteigerten wirtschaftlichen Wachstum finanziert werden. Dies ist künftig im gleichen Ausmaß nicht mehr möglich. In einer Zeit geringeren Wachstums brauchen wir eine neue soziale Konzeption. Eine Politik, die schlicht fortschreibt, die ihren Erfolg nur am ausgegebenen Geld mißt, genügt diesem Anspruch nicht.

Hier liegt der grundsätzliche Unterschied zur sozialpolitischen Konzeption der SPD. Sie hat bisher Sozialpolitik im wesentlichen in quantitativen Begriffen und Größen entworfen und verwirklicht. Jetzt, im Zeichen knapper Kassen reicht ihre sozialpolitische Phantasie lediglich aus zu einer pauschalen Kürzungspolitik mit der Hecken-schere. Dies aber ist nichts anderes als die Fortsetzung der alten Politik, nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

(Beifall)

Wir hingegen wollen eine qualitative Sozialpolitik weiter begründen. Wir müssen uns also angewöhnen, auch hier in Alternativen zu denken. Es geht nicht länger darum, darüber zu diskutieren, ob wir irgendeine Quote, eine Sozialleistungsquote oder eine Bildungsquote, ausweiten oder kürzen. Es geht darum, die vorhandenen Mittel sinnvoller und rationeller einzusetzen. Denn die Sozialleistungsquote wächst, wenn es den Menschen besser geht; aber sie wächst auch, wenn es den Menschen schlechter geht, wie die erhöhten Arbeitslosenaufwendungen zeigen. Eine solche Quotenpolitik ist der Gipfel des Abstrahierungsprozesses, der aus den Augen verloren hat, was denn eigentlich aus den Menschen geworden ist, denen diese Quote angeblich dienen soll.

(Beifall)

Wie könnte eine solche Politik beispielhaft aussehen?

1. Nicht alles, was früher einmal sozial war, ist auch heute noch sozial. Die sozialen Leistungen müssen gezielt denen zugute kommen, die sich nicht selber helfen können, oder denen, die auf Grund ihrer eigenen Leistung einen Rechtsanspruch darauf erworben haben.

Ich will ein offenes Wort sagen. Es ist für mich nicht einzusehen, warum Minister, Bundestagsabgeordnete, Vorstandsmitglieder oder andere Leute mit einem entsprechenden Einkommen die Schulbücher für ihre Kinder nicht selber bezahlen können.

(Beifall)

Und warum können Rentner mit einem hohen Einkommen ihren Beitrag zu ihrer Krankenversicherung nicht selber bezahlen?

(Beifall)

Wir müssen wieder den Mut haben, den Bürger zu fragen, ab wann er den Staat zur Kasse bitten will, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir dürfen nicht länger den Bürger einfach betreuen und dann hinterher ausbeuten, weil es nicht reicht.

(Beifall)

2. Wir müssen den Mut haben, die Sozialleistungen gerechter zu strukturieren. Wir alle kennen die Ungerechtigkeiten, zum Beispiel, was die soziale Sicherung der Frauen angeht. Darüber haben wir lange diskutiert. Und zwar müssen wir umstrukturieren ohne Erhöhung des Gesamtaufwandes. Wir haben dazu Vorschläge erarbeitet, zum Beispiel den Vorschlag der Partnerrente. Wer seinen Kindern als Mutter Sprachschatz, Denkvermögen, soziales Verhalten, Kreativität und Liebe vermittelt, darf sozialversicherungsrechtlich nicht bestraft werden, weil er in dieser Zeit keine Leistung im Sinne der Reichsversicherungsordnung erbringt.

(Beifall)

Wir werden in Kürze eine detaillierte Berechnung zur Kostenneutralität der Partnerrente vorlegen. Um es auch hier noch einmal deutlich zu sagen: im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ist für uns Emanzipation der Frau - das ist das Schlagwort, mit dem wir uns ausein-

anderzusetzen haben - eben nicht ausschließlich identisch mit Erwerbstätigkeit der Frau.

(Beifall)

Emanzipation der Frau hat nicht, wie Friedrich Engels und seine Nachfahren in der SPD meinen, die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in den Produktionsprozeß zur Voraussetzung. Emanzipation in unserem Sinne - ich darf hier für die Frauen sprechen, das weiß ich - ist vielmehr identisch mit mehr Wahlfreiheit für die Frau, sich ohne wirtschaftliche Zwänge zwischen Erwerb und Familie zu entscheiden.

(Beifall)

Emanzipation heißt für uns Beseitigung der wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Diskriminierung der Frau in unserer Gesellschaft.

3. Wir müssen die sozialen Leistungen auch hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen über längere Jahre und nicht nur über einen Zeitraum eines Zweijahreshaushaltes bewerten und überblicken. So ist eben zum Beispiel die Frage zu stellen - und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Entwurf eingebracht -, ob es nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer ist, einer alleinstehenden oder berufstätigen Frau für die Zeit ihrer Kindererziehung ein Erziehungsgeld zu geben, anstatt sie aus wirtschaftlichen Gründen zur Erwerbstätigkeit zu zwingen, dabei vielleicht den Arbeitsplatz eines Familienvaters zu blockieren, und gleichzeitig ihre Kinder in Kinderkrippen und anderen Einrichtungen mit hohen Personalkosten von Sozialmüttern schichtweise erziehen zu lassen.

(Beifall)

Und daß hinterher dann der Staat die Deprivationsschäden -, wie die Kinderärzte sagen -, dieser institutionalisierten Erziehung mit hohen Folgekosten vom Kinderheim über die Sonderschule bis zum Jugendgefängnis wieder reparieren muß, ist inhuman und ökonomischer Unsinn ersten Ranges.

(Beifall)

4. Wir müssen schließlich die Sozial- und Gesellschaftspolitik personalisieren. Und dies gilt auch für den Bereich der Gesundheitspolitik: Vielleicht weniger Milliarden in technische Leistungen, dafür aber eine höhere Bewertung der personalen Leistung, der persönlichen Beziehung zwischen Arzt und Patient, weniger kollektive Einrichtungen, dafür Unterstützung der freien Träger. Die freien Träger sollen gerade in der entscheidenden Auseinandersetzung um das Kostendämpfungsgesetz der Bundesregierung wissen, daß wir dafür eintreten, daß sie auch in Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland in der Lage sind, ihre wichtige diakonische und karitative Arbeit finanziell gesichert durchzuführen.

(Beifall)

Es geht nämlich auch hier um das Denken in Alternativen. Das heißt, wir müssen fragen, ob es nicht humaner und gleichzeitig ökonomischer ist - ich habe dieses Beispiel schon in vielen Wahlversammlungen gebracht -, einen alten pflegebedürftigen 70jährigen Mann

in seinen eigenen vertrauten vier Wänden dadurch zu pflegen, daß wir ihm die sozialen Dienste erreichbar machen, indem wir sie neu organisieren auf freiwilliger Grundlage durch die Sozialstationen, wie wir das in den christlich demokratisch geführten Ländern bereits realisiert haben,

(Beifall)

anstatt - ohne diese Neuorganisation der sozialen Dienste - denselben kranken pflegebedürftigen alten Mann in eine geschlossene Einrichtung, in ein Altersheim oder gar in die innere Abteilung eines Krankenhauses legen zu müssen, wo dann für den alten Mann 100 bis 150 DM pro Tag Pflegesatz gezahlt werden müssen.

(Beifall)

Das bedeutet, meine Damen und Herren, wir müssen durch dieses Denken in Alternativen die Chance ergreifen, Humanität und Ökonomie wieder auf einen Nenner zu bringen.

Das heißt - lassen Sie mich dies zum Schluß sagen-, daß wir den Versuch unternehmen müssen, alle politischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen in den jeweiligen anderen politischen Bereichen zu überdenken. Die Sozialpolitik steht in den Beispielen, die ich genannt habe, nur stellvertretend für andere Bereiche.

Ich darf noch folgendes Beispiel bringen; es ist plausibel und nur ein kleines Beispiel: Es ist doch keine Naturnotwendigkeit, kein Naturgesetz, daß heute noch, in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts, behinderte Rollstuhlfahrer laut Transportbestimmung der Deutschen Bundesbahn im Gepäckwagen befördert werden müssen.

(Zurufe)

Dies hat seinen Grund ausschließlich darin, daß diejenigen, die deutsche Bahnhöfe und deutsche Eisenbahnwagen konstruiert und geplant haben, eben nicht an Behinderte gedacht haben. Nur, wenn die Bundesbahn jetzt umrüsten muß, wird es viel, viel teurer, als wenn von vornherein auch an die Behinderten gedacht worden wäre.

Wir können dieses Beispiel auf alle anderen gesellschaftspolitischen Bereiche ausdehnen, etwa auch auf die Flächennutzungspläne, daß wir eben nicht nur Straßen und Industrieanlagen, sondern auch Kinderspielflächen einplanen, daß wir unsere Aufzüge in den Hochhäusern so groß machen, daß Rollstühle und Kinderwagen hineinpassen, daß wir Auffahrtrampen in unseren öffentlichen Einrichtungen, in den Landratsämtern und anderen Ämtern haben und hier Zugang auch für diejenigen schaffen, die behindert sind. Wenn wir dies nicht machen und hinterher die Bürgerinitiativen kommen und uns zwingen, das alles im Nachhinein zu etablieren, dann wird das fünf- oder zehnmal teurer, als wenn wir vorher daran gedacht hätten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der große Automobilbauer Henry Ford, hat einmal gesagt, Denken sei die schwerste Arbeit, die es gibt, und hat hinzugefügt, das sei wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum sich so wenige Leute damit beschäftigen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen dieses Vorurteil in der Politik widerlegen, d. h. wir müssen denken, planen, handeln, aber für uns als christliche Demokraten gilt: nicht nur denken an uns und unsere Gruppe, sondern denken an andere; dazu sind wir als christliche Demokraten verpflichtet.

Dies ist vor allem notwendig in einer Zeit, die gekennzeichnet ist durch die Anonymität der Lebensverhältnisse, wo viele Menschen ihre Leistungsbereitschaft nicht bestätigt fühlen, wo sie sich ausgeliefert fühlen an anonyme Mächte und Bürokratien, von denen sie nicht wissen, wer sie kontrolliert, und wo sie das Gefühl haben, daß alte christliche Tugenden - dieses Wort kommt von "taugen" - wie Liebe und Einsatzbereitschaft nicht mehr gebraucht werden und andere Eigenschaften wie Ellenbogen-Benützen oder auf Kosten anderer Nachvorne-Kommen mehr Erfolg bringen. Meine Damen und Herren, unsere heutige Zeit kann solche Zielsetzungen nicht ertragen. Wir brauchen in dieser Zeit nicht die kalten Macher, die Menschenverächter,

(Beifall)

die Zyniker, die keine Ehrfurcht vor dem Wort haben, das sie einmal gegeben haben.

(Beifall)

Wir brauchen - und das ist eine Forderung an uns alle - Menschen mit Format, Menschen mit dem Wissen, daß nicht alles Menschenmögliche auch das dem Menschen Gemäße ist. Wir brauchen Menschen - hier greife ich das auf, was Herr Pachman gesagt hat -, die mit heißem Herzen Elend, Kaltherzigkeit, Unrecht in dieser Welt bekämpfen und dennoch zur Versöhnung bereit sind, Menschen mit Sachverstand und einem sicheren Urteil, Menschen mit Nächstenliebe, Einsatzbereitschaft für den anderen, mit Zivilcourage und dem Mut zur Wahrhaftigkeit.

Zur Lösung der Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist der Sozialismus ohne jede Perspektive.

(Beifall)

Er hat zwar in der Vergangenheit auch nie die richtigen Antworten geben können. Er hat aber im 19. Jahrhundert wenigstens die richtigen Fragen gestellt. Auch dazu scheint er nicht mehr fähig zu sein.

(Beifall)

Diese Erkenntnis und unser Geschichtsbewußtsein, das, was wir in den letzten Jahren an Aufbruch geleistet haben, muß uns bestärken, auch die Erkenntnis, daß nicht uns der Wind ins Gesicht bläst, sondern den anderen, daß wir den Wind im Rücken haben, daß wir eine freiheitliche und sozial gerechte Ordnung im Wettbewerb mit dem Kommunismus zum Siege tragen können. Meine Damen und Herren, diese Verantwortung ruht auf uns, auf der Christlich Demokratischen Union. Vielleicht haben wir noch nicht alle Lösungen, aber wir haben die Probleme erkannt. Von diesem Parteitag kann ein neuer Impuls ausgehen, um in diesem Land, in Europa ein Signal zu setzen für eine neue, für eine bessere Politik.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Geißler, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede. Sie war ein überzeugender Einstand in die neue Aufgabe.

(Beifall)

Wir alle wünschen Ihnen und damit uns, unserer ganzen Partei Glück auf für die Arbeit der nächsten Jahre.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne jetzt die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 18. Ich darf daran erinnern, daß gemäß unserer Geschäftsordnung Wortmeldungen schriftlich nach hier oben zu geben sind. Als erster hat das Wort Elmar Pieroth vom Landesverband Rheinland-Pfalz.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde! Das Programm des neuen Generalsekretärs entspricht unserer doppelten Anforderung: Wir müssen als Opposition klar sagen, was wir nicht wollen, aber wir müssen noch klarer sagen, was wir selbst wollen. Deshalb müssen wir jetzt zum Bereich der Wirtschaftspolitik eindeutig feststellen, daß die Soziale Marktwirtschaft unser Lösungskonzept ist und bleibt. Das ist nötig, weil ihre Leistungsfähigkeit nach sieben SPD-Jahren zunehmend bestritten wird.

DGB-Chef Vetter hat mehrfach behauptet, dieses Wirtschaftssystem werde mit der Arbeitslosigkeit nicht fertig. Seine neue Wunderwaffe heißt Arbeitszeitverkürzung. Ähnlich hat Bundespräsident Scheel vor kurzem hier in Düsseldorf meditiert: Die Soziale Marktwirtschaft dürfe keine heilige Kuh sein; wir sollten deshalb Veters Vorschlag ernsthaft diskutieren.

Auch in unseren Reihen gibt es einen Mann, der dieses Thema aufgegriffen hat. Er steht für die CDU als einer, der Anstöße für neue Ideen gibt, Hinweise auf einrostende Gleise, als einer, der kritische Fragen stellt. Das halte ich für gut. Wir können uns um eine solche Diskussion nicht herumdrücken, erst recht nicht auf einem Parteitag der CDU.

So sehr ich aber mit Norbert Blüm der Meinung bin, daß man z. B. über den Zusammenhang zwischen Erziehungsgeld und Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit sowie über weitere langfristige Aspekte der Arbeitszeitverkürzung nachdenken sollte, so sehr ich das Anliegen teile, daß wir Arbeit für alle brauchen, so leidenschaftlich lehne ich seinen Vorschlag der abrupten Arbeitszeitverkürzung ab. Liebe Parteifreunde, wenn wir jetzt die Wochenarbeitszeit um den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit, also um 5 % oder zwei Stunden herabsetzen würden, um aus 20 Arbeitsplätzen 21 zu machen, dann treibt das nur die Lohn- und die Sachkosten hoch und verschärft unsere Arbeitslosigkeit. Wenn wir Überstunden verbieten, dann brauchen wir neue Behörden, die das kontrollieren, und von denen haben wir weiß Gott genug.

Arbeitszeitverkürzung ist aber nur ein Beispiel für das viel tiefer liegende Problem: das wachsende Mißtrauen in die Marktwirtschaft. Unsere Zeit ist allzu vergeßlich. Noch vor vier Jahren konnte man ganz andere Sorgen hören. Da war man sich auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Hamburg einig, daß wir bis 1985 8 Millionen Gastarbeiter - ich wiederhole: 8 Millionen Gastarbeiter! - brauchen würden, um alle Arbeitsplätze in Deutschland besetzen zu können.

Jetzt ist plötzlich die Rede von Marktsättigung, von ewigem Mangel an Arbeitsplätzen. Die Prognosen sind düster. Es wird an Solidarität appelliert. Dazu kann ich nur sagen: Wir brauchen doch die Solidarität der Menschen nicht zu strapazieren, wenn wir ihre Kreativität nützen können. Oder anders ausgedrückt: Wir sollten nicht die Solidarität auf den Arbeitsverzicht lenken, sondern die Energien der Menschen wieder freisetzen. Dann bekommen wir auch neue Arbeitsplätze.

Ungelöste Aufgaben privaten und gesellschaftlichen Bedarfs gibt es mehr als genug. Das fängt bei den Gütern des Alltags an, die für viele von uns schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind, aber für Millionen von Menschen noch ein Wunschtraum sind: der Farbfernseher, die Gefriertruhe, das Eigentum. Das gilt für ganz neue Produkte genauso, die heute noch keiner kennt, die aber schon in naher Zukunft unser Leben verschönern, angenehmer machen können. Es gibt noch ungelöste Aufgaben: die Krebsforschung, das Saubermachen der Luft, die Energieeinsparung durch neue Heizformen, der Bau von familiengerechten Wohnungen. Hierzu gehört die Entstaatlichung all der Bereiche, in denen der Staat unwirtschaftlich arbeitet und überteuert Leistungen anbietet, die günstiger von Privaten erbracht werden können. Da ist die Herausforderung durch Südeuropa, durch die Dritte Welt. Das ist ein Aspekt der internationalen Dimension der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, von der Heiner Geißler gesprochen hat.

Hier haben wir eine moralische Verpflichtung, und hier gibt es auch neue Arbeitsplätze für unsere Monteure, Ingenieure, Manager, wenn sie Arbeitsplätze in der Dritten Welt schaffen. Damit züchten wir nicht die Konkurrenz von morgen, sondern schaffen uns kaufkräftige Kunden in Ländern mit wachsendem Wohlstand. Ich meine, wir haben genug zu tun.

Worauf es jetzt ankommt, ist, daß diese Arbeitsmöglichkeiten entdeckt und genutzt werden. Was wir brauchen, sind neuer Mut und neuer Unternehmungsgeist. Wenn unser Starökonom Giersch formuliert: "Entweder haben wir zuwenig mutige Unternehmer, oder wir machen den Unternehmern zuwenig Mut", dann muß sich vor allem die Politik angesprochen fühlen. Sie muß die Voraussetzungen für eine neue Wirtschaftsblüte schaffen. Ich meine, Freiheit statt Sozialismus muß für die Wirtschaftspolitik heißen: mehr Selbständigkeit statt noch mehr Bürokratie.

(Beifall)

Oder, anders ausgedrückt: es geht darum, daß die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern weniger über Steuererhöhungen und neue Verordnungen und dafür wieder mehr über neue Produkte für neue Märkte nachdenken. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Es geht darum, daß die Einkommenspolitik mehr Luft bekommt. Die Vermögensbildung muß das zweite Bein der Tarifpolitik werden. Endlich müssen die steuerlichen Hemmnisse beseitigt werden, die der Beteiligung der Arbeitnehmer am arbeitgebenden Unternehmen entgegenstehen. Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu 1972 und 1975 ihre Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag eingebracht. Es waren nicht wir selbst, es waren SPD und FDP, die uns im Finanzausschuß blockiert haben. Freund Brickwedde, das ist die Wahrheit, und nicht die schönen Sonntagsreden des Herrn Friderichs. Das sollten wir auch

nicht vergessen und jetzt danach handeln.

Meine Damen und Herren, hier, bei der Politik, ist die Schuld für die gegenwärtige Misere zu suchen, nicht bei Ludwig Erhards Wirtschaftsordnung. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß die Soziale Marktwirtschaft demontiert wird, nur weil heute in den Regierungsämtern und auch bei Tarifpartnern Leute sitzen, die von Marktwirtschaft eben nur wenig verstehen.

(Beifall)

Um bei der "heiligen Kuh" des Herrn Bundespräsidenten zu bleiben: Wenn Kühe bei schlechtem Futter mager werden, dann ist es doch Unsinn, sie deshalb zu schlachten. Sie gehören auf eine bessere Weide, und die können wir bieten.

(Beifall)

Übertragen auf die Wirtschaftspolitik: Es gibt keinen Engpaß durch unsere Wirtschaftsordnung; einen Engpaß gibt es nur bei den Wirtschaftspolitikern, und das läßt sich ändern.

Für unser Arbeitsprogramm heißt das: Wir brauchen erstens Vermögenspolitik als Bestandteil der Einkommenspolitik, zweitens Entstaatlichung für mehr marktwirtschaftliche Initiativen und drittens Selbständigkeitspolitik, damit unsere Wirtschaft nicht bürokratisch verknochert.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Pieroth! Das Wort hat jetzt Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich finde es gut, daß wir heute morgen im Anschluß an das, was Heiner Geißler hier vorgetragen hat, über die ganz entscheidende Frage der Arbeitslosigkeit diskutieren. Denn mit Heiner Geißler glaube ich, daß keiner der alten ideologischen Ladenhüter, weder der Kapitalismus noch der Sozialismus, auf neue Fragen neue Antworten weiß. Ich glaube, daß beide Ideologien am Ende ihres Lateins sind. Beide hatten ihre Chance, und beide haben versagt.

Wir müssen über Arbeitslosigkeit auch deshalb sprechen, weil nach unserer Vorstellung Arbeit nicht nur dem Broterwerb dient - dann könnte man sie ja sozialversicherungsrechtlich sozusagen entgelten -, sondern weil nach unserer Auffassung das Recht auf Arbeit ein elementares Freiheitsrecht ist.

(Beifall)

Ich glaube, daß dieses Freiheitsrecht nicht nur von der augenblicklichen Höhe der Arbeitslosigkeit bedroht ist - sie ist hoch genug -, sondern daß die Arbeitslosigkeit ihre asozialen Folgen erst richtig in die Welt setzt, je länger sie dauert. Die Dauer der Arbeitslosigkeit produziert die Sinnlosigkeit in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Was tut ein Achtzehnjähriger, der viermal nach Arbeit gefragt und viermal eine Absage erhalten hat? Dem werden Sie nicht mehr die Leistungsgesellschaft vorführen können, der kann gar nichts leisten,

odwoni er will. Wer die Leistungsgesellschaft verteidigen will, der muß jedem seine Chance zur Arbeit geben.

(Beifall)

Es wäre schlimm, wenn wir uns mit der Arbeitslosigkeit abfinden. Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, lassen Sie uns als gemeinsamen Willen unserer Partei hier feststellen: Für uns gibt es erst dann Aufschwung, wenn die Arbeitslosenzahlen abschwingen. Wir sind nicht mit einem Aufschwung einverstanden, wie ihn die Sozialdemokraten propagieren. Dieser steht nämlich nur auf den Wahlplakaten. Wir meinen, daß in der Tat Wachstum notwendig ist; ich greife den Ball auf, den Elmar Pieroth mir zugespielt hat. Wachstum ist notwendig. Das wird uns das Problem erleichtern. Nur, werden wir so viel Wachstum auf die Beine bringen, wie zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendig ist? Wir haben in diesem Jahr 5 % reales Wachstum und trotzdem eine Million Arbeitslose. Fachleute rechnen uns vor: bei einer realen Wachstumssteigerung von 4,5 % Jahr für Jahr ist die Arbeitslosigkeit, die wir jetzt haben, erst im Jahr 1990 beseitigt. Ist hier jemand im Saal, der glaubt, wir hätten so lange Zeit, wir könnten bis 1990 warten?

(Beifall)

Wir werden Wachstum brauchen, aber wahrscheinlich nicht mehr in der alten Höhe erreichen. Es gibt gewisse Sättigungserscheinungen gerade in dem Bereich der Produkte, die bisher unser Wachstum getragen haben. Die Dritte Welt wird ebenfalls ihren Anteil an Arbeit verlangen. Die Massengüter, die großen Serienproduktionen, von denen unser Wiederaufbau gelebt hat, lassen sich eben in manchen Ländern billiger auf die Beine bringen. Das ist auch deren einzige Chance, aus dem Schlamassel herauszukommen. Wir werden uns in Arbeitsteilung und Wettbewerb auch mit diesen Ländern solidarisch einlassen müssen.

Wir haben das Sozialprodukt beispielsweise in den letzten 16 Jahren verdoppelt. Wir produzieren heute hierzulande doppelt soviel wie vor 16 Jahren. Nur, wir brauchen dazu 10 Milliarden Arbeitsstunden weniger. Wir produzieren mit weniger Arbeitsstunden. Ich frage mich: wie wollen wir das denn mit Wachstum einholen, wie hoch soll denn der Turmbau zu Babel getrieben werden? Wollen wir das Sozialprodukt alle zehn Jahre oder alle fünf Jahre verdoppeln? Ich plädiere für ein Wachstum aus einer geradezu konservativen Gesinnung, nämlich für ein Wachstum, das mehr Rücksicht auf Mensch und Natur nimmt.

(Beifall)

Bisher gab es immer technischen Fortschritt, und es wird ihn auch in Zukunft immer geben. Man kann den Menschen das Denken nicht verbieten. Damit haben mittelalterliche Päpste schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht.

Nur, wohin kommen wir, wenn der technische Fortschritt - ganz im Unterschied zur Vergangenheit - schneller vorankommt als das Wachstum oder, um es weniger kompliziert zu sagen, wenn mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierung wegfallen, als neue durch verstärkte Nachfrage geschaffen werden? Da muß uns etwas einfallen. Ich fürchte, weder den Sozialisten noch den Kapitalisten wird darauf etwas einfallen.

Wenn Arbeit für alle da sein soll und Arbeit knapper wird, werden wir möglicherweise an Arbeitszeitverkürzungen nicht vorbeikommen. Das ist keineswegs so populär, wie das vielleicht auf den ersten Blick in der Arbeiterschaft angesehen wird. Denn es wäre auch eine andere Politik möglich: diejenigen, die das Glück haben, Arbeit zu haben, sorgen für sich selber ohne Rücksicht auf diejenigen, die draußen vor der Tür stehen. Es steht uns ein Klassenkampf ins Haus, für den die alte marxistische Bibel den Text nicht zur Verfügung hat: der Klassenkampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen, wenn es nicht zu einer neuen Solidarität kommt.

Dabei - um auch das klarzustellen - setze ich keineswegs nur auf die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Ich halte diese Verkürzung sogar für die problematischste, weil sie ganz besonders den Mittelstand benachteiligen würde und der Mittelstand auch aus Gründen der Erhaltung der Arbeitsplätze erhalten werden muß, und nicht nur um die Soziale Marktwirtschaft in Takt zu halten. Es müssen hier auch Arbeitsplätze erhalten werden. Der größte Einbruch ist gerade in diesem Bereich gegeben. Die Konzentration in der deutschen Wirtschaft hat ja nicht dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu erhalten. Ich glaube, daß wir mit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit und der Jahresarbeitszeit arbeiten müssen. Womöglich werden wir vor die Frage gestellt - und dann gehören Mut und Phantasie dazu, sie zu beantworten -, ob wir lieber einen 63jährigen durch die Rentenversicherung finanzieren oder einen 18jährigen durch die Arbeitslosenhilfe. Vor diese Frage gestellt, entscheide ich mich dafür, den 63jährigen durch die Rentenversicherung zu finanzieren.

(Beifall)

Die Kehrseite der Medaille ist natürlich, daß wir das mit der Einkommenspolitik abstimmen müssen. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung kann nicht mehr die Lohnsteigerungsraten durchsetzen, die wir gewohnt sind. Ich plädiere nicht für Lohnstopp oder gar Lohnabbau, sondern nur für eine Abstimmung der Arbeitszeitverkürzung mit der Einkommenspolitik. Wir können das Sozialprodukt nicht zweimal verfüttern.

Hier, meine Damen und Herren, kommt wieder eine christlich-soziale Idee ins Spiel, nämlich die Beteiligung der Arbeitnehmer am Eigentum; das bedeutet: neben dem Konsumlohn den Investitionslohn vorzusehen. Es wird uns leichter fallen, die Arbeitnehmer um Lohnzurückhaltung zu bitten, wenn wir ihnen als Äquivalent, als Austausch, Beteiligung an dem ermöglichen, was ihre Lohnzurückhaltung bewirkt, nämlich mehr Investitionen. Wenn wir einer neuen Maschinenstürmerei entgehen wollen, müssen wir die Arbeitnehmer an der Wirtschaft, an den Investitionen beteiligen. Die Eigentumsordnung ist erst dann gefestigt, wenn alle Miteigentümer der Wirtschaft sind; das ist deren beste Verteidigung.

(Beifall)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang das aufgreifen und verstärken, was Heiner Geißler gesagt hat: Erziehungsgeld! Hier zeigt sich, wie das wirtschaftspolitisch Notwendige - Arbeit für alle zu schaffen - mit dem gesellschaftspolitisch Erwünschten verbunden werden kann. 512 000 Mütter, die Kinder unter drei Jahren haben, arbeiten in Berufen. Ich behaupte, daß der größere Teil dieser 512 000 nicht aus Jux und Tollerei arbeitet, sondern weil sie den Lebensstandard ihrer Familie erhalten wollen. In dieser Gesellschaft ist es ja - jedenfalls unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten - eine Dummheit,

Kinder in die Welt zu setzen. Das muß verändert werden, wenn wir unsere Auffassung von Gesellschaft durchsetzen wollen.

(Beifall)

Ein Erziehungsgeld stellt erst die Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und Mutterarbeit her. Da möchte ich Heiner Geißler noch einmal ganz nachdrücklich unterstützen. Ich halte es für eine Verengung des Emanzipationsbegriffes, wenn man nur dann als emanzipiert gilt, wenn man als Frau berufstätig ist. Ich halte die Mutterarbeit für eine sehr wertvolle und wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Jede Mark, die wir an dieser Stelle investieren, wird eine gesparte Mark sein. Wir müssen nämlich andernfalls in Zukunft möglicherweise den dreifachen Betrag ausgeben zur Bekämpfung von Gewalt, für die Polizei, für Nervenkliniken. Daß die Aggression in unserer Gesellschaft zunimmt, das ist doch kein Naturschicksal. Das hängt möglicherweise mit einer zunehmenden Kälte zusammen. Eine Strategie dagegen kann nicht nur vom Bundestag, vom Gesetzgeber bewerkstelligt werden; sie muß auch darin bestehen, daß die Familie wieder so etwas bietet wie Nestwärme, daß die Familie wieder Erfahrungen vermittelt wie Treue, Zutrauen, Liebe.

Wir haben eine bescheidenere Politik. Wir glauben nicht, daß der Staat und die Politik alles können. Wir können nur die Voraussetzungen schaffen. Wenn unsere Worte nicht nur Ankündigungen sein sollen, dann werden wir auf diesem Gebiet eine neue Anstrengung unternehmen müssen.

Sozialismus wie Kapitalismus sehen die Lösung der gesellschaftlichen Fragen im Wachstum. Selbst Klar Marx träumte noch davon, daß die Produktivkräfte ungehemmt entfaltet werden müßten, daß die Fesseln des Kapitalismus abgestreift werden müßten, um die Produktivkräfte freizusetzen. Was machen diejenigen, die nur auf Wachstum setzen in einer Gesellschaft, in der das Wachstum nicht mehr so massiv und imposant ist, oder wenn man sich nicht mehr mit der Vergangenheit und den Erfolgen vergleichen kann, sondern wenn man mit bescheideneren Mitteln haushalten muß? Wehe dann einer Politik, die nichts anderes als materielle Wohltaten anzubieten hat, wehe dann einer Politik, die keine Konzepte, die keine Idee von der Zukunft hat.

In dem Sinne danke ich Heiner Geißler, daß er heute klagemacht hat, daß die Christlich Demokratische Union die Zukunft nicht einfach den anderen überläßt und Besitzstände wahrt, sondern daß wir offensiv eine Idee von der Gesellschaft zur Diskussion stellen in der Hoffnung, daß die Mehrheit der Bürger uns versteht und uns ihre Stimme gibt. Danke schön.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Gerhard Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die deutsche Innenpolitik wird auch in den nächsten Jahren unter dem Vorzeichen der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise und der Sorgen um die Arbeitsplätze stehen. Dies ist, wie heute morgen im bisherigen Verlauf der Diskussion erneut begrüßenswert deutlich wurde, auch eine Herausforderung an uns, an die Union, und zwar nicht nur da in Ländern und Gemeinden, wo wir die Mehrheit stellen und im staat-

lichen und kommunalen Bereich Verantwortung tragen, sondern natürlich auch im Bundestag und im Bundesrat.

Ich halte es für sehr wichtig, daß der Bundesvorstand in der Vorlage, über die wir abstimmen werden, die Fragen des Wirtschaftswachstums, des Umweltschutzes, der künftigen Energiepolitik zu einem Hauptthema unserer Arbeit machen will; denn wir spüren es überall im Lande, daß diese Fragen die Menschen heute stärker als in den vergangenen Jahren bewegen, nicht nur in aktuellen Sorgen, sondern auch hinsichtlich der grundsätzlichen Probleme. Natürlich ist der blinde Glaube an unbegrenzten technischen Fortschritt, an die Machbarkeit aller Dinge erschüttert. Aber es ist doch ein Paradox, daß er heute vor allem in jenem Bereich der linken Gruppen total erschüttert ist - und wir stellen dort eine vollkommene Verunsicherung fest -, die nach 1969 Wachstum, Fortschrittsglaube und Machbarkeit aller Dinge zum absoluten Wert erhoben haben.

Es gibt ein neues Lebensgefühl in weiten Teilen unserer Mitbürger: Sorge auch um die potentiell zerstörerischen Kräfte der Technik! Manchen ist das schon bewußt, spätestens seit Hiroshima. Heute ist das in das allgemeine Bewußtsein getreten. Wir sind gut beraten, uns der Diskussion mit all jenen zu stellen - nicht nur auf zentralen Kongressen und Tagungen im Verlauf dieses Jahres, sondern überall vor Ort -, die mit Sorgen und Zweifeln diese Debatte führen und die damit auch Grundlagen unserer eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen, unserer eigenen Konzeption in Frage stellen.

Freilich, wir müssen diese Diskussion führen, indem wir von festen Grundsätzen und festen Grundüberzeugungen ausgehen. Die geistige und politische Führung in der Auseinandersetzung um Wachstum, Umweltschutz und die damit verbundenen vielfältigen Einzelfragen wird nicht derjenige gewinnen, der sich opportunistisch Tagesströmungen anpaßt, sondern derjenige, der die Diskussion mit den anderen auf dem Boden fester Fundamente und Überzeugungen offen führt.

(Beifall)

Im bisherigen Verlauf der Diskussion haben wir gespürt, was uns selbst bewegt. Ich sage hier ganz deutlich: Ohne wirtschaftliches Wachstum in der vor uns liegenden Zeit sind die brennenden sozialen Probleme und Spannungen nicht zu lösen, sind die neuen Herausforderungen und Aufgaben, die hier skizziert wurden, nicht zu meistern. In den vergangenen sieben Jahren haben wir in Deutschland von der Substanz gelebt. Wer die katastrophale Finanzlage der Sozialversicherung oder die sprunghafte Verschuldung der öffentlichen Haushalte betrachtet, wer sich die Arbeitslosenzahlen und die Probleme der jungen Generation vor Augen führt, wird keine konkrete politische Antwort finden, die nicht von der Notwendigkeit eines gesicherten Wirtschaftswachstums in den kommenden fünf oder zehn Jahren ausgeht.

(Beifall)

Wirtschaftliches Wachstum ist auch die Voraussetzung für eine aktivere Politik zum Schutz unserer Umwelt. In den letzten fünf Jahren haben wir rund 28 Milliarden DM an öffentlichen Mitteln für den Umweltschutz ausgegeben. In den kommenden fünf Jahren wollen wir die Leistung auf rund 60 Milliarden DM steigern. Wir werden auch die gesetzlichen Anforderungen an die Betriebe im Bereich des Umweltschutzes weiter steigern müssen. All dies ist aber ohne wirtschaftliches Wachstum, ohne höhere Produktivität, ohne die Nutzung moderner Technologien vollkommen undenkbar. Dieses Beispiel ist eines

von vielen, die verdeutlichen, worum es geht, wenn wir das Stichwort "qualitatives Wachstum" - ein Wort, das der weiteren begrifflichen Klärung bedarf - in die Diskussion einbeziehen.

Eines ist für uns politisch sehr wichtig, nämlich im einzelnen darzulegen, daß wir das Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Umweltschutz mit den Mitteln und Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft zu bewältigen vermögen. Hier liegt ein Ansatzpunkt für unsere eigenen geistigen Anstrengungen und Bemühungen, dieses Konzept deutlich zu machen und weiterzuentwickeln, weil die von den Linken in Deutschland verursachte wirtschaftliche und soziale Krise nicht als Vorwand zur Bekämpfung unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mißbraucht werden darf.

(Beifall)

Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat diese Krise verursacht, sondern ihre ständige Mißachtung in der Praxis trotz aller Lippenbekenntnisse der Regierungsparteien seit 1969. Hier ist Mut zur Korrektur erforderlich. Wir müssen die Aufforderung an die Mehrheit richten, falsche Gesetze zu überprüfen. Im vergangenen Jahr wurde das Ausbildungsplatzförderungsgesetz gegen den dringenden Rat aller Praktiker und gegen den entschiedenen Widerstand der Union verabschiedet. Wir hören jetzt, daß dieses Gesetz nicht angewandt wird, weil die praktischen und auch die statistischen Voraussetzungen dazu fehlen. Dies ist unerträglich. Es gehört zu der Verantwortung einer Regierung, ein solches nicht praktikables Gesetz zurückzuziehen und durch partnerschaftliche Lösungen zu ersetzen, die unserer jungen Generation wirklich helfen.

(Beifall)

Wir müssen uns der Diskussion stellen, die eben in dem Dialog unserer Freunde Elmar Pieroth und Norbert Blüm anklang. Wie sieht es mit den Investitionen aus? Wie ist es um Rationalisierungsinvestitionen und Erweiterungsinvestitionen bestellt? Die Tatsache, daß ein großer Teil der Investitionen gegenwärtig der Rationalisierung und ein zu kleiner Teil der Erweiterung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient, ist kein Argument gegen eine Politik, die konsequent auf Investitionsförderung setzt. Hier wird eine Fehlentwicklung erkennbar, die sehr stark im staatlichen Bereich begründet liegt. Diesbezüglich ist ein Appell an die Sozialpartner zu richten. Nicht mir Dirigismus, nicht mit Argumenten gegen Investitionen werden wir diese Situation verändern, sondern nur dadurch, daß jeder seinen Beitrag leistet. Der Staat muß dafür sorgen, daß die unerträgliche Kostenbelastung der Betriebe und Arbeitnehmer durch immer neue Gesetze beendet wird, weil sonst keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall)

Die Unternehmer müssen mit noch größerer Aufgeschlossenheit Lösungen in Richtung auf Vermögensbildung nähertreten, sie aufgreifen und aktiv in die Tarifpolitik einbeziehen, Lösungen, die geeignet sind, diesen Konflikt zu überbrücken. An die Gewerkschaften ist der dringende Appell zu richten, in ihrer Tarifpolitik noch deutlicher als bisher Solidarität mit den Arbeitslosen, mit denjenigen, die Arbeitsplätze suchen und unter den heutigen Kostenbedingungen unserer Wirtschaft nicht finden, zu bekunden.

(Beifall)

Ohne Wachstum und Vollbeschäftigung ist schließlich auch die Finanzkrise nicht überwindbar. Wir alle erleben es in unseren Kommunen und Ländern - auch unsere Kollegen in Bonn erleben dies -, daß der Spielraum für gestaltende Politik in fast unerträglichem Maße eingeengt wird. Es ist richtig, daß wir neue Ziele vertreten, z.B. was die Sorge für die wirklich sozial Schwachen und den Bereich der Familienpolitik angeht. Wir sollten aber immer offen und ehrlich sagen, daß neue notwendige Leistungen in den vor uns liegenden Jahren nur möglich sind, wenn an anderer Stelle eingespart wird, wenn also überprüft wird, ob gesetzliche Besitzstände unter den härteren Bedingungen noch vertretbar sind.

(Zustimmung)

Es ist auch die Bereitschaft erforderlich, an solchen Entscheidungen über den Abbau von Besitzständen mitzuwirken. Es ist aber nicht etwa so, daß wir der Bundesregierung die Verantwortung abnehmen wollen. Ihre Aufgabe ist es, im einzelnen zu sagen, wo gespart werden muß und wo gegebenenfalls gesetzliche Leistungen gekürzt werden müssen. Wir erkennen die Notwendigkeit solcher Einsparungen grundsätzlich an, weil wir sonst den Spielraum für die wichtigen neuen Aufgaben überhaupt nicht gewinnen, die hier zu Recht im einzelnen hervorgehoben wurden und weiter hervorgehoben werden müssen. Entscheidend ist, daß wir in den öffentlichen Haushalten endlich die Talfahrt der Investitionen des Staates und der Kommunen stoppen. Auch hier wird zur Zeit wieder eine große Täuschung der Öffentlichkeit vorgenommen. Wir haben nichts gegen das "Programm für Zukunftsinvestitionen", das vorsieht, daß in vier Jahren 12 Milliarden DM zusätzlich ausgegeben werden sollen. Dieses Programm wurde von der Bundesregierung mit großem Propagandaaufwand verkündet. Zur selben Zeit sinken aber die regulären Investitionen weiter ab. Sie sind im Bereich der Kommunen von fast 40 % ihrer Haushalte auf jetzt 30 % zurückgegangen. Die gegenwärtige Konzeption der Bundesregierung sieht vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Finanzausstattung der Kommunen um fast eine Milliarde DM weiter zu verschlechtern. Das ist - auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der öffentlichen Investitionen in unserem Lande - vollkommen unannehmbar.

(Beifall)

Wer die regulären Investitionen in den Haushalten weiter senkt und zugleich ein Programm verkündet, das nicht einmal das entstehende Defizit ausgleicht, verhält sich wie ein Mann, der seinen Mitarbeitern zunächst intern die Bezüge um monatlich 1 000 DM kürzt und ihnen anschließend in einer öffentlichen Feierstunde 800 DM monatlich als Gratifikation für hervorragende Leistungen gewährt.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang werden wir auch die Diskussion über die Energiepolitik aktiv führen müssen. Angesichts der Spannungen, die sich im Rahmen der Diskussion über Energiepolitik und Kernenergie ergeben haben, ist für mich die Haltung jener am beunruhigendsten, die in den vergangenen Jahren - vor allem nach der Ölversorgungskrise - in Bonn und in den Ländern mit allem Nachdruck den beschleunigten Ausbau der Kernenergie forderten und die jetzt draußen im Lande - auch als Bundestagsabgeordnete der SPD und FDP - genau das Gegenteil von dem verkünden, was sie vor zwölf Monaten im Deutschen Bundestag beschlossen haben;

(Beifall)

denn dies ist keine neue Diskussion über Fragen der Sicherheit. Wir wollen sie offener und breiter führen, auch mit denjenigen, die jetzt erst beginnen, sich an ihr zu beteiligen. Ich sage hier aber ganz deutlich, die Sicherheit erprobter Reaktoren ist gegeben, und die Möglichkeit besteht, die im Bau befindlichen Kernkraftwerke in Betrieb zu nehmen, auch unter dem Gesichtspunkt der Entsorgung. Wir haben hier klare Vereinbarungen mit der Bundesregierung getroffen, zuletzt am 11. Februar im Kreise aller Regierungschefs. Die Bundesregierung muß die Widersprüche in den Äußerungen einzelner Bundesminister klären und sie ist dabei, dies zu tun, weil es hier um eine Existenzfrage geht. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn nach den letzten Ermittlungen der Bundesregierung in diesem Jahr noch 60.000 Arbeitsplätze verlorengehen können, wenn der tote Punkt im Kraftwerksbau sowohl auf dem Kohlesektor wie im Kernenergiesektor nicht endlich überwunden werden kann.

(Teilweise Beifall)

Die Lage ist heute so, daß Bürgerinitiativen für Umweltschutz nicht nur gegen Kernkraftwerke demonstrieren und prozessieren, sondern mit derselben Leidenschaft gegen fast alle neuen Standorte von Kohlekraftwerken. Die Sicherstellung der Energieversorgung für die 80er Jahre in dem einen wie dem anderen Bereich ist eine Existenzgrundlage für unsere Volkswirtschaft, für die Arbeitsplätze, für den Bedarf eines jeden Haushalts. Wenn wir sie nicht in den kommenden Monaten durch politische Entscheidungen in Bonn erreichen, können wir die Diskussion über alles andere, was uns auf dem Arbeitsmarkt, im Wirtschaftsleben und im Sozialbereich in Deutschland bewegt und beunruhigt, im Grunde beenden, meine lieben Parteifreunde.

(Beifall)

Diese Diskussion ist zunächst geführt worden mit der Absicht, Landesregierungen der Union in Bedrängnis zu bringen, also unter parteitaktischen Gesichtspunkten. Aber dies ist nicht das Problem einer Landesregierung, etwa der von Schleswig-Holstein in Verbindung mit Brokdorf, von Baden-Württemberg mit Wyhl oder jetzt unseres Freundes Ernst Albrecht, der in Verbindung mit dem Thema der Entsorgungsanlage die größte und schwerste Verantwortung trägt und dessen Haltung in dieser Frage von mir und allen anderen sehr wohl verstanden und unterstützt wird, genauso wie er unsere Position und Entscheidungen in anderen Bundesländern mitgetragen hat und mitträgt.

(Beifall)

Dies ist eine Frage von nationalem Rang, und ich sage Ihnen voraus, in drei, sechs Monaten wird das nicht zu einer Zerreißprobe der Union führen, sondern für die Sozialdemokratische Partei, deren linke Flügelgruppen im Lande, die Herren Jansen, Duve und wie sie alle heißen, zum Teil Parlamentsabgeordnete, sich auf die Seite der militanten Gegner der Kraftwerke gestellt haben und deren verantwortliche Politiker in Bonn jetzt der notwendigen Entscheidung nicht mehr ausweichen können. Dies wird zu einer Zerreißprobe für die Sozialdemokratische Partei, weil nun mit immer größerer Deutlichkeit auch die großen Gewerkschaften aus der Sorge um die Arbeitsplätze in dieser Diskussion Partei ergreifen. Wir werden diese Diskussion in großer Aufgeschlossenheit auch gegenüber den besorgten Mitbürgern führen, in der Bereitschaft, mit jedem die Fragen der Energie und der Sicherheit offen zu diskutieren, aber auch in staatspolitischer

Verantwortung um die Sicherung der Existenzgrundlagen unserer Bevölkerung für die Zukunft, in dem, was wir zum Wohle für unser Land zu tun haben.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Stoltenberg. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, dem Präsidium darf es erlaubt sein, darauf aufmerksam zu machen, daß wir uns in der Beratung des Antrages 18.1 befinden. Ich glaube, es war gut, daß Heiner Geißler, Elmar Pieroth, Norbert Blüm und Herbert Stoltenberg aus grundsätzlichen Gesichtspunkten zu diesem Antrag und zur zukünftigen Arbeitsaufgabe für den Bundesvorstand Stellung genommen haben, meine aber, daß uns der Umstand, daß wir heute morgen noch 23 Anträge zu behandeln haben, zwingt, uns nunmehr geschäftsordnungsmäßig etwas stärker auf diese Aufgabe zu konzentrieren. Ich möchte deshalb dem Parteitag den Vorschlag machen, daß wir hier zunächst beschließen, daß die zu diesem Antrag noch vorliegenden Wortmeldungen von Frau Dr. Wex, Frau Limbach, Herrn Lenz und Herrn Breidbach die letzten sind und daß wir mit der Absolvierung dieser Wortmeldungen die Rednerliste zu diesem Antrag schließen.

Wer sich diesem Antrag des Präsidiums anschließen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist dies so beschlossen.

Ich möchte im Augenblick noch nicht den Vorschlag machen, die Redezeit zu begrenzen, möchte aber doch bitten, daß die Redner darauf achten, daß wir unser Arbeitsprogramm erledigen können.

Als nächste hat Helga Wex das Wort.

Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag hat bewiesen, daß die Fragen der Familienpolitik und die Fragen der Frauenpolitik kein Anhängsel der großen Politik, sondern der Mittelpunkt einer modernen Gesellschaftspolitik in diesem Lande sind.

(Teilweiser Beifall)

Dafür möchten wir dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär danken. Die Freiheit einer Gesellschaft hängt von den freiheitlichen Möglichkeiten der Familie ab. Die Zerstörung einer freien Gesellschaft beginnt mit der Zerstörung der Familie. Aus diesem Grunde gehört die Familie in den Mittelpunkt der Politik. Wir haben nicht ohne Grund in dem verabschiedeten Antrag stehen, daß wir einen "Kabinettsaushuß für Fragen der Familienpolitik bei der Bundesregierung" verlangen, damit endlich das klar wird, was wir in unserer Gesellschaft brauchen: eine Wiederbesinnung auf die Möglichkeiten individueller Gestaltung gerade in der Familienpolitik. Lassen Sie mich eines dazu sagen: Die Familie ist immer noch für die Ausbildung der Individuen, der Menschen, das "billigste", weil in der Familie alle Reserven ausgeschöpft werden, die unabdingbarer Bestandteil der Menschlichkeit sind.

(Beifall)

Ich will etwas Konkretes im Anschluß an Heiner Geißler sagen: Wir haben gehört, die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen und dessen Sicherheit sind Bestandteil der Freiheit. Das gilt dann aber nicht nur für die Männer, sondern das gilt auch für die Frauen.

(Teilweiser Beifall)

Wer beim Problem der Arbeitslosigkeit sofort an die Frauen denkt und daran, daß sie die Arbeitsplätze freigeben sollen, der beweist, daß er die alten Vorurteile lediglich in einem neuen Gewände pflegt. Wir Frauen haben in unserer programmatischen Arbeit den Begriff der Berufstätigkeit der Frau erweitert. Für uns sind auch Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung berufliche Tätigkeit und somit der außerhäuslichen Berufstätigkeit gleichzusetzen. Aus diesem Grunde ist eine sozial- und gesellschaftspolitische Absicherung notwendig.

Das heißt beim Erziehungsgeld, die Erziehungsjahre müssen rentensteigernd angerechnet werden. Das neue an unserem Erziehungsgeldentwurf ist aber, daß dies auch Männer in Anspruch nehmen können. Unser großer Impuls für die Gesellschaftspolitik und gegen den Klassenkampf heißt Partnerschaft. Dies bedeutet aber, daß man im konkreten Verhalten daraus entsprechende Konsequenzen ziehen muß. Auch Männer müssen sich wieder zu Vätern emanzipieren können,

(Beifall)

und das ist der Ausgangspunkt unseres Partnerschaftsbegriffes.

In diesem Zusammenhang möchte ich etwas zu Herrn Geißler sagen. Wahlfreiheit für die Frau heißt nicht nur Entscheidungsfreiheit der Frau zwischen Tätigkeit als Hausfrau und Erziehung der Kinder oder Berufstätigkeit, sondern beinhaltet auch die Möglichkeit, beides miteinander zu verbinden. Das ist unser Ausgangspunkt, unsere Programmatik gewesen. Deshalb muß in der Diskussion über die Frage der Arbeitslosigkeit das Problem der Teilzeitarbeit vorrangig geprüft werden. Es müssen Anreize geschaffen werden, das nicht nur im öffentlichen Dienst zu praktizieren, sondern auch in der Privatwirtschaft. Die Bereitschaft, für ein solches Modell steuerliche Vergünstigungen zu gewähren, wäre ein realistischer Ansatzpunkt.

Es handelt sich aber nicht nur um die Frage der Arbeitslosigkeit der Frauen, sondern auch darum: Wie können wir die Teilzeitarbeit sowohl mit den Gesamterfordernissen des Arbeitsmarktes als auch mit der Tätigkeit der Frau in der Familie in Einklang bringen?

Noch etwas anderes: Die Bundesregierung hält uns vor, das Erziehungsgeld sei nicht finanzierbar. Meine Damen und Herren, ich will dazu nur sagen, daß das nicht nur ein Problem der Bundesregierung ist, sondern auch in unserer Partei lange Diskussionen ausgelöst hat. Wenn Herr Geißler gesagt hat, die Mittel müßten effektiver eingesetzt werden, wir wollten nicht mehr Mittel verbrauchen, dann ist das Erziehungsgeld ein typisches Beispiel dafür. Wenn wir uns vor Augen halten, daß ein Heimplatz für Kinder über 1 000 DM im Monat kostet und die größten Schäden der Menschen in der Zeit der Kleinstkindererziehung eintreten, sollten wir dieses Geld lieber den erziehenden Eltern zur Vorsorge zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Erziehungsgeld spart auf die Dauer mehr, als es kostet.

Die Bundesregierung hat in diesen Jahren eine Familienpolitik betrieben, die dazu geführt hat, daß die wirtschaftlichen Grundlagen vieler Familien immer brüchiger werden. Wir müssen dafür sorgen, die Familien wieder wirtschaftlich solide abzusichern. Die deutsche Umwelt ist kinderfeindlicher geworden. Wir müssen mit unseren konkreten Maßnahmen dafür sorgen, diese Umwelt kinderfreundlicher zu machen.

Nicht zuletzt das Geburtendefizit schafft unüberschaubare Probleme für unsere Zukunft. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Probleme von der politischen Führung rechtzeitig gesehen und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die Frau in der Familie darf nicht aus verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie verzögerter Familienpolitik zum Lastesel der Nation werden. Ihr Beitrag für die Gesellschaft wird immer noch unterbewertet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das bedeutet, daß auch wir bei unserer Politik andere Prioritäten setzen müssen. Dazu gehört einmal, daß die Partnerschaft tatsächlich zu konkreten Konsequenzen unserer Politik im ganzen führt. Das heißt aber, daß sich der Gesichtspunkt der Partnerschaft auch in den Gesetzentwürfen der Fraktion niederschlagen muß. Wir können einfach nicht akzeptieren, daß stets, wenn Fragen der Familien- und Frauenpolitik auf der Tagesordnung stehen, als erstes über die Finanzierbarkeit geredet wird, sondern wir müssen in diesem Bereich umdenken.

(Beifall)

Die Beschlüsse dieses Parteitages und dann auch die Initiativen der Fraktion müssen dieses Umdenken unter Beweis stellen. Dieser Parteitag hat ja die Möglichkeit eröffnet, die Familienpolitik gebührend zu berücksichtigen. Wir werden letztlich daran gemessen werden, was wir uns in der konkreten Situation unter Berücksichtigung der finanziellen Begrenzung an neuen Lösungsmöglichkeiten einfallen lassen. Nur eine neue Phantasie schafft die Grundlage für neue politische Vorrangigkeiten.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helga Wex. Als nächste hat das Wort Editha Limbach aus dem Landesverband Rheinland.

Frau Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sprache zum Antrag 18.1, wobei ich in einer Vorbemerkung doch sagen darf, daß es für die Delegierten dieses Parteitages schön gewesen wäre, wenn wir nicht die Punkte kennengelernt hätten, zu denen der Bundesvorstand demnächst etwas sagen muß - das ist ja richtig, dem wird auch jeder zustimmen -, sondern auch gleichzeitig zu ein paar Punkten Aussagen des Bundesvorstandes gehört hätten, über die wir uns hätten unterhalten können.

(Beifall)

Ich möchte zu zwei Punkten, die hier aufgeführt sind, ein paar Bemerkungen machen. Einmal zu "1. Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftswachstums in der Sozialen Marktwirtschaft und zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit insbesondere in den Bereichen" - und jetzt komme ich zu dem, worauf es mir ankommt - "Arbeitsplatzsicherung..." Ich meine, es geht nicht nur um die soziale Sicherheit, sondern auch um die politische Stabilität, wenn in diesem Bereich etwas geschieht. Das gilt vor allen Dingen, wenn man berücksichtigt - das ist auch schon in den Ausführungen von Norbert Blüm angeklungen -, daß junge Leute häufig gar keinen Ausbildungsplatz haben, sondern diesen erst suchen müssen. Nicht nur der junge Mann, sondern auch das junge Mädchen, das viermal vergeblich nach einem Ausbildungsplatz gesucht hat, wird sehr schwer von der besseren Ordnung, von der

Richtigkeit, von dem, was wir ihnen in unserem gesellschaftspolitischen Programm darbieten, zu überzeugen sein.

Deshalb meine ich, daß wir - wenn das auch nur eine kleine Korrektur ist - den ersten Spiegelstrich um ein Wort ergänzen und schreiben sollten: Arbeitsplatzsicherung und Ausbildungsplatzsicherung; denn mir scheint, das eine ist eng mit dem anderen verknüpft. Das ist ein ganz dringendes und wichtiges Problem.

Erlauben Sie mir, daß ich noch zu zwei weiteren Punkten kurz etwas sage; wir haben von mehreren Delegierten einen zum Sprecher gemacht, und daher nehme ich auch zu mehreren Punkten Stellung. Damit wird letztlich auch die Rednerliste nicht über Gebühr beansprucht.

Hinsichtlich der Familienpolitik müßte man meines Erachtens ein wenig mehr Wert auf das legen, was auch Frau Helga Wex vorhin gesagt hat. Die Familie besteht ja nicht vorrangig aus Mutter und Kind sowie einem Vater, der das Geld verdient, sondern die Familie besteht in der Tat aus Vater, Mutter und Kindern, vielleicht auch noch Alten oder Kranken und Behinderten, die zu versorgen sind und in der Geborgenheit der Familie gleichzeitig in die Gesellschaft integriert werden. Als Mutter von vier Kindern - und ich widme mich dieser Aufgabe voll -, weiß ich, wie wichtig der Vater auch als Erzieher und als Partner in der Freizeit ist. Ich meine, dieser Gesichtspunkt sollte berücksichtigt werden.

Zu 3 möchte ich auch noch eine kurze Bemerkung machen. Da ist die Rede davon, daß Maßnahmen zum Abbau der wachsenden Spannungen im Nord-Süd-Gefälle unter besonderer Beachtung der Herausforderungen, die dieses Gefälle an unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellt, zu treffen seien. Wenn eine neue Weltwirtschaftsordnung diskutiert wird und die rohstoffreichen Länder Forderungen stellen, die die Industrienationen zurückweisen wollen und müssen, muß man allerdings auch das Prinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung gegen sich wirken lassen und darf nicht auf Quotierungen und Kontingentierungen zurückgreifen, also sozusagen von den anderen marktwirtschaftlichen Verhalten fordern, für sich selbst aber besondere Richtlinien beanspruchen. Ich bitte den Bundesvorstand, auch das zu bedenken. Ich weiß, daß man in so kurzer Zeit die Probleme nur anreißen kann; ich kann auch nicht beurteilen, inwieweit der Bundesvorstand das alles schon bedacht hat; aus diesem Antrag geht jedenfalls nichts hervor.

Ich bitte die Delegierten des Bundesparteitages, den Ergänzungsantrag - Arbeitsplatzsicherung und Ausbildungsplatzsicherung - anzunehmen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Limbach.

Als nächster hat das Wort der Kollege Lenz aus dem Landesverband Hessen; abschließend dann der Kollege Breidbach aus dem Landesverband Rheinland.

Dr. Carl-Otto Lenz, Hessen: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu einem Punkt des Arbeitsplanes '77 sprechen, der in diesem Arbeitsplan noch gar nicht enthalten ist, von dem ich aber meine, daß er hineingehört. Wir werden, wenn alles nach Programm geht, in gut einem Jahr 42 Millionen Bundesbürger auffordern, die Abgeordneten zum Europäischen Parlament zum erstenmal direkt zu wählen. Ich meine, es ist die Aufgabe dieses Bundesvorstandes, sich der Vorbereitung und Durchführung dieser Wahl mit aller Energie zu widmen.

(Beifall)

Ich bin deshalb dem Herrn Generalsekretär sehr dankbar, daß er diesen Punkt heute morgen in seiner Rede zu den im vorliegenden Antrag aufgeführten Punkten hinzugefügt und ihn an erster Stelle genannt hat. Ich glaube, diese Platzierung wird dem Rang dieser Frage und vor allem auch ihrer zeitlichen Dringlichkeit gerecht.

Meine Freunde, es handelt sich hier im Grunde genommen um drei Aspekte. Der erste Punkt ist: Wir brauchen zur Durchführung dieser Wahlen ein Wahlgesetz, das unseren demokratischen und bundesstaatlichen Vorstellungen entspricht. Wir können mit der von der Regierungskoalition und der Bundesregierung vorgeschlagenen Bundesliste nicht einverstanden sein, weil dies die anonymste Form der Liste ist, die wir uns vorstellen können.

(Teilweise Beifall)

Zweitens, meine Damen und Herren, brauche ich nicht darauf hinzuweisen, daß die Vorbereitung eines Wahlkampfes für ein Parlament internationaler oder übernationaler Art eine Aufgabe ist, die in der Vergangenheit keine Parallele hatte und die deshalb die besondere Aufmerksamkeit des Bundesvorstandes erfordert, insbesondere weil hier ja auch Abstimmungen mit den befreundeten Parteien im europäischen Ausland notwendig sind.

Drittens müssen wir, meine Damen und Herren, bei der Wahl schon an morgen denken. Dann, wenn diese Christlich Demokratische Union und die mit ihr befreundeten Parteien in dem künftigen Europa die Rolle spielen sollen, die ihnen auf Grund ihrer Leistung für den Aufbau Europas in der Vergangenheit zukommt, müssen wir dafür sorgen, daß wir im Europäischen Parlament über genügend Verbündete verfügen, damit, meine Freunde, dort wir und nicht die Sozialisten die stärkste Fraktion stellen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich glaube, der Vorstand muß sich der Aufgabe widmen, in Gesprächen mit befreundeten Parteien in der Europäischen Volkspartei und außerhalb derselben hier die Weichen zu stellen, damit wir nach den Wahlen im Europäischen Parlament aus unseren politischen Freunden eine Fraktion bilden können, die es uns möglich macht - so, wie wir gestern gehört haben, daß Emilio Colombo der Präsident des Europäischen Parlaments geworden ist -, daß auch in Zukunft ein christlicher Demokrat oder ein Angehöriger einer mit uns verbündeten Partei und nicht etwa ein Sozialdemokrat, also einer von unserer politischen Konkurrenz, der erste Repräsentant dieses Europäischen Parlaments wird.

(Beifall)

Ich darf dem Herrn Generalsekretär noch einmal sehr herzlich dafür danken, daß er diesen Punkt in seiner Rede angesprochen hat, und ich möchte den Bundesvorstand sehr herzlich bitten, dieser Aufgabe seine volle Aufmerksamkeit zu widmen, denn, meine Damen und Herren, in einem Jahr sind wir bereits im Wahlkampf für dieses Europäische Parlament. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kollege Lenz. - Als letzter spricht der Kollege Breidbach.

Ferdi Breidbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der eine oder der andere in diesem Saal wird etwas überrascht sein, wenn ich den Thesen, die der Kollege Dr. Norbert Blüm gewissermaßen als moralischen Appell zur Lösung der Not der Arbeitslosigkeit aufgestellt hat, an dem einen oder anderen Punkt widersprechen möchte; widersprechen deshalb, weil moralische Appelle sehr schnell die Ursachen der derzeitigen Arbeitslosigkeit aus dem Auge verlieren. Und wir haben drei Ursachen, von denen im Grunde nur eine neu ist.

Die erste Ursache der Arbeitslosigkeit ist die konjunkturelle Situation, entstanden durch Fehlentscheidungen einer Wirtschaftspolitik, deren Bewertung wir schon ausreichend vorgenommen haben.

(Teilweise Beifall)

Dies ist die neue Ursache der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland; sie ist erst entstanden, nachdem die Mängel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sichtbar wurden.

Die zweite Ursache der Arbeitslosigkeit sind strukturelle Verwerfungen, entstanden durch technologische Prozesse und durch weltwirtschaftliche Entwicklungen. Diese Arbeitslosigkeit hat es im Grunde in unserer industrialisierten Gesellschaft mehr oder weniger immer gegeben; sie konnte nur überdeckt werden durch eine phantastische Konjunkturpolitik, die das ausreichende Wirtschaftswachstum produzierte, das diesen Tatbestand nicht sichtbar werden ließ.

Die dritte Ursache ist eine natürliche Arbeitslosigkeit, die - ich darf dies mit allem Vorbehalt sagen - sicher in der Marktwirtschaft systemimmanent ist. Mit dieser Arbeitslosigkeit haben sich auch CDU/CSU-Regierungen ab und an in einer Größenordnung von 1 bis 1,5 % herumschlagen müssen.

Wer diese drei Ursachen sieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nicht davon ausgehen, daß es Patentrezepte zur Beseitigung dieser Arbeitslosigkeit gibt. Insbesondere ist es kein Patentrezept, anzunehmen, daß diese Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzungen gleich welcher Art zu beseitigen ist,

(Vereinzelt Zustimmung)

ob ich die Verkürzung der täglichen oder die Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder die Verkürzung der Lebensarbeitszeit nehmen. Denn Verkürzungen der Arbeitszeit als Planungsinstrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen müssen in unserer Wirtschaftsordnung aus bestimmten Gründen versagen: a) weil die Struktur unserer Wirtschaft auf Planungen, die Mängel verwalten wollen, überhaupt gar nicht anspricht - dafür gibt es ausreichende Beweise -, b) weil Klein- und Mittelbetriebe nur dann neue Arbeitsplätze schaffen können, wenn Arbeitszeitverkürzungen in einem beträchtlichen Ausmaß vorgenommen werden-, c) weil Arbeitszeitverkürzungen in einer Branche oder einer Region nicht zwangsläufig zur Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen Branchen oder Regionen führen können und weil u. a. Arbeitszeitverkürzungen im Lebensalter bei 63jährigen nicht automatisch zur Arbeitsplatzbeschaffung für 18jährige führen; hier sind schwerwiegende Umschichtungsprozesse in der Arbeitswelt zu berücksichtigen.

Hinzu kommt - und ich glaube, liebe Parteifreunde, diesen Gedanken müssen wir ernsthaft in Zusammenhang mit unserem Konzept diskutieren -, daß Arbeitszeitverkürzungen, die etwa durch die Tarifpartner erzwungen

werden, zu einer völligen Verkehrung der Positionen der Tarifpartner führen müssen. Wir haben dann bei den Tarifverträgen auf der einen Seite die Arbeitgeber, die gegen Arbeitszeitverkürzungen bei hohen Löhnen kämpfen, weil das für sie von der Kostenseite her das Günstigste ist, und auf der anderen Seite die Gewerkschaften, die für kürzere Arbeitszeiten bei geringeren Löhnen für alle eintreten. Dies führt zu einer völligen Umkehrung der Funktionen der Tarifpartner. Ich glaube, diesen Tatbestand muß man einfach berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wichtigste scheint mir zu sein - dies nur in aller Kürze -, daß wir die Konjunkturpolitik auf Wachstum ausrichten, und zwar auf Wachstum in ganz bestimmten arbeitsplatzintensiven Bereichen. Die bisherigen Konjunkturprogramme haben eben in dieser Richtung exakt versagt; sie haben Rationalisierungsinvestitionen in Bereichen geschaffen, in denen die Arbeitsplatzintensität nicht groß war, und zwar deshalb, weil diese Konjunkturprogramme nicht auf Mittelstand und Handwerk, sondern ausschließlich auf die Großindustrie ausgerichtet waren.

(Vereinzelte Zustimmung)

Wir müssen ferner eine Konjunkturpolitik betreiben, die eine Mengenkonjunktur schafft, denn nur wenn auch die Mengenkonjunktur anspringt, besteht eine Chance, durch eine Vielzahl dezentralisierter Entscheidungen bei Käufern wie bei Produzenten neue Arbeitsplätze in arbeitsplatzintensiven Bereichen zu schaffen.

Wir müssen die Mehrwertsteuererhöhung bekämpfen, weil diese Mehrwertsteuererhöhung unter Umständen auch noch den letzten frei verfügbaren Spielraum, den die Arbeitnehmereinkommen für konsumtive Zwecke haben, zunichte macht und weil damit ein weiterer Teil Marktnachfrage ausfallen wird.

Wenn wir den Antrag 18.1 in dieser Richtung in der Praxis diskutieren und uns nicht der Gefahr aussetzen, mit langfristigen Perspektiven der Regierung Entschuldigungsgründe für ihr derzeitiges Versagen zu liefern, habe ich die große Hoffnung, daß wir in absehbarer Zeit mit einem Konzept dastehen, das den Arbeitslosen jetzt hilft und auch in Zukunft noch tragfähig ist. Ein Konzept, das den Arbeitslosen in der Zukunft hilft, ist in der Tat nur eine Vision, von der wir alle gemeinsam in den nächsten Jahren recht wenig haben werden.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf damit die Beratung zu Antrag 18.1 abschließen. Ich darf dabei das Einverständnis des Kollegen Dr. Lenz damit unterstellen, daß wir seine Anregung gleich im Zusammenhang mit den europapolitischen Anträgen, die wir ja noch zu beraten haben, aufgreifen.

Ich darf weiterhin für die Antragskommission erklären, daß sie den Änderungsantrag der Delegierten Limbach, in Ziffer 1 den ersten Spiegelstrich zu ändern und zu formulieren "Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsicherung", aufnimmt, so daß nunmehr Antrag 18.1, der im übrigen von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wird, in dieser abgeänderten Fassung zur Abstimmung steht.

Diejenigen, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, darf ich bitten, das durch Kartenzeichen zu erklären. - Danke schön. Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit verabschiedet; ich darf mich sehr herzlich bedanken.

Wir kommen nunmehr zur Fortsetzung der Behandlung von Punkt 19 der Tagesordnung: Sonstige Anträge

Wir setzen damit die Beratung vom Montag fort. Zunächst möchte ich Antrag 19.3 der Jungen Union - Reform des öffentlichen Dienstrechts - aufrufen. Dazu ist zu erklären, daß wir die Abschnitte II und III dieses Papiers bereits zur weiteren Beratung an den Bundesfachausschuß Innenpolitik überwiesen haben.

Es geht nunmehr um die Verabschiedung der Abschnitte I, IV und V. Ich darf den Herrn Kollegen Vogel bitten, dazu das Wort für die Antragskommission zu ergreifen.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf es kurz machen, weil ich insoweit die Änderungen, die mit den Antragstellern abgestimmt sind, bereits vorgetragen habe. Das betrifft im Abschnitt I b) im zweiten Absatz den ersten Satz. Dieser erste Satz soll gestrichen werden, so daß der Absatz beginnt: "Für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst..."

In I c) Ziffer 3 soll die Forderung folgenden Wortlaut erhalten: "Das Berufsbeamtentum als öffentlich-rechtliches Dauerdienstverhältnis auf Lebenszeit vorrangig auf die Erfüllung von hoheitlichen und solchen Aufgaben zu konzentrieren, deren ununterbrochene Erfüllung für die Bürger unverzichtbar ist."

Ein Punkt ist zwischen den Antragstellern und der Antragskommission kontrovers geblieben. Dieser Punkt betrifft I b). Es geht dabei in dem vierten Satz um den Satzteil: "...auch mit dem Ziel, die den Beamten vorbehaltenen Aufgaben einzuschränken." Die Antragskommission empfiehlt, diesen Teil des vierten Satzes zu streichen. Ich darf mich dabei auf das beziehen, was ich bereits vorgestern zur Begründung ausgeführt habe. Wir sind sehr wohl dafür, daß wir eine deutliche Trennung schaffen zwischen Funktionen, die von Beamten wahrgenommen werden, und Funktionen, die von Angestellten wahrgenommen werden können. Da wir im Augenblick aber noch nichts Endgültiges darüber aussagen können, welche Entwicklung das Strukturgefüge im öffentlichen Dienst insgesamt künftig haben soll, sind wir für die Streichung.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kollege Vogel. Das Wort hat der Delegierte Kirch aus dem Landesverband Rheinland.

Rudolf Kirch: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Obwohl Abschnitte dieses Antrags an den Bundesvorstand als Diskussionsunterlage verwiesen wurden, sind nach meiner Meinung doch auch im Teil I einige Ungereimtheiten zurückgeblieben. Die Reform des öffentlichen Dienstes gehört letzten Endes zu der Reform euphorie, die vor einigen Jahren eingesetzt hat, wo aber bis heute keine konkreten Ergebnisse vorliegen, die auch in der Praxis brauchbar wären. Wenn immer wieder vom Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst gesprochen und gefordert wird, dieses Leistungsprinzip stärker in den Vordergrund zu stellen, als dies in der Vergangenheit der Fall war, dann frage ich mich allen Ernstes: Hat der öffentliche Dienst seit 1945 in der Aufbauphase keine Leistungen erbracht, so daß wir heute verstärkt und mit Nachdruck darauf bestehen müßten, daß im öffentlichen Dienst endlich Leistungen erbracht werden?

Es ist eine Tatsache - ich glaube, daran geht der Antrag vorbei -, daß auch in der Vergangenheit im öffentlichen Dienst die Eignung, die Leistung und die Befähigung nach bestimmten Kriterien beurteilt

worden sind. Es ist meiner Ansicht nach außerordentlich gefährlich, wenn wir in den Chor derer einstimmen, die damals sagten: Die Beamten fressen den Staat, mehr Leistungsprinzip im Staat, weniger Büroschlag usw. Wir müssen uns auch als Christlich Demokratische Union schützend vor unsere Mitarbeiter im öffentlichen Dienst stellen, wenn sie so ungerecht verurteilt werden.

(Beifall)

Ich hoffe nicht, daß es die Absicht dieses Antrages ist, den ich als eine Zusammenfassung von Reformvorschlägen betrachte, die mehrmals von seiten des Bundesinnenministers vertreten und auch immer wieder von den Gewerkschaften unter der Forderung nach einer Änderung des Dienstrechtes nach vorn getragen wurden, in irgendeiner Form zu diesem Kesseltreiben gegen den öffentlichen Dienst beitragen zu wollen.

In diesem Antrag wird davon gesprochen, daß die Zweispurigkeit von Beamtenstatus und Tarifbedienstetenstatus im öffentlichen Dienst abgebaut werden müsse. Gleichzeitig wird gefordert, daß das "Berufsbeamtentum als öffentlich-rechtliches Dauerdienstverhältnis auf Lebenszeit vorrangig auf die Erfüllung von hoheitlichen und leitenden Aufgaben zu konzentrieren" ist. Da ist zu fragen, wieviel Prozent der gegenwärtig vorhandenen Beamten unter diese Definition fallen würden. Fachleute haben errechnet, daß dann höchstens noch 5 % darunter fielen und den Beamtenstatus hätten, während 95 % unter das Tarifrecht zu stellen wären. Die Konsequenz dieses Antrags wäre daher, daß in Zukunft 95 % der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nach Tarifrecht zu behandeln wären und damit auch das Streikrecht hätten. Ich frage, ob dies gewollt ist. Wenn das nicht gewollt ist, müßte eine klarere Definition gefunden werden. Die jetzt vorliegende Definition kann jedenfalls nur zu der Schlußfolgerung führen, die ich aufgezeigt habe. Die Streikbewegung im öffentlichen Dienst im Januar 1974 hat bewiesen, daß es möglich ist, ganze Sektoren des öffentlichen Dienstes lahmzulegen. Das ist meiner Ansicht nach außerordentlich gefährlich. Mit Leichtigkeit wäre ein elektronisches Rechenzentrum stillzulegen; denn da werden keine hoheitsrechtlichen Aufgaben wahrgenommen. Es ist gefährlich, den Beamtenstatus nur auf die Wahrnehmung hoheitsrechtlicher Aufgaben zu beschränken. Dieser Antrag ist in seiner Konzeption nicht durchdacht, nicht genügend ausdiskutiert und in der Realisierung für den öffentlichen Dienst und damit auch für unsere soziale und demokratische Ordnung gefährlich.

(Beifall)

Ich beantrage deshalb, diesen Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist bisher bei Wortmeldungen relativ großzügig verfahren. Es ist aber abzusehen, daß wir unser Arbeitspensum nicht erledigen können, wenn wir weiterhin so verfahren. Ich möchte Ihnen deshalb den Vorschlag machen, jetzt darüber zu beschließen, ob die Redezeit grundsätzlich auf fünf Minuten beschränkt werden soll. Ich darf über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ihm seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Als nächster hat das Wort Franz-Josef Jung, danach Franz Schapfel und anschließend Magda Weber.

Franz-Josef Jung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich zu dem Vorwurf Stellung nehmen, wir hätten uns in der Jungen Union damit nicht genügend beschäftigt.

Wir haben diesen Antrag eingebracht nach zweijähriger intensiver Diskussion und dann nach einem Beschluß des Deutschland-Tages, und zwar in Abstimmung z. B. mit der Beamtenbund-Jugend und unter Berücksichtigung einer Anhörung des Deutschen Beamtensyndikats. Wir haben ihn mit den Gewerkschaften, insbesondere der ÖTV, und allen relevanten Gruppen in diesem Bereich durchdiskutiert. Wer hier sagt, was die Junge Union wolle, sei ein Kesseltreiben gegen den öffentlichen Dienst, der hat entweder den Antrag und seine ganze Konzeption nicht zur Kenntnis genommen, oder versucht bewußt, Emotionen hochzuschaukeln, wo das unangebracht ist.

(Beifall)

Uns geht es darum, die Leistungen gerade auch der Beamten eindeutig zu respektieren. Deshalb sagen wir auch ja zum Berufsbeamtentum, gerade in Abgrenzung z. B. zu den Vorstellungen der Jungsozialisten. Andererseits wollen wir die Fehlentwicklungen in Richtung auf immer mehr Bürokratie, immer mehr Personal und immer höhere Personalkosten abbauen und dazu vernünftige Lösungsansätze bieten.

Was das Streikrecht angeht, so haben wir deutlich gemacht, daß wir für die Berufsbeamtenschaft ein Streikverbot bejahen, das wir aus der Treuepflicht der Beamten herleiten. Keineswegs geht es uns darum - wie hier unterstellt wurde -, für 95 % des öffentlichen Dienstes das Streikrecht einzuführen. Wir sind deshalb auch in die Kritik der Gewerkschaften geraten, aber ich glaube, dies werden wir durchstehen.

Ich meine also, dies ist ein ausgewogener Antrag, und es kommt ja auch nicht von ungefähr, daß sich die Antragskommission mit diesem Antrag jetzt einverstanden erklärt hat. Auch haben wir, insbesondere im Abschnitt IV, der die Vereinfachung in der Rechtssetzung betrifft, deutlich gemacht, wo die Verantwortlichkeiten der Politiker liegen, was die Einleitung vernünftiger Reformen anlangt. Es sollen also nicht die Beamten angeprangert werden, sondern es wird die Verantwortlichkeit der Politiker im Hinblick auf die Gesetzgebung herausgestellt.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem Punkt sagen, wo nunmehr noch eine Kontroverse zwischen der Antragskommission und unseren Vorstellungen besteht, also zu der Passage "auch mit dem Ziel, die den Beamten vorbehaltenen Aufgaben einzuschränken", die die Antragskommission zu streichen empfiehlt. Wir wollen durchaus einräumen, daß es hierzu in unserer Partei unterschiedliche Auffassungen gibt. So sehen z. B. die seinerzeit von Herrn Innenminister Schwarz vorgelegten Mainzer Thesen vor, den Bereich des Beamtenrechts auszudehnen, also mehr öffentliche Bedienstete in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Wir sind der Auffassung, daß man dem im Interesse einer größeren Mobilität und Flexibilität nicht zustimmen, sondern die Ausübung durch Beamte auf die Funktionen konzentrieren sollte, die hoheitlicher Art sind und deren ununterbrochene Erfüllung für die Bürger unverzichtbar ist. Das bezieht sich auch auf die Daseins-

vorsorge. Wir befürchten, daß eine Ausdehnung der Anwendung des Beamtenrechts zu mehr Bürokratie und zu weniger Effektivität im öffentlichen Dienst führt.

(Beifall)

Die Ablehnung des Streikrechts für Beamte darf nicht zu der Forderung führen, alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu verbessern und auf diese Weise die Frage der Koalitionsfreiheit völlig zu unterlaufen.

Wir meinen also, dieser Antrag, wie wir ihn jetzt vorlegen, bietet eine vernünftige Konzeption im Sinne von mehr Effektivität, mehr Leistung und Motivation im öffentlichen Dienst. Er bietet uns als Union insgesamt die Chance, einen neuen Impuls in dieser Diskussion zu geben. Damit können wir deutlich machen, daß unser Slogan "Freiheit statt Sozialismus" auch heißt: weniger Staatsbürokratie. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franz-Josef Jung! Das Wort hat jetzt Franz Schapfel.

Franz Schapfel: Liebe Freunde von der Jungen Union, wir als Leute von den Gewerkschaften sind dankbar, daß diese Frage in der Partei wieder diskutiert wird. Aber ich halte es für notwendig, daß man dazu dann ein Gesamtkonzept verabschiedet. Es hat wenig Sinn, einen Teil I, einen Teil IV und einen Teil V zu verabschieden, bestimmte Teile des Antrags aber an ein anderes Gremium zu verweisen und dann eine Zusatzklärung abzugeben. Ich sage ausdrücklich: Auch ich bin der Ansicht, daß wir uns über die Problematik unterhalten müssen. Die sogenannten Schwarz-Thesen dürfen nicht die einzige Aussage der CDU zum öffentlichen Dienst bleiben. Wir müssen intensiver darüber beraten, z. B. auch über die im Abschnitt I des Antrags enthaltene Aussage, daß im öffentlichen Dienst eine Vereinheitlichung durch tarifvertraglich geregelte Arbeitnehmerrechte geschaffen werden soll. Ich weiß nicht, was man eigentlich will. Für einen Teil des öffentlichen Dienstes sagt man, daß arbeitsrechtliche Probleme durch den Staat zu entscheiden sind, und auf der anderen Seite will man eine tarifvertragliche Regelung.

Meine Bitte geht also dahin - und ich bitte das zu unterstützen -, diesen Antrag insgesamt an den Bundesvorstand zu verweisen.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön! Das Wort hat Magda Weber.

Frau Magda Weber: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich dem Votum des Kollegen Schapfel an und bitte ebenfalls, diesen Antrag als Material an den Bundesvorstand zu überweisen. Das bedeutet nicht, daß ich gegen die Behandlung dieser Problematik bin. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar, daß das hier so diskutiert wird. Aber lesen Sie diesen Antrag doch bitte einmal richtig, insbesondere jetzt nach den von der Antragskommission mit Zustimmung der Antragsteller vorgenommenen Änderungen. Da soll z. B. im Abschnitt I bei dem Begriff "übrigen Arbeitnehmer"; das Wort "übrigen" gestrichen werden. Was verstehen die Antragsteller unter "Arbeitnehmer"? Ich verstehe unter Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst: Beamte, Angestellte und Arbeiter. Es heißt

dann im Antrag also: "Für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist ein vereinheitlichtes, tarifvertraglich geregeltes Arbeitnehmerrecht zu schaffen." Meine Damen und Herren, das bedeutet die Abschaffung des Berufsbeamtentums, das bedeutet, daß alles, was die Beamten angeht, über Tarifvertrag zu regeln ist.

Unter Buchstabe c) im Abschnitt I heißt es: "Es handelt sich bei dem 'Status-Folgerechts-Modell' um ein getarntes, eigentlich reines Tarifmodell ...". Meine Damen und Herren, vorhin wurde gesagt, daß wir eine tarifvertragliche Regelung fordern!

Alle diese Dinge sind noch nicht ganz ausgegoren und noch nicht mit der genügenden Klarheit ausformuliert. Ich glaube, wir als CDU können es uns nicht leisten, zu einem so wichtigen Problem einen solchen Antrag auch nur in Teilen anzunehmen und damit solche Aussagen in die Welt zu setzen. Wir haben dann die ganze Lobby des öffentlichen Dienstes - wenn ich das einmal so sagen darf - gegen uns. Deswegen bitte ich, diesen Antrag als Material an den Bundesvorstand zu überweisen.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Nunmehr hat das Wort der Bundesvorsitzende der Jungen Union.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte das Votum der Antragskommission nachträglich unterstützen. Es ist nach unserer Auffassung auch ein Ausdruck der Bedeutung des Parteitagés als oberstes Willensbildungsorgan der Partei, daß er sich nicht das Recht nehmen läßt, selbst die Grundlinien einer Konzeption der Reform des öffentlichen Dienstes zu bestimmen. Deshalb sollte er nicht nach dem Prinzip des einfachsten Weges verfahren und diesen Antrag verweisen.

(Beifall)

Wir sollten den Mut haben, hier in den Grundlinien zu entscheiden. Was die Antragskommission unter dem in diesen Fragen ja nicht ganz unbewanderten Friedrich Vogel uns vorgelegt hat, sollte doch eine Grundlage dafür sein, die Ziele, die wir gemeinsam verwirklichen wollen, nämlich Sicherung des Berufsbeamtentums, Sicherung des öffentlichen Dienstes, Ermöglichung verstärkter Leistungsmotivation, mehr Flexibilität und mehr Mobilität in den Grundlinien zum Ausdruck zu bringen. Ein Parteitag begibt sich seiner Verantwortung, wenn er wichtige Fragen im Wege der Verweisung vom Tisch schiebt.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag in den Grundsätzen zu folgen und die Grundlinien festzulegen. Die wirklich kontroversen Fragen können dann noch einmal in den Fachausschüssen der Partei diskutiert werden.

(Beifall)

Klaus Evertz: Tagungspräsidium: Danke schön! Damit schließe ich die Beratung für den Antrag 19.3.

Der Kollege Vogel hat für die Antragskommission erklärt, daß eine Reihe von Änderungen vom Antragsteller übernommen worden sind, so daß ich darüber nicht abstimmen zu lassen brauche.

Wir kommen jetzt lediglich zur Abstimmung über die von der Antragskommission empfohlene Annahme dieses Antrags, allerdings mit der Änderung, daß die Passage, die darauf abzielt, die Zuständigkeit der Erledigung von Aufgaben durch Beamte einzuschränken, gestrichen wird. Das ist die Fassung, die die Antragskommission nunmehr zur Annahme empfiehlt.

Wir treten in die Abstimmung ein.

(Zurufe)

- Wir befinden uns in der Abstimmung. Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

(Widerspruch)

- Ich darf darauf verweisen: Wir haben zunächst über den Antrag der Antragskommission abzustimmen. Außerdem haben wir einen Verweisungsantrag und einen Ablehnungsantrag. Nach der Geschäftsordnung bin ich gehalten, zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen zu lassen. Wenn dieser Antrag hier keine Mehrheit findet, kommen wir zur Abstimmung über den Verweisungsantrag und dann über den Ablehnungsantrag.

(Erneuter Widerspruch)

- Das ist die Geschäftslage, nach der ich hier zu verfahren habe. Wir treten also in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, diesen Antrag in der geänderten Fassung anzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Nach Überzeugung des Präsidiums war das erstere die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der europapolitischen Anträge. Es sind dies die Anträge 19.6, 19.7, 19.18, 19.27 und 19.29. Ich schlage Ihnen vor, daß wir diese Anträge im Zusammenhang behandeln.

Ich darf zunächst dem Kollegen Vogel für die Antragskommission das Wort erteilen.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, daß zunächst die Anträge 19.6, 19.7, 19.18 und 19.27 zusammen behandelt werden. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme des Antrags 19.18. Damit sind dann nach Auffassung der Antragskommission die Absätze 1 und 2 des Antrags 19.27 erledigt.

Die Antragskommission empfiehlt weiter, die Anträge 19.6, 19.7 und 19.27 dritter Absatz an den Bundesvorstand zu überweisen. Dazu ganz kurz die Begründung: Hierbei handelt es sich um Anträge, die Fragen des Europa-Wahlrechts zum Gegenstand haben. Über diese Fragen stehen wir in einer aktuellen Diskussion in der Bundestagsfraktion und auch in interfraktionellen Gesprächen, die sich im wesentlichen auf der Linie dieser Anträge bewegt. Wir sind der Auffassung, daß es auch wegen der interfraktionellen Gespräche, die zur Zeit laufen, gut wäre, die Anträge so, wie sie vorliegen, an den Bundesvorstand zu überweisen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kollege Vogel! Als erster hat der Kollege Alo Hauser aus dem Landesverband Rheinland das Wort.

(Zurufe: Erledigt!)

- Er verzichtet. Dann Frau Limbach, Landesverband Rheinland.

(Zurufe: Auch erledigt!)

- Sie verzichtet ebenfalls. Damit schließe ich die Beratung zu diesem Punkt. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung nach dem von der Antragskommission vorgeschlagenen Verfahren.

Zur Geschäftsordnung, bitte schön!

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Als rheinischer Landesdelegierter habe ich den Eindruck, daß bei Abstimmungen der linke Flügel dieses Saales nicht beachtet wird.

(Beifall)

Gerade bei der Entscheidung über den letzten Antrag hatte ich den Eindruck, daß die Gesamtheit anders abgestimmt hat, als hier festgestellt worden ist.

(Erneuter Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diese Anregung! Sie wird das Präsidium veranlassen, noch sorgfältiger auf die Abstimmungslage hier im Saal zu achten. Es trifft aber nicht zu, daß wir bei der letzten Abstimmung den linken Flügel nicht beachtet hätten. Nach Meinung des Präsidiums war die Abstimmungslage ganz eindeutig.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung nach den Empfehlungen der Antragskommission, zunächst über den Antrag 19.18. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist dem so entsprochen. Dadurch ist der Antrag 19.27 Absätze 1 und 2 erledigt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, die Anträge 19.6, 19.7 und 19.27 Absatz 3 an den Bundesvorstand zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - 5 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - 1 Stimmenthaltung. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag 19.29 auf. Ich darf dazu dem Kollegen Vogel das Wort erteilen.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrags mit folgenden Änderungen: Im dritten Spiegel wird der Anfang: "jeder ideologischen Konfrontation zwischen europäischen Parteien der Mitte widerstehen und " gestrichen und wie folgt geändert: "in die Zusammenarbeit zwischen uns und mit uns befreundeten Parteien ihre Erfahrungen ...". Im vierten Spiegel werden die Worte "Parteien der Mitte" durch die Worte "wir und die mit uns befreundeten Parteien" ersetzt. Im fünften Spiegel wird gestrichen: "mit den europäischen Parteien der Mitte - zuerst". Kurze Begründung: "Parteien der Mitte" könnte dahin mißverstanden werden, daß wir etwa der ideologischen Auseinandersetzung mit den Liberalen aus dem Wege gehen wollten. Das wollen wir natürlich nicht. Die Antragsteller sind über diese Änderungen unterrichtet und damit einverstanden.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer dem Antrag 19.29 in der von der Antragskommission geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Ich darf mich sehr herzlich bedanken. Damit sind die europapolitischen Anträge beschlossen.

Ich rufe nun den Fragenkomplex "Zukunftschancen der jungen Generation" auf. Es handelt sich hierbei um die Anträge 19.8, 19.24 und 19.26.

Ich darf zunächst für die Antragskommission Frau Dr. Wilms das Wort erteilen.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sehr ausführlich über die Anträge 19.8, 19.24 und 19.26 beraten. Sie hat den Versuch gemacht, die wichtigsten Überlegungen, die wichtigsten Anregungen aus diesen drei Anträgen in einem neuen Antrag, in einem Antrag der Antragskommission, zusammenzufassen. Dieser Antrag liegt Ihnen vor. Die Zusammenfassung, die Zusammenstellung, ist in Absprache mit den Antragsstellern Baden-Württemberg und Junge Union erfolgt. Wir empfehlen Ihnen grundsätzlich Annahme dieses neuen Antrags der Antragskommission, der, wie gesagt, quasi ein zusammenfassender Antrag ist.

Allerdings darf ich Sie bitten, zwei Änderungen vorzunehmen. Es haben sich beim Abschreiben in der Eile - Sie mögen bitte Verständnis dafür haben - zwei Fehler eingeschlichen, und zwar muß auf Seite 3 unter Ziffer III der fünfte Spiegel gestrichen werden. Ferner ist der letzte Absatz auf Seite 3 ein wenig zu ändern. In der ersten Zeile sind vor dem Wort "inwieweit" die Worte "ob und" einzufügen.

In der letzten Zeile dieses Absatzes wäre zu streichen "weiter verfolgt und im einzelnen". Der Absatz heißt also jetzt wie folgt:

"Darüber hinaus müssen Überlegungen, ob und inwieweit durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechendem Verzicht auf Einkommen oder Einkommenszuwachs mittel- und langfristig Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann, geprüft werden."

Herr Präsident, die Antragskommission empfiehlt erstens eine Annahme dieses Antrages mit den gerade bekanntgegebenen Veränderungen. Zweitens bittet die Kommission darum, der Bundesparteitag möge befinden, daß das gesamte Material - also auch die Anträge 19.8, 19.24 und 19.26 - auf der nächsten Bundesausschußsitzung im Sommer dieses Jahres insgesamt diskutiert wird. Die Fülle des Materials ist nämlich so groß, daß hier nicht mehr alle Einzelpunkte diskutiert werden können. Das Thema ist aber sehr wichtig. Wir bitten also darum, der Bundesparteitag möge befinden, daß das Thema im Detail und in aller Ausführlichkeit auf der nächsten Sitzung des Bundesausschusses beraten wird.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Wilms. Wir haben also folgende Geschäftslage. Die Beratung erfolgt auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen 19.8, 19.24 und 19.26, die als Umdrucke verteilt worden sind, und zwar mit den Änderungen, die Frau Dr. Wilms hier vorgeschlagen hat. Wenn das erledigt ist, werden wir über den weiteren Beschlußvorschlag abstimmen, daß die nächste Sitzung des Bundesausschusses sich mit der Gesamtproblematik beschäftigen soll.

Zunächst zu diesem Antrag Franz Schapfel aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, danach Klaus Rose aus dem Landesverband Rheinland.

Franz Schapfel: Meine Damen und Herren, ich bin auch hier - wie vorhin - der Jungen Union sehr dankbar, daß wir zu diesem Anliegen eine Aussage machen. Im Unterschied zu dem, was von der Antragskommission gesagt wurde, bin ich auch der Meinung, daß dieser Parteitag nicht nur wegen der Fülle des Materials den Bundesausschuß beauftragen sollte, sich mit der Frage zu beschäftigen, sondern daß das auch wegen der gegebenen Situation notwendig ist.

Ich bin zur Zeit stellvertretender Vorsitzender eines Landesausschusses für Berufsbildung, nämlich in Rheinland-Pfalz. Wir, die Verantwortlichen, wissen kaum noch Lösungen, wie wir dieser Problematik Herr werden können. Bei uns im Lande werden durch das Kurzsuljahr 20 000 mehr auf den Arbeitsmarkt kommen. Wenn man weiß, daß man diesen jungen Menschen keine Antwort auf ihre Fragen geben kann, dann scheint es mir schon notwendig zu sein, diesen Antrag zu verabschieden.

Auf einen Punkt möchte ich aufmerksam machen, und ich möchte die Junge Union bitten, darüber noch einmal nachzudenken. Auf der Seite 2 der Empfehlung der Antragskommission heißt es unten: "Weiter fordert die CDU: - Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres statt eines allgemeinbildenden zehnten Schuljahres". Ich weiß nicht, ob das ganz in Ordnung ist. In manchen Ländern haben wir das zehnte Schuljahr.

In dem Antrag wird auch gefordert, daß für Lerngestörte weiterhin Angebote der Schule gemacht werden sollen, damit sie den Abschluß der Hauptschule bekommen. Das kann doch nur im allgemeinbildenden Schulwesen durchgezogen werden. Vielleicht könnte man diese absolute Forderung verändern, indem man sagt: "Vorrangiger Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres"; man sollte also nicht direkt negativ zu dem zehnten Schuljahr Stellung nehmen.

Ich stimme auch dem nicht ganz zu, was die Antragskommission zu Seite 3 gesagt hat, nämlich die Worte "und im einzelnen" zu streichen. Das Wort "weiterverfolgt" kann man ohne weiteres streichen, weil wir das noch gar nicht haben. Aber man sollte auf alle Fälle "im einzelnen geprüft werden" aufrechterhalten. Denn diese Problematik kann man nicht insgesamt überprüfen, es sind nämlich im Bereich der beruflichen Bildung mehrere Zuständigkeiten gegeben.

Ich bitte auch aus der Sicht der Sozialausschüsse um Unterstützung dieses Antrages. Ich glaube, wir müssen hier der jungen Generation eine Antwort geben.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Schapfel. Jetzt Klaus Rose, dann Ruth Hieronymi.

Klaus Rose: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang meiner Wortmeldung eine kurze Anmerkung zum Abstimmungsverfahren von gestern abend. Ich bedaure es außerordentlich, in welcher Form gestern abend über den wichtigen Antrag des Bundesvorstandes zum Thema Deutschlandpolitik entschieden worden ist. Ich bedaure auch, in welcher Form man die Wortmeldungen, die noch vorlagen, behandelt hat. Ich glaube, dieses wichtige Thema hätte es verdient, von diesem Plenum eingehender diskutiert zu werden.

Nun zum Thema! Meine Damen und Herren, die junge Generation hat sich in eindrucksvoller Form wie nie in den letzten fünfzehn Jahren bei

der letzten Bundestagswahl 1976 für die Freiheit und zur CDU bekannt. Ich glaube - in dieser Überzeugung sind wir uns sicher alle einig -, daß seit 1969 von der SPD/FDP-Regierung auf diesem Gebiet falsche Weichen gestellt worden sind.

Wir sollten nach außen hin dokumentieren, daß für die CDU das Thema "Zukunftschancen der jungen Generation" ein zentrales Thema der deutschen Innenpolitik sein muß. Ich würde vorschlagen, an den zweiten Absatz anzufügen: "Für uns sind die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation und der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ein zentrales Thema der deutschen Innenpolitik." Ich würde Sie bitten, diesem Zusatz zuzustimmen. Die junge Generation und die Situation, in der wir uns befinden, haben das verdient. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Ruth Hieronymi hat zurückgezogen. Jetzt spricht Graf Waldburg-Zeil aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Danach Dr. Scheur, ebenfalls vom Landesverband Baden-Württemberg.

Graf Alois von Waldburg-Zeil: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vorsitzender eines Landeselternbeirates kann ich natürlich diesen Beratungsschwerpunkt nur begrüßen, denn es kommen fünf Problemwellen auf uns zu. Wenn wir von dieser jungen Generation sprechen, dreht es sich vor allem um die geburtenstarken Jahrgänge zwischen dem Jahr 1960 und dem Jahr 1970, die bis zu 60 % höher liegen als die anderen Nachkriegsjahrgänge. Die erste Problemwelle ist der Schülerberg; diese Problemwelle haben wir bereits. Die zweite Problemwelle ist der Berg der Auszubildenden. Dann kommt der Berg der Arbeitsplatzsuchenden, dann der Berg der Studienplatzsuchenden und dann der schwerwiegendste Berg, auf den man gar nicht genug hinweisen kann, nämlich der Berg der Rentner, die ab dem Jahre 2024 aus den geburtenstarken Jahrgängen hineinwachsen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß im Jahre 2030 ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung die Rentner ernähren muß, die um ein Drittel angewachsen sein werden.

Ich möchte aber bei der Behandlung dieses Themas vor einem warnen, und das ist die Auffassung, als handle es sich bei diesen geburtenstarken Jahrgänge um eine Naturkatastrophe und Strafe Gottes, die nun durch das Geburtental wieder getilgt werden könnte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier vor allem die Bitte an die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder richten, nicht von der "Untertunnelung des Geburtenberges" zu sprechen. Es ist eine ganz gefährliche Vorstellung, daß wir dann in das normale Tal der Geburtenjahrgänge zurückkehren. Nein, die Aufgabe muß es sein, wieder zu normalen Geburtenraten zurückzufinden; denn sonst geht dieser Staat zugrunde.

Wir werden nach den jetzigen statistischen Erhebungen in der Mitte des nächsten Jahrhunderts nur noch 20 Millionen Deutsche haben, und mitgezählt sind dann alle Deutschen, die zwei ausländische Eltern haben. Das gehört auch zur Deutschlandpolitik. Wenn deshalb der Herr Generalsekretär Geißler heute die Familienpolitik in den Mittelpunkt gestellt hat, dann hat das auch in diesem Zusammenhang einen ganz tiefen Sinn. Frau Wex, ich darf Ihnen in einem Punkt widersprechen:

Die Aufgabe der Mutter in der Familie ist nicht gleichrangig mit anderer Berufstätigkeit, sondern sie ist absolut vorrangig.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Als nächster Herr Dr. Scheur, dann Jürgen Rosorius vom Landesverband Rheinland.

Dr. Gerhard Scheur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei den Anträgen, die hier vorgelegt worden sind, um ein sehr wichtiges Anliegen.

Die von der Antragskommission ausgearbeitete und zur Annahme empfohlene Fassung - Ihnen liegen jene vier Seiten vor - scheint mir nicht ganz ausgereift zu sein.

Erstens: Diese Fassung enthält zahlreiche Wiederholungen. Auf Seite 2 findet sich die Forderung: "Schaffung besonderer Ausbildungsgänge für Lerngestörte durch Sonderberufsbildungsjahre." Neun Zeilen weiter wird gefordert: "Schaffung besonderer Ausbildungsgänge für Lerngestörte."

Auf Seite 2 heißt es ganz unten: "Intensivierung der Arbeitsmarktforschung und Verbesserung der Bedarfsprognostik." Auf der nächsten Seite erscheint diese Forderung im gleichen Wortlaut wieder. Dies sind nur zwei der vielen Beispiele von Wiederholungen.

Zweitens: Die Zustandsbeschreibung nimmt in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung gegenüber dem, was getan werden soll, einen viel zu großen Raum ein.

(Beifall)

In der ersten Hälfte auf Seite 4, aber auch weiten Teilen dessen, was auf Seite 1 gesagt wird, werden Zustände beschrieben. Wir sollten aber nicht die Zustände beschreiben, sondern das darlegen, was getan werden muß.

Drittens: Die Fassung enthält Sprachungetüme, die nicht nur sprachlich mißglückt sind - darüber könnte man hinwegsehen -, sondern auch sachlich mißverständlich sind. Auf Seite 3 heißt es unter Abschnitt II.1.a): "Die Länder haben durch eine eindeutige Prioritätensetzung im Etat mit dem Ziel der Verbesserung einer sachlichen und personellen Ausstattung der Berufsschulen Rechnung zu tragen."

Wenn ein Deutschlehrer diesen Satz sezierte, ergäbe sich, daß unklar ist, worauf das Gesagte letztlich hinausläuft.

Es kommen noch einige Schwierigkeiten hinzu. Der erste Redner sprach bereits darüber. Trotzdem möchte ich nicht dafür plädieren, den Antrag nunmehr einem Ausschuß oder einer Kommission zu überweisen. Das Ergebnis wäre, daß erst auf dem nächsten Parteitag, also ein Jahr später darüber abgestimmt werden könnte. Soviel Zeit haben wir nicht. Ich schlage deshalb etwas anderes vor. Ich schlage vor, einen Abschnitt V anzufügen, der folgenden Wortlaut hat: "Der Bundesvorstand wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Beschlusses ein geschlossenes Programm zu erarbeiten und einem dafür einzuberufenden Kongreß oder Parteitag zur Beratung oder Abstimmung vorzulegen." Ich halte es für am besten, so zu verfahren.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Jetzt hat Jürgen Rosorius das Wort. Ihm folgt der Delegierte Feilcke, Landesverband Berlin.

Jürgen Rosorius, Rheinland: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße es außerordentlich, daß sich unsere Partei und dieser Parteitag, wenn auch zu später Stunde, aber, wie ich glaube, doch nicht zu spät mit einem sehr wichtigen Thema beschäftigen. Wir knüpfen damit an die große Rede an, die unser Parteivorsitzender in der letzten Sitzung des Deutschen Bundestages vor der Bundestagswahl genau zu diesem Thema gehalten hat. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß es die Union war, die in den letzten Jahren sehr viele Anstrengungen programmatischer Art unternommen hat, um die Probleme der jungen Generation in diesem Lande zu bewältigen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die von unserer Partei beschlossenen Jugendpolitischen Leitsätze und an den so außerordentlich erfolgreichen großen Jugendpolitischen Kongreß in Böblingen, den wir vor der Wahl in Baden-Württemberg durchgeführt haben und auf dem über 1000 Vertreter von Jugendverbänden und politischen Jugendorganisationen anwesend gewesen sind. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur SPD haben wir ein konkretes Jugendpolitisches Programm. Wir haben klare Aussagen über die Bewältigung der Probleme der jungen Generation gemacht. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Wahlsieg von 1969 unter anderem der Tatsache zu verdanken, daß gerade die junge Generation große Hoffnungen in sie gesetzt hat. Wir können heute aber, wie ich glaube, feststellen, daß noch keine Regierung die Hoffnungen und Erwartungen der jungen Generation so enttäuscht hat wie die jetzige Regierung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich spreche nicht nur von den 100 000 jugendlichen Arbeitslosen, von denen Herr Staatssekretär Buschfort 1974 noch gesagt hat, sie stellten eine Übergangerscheinung dar. Unter anderem mit dieser Begründung wurde damals das Sofortprogramm unserer Fraktion zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, das sogenannte Katzer-Programm, abgelehnt. Ich spreche auch davon, daß in der zweiten Regierungserklärung von Willy Brandt die Jugendpolitik nur in einem einzigen Punkt angesprochen wurde. Die Reform des Jugendhilferechts wurde angesprochen. Diese Reform, zentraler Bestandteil der sozialdemokratischen Regierungspolitik, ist gescheitert. Ich erwähne das aber nicht, um jetzt auf die SPD einzuschlagen, sondern deshalb, um uns selbst zu mahnen, unsere guten programmatischen Aussagen in den einzelnen Bundesländern nun auch wirklich konzentriert in die Tat umzusetzen.

(Beifall)

Ich möchte an den Bundesvorstand und an die Ministerpräsidenten sehr herzlich appellieren, in den Bereichen der Reform des Jugendhilferechts, der Reform der beruflichen Bildung und der Reform von Schule und Hochschule endlich zu koordinierten Aussagen zu kommen und ein abgestimmtes Bund-Länder-Programm wenigstens innerhalb der CDU - wenn es auf Grund des föderalistischen Systems schon nicht insgesamt zwischen den Ländern möglich ist - zu erarbeiten. Mein Vorschlag ist, bald eine Fachkonferenz der jugendpolitischen Experten aller Fraktionen zu diesem Thema durchzuführen. Ebenso sollte es eine Abstimmung zwischen dieser Fachkonferenz und dem Bundesfachausschuß "Kultur" geben. Dies halte ich für außerordentlich wichtig im Hinblick auf die Lösung der Probleme.

Der Kreisverband Bonn möchte seine Befriedigung darüber zum Aus-

druck bringen, daß der Bundesvorstand diese Initiative ergriffen hat. Zwei, wie mir scheint, entscheidende Punkte aus dem von uns vorgelegten Antrag 19.8 sind aber nicht berücksichtigt worden. Ich bitte darum, diese Punkte in die von der Antragskommission erarbeitete Fassung aufzunehmen. Die erste Formulierung lautet: "Sicherung und verstärkte Förderung der außerschulischen Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit." Alles Gerede über die Zukunftschancen hat ja keinen Sinn, wenn wir den Jugendlichen nicht die notwendige Beratung hinsichtlich des Einsatzes ihrer Fähigkeiten zuteil werden lassen. Wenn die Eltern von Kindern heute vier bis sechs Monate auf eine Beratung in den schulpsychologischen Diensten unserer Kommunen warten müssen, so ist dies ein bildungspolitischer Skandal. So können wir die Probleme eben nicht lösen.

(Beifall)

Seit Jahren - seit der Studentenrevolte des Jahres 1967 - reden wir über Organisationsreformen an den Hochschulen. Die inhaltlichen Probleme haben wir aber immer noch nicht gelöst. Die Studienreform steht noch aus. Studienberatung wird heute immer noch nicht obligatorisch durchgeführt. Die Studienberatung spielt sich an unseren weiterführenden Schulen heute immer noch in der Form ab, daß jemand vom Arbeitsamt die Schulen besucht und 50 Jugendlichen eine halbe Stunde oder eine Stunde zur Verfügung steht. Dies ist keine Beratung über die Entwicklungsmöglichkeiten, die ein Jugendlicher heute in unserer Arbeits- und Berufswelt hat. Das muß verbessert werden.

(Zustimmung)

Für uns steht hier auch ein Stück Freiheit - im Gegensatz zu Sozialismus - auf dem Spiel. Wer sich mit der Koppelung des Ausbildungs- und des Beschäftigungssystems befaßt, kann nicht allein zu planwirtschaftlichen Lösungen, d. h. zu einer Zuweisung von Ausbildungsquoten kommen. Wir müssen vielmehr der individuellen Beratung des Jugendlichen und der Eltern über die Möglichkeiten, die in unseren Schulen und in unserer Arbeitswelt gegeben sind, den Vorrang einzuräumen. Deshalb bitte ich sehr herzlich darum, daß die Antragskommission die in dem Antrag 19.8 des Kreisverbandes Bonn enthaltene Forderung "Verbesserung der Berufs- und Studienberatung und der schulpsychologischen Dienste" in Abschnitt III der von ihr erarbeiteten Fassung aufnimmt. Unsere Forderung "Sicherung und verstärkte Förderung der außerschulischen Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit", bitte ich in Abschnitt IV - Sonderprogramme für arbeitslose Jugendliche - aufzunehmen. Ich begrüße es außerordentlich, daß erkannt wurde, daß wir auch mit sozialpädagogischen Mitteln ein Abgleiten jugendlicher Arbeitsloser in die Bereiche von Alkoholismus und Drogenabhängigkeit verhindern müssen. Dies ist um so wichtiger, als die Zeit der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen in der Regel dreimal so lang ist wie bei den übrigen Beschäftigten. Über 25 % der Jugendlichen sind schon über 12 Monate lang arbeitslos. Diesen Jugendlichen müssen wir sozialpädagogische Hilfen zur Stabilisierung ihrer Persönlichkeit zuteil werden lassen. Eine Mark, die wir in diesem Bereich für Prophylaxe ausgeben, ist billiger als das, was wir später für die Therapie aufwenden müßten, um diesen Jugendlichen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen.

(Beifall)

Deshalb meine herzliche Bitte an die verantwortlichen Länderminister

unserer Partei, das, was sie im Jahre 1973 gemeinsam mit den sozialdemokratischen Ministern beschlossen haben - nämlich die Sicherung der außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit -, in der Praxis zu verwirklichen und zu diesbezüglichen einheitlichen Regelungen zu kommen.

Ich darf auch herzlich bitten, in Abstimmung mit unseren Kommunalpolitikern dafür zu sorgen, daß das Kernstück der Jugendpolitik, die Jugendhilferechtsreform, endlich durchgeführt wird. Die Jugendverbände, die Jugend in diesem Lande setzt ihre Hoffnung auf die Union. Die SPD und ihre Minister sind in dieser Frage gescheitert. Wir haben gute Programme, setzen wir sie jetzt aber auch um.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Jetzt wird das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht: Dr. Dietrich Stratmann aus dem Landesverband Niedersachsen.

Dr. Dietrich Stratmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben hier sehr viele wesentliche, einige auch nicht ganz so wesentliche Diskussionsbeiträge gehört und haben in der Regel von jedem Diskussionsbeitrag, der wesentlich war, auch von einigen unwesentlichen, eine schriftliche Erklärung bekommen. Ich habe im Saal herumgehört, viele Mitglieder des Parteitages hielten die Rede unseres Freundes Rainer Barzel für ganz entscheidend und wichtig und würden auch gerne auf den Parteitagen zu Hause darüber berichten. Leider ist diese bisher ausgeschrieben nicht erhältlich. Ich richte daher meine Bitte an den Vorstand oder an die Tagesleitung: Können wir diesen Beitrag nach Hause mitbekommen?

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Ich darf dazu sagen, daß der Parteivorsitzende Dr. Helmut Kohl gerade erklärt hat, daß das gedruckt und verteilt wird, soweit das noch möglich ist.

Als nächster hat der Delgierte Feilcke aus Berlin, dann von Bülow, Schüler Union, das Wort.

Jochen Feilcke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Diskussion über diese Anträge zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Bewältigung des Problems der fehlenden Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren ist in einigen Fällen ins Detail gegangen, in anderen Fällen sehr pauschal gewesen. Meine Freunde, ich glaube, daß wir diesen Antrag heute mit großer Freude zur Kenntnis nehmen dürfen, ihn aber heute nicht verabschieden, nicht festklopfen können. Das kann nicht die letzte Aussage zu diesem Problem sein.

Ich möchte Sie auf einige Unstimmigkeiten zusätzlich zu denen, die schon genannt worden sind, aufmerksam machen. Es könnte die Gefahr bestehen, daß der geneigte Leser einige Forderungen falsch interpretiert, etwa in dem Sinne, daß wir das duale System nicht mehr als ein System ansehen, das sich bewährt hat, sondern daß wir auch nach Lösungsmöglichkeiten suchen, die etwa heißen: Verschulung der Ausbildung.

Wenn wir den Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres fordern, ohne dazu eine Aussage zu machen, welche Form dieses Berufsgrundbildungsjahr haben soll, dann halte ich es für unverantwortlich. Wir sollten

diese Forderung so pauschal nicht erheben, es sei denn, daß wir sagen, wir wollen das kooperative Berufsgrundbildungsjahr mit den beiden Lernorten Schule und Betrieb. Die Verschulung der Ausbildung ist nicht im Interesse der Jugendlichen und wird die Berufschancen der Jugendlichen nicht nachhaltig verbessern können.

Auf der Seite 3 steht die Forderung nach Ausbau der beruflichen Vollzeitschule. Auch diese Forderung könnte falsch interpretiert werden. Ebenfalls bedarf die Forderung unter II 1, daß die Berufsschullehrer bei der Prüfung für die von ihnen vermittelten Bildungsinhalte zuständig sind, einer weitergehenden Diskussion. Ich appelliere deshalb an Sie, daß wir diesen Antrag heute zur Kenntnis nehmen und als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand überweisen, wobei ich den Wunsch äußern möchte, daß bei der endgültigen Formulierung eines so wichtigen Antrages Sachkundige, Experten aus den Ländern hinzugezogen werden, damit Mißverständnisse nicht aufkommen können. Das Thema bedarf dringend der Behandlung. Das ist von allen betont worden. Es ist gut, daß wir heute darüber diskutieren. Tun Sie den Jugendlichen den Gefallen und schreiben Sie das Thema heute nicht fest.

Das Thema ist auch nicht vollständig. Ich möchte Sie auf einen Punkt aufmerksam machen und ein Beispiel nennen: Wir haben heute nachmittag in Berlin eine öffentliche Anhörung zu einem Detailproblem, das hier nicht enthalten ist, nämlich zum Thema "Qualifizierende Berufsbildungsgänge für Lernschwache", d.h. für Jugendliche, die mit schlechten schulischen Leistungen die Schulen verlassen und die bei dem Mangel an Ausbildungsplätzen heute nicht die Anforderungen für eine qualifizierte Berufsausbildung erfüllen. Wir haben uns in dieser Frage natürlich noch nicht festgelegt, aber wir möchten, daß eventuelle Ergebnisse einer solchen Anhörung auch in die Forderungen einer Bundes-CDU Eingang finden. Auch aus diesem Grunde bitten wir Sie, diesen Antrag heute nicht endgültig zu verabschieden, sondern ihn als Material dem Bundesvorstand zur Verfügung zu stellen.

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Als nächster Redner Christoph von Bülow, dann der Kollege Mahler aus Baden-Württemberg.

Christoph von Bülow: Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß hier meinem Vorredner ganz entschieden widersprechen, wenn er vorschlägt, diesen Antrag heute nicht zu verabschieden. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Union. Wenn wir auf der einen Seite permanent davon reden, daß wir die Probleme der Jugendlichen anpacken müssen, daß wir uns diesen Fragen stellen müssen, dann ist es notwendig und logisch, daß wir heute bereit sein müssen, dazu Position zu beziehen. Darum halte ich es für außerordentlich notwendig, daß wir heute konkret einen Antrag verabschieden.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte zwei Punkte in aller Kürze ansprechen, die mir bei diesem Antrag ganz wesentlich erscheinen. Der erste davon: In den letzten Jahren hat sich in unserem Schul- und Bildungswesen eine Tendenz durchgesetzt, die auch in diesen Problembereich hineinspielt, nämlich eine grundsätzliche Verschiebung innerhalb der unterschiedlichen Schullaufbahnen. Wir haben heute die Situation, daß im Grunde dem gesamten Hauptschulbereich - und daran hängt ja die Berufsschule - viel zu wenig Beachtung entgegengebracht wird. Jahrelang wurde das Allheilmittel des Abiturs angepriesen, und ich glaube, darum ist man auch heute noch in der Öffentlichkeit zuwenig bereit, dem Bereich der Hauptschule, dem Bereich der Berufsschule entsprechende

Beachtung zu schenken. Darum sollten wir ganz klar zum Ausdruck bringen, daß wir dafür eintreten, daß der Stellenwert der Hauptschule und der Berufsschule in unserem Schul- und Bildungswesen wieder grundsätzlich verbessert wird, um gerade auch diesen Schülern eine Ausbildung zu garantieren.

Ein zweiter Punkt: Eben wurde die Frage des Berufsgrundbildungsjahres angesprochen. Meine Damen und Herren, die Praxis der letzten Jahre hat bewiesen, daß es zur Zeit politisch und finanziell kaum durchsetzbar ist, das zehnte Hauptschuljahr oder das Berufsgrundbildungsjahr einzuführen. Darum geht es, wie so oft in der Politik darum, eine Priorität zu setzen. Hier erscheint es der Jungen Union außerordentlich sinnvoll, sich für das Berufsgrundbildungsjahr zu entscheiden. Dafür sprechen mehrere Gründe, von denen ich einige nennen möchte: Das zehnte Hauptschuljahr könnte zwar kurzfristig dazu beitragen, daß in der konkreten Situation nicht so viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind, ich glaube aber, meine Damen und Herren, wir würden uns hier etwas vormachen, denn das Problem wird nur um ein Jahr verlagert und nicht in der Substanz gelöst.

Hier ist das Berufsgrundbildungsjahr die Antwort. Es sorgt dafür, daß eine frühzeitige Orientierung des Schülers auf die Berufsschule hin stattfindet und daß der Schüler schon in dieser Stufe mit der Berufsschule, mit der beruflichen Bildung konfrontiert wird. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, sich für das Berufsgrundbildungsjahr auszusprechen.

Abschließend noch einmal meine Bitte: Wir sollten trotz der vorgeschrittenen Zeit auf diesem Parteitag diesen wesentlichen Punkt der Glaubwürdigkeit der Union sehen und den Antrag mit Mehrheit verabschieden.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als nächster der Kollege Dr. Mahler, dann als letzter Matthias Wissmann.

Dr. Gerhard Mahler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag 19.24 des Landesverbandes Baden-Württemberg. Wir haben uns zusammen mit der Union mit der Empfehlung, man kann auch sagen, mit der Kompromißlösung einverstanden erklärt, die die Antragskommission vorgelegt hat. Ich bitte Sie dringend, dieser Empfehlung der Antragskommission zu folgen. Wir müssen unseren Beitrag zur Chancenverbesserung der jungen Generation leisten. Ich meine, daß wir mit Hochdruck ein umfassendes Lösungskonzept ausarbeiten und auf einem Kongreß diskutieren und verabschieden sollten. Dies schließt die Empfehlung der Antragskommission keinesfalls aus. In den von der Union regierten Bundesländern sind dazu schon wertvolle Vorarbeiten geleistet worden. Einige wesentliche Erkenntnisse aus diesen Studien und Arbeiten der von uns gestellten Landesregierungen haben Eingang in den Ihnen vorliegenden Antrag gefunden. Ich bin mir bewußt, daß auch damit keine Problemlösung, keine Patentlösung des angesprochenen Problems verheißen wird.

Aber ein erster Schritt ist getan. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu der Empfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Danke schön. Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Ich spreche für den Antrag der Jungen Union und gleichzeitig für die gemeinsam gefundene Lösung, die durch die Antragskommission vorgelegt wurde. Ich möchte vor allem dem Parteivorsitzenden, aber auch Frau Laurien, dafür danken, daß sie am gestrigen Abend mit uns gemeinsam die Initiative ergriffen haben, um doch noch zu einer klaren, präzisen Aussage zu dem wichtigen Problem der Zukunftschancen der jungen Generation zu kommen.

(Beifall)

Es geht mit Sicherheit nicht darum, die letzte Aussage zu diesem Thema zu machen, uns sozusagen von der Notwendigkeit zu entpflichten, in der Programmatik und in der Arbeit an diesem Thema dranzubleiben. Es geht um den Beginn der Ausbildungs offensive, von der Helmut Kohl in seiner Rede auf diesem Parteitag gesprochen hat, die aber nicht nur in Worten, sondern in uerer praktischen Tat erfolgen muß: in den Kommunen bei der Betreuung arbeitsloser Jugendlicher, in den Ländern bei einer Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und im Bund im Blick auf das Konjunkturförderungsprogramm. In dieser wichtigen Frage machen uns nicht nur Worte, sondern die praktische Tat in der jungen Generation glaubwürdig.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte darauf hinweisen, daß in diesem Antrag eine Reihe von neuen Überlegungen enthalten sind, u. a. die Anregung, im Rahmen des von der Bundesregierung mittelfristig geplanten Konjunkturförderungsprogramms Mittel für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel bereitzustellen. Wenn die Bundesregierung ein mittelfristiges Konjunkturförderungsprogramm in Höhe von 12 Milliarden DM vorlegt, dabei das Thema Jugendarbeitslosigkeit aber vergißt, dann ist das doch ein Zeichen dafür, daß die Bundesregierung die Bedeutung des Problems offensichtlich bis heute nicht erkannt hat. Wir müssen sie zwingen, Farbe zu bekennen und neue Initiativen zu ergreifen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es geht nicht nur um die Frage der gezielten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, etwa mit Hilfe dieses Konjunkturförderungsprogramms, sondern es geht auch um die Frage der Förderung der Investitionsbereitschaft der Wirtschaft selbst. Wir haben in dem von der Antragskommission vorgelegten Antrag ausdrücklich erwähnt, daß das Maß des bürokratischen Eingriffs in die Ausbildung entscheidend dafür ist, daß wir in der Wirtschaft nicht die notwendige Bereitschaft haben, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir haben in diesem Zusammenhang einige Anregungen vorgelegt.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir mit diesem Parteitag ein Zeichen dafür setzen können, daß wir als erste demokratische Partei bereit sind, zu diesem Thema eine programmatische Aussage zu verabschieden. Aber Leben, Wirklichkeit und Glaubwürdigkeit gewinnt diese Diskussion erst dann, wenn wir von diesem Parteitag aus beginnen, unsere Vorschläge in die Tat umzusetzen. Darum bitte ich Sie namens der Jungen Union.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Ich erteile jetzt das Wort Frau Dr. Wilms für die Antragskommission.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung ist es so, daß jetzt mündlich keine Anträge mehr gestellt werden können. Die Antragskommission kann nur noch Gedanken und Anregungen aus bereits vorliegenden Anträgen übernehmen. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, zwei Anregungen zu übernehmen, die bereits vorgetragen worden und in anderen Anträgen enthalten sind. Zunächst empfehlen wir, auf Seite 2 im letzten Absatz im ersten Spiegelstrich das Wort "verpflichtenden" einzuschieben, so daß dieser Passus lautet: "Ausbau des Berufsbildungsjahres statt eines verpflichtenden allgemeinbildenden 10. Schuljahres." Natürlich kann man auch das 10. Schuljahr anbieten; das wird in vielen Fällen praktiziert. Wir meinen nur, daß das nicht obligatorisch sein sollte. Das ist die erste Anregung, die die Antragskommission macht.

Eine weitere Anregung nehmen wir gerne auf, und zwar auf Seite 3 unter III - "Abbau der Arbeitslosigkeit" - einen weiteren Spiegelstrich an passender Stelle - das muß noch entschieden werden - mit folgendem Wortlaut einzuschieben: eine Verbesserung der Bildungs-, Berufs- und Studienberatung. Ich glaube, es ist wichtig, daß dieser Spiegelstrich noch eingeschoben wird.

Im übrigen darf ich Ihnen noch einmal den Wunsch der Antragskommission vortragen: Wir empfehlen Ihnen Annahme dieses Antrages. Auf die Bedeutung ist hingewiesen worden. Wir empfehlen Ihnen zweitens, daß sich der nächste Bundesausschuß im Sommer mit dieser wichtigen Problematik befaßt, das Material, die Anträge im Detail diskutiert, damit die Probleme, die hier in den Beiträgen angeschnitten worden sind, dort noch einmal intensiv erörtert werden können.

(Beifall)

Klaus Evertz, Tagungspräsidium: Sie haben noch einmal die Geschäftslage von Frau Dr. Wilms erläutert bekommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung, zunächst über die Empfehlung der Antragskommission einschließlich der soeben vorgeschlagenen Änderungen. Wer dieser so geänderten Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei 2 Enthaltungen ansonsten einstimmig angenommen worden.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die weitere Empfehlung der Antragskommission, nämlich zu beschließen, das Thema "Zukunftschancen der Jugend" auf die Tagesordnung der nächsten Bundesausschußsitzung zu setzen und dort die hier eingebrachten sonstigen Anträge zu berücksichtigen und eine Gesamtvorlage zu erarbeiten. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist auch das so beschlossen.

Ich darf jetzt die Tagungsleitung an den Kollegen Schwarz übergeben.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, wir haben noch über elf verschiedene Themenbereiche zu entscheiden. Ich erwähne das, damit sich der Parteitag der Beschäftslage bewußt ist.

Ich rufe die Anträge 19.9, 19.10, 19.15, 19.28, 19.30 und 19.35 auf. Das sind die Anträge, die sich mit der Wirtschafts- und Sozial-

politik befassen.

Zunächst teile ich mit, daß der Antragsteller des Antrages 19.15 folgende Änderungen seines Antrages vorgenommen hat. Erstens: Abs. lautet: "Damit hat die SPD/FDP das in den Grundzügen von der CDU geschaffene System der sozialen Sicherung in den Grundfesten erschüttert und an den Rand des Ruins gebracht. Sie hat die Bürger unseres Landes getäuscht, verunsichert und verwirrt und damit auch die Glaubwürdigkeit der Demokratie aufs Spiel gesetzt."

Zweitens: Im vorletzten Absatz wird Ziffer 1 gestrichen.

Ich erteile jetzt für die Antragskommission Herrn Schönbohm das Wort. Anschließend spricht Ministerpräsident Dr. Stoltenberg.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir waren in der Antragskommission insofern in einer schwierigen Lage, als wir eine Vielzahl von Anträgen zu außerordentlich wichtigen Themen zu beraten hatten. Von der Anlage des Parteitages hier schien es uns aber nicht möglich zu sein, diese Anträge, die teilweise außerordentlich gravierende Fragen anschnneiden wie z. B. die Rentenreform, hier detailliert und in Ruhe beraten zu lassen. Wir müssen Ihnen deswegen - bedauerlicherweise - den Vorschlag machen, alle Anträge, die vom Tagungspräsidenten aufgerufen worden sind, an den Bundesvorstand zu überweisen, sie dort in Ruhe beraten zu lassen, um dann zu einer Entscheidung zu kommen.

Vorhin haben wir mit dem Antrag 18.1 die Arbeitsplanung des Bundesvorstandes beschlossen. In ihm ist festgelegt, daß auch zu diesen Themen Entscheidungen herbeigeführt werden sollen. Insofern wäre es logisch, wenn wir die nun aufgerufenen Anträge verweisen. Das läßt sich, glaube ich, angesichts des Zeitdrucks nicht ändern. Die Rentenreform ist zu wichtig, als daß sie in fünf Minuten hier auf dem Parteitag durchgepeitscht wird. Ich bitte daher um Verständnis für unseren Antrag auf Verweisung.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Danke schön! - Ich darf noch darauf aufmerksam machen: Antragsteller bei Antrag 19.35 sind die Herren Müller (Remscheid), Vogt, Zink und Dr. Blüm sowie weitere Delegierte.

Ich darf nun Herrn Dr. Stoltenberg bitten.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte wegen der besonderen Bedeutung des Themas, das mit Antrag 19.35 angesprochen ist, hier noch einmal für die Antragskommission - auch nach einem Vorgespräch von Mitgliedern des Präsidiums mit der Antragskommission - die allgemeine Empfehlung aufnehmen und folgendes bemerken.

Der Antrag 19.35 geht von Grundsatzserklärungen unseres Parteivorstandes zur Renten- und Krankenversicherung aus. Er übernimmt sie in wesentlichen Punkten und befindet sich insoweit auch in Übereinstimmung mit dem, was die unionsregierten Länder für die erste gesetzgeberische Stellungnahme, die ja bereits übermorgen im Bundesrat erfolgen wird, vorbereitet haben.

Wie Sie wissen, ist die Diskussion in unserer Bundestagsfraktion in vollem Gange. Sie soll nach den Planungen unseres Partei- und Fraktionsvorsitzenden und den Beschlüssen der Fraktion dann in der kommenden Woche zu einer Stellungnahme in den Einzelpunkten für die

erste Lesung im Deutschen Bundestag führen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Dieser Antrag markiert wesentliche Punkte der bisherigen Meinungsbildung, aber die Vorerörterungen haben ergeben, daß es bei der großen Bedeutung dieser Frage bei einer ausführlichen Behandlung auf dem Parteitag möglich ist, daß zu einzelnen Punkten auch Anträge oder Beiträge kommen, die bestimmte Akzente etwas anders setzen. Deshalb entspricht es nach meiner Auffassung und nach dem Ergebnis der Vorbesprechung, daß ich hier vortrage, dem Rang und dem Selbstverständnis des Parteitages, daß er einen solchen Beschluß mit der Offenheit der Diskussion zu einzelnen Akzenten auch nicht ohne eine ausführliche Debatte - mit der Möglichkeit, hier über einzelne Formulierungen ergänzend zu sprechen - faßt.

Aus diesem Grunde unterstütze ich noch einmal ausdrücklich auch für das Präsidium und den Parteivorsitzenden den Vorschlag, diesen Antrag der Bundestagsfraktion als einen wichtigen Beitrag für ihre Beratung in der kommenden Woche und dem Bundesvorstand für das weitere Gesetzgebungsverfahren zu überweisen.

(Teilweise Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank! - Das Wort hat jetzt Herr Müller (Remscheid).

Adolf Müller, Remscheid: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stoltenberg hat schon die Situation geschildert, daß der Bundesrat am Freitag dieser Woche die Sozialgesetze in erster Lesung behandelt; am Donnerstag der nächsten Woche tut dies der Bundestag. Die Fraktion entscheidet am Dienstag, und der Arbeitskreis der Fraktion berät morgen darüber in Klausur. - Ich bedaure außerordentlich, daß der Zeitplan dieses Parteitages es nicht möglich macht, über dieses aktuelle Thema hier und heute zu entscheiden.

(Teilweise Beifall)

Vor dem aktuellen Hintergrund dieser Termine sowie vor dem Hintergrund und auf der Basis der jüngsten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner ist dieser Antrag zu sehen, der in seiner abgegebenen Fassung die Überschrift trug: Gegen Flickschusterei in der Rentenpolitik. - Um der politischen Redlichkeit willen und für das Protokoll möchte ich hier eindeutig feststellen, daß dieser Antrag zwar 30 Unterschriften trägt, daß ich ihn aber hier mit der vollen Zustimmung aller Delegierten der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft vom Sonntagabend eingebracht habe.

Meine Damen und Herren, 30 Jahre nach Verkündung des Ahlener Programms und 20 Jahre nach der Durchführung der von der Union unter Konrad Adenauer und Anton Storch geschaffenen Rentenreform, die diesen Namen verdient, besteht die Gefahr, daß durch diese Regierung Eckpfeiler unseres sozialen Sicherungssystems abgebaut werden, und das unter einer Regierung, in der Sozialdemokraten vorgeben, das Sagen zu haben.

Meine Damen und Herren, dann, wenn man über zwei Jahre eine Million und mehr Arbeitslose hat und wenn man weiß, daß diese Statistik des Arbeitsmarktes nicht die volle Wahrheit ist, wenn man weiß, daß zu den jetzt 1,2 Millionen Arbeitslosen noch rund 650 000 ausländische Arbeitnehmer, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind, und etwa

400 000 bis 450 000 Arbeitlose, die nicht mehr in der Statistik erscheinen, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, da noch jemand in der Familie mitverdient, hinzukommen, weiß man, daß es über zwei Millionen sind, die es in den letzten zwei Jahren als Beitragszahler in der Sozialversicherung weniger ab. In der Vorausberechnung, die uns die Regierung, der Verband der Rentenversicherungsträger und der Sozialbeirat vorgelegt haben, spricht man für die Zeit bis 1980 von 82 Milliarden DM Defizit.

Wir haben versucht, in diesem Antrag deutlich zu machen, daß durch diese verantwortungslose Verschleierungs- und Hinhaltepolitik der Bundesregierung schuldhaft eine Krise des Kernstücks unseres sozialen Sicherungssystems verursacht worden ist.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir alle, die wir im Wahlkampf waren, haben uns beschimpfen lassen müssen. Ich selbst habe schon an einigen anderen Stellen gesagt: Ich war für die Bundespartei auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik und mußte mir eine Stunde lang den Bundeskanzler anhören. Da ich ein gläubiger Christ bin, glaube ich, daß ich bei den zeitlichen Strafen im Fegefeuer etwas nachgelassen bekomme, weil ich dazu gezwungen war.

(Beifall)

Ich lasse mich aber nicht gerne als Lügner der Union im Namen Jesu Christi in bezug auf die Sozialpolitik beschimpfen, und ich möchte daher ganz klar festhalten, wo in diesem Lande die Verantwortlichkeit für diese Situation liegt.

(Erneuter Beifall)

Die Bundesregierung ist zur Zeit dabei, auf der Suche nach Finanzmöglichkeiten das System der Sozialversicherung auszuplündern, die bewährte Rentenformel zu manipulieren. Ein großer Teil der Kosten soll von der Renten- auf die Krankenversicherung verlagert werden, ohne daß brauchbare und patientengerechte Lösungen in der Krankenversicherung angeboten würden. Ich meine, wir sollten es entschieden ablehnen, uns an einer Flickschusterei zu beteiligen.

(Beifall)

Wir stehen aber in der Verantwortung für die Menschen draußen. Dieser Verantwortung wollen wir uns nicht entziehen, aber wir sollten Bedingungen stellen, unter denen wir bereit sind, dieses Problem zu lösen. Das heißt, daß die Rentenversicherung konsolidiert werden muß, daß sie nichts von der Qualität unseres sozialen Sicherungssystems wegnehmen darf, daß insbesondere an der von der Union geschaffenen bruttolohnbezogenen leistungsorientierten dynamischen Rentenformel nichts geändert werden darf.

(Teilweise Beifall)

Wir haben in einigen Punkten, die in unserem Antrag auf Seite 1 unten und auf Seite 2 oben aufgezählt sind, weitere Voraussetzungen genannt. Und ich füge eine weitere hinzu, die Helmut Kohl hier vorgestern in seiner Rolle deutlich gemacht hat: Eine Neuregelung in der Rentenversicherung darf unter keinen Umständen die notwendige Regelung der Gleichberechtigung der Frau im sozialen Sicherungssystem - das

ist die Frage der Partnerrente - irgendwie negativ beeinflussen; sie muß hier vielmehr einen positiven Einfluß haben.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben einige Positionen aufgezeigt, von denen wir glauben, daß wir sie mittragen können. Helmut Kohl hat im Wahlkampf die Sozialgarantie abgegeben. Damit war nicht nur die Rentenanpassung zum 1. Juli gemeint, sondern wir haben die Sozialgarantie auch so verstanden, daß wir am bewährten System festhalten. Wir wissen, daß wir Opfer zu bringen haben. Wir sind auch der Meinung, wir müssen einer Verschiebung der Rentenanpassung zustimmen. Aber es ist das besondere Anliegen unserer Länder, daß man versucht, das in Stufen durchzuführen. Das sollte geprüft werden.

Wir sind auch damit einverstanden, daß die Beiträge zur Rentenversicherung für alle Leistungsempfänger von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden. Nur müssen wir uns - das sollten wir fairerweise dazu sagen - darüber im klaren sein, daß damit die von der Bundesregierung versprochene Zurücknahme der Erhöhung des Beitrages zur Bundesanstalt für Arbeit ausgeschlossen ist.

Wir wenden uns in diesem Antrag gegen die Lösung von Finanzproblemen eines Versicherungszweiges auf Kosten eines anderen, wie sie die Beschränkung der Zahlungen für die Krankenversicherung der Rentner auf 11% der Rentenausgaben darstellt. Die Regierung flieht aus ihrer Finanzverantwortung. Sie überträgt die Verantwortung damit den Selbstverwaltungsorganen in der Krankenversicherung. Eine eigenartige Verteilung der Verantwortung: Die Regierung hat das Sagen und versucht, das Unangenehme auf die Selbstverwaltung abzuschieben.

(Beifall)

Die Regierung verschweigt auch, daß bei ihrem Konzept Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung einfach unausbleiblich sind. Ich sage hier ganz betont: Wer etwas bewußt verschweigt, lügt auch.

(Beifall)

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Kostendämpfung in der Krankenversicherung kommen muß. Aus diesem Grunde haben wir mit unserem Antrag 19.35 auch den Antrag zu dem sogenannten Kostendämpfungsgesetz eingereicht. Das ist miteinander zu sehen: unsere Passagen über die Krankenversicherung der Rentner und über die Notwendigkeit, daß die Bundesregierung mithilft. Wir sind der Meinung: wenn Beitragserhöhungen kommen, sollten sie da erfolgen, wo auch die Kosten anfallen.

Nur noch einen Satz. Wir sollten ehrlich und redlich sein. Wenn Beitragserhöhungen - und sie sind unausbleiblich, wenn das Regierungskonzept kommt -, dann sind sie da anzusiedeln, wo auch die Kosten anfallen. Wir sollten uns ja nicht in die Situation bringen lassen, daß man uns nachher sagt: Ja, aber was macht ihr in der Kostendämpfung? Hier wollen wir eine freiheitliche Lösung auf der Selbstverwaltungsbasis und keine dirigistische Lösung, die alle Kostendämpfungsbemühungen der Selbstverwaltung und der Ärzte illusorisch macht.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wir haben zu diesem Themenbereich noch insgesamt vier Wortmeldungen. Jetzt hat das Wort

Frau Ruth Schmidt-Niemack. Anschließend, Herr Alo Hauser, Rheinland.

Frau Ruth Schmidt-Niemack: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich werde es ganz kurz machen. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit, werde ich mich nicht mehr zum Inhalt des Antrages 19.9 des Kreisverbandes Bonn äußern, darf aber einmal folgendes sagen: Es genügt einfach nicht, daß wir den Gesamtrahmen der Sozialen Marktwirtschaft neu erarbeiten, sondern wir müssen ihn auch verständlich darstellen,

(Beifall)

damit die Menschen in unserem Lande wissen, was sie an der Sozialen Marktwirtschaft haben, wie sehr ihr Einzelschicksal damit verbunden ist, und damit sie nicht auf die Parolen linker Systemveränderer oder auf die Flötentöne des Vorsitzenden der SPD hereinfliegen.

Wir haben die große Lebendigkeit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft gerade in diesen Monaten erlebt bei den zahlreichen Ehrungen für den Vater dieser Wirtschaftsordnung, den in diesem Jahr 80 Jahre alt gewordenen Altbundeskanzler Professor Ludwig Erhard. Als Partei haben wir aber die Verpflichtung, uns nicht auf seinen Lorbeeren auszurufen, sondern täglich neu diese Grundordnung unseres nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch gesellschaftspolitischen Lebens, uns selber und unserer Bevölkerung zu bezeugen. Ich bitte daher darum, daß dieses unser gemeinsames Konzept auch laut und deutlich verkündet wird, damit die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und auch die anderen politischen Parteien in Europa wissen, daß wir es mit der Idee, mit der täglichen Verwirklichung und mit der europäischen Anwendung unserer Sozialen Marktwirtschaft ernst meinen.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Herr Alo Hauser, Rheinland, verzichtet auf seine Wortmeldung, um nicht Gesagtes zu wiederholen; er ist mit dem Antrag der Antragskommission zu 19.10 einverstanden.

Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Josef Brunstein aus Westfalen-Lippe.

Als nächster und letzter in dieser Runde hat dann das Wort Herr Ulrich May aus dem Landesverband Rheinland.

Josef Brunstein: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zum Thema selbst möchte ich nichts mehr sagen, sondern mich insoweit den Ausführungen des Kollegen Adolf Müller vollinhaltlich anschließen.

(Beifall)

Zweitens möchte ich feststellen, daß der Hinweis auf die Geschäftslage, das heißt auf die vorgeschrittene Zeit, keinen ausreichenden Grund dafür darstellt, dieses zentrale Thema heute vor diesem Forum nicht mehr zu behandeln.

(Beifall)

Wenn wir in dieser Sache heute keine klare Aussage treffen - das erwarten nicht nur unsere Freunde draußen, sondern das erwartet die gesamte Bevölkerung von uns -, dann wird man uns das sehr negativ ankreiden.

Ich meine, auch die Überweisung an den Bundesvorstand sei keine ausreichende Ersatzlösung. Letztlich ist doch der Parteitag der

Souverän, der den Willen dieser Partei zu bestimmen hat. Deshalb, meine ich, muß auch heute hier diese Entscheidung fallen.

Gestatten Sie mir im übrigen den Hinweis, daß der Antrag 19.35, der hier von dem Kollegen Müller begründet worden ist, in seinen grundsätzlichen Passagen übereinstimmt mit den Ausführungen unseres Bundesvorsitzenden zu Beginn dieses Parteitages und im wesentlichen auch mit der Rede, die uns unser neuer Generalsekretär Geißler heute morgen hier vorgetragen hat.

Im Namen der Antragsteller möchte ich erklären, daß der von uns vorgelegte Antrag 19.15 durch die Annahme des Antrags 19.35 als erledigt gelten könnte.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Die nächste Wortmeldung, die ich angekündigt hatte, war von Herrn Ulrich May aus dem Rheinland. Er verzichtet in Anbetracht der Zeit auf seine Wortmeldung. Ich danke ihm dafür - und ich darf das sicherlich auch im Namen des Parteitages tun - recht herzlich.

Die nächste Wortmeldung habe ich von Herrn Nickels aus Westfalen zum Antrag 19.35.

Sind Sie damit einverstanden, daß ich damit die Rednerliste schließe? Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Das erste war die Mehrheit. Bitte sehr, Herr Nickels.

Rudi Nickels: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz, ganz schrecklich, daß sich der Parteitag an einer Aussage zur Rentenversicherung vorbeidrückt.

(Beifall)

Für mich ist die vorgeschrittene Zeit kein wichtig zu nehmendes Argument. Die Sozialdemokraten und die sogenannten Freien Demokraten haben die Menschen in unserem Land belogen. Die einzige Hoffnung der Alten und der Kranken, aber auch, wie ich meine der Jungen, die wissen wollen, ob morgen ihre Rentenversicherung noch sicher ist, ist die CDU, ist dieser Parteitag.

Die Antragsteller sind davon ausgegangen, daß der Antrag in der abgeänderten Fassung allen Delegierten vorgelegt wird. Das ist leider nicht geschehen. Ich halte das für eine ganz schlimme Sache. Wenn wir jetzt schon eine solche Geschäftslage haben, daß wir nicht im einzelnen darüber diskutieren können, dann bitte ich den Parteitag, daß wir zu dem, was wir vor der Wahl gesagt haben, was auch unser Parteivor-sitzender und Kanzlerkandidat gesagt hat, stehen und daß wir das, was Christliche Demokraten 1957 mit der Rentenformel geschaffen haben, mit Zähnen und Klauen verteidigen.

(Beifall)

Ich bitte den Parteitag ganz herzlich, daß wir wenigstens sagen: Für uns ist die Rentenformel unantastbar. Ich bitte Sie ganz herzlich, lassen Sie uns nicht an dieser Entscheidung uns vorbeidrücken mit der Beerdigung erster Klasse - Überweisung an den Parteivorstand oder an die Fraktion -, denn die Menschen, die vielen Millionen Rentner draußen im Lande warten auf uns und hoffen, daß wir zu dieser Frage Stellung nehmen.

(Beifall)

Ich beantrage, daß der Parteitag in irgendeiner Form eine Verabschiedung dieses Themas vornimmt und nicht einer Beerdigung dritter Klasse zustimmt.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat der Parteivorsitzende, Dr. Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Lieber Freund Nickels, hier denkt nach dem, was Gerhard Stoltenberg vorgetragen hat, überhaupt niemand daran, sich an diesem zentralen Thema vorbeizumogeln. Wir haben in einem sehr ernsthaften Gespräch soeben noch einmal jene Sachverhalte erörtert, die unbestritten sind. Das, was Sie soeben zur Sache sagten - Sie haben sich aus gutem Grunde auf meine Ausführungen von Montag berufen -, entspricht doch alles dem, was wir bisher schon im Bundesparteivorstand gemeinsam erarbeitet haben.

Meine lieben Freunde, das Problem - ich sage das hier ganz offen -, vor dem wir stehen, ist doch, daß die zentralen Themen, die hier auch im Detail angerissen werden, notwendigerweise noch einmal sehr sorgfältig auch in der Souveränität der Bundestagsfraktion - und das ist eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU - erörtert werden müssen. Hier geht es wirklich nicht um ein Vorbeimogeln. Ich selber habe mich mehr als jeder andere vor dieser Bundestagswahl ins Wort begeben. Ich selbst, meine Freunde, habe vor der Bundestagswahl auch von der Notwendigkeit von Opfern und Erhöhungen gesprochen. Mancher hielt das damals für taktisch unklug. Es geht bei dieser Sache nicht ohne Opfer ab. Aber es ist auch notwendig, die Details in den entsprechenden, auch fachlich dazu besonders qualifizierten Kreisen - und darin sind auch gerade Ihre Freunde, lieber Freund Nickels, vertreten - vernünftig zu erwägen und zu beraten.

Das, was Adolf Müller und Gerhard Stoltenberg vorgetragen haben, ist nicht ein Vorbeimogeln, sondern ein vernünftiger Arbeitsweg, der uns dazu bringt, am nächsten Mittwoch ein gemeinsames Konzept von CDU und CSU, von CDU- und CSU-geführten Bundesländern und CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu beschließen. Darum bitte ich Sie sehr herzlich, mit dem hier vorgeschlagenen Weg einverstanden zu sein.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank!

Die Antragskommission empfiehlt also, die hierzu vorliegenden Vorschläge bzw. Anträge alle an Vorstand und Fraktion zu überweisen. Darüber muß ich jetzt zuerst abstimmen lassen. Ich darf annehmen, daß das insbesondere nach der Rede des Herrn Vorsitzenden klar geworden ist.

Wer der Empfehlung der Antragskommission mit den gegebenen Begründungen zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erste war zweifelsfrei die Mehrheit. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.13 auf. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme bei Streichung des ersten Satzes in Abs.2 und mit folgender Ergänzung des ersten Satzes in Abs.3: "CDU-Bundespartei und Bundestagsfraktion

werden deshalb dringend aufgefördert ...".

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Danke! Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag 19.13 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.14 auf. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Dr. Mahler.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen in Absprache mit dem Antragsteller, dem Kreisverband Soest, Annahme mit folgenden Änderungen:

Erstens: In Absatz 1 ist das Wort "Mieten" zu streichen.

Zweitens: Der letzte Satz ist wie folgt zu fassen: "Die CDU-Bundespartei, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-geführten Bundesländer werden dringend gebeten, einer weiteren Steuerbelastung Einhalt zu gebieten und sich für eine ausgewogene steuerliche Entlastung und mehr Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmer und Mittelstand, sowie für eine angemessene Erhöhung des Kindergeldes einzusetzen."

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Wortmeldungen hierzu liegen nicht mehr vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag 19.25 auf. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Friedrich Vogel.-

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier handelt es sich um einen Antrag, dem inhaltlich und in der Tendenz im wesentlichen zugestimmt werden kann, weil er auf der Linie der Politik der Union liegt, in dem aber einige Elemente enthalten sind, die noch der Diskussion bedürfen und die zum Teil auch im Widerspruch zu dem stehen, was im Augenblick zwischen der Bundestagsfraktion, der Partei und unseren Vertretern in den Landesregierungen beraten wird. Das hat die Antragskommission veranlaßt, Ihnen zu empfehlen, diesen Antrag an den Bundesausschuß zu überweisen mit der Auflage, bei dessen nächster Sitzung darüber Beschluß zu fassen.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Das Wort hierzu hat Herr Franz-Josef Jung.

Franz-Josef Jung, Junge Union: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich nur eine kurze Anmerkung machen. Ich bin der Auffassung, wenn wir es uns weiterhin leisten, alle wichtigen, teilweise auch kontroversen Fragen auf Parteitage auszuklammern und dort nicht auszusprechen, verlieren wir die Chance, eine offensive Politik zu betreiben.

(Beifall)

Im vorliegenden Fall begeben wir uns der Chance, auf diesem speziellen Gebiet wieder in die Offensive zu kommen.

Ich bin der Meinung - dies sage ich auch im Hinblick auf künftige Parteitage -, wir sollten bei Parteitage weniger auf die Kongreßform Wert legen als vielmehr darauf, echte politische Impulse zu geben. Deshalb sollten wir hier auch über diese Frage diskutieren.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für den Hinweis, aber ich darf doch darauf hinweisen, daß nicht alles vertagt worden ist, sondern daß wir über eine Reihe von Anträgen in der Sache abgestimmt haben.

Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.31 auf. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Meine Damen und Herren, bei diesem Antrag handelt es sich um den Versuch, Sozialismus zu definieren. Die Antragskommission empfiehlt Nichtbefassung, weil sie glaubt, daß es nicht Aufgabe des Parteitags ist, politische Definitionen vorzunehmen.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Margarethe Kuppe, Baden-Württemberg.

Frau Margarethe Kuppe: Meine sehr geehrten Parteifreunde, ich bin der gegenteiligen Meinung. Ein solcher Begriff wie der des Sozialismus, der der zentrale Begriff der politischen und geistigen Auseinandersetzung unserer Epoche ist, kann von einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union nicht links liegen gelassen werden. Wir haben heute und gestern Beiträge gehört - denen ich nur zustimmen kann - zu dem Problem der Herrschaft bzw. der Machtausübung durch Sprache. Das ist eines der am meisten geübten Machtmittel des Sozialismus: die Vernebelung des Denkens durch eine Kunstsprache, die den Menschen hilflos und unmündig macht wie ein Kind, so daß er der Depersonalisierung und Kollektivierung durch diese Idee wehrlos anheimfällt.

Ich weiß aus dem Umgang mit meinen Schülern, daß alles vergeblich ist, wenn wir uns nicht entschließen, den Hauptbegriff dieser Ideologie zu definieren. Ich könnte Ihnen viele Zitate anführen, die die Richtigkeit der hier gegebenen Definition beweisen. Ich möchte mich auf ein einziges beschränken. Ein ganz weltberühmter Mann hat gesagt: "Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat bezeichnete die Post als Muster einer sozialistischen Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Die Post ist gegenwärtig eine nach dem Typus eines staatskapitalistischen Monopols organisierte Wirtschaft. Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren. Das ist der Staat, das ist die Wirtschaft, die Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen, daß wir die Aufhebung des Parlamentarismus und die Beibehaltung der Vertretungskörperschaften der Proletarierklasse uns geben." Ich möchte Ihnen nun sagen, wer das gesagt hat: kein anderer als Lenin.

Falsche Begriffe bedeuten die Unmöglichkeit, die Wirklichkeit zu erkennen und zu definieren. Dieser Parteitag hat die Hauptaufgabe der Orientierung. Neulich konnte man in einer maßgeblichen Zeitung der Bundesrepublik lesen, die katholische Kirche solle die Soziallehre entwickeln und erweitern, damit vor allen Dingen Klarheit in dem Begriff des Sozialismus geschaffen wird. Er ist diejenige Ideologie, die vor allem die arbeitenden Schichten versklavt und hundert Jahre Arbeiterbewegung zunichte macht.

Ich bitte Sie, meinen Antrag nicht zu verschieben, sondern den Mut zu einer historischen Tat zu beweisen und diese der Wirklichkeit ent-

sprechende Definition des Begriffs Sozialismus zu verabschieden.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Empfehlung der Antragskommission ging dahin, sich mit dem Antrag nicht zu befassen. Ich konnte aus der Wortmeldung nicht entnehmen, daß es sich um einen Beitrag in der Sache handelt. Andererseits hätte ich es für falsch gehalten, während dieser Äußerung zur Sache der Rednerin das Wort zu entziehen.

Zur Beratung steht die Empfehlung der Antragskommission, sich mit dem Thema nicht zu befassen. Diese Empfehlung muß ich zur Abstimmung stellen.

Es ist auch noch einmal für den Antrag gesprochen worden. Damit ist eine Rede dagegen und eine Rede dafür gehalten worden.

Wer dafür ist, daß wir uns mit diesem Antrag nicht weiter befassen, den bitte ich, dies durch die Stimmkarte deutlich zu machen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das erstere war zweifelsfrei die Mehrheit.

Ich rufe den Antrag 19.32 auf. Für die Antragskommission hat Herr Dr. Mahler das Wort. - Herr Dr. Schmitz, Ihre Wortmeldung hatte sich damit erledigt.

Dr. Gerhard Mahler, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich habe noch eine Wortmeldung zur Begründung von Herrn Lummer, Berlin. Muß sie noch wahrgenommen werden, oder ist man damit einverstanden, wenn die Antragskommission ebenfalls Annahme empfiehlt?

(Zuruf: Es wird verzichtet!)

Er verzichtet. Recht herzlichen Dank, Herr Lummer!

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, dies durch die Stimmkarte deutlich zu machen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so angenommen. Recht herzlichen Dank!

Ich rufe den Antrag 19.33 auf. Herr Dr. Worms!

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt uneingeschränkt Annahme.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich, dies deutlich zu machen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.34 auf. Herr Dr. Worms!

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Auch hier empfehlen wir Annahme, liebe Parteifreunde.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Meyer von der Exil-CDU vor.

Dr. Reinhard Meyer: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde!  
Aus einer ernststen Sorge muß ich im Zusammenhang mit diesem Antrag etwas vorbringen. Seit dem letzten Sonnabend ist das Problem der Geiselnahme für unsere Partei von besonderer Aktualität. Die vorgesehene Anhebung der Mindeststrafe für Geiselnahme von drei auf fünf Jahre ist am Verhalten zweier Justizminister gescheitert. Ich glaube, wir sind als Partei stark genug, Fehler nicht zu vertuschen. Unsere Freunde, die Ministerpräsidenten Albrecht und Röder haben vorgestern über ihr Koalitionswagnis hier berichtet. Wir alle wissen, was das für ein außerordentlich schwieriges Geschäft ist, und wir wissen auch alle, daß sie dafür nicht nur Beifall gefunden haben. Sie haben aber zu diesem Fall des Verhaltens ihrer Justizminister hier leider nichts gesagt. Sie hätten damit den Kritikern der Koalitionspolitik den Wind aus den Segeln nehmen können.

Daß ausgerechnet die Justizminister des Saarlandes und Niedersachsens für diese, wie es heute heißt, "Panne" verantwortlich sind, ist bestürzend. Wenn das aus Überzeugung geschehen wäre, gäbe es einen Ansatz für sachliche Diskussionen. Mit Männern, die Pannen verursachen, kann mancher sachlich nicht diskutieren. Wer Verantwortung trägt, muß auch die Folgen dafür tragen.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Danke schön! Das Wort hat Herr Minister Kiep.

Minister Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte zu diesem Diskussionsbeitrag nur anmerken, daß die Nachricht, der Justizminister von Niedersachsen habe einen solchen Antrag abgelehnt, nicht zutrifft. In einer Konferenz der Justizminister der Länder hat der Justizminister von Niedersachsen dem Antrag des Justizministers von Rheinland-Pfalz zugestimmt.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank! Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Zeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 19.36 auf. Das Wort hat Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme dieses Antrages. Man braucht, glaube ich, auf seine Bedeutung hier in Düsseldorf, hier im Land Nordrhein-Westfalen, nicht besonders begründend hinzuweisen.

(Beifall)

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Herr Dr. Franz, Rheinland, will für den Antrag sprechen. Darf ich fragen, Herr Dr. Franz, nachdem die Antragskommission Annahme empfohlen hat, ob das noch nützlich erscheint. Wenn Sie das wollen, können Sie selbstverständlich dazu sprechen. - Herr Dr. Franz verzichtet.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um den Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Recht herzlichen Dank!

Ich rufe den Antrag 19.37 auf. Das Wort hat Herr Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Auch hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wir verweisen im übrigen auf die Diskussion und Beschlußfassung des Braunschweiger Parteitages. Dort ist dieses Problem schon angesprochen und von dem gesamten Parteitag in der Sache deckungsgleich mit dem heutigen Antrag gebilligt worden.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Auch hier liegt noch eine Wortmeldung für den Antrag vor, und zwar von Herrn Klaus Rose, Rheinland. Wollen Sie dazu sprechen? - Bitte sehr!

(Klaus Rose: Ich verzichte!)

Sie verzichten? - Recht herzlichen Dank!

Wer dem Antrag 19.37 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? Einstimmig so beschlossen. Recht herzlichen Dank!

Wir kommen zum letzten Antrag, zum Antrag 19.38. Für die Antragskommission, Herr Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, beim letzten Antrag ist es sogar selbstverständlich: Wir empfehlen Annahme.

Heinz Schwarz, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer diesem letzten Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Recht herzlichen Dank!

Ich darf Herrn Köppler bitten, das Präsidium zu übernehmen.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben damit den Tagesordnungspunkt 19 erledigt.

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt dieses Parteitages auf und erteile unserem Parteivorsitzenden zu seiner Schlußansprache das Wort.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Wir stehen jetzt am Ende eines sehr arbeitsreichen und auch diskussionsreichen Bundesparteitages. Ich darf ein herzliches Wort des Dankes all denjenigen sagen, die zum Gelingen dieses Parteitags beigetragen haben. Ich darf mich vor allem beim Tagungspräsidium und bei allen Mitarbeitern sehr, sehr herzlich bedanken. Sie hatten die oft schwierige Aufgabe, die Geschäfte zu leiten und die technischen Voraussetzungen für den Ablauf dieses Parteitages zu sichern.

(Beifall)

Dies war der erste Bundesparteitag der Union nach der Bundestagswahl vom 3. Oktober. Wir haben uns in diesen Tagen hier in Düssel-

dorf die gemeinsame Aufgabe gestellt, über den Wahltag hinaus die politische Offensive der CDU Deutschlands fortzuführen. Wir haben uns auch die Aufgabe gestellt, in einer kritischen Betrachtung und Standortbestimmung unserer eigenen Politik in vielen, vielen Bereichen miteinander zu sprechen und zu diskutieren. Wir haben nicht den billigen Ausweg gesucht, Geschlossenheit nur optisch zu demonstrieren. Wer diese drei Tage hier erlebt hat, weiß: Diese Partei geht gemeinsam in die schwierigen politischen Auseinandersetzungen der nächsten zwei Jahre.

(Beifall)

Der Parteitag hat überzeugend bewiesen, daß nach all dem, was uns die letzten Monate gebracht haben, unser Kampfesmut ungebrochen ist. Unsere Fähigkeit zur Geschlossenheit und Solidarität wurde von den Delegierten der CDU Deutschlands nachdrücklich bestätigt. Wir bleiben in der Offensive, und wir werden die Themen der politischen Auseinandersetzung bestimmen. Immer wieder ist von diesem Pult in diesen Tagen gesagt worden: Wir ringen um die geistige Führerschaft in unserem Lande. Ich glaube, die Tage in Düsseldorf haben bewiesen: Wir besitzen die geistige Führung, und wir werden durch gemeinsame Arbeit in den nächsten Jahren auch die politische Führung der Bundesrepublik wiedergewinnen.

(Beifall)

Auch die Sozialdemokraten müssen das erkennen. Die Funktion der SPD besteht ja augenblicklich darin, uns nachzulaufen. Am Vorabend unseres Deutschlandtages inszenierte Helmut Schmidt eine Ministerrunde, um die längst überfällige Bestandsaufnahme seiner Deutschlandpolitik einzuleiten, die sich nur noch durch Ratlosigkeit und öffentliches Verwirrspiel auszeichnet. Die Regierung muß heute feststellen - auch die sie tragenden Parteien SPD und FDP -, daß sie nach Abschluß des Grundvertrages keine wirksamen Mittel mehr besitzt, die DDR zu den zwingend notwendigen innerdeutschen Zugeständnissen zu bewegen und damit auch die Situation der Menschen in unserem geteilten Vaterland zu verbessern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden auch in den wichtigen Sachbereichen, die in der Morgendiskussion anklagen - ich beziehe mich dabei ausdrücklich auch auf die von uns zu verabschiedende Vorlage zur Rentengesetzgebung -, den Sozialdemokraten Gelegenheit geben, uns nachlaufen zu müssen. Das ist das Ziel unserer Politik auch in dieser Frage.

(Beifall)

Auf diesem Parteitag haben wir auch unsere Arbeitsplanung für das Jahr 1977 gemeinsam festgelegt. Meine Freunde, abgesehen von der wichtigen Kommunalwahl in Hessen, zu der wir alle mit unserem Beitrag in dem Kampf unserer hessischen Freunde beim Sturm auf rote Rathäuser in Hessen mithelfen wollen, abgesehen von dieser wichtigen Wahl ist das Jahr 1977 ein wahlfreies Jahr. Aber das heißt, daß damit auch die Chance für die Union gegeben ist, an ihrer eigenen Konzeption der Politik sorgfältig zu arbeiten. So fordere ich am Ende dieses Parteitages alle unsere Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirks- und Landesverbände auf - und das gilt selbstverständlich auch für die Bundespartei -, gemeinsam diese notwendige Diskussion

zu führen. Offene Volkspartei CDU heißt: Fähigkeit, miteinander zu sprechen, zu diskutieren, andere Meinungen zu ertragen, aber dann auch ein gemeinsames Ergebnis zu erarbeiten und durchzusetzen.

(Beifall)

Eine der wichtigen vorrangigen Aufgaben im Bereich der Innenpolitik ist, daß wir fähig sind, unseren Beitrag zu leisten, wirtschaftliches Wachstum zu sichern. Ohne wirtschaftliches Wachstum gibt es keine soziale Sicherheit. Wir alle und nicht zuletzt unsere Freunde aus dem Bereich der Sozialausschüsse haben immer wieder auf den unlösbaren Zusammenhang zwischen Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hingewiesen; das muß auch in der nächsten Zeit eine Leitlinie unserer Politik sein.

(Beifall)

Ohne wirtschaftliches Wachstum gibt es keine Vollbeschäftigung. Die jetzt bereits Jahre anhaltende Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe ist der fortwährende Skandal dieser Bundesregierung von SPD und FDP.

(Beifall)

Dieser Skandal wurde nicht zuletzt von einer Partei heraufbeschworen, die sich auch heute noch gern Arbeiterpartei nennt, die aber den Arbeitern von heute, den jungen Leuten von heute die Türen des Aufstiegs, des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit verschließt, anstatt darüber nachzudenken, wie neue Chancen für die jungen Mitbürger in unserer Volke erschlossen werden können.

(Beifall)

Auch eine Opposition hat die Pflicht, sich selber in Pflicht zu nehmen, um wesentliche Beiträge für die Zukunftsorientierung des Volkes zu leisten. Wir werden uns aus dieser Pflicht nicht davonstehlen. Wir haben die Mittel, und wir haben auch den zeitlichen Rahmen genannt, wie wir das schaffen wollen.

Sie, meine lieben Freunde, haben mich und die neugewählte Parteiführung mit einem großen Vertrauen ausgestattet. Dafür danke ich Ihnen. Aber es geht nicht nur darum, daß wir hier wählen und abstimmen. Es geht auch darum, daß wir zusammen, die Führung der Partei und jedes Mitglied in jedem Ortsverband, Kreis-, Bezirks- und Landesverband unseren Beitrag leisten, damit diese Politik der Union aus einem Guß dem Bürger überzeugend vorgetragen wird.

(Beifall)

Das Vertrauen unserer Mitbürger vom 3. Oktober verpflichtet uns. So wollen wir durch vermehrte Anstrengungen für unsere gemeinsamen politischen Ziele und Grundsätze streiten. Ich freue mich - ich sage das sehr, sehr offen -, daß dieser Parteitag auch heute meinem Freunde Heiner Geißler, unserem neuen Generalsekretär, einen so überzeugenden Vertrauensvorschuß gegeben hat.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben gestern während des Deutschlandtages - und das ist ein Novum in der Parteigeschichte nicht nur der Bundesrepublik -

zum erstenmal Gäste, die durch aus auch andere, in unseren Reihen strittige Meinungen vertreten, hier referieren lassen. Ich glaube, das gehört zur Souveränität einer demokratischen Volkspartei, daß sie fähig ist, auch von draußen Meinungen aufzunehmen, kritisch zu diskutieren und zu reflektieren und dann den eigenen Standpunkt erneut wiederzugewinnen, zu bestätigen, oder, wenn es nottut, auch in diesem oder jenem Punkte zu überprüfen. Ziel dieser Diskussion ist immer das gemeinschaftliche Konzept. Das haben wir gestern in beispielhafter Weise, wie ich meine, erlebt.

Liebe Freunde, wir haben mit dem gestrigen Tag aber auch ein anderes deutlich gemacht: Bei allen drängenden Sorgen, die die Menschen unseres Landes bewegen, müssen wir fähig sein, über den Tellerrand der Tagesprobleme und des Augenblicks hinauszusehen. Ich weiß, das dies nicht immer bequem ist und daß mancher auch sagt: Ist das eigentlich öffentlichkeitswirksam? Ich glaube, wenn wir von der Richtigkeit unseres Tuns überzeugt sind, dann dürfen wir eben nicht nur auf den demoskopischen Tatbestand des heutigen Tages schauen, dann müssen wir weiter in die Zukunft blicken. Politik heißt: gestalten!

(Lebhafter Beifall)

Dieses unser Verhalten wird auch die Arbeit der nächsten Jahre entscheidend tragen. Wir haben uns für die Zeit der nächsten zwei Jahre viel vorgenommen. Das erfordert, daß jeder von uns an seinem Platz seine Pflicht tut, daß wir arbeiten. Denn zur politischen Überzeugung, zur Vermittlung unserer Ideen gehört auch, daß wir vor Ort draußen arbeiten. Das gilt für jeden, das gilt für das ganze Parteipräsidium, den Bundesvorstand, für jedes Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Beifall)

Ich sage nicht ohne Grund folgendes: Es wird ein arbeitsreiches Jahr, ein für die Parteigeschichte wichtiges Jahr sein. Wir wollen in der vor uns liegenden Zeit unser Grundsatzprogramm diskutieren. Wir wollen wichtige konkrete Sachthemen behandeln; ich erinnere an das Thema der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ich erinnere an die Themenbereiche Energiepolitik und Zukunftschancen der jungen Generation, um nur die allerwichtigsten zu nennen. Weil wir in diesen Bereichen gefordert sind, wollen wir neben allgemeinen Deklarationen auch ins Detail gehende, klar und verständlich formulierte Erklärungen und Beschlüsse fassen. Das muß in den Monaten bis zum nächsten Bundessparteitag erbracht werden.

Wir werden uns dabei nichts schenken können. Aber wir haben auch überhaupt nicht die Absicht, unseren politischen Gegnern etwas zu schenken. Unser Ziel bleibt unverrückbar im Sinne des Wählerauftrages vom 3. Oktober baldmöglichst die Übernahme der Regierungsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland für eine bessere Politik durch die Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union.

(Lebhafter Beifall)

Unser Land hat eine bessere Regierung verdient, eine Regierung, die die Sorgen unserer Bürger zur Kenntnis nimmt und die für Abhilfe sorgt; eine Regierung, die handlungs- und entscheidungsfähig ist; eine Regierung, die Sachverhalte nicht verschleiert, auch wenn das im Augenblick unpopulär sein mag; eine Regierung, die - das gehört doch zum Regieren - endlich wieder den Mut zur Wahrhaftigkeit auf-

bringt und den Bürgern auch unbequeme Wahrheiten sagt - die Bürger warten darauf; es muß aber die Wahrheit sein, die ihnen gesagt wird - ,

(Beifall)

eine Regierung, meine Freunde, die dem Bürger hilft und ihm nicht immer nur neue Lasten aufbürdet und immer weniger dafür leistet; eine Regierung, die Verantwortung übernimmt und diese weder verwischt noch anderen aufbürdet. Das gilt für die nationale ebenso wie für die internationale Politik.

Der Fall Maihofer ist ein Glied in einer Kette von Krisen, die mit dem Rücktritt des hessischen Ministerpräsidenten drei Minuten nach Schließung der Wahllokale am 3. Oktober 1976 begonnen hat und die sich dann mit dem Rücktritt des Arbeitsministers Arendt und mit den Vorgängen um den Verteidigungsminister Leber fortgesetzt hat. Es ist eine erstaunliche Sache, für die wir gar kein Verständnis haben, daß die FDP, die sonst ja an den Gittern des Koalitionsabkommens rüttelt, nun hinter vorgehaltener Hand mit Schadenfreude die Demontage eines FDP-Ministers verfolgt. Wir erwarten am Mittwoch nächster Woche im Bundestag eine klare Regierungserklärung - auch eine Erklärung des Kanzlers -, in der alle Tatbestände im Zusammenhang mit dem Vorgang um Minister Maihofer offengelegt und ungeschminkt genannt werden.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden in dieser Debatte vor der deutschen Öffentlichkeit über notwendige Schritte sprechen. Das kann nicht nur im vertraulichen Kreise des Innenausschusses geschehen. Es sind Vorwürfe erhoben worden. Hier wird ein Minister nach seiner Glaubwürdigkeit befragt. Wir müssen über diesen Vorgang im Parlament eingehend sprechen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben gestern aus gutem Grund über unsere wachsende Sorge über die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Menschenrechtsbewegungen gesprochen. Wehner, Brandt und Schmidt versuchen systematisch, einen ganz und gar unwürdigen Gegensatz oder Widerspruch zwischen Entspannungspolitik und politischer Unterstützung der Menschenrechtskämpfer zu konstruieren. Vor wenigen Wochen noch ist uns gesagt worden, erst die Entspannungspolitik habe solche Bewegungen möglich gemacht. Heute versucht man uns einzureden, wer die Bürgerrechtskämpfer unterstütze, gefährde die Entspannungspolitik. Während der amerikanische Präsident Herrn Bukowski empfängt, kneift der Bundeskanzler eines Landes, das mehr als jedes andere Land Europas aufgrund seiner jüngsten Geschichte wissen muß, daß Freiheit und Recht auch in Zukunft Grundlagen für die Sicherheit eines Volkes sind.

(Anhaltender Beifall)

Als ob es der freien Welt darum ginge, sich in ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion kategorisch zwischen freundlicher Leisetreterei oder offener Provokation entscheiden zu müssen. Wer für die Freiheit eintritt, provoziert niemals, weil Freiheit ja ein Grundelement des Lebens in Freiheit und Würde, wie wir es uns für alle Menschen wünschen, ist und bleibt. Deswegen treten wir so entschieden für die Menschenrechte ein.

( Beifall)

Für uns sind Entspannungspolitik und der Kampf um die Menschenrechte nicht zu trennen. Sie gehören zusammen. Was hat Entspannungspolitik eigentlich überhaupt für einen Sinn, wenn sie nicht dem einzelnen Menschen ganz persönlich zugute kommt? Dies ist doch das Ziel wirklicher Entspannungspolitik.

(Beifall)

Niemand von uns will den kalten Krieg. Wir sind für den Interessenausgleich auch mit dem Osten. Interessenausgleich kann aber doch nicht heißen, daß wir das, was Prinzip, was Gesetz des Anfangs freier demokratischer Demokratie immer war und sein wird, selbst verleugnen, um ein überlebtes System zu erhalten, welches glaubt, nur mit totaler Gleichschaltung, mit der Unterwerfung von Menschen überleben zu können. Menschenrechte verpflichten. Sie sind Teil unserer Identität als Volk, Staat und Nation. Die Entwicklungen in Osteuropa sollten nicht neue Befürchtungen erwecken. Meine Freunde, die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa ist ein Fanal der Hoffnung für alle Menschen dieser Erde.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat fünf Monate nach der Wahl, nachdem sie sich mühsam in einer Koalition der Verlierer wieder zusammengefunden hat, immer noch nicht Tritt gefaßt. Das Mißtrauen unter den Partnern ist offenkundig. Sachentscheidungen werden, wenn überhaupt, nur unter größten Schwierigkeiten getroffen. Mit einem Wort: Seit der Gründung der Bundesrepublik ist dieses unser Land noch nie so unter Niveau geriert worden wie heute.

(Beifall)

In dieser ganz konkreten politischen und historischen Situation bekennen wir als CDU Deutschlands uns zu unserer Verantwortung, zu einer Verantwortung, die aus der bundesstaatlichen Ordnung dieser Bundesrepublik auf uns als die mit Abstand stärkste politische Gruppe in den deutschen Rathäusern, als die mit Abstand stärkste politische Gruppierung in den deutschen Bundesländern und als die mit Abstand stärkste Partei und Gruppierung im Deutschen Bundestag zukommt. Wir stellen uns dieser Verantwortung, denn es geht nicht um das Schicksal unserer Partei, es geht um das Schicksal der Bürger und ihrer Freiheit in unserer Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Die Lage erfordert Tatkraft, Klugheit, aber auch Überlegenheit und Gelassenheit und vielleicht gelegentlich auch das Wartenkönnen der Union. Sie erfordert die Solidarität aller, die Verantwortung in dieser Partei und damit Verantwortung für die Bundesrepublik tragen.

Ich fordere Sie auf: Beenden wir diesen Parteitag in dieser demokratisch selbstverständlichen Gesinnung. Ich bin sicher, daß unsere Mitbürger uns dann verstärkt mit jenem Vertrauen ausstatten werden, das wir in den Landtagswahlen der letzten Jahre und in der Bundestagswahl in einer so großartigen Weise erfahren haben.

Meine Freunde, gehen wir gemeinsam ans Werk - in der Verantwortung für unser deutsches Vaterland!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken unserem Parteivorsitzenden für dieses Schlußwort zum 25. Bundesparteitag.

Lieber Helmut Kohl, dieser Bundesparteitag hat Ihnen einen großen Vertrauensbeweis und einen Führungsauftrag für die Zukunft gegeben. Unter Ihrer Führung wollen wir an die Arbeit gehen.

Meine Freunde, ich habe am Abschluß dieses Parteitages noch zu danken, zunächst Ihnen, allen Delegierten, die Sie mit bemerkenswerter Konzentration und Disziplin an den Sitzungen dieses Parteitages teilgenommen haben, für Ihre Mitarbeit. Ich darf für das ganze Tagungspräsidium sagen: Ihre Disziplin und Ihre Fairneß haben uns die Geschäftsleitung leichtgemacht.

Ich möchte unserem früheren Generalsekretär danken, unserem Bundesgeschäftsführer und allen Mitarbeitern der Bundespartei für die Vorbereitungsarbeiten für diesen Parteitag und für die Betreuung, die wir hier erfahren haben.

(Beifall)

Ich möchte namens des Parteitages noch einmal der Stadt Düsseldorf ein Wort des Dankes sagen, besonders den Damen und Herren des Amtes für Wirtschaftsförderung, dem Verkehrsverein, den Mitarbeitern dieser Stadthalle und des Stadthallenrestaurants, die allein am ersten Tag unter anderem 1500 Liter Kaffee gekocht und ausgeschenkt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir danken den Helfern und Helferinnen des Roten Kreuzes, den Beamten der Polizei und Feuerwehr. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Jungen Union Düsseldorf und der umliegenden Kreisverbände, die mit großem Engagement, mit hervorragender Disziplin und immer liebenswürdig, als Ordner und Hilfskräfte in diesen drei Tagen tätig waren.

(Beifall)

Wir danken Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisation im Schreibbüro, die dafür gesorgt haben, daß Sie alle Drucksachen sauber und pünktlich erhalten haben und das Wortprotokoll dieses Parteitages schon in der nächsten Woche zugeschickt bekommen können.

Den Damen und Herren in der Druckerei des Parteitages gilt unser Dank, die in Tag- und Nachtarbeit über 800 000 Blatt Papier verarbeitet haben. Und ich möchte den Hostessen unseres Parteitages danken, die diese 54 Zentner Papier im Saal verteilt haben.

(Beifall)

Mein Dank gilt allen Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Parteitag.

(Beifall)

Lassen Sie mich schließlich noch einmal ein herzliches Wort des Dankes an unseren Parteivorsitzenden Helmut Kohl richten, auch für die Art und die Kraft, mit der in diesen 25. Bundesparteitag geführt hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, über 24 Stunden konzentrierter Arbeit während der letzten drei Tage in dieser Stadthalle liegen hinter uns. Ich meine, wir haben auf diesem Parteitag eine gute Grundlage für die vor uns liegende harte Zeit geschaffen. Unter der Führung von Helmut Kohl werden wir in Deutschland für die Union die Führung zurückgewinnen. Das hat dieser Parteitag wieder deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun diesen 25. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit unserer Nationalhymne beschließen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluß: 13.25 Uhr)

# Namensverzeichnis

Abelein 194  
Albrecht 88  
Amrehn 259  
Antoniozzi 46

Barzel 243  
Beitz 250  
Biedenkopf 47, 105  
Bismarck, von 118, 269  
Blüm 285  
Breidbach 298  
Brickwedde 85  
Brok 191  
Brunstein 145, 322  
Buchkremer 306  
Bülow, von 94, 314  
Bungert 15

Carstens 181  
Czaja 265

Dollinger 41  
Doppmeier 129

Elfring 99  
Erdmann 204, 223

Feilcke 313  
Filbinger 75  
Fuchs 140

Gasteyger 160  
Geißler 114, 271  
Gisart 144  
Gradl 156

Hacker 220  
Hartwig 74  
Hauser 143  
Havlicek 197  
Heinzel 128  
Hillgruber 217  
Huck 111  
Hupka 255

Jäger 261  
Jakob 118  
Jung, F.-J. 130, 141, 254, 302, 325  
Jung, Hugo 139

Kiep 69, 129, 328  
Kirch 300  
Klein 127  
Köppler 14, 17  
Kohl 7, 21, 101, 110, 113, 119, 123, 137, 152, 240, 324, 329  
Kolb 102

Kruisinga 18  
Kuppe 264, 326

Laurien 97, 133, 141  
Lenz 296  
Limbach 141, 295  
Lorenz, Dieter 104  
Lorenz, Peter 185

Mahler 315  
Mann 93  
Martin 267  
Ménudier 218  
Meier 263  
Merkel 143, 146  
Merschmeier 46  
Mertes 248  
Meyer 328  
Müller (Remscheid) 319

Neuhaus 135  
Nickels 323

Pachmann 154  
Pieroth 283

Reckers 98  
Röder 80  
Rose 308  
Rosorius 311

Samsche 104  
Schapfel 303, 308  
Scheur 310  
Schlüter 20  
Schmidt-Niemack 322  
Schmöle 252  
Schober 169  
Schweizerhof 103  
Stoltenberg 288, 318  
Stratmann 313

Tannen 123  
Teufel 127

Waffenschmidt 78  
Wagner 217  
Waldburg-Zeil 309  
Walden 222  
Weber 303  
Weidemann 122  
Weizsäcker, von 215  
Wex 293  
Widera 103  
Windelen 200  
Wissmann 83, 140, 304, 316  
Wrangel, von 198

# B e s c h l u ß p r o t o k o l l

## Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl
9. Bericht des Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
10. Bericht des Bundesschatzmeisters Minister Walther Leisler Kiep
11. Bericht der Rechnungsprüfer
12. Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Neuwahl des Bundesvorstandes
  - 14.1 - Wahl des Parteivorsitzenden
  - 14.2 - Wahl des Generalsekretärs
  - 14.3 - Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden
  - 14.4 - Wahl des Bundesschatzmeisters
  - 14.5 - Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
15. Änderungen des Statuts
16. Wahl der Rechnungsprüfer
17. "Unsere Verantwortung für Deutschland"  
- Vorträge, Aussprache, Podiumsdiskussion und Entschließungsantrag des Bundesvorstandes -
18. Antrag des Bundesvorstandes zum Arbeitsplan 1977
19. Sonstige Anträge
20. Schlußrede des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Präsident: Heinrich Köppler  
Beisitzer: Dr. Norbert Blüm  
Dr. Monika Christians  
Siegfried Dübel  
Jürgen Echternach  
Klaus Evertz  
Dr. Johann Baptist Gradl  
Annemarie Griesinger  
Wilfried Hasselmann  
Peter Lorenz  
Bernd Neumann  
Heinz Schwarz  
Dr. Walter Wallmann  
Dr. Jürgen Westphal  
Heinrich Windelen

- Zu TOP 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.
- Zu Top 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt bestätigt:
- |                              |                        |
|------------------------------|------------------------|
| Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf | - Vorsitzender         |
| Karl-Heinz Bilke             | - Stellv. Vorsitzender |
| Eberhard Diepgen             |                        |
| Abrecht Hasinger             |                        |
| Dr. Gerhard Mahler           |                        |
| Wulf Schönbohm               |                        |
| Erwin Teufel                 |                        |
| Friedrich Vogel              |                        |
| Dr. Dorothee Wilms           |                        |
| Dr. Bernhard Worms           |                        |
- Zu Top 5: In die Mandatsprüfungskommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:
- |                                     |                |
|-------------------------------------|----------------|
| Otto Laipold, Westfalen-Lippe       | - Vorsitzender |
| Hans-Joachim Kierey, Berlin         |                |
| Engelbert Thiel, Saar               |                |
| Heiko Wördemann, Bremen             |                |
| Günter Meyer, Bundesgeschäftsstelle |                |
- Zu Top 6: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:
- |                       |                        |
|-----------------------|------------------------|
| Andreas Nathan        | - Vorsitzender         |
| Karl Schumacher       | - Stellv. Vorsitzender |
| Winfried Adams        | Rudi Fuchs             |
| Gerhard Alofs         | Günter Giesecke        |
| Franz-Ullrich Bercker | Hermann Gülden         |
| Heinz Budde           | Josef Gutmann          |
| Gustav Busch          | Ernst Hageloch         |
| Gerd Dietrich         | Hermann Heitmann       |
| Hans Doll             | Heiner Homann          |
| Winand Eller          | Ottmar Jusa            |
| Hermann Felten        | Ullrich Keiluweit      |
| Bernhard Fliegau      | Bernhard Keller        |
| Konrad Frielingsdorf  | Klaus Kiontke          |
| Paul Klein-Schmeink   | Helmut Schwebig        |
| Heinz-Josef Körtling  | Stefan Stinner         |
| Walther Lanzerath     | Günther Weber          |
| Hans-Gert Lelickens   | Jürgen Wegmann         |
| Eckart Lesch          | Bernhard Weskamp       |
| Alfons Liesen         | Paul Wildanger         |
| Peter G. Schlößer     | Manfred Wynands        |
| Rainer Schwarz        | Matthias Xhonneux      |
- Zu Top 8: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zustimmend zur Kenntnis.

Zu Top 9: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs zustimmend zur Kenntnis.

Zu Top 10: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters zustimmend zur Kenntnis.

Zu Top 11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

Zu Top 12: Die Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1975 erfolgte einstimmig. Der Bundesvorstand enthielt sich der Stimme.

Zu Top 13: Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 7.3.1977 folgenden Bericht:

" von den 838 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände waren um 18.35 Uhr 837 anwesend. Von den beiden ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden ist einer anwesend.  
Damit beträgt die Zahl der voll stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages heute 18.35 Uhr 838.  
Die 30 nicht voll stimmberechtigten Delegierten der Exil-CDU sind vollzählig anwesend.  
Der Parteitag ist beschlußfähig."

Zu TOP 14: Neuwahl des Bundesvorstandes

14.1 - Wahl des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	810
ungültige Stimmen:	-
Enthaltungen:	16
gültige Stimmen:	794
JA:	767
NEIN:	27

14.2 - Wahl des Generalsekretärs Dr. H. Geißler

Stimmzahlen der abgegebenen Stimmen:	812
ungültige Stimmen:	1
Enthaltungen:	38
gültige Stimmen:	773
JA:	746
NEIN:	27

14.3 - Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden

Abgegebene Stimmzettel:	827
Ungültige Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	826

Für die Wahl sind insgesamt 414 Stimmen erforderlich.

Es sind gewählt:

1. Frau Dr. Hanna-Renate Laurien	731
2. Dr. Gerhard Stoltenberg	682
3. Prof.Dr. Kurt H. Biedenkopf	602
4. Hans Katzer	598
5. Dr. Alfred Dregger	570

	6. Dr. Hans Filbinger	514
	7. Heinrich Köppler	512
14.4	- <u>Wahl des Bundesschatzmeisters</u> Walther L. Kiep	
	Gesamtzahl der abgegebenen	
	Stimmen:	784
	ungültige Stimmen:	2
	Enthaltungen:	49
	gültige Stimmen:	733
	JA:	639
	NEIN:	94
14.5	- <u>Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes:</u>	
	Abgegebene Stimmzettel:	833
	Ungültige Stimmzettel:	6
	Gültige Stimmzettel:	827
	Für die Wahl sind insgesamt 414 Stimmen erforderlich.	
	Es sind gewählt:	
	1. Dr. Bernhard Vogel	775
	2. Dr. Richard von Weizsäcker	740
	3. Peter Lorenz	729
	4. Wilfried Hasselmann	631
	5. Heinrich Windelen	618
	6. Dr. Manfred Wörner	618
	7. Dr. Horst Waffenschmidt	606
	8. Prof. Dr. Gerhard Zeitel	590
	9. Matthias Wissmann	584
	10. Dr. Norbert Blüm	565
	11. Werner Scherer	554
	12. Annemarie Griesinger	554
	13. Dr. Burkhard Ritz	553
	14. Dr. Walter Wallmann	553
	15. Friedrich Vogel	541
	16. Dr. Philipp von Bismarck	524
	17. Jürgen Echternach	524
	18. Dr. Helga Wex	507
	19. Dr. Chr. Schwarz-Schilling	499
	20. Ursula Benedix	495
	Stichwahl findet nicht statt.	
	Wahlergebnis der nicht gewählten Kandidaten:	
	1. Dr. Gerd Langguth	439
	2. Bernd Neumann	343
	3. Hans Reckers	287
	4. Helmut Sauer	266
	5. Karl-Heinz Hoffmann	261

#### Zu TOP 15: Änderung des Status

Der Antrag Nr. 15.1 wurde in offener Abstimmung mit großer, zu einer Satzungsänderung erforderlichen Mehrheit bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Der Antrag Nr. 15.2 wurde zurückgezogen.

Der Antrag Nr. 15.3 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer, zu einer Satzungsänderung erforderlichen Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen.

Der Antrag Nr. 15.4 ist durch die Annahme von Antrag 15.3 erledigt.

Der Antrag Nr. 15.5 wurde zurückgezogen.

Der Antrag Nr. 15.6 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig in folgender Fassung angenommen:  
"..., soweit das jeweilige Wahlgesetz dies vorschreibt."

Der Antrag Nr. 15.7 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Antrag Nr. 15.8 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Zu TOP 16: Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen für die Jahre 1977 - 1979 wiedergewählt.

Zu TOP 17: Der Antrag Nr. 17.1 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Zu TOP 18: Der Antrag Nr. 18.1 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 19: Sonstige Anträge

Der Antrag Nr. 19.1 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag Nr. 19.2 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei mehreren Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen in folgender Fassung angenommen:

"Der Bundesparteitag der CDU fordert die Landesverbände auf, in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden dafür zu sorgen, daß ..."

Aus Antrag Nr. 19.3 wurden die Abschnitte I, IV und V in offener Abstimmung mit Mehrheit bei vielen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit folgenden Änderungen angenommen:

1. In Abschnitt I. b, 2. Abs., wird der 1. Satz sowie im 2. Satz das Wort "übrigen" gestrichen. Folglich beginnt der 2. Abs.: "Für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ..."
2. In Abschnitt I. c wird die Forderung 3 wie folgt geändert: "Das Berufsbeamtentum als öffentlich-rechtliches Dauerdienstverhältnis auf Lebenszeit vorrangig auf die Erfüllung von hoheitlichen und solchen Aufgaben zu konzentrieren, deren ununterbrochene Erfüllung für die Bürger unverzichtbar ist."
3. In Abschnitt I, b, 4. Satz wird folgender Satzteil gestrichen: "auch mit dem Ziel, die den Beamten vorbehaltenen Aufgaben einzuschränken."

Aus Antrag Nr. 19.3 wurden die Abschnitte II und III in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand zur Beschlußfassung überwiesen.

Der Antrag 19.4 des Kreisverbandes Kreis Aachen wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen in folgender Fassung angenommen:

"Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die bereits in den letzten Legislaturperioden ergriffenen gesetzgeberischen Initiativen zur Änderung des Bundeswahlgesetzes mit Nachdruck weiter zu verfolgen, daß auch im Ausland lebenden Deutschen das aktive Wahlrecht zu Bundestagswahlen eingeräumt wird."

Der Antrag Nr. 19.5 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit der Maßgabe angenommen, daß der letzte Absatz durch folgenden Satz ersetzt wird:

"Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung einen Kabinettsausschuß für Familienfragen bilden."

Der Antrag Nr. 19.6 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Antrag Nr. 19.7 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Antrag Nr. 19.8 wurde dadurch erledigt, daß der Bundesparteitag in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei 2 Enthaltungen einstimmig einen am 9. 3. 1977 vorgelegten und verteilten Antrag der Antragskommission mit folgenden Änderungen annahm:

1. Auf Seite 2 heißt im Abschnitt "Weiter fordert die CDU:" der 1. Spiegelsatz:  
"Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres statt eines verpflichtenden allgemeinbildenden 10. Schuljahres".
2. Auf Seite 3, Ziff. III, wird der 5. Spiegel "gesetzliche Möglichkeiten ..." gestrichen.
3. Auf Seite 3, Ziff. III, wird folgender neuer Spiegel angefügt: "- Verbesserung der Bildungs-, Berufs- und Studienberatung".
4. Auf Seite 3 wird der letzte Absatz wie folgt geändert:  
In der 1. Zeile wird eingefügt:  
"... Überlegungen, ob und inwieweit ..."  
In den beiden letzten Zeilen wird gestrichen:  
"weiterverfolgt und im einzelnen".

Der Bundesparteitag hat ferner den Bundesausschuß aufgefordert, auf seiner nächsten Sitzung die Problematik "Zukunftschancen der Jugend" zu diskutieren und dabei über die Einzelheiten des vom Bundesparteitag angenommenen Antrages der Antragskommission zu entscheiden. Bei dieser Bundesausschußsitzung sollen auch die Anträge Nr. 19.8, 19.24 und 19.26 mit herangezogen werden.

Der Antrag Nr. 19.9 wurde in offener Abstimmung mit grosser Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen.

Der Antrag Nr. 19.10 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen.

Der Antrag Nr. 19.11 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen in der Fassung angenommen, daß statt der Worte "im anderen Teil Deutschlands" eingefügt wird: "....in Mitteldeutschland".

Der Antrag Nr. 19.12 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.13 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig mit folgenden Änderungen angenommen:

1. In Absatz 2 wird Satz 1 gestrichen.
2. In Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt ergänzt:  
"CDU-Bundespartei und Bundestagsfraktion werden  
d e s h a l b dringend aufgefordert ..."

Der Antrag Nr. 19.14 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig mit folgenden Änderungen angenommen:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Mieten" gestrichen.
2. Der letzte Absatz lautet:  
"Die CDU-Bundespartei, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-geführten Bundesländer werden dringend gebeten, einer weiteren Steuerbelastung Einhalt zu gebieten und sich für eine ausgewogene steuerliche Entlastung und mehr Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmer und Mittelstand sowie für eine angemessene Erhöhung des Kindergeldes einzusetzen."

Der Antrag Nr. 19.15 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen, nachdem der Antrag zuvor vom Antragsteller wie folgt geändert wurde:

1. Absatz 3 lautet:  
"Damit hat die SPD/FDP das in den Grundzügen von der CDU geschaffene System der sozialen Sicherung in den Grundfesten erschüttert und an den Rand des Ruins gebracht. Sie hat die Bürger unseres Landes getäuscht, verunsichert und verwirrt und damit auch die Glaubwürdigkeit der Demokratie aufs Spiel gesetzt".
2. Im vorletzten Absatz wird Ziffer 1 gestrichen.

Der Antrag Nr. 19.16 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag Nr. 19.17 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Antrag Nr. 19.18 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Der Antrag Nr. 19.19 (ohne die vom RCDS zur Begründung schriftlich vorgelegten Erläuterungen) wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.20 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.21 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an den Bundeskulturausschuß überwiesen.

Der Antrag Nr. 19.22 der Bundesfrauenvereinigung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.23 wurde mit sehr großer Mehrheit ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen einstimmig in folgender Fassung angenommen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Ländern dem einstimmigen Votum der Kultusminister in der Kultusministerkonferenz-Sitzung vom 9. 4. 1976 Rechnung zu tragen und sich für Berlin als Sitz der Deutschen Nationalstiftung zu entscheiden.  
In den Beschlüsorganen der Stiftung muß das Schwergewicht der Länder gegenüber dem Bund verankert sein."

Der Antrag Nr. 19.24 wurde durch die zu Antrag Nr. 19.8 erfolgte Beschlußfassung erledigt.

Der Antrag Nr. 19.25 wurde mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesausschuß mit der Auflage überwiesen, bei der nächsten Bundesausschußsitzung darüber Beschluß zu fassen.

Der Antrag Nr. 19.26 wurde durch die zu Antrag Nr. 19.8 erfolgte Beschlußfassung erledigt.

Aus Antrag Nr. 19.27 sind die Absätze 1 und 2 durch die Beschlußfassung zu Antrag Nr. 19.18 erledigt.  
Absatz 3 aus Antrag Nr. 19.27 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Antrag Nr. 19.28 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen.

Der Antrag Nr. 19.29 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Im 3. Spiegel wird der Anfang "Jeder ideologischen Konfrontation zwischen europäischen Parteien der Mitte widerstehen und" gestrichen.  
Der Spiegel 3 soll jetzt wie folgt beginnen:  
"In der Zusammenarbeit zwischen uns und mit uns befreundeten Parteien ihre Erfahrungen ...."
2. Im 4. Spiegel wird "die Parteien der Mitte" ersetzt durch "wir und die mit uns befreundeten Parteien".

3. Im 5. Spiegel wird gestrichen: "mit den europäischen Parteien der Mitte und zuerst".

Der Antrag Nr. 19.30 wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen.

Zum Antrag Nr. 19.31 beschloß der Bundesparteitag in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei mehreren Gegenstimmen und Enthaltungen die Nichtbefassung.

Der Antrag Nr. 19.32 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Der Antrag Nr. 19.33 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Der Antrag Nr. 19.34 wurde in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag Nr. 19.35 der Antragssteller Müller (Remscheid) Vogt, Zink, Dr. Blüm und weiterer Delegierter wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an den Bundesvorstand mit der Weisung überwiesen, ihn bei der Ausführung der "Arbeitsplanung 1977" zu berücksichtigen.

Der Antrag Nr. 19.36 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.37 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 19.38 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.